

Willi A. Boelcke

Die deutsche Wirtschaft 1930-1945

Internat des Reichswirtschaftsministeriums



Droste

»Meine Herren, um jedem Mißverständnis vorzubeugen:
Eine nationalsozialistische Wirtschaftspolitik
gibt es ebensowenig
wie eine nationalsozialistische Blinddarmoperation.
Es gibt nur eine richtige oder eine falsche Wirtschaftspolitik,
und über die richtige
werde ich Ihnen jetzt vortragen.«

*Hjalmar Schacht 1936
vor Generalstabsoffizieren der Wehrmachtsakademie*



*Der Autor:
Prof. Dr. Willi A. Boelcke*

Die Geschichte der deutschen Wirtschaft von 1930 bis 1945: ein weithin unbekanntes Terrain der Zeitgeschichte. Ein dramatisches Geschehen, dessen wichtigste Stationen durch eine schwere Wirtschaftskrise, ihre Überwindung im deutschen »Wirtschaftswunder« der dreißiger Jahre, die totale Kriegswirtschaft und den Zusammenbruch der Wirtschaft markiert wurden. Dieses Buch eines der führenden deutschen Wirtschaftshistoriker beschreibt die Wirtschaftsgeschichte jener 15 Jahre nicht nur anhand einer Fülle von Aktenmaterial, Aufzeichnungen, Tagebüchern und Erinnerungsschriften. Mit Befragungen und Aussagen von weit über 100 einstigen Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums wird erstmals in umfassender Weise das Zeugnis von Mit-Erlebenden und Mit-Wirkenden einer Führungselite einbezogen, die die Weimarer Republik und die Hitler-Diktatur überdauerte und vielfach an entscheidender Stelle am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beteiligt war. Neun Bonner Staatssekretäre sind daraus hervorgegangen, siebzehn Ministerialdirektoren, zwei Bundesbankpräsidenten und zahlreiche Prominente in führenden Unternehmen.

»Meine Herren, um jedem Mißverständnis vorzubeugen: Eine nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gibt es ebensowenig wie eine nationalsozialistische Blinddarmoperation. Es gibt nur eine richtige oder eine falsche Wirtschaftspolitik, und über die richtige werde ich Ihnen jetzt vortragen.« So Dr. Hjalmar Schacht, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, 1936 vor Generalstabsoffizieren der Wehrmachtsakademie.

Aber Hermann Göring, ab Oktober Hitlers »Beauftragter für den Vierjahresplan«, läßt schon am 17. Dezember jenes Jahres keinen Zweifel über den Hintergrund von Hitlers Forderung, die Produktion auf allen Gebieten auszubauen: »Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen.«

Heute der Historiker Willi A. Boelcke über diesen Wendepunkt nicht nur der deutschen Wirtschaftsgeschichte: »Görings Erscheinen auf der wirtschaftspolitischen Szene signalisierte nicht nur die seitdem eingeleitete Weichenstellung zur Kriegswirtschaft, sondern trug auch zugleich typisch nationalsozialistische Elemente in die Wirtschaftspolitik und öffnete sie der NS-Ideologie.« Nach nun permanenten Konflikten und Kämpfen mit Göring erhielt Schacht im November 1937 die erbetene Entlassung aus dem Amt des Geschäftsführenden Reichswirtschaftsministers.

Die Geschichte der deutschen Wirtschaft von 1930 bis 1945: ein weithin unbekanntes Terrain der Zeitgeschichte. Ein dramatisches Geschehen, dessen wichtigste Stationen durch eine schwere Wirtschaftskrise, ihre Überwindung im deutschen »Wirtschaftswunder« der dreißiger Jahre, die totale Kriegswirtschaft und den Zusammenbruch der Wirtschaft markiert wurden. Dieses Buch eines der führenden deutschen Wirtschaftshistoriker beschreibt die

Wirtschaftsgeschichte jener 15 Jahre nicht nur anhand einer Fülle von Aktenmaterial, Aufzeichnungen, Tagebüchern und Erinnerungsschriften. Mit Befragungen und Aussagen von weit über 100 einstigen Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums wird erstmals in umfassender Weise das Zeugnis von Mit-Erlebenden und Mit-Wirkenden einer Führungselite einbezogen, die die Weimarer Republik und die Hitler-Diktatur überdauerte und vielfach an entscheidender Stelle am Aufbau der Bundesrepublik beteiligt war. Neun Bonner Staatssekretäre sind daraus hervorgegangen, siebzehn Ministerialdirektoren, zwei Bundesbankpräsidenten und zahlreiche Prominente in führenden Unternehmen.

Über den Autor:

Willi A. Boelcke, Jahrgang 1929, studierte Geschichte, Germanistik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. 1955 Dr. phil., Examen für den höheren Archividienst, dann Referent beim Deutschen Zentralarchiv in Potsdam (bis 1959). Bis 1962 Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 1967 habilitiert an der Universität Stuttgart-Hohenheim. Seit 1970 dort Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Veröffentlichungen u. a.: »Krupp und die Hohenzollern« (1956; 2. Aufl. 1970), »Bauer und Gutsherr« (1957), »Kriegspropaganda 1939–1943« (1966), »Wollt Ihr den totalen Krieg?« (1967, in mehreren Sprachen übersetzt), »Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg« (1969), »Die Macht des Radios. Weltgeschichte und Auslandsrundfunk 1924 bis 1976« (1977). Mit Hermann Graf v. Arnim-Muskau: »Muskau. Standesherrschaft zwischen Spree und Neiße« (3. Aufl. 1979); »So kam das Meer zu uns« (1981).

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Boelcke, Willi A.:
Die deutsche Wirtschaft 1930-1945: Interna d.
Reichswirtschaftsministeriums / Willi A. Boelcke.
-Düsseldorf: Droste, 1983.
ISBN 3-7700-0635-6

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

© 1983 Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
Schutzumschlagentwurf: Helmut Schwanen
(Foto: Zeitgeschichtliches Archiv Dr. Lotsch)
Gesamtherstellung: Clausen & Bosse, Leck
ISBN 3-7700-0635-6

Inhalt

<i>Vorwort</i>	VII
<i>Vorbemerkung</i>	VIII
<i>I. Der Umbruch (1930-1934)</i>	1
1. Abschwung	1
2. Theoretisches Selbstverständnis	6
3. Arbeitsbeschaffungsprogramme der Reichsregierungen vor Hitlers Machtübernahme	13
4. Wirtschaftsprogramme der NSDAP bis Januar 1933	29
5. Das Ministerium	39
6. Hugenberg: der ungewollte Reichswirtschaftsminister	47
7. Wirtschaft noch keine Domäne des Parteibuchs: Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt	65
<i>II. Mit der Partei im Widerstreit. Die Ära Schacht. (1934-1937)</i>	77
1. Der neuernannte Minister	77
2. Das Reichswirtschaftsministerium im Geflecht politischer und staatlicher Organisationen	82
3. Der «Neue Plan». Aussenhandel und Devisenbewirtschaftung	100
4. «Nichtarier» in der Wirtschaft und antijüdischer Terror. Das Haavara-Abkommen	117
5. Geld, Kapital, Kreditausweitung	128
6. «Wehrwirtschaftspolitik» unter dem Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft	149
7. Energie und Rohstoffe. Kämpfe mit Göring	155
<i>III. «Wir stehen bereits in der Mobilmachung ...» (1937-1939)</i>	178
1. Neuordnung des Reichs- und Preussischen Wirtschafts- ministeriums	178

2. Der neue Reichswirtschaftsminister und sein erster Staatssekretär	185
3. Vom Aussenhandel zur Grossraumwirtschaft	193
4. Völlige Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft	210
5. Hochkonjunktur	217
6. Der Mob-Fall	226
<i>IV. Wirtschaftskonzeption für einen Blitzkrieg (1939-1942)</i>	233
1. Veränderungen im kriegswirtschaftlichen Apparat	233
2. Verzögerte Umstellung auf die Kriegsproduktion	245
3. Verbrauchsdrösselung	253
4. Clearingdefizite. Aussenwirtschaft im Grosswirtschaftsraum	259
<i>V. Die Wirtschaft im totalen Krieg (1942-1945)</i>	275
1. Gauwirtschaftskammern. Neue Form mit neuem Inhalt?	275
2. Konzentration und Rationalisierung. Kursänderungen im Reichswirtschaftsministerium (1942-1943)	280
3. Die «europäische Wirtschaftsgemeinschaft»	291
4. Entmachtung des Reichswirtschaftsministeriums	297
5; Anstrengungen gegen und für die zivile Versorgung	308
6. Zusammenbruch	328
<i>W. Quellennachweise und Anmerkungen</i>	355
<i>VII. Namenregister</i>	385

Vorwort von Hermann J. Abs

Das vorliegende Buch von Professor Dr. Willi A. Boelcke mit dem Titel «Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums» hat aus der Lektüre der Umbruchkorrektur mein lebhaftes Interesse und meine besondere Aufmerksamkeit gefunden. Die bedeutende Rolle, die das Reichswirtschaftsministerium neben den übrigen klassischen Reichsministerien in besonderem Masse in den 20er und 30er Jahren gespielt hat, rechtfertigt die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema.

Der Hinweis auf fast tausend Anmerkungen und Quellennachweise zeigt, in welchem grossem Umfang sich der Verfasser seiner Aufgabe gewidmet hat. Wie die Hinweise deutlich machen, sind die Quellen von unterschiedlichster Natur, was wiederum beweist, dass alle Lager, Freunde und Gegner, in der Behandlung der Quellen berücksichtigt wurden.

Als Berliner Privatbankier in der Zeit von 1929 bis 1937 und in meiner anschliessenden Eigenschaft als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank sehe ich mich veranlasst, den Verfasser zu seiner Arbeit zu beglückwünschen und Leser und Forscher der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands von 1930 bis 1945 aufzufordern, sie gründlichst zu studieren und nicht zu zögern, Anmerkungen – auch kritischer Natur – anzubringen, zu denen die Arbeit selbst eine deutliche Einladung ist. Dies umso mehr, als dass diese Zeitperiode sowohl gekennzeichnet war durch das Ende der grossen, bedrohlichen Weltwirtschaftskrise, die Wiedererstarkung der deutschen Wirtschaft als auch ihren Übergang in eine durch die Kriegsgeschehnisse geprägte Volkswirtschaft.

Die Persönlichkeiten von Otto Schniewind und Friedrich Sperl in dem Banken- und Börsensektor fanden Nachfolgeschaft in Herbert Martini, der die Linie seiner Vorgänger einhielt. Meine Erfahrung aus den vielen Verhandlungen mit den Ministern, Staatssekretären und leitenden Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums in der Zeit von 1930 bis 1945 stärkt in mir die Überzeugung und das Vertrauen, dass die Arbeit von Professor Dr. Boelcke in der Wirtschaftsgeschichte des Deutschen Reichs einen bedeutenden Platz einnehmen wird.

Frankfurt am Main, den 17.8.1983

Vorbemerkung

Auf der historischen Landkarte offener Fragen und Probleme stellt das grosse Terrain der Geschichte der deutschen Wirtschaft von 1930 bis 1945 trotz zahlreicher gehaltvoller Forschungsleistungen noch immer auf weite Strecken eine unentdeckte Landschaft dar. Die mit dem vorliegenden Buch verfolgte Intention, mehr Licht in dieses an Katarakten reiche Gebiet der deutschen Geschichte zu tragen, liess sich nur deshalb verwirklichen, weil es gelang, sowohl viele neue, aussagekräftige Quellen zum Sprudeln zu bringen, als auch mit Hilfe zu Gebote stehender neuer methodischer Ansätze die Perspektiven zu erweitern. Eine Analyse der Wirtschaft und der Wirtschaftsabläufe anhand der sich wandelnden Rolle und Struktur sowie der jeweiligen Aktivitäten der Wirtschaftsverwaltung wurde versucht und erwies sich in ihrer historischen Ausbeute als überaus lohnend. Zu der gewählten Verfahrensweise gehörte es, in die «Biographie» der für die Wirtschaft zuständigen Obersten Reichsbehörde, in die Geheimnisse des Reichswirtschaftsministeriums einzudringen. Es galt, den Blick auf die internen, der Öffentlichkeit zumeist entzogenen Vorgänge und Veränderungen zu fixieren und vor allem – was bedeutsamer war – den Einflüssen von aussen her, also der grossen Politik, der Parteien und gesellschaftlich relevanter Gruppen auf das Reichswirtschaftsministerium nachzuspüren. Wie wurden diese Einflussnahmen vom Reichswirtschaftsministerium aufgenommen, verarbeitet, zu neuer Wirklichkeit gestaltet oder auch abgewehrt? Stets bedurften Stabilität und Wandel in der modernen Wirtschaft der rechtswahrenden und gestaltenden Kraft mächtiger Ministerialbürokratien. «Es kann in keinem Staate eine Wirtschaft arbeiten und gedeihen, die nicht mit ganz festen Rechtsgrundsätzen und Ordnungsprinzipien ausgestattet ist», war eine Maxime Hjalmar Schachts.

In dem Buch geht es um eine Zeitepoche, um die Dynamik eines dramatischen Geschehens, dessen wichtigste Stationen binnen nur anderthalb Jahrzehnten durch eine schwere Wirtschaftskrise, ihre Überwindung im deutschen «Wirtschaftswunder» der dreissiger Jahre, den Aufbau einer ge-

waltigen Kriegsmaschine und den kriegsbedingten totalen Zusammenbruch der Wirtschaft markiert wurden. Die Suche nach Auswegen aus Krise und Massenelend begann schon vor Hitler. In der Wirtschaftspolitik, die bis in die Ära Schacht ein Reagieren auf die Tiefe der Krise darstellte, trafen sich Interessen der Politik, der Wirtschaft und des Militärs. Die «Instrumentalisierung der Wirtschaftspolitik zu einem Mittel der «Aufrüstung» (Petzina), nicht von der Industrie initiiert, rief mit ihrer Forcierung Mitte der dreissiger Jahre kontroverse Positionen hervor, die in besonders markanter Weise in der Auseinandersetzung zwischen Schacht und Göring gipfelten. Bis 1936 galt Hjalmar Schacht, der «Finanzzauberer», als die beherrschende Gestalt in der deutschen Wirtschaftspolitik. Es war in erster Linie seine Leistung, in ständigem Widerstreit mit der Partei und solange er Hitlers Rückendeckung besass, die Wirtschaftskrise überwunden und die Arbeitslosigkeit beseitigt zu haben. Die Krisenüberwindung erfolgte am Modell einer gelenkten, nach aussen abgeschotteten und dem freien Spiel der Kräfte weitgehend entrückten Wirtschaft. 1938 war Deutschland eine «Wohlstandsinsel», wenn auch mit Schattenseiten. Unter der Herrschaft des Vierjahresplans und damit Görings, des bis 1942 mächtigsten Mannes in der Wirtschaftspolitik, vollzog sich ein ökonomischer Qualitätswechsel, begann die Mobilisierung der Wirtschaft für den Krieg und wurde 1939 ihr definitiver Übergang zur Kriegswirtschaft herbeigeführt. Auch im Kriege stieg die wirtschaftliche Leistungskraft, wurde aber in der Hektik der Rüstungskonjunktur sehr bald überfordert. Um nicht den «rationierten» zivilen Verbraucher und die ständig schrumpfende Verbrauchsgüterversorgung wie in der bisherigen Literatur weitgehend auszusparen, erscheint im vorliegenden Buch die deutsche Kriegswirtschaft weniger als Triumph eines ständig gestiegenen und letzten Endes unzureichenden Rüstungsausstosses, sondern als notwendiges und noch heute besonders aktuelles Lehrstück einer politischen Ökonomie des Mangels, was sie tatsächlich war. An die Stelle des Marktes mit freier Konsumwahl traten die mehr und weniger perfekten Ausformungen der Bewirtschaftung, die schliesslich nur noch die Dringlichkeit der Bedürftigkeit, die Notlage als Verteilungsprinzip gelten liess. Auch in Bezug auf die Bewirtschaftung des Mangels beanspruchte die deutsche Wirtschaftsverwaltung übrigens für sich, die besten versorgungswirtschaftlichen Lösungen gefunden zu haben.

Wer sich als Historiker bereits Jahrzehnte mit der Geschichte des Dritten Reiches befasst hat, dem drängte sich immer wieder die Erfahrung auf, dass

der alte Grundsatz: *Quod non est in actis, non est in mundo*, für diese Zeitspanne nur mit grossen Einschränkungen Gültigkeit besitzt. Aus akten allein lässt sich nicht die vollständige Geschichte der Hitler-Zeit schreiben. Das gilt auch für die Wirtschaftsgeschichte. Allzu leicht könnten Aktenaussagen überbewertet und andererseits wichtige Geschehnisse, weil sie in ihren Ursprüngen kaum einen schriftlichen Niederschlag fanden, vernachlässigt werden. Abgesehen von dem umfangreichen, herangezogenen Aktengut bemühte sich daher der Verfasser in umfassender und systematischer Weise um die Beihilfe vom Mit-Lebenden, Mit-Zeugen und Mit-Wirkenden. Die Mühen lohnten sich. Aus Befragungen und Mitteilungen von weit über 100 einstigen Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums gewonnene Erfahrungen und Einsichten flossen in das Buch ein, bisher nicht bekannte Hintergründe konnten erhellt, Neuland erschlossen werden. Nach menschlichem Ermessen ist es wohl leider auch das letzte zeitgeschichtliche Buch, das auf so breiter Basis die Erfahrungen und das Erleben einer Führungselite aus der Zeit von 1930 bis 1945 einbringen und der Nachwelt überliefern konnte.

Stuttgart, im Mai 1983

Willi A. Boelcke

I. Der Umbruch (1930-1934)

1. Abschwung

Die unentwegt schrumpfende deutsche Volkswirtschaft, in ihre schwerste Krise seit Menschengedenken hineingerutscht, steuerte Anfang 1932 einem Zustand der Lähmung zu. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, dem berufsständischen Vertretungsorgan der deutschen Wirtschaft, wurde damals in diesem Zusammenhang, um die Erstarrung der Produktion zu verdeutlichen, das Wort Vereisung gebraucht. Daten und Statistiken sprachen in der Tat für sich selbst und signalisierten für alle Bereiche der Wirtschaft, dass die Talfahrt in die Depression noch weiter gehen und überall die Produktion, die Arbeitsmöglichkeiten und der Lebensstandard der Menschen weiter schrumpfen würden. Anfang 1932 arbeiteten ein so wichtiger Produktionszweig wie die Maschinenindustrie mit rund 30% ihrer Kapazität und die Roheisengiessereien nur noch mit 16% ihres ursprünglichen Beschäftigtenstandes. Am tiefsten lag Ende Februar 1932, auch bedingt durch saisonale Einflüsse, die Bauwirtschaft darnieder. Über 90% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gingen stempeln, und es bestand nicht die geringste Aussicht, dass eine verstärkte Bautätigkeit wie in der Nachkriegszeit dem Heer der Erwerbslosen neue Beschäftigung bringen könnte. Erst im August 1932 erreichte der Schrumpfungssog laut Statistik seinen absoluten Tiefpunkt (Kennzahl der Industrieproduktion 58,5; 1928=100). Offenbar war eine weitere Verschlechterung nicht mehr möglich. Das Volkseinkommen war von 1928 bis 1932 von 72,4 auf 42,6 Mrd. RM gesunken. Die erschreckende Lähmung der Produktion durch Weltwirtschafts- und Weltagrarkrise produzierte unaufhörlich millionenfache Arbeitslosigkeit, Hungerdasein, sich furchtbar anhäufendes soziales Elend, Verzweiflung und menschliche Tragik. Mitte Februar 1931 war die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf 5,0 Millionen beziffert worden, Ende Februar 1932 sogar auf 6,3 Millionen, wozu nach Schätzung der Gewerkschaften noch eine weitere Mil-

lion nicht unterstützter Erwerbsloser treten dürfte, ferner die durch Arbeitsstreckung bewirkte verhüllte Arbeitslosigkeit (Heimarbeit u.a.) und schliesslich die unsichtbare, verschleierte auf dem Lande, in der Landwirtschaft. Für die Arbeitslosen war es freilich nicht tröstlich zu wissen, dass Arbeitslosigkeit eine weltweite Erscheinung darstellte und es in anderen Ländern ähnlich hoffnungslos aussah.

Auch diejenigen, die noch Arbeit und Verdienst hatten, durch Lohn- und Gehaltssenkungen allerdings gebeutelt, und belastet mit der erdrückenden Verpflichtung, das Millionenheer der Erwerbslosen nicht verhungern zu lassen (je Woche 2,40 RM), lebten ständig in der Gefahr, dass weitere Produktionsschrumpfung, Zusammenbrüche von Betrieben und Industriezweigen die Arbeitslosigkeit vervielfachten und sie ebenfalls der Betätigungsmöglichkeiten beraubten. So sehr sich auch Firmenleitungen dem drohenden Bankrott zu widersetzen suchten, lohnende Objekte, die die private Investitions- und Unternehmenstätigkeit beleben könnten, liessen sich jedoch weit und breit nicht ausmachen. Nicht nur Millionen Arbeitslose, auch zahlreiche Firmen und ganze Industriezweige waren in dieser und jener Weise auf die Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen oder sahen darin die einzige Überlebenschance. Teilweise bereits seit den 20er Jahren liefen finanzielle Stützungsaktionen, vom Reichswirtschaftsministerium federführend bearbeitet, für die Firmen Röchling, Stumm, die Schichau-Werft und für thüringische Industrieunternehmen im Raum Suhl – Zella-Mehlis. Zahlreichen Einzelfirmen wurden seit 1930 Reichsgarantien gewährt. Die deutsche Flugzeugindustrie nahm die Exportkreditversicherung des Reiches in Anspruch. Am ehesten Aussicht auf Reichshilfe hatten Firmen, welche nach Prüfung durch das Reichswehrministerium von «entscheidender Bedeutung für Wehrmacht und Landesverteidigung» waren, wie beispielsweise die Tegeler Werke der Firma Borsig oder die Waffenfabriken in Suhl, die nach einer Aufzeichnung des Reichsfinanzministeriums vom 12. Februar 1932 vor dem Zusammenbruch standen. Bereits am 16. Februar bezeichneten auch Vertreter des preussischen Handels- und des Reichswirtschaftsministeriums auf einer gemeinsamen Sitzung eine Stützung der Firma Simson/Suhl in Höhe von 400'000 RM aus Mitteln des Reichsinnenministeriums aus politischen Gründen mit Rücksicht auf die Arbeitsmarktlage für dringend erforderlich. Aufsehen und Bestürzung erregte in der Öffentlichkeit, dass das Reich im Frühsommer 1932 100 Mio. RM aufwendete, um den drohenden Zusammenbruch der von Flick beherrschten Vereinigten Stahlwerke AG zu verhüten und die Aktienmehrheit der Gelsenkirchener Bergwerks AG erwarb¹. Es stützte ebenfalls das

Industrieimperium des Fürsten Pless, dessen Interessen der frühere Aussenminister Curtius vertrat. Gewinne wurden privatisiert, Verluste aber möglichst sozialisiert.

Der Staatshilfe als industrieller Überlebenshilfe waren jedoch im Rahmen der allgemeinen Deflationspolitik von Reichskanzler Brüning immer engere Grenzen gesetzt. Schrumpfte die Wirtschaft, dann waren auch die öffentlichen Finanzen immer wieder von Neuem durch ein Absinken der Einnahmen, durch plötzlich klaffende Haushaltslücken gefährdet. Trotz aller Finanzierungskünste und finanzieller Durchhaltepolitik wurde es auf die Dauer immer schwieriger, Defizite in den laufenden Haushalten auszugleichen. Dem Kanzler inzwischen persönlich entfremdet, schrieb Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium am 19. März 1932 an Brüning: «Nachdem meine Versuche, den Haushalt und die Kasse zu sichern, wie es nach meinem pflichtgemässen Ermessen notwendig war, zu keinem ausreichenden Erfolg geführt haben, kann ich eine Verantwortung für die Zahlungsfähigkeit des Reiches nicht mehr tragen.»²

Doch nicht nur die mangelnde Finanzmasse in den öffentlichen Kassen machte es anscheinend unmöglich, durch grosszügige öffentliche Alimentierung der Produktionskosten die Wirtschaft wieder anzukurbeln und international wettbewerbsfähig zu machen. Auch bei der durch Notverordnung verfügten Lohnsenkung, in ihrem Ausmass auf etwa drei Milliarden RM geschätzt, blieb die erwartete Belebung der Wirtschaft aus. Vielmehr trat eine völlig entgegengesetzte Wirkung ein, ging der Schuss nach hinten los. Die Lohnsenkung erwies sich nicht als eine Kaufkraftverschiebung von drei Milliarden RM aus den Händen der Arbeitnehmer in die der Unternehmer, nicht als enorme Kostensenkung, die zur Investition reizte und neue Arbeitsplätze schuf. Fast ein Drittel des Betrages der Senkung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit wurde durch eine gleichzeitige Umsatzsteuererhöhung abgeschöpft, mit der andere Steuerrückgänge ausgeglichen werden sollten. Ferner wurde ein weiterer beträchtlicher Teil der Einkommenskürzung durch einen gleichzeitigen Preisrückgang kompensiert, durch den sich sowohl die Unternehmenserträge reduzierten, als auch eine Wertsenkung der Vorräte der Betriebe erfolgte, die dadurch grosse Verluste an Aktiva erlitten. Und schliesslich verminderten sich die deutschen Exporterlöse infolge der Preis- und Nachfrageschrumpfung auf dem Weltmarkt, der Pfundentwertung und infolge der überall errichteten Einfuhrhemmungen. So bedeutete die Einkommensenkung lediglich eine verspätete deut-

sche Anpassung an Preise und Kosten der verschärften Weltkrise, ohne dass sich Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt verbesserte und zu dem gleichzeitig zu zahlenden Preis der Minderung der realen Kaufkraft auf dem Binnenmarkt. Einkommensenkungen und Steuererhöhungen ohne eine gleichzeitige Vermehrung der öffentlichen Aufträge erwiesen sich bisher stets als sicherer Fahrstuhl in den Abgrund volkswirtschaftlicher Lähmung und Zerrüttung. Der Prozess deflatorischer Selbstzerstörung mit seinem permanenten Missverhältnis zwischen Kosten und Ertrag erhielt ständig neue Schubkraft.

Neben Produktionsrückgängen und steigender Arbeitslosigkeit wurde von den Betroffenen der Krise besonders der katastrophale Preisrückgang³ beklagt, der das Ausmass eines «Erdrutsches der Preise» angenommen hatte. Der deutsche Grosshandelsindex (1913=100) fiel von seinem Höchststand des Jahres 1929 von 139,3 bis auf 90,7 im April 1933. Auch über die Gründe des Preis Verfalls, etwa seit Mitte 1931 als Symptom, Faktum und Ursache der Krise angesehen, wurde von Zeitgenossen viel diskutiert. Reichswirtschaftsminister Warmbold sah im allgemeinen Kaufkraftschwund einen Hauptgrund für den Preisrutsch insbesondere für Agrarprodukte. Vertretern der «Grünen Front» erläuterte er auf einem Empfang des Reichskanzlers am 9. September 1932, sich offenbar auf im Reichswirtschaftsministerium angestellte Überlegungen stützend: «Sechs Millionen Arbeitslose leben von 500 RM, während sie 1200 (RM im Jahr) verdienen würden. Die Kaufkraft sei dadurch um rund 4 Milliarden vermindert. Die Minderung sei noch grösser, wenn berücksichtigt würde, dass die 500 RM von anderem Verdienst getragen werden müssten. Werde der Ausfall an Kaufkraft auf 1'000 RM berechnet, so sei er insgesamt 6 Milliarden»⁴. Die komplexe Ursachenverkettung, welche die Krise heraufbeschworen hat, ist bis heute in ihrer wechselseitigen Verzahnung noch nicht plausibel geklärt. Machte der Rückgang der Verbrauchsgüterwirtschaft bis 1929 den Anfang? Danach folgte ein Einbruch in die Investitionsgüterindustrie, der schliesslich mit einer Halbierung des deutschen Exports seit 1930 parallel lief. In der Kaufkraftsteigerung durch vermehrten Export sah Warmbold im Unterschied zu den Vertretern der «Grünen Front», die für Vermehrung der Kaufkraft im Rahmen der Binnenwirtschaft plädierten, das Zentralproblem der Wirtschaftspolitik und damit der Krisenüberwindung. Glaubte der Reichswirtschaftsminister tatsächlich, dass es gelänge, den deutschen Export im Umfeld einer internationalen Kontraktionsmechanik noch steigern zu können? Die Realität sah anders aus. Da jedes Land den Widersinn zur

Methode machte und möglichst viel verkaufen und nichts oder nur das Notwendigste kaufen wollte, verschärfte sich allerorten die Krise und der von ihr ausgehende Preisdruck. Wirtschaftliche und ausserwirtschaftliche Ereignisse und Handlungen steigerten die Depression schliesslich zum Desaster, nicht mehr vergleichbar mit den bisher üblichen konjunkturellen Abschwüngen. Durch die Zerstörung des internationalen Kredits, des internationalen Handels sowie durch die Tendenzen zur Nationalisierung der Weltwirtschaft fehlten Anfang der 30er Jahre auch die krisenmildernden Effekte, wie sie sich in den vorangegangenen zyklisch wiederkehrenden Depressionen zeigten. Früher erwiesen sich vielfach Agrarländer und die Agrarwirtschaften der Industriestaaten, soweit sie nicht oder nur wenig von der Krise berührt wurden, als willkommenes Auffangreservoir für krisenbedingt verbilligte Industrierzeugnisse. Das Zusammenfallen der Industriekrise mit einer Weltagrarkrise, der Zusammenbruch der Rohstoffmärkte und die weltweiten Handelsrestriktionen gaben jedoch einer Steigerung des Industrieabsatzes keine Chancen mehr. Die gesunkene Kaufkraft der Agrarbevölkerungen sowie der Agrar- und Rohstoffländer beschleunigten vielmehr die wirtschaftliche Talfahrt.

Anzeichen zur Überwindung der Depression signalisierte auch nicht der Kreditmarkt durch billigen Zinssatz, leichten Kredit und ein reiches Kapitalangebot. Im Gefolge der Bankenkrise vom Juli 1931 hat sich, obwohl die Regierung Brüning damals durch ihr energisches Eingreifen eine Finanzkatastrophe verhütet hatte, die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft rapide verschlechtert und damit das Tempo des Wirtschafts Verfalls beschleunigt.⁵ Zwar konnte Deutschland mit dem Preis der Bankenkrise – ungewollt – die Ablösung der auf der Wirtschaft schwer lastenden und nicht mehr erfüllbaren Reparationen erkaufen, nur gelang es auch dadurch nicht, die grundsätzliche Vertrauenskrise in das Wirtschafts- und in das politische System zu überwinden. Dass allgemein die Hoffnung auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft schwand, dazu hat wesentlich auch der Zusammenbruch der Gold-Devisen-Währung beigetragen und ihre vorangegangene sichtliche Funktionsuntüchtigkeit, verursacht von den Verzerrungen auf den Kapitalmärkten und den politischen Egoismen der wirtschaftlichen Grossmächte. Im Zuge der Bankenkrise vom Juli 1931 hob Deutschland, um den weiteren Abfluss knapper Währungsreserven einzuschränken, die freie Konvertibilität der Mark im Kapitalverkehr auf und führte damit die Devisenbewirtschaftung ein. Weil es nationales Gesetz, aussenpolitische

Rücksichten und internationale Abmachungen so wollten, gab es zwar zunächst den Goldstandard nicht auf, obwohl die Reichsbank ausserstande war, der Noteneinlöschungspflicht in Gold und Devisen nachzukommen und die durch Bankgesetz von 1924 vorgeschriebene Mindestnotendeckung in Gold und Devisen weiterhin zu gewährleisten⁶. Zwangsläufig führte die Devisenbewirtschaftung zu einer Drosselung der deutschen Einfuhr, ohne aber dadurch auf die Binnenkonjunktur belebend zu wirken. Auch der Handelsbilanzüberschuss, der durch stärkere Schrumpfung der Importe gegenüber dem Export erzielt wurde und 1931/32 Devisen einbrachte, kam nicht der deutschen Wirtschaft zugute, da er von abfließenden Auslandsgeldern wieder aufgezehrt wurde. Wo man auch immer hinblickte, überall waren Faktoren und Multiplikatoren wirtschaftlicher und politischer Natur am Werk, um die Krise zu eskalieren und damit Ohnmacht, auch Wut und vor allem Hoffnungslosigkeit angesichts dieser wirtschaftlichen Katastrophenphase zu verbreiten.

2. Theoretisches Selbstverständnis

Die Weltwirtschaftskrise 1929-1932 stellte nicht nur eine «normale» zyklische Krise dar, sondern wurde – wie wir heute wissen – kumulativ verstärkt durch die Abschwungswelle des zeitlich längeren Kondratieff-Zyklus⁷. Mit solcher Erkenntnis waren freilich noch nicht die allgemeinen und spezifischen, äusserst vielschichtigen Krisenursachen aufgedeckt, über die jedoch in Theorie und Empirie begreifliche Meinungsverschiedenheiten herrschten.⁸ In der damaligen Theorie wurden die ursächlichen Faktoren der Krisenerscheinungen überwiegend entweder auf der Waren- oder der Geldseite des Wirtschaftsprozesses gesehen. Die «Produktionstheoretiker» erklärten die krisenbedingten Disproportionalitäten im Wirtschaftskreislauf, das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage entweder als Folge der Überproduktion, bzw. Überinvestition (Spiethoff, Cassel u.a.m.) oder als Phänomen des Unterverbrauchs bzw. der Überersparnis (J. H. Hobson sowie Lederer mit seinem Ende der zwanziger Jahre in Deutschland als Standardwerk geltenden Buch: Konjunktur und Krisen). Im Unterschied zu den älteren Krisen- und Konjunkturtheorien entwickelten sich seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts teilweise aufbauend auf der Zinsspannentheorie des Schweden Knut Wicksell verschiedene Spielarten einer monetären bzw. kreditären Überinvestitionstheorie (die schwedischen Schüler

Wicksells; im angelsächsischen Raum: Hawtrey, Robertson, Keynes; in Deutschland: Schumpeter, Hahn, Mises, Hayek u.a.m.). Obwohl die monetären Konjunkturtheorien, die in der Kreditexpansion bzw. Kreditkontraktion den entscheidenden Faktor für den Konjunkturverlauf erblickten, schon im 19. Jahrhundert Vorläufer hatte, sind sie eigentlich erst etwa seit der Weltwirtschaftskrise in den Vordergrund getreten. Ein so junges Theoriegebäude, in dem zahlreiche Probleme noch offen waren, konnte verständlicherweise aber nicht sogleich allgemeine Anerkennung finden, zumal sich die jungen «Monetaristen» und sonstigen Reformisten unter den Konjunkturtheoretikern untereinander teilweise heftig befehdeten und sich nicht einmal darin einig zeigten, ob man den Weg einer aktiven Konjunkturpolitik einschlagen oder die Wirtschaft in ihrer krisenhaften Phase der Reinigung und Neuanpassung zunächst sich selber überlassen sollte.

Hayek⁹, Vertreter einer liberalen Schule und ein entschiedener Gegner der sich an Mengen orientierenden Disproportionalitäten- und Akzeleratortheorien, sah die Krisis als das Ergebnis eines Prozesses «erzwungenen» Sparens an, einer vorangegangenen Investitionsexpansion auf dem Wege einer Geldmengen- und Kreditausweitung. Nicht wegen eines Nachfragedefizits, wie die Unterkonsumtionstheorien behaupten, würde die Konjunktur zusammenbrechen, sondern weil während der Konjunktur zu viel konsumiert und zu wenig «freiwillig» gespart wurde. Mit dem immer spürbarer werdenden Mangel an «freiwilliger» Kapitalbildung nahm schliesslich die Depression ihren Lauf, während der sich jedoch die notwendigen Kräfte zur Krisenüberwindung, wie sinkende Lohnkosten und Preise, steigende Geldmarktliquidität u.a., wiederum selber entfalten würden. Die politische Konsequenz aus Hayeks Krisentheorie zeigte sich in der Wirtschaftspolitik Brünnings, die sowohl staatliche Eingriffe in den sich angeblich selbstregelnden Wirtschaftsprozess und eine staatliche Kreditexpansion vermied als auch darüber hinaus einen Deflationskurs der Sparsamkeit, der Einkommens- und Haushaltskürzungen sowie der Steuererhöhungen mit den bekannten krisenverschärfenden tragischen Resultaten einschlug. Dabei bildete Hayeks Krisentherapie keineswegs die einzige logische Konsequenz seiner Diagnose der zu geringen Kapitalbildung. Um den Mangel an privater Kapitalbildung zu überwinden, hätte eine öffentliche Kreditausweitung nahegelegen¹⁰.

Je weniger sich Indikatoren dafür zeigten, dass die Wirtschaft in ihrem krisenhaften Zustand der Unterbeschäftigung automatisch zur Vollbeschäf-

tigung zurückfinden würde, umso glaubwürdiger erschien daher die These der Kritiker der «klassischen Theorie», dass die automatische «Selbstfangvorrichtung für die niedergehende Konjunktur» in der Weltwirtschaftskrise «ausgeschaltet» sei¹¹. Der Blick der «Reformer» verlagerte sich von der Kostenseite hin zur Absatzseite der Unternehmen. Nach ihrer Auffassung bedurfte es zur konjunkturellen Belebung einer Steigerung der Nachfrage, einer Verbesserung der Unternehmenserträge und kam es vor allem auf eine Vermehrung der Investitionen an. Lange vor Erscheinen von Keynes grundlegender «Allgemeiner Theorie der Beschäftigung» vertraten führende deutsche Theoretiker der «Arbeitsbeschaffung» die Überzeugung, dass zum Anspringen des Motors der Wirtschaft unbedingt ein Eingreifen des Staates erforderlich sei. Wilhelm Lautenbach vom Reichswirtschaftsministerium argumentierte 1931: «Wenn unter diesen Umständen die öffentliche Hand heute wagt und unternimmt, was nach Lage der Dinge durch private Initiative nirgends unternommen werden kann, nämlich Kapital nachzufragen und für solche produktive Aufgaben zu verwerten, die nicht unmittelbar durch die gegenwärtige schlechte Absatzlage berührt werden, so ist das ökonomisch rationell, und im Übrigen zieht man damit nur die logische Konsequenz daraus, dass die öffentliche Hand durch die Politik der vergangenen Jahre gerade die private Initiative auf dem in der Depression dazu prädestinierten Gebiet der Bauwirtschaft¹² ausgeschaltet hat. Denn die von solchen Investitionen ausgehenden Aufträge an die Industrie sowie die Kaufkraft der neu eingestellten Arbeiter (die absolut zusätzlich wäre, weil die Löhne durch zusätzlichen Kredit finanziert sind) würden das Verhältnis von Angebot und Nachfrage mit einem Schlage ändern. ... Aus dem gewaltigen Arbeitslosenheere würde in mehr oder minder schnellem Tempo, über die ganze Wirtschaft verteilt, die Arbeit von den Betrieben gewissermassen wieder angesaugt werden. Die Bewegung, einmal eingeleitet, pflanzt sich selbständig fort... »¹³.

Neben der Rechtfertigung der Staatsintervention fand sich bei den Reformern bereits die Erkenntnis von den multiplikativen Auswirkungen der staatlichen Investitionsausgaben. Das Multiplikatorprinzip der Keynes'schen Lehre, nach Meinung mancher Ökonomen deren wichtigster Bestandteil, wurde bereits von ihnen vorweggenommen¹⁴. Die Theoretiker einer staatlichen Initialzündung für einen grossangelegten Wirtschaftsaufschwung glaubten auch Antworten auf das schwierige Problem einer Finanzierung der staatlichen Arbeitsbeschaffung gefunden zu haben. Lautenbach plädierte 1931, etwas bedauernd, da der Reichsbank infolge gesetzli-

cher Einschränkungen die Möglichkeit der Offenmarktpolitik auszunutzen verwehrt war, für den angeblich unausweichlichen «Versuch, langfristig vom Ausland das erforderliche Kapital heranzuziehen».¹⁵ In seiner Eigenschaft als Beamter des Reichswirtschaftsministeriums räumte er jedoch ein, dass die von ihm in diesem Zusammenhang vorgeschlagene Konsolidierung der kurzfristigen Auslandsschulden finanz- und bankpolitisch zwar äusserst erwünscht sei, reparationspolitisch betrachtet aber unklug und im Widerspruch zur offiziellen Politik stehend, da die Reparationsgläubiger einen falschen Eindruck von der deutschen wirtschaftlichen Leistungskraft erhalten würden.

Aus der Einsicht, dass internationales Vorgehen zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung kaum Aussicht auf Erfolg habe, empfahl der Theoretiker der Gewerkschaften, Wladimir Woytinski, im Juni 1931 in seiner deutschen Wahlheimat die Durchführung von öffentlichen Investitionen auf der Basis einer inländischen Kreditschöpfung. Auch diese, in krassem Gegensatz zur «klassischen» Lehre stehende Vorstellung war nicht neu und fand sich bereits in einem 1926 erschienenen Aufsatz des nach 1933 dann totgeschwiegenen Wirtschaftspublizisten Robert Friedländer-Prechtl. Würde der inländische Kapitalmarkt erstarrt und ein Rückgriff auf ausländische Kapitalmärkte nicht möglich sein, stände dann nur der inländische Geldmarkt zur Vorfinanzierung der Arbeitsbeschaffung offen und sei später durch eine Konsolidierung über den Kapitalmarkt eine Dauerfinanzierung zu bewirken¹⁶. Friedländer-Prechtl dachte an eine Kreditfinanzierung des Reiches gegen Hinterlegung von Schuldtiteln. Zu ähnlichen Überlegungen gelangte Lautenbach, anknüpfend namentlich an Albert Hahns These von der Priorität der Kreditschöpfung vor der eigentlichen wirtschaftlichen Leistung¹⁷, als er im Lauf des Jahres 1931 wiederholt für eine stärkere Inanspruchnahme der Reichsbank zur Kreditexpansion und insbesondere für eine Wechselfinanzierung der Arbeitsbeschaffungsprogramme bei entsprechender Vermehrung des Notenumlaufs eintrat¹⁸. Offenbar in Nachwirkung der Bankenkrise verfochten Arbeitsbeschaffungstheoretiker wie Lautenbach, Ernst Wagemann, der Fabrikant Heinrich Dräger u.a.¹⁹ den Primat des monetären Faktors bei der Krisenüberwindung und entwickelten mit ihrer These vom notwendigen aktiven Einsatz der staatlichen Geldschöpfung eine «dynamische Kredittheorie», für deren Tragfähigkeit allerdings erst die staatliche Kreditfinanzierung der 30er Jahre die Beweisgrundlage lieferte. So war in der wirtschaftlichen Theorie der Reformer, vor allem mit

den Vorstellungen von Lautenbach, der Bruch mit der «klassischen Theorie» schon Jahre zuvor vollzogen, ehe Keynes mit seiner epochemachenden «Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes»²⁰ die Doktrin des wirtschaftspolitischen Laissez-faire heftig attackierte. Auch die wirtschaftspolitischen Schlüsse, welche sich aus Keynes' Analyse ergaben, waren schon zuvor von den deutschen Reformern gezogen worden. Würde die Investitionsbereitschaft der Unternehmer bei nicht mehr kostendeckenden Preisen nicht ausreichen, eine hinlängliche, Arbeitslosigkeit vermeidende Auslastung des Produktionsapparates zu gewährleisten, dann habe die Regierung die Verpflichtung, die fehlende wirksame Nachfrage zu schaffen. Wilhelm Röpke, damals Ordinarius in Marburg, bestätigte dem ihm freundschaftlich verbundenen Lautenbach, auch der «deutsche Keynes» oder «die graue Eminenz der Arbeitsbeschaffung» genannt, posthum, dass er eine Theorie der wirtschaftlichen Dynamik entwickelt habe, «die der Gedankenarbeit von Keynes parallel lief und sie in manchen Hinsichten an Präzision, Klarheit und Geschlossenheit übertraf».²¹

Es war andererseits nicht verwunderlich, dass die Befürworter einer staatlichen Geldschöpfung zur Vorfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen in Theorie und Praxis als neue Inflationisten angeprangert wurden. Lautenbach, damals noch der Überzeugung, dass es nur einer Initialzündung zur Wirtschaftsbelebung bedürfe, hielt solchen Vorwürfen in einem grundlegenden Vortrag vom Dezember 1931 entgegen, dass die Beanspruchung der Reichsbank «sich vielmehr absolut in sehr bescheidenen Grenzen halten» würde, der Notenumlauf auf die Dauer gegenüber seiner gegenwärtigen Höhe überhaupt nicht zu steigen brauchte und daher nicht mit den «geringsten Inflationstendenzen» zu rechnen sei²². Ähnliche Gedankengänge vertrat damals auch Ludwig Erhard, keineswegs als Inflationist zu verdächtigen. Er gab den Reformern und ihren Bestrebungen Schützenhilfe, da wie er schrieb, nicht «so sehr das Deckungsprinzip als die Art der Kreditverwendung entscheidend für die wirtschafts- und währungspolitische Unbedenklichkeit eines solchen Verfahrens ist. Nur scheinbar sind die zusätzlichen Finanzierungskredite ungedeckt, denn höher als ein fester Deckungsblock oder eine imaginäre Golddeckung usw. ist die in der zusätzlichen Gütermasse manifestierte und auch realisierbare Leistung zu bewerten»²³.

Letzten Endes liefen die Thesen der Reformen darauf hinaus, von der Geldseite her die Preisentwicklung zu beeinflussen und dadurch den Auftrieb in Bewegung zu bringen. «Zum ersten Male tritt uns damit in der Ge-

schichte der Wirtschafts- und Finanzpolitik, nicht allerdings der Geld- und Kredittheorie, die Forderung nach einem aktiven Einsatz der Währungspolitik mit dem Ziel der Beeinflussung des Preisspiegels entgegen»²⁴, kommentierte rückblickend Jens Jessen, einst aktiver Mitstreiter der Reformen. Einer Politik der Preisstabilisierung auf höherem Niveau wurde von zahlreichen Theoretikern das Wort geredet. Über das Ausmass der Preiserhöhungen aber herrschten Meinungsverschiedenheiten, zumal jede Kaufkraftentwertung des Geldes infolge steigender Preise in den Augen der bereits durch die Inflation gebeutelten Deutschen das Schreckgespenst erneuter Inflation heraufbeschor²⁵.

Einig waren sich dagegen die Konjunkturtheoretiker, soweit sie auf prozesspolitischem Wege die Krisenüberwindung erstrebten, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in ihren verfassungsrechtlichen Grundlagen nicht anzutasten oder gar zu verändern. Ihre Ordnungsvorstellungen liefen auf mehr Staat, auf mehr an staatlicher Steuerung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens hinaus, ohne die Grundsätze der liberalen Marktwirtschaft und bestehende gesellschaftliche Strukturen preiszugeben, und ohne antikapitalistische Forderungen zu erheben, wie aus den Lagern der verschiedensten Ideologien zu hören. Durch ein marktkonformes Eingreifen des Staates sollte vielmehr eine funktionstüchtige und möglichst sozial gerechtere Marktwirtschaft zur vollen Entfaltung gebracht werden, Gedanken, die später im Ordoliberalismus der Freiburger Schule weiterentwickelt wurden, und schliesslich in der neoliberalen Theorie der sozialen Marktwirtschaft mündeten.²⁶

Die Einbeziehung des Staates in die Volkswirtschaftstheorie und sei es auch nur in Gestalt eines Ordnungshüters des Marktes bezeichnete ebenfalls den definitiven Bruch mit der liberalen Klassik, der sich allerdings bereits spätestens seit dem Ersten Weltkrieg angebahnt hatte. Schon 1924 schrieb Friedrich von Wieser: «Die Erkenntnis des Schutzberufes des Staates ist die wichtigste theoretische Grundlage der modernen Volkswirtschaftspolitik, und es gereicht der deutschen Wissenschaft zum hohen Ruhme, sie gefunden und den Bann des klassischen Dogmas gebrochen zu haben...»²⁷

Aber war diese zu neuen Ufern vorstossende Reflexion über die Volkswirtschaft und das Gewicht einer neuen Prozesspolitik überhaupt imstande, den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen? Etwas resigniert oder gar verbittert bekannte der Berliner Ordinarius für Volkswirtschaftslehre Moritz Bonn 1930, in keinem grossen Lande der Erde würde die volkswirtschaftliche Theorie so verachtet werden wie in Deutschland. Sein

Zorn entlud sich gegen Juristen und Praktiker, die sich einbilden würden, dass ihre zusammenhanglosen Einfälle die Theorie ersetzen könnten.²⁸ Auf den ersten Blick schien die Saat der neuen Theorien auf einen wenig günstigen Nährboden zu fallen. Selbst Keynes' Auftreten in Berlin 1931, sein Vortrag über das Ende des Laissez-faire, so sehr er auch seine Zuhörer faszinierte und der praktischen Wirtschaftspolitik Alternativen aufzeigte, blieb offenbar ohne Resonanz. Nach der Abwertung des britischen Pfundes und nachdem die Bank von England ihre Goldzahlungen im September 1931 eingestellt hatte, sprach Keynes die Erwartung aus: «Ich werde erstaunt sein, wenn Deutschland lange zögerte, ehe es unserem Beispiel folgt». Der Fluch des Midas würde auf die Länder fallen, die beim Goldstandard bleiben. Ihre Ausfuhr werde eintrocknen, verschwinden, bis sie weder eine günstige Handelsbilanz mehr haben noch auswärtige Kredite, um Importe zu bezahlen, prognostizierte der grosse Magier der Konjunkturtheorie den Deutschen²⁹, als sie sich noch mitten im Wettkampf mit der Deflation befanden und mit der Bürde der Reparationen rangen.

Noch viel weniger war wohl zunächst damit zu rechnen, dass von linker oder rechter ideologischer Position im Schatten der Weltwirtschaftskrise entworfene Modelle sozialistischer oder kapitalistischer Planwirtschaft zu Wirklichkeit gerinnen würden. Das Scheitern des liberalen Kapitalismus hatte antikapitalistische Gesinnungen hervorgebracht, die vor allem in einer grundsätzlichen Änderung der Wirtschaftsverfassung den Ausweg aus der chaotischen Wirtschaftskrise erblickten. Als gepriesener Mittelweg zwischen Sozialismus und Liberalismus tauchte die Forderung nach einer Art «Kapitalistischer Planwirtschaft» auf, 1931 von dem Juristen Meyer zu Schwabedissen vertreten, eine – wie sich zeigte – recht virulente Vorstellung. 1932 plädierten der Nationalökonom Paul Schröder und der Soziologe Roderich von Ungern-Sternberg für eine Transformation der freien Marktwirtschaft in ein System des «Plankapitalismus». Auch die organisch-ständische bzw. universalistische Wirtschaftslehre, vertreten von Othmar Spann und seinen Schülern, glaubte, dass die Verwirklichung ihrer Ordnungsvorstellungen, das zweckhafte Ausgerichtetsein und das Abgestimmtsein der Teile der Volkswirtschaft Krisen überwinden bzw. verhindern würden.³⁰ Damit war das theoretische Szenarium um eine weitere neue Idee, die der «gelenkten Wirtschaft», bereichert. An neuen Ideen mangelte es damals wahrhaftig nicht. Das Elend der Weltwirtschaftskrise hatte auf theoretischer und vor allem auf ideologischer Ebene zahllose Antworten

hervorgebracht, die eine Wende herbeizuführen versprachen. Artikulation von Gedanken und Vorschlägen bedeutete freilich nie sogleich auch ihre Umsetzung in Operation.

3. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Reichsregierungen vor Hitlers Machtübernahme

«Arbeitsbeschaffungsprogramme sind aber heute so billig wie Brombeeren»³¹, urteilte Wilhelm Lautenbach im Dezember 1931 über die Flut an damals propagierten, kursierenden oder sonstwie angepriesenen Arbeitsbeschaffungsprojekten. Angesichts der Vielzahl solcher auf die Praxis bezogener Programme, wie zusätzliche Arbeit geschaffen werden könnte, fällt es schwer, sie nach bestimmten übergeordneten Gesichtspunkten zu klassifizieren und zu systematisieren. Nicht wenige Projekte waren ausschliesslich sozialpolitisch oder im engeren Sinne arbeitsmarktpolitisch orientiert, ohne nach volkswirtschaftlicher Rationalität oder Rentabilität zu fragen. Lediglich um eine Beschäftigung von jugendlichen Arbeitslosen als Form der Sozialhilfe ausserhalb des marktwirtschaftlich-industriellen Prozesses bei gleichzeitigen nationalpädagogischen und disziplinierenden Zielsetzungen ging es bei Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Sommer 1931³². Gedacht war auch daran, Arbeitslose gewissermassen in Kommunen mit geschlossener Wirtschaft zusammenzufassen, um sie das produzieren zu lassen, was sie selber verbrauchen. Vorstellungen von der sich selbst genügenden mittelalterlichen Hauswirtschaft, obwohl nie real existent gewesen, tauchten auf. Andere Arbeitsbeschaffungsprojekte versprachen mehr Konjunktur und Arbeitsplätze und dachten sehr handgreiflich und vordergründig an das eigene Gewinnstreben. Nicht wenige Projektentwickler dünkten sich im Besitz des Steins der Weisen zu sein. So etablierte sich beispielsweise in München 1931 ein «Reichsverband für Reform der Männerkleidung» und machte bald Regierungsstellen auf sich aufmerksam, weil er die Überzeugung hegte, dass mit Hilfe der Produktion einer Männerkleidung, die «hygienisch, praktisch, behaglich und kleidsam» sein sollte, eine Wirtschaftsankurbelung gelänge. Auch an Besserwissern mangelte es nicht. Wiederholt pries ein einstiger Referent des Demobilisierungsamtes Bayern Reichskanzlern und Reichskommissaren seine Vorschläge an, wie «mit Leichtigkeit» neben einem Verdienst von einigen Millionen jährlich der Absatz gehoben und «die Arbeitslosigkeit auf dem natürlichen Wege ver-

mindert werden» könne. «Wenn Sie in der Lage sind, aus Reichsmitteln den Betrag von 100'000,- Mk. Betriebskapital zur Verfügung zu stellen, so bin ich bereit, Ihnen die Gesamtheit meiner Vorschläge zu unterbreiten», lockte er Reichskommissar Gereke³³.

Eine «Ministerkommission»³⁴ zur Erörterung von praktischen Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung («Konjunktur- und Saisonausgleich») war bereits 1929 geschaffen worden und trat erstmals im Dezember 1929 zusammen. Ihre Vorschläge aber blieben Papier und verschwanden mit meist ähnlich lautender Begründung wie die zahlreicher nachfolgender Kommissionen in den Aktenregistraturen oder gar in den Papierkörben. «Der Versuch», so heisst es im Tätigkeitsbericht des Reichswirtschaftsministeriums für das Rechnungsjahr 1929, «angesichts der schlechten Konjunkturlage einer Vorverlegung und Verstärkung der öffentlichen Aufträge seitens der Beschaffungsstellen zu erreichen, scheiterte jedoch an der gegenwärtig besonders schwierigen Finanzlage aller in Betracht kommenden Stellen»³⁵. Das Finanzierungsproblem der Arbeitsbeschaffung bildete auch die Schwachstelle des Gutachtens der Brauns-Kommission, eine von Reichskanzler Brüning 1931 eingesetzte Reichskommission zur Arbeitslosenfrage unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns. In den Diskussionen um das Gutachten klangen bereits alle wesentlichen expansionistischen Komponenten der späteren Arbeitsbeschaffungspolitik an, wenngleich zunächst noch als «internationale Beschäftigungspolitik» konzipiert. Der Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Wilhelm Lautenbach hatte «zusammen mit dem Minister Brauns» das von Brüning negativ beurteilte und verworfene Gutachten ausgearbeitet und «sowohl in der Brauns-Kommission wie in der Öffentlichkeit vertreten». Seinen Minister, den besonders aktiven Vizekanzler Dietrich, scheint aber Lautenbach offenbar von seinen Ideen überzeugt zu haben. In einer Rede in Stuttgart erklärte Dietrich 1931, anspielend auf den Widersinn einer Arbeitslosenunterstützung von «vielleicht nahezu 3 Mrd. RM» ohne Gegenwert, «dass wir ohne ängstliche theoretische Bedenken uns zum Betreten neuer Wege entschliessen müssen».^{35a} War er als Reichswirtschaftsminister bereits entschlossen, das Steuer der Wirtschaftspolitik herumzuwerfen? Aufgeschlossen zeigte sich Dietrich der aktiven Konjunkturpolitik gegenüber, sie durchzusetzen zögerte er.

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, die seit dem Spätsommer 1931 einem neuen Höhepunkt zustrebten, zogen eine Kabinettsumbildung nach

sich, bewirkten aber noch keine Weichenstellung zugunsten einer direkten Arbeitsbeschaffungspolitik. Da ein Mann der Industrie als Reichswirtschaftsminister nicht gewonnen werden konnte, übernahm Prof. Warmbold, ein Landwirt und früher im preussischen Kabinett Stegerwald, im Oktober 1931 das Amt. Warmbold, obwohl zu den Verfechtern einer Kreditexpansion zählend – er war zudem Schwager von Ernst Wagemann, dem ebenso geistreichen wie streitbaren, Brüning's Deflationskurs kritisierenden Präsidenten des Statistischen Reichsamts – konnte sich aber mit seinen Plänen der Arbeitsbeschaffung weder im Kabinett Brüning noch gegenüber dem mit ihm zerstrittenen Reichsbankpräsidenten Luther durchsetzen. Brüning machte Warmbold den schwerwiegenden Vorwurf, dass er «gänzlich unpolitisch und entschlussunfähig» gewesen sei, durch seine «Demissionsdrohungen» die innenpolitische Lage verwirrt und die Reparationsverhandlungen erschwert habe³⁶. Angeblich trieben im Hintergrund Kreise der Reichswehr und die Deutschnationalen Warmbold «zu radikalen Erweiterungen in der Kreditgebung». Der Wagemann-Plan, der auf eine Änderung der Deckungspflicht der Reichsbank abzielte, wurde wegen seines angeblich inflationären Charakters und weil er deshalb im Ausland starke Erregung hervorgerufen hatte, in der Reichskabinettsitzung am 29. Januar 1932 endgültig abgelehnt.



Abb. 1: Prof. Dr. phil. Hermann Warmbold, Reichswirtschaftsminister
10.10.1931-6.5.1932 und
1.6.1932-28.1.1933.

Tiefgreifende, sich verschärfende Meinungsverschiedenheiten machten das Verhältnis zwischen Kanzler und Wirtschaftsminister zunehmend unerträglich. Sie führten schon bei der Vorbereitung der opfervollen 4. Notverordnung am 7. Dezember zur mündlichen Rücktrittserklärung Warmbolds. Nur aufgrund der dringenden Vorhaltungen Brünings «hinsichtlich der allgemeinen politischen Lage» liess er sich bewegen, in seinem Amt zu bleiben. Seine Unterschrift unter die Notverordnung aber verweigerte er. Nachträglich wurde sie mit der Schere vom Original abgeschnitten. Doch die Arbeitsweise im Kabinett verbesserte sich nicht aus der Sicht Warmbolds. Er wurde übergangen, nicht rechtzeitig an wichtigen Entscheidungen beteiligt. Nur die Wahlkampagnen im Frühjahr 1932 und die Befürchtung, sein Rücktritt könnte möglicherweise die politischen Spannungen verschärfen, hielten Warmbold zunächst davon ab, erneut seine Demission zu betreiben. Am 28. April bat er schliesslich den Reichspräsidenten schriftlich, ihn von seinem Amt zu entbinden. Dem Abschiedsgesuch eine freundschaftliche Nuance zu geben, wie Brüning wollte, lehnte der Verbitterte kategorisch ab.³⁷

Warmbold brach mit Brüning, nachdem alle Anläufe, direkte Arbeitsbeschaffungsmassnahmen einzuleiten, während seiner sechsmonatigen Amtszeit fast vollständig gescheitert waren. Dabei besaßen er und die Reformer im Reichswirtschaftsministerium beträchtliche Rückendeckung, nicht zuletzt die des (vorläufigen) Reichswirtschaftsrats. Am 21. Dezember 1931 war ein Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zusammengetreten und beschloss einstimmig: «Der Zentralkommission des vorläufigen Reichswirtschaftsrats möge in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium vordringlich die Frage der Hebung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung, prüfen und das Ergebnis seiner Prüfung der Reichsregierung übermitteln». Zur Aufstellung eines Programms der Arbeitsbeschaffung wurde eine achtköpfige Kommission eingesetzt, die ungeachtet des Stillschweigens der Reichsregierung zum Problem der Arbeitsbeschaffung sehr rasch initiativ wurde. Erst die Aktivitäten des Reichswirtschaftsrats gaben den Anstoss, dass am 12. Februar 1932 eine vertrauliche Ressortbesprechung im Reichswirtschaftsministerium³⁸ einberufen wurde, um «die mit einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung verbundenen Probleme zu klären». Die Besprechung gab in erster Linie Wilhelm Lautenbach Gelegenheit, seine Gedanken zur Wiederbelebung der Gesamtwirtschaft vorzutragen. Staatssekretär Trendelenburg fasste seine Darlegungen in den Thesen zusammen:

«1. Die Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufträge dürfen nicht an-



Abb. 2: Dr. jur. Ernst Trendelenburg,
Staatssekretär im Reichswirt-
schaftsministerium
1.4.1923-30.5.1932

derweitigen produktiven Verwendungsmöglichkeiten, z.B. durch Besteuerung der Wirtschaft entzogen werden. Eine Ankurbelung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn es sich nicht nur um eine Kaufkraftverlagerung, sondern um die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch Kreditausweitung handelt.

2. Der Zeitpunkt für den Einsatz einer etwaigen öffentlichen Arbeitsbeschaffung sei unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt abhängig a) von der innerwirtschaftlichen Gesamtlage und der Frage, ob der Tiefpunkt der Depression erreicht sei, b) von der Rücksicht auf die Devisenbilanz, d.h. von der Frage, ob eine Konjunkturbelebung ohne Rückschlag infolge Verschlechterung der Devisenbilanz möglich sei.»

Wie vorauszusehen, bekundete der anwesende Vertreter der Reichsbank (Geheimrat Nordhoff) in der Diskussion prompt die Ablehnung der Reichsbank bei einer «Verquickung der Finanzgebarung des Reiches mit der verfassungsgemäss unabhängigen Währungspolitik». Staatssekretär Trendelenburg machte sich dagegen sogleich zum Fürsprecher und Interpreten des Lautenbach'schen Plans und erwiderte: «Lediglich in Höhe eines unerheblichen Bruchteils (etwa in Höhe von 10% des Wertes der öffentlichen Aufträge) sei ein Rückgriff der Banken auf die Reichsbank erforderlich. Im Übrigen dürfe die Frage der Arbeitsbeschaffung nicht nur unmittelbar unter dem Gesichtspunkt der Währung betrachtet werden, da ein weiterer Zusam-

menbruch der Wirtschaft möglicherweise noch grössere Gefahren für die Währung zur Folge habe». Im Reichswirtschaftsministerium war man auf Gegenargumente vorbereitet und imstande, mit gewichtigeren zu kontern. Auch war man sich offenbar einig, dass ohne eine bestimmte Summe zu nennen «eine Arbeitsbeschaffung lediglich bei Einsatz erheblicher Mittel zweckmässig sein könne. Durch Aufwendung geringfügiger Beträge würde ein Erfolg nicht erzielt, sondern lediglich die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung diskreditiert werden» (Trendelenburg). Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsverkehrsministeriums schlossen sich ohne Vorbehalt der Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums an und stellten die Vergebung öffentlicher Aufträge in grossem Umfang in Aussicht, sofern sich ein Weg zu ihrer Finanzierung finden würde. Eine Entscheidung hierüber, das wussten freilich alle Beteiligten, konnte nur durch das Kabinett getroffen werden und hing nicht nur von wirtschaftlichen, sondern ebenso von politischen Erwägungen, namentlich von der Lösung der Reparationsfrage ab.

Bereits am 12. März 1932 legte der Reichswirtschaftsrat sein Arbeitsbeschaffungsprogramm³⁹ vor. Für die Auswahl der Gebiete, die nach Sachverständigenbefragungen für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm hauptsächlich in Frage kommen sollten, waren als Gesichtspunkte massgebend, dass es sich um zusätzliche, Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess ein-

<i>Arbeitsbeschaffungsprogramme des Reichswirtschaftsrates 1932</i>		
	Kredite in Millionen RM	zusätzliche Arbeitskräfte
Reichsbahn (Reparaturen)	100	30000
Reichspost (Automatisierung des Fernsprechverkehrs und Auto- mobildienst)	50	15 000
Strassenbau	200-710	100 000-360 000
Hochwasserschutz (Preussen und Reich)	230	105 000
Landwirtschaftliche Meliorationen (Drainage u.a.)	200	120 000
Milchwirtschaft	50	10 000
Hausreparaturen	300-500	135 000-225 000
Insgesamt	1'130-1'840	515'000-865'000

beziehende Arbeit handeln sollte, dass ferner die Arbeiten vom Standpunkt der Rentabilität wirtschaftlich nützlich und vertretbar sind und schliesslich, dass die Arbeiten noch 1932 «für die Belebung des Arbeitsmarktes zu voller Auswirkung kommen». Unter diesen Aspekten galten das Verkehrswesen, der Hochwasserschutz, landwirtschaftliche Meliorationen und die Instandsetzung des Altwohnraumes als die aussichtsreichsten Objekte, um Arbeitsmöglichkeiten in grösserem Umfange bereitzustellen. Rein rechnerisch kam der Bericht des Reichswirtschaftsrates zu dem Ergebnis, dass bei einem Einsatz von einem Investitionsvolumen von 1,1 – 1,8 Mrd. RM 515'000 – 865'000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Die Untersuchungen des Zentralaussschusses über das Finanzierungsproblem aber zeigten, dass hier, zumal mit öffentlichen Mitteln nicht gerechnet werden konnte, «die eigentlichen Schwierigkeiten für die Durchführung zu sehen» seien. Der Reichswirtschaftsrat empfahl den Zusammenschluss von Kreditbanken zu Finanzierungskonsortien bzw. die Schaffung besonderer Finanzierungsinstitute, die sich die erforderlichen Mittel mit Hilfe diskontfähiger Papiere beschaffen sollten.

Weniger der Bericht des Reichswirtschaftsrats, als vielmehr der im April 1932 anstehende Krisenkongress der Gewerkschaften gab den Anstoss zu vorsorglich neuer Aktivität auf Regierungsebene in Fragen der Arbeitsbeschaffung. Am 1. April kam es, um Kabinettsberatungen vorzubereiten, zu einer Ressortbesprechung im Reichsarbeitsministerium⁴⁰. Die konkreten, im Gutachten des Reichswirtschaftsrats genannten Arbeitsprojekte und deren Finanzierungsmöglichkeiten wurden erörtert, um zu dem Ergebnis zu gelangen, dass zwar «Investitionsmöglichkeiten für erhebliche Kapitalmengen auf den verschiedensten Gebieten gegeben, ihre Durchführung jedoch praktisch nur mit mehr oder weniger hohen verlorenen Zuschüssen möglich sei». So blieb auch in den Ressortbesprechungen die Frage der Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen offen, zumal – wie der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums ausführte – es sich dabei «ganz überwiegend» um eine politische Frage handelte, «die nur vom Reichskabinett entschieden werden könne». Es sei fraglich, ob «vor der Reparationskonferenz Entscheidungen hierüber überhaupt möglich seien». Trotzdem wollte das Reichswirtschaftsministerium Vorgespräche über die Frage der Finanzierungsmöglichkeiten einleiten und das Problem vor allem mit der widerstrebenden Reichsbankbesprechen. Nach Wegen und Möglichkeiten, der Konjunktur wieder aufzuhelfen, suchte man auch dort. Von

<i>Arbeitsbeschaffungsprojekte aufgrund der Ressortbesprechungen vom April 1932</i>	
Projekte	Finanzierungsmöglichkeiten
Strassenbau	Kraftfahrzeugsteuer, 20-30% Strassenbau verbände, 70-80% verlorene Zuschüsse
Reichsbahn	nur durch verlorene Zuschüsse
Reichspost (Fernsprechwesen, Bauten, Kraftwagen):	50 Millionen RM nur mit verlorenen Zuschüssen
Wasserbau	max. 230 Mill. RM teilweise durch Darlehensfinanzierung
Landwirtschaftliche Meliorationen	200 Mill. RM langfristige Darlehen bei Zinsverbilligung
Aufforstung	langfristige Finanzierung muss gefunden werden
Hausreparaturen	50 Mill. RM Kreditfinanzierung mit Hilfe von Bausparkassen bei Zinszuschüssen
Wohnungsbau	
Ausbau des Rhein-Herne-Kanals	mit finanzieller Hilfe des Reiches

Reichsbankpräsident Luther kam die wichtige Anregung, «hilfswirtschaftliche Massnahmen» zu ergreifen und zur Einschränkung des Bargeldbedarfs ein geschlossenes System einer geldlosen Wirtschaft neben die Marktwirtschaft zu stellen.

Obwohl der Reichsbank eine starre Ablehnung aller Kreditexpansionspläne nachgesagt wurde, betrieb sie bereits unter der Regierung Brüning eine «Politik leiser Kreditausweitung»⁴¹. Bis April 1932 hatte sie eine Quote von etwa 50% Finanzwechsel hereingenommen, wollte zwar deren Anteil nicht wesentlich erhöhen, war aber bereit, Handelswechsel mit längerer Einlösefrist zu diskontieren. Auf einer Chefbesprechung in der Reichskanzlei am 8. April unter Vorsitz des Reichsfinanzministers liess Reichsbankpräsident Luther erneut erkennen, «dass die Reichsbank bereit sein werde, über die Finanzierungsmöglichkeiten mit sich reden zu lassen, vorausgesetzt, dass der Reichshaushaltsplan 1932 ohne wesentliche Beanspruchung der Reichsbank in Ordnung komme»⁴². Die gleichen Prioritäten setzte auch Brüning. Vor Vertretern der Gewerkschaften erklärte er am 18. Mai 1932 in der Reichskanzlei, «dass die Arbeitsbeschaffungspläne in den Finanzmöglichkeiten Grenzen fänden. Oberstes Gebot für die Reichsregierung sei es, die Haushalte der öffentlichen Hand im Gleichgewicht zu er-

halten. Dies sei die unerlässliche Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der Währung. Wenn die Währung in Gefahr gerate, werde die Lage Deutschlands unhaltbar werden». Unter Brüning war die Wirtschaftspolitik in das Schlepptau der Finanz-, Währungs- und Reparationspolitik geraten. Wegen des Vorranges von Haushalt und Währung wurden immer wieder die vordringlichen Aufgaben der Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungspolitik in den Hintergrund gedrängt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde waren die hektisch eingeleiteten Beratungen über Arbeitsbeschaffungsmassnahmen innerhalb der Regierung bis zum ausserordentlichen Gewerkschaftskongress in Berlin nicht halbwegs abgeschlossen. Anfangs wollte der Kanzler dort die Vorschläge der Regierung selber vortragen, doch dann, da nichts Konkretes zu berichten war, liess er sich wegen dringender anderweitiger Geschäfte entschuldigen.

Auf dem Gewerkschaftskongress am 13. April sprang Reichsarbeitsminister Stegerwald, in der Arbeitsbeschaffungsfrage oft schwankend zwischen Parteien und Fronten, für den Kanzler ein und trug die geplanten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen vor, verbale Absichtserklärungen, soweit in der Regierung darüber Einigkeit bestand. «An der Spitze dessen», so Stegerwald, «was die Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung beabsichtigt, steht die verstärkte Förderung der ländlichen Siedlung und die Fortsetzung der städtischen Vorraumsiedlung. An dritter Stelle stehen die Reparaturen der Altwohnungen. Für die Finanzierung dieser Aufgaben sind bereits Wege gefunden, die keinerlei Gefahr für die Währung dar stellen»⁴³.

Mit Mühe gelang es dann dem Reichsarbeitsminister, bis zur Kabinettsberatung am 2. Mai ein auf «festen Beschlüssen» der Reichsregierung basierende Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzulegen⁴⁴, eigentlich mehr ein Flickenteppich von Massnahmen ohne klares Konzept und daher kaum mit Beifall quittiert. Den wiederholten Erklärungen der Reichsregierung gemäss sollte die landwirtschaftliche Siedlung, also der Widersinn der Reagrarisierung einer hochentwickelten Industriegesellschaft, im Mittelpunkt der geplanten Massnahmen stehen. Vermehrung der Landarmut sollte an die Stelle der Proletarisierung der städtischen Industriearbeiterschaft treten und eine Stadt-Landwanderung die zunehmende linke politische Radikalisierung aufhalten. Aber auch der Wunsch, durch Ankurbeln der Bauwirtschaft neue Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen, versprach wenig Aussicht auf Erfolg, solange eine gesicherte Finanzierung der Vorhaben nicht gewährleistet war. Als Finanzierungsinstrument sollte die Auflage einer von

<i>Arbeitsbeschaffungsvorlage des Reichsarbeitsministers vom 2. Mai 1932</i>		
Projekte	finanzieller Umfang RM	Finanzierungsart
Verstärkung der Exporte in die Sowjetunion (Russenslieferungen) Hausreparaturen	200-300 Mill. 100 Mill.	Ausfallbürgschaften des Reichs und der Länder durch Wechselfinanzierung der Hauseigentümer Prämienanleihe
Landwirtschaftliche Siedlung	230 Mill.	Prämienanleihe
Vorstädtische Kleinsiedlung	50 Mill.	Prämienanleihe
Eigenheimbau und Teilung von Grosswohnungen	500 Mill.	Prämienanleihe
Freiwilliger Arbeitsdienst	50 Mill.	Prämienanleihe
Landwirtschaftliche Meliorationen	60 Mill.	Prämienanleihe
Strassenbau	60 Mill.	Prämienanleihe
Insgesamt	800-900 Mill.	

der SPD im Februar vorgeschlagene Sparprämienanleihe dienen, deren Zeichnungsergebnis aber sicher mehr zu einem Votum gegen die Republik ausgefallen wäre. Ein von Reichsfinanzminister Dietrich gemachter Vorschlag, den «beschäftigten Arbeitslosen» einen Teil ihrer Arbeitslosenunterstützung in Form von später einzulösenden Gutscheinen auszuzahlen, stiess anderswo auf lohn- und währungspolitische Bedenken, weil befürchtet wurde, die Gutscheine könnten den Charakter von Umlaufmitteln annehmen.

Beschlossen wurde von der Regierung Brüning schliesslich für 1932 ein mageres Arbeitsbeschaffungsprogramm im Umfang von nur 135 Mio. RM, finanziert aus dem Haushalt und vorgesehen für den Strassenbau, für Wasserstrassen und landwirtschaftliche Meliorationen⁴⁵. Es glich einem Tropfen auf einen heissen Stein, vielleicht noch weniger, da nach Brüning alle weitere Arbeitsbeschaffung vom Erfolg der aufzulegenden Prämienanleihe abhängen sollte⁴⁶, obwohl deren Misserfolg abzusehen war. Wer Brüning zu aktiver Konjunkturpolitik zu bewegen suchte, hörte immer wieder Bedenken, manchmal auch nur Ausflüchte. Mitte Mai von Arbeitgebervertretern angesprochen, warum es mit der Arbeitsbeschaffung seitens der Regie-

rung nicht vorangehe, erwiderte Brüning, «dass es nicht Schuld der Reichsregierung sei, wenn die Regierungsarbeiten zur Förderung der Arbeitsbeschaffung noch nicht weiter fortgeschritten seien; die Arbeiten der Regierung seien durch die politischen Wahlen gelähmt worden».⁴⁷ Anderen, darunter dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Trendelenburg, gab er als Grund für sein Zögern an, dass er keinesfalls «hundert Meter vorm Ziel» die Wirtschaft ankurbeln wolle. Erst sollte der deutschen Wirtschaft die Last der Reparationen genommen werden, mit den Unterschriften der Alliierten besiegelt und danach die Gesundung der Wirtschaft eingeleitet werden. Eine neue Geschichtslegende vom Kanzler, der «wollte, aber nicht konnte», wurde damit geboren, die noch heute die Wissenschaft in zwei Lager spaltet, in Für und Wider. Dafür sprach zumindest, dass die vom Reichskanzler zugebilligten Sondermittel für die militärische Rüstung, in der Masse Beschaffungsaufträge, erst im Juni 1932 nach der Reparationskonferenz bereitgestellt werden sollten⁴⁸. Andererseits wurde von Brüning bei Besprechungen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften im Mai 1932 bezeichnenderweise kein Wort über ein mögliches Junktim zwischen Reparationen und Arbeitsbeschaffung verlautet und mit dem Ende der Reparationen eine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik in Aussicht gestellt. Er bekräftigte vielmehr, dass er ein Gegner aller «Wirtschaftsexperimente» sei und sie ebenso wie politische Experimente für gefährlich halte. Und bei keiner Gelegenheit versäumte er darzulegen, dass die Haushalts- und Währungspolitik für ihn die *conditio sine qua non* sei, das Gleichgewicht der Haushalte «unerlässliche Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der Währung». An ihr aber dürfe in Deutschland nicht gerüttelt werden. «Wenn man die Währung auch nur um ganz wenige Punkte absinken lassen wolle, werde die Situation unmöglich zu halten sein». Eine umfangreiche Wechselfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsvorhaben hatte demnach ebenso wenig Raum im ökonomischen Denken von Brüning wie der naheliegende Gedanke an eine Mark-Abwertung. Er meinte, dass seine Finanz- und Wirtschaftspolitik zur Beruhigung der Wirtschaft beitragen würde, ohne zu sehen, dass sie die allgemeine soziale und politische Gärung tagtäglich verschärfte. Als eine Quelle gefürchteter Unruhe erschienen ihm namentlich auch die Pläne und Vorschläge des demissionierten Warmbold und des von diesem protegierten Lautenbach. Ihre reformerischen Ideen hatten in der Ära Brüning nicht die geringste Chance einer Verwirklichung.

An Rückenstärkung für seinen wirtschaftspolitischen Kurs fehlte es Brüning freilich nicht. Wer Geldschöpfung mit Inflation gleichsetzte, stand im Allgemeinen auf seiner Seite. Obwohl selber nie bereit, als Wirtschaftsminister in ein Kabinett Brüning einzutreten, herrschte zwischen dem prominenten Leipziger Oberbürgermeister und Preiskommissar Dr. Goerdeler und Brüning in wirtschaftlichen Fragen bemerkenswerte Übereinstimmung. Eine von Goerdeler am 21. April 1932 dem Reichskanzler übersandte Denkschrift über Massnahmen zur «Heilung» der Wirtschaft war sogar vorzüglich geeignet, Brünings konjunkturpolitische Abstinenz zu rechtfertigen. Goerdeler schrieb: «Wollen wir die Kaufkraft im Inneren mehren, so können wir also das nicht mit der Ankurbelung eines künstlich gesteigerten Verbrauchs tun, wir können auch nicht zur Inflation greifen; in 8 Tagen wäre unser Kreditwesen vernichtet. Das Mittel der englischen Devaluation ist uns verschlossen, es würde unsere Auslandsschulden nur umso drückender machen. Wir bleiben daher auf das gute alte und allein gesunde Mittel angewiesen, das jeder in der Einzel- wie in der öffentlichen Wirtschaft anwenden muss, wenn er aus der Tiefe wieder in die Höhe steigen will: er muss sparen». Und an anderer Stelle wird gesagt, vom Leser der Denkschrift ebenfalls mit Bleistiftstrich als wichtig hervorgehoben: «Diese Einwendungen übersehen, dass Kaufkraft weiter nichts ist als in Geld umgesetzte Arbeit. Kaufkraft kann also immer nur durch Arbeit entstehen».

Erst nach dem Sturz Brünings und der Entlassung seines Kabinetts Ende Mai 1932 setzte sich auf der Regierungsbank die Erkenntnis durch, dass eine radikale wirtschaftspolitische Neuorientierung unerlässlich sei, um der wirtschaftlichen und politischen Agonie Einhalt zu gebieten und um Vertrauen für Regierung und Republik zu werben. Dass Warmbold als Fürsprecher einer aktiven Konjunkturpolitik im kurzlebigen Kabinett Papen wieder das Wirtschaftsministerium übernahm und anfangs auch das Arbeitsministerium mitverwaltete, deutete nicht minder auf den ernsthaften Willen hin, eine wirtschaftspolitische Kehrtwende vollziehen zu wollen. Sogleich von Anbeginn drängte Reichskanzler von Papen «auf baldige Förderung der Probleme» der Siedlung, des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsbeschaffung. Das noch unter der Regierung Brüning eingebrachte Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 135 Mio. RM (60 Mio. für Strassenbau, 50 Mio. für Wasserstrassen, 25 Mio. für landwirtschaftliche Meliorationen) wurde durch Notverordnung wenige Tage nach Ablösung der deutschen Reparationslast in Lausanne in Gang gesetzt. Im Juli,

nachdem reparationspolitische Rücksichten nicht mehr Bedenken verursachten, erörterte das Kabinett die Bereitstellung weiterer Mittel für staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme. Ein Programm von 500 Mio. RM zu finanzieren sah sich zwar Reichsfinanzminister Dietrich ausserstande, glaubte aber, für Vorhaben von insgesamt 200 Mio. RM die notwendigen Mittel aufbringen zu können.

Entgegenkommen signalisierte auch der von Bankier Max Warburg beeinflusste Reichsbankpräsident Luther, in der Literatur zu Unrecht mit dem «Makel» eines unerbittlichen Gegners einer Wechselfinanzierung von staatlichen Arbeitsprogrammen versehen. Er war bereit, Wechsel – ohne ausdrückliche Festlegung auf die Summe von 200 Mio. – für laufende Ausgaben der Arbeitsbeschaffung wie Handelswechsel zu behandeln, wenn das Reich sich verpflichtete, «diese Wechsel nach einer Maximallaufzeit von 15 Monaten einzulösen»⁴⁹. Schwierigkeiten machte es, für bestimmte Arbeitsvorhaben auch entsprechende Wechsel zu konstruieren. Reichsbankpräsident und Reichsfinanzminister verlangten auch, nicht mehr nur von Arbeitsprogrammen zu sprechen, sondern dass die ersten Aufträge auch herausgehen sollten und gleichzeitig der Öffentlichkeit wegen der erhofften günstigen psychologischen Wirkung bekannt gemacht werden. Primär bewirkte sicher nicht der Wunsch des Kabinetts nach einem Rücktritt Luthers seinen Positionswechsel. Vor allem hatte eine veränderte politische und wirtschaftliche Lage, das Ende der Reparationen und schwache Anzeichen, dass die Krise auf dem Tiefpunkt angelangt sei, die Reichsbank in der Arbeitsbeschaffungsfrage zum Bundesgenossen von Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium gemacht und veranlassten sie, auch nach aussen hin für eine eindrucksvolle Aufstockung der bisher heimlich betriebenen Kreditausweitungspolitik einzutreten⁵⁰. Fast über Nacht, so schien es, wurde sie zum Motor der Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung.

Durch Verordnungen vom 4. und 5. September 1932⁵¹ erfolgte schliesslich eine Erhöhung des Betrages für öffentliche Arbeiten um weitere 167 Mio. RM, so dass sich die Arbeitsbeschaffungsmittel des «Papen-Programms» auf insgesamt 304 Mio. RM vermehrten, ein noch minimaler Betrag freilich, gemessen am Elend der millionenfach herrschenden Arbeitslosigkeit.

Unter ausdrücklichem Verzicht auf die wenig Erfolg versprechende Auflegung der noch unter Brüning geplanten Sparprämienanleihe vollzog sich die «Vorfinanzierung» der öffentlichen Arbeiten mittels dafür eigens ge-

<i>Das «Papen-Programm»⁵¹</i>	
Förderprojekte	Finanzielle Mittel in Mio. RM
Strassenbauten	102,05
Reichswasserstrassenbau	50,-
Tiefbauarbeiten	25,-
Restprogramm	26,95
Landwirtschaftliche Meliorationen	51,-
Abwrackaktion von Schiffen	12,-
Bau von Heringsloggern	4,-
Bau und Umbau von Fischdampfern	1,-
Landwirtschaftliche Siedlung Vorstädtische Kleinsiedlung (zuzüglich 2 Mio. RM Wechselkosten)	10,-
	22,-
Insgesamt	304,- Mio. RM

schaffener Arbeitsbeschaffungswechsel, die später auch für die Nationalsozialisten ein sehr willkommenes Finanzierungsinstrument waren. Noch mehr Anstösse zur Wirtschaftsbelebung erhoffte sich die Papen-Regierung von indirekten Konjunkturspritzen. Durch gebotene finanzielle Anreize, Staatsgeschenke, sollten die Unternehmer wieder veranlasst werden zu investieren und zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Von den beiden Grundsatzreferenten im Reichswirtschaftsministerium, Wilhelm Lautenbach und Hanns-Joachim Rüstow, stammte diese aussergewöhnliche Idee. Bereits unter Brüning hatten sie den «Plan» erarbeitet und vertreten, die privaten Unternehmer mit unentgeltlichen Zuschüssen in Form von Schatzwechseln und Schatzanweisungen im Gesamtwert von 1,5 Mrd. RM zu alimentieren, um dadurch ihre Liquidität zu erhöhen und ihnen eine Finanzierung zumindest der jahrelang unterbliebenen Ersatzinvestitionen zu ermöglichen⁵². Der Staat sollte gewissermassen nur die Initialzündung zu neuer Investitionstätigkeit legen. War erst der Funke gezündet, dann würde der Hochlauf der Wirtschaft – so meinten Lautenbach und Rüstow allzu optimistisch – von selber erfolgen und es dazu nicht zusätzlicher milliardenschwerer Arbeitsbeschaffungsprogramme bedürfen. Reichsbank und Reichsfinanzministerium konnten sich begreiflicherweise nicht mit dem Gedanken befreunden, Unternehmenserträge mit Schatzwechseln und Schatzanweisungen aufzustocken. Man fand einen anderen, besseren Weg,

den Steuergutschein. Reichsbankpräsident Luther glaubte sich zu erinnern, dass sein Vizepräsident Dreysel, der Erfinder, der Vater der Steuergutscheine war⁵³, die dann statt der ursprünglich ins Gespräch gebrachten Schatzwechsel und Schatzanweisungen ausgegeben wurden. Bei Zahlung verschiedener Steuern zwischen dem 1. Oktober 1932 und dem 1. Oktober 1933 erhielt die Wirtschaft Steuergutscheine im gleichen Betrage, die in den Jahren 1934 bis 1938 für fällige Reichssteuern in Zahlung gegeben werden konnten. Finanziell kam die Steuergutscheinaktion für die Unternehmen auf einen Steuererlass für ein Jahr heraus. Ferner war für sie von Vorteil, dass die Papen-Steuergutscheine ein Wertpapier mit hervorragend ausgebildeten Verkehrseigenschaften darstellten und daher als Grundlage für Kreditaufnahmen benutzt werden konnten⁵⁴. Den Unternehmen winkte eine Steuerersparnis von rund 1,5 Mrd. RM. Darüber hinaus wurde trotz der Opposition des Reichsbankpräsidenten ein Betrag von weiteren 700 Mio. RM in Steuergutscheinen bereitgestellt, die Betriebe als Prämie erhalten sollten, bei denen Mehreinstellungen von Arbeitern vorgenommen wurden.

Der Einsatz von insgesamt 2,5 Mrd. RM im lautstark verkündeten Papen-Programm stellte bisher alles zur Wiederbelebung der Wirtschaft Geplante in den Schatten. Dennoch hielt sich der Erfolg der eingeleiteten, in grossstädtischen Ballungsräumen überhaupt nicht greifenden Massnahmen in engen Grenzen⁵⁵. Abgestoppt wurde allgemein die weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Vergleich zum Winter 1931/32. Während der ersten drei Monate der angelaufenen Prämienaktion wuchs die Zahl der zusätzlich Beschäftigten nur um 75'000. Sehr zögernd machten die Unternehmen, weil sich für sie noch keine neuen kostendeckenden Absatzwege eröffneten, von den offerierten Steuergeschenken Gebrauch. Die Pferde wurden ans Wasser geführt, aber sie wollten nicht saufen. Bis März 1933 waren für 472 Mio. RM Steuergutscheine ausgegeben und erst etwa die Hälfte der vorgesehenen durch Planungsschwierigkeiten und notwendige Ressortabstimmungen in ihrem Start verzögerten Arbeitsbeschaffungsprogramme angelaufen⁵⁶. Mit einem raschen Abbau der Arbeitslosigkeit rechnete sicher keiner der Initiatoren des Papen-Programms. Vor Vertretern der «Grünen Front» dämpfte Reichswirtschaftsminister Warmbold am 9. September 1932 übertriebene Hoffnungen: «Auch bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft werde es nicht möglich sein, zwei Millionen Erwerbslose unterzubringen»⁵⁷.

Die auf breite wirtschaftspolitische Fundierung abzielende Regierung Schleicher, nach Papens gescheitertem Versuch, mit Hitler ein Koalitionskabinett zu bilden, Anfang Dezember 1932 an die Macht gelangt, bekundete angesichts eines Arbeitslosenheeres von 5,8 Millionen den festen Entschluss, alle Anstrengungen nur auf ein Ziel zu richten, nämlich die Wirtschaft endgültig aus der Depression in eine neue Aufschwungphase zu überführen⁵⁸. «Arbeit schaffen», so erläuterte Reichskanzler von Schleicher den einzigen Punkt seines Regierungsprogramms in einer Rundfunkansprache. Auch überraschte er die Öffentlichkeit damit, dass er eine enge Zusammenarbeit mit dem auf Währungssicherung bedachten Reichsbankpräsidenten ankündigte und gleichzeitig Günther Gereke⁵⁹, Landrat a. D. und Präsident des Landgemeindetags, bekannt durch seine mit Wechselreiterei in Verbindung gebrachten kommunalen Arbeitsbeschaffungspläne, zum «Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung» bestellt wurde. Bereits von Reichskanzler von Papen waren Gereke und der Unternehmer und Wirtschaftsberater des Stahlhelm Lübbert in einer Besprechung empfangen worden, nur zeigte Papen kein Verständnis für die Forderung nach einer unmittelbaren Arbeitsbeschaffung. Allein Schwerin-Krosigk bekundete Aufgeschlossenheit. Warmbold habe von der Gefahr einer Reagrarisierung gesprochen, so berichteten sie⁶⁰. Ehe die Ideen Gerekes im «Sofortprogramm» der Regierung Schleicher ihren Niederschlag fanden, wurden sie nicht unerheblich modifiziert und um viele «ihrer gefährlichen Gedanken» gestutzt. Einen wohl beträchtlichen Einfluss auf die Ausarbeitung auch des Sofortprogramms besass der Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Wilhelm Lautenbach. Beteiligt war Lautenbach auch an der Konstruktion und Einführung des diskontfähigen, prolongierbaren Arbeitsbeschaffungswechsels⁶¹, geboren unmittelbar vor den Steuergutscheinen. Die Arbeitsbeschaffungswechsel, später auch in Schachts Mefo-Wechseln nachempfunden, stellten seit 1933 das finanzielle Rückgrat der Arbeitsbeschaffungsprogramme der Hitlerzeit dar.

Entgegen den anfänglichen Wünschen Gerekes und Warmbolds, gleich mehrere hundert Millionen Mark Kreditzusagen der Reichsbank für die kommunale Arbeitsbeschaffung über das unter Schleicher fortgeführte Papen-Programm hinaus zu erhalten, wurde das finanzielle Gesamtvolumen des «Sofortprogramms» für volkswirtschaftlich produktive Arbeiten in den Gemeinden mit Notverordnung vom 28. Januar 1933 auf 500 Mio. RM fest-

gesetzt⁶². Von den vorgesehenen 700 Mio.RM für Mehreinstellungsprämien, eine wie sich zeigte wenig wirksame und damit problematische Subvention, dienten 500 Mio. dem Gereke-Plan als Unterlage.

Trotz des Widerstands industrieller Kreise und massgeblicher Ministerialbeamter, die die Arbeitsbeschaffung mit Hilfe von Geldschöpfung grundsätzlich ablehnten oder ihr mit grosser Skepsis begegneten, vollzog sich, wenn auch noch zögernd, zuerst unter der Papen-Regierung und sodann unter Schleicher ein Umbruch in der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Geldschöpfung und direkte Staatsintervention wurden erstmals in Deutschland als Instrumente einer aktiven Konjunkturpolitik eingesetzt, um aus der Talsohle von Deflation und Depression herauszukommen und die Wirtschaft wieder auf Touren zu bringen. Es war ein revolutionärer Vorgang in der deutschen Wirtschaftsgeschichte und zugleich ein Sieg der «Reformer». Die ersten Schritte zur wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung waren getan, gemessen am finanziellen Einsatz verhältnismässig kleine Schritte, denen aber mit greifbarem Erfolg weitere gefolgt wären. Anfangs war für 1933 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Ausmass von 5 Mrd. RM im Gespräch. Nach dem Stand von Ende 1939 beliefen sich die im Rahmen des Papen-Programms gewährten und bei Wechseleinlösung auf die Reichskasse übernommenen Darlehen auf 311 Mio. RM, die des Sofortprogramms auf 517 Mio. RM. Das Krisentief war bereits durchschritten, als Hitler an die Macht kam und bald auf wirtschaftlichem Gebiet ernten konnte, was noch die Weimarer Republik zu ihrer Stabilisierung gesät hatte. Noch ehe überhaupt die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Hitler-Regierung im Juni 1933 anliefen, hatte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen seit Dezember 1932 um 916'000 reduziert und war gleichzeitig die der Beschäftigten sogar um 1,32 Mio. gestiegen⁶³. Um die Arbeitslosigkeit in Deutschland abzubauen, bedurfte es nicht unbedingt Hitler.

4. Wirtschaftsprogramme der NSDAP bis Januar 1933

Das 25-Punkte-Programm der NSDAP, im Februar 1920 aufgestellt von Drexler, Hitler und Feder⁶⁴ und von Hitler selbst verkündet, sollte unabänderlich sein und wurde nach Hitlers Machtübernahme überdies zum «Grundgesetz des Staates» erklärt⁶⁵. Dennoch wurden die darin erhobenen Forderungen auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet weder verwirklicht, noch

nahm Hitler selber die Programmpunkte zur Richtlinie seiner Politik. Das ganze Parteiprogramm war für ihn nur ein taktisches Mittel zum Zweck, mehr ein Kampfprogramm, das sich in der Agitation bewähren sollte und offenbar auch bewährte. Zur wortwörtlichen praktischen Nutzenanwendung sollte es nicht dienen.

Vor dem Hintergrund der antikapitalistischen Stimmung breiter Bevölkerungskreise nach dem Ersten Weltkrieg versuchte das Parteiprogramm mit sozialer Demagogie und antikapitalistischen Losungen Anhänger zu gewinnen und gab sich insgesamt kleinbürgerlich-sozialistisch, mittelständisch und rassistisch. An Fäden des vormarxistischen Sozialismus und an den staatssozialistischen Auffassungen der Bismarck-Ära versprach man anzuknüpfen. Punkt 11 forderte die «Abschaffung des arbeits- und mühe-losen Einkommens» sowie – unter Hervorhebung im Druck gleichsam als Spruchband – die «Brechung der Zinsknechtschaft». Von Gottfried Feder stammte diese an biblische Zeiten erinnernde Parole, von Hitler in «Mein Kampf» als «theoretische Wahrheit» von «immenser Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes» und von Feder als «Herzstück des Nationalsozialismus» bezeichnet, ohne dass je verraten wurde, wie sich Zins, Kredit, Anleihe und Sparkapitalbildung von der modernen Wirtschaft amputieren oder aus ihr eliminieren liessen. Das Schlagwort von der «Brechung der Zinsknechtschaft» bedeutete aus NS-Sicht wohl mehr die aktuelle Umkehrung des an mosaisches Gesetz anknüpfenden kanonischen Zinsverbots des Mittelalters gegen die Juden und ihre Geldgeschäfte. Antikapitalistisch gaben sich die nie realisierten Forderungen der Punkte 12 bis 14, nämlich die «restlose Einziehung aller Kriegsgewinne», die «Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe» sowie die «Gewinnbeteiligung an Grossbetrieben». Rasch in Vergessenheit geriet die Forderung nach einem «grosszügigen Ausbau der Altersversorgung» (Punkt 15). Bei der Mittelstandsförderung ging man über die Weimarer Verfassung hinaus, zeigte sich wachstumsfeindlich, frühsozialistisch und antimodernistisch und forderte «sofortige Kommunalisierung der Gross-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende». Papierne Deklaration blieb die geforderte «schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden» bei öffentlichen Lieferungen. Gegen die Forderung nach einer Bodenreform und unentgeltlicher Enteignung von Boden «für gemeinnützige Zwecke» (Punkt 17) erhob sich Protest, so dass Hitler sich 1928 gezwungen sah, die programmatische Erklärung abzugeben, dass

«die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums» stehe und der Ent-eignungspassus sich in «erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspe- kulationsgesellschaften» richte. Die Nationalsozialisten legten den bürger- lichen Eigentumsbegriff nach mittelstandspolitischen und rassistischen Vorstellungen aus.

Grosser wegweisender Ideen entbehrten sowohl das Finanz- und Wirt- schaftsprogramm von 1920 als auch die in der Folgezeit verfochtenen Pro- pagandaparenen, die häufig propagandistisch zugkräftiges von anderen Par- teien und Interessenverbänden übernahmen, insgesamt aber in den Schnür- leib einer kleinbürgerlich-spiesserlichen Weltanschauung gepresst wurden. «Wir haben seit Jahren immer gepredigt», erklärte Gregor Strasser, Reichs- organisationsleiter der NSDAP, 1932 vor dem Reichstag, «dass folgende Probleme in Deutschland zur Debatte stehen: Die Rettung der Bauernwirt- schaft – ich sage ausdrücklich Bauernwirtschaft –, die Notwendigkeit der Binnensiedlung, der Abbau des Städtezustromes, die Gesundung von Han- del und Geldwirtschaft, die Steigerung des Inlandertrages Hand in Hand mit dem Bekenntnis zum geschlossenen Wirtschaftsraum, die Sicherung der Volksernährung, die Organisation der nationalen Arbeit, der Aufbau des Binnenmarktes unter Eingliederung der Industrie, die Erneuerung des Bodenrechts, und als Wichtigstes fast die Proklamierung dessen, was ich Arbeits- und Nährpflicht nenne, d.h. die Verpflichtung des deutschen Volksgenossen, seine Arbeitskraft im Rahmen der gesamten Nation zur Er- zeugung von lebenswichtigen Gütern auszuwerten».⁶⁶ In krassem Gegen- satz zu den Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus, der freien Marktwirt- schaft und der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung verfochten die National- sozialisten schon vor 1933, sich dabei teilweise anlehnd an Forderungen agrarischer Interessenvertretungen, den Primat des Binnenmarkts, die Be- vorzugung und Idealisierung der bäuerlichen Landwirtschaft, die Herstel- lung einer nationalstaatlichen Währungs- und Konjunkturautonomie und eine autarke Unabhängigkeit vom Weltmarkt und seinen Wechsellagen. Fichtes «geschlossener Handelsstaat» erschien wieder als Zukunftsvision. Nach dem Ersten Weltkrieg allgemein virulentes Autarkiestreben, ein an- tikapitalistisches Ersatzideal, verflochten sich dabei mit Hitlers von mal- thusianischem Gedankengut beeinflussten und gerechtfertigten, einen im- perialistischen Raubkrieg einschliessenden Lebensraumkonzept. Das Schwert sollte Wegbereiter des Pfluges sein, wollte Hitler. In seinem post- hum veröffentlichten «Zweiten Buch» von 1928 sagt er: «Deutschland wendet sich von allen weltindustriellen und welthandelpolitischen Versu-

chen ab und konzentriert stattdessen alle seine Kräfte, um seinem Volk durch Zuweisung eines genügenden Lebensraumes für die nächsten hundert Jahre auch einen Lebensweg vorzuzeichnen». ⁶⁷ Dieser Raum sollte im Osten liegen. Mit ökonomischem Denken hatte Hitlers Lebensraumautarkismus nie etwas zu tun.

Erst etwa seit 1930 begannen die Mitarbeiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP-Reichsleitung in München – oft mit Hitlers aktiver Beteiligung – ein zeitgemässes Wirtschaftsprogramm der Partei zu erarbeiten. ⁶⁸ Doch über die wenigen wirtschaftspolitischen Vorarbeiten der NSDAP vor der Machtübernahme verhängte Hitler alsbald aus naheliegenden taktischen Gründen ein Schweigegebot. In unveröffentlichten Entwürfen, die zwar Stückwerk blieben, war bereits die Kontrolle der Investitionen, Preise und Löhne, die «Selbstverwaltung der Wirtschaft» und ihr «ständischer Aufbau», die Beschränkung der freien Unternehmerinitiative jedoch bei grundsätzlich positiver Einstellung der Partei zum kapitalistischen Privateigentum vorskizziert. Mangels eigener Ideen entlehnte man zahlreiche Gedanken dem «Tat»-Kreis, besonders den wirtschaftspolitischen Arbeiten von Friedrich Zimmermann, der unter dem Pseudonym Ferdinand Fried publizierte. Das staatliche Aussenhandelsmonopol, die Ausschaltung der Lenkungsfunction der Preise, die Devisenzwangswirtschaft, die staatliche Wirtschaftsdiktatur, die berufsständische Ordnung liessen sich alle auf wiederholte Forderungen der Autarkisten zurückführen. Bezeichnend war ebenfalls, dass bis zum Frühjahr 1932 trotz zunehmender Arbeitslosigkeit die nationalsozialistische Publizistik bei aller Kritik am «System» mit keinem Arbeitsbeschaffungsprogramm von Belang aufwartete. Das ging sicher teilweise auf das Konto des wirtschaftstheoretischen Unvermögens der NS-Ideologie und war wahrscheinlich nicht minder dem unbedingten Vorrang von Politik und Staatsmacht vor der Wirtschaft in Hitlers Weltanschauung zuzuschreiben. Schon in «Mein Kampf» stellte er sich auf den Standpunkt, dass eine Wiedergenesung Deutschlands nicht von der Wirtschaft zu erwarten sei: «Erst dann, wenn man begreift, dass auch hier der Wirtschaft nur die zweite oder gar die dritte Rolle zufällt und politischen, sittlich-moralischen sowie blutmässigen Faktoren die erste, wird man zu einem Verstehen der Ursachen des heutigen Unglücks kommen und damit auch die Mittel und Wege zu einer Heilung zu finden vermögen». ⁶⁹

Umso mehr überraschte die Rede Gregor Strassers im Reichstag am 10. Mai 1932, mit der die NSDAP erstmals mit einem ausführlichen Arbeits-

beschaffungsprogramm vor die Öffentlichkeit trat.⁷⁰ Angespornt sicherlich durch das vom Gewerkschaftskongress am 13. April 1932 angenommene Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB⁷¹ – dem Gregor Strasser sogar «unter entsprechenden Bedingungen» Bereitschaft zur Mitarbeit bekundete – und nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen im Juli beeilten sich die wirtschaftspolitischen Mitarbeiter der NS-Führung, ein schlagkräftiges Arbeitsbeschaffungsprogramm auszuarbeiten. Otto Wageners Utopie von der Wirtschaftsgenesung in einem steuerfreien Staat war dazu gewiss nicht geeignet. Mehr Realität war daher unbedingt erforderlich, auch mehr wirtschaftliche Sachkenntnis. An der Abfassung des Programms waren nachweislich Hitler, Gregor Strasser, Dr. Bernhard Köhler, Leiter der Unterabteilung für Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung in der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, ferner der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP-Reichsleitung Otto Wagener⁷² und sicher auch Theodor Adrian von Renteln, Fachberater für Geld- und Kreditwesen in der wirtschaftspolitischen Abteilung beteiligt. Wiederum machte man reichlich Anleihen aus bereits vorliegenden Arbeitsbeschaffungsprogrammen. Besonders die anvisierten Objekte der Arbeitsbeschaffung, die veranschlagte, übertriebene Grössenordnung der Arbeiten und die Art und Weise der Finanzierung waren geeignet, Aufmerksamkeit zu erwecken, so dass die wahltaktische Absicht unverkennbar wurde. Förderung sollte in erster Linie die Landwirtschaft erfahren. Vom Bau von

<i>Sofortprogramm der NSDAP Mai 1932</i>		
Objekte	Beschäftigte pro Jahr	finanzieller Umfang
Landwirtschaftliche Meliorationen	1 Million	10 Mrd. RM
400'000 Eigenheimsiedlungen	1 Million	

Verkehrswegen und Kanälen war zwar die Rede, aber an keiner Stelle wurde bezeichnenderweise in der Strasser-Rede und im Sofortprogramm der Bau einer Autobahn erwähnt. Die NSDAP versprach dennoch, ein gewaltiges Programm öffentlicher Arbeiten anzukurbeln, um brachliegende Produktionsmittel zu aktivieren, den Binnenmarkt zu beleben, und dadurch der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Für die Finanzierung wurde neben Einsparungen der Arbeitslosenunterstützung und mit dem Wirtschaftsaufschwung voraussichtlich steigende Steuermehreinnahmen eine «produktive

Kreditschöpfung» vorgesehen, die allerdings «ohne jede Gefahr für den Bestand der Währung» sein sollte. Damit proklamierte erstmals eine Partei «deficit spending» als Mittel der Arbeitsbeschaffung, einen Weg, den dann später der Hitler-Staat in weit grösserem Rahmen und mit anderer, mit kriegerischer Zielrichtung verfolgte.

Es ist in der Literatur viel darüber gerätselt worden, welche Vorlagen bei der Abfassung von Strassers Reichstagsrede und des Sofortprogramms benutzt wurden. Das inzwischen bekannt gewordene Protokoll Wageners über das von Köhler entworfene und mit Hitler diskutierte Arbeitsbeschaffungsprogramm nennt auch keine geistigen Väter, keine Namen und Schriften, von denen man geistige Anleihen bezog.⁷³ Andererseits stellte das in der Publizistik viel diskutierte Thema Geldschöpfung längst keine Geheimwissenschaft mehr dar, so dass namentlich die technische Durchführbarkeit der Geldschöpfung in der Diskussion mit Hitler nicht mehr als Problem erschien. «Dabei kann diese Geldschöpfung», so Otto Wagener, «durchaus mit den Mitteln und nach den Gewohnheiten einer ordentlichen Soll- und Habenrechnung vor sich gehen. Wir richten z.B. bei der Reichsbank ein Sonderkonto ein für Arbeitsbeschaffungswechsel. Dann brauchen wir nur noch die Stellen festzulegen, die solche Wechsel akzeptieren, ausstellen und zum Diskont einreichen können. So etwas auszuklügeln sind Männer wie Schacht oder Jakob Goldschmidt wunderbar geeignet».⁷⁴

Wagener sprach noch von Geldschöpfung, in der Strasser-Rede und im Sofortprogramm wurde stattdessen – nach Kenntnis eines Aufsatzes von Prion und von Drägers Manuskript «Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung»⁷⁵ – der Begriff «produktive Kreditschöpfung» gebraucht. Gottfried Feder veröffentlichte die Schrift von Dräger, Fabrikant in Lübeck und kein Nationalsozialist, im Sommer 1932 in der von ihm herausgegebenen Reihe «Nationalsozialistische Bibliothek» offenbar nachdem der Verfasser sich bereit erklärt hatte, der Schrift den Untertitel «Ein Beitrag zur Frage der Wirtschaftsbelebung durch das sogenannte Federgeld» zu geben. Feder schmückte sich allerdings mit fremden Federn, wenn er meinte, dass Drägers Schrift den «geistigen Durchbruch» seiner «seit 13 Jahren vertretenen Kreditschöpfungstheorie» bedeutete. Brüning hatte den Ausdruck «Federgeld» als Synonym für Inflationsgeld gebraucht. Der in Währungsfragen unbedarfte Gottfried Feder blendete mit dem Vorschlag, eine soziale Bau- und Wirtschaftsbank zu gründen, die das Recht haben sollte, Baugeld

auszugeben, gedeckt allein durch die neu entstandenen Häuser. Wäre die gesamte Bautätigkeit in Deutschland seit der Inflation bis 1931 durch ausgegebenes Baugeld, «Federgeld», finanziert worden, so würde der Notenumlauf in wenigen Jahren auf etwa 30-40 Mrd. RM angeschwollen und Deutschland wieder in der tiefsten Inflation versunken sein. Für die «Reformer» sollte jedenfalls Kreditschöpfung nicht in erneuter Inflation münden.

Auch in den «Allgemeinen Wirtschaftsmaßnahmen» des zweiten Teils des Sofortprogramms der NSDAP wurden wirtschaftspolitische Massnahmen vorgezeichnet, die dann später namentlich unter Schacht verwirklicht wurden, beispielsweise die Naturalisierung des bilateralen Aussenhandels, die uneingeschränkte staatliche Devisenbewirtschaftung, der Erlass eines «Kapitalfluchtgesetzes», die selektive Markabwertung durch ein System von gestaffelten Exportprämien und Importaufschlägen, das Aufsichts- und Eingriffsrecht des Staates bei Banken als Vorbereitung ihrer Verstaatlichung, die «Genehmigungspflicht für Neuerstellung industrieller Produktionsanlagen» und die staatliche Preiskontrolle.

Überraschen musste bei alledem die Tatsache, dass das Strasser-Programm, obwohl es wahrscheinlich nicht wenig zum nationalsozialistischen Wahlerfolg beigetragen hatte und sein wirtschaftspolitischer Massnahmenkatalog dann später bei der verwirklichten NS-Wirtschaftspolitik offensichtlich Pate stand, schon wenige Wochen nach den Wahlen von Hitler verboten wurde, es eingestampft werden musste und in der NS-Propaganda nicht mehr hervorgehoben wurde. Soweit erkennbar, war die erneute Kehrtwendung der wirtschaftspolitischen Programmatiker der NSDAP als Reaktion auf die Kritik, Skepsis und Ablehnung eingetreten, die das Sofortprogramm bei massgeblichen Wirtschaftskreisen hervorgerufen hatte. Die wiederholte Kritik dieses Programms während Juni, Juli und August 1932 in den «Deutschen Führerbriefen», eine von der Grossindustrie subventionierte, in Unternehmerkreisen einflussreiche Privatkorrespondenz, gipfelte in dem Vorwurf, der Nationalsozialismus sei bereit, die Weltwirtschaft preiszugeben und die deutsche Exportindustrie «zu opfern». Durch das Sofortprogramm gehe «ein Zug zur Primitivität, Flucht aus dem Komplizierten, aus der Arbeitsteilung und Zusammenarbeit mit anderen, fremdbestimmten Faktoren in die Einfachheit der Verhältnisse, in ihre nationale Überschaubarkeit und Reglementierung; es ist nichts anderes als ein neuer Merkantilismus, der hier heraufsteigt.»⁷⁵ Damals mahnte Hjalmar Schacht Hitler eindringlich:

«Bringen Sie möglichst kein detailliertes Wirtschaftsprogramm. Es gibt kein solches, worüber sich die 14 Millionen einigen könnten. Wirtschaftspolitik ist keine parteibildende Kraft, sondern sammelt bestenfalls Interessenten. Überdies schwanken Wirtschaftsmaßnahmen nach Zeit und Umständen».⁷⁶ Die schärfste Ablehnung erfuhr das Sofortprogramm in einer Denkschrift vom 8. September 1932, die der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Jacob Herle, verfasst und direkt an Adrian von Renteln gesandt hatte, der für das Sofortprogramm verantwortlich zeichnete. Wenige Tage später wurde eine Umorganisation der Wirtschaftsabteilung der NSDAP vollzogen, die auf eine Stärkung der Position von Walther Funk, seit Anfang 1932 Redakteur des nationalsozialistischen «Wirtschaftspolitischen Pressedienstes», zuungunsten des abgeschobenen Wagener und von Rentelns⁷⁷, beides Kollektivisten unter den Wirtschaftsprogrammatikern der NSDAP hinauslief.

Ob sich Strasser von den radikalen Forderungen des Sofortprogramms je distanzierte, wissen wir nicht. Andererseits wusste die NSDAP fortan auch den Applaus der Unternehmer zu schätzen. Strassers Rundfunkrede vom 20. Juni 1932 fand in Industriekreisen beifällige Zustimmung. Er sprach nicht mehr von konkreten Aufgaben, die so oder so zu lösen seien. Er wollte nur noch die allgemeine Zielrichtung markieren und blieb im Unbestimmten haften, «aber in einem Unbestimmten, das von Idealen und Illusionen bevölkert ist, das jede Hoffnung gestattet und das einfache und enttäuschte Gemüt nur zu leicht beschwingt» (Deutsche Führerbriefe). In den Augen von Industriellen wuchs mehr und mehr Strassers Brauchbarkeit in gouvernementaler Position. Sein Abrücken von Klassenkampfparolen und kollektivistischen sozialistischen Schlagworten wurde vor allem in seinem Interview, das er dem amerikanischen Journalisten H. R. Knickerbocker gab, unmissverständlich bestätigt. Strasser erklärte: «Wir erkennen das Privateigentum an. Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels. Wir sind gegen Planwirtschaft im Sowjetsinne ... Wenn wir zur Macht kommen, wird es keine gewaltsamen Änderungen geben».⁷⁸

An die Stelle des bald in der Versenkung verschwundenen Sofortprogramms verkündete Strasser in einem viel beachteten Auftritt am 20. Oktober 1932 im Berliner Sportpalast das von Feder und Funk gemeinsam ausgearbeitete «Wirtschaftliche Aufbauprogramm der N.S.D.A.P.»⁷⁹ Sehr

deutlich wurde nun auf die Unternehmerinteressen Rücksicht genommen, das Wort «kapitalistisch» vermieden, statt von «Brechung der Zinsknechtschaft» nun massvoll von allgemeiner Zinssenkung gesprochen, wurde die angekündigte Investitions- und Preiskontrolle fallengelassen und der postulierte Vorrang von Agrarwirtschaft und Binnenmarkt mit dem für die Exportindustrie beruhigenden Zusatz relativiert: «nur unter Berücksichtigung des für Deutschland unentbehrlichen Exports». Plattitüden und doppeldeutige Allgemeinheiten reihten sich in der wahlagitatorischen Absicht aneinander, breite Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Konsumentenschichten anzusprechen und zu gewinnen. Doch in zwei entscheidenden Punkten unterschieden sich Sofort- und Wirtschaftsprogramm keinen Deut voneinander, in dem beabsichtigten Griff der Nationalsozialisten nach den Banken und ihrer offensichtlichen Freude darüber, in der Kreditschöpfung, wenn erst in Gang gebracht, eine munter sprudelnde Finanzierungsquelle entdeckt zu haben. In den Programmen herrschte Übereinstimmung in den Forderungen nach «Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens» sowie der Staatsaufsicht über Banken und Devisenverkehr und nach produktiver Kreditschöpfung, im Wirtschaftsprogramm sogar, wenn auch noch homöopathisch, auf 3 Mrd. RM beziffert, die durch die Reichsbank zu beschaffen seien.

Der direkte Eingriff des Staates in das Geld- und Kreditwesen, um es durch entsprechende Manipulation der Währung den jeweiligen Zielsetzungen der Politik dienstbar zu machen, erschien den Nationalsozialisten als der Stein der Weisen, der alle ihre hochfliegenden Pläne in greifbare Nähe rücken liess. Nachdem Hitler im April 1932 bei der Erörterung des Sofortprogramms von Köhler und Wagner erfahren hatte, dass die Beschaffung von Geld eine rein technische Frage sei, man das Geld «aus eigenem Recht neu schaffen, aus der Luft greifen, erlügen» könnte und man sogar verpflichtet sei, «Geld neu zu schaffen», verabschiedete er sich, sichtlich erleichtert, weil in seinem Sendungsbewusstsein bestätigt, mit den Worten: «Nun sehe ich der Regierungsübernahme mit Ruhe und Zuversicht entgegen. Wenn die Hoffnungen, die das deutsche Volk in uns setzt, durch die Tatsachen so, wie ich hier den Eindruck gewonnen habe, erfüllt werden, dann wird die tiefe Not dieses schwergeprüften Volkes durch ein Wohlbefinden und ein sicheres Vertrauen abgelöst, das die Grundlage auch für eine innere und kulturelle Erneuerung bildet. Dann wird es uns gelingen, den Untergang des Abendlandes zu verhindern.⁸⁰ Das Problem der Finanzierung von Wirtschaftsprogrammen bereitete Hitler, wenn man die Aussagen

Rauschnings, des nationalsozialistischen Danziger Senatspräsidenten daneben stellt, der im Herbst 1932 Hitler auf dem Obersalzberg besuchte, unmittelbar vor der Machtübernahme keine Sorgen mehr. Erstaunlich selbstsicher belehrte der Laie in Wirtschaftsfragen seinen Gast: «Es kommt auf die Initialzündung an. Womit ich das erziele ist von minderem Interesse. Der Wirtschaftskreislauf muss auf Touren kommen, und wir müssen einen Kreis schliessen, dass unsere Wirtschaftskraft sich nicht ins Ausland ausblutet. Ich kann beiläufig mit der Wiederaufrüstung ebensoviel erreichen wie mit Häuserbau oder Siedlung. Ich kann auch den Arbeitslosen mehr Geld in die Hände drücken, dass sie ihren Bedarf eindecken. Damit schaffe ich Kaufkraft und zusätzliche Umsätze. Aber das sind einfache und gar nicht komplizierte Vorgänge, die wir meistern werden, weil man nur den Willen zu haben braucht, vor einigen unvermeidlichen Schwierigkeiten nicht zurückzuschrecken».⁸¹ Hitler war inzwischen einigermaßen vertraut mit Ideen und Vorschlägen der «Reformer», erkannte aber offensichtlich auch, dass er in der Wahl der Arbeitsbeschaffungsprojekte nicht an ihre Vorschläge gebunden war und ihm auch andere Wege zu beschreiten offenstand. Das von den «Reformern» entwickelte Instrumentarium der Kreditschöpfung war den Nationalsozialisten höchst willkommen, zumal es für sie keine Hemmungen gab, das bestehende Reichsbankstatut zu ändern und die vorhandene Marktwirtschaft durch Staatseingriffe wirtschaftsdirigistisch zu deformieren. Schon vor der Machtübernahme dürfte Hitler auch entschlossen gewesen sein, Objekte und Ziele der Arbeitsbeschaffung letzten Endes dem Primat seiner Politik unterzuordnen, nur hütete er sich davor, seine Vorstellungen der Öffentlichkeit zu offenbaren. Hitler stimmte weder in die Klagen der Autarkisten vom Ende des Kapitalismus ein noch versprach er seinen Volksgenossen ein Leben in paradiesischem Wohlstand. Die geforderte Einordnung des «Eigennutzes» in den «Gemeinnutz», das Versprechen «Jedem das Seine» oder das «Recht auf Arbeit» erzielten dagegen greifbaren propagandistischen Effekt, weil sich mit solchen allgemeinverständlichen, aber verschieden auslegbaren Schlagworten die unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten identifizieren konnten.

5. Das Ministerium

«Es war eine Kleinigkeit für jeden der Vortragenden Räte, eigentlich beinahe jederzeit zum Minister zu kommen, auch wenn er nicht gerufen wurde, sich doch Gehör zu verschaffen. Es war von vornherein Tradition, dass auch die jüngsten Mitarbeiter zu den sie betreffenden Vorträgen mit zum Minister hingenommen wurden, und es wurde mir von vornherein klargemacht, dass ich das Recht hätte, auch als junger Assessor mich über Entscheidungen meiner Vorgesetzten bis zur Entscheidung des Staatssekretärs beim Minister jederzeit sachlich zu beschweren. Nur wenn freilich der Minister entschieden hätte, dann hatte ich selbstverständlich zu parieren». Dieser für Ministerialbürokratien recht aussergewöhnliche Arbeitsstil herrschte im alten Reichswirtschaftsministerium in den 20er Jahren und bis zu Beginn der 30er Jahre. Eberhard Barth, der von 1925-1941 dem Ministerium angehörte, erinnerte sich daran⁸², andere Mitarbeiter des Reichswirtschaftsministeriums bestätigten es. Dieser moderne, vor allem der Qualität der Sachentscheidung förderliche Arbeitsstil hatte sich spätestens unter dem hochbefähigten, verdienstvollen Ministerialdirektor Hans Schäffer im Reichswirtschaftsministerium eingebürgert. «Schäffer beanspruchte nicht nur für sich das Recht auf ungehinderte freie Meinungsäußerung gegenüber seinen Vorgesetzten, er gestand dies auch vorbehaltlos seinem Gesprächspartner zu und forderte es ausdrücklich von seinen Untergebenen», berichtete Schäffers Biograph Eckhard Wandel⁸³.

Damals, nur wenige Jahre nach seiner förmlichen Gründung 1917 bzw. 1919⁸⁴, stellte das Reichswirtschaftsministerium noch eine verhältnismässig kleine, überschaubare Behörde dar, rund einige hundert Köpfe zählend vom Minister bis zum Amtsgehilfen. Minister und Staatssekretäre kannten nicht nur die sämtlichen Ministerialräte sehr gut, zumeist auch deren wissenschaftliche Hilfsarbeiter. Der Aufbau des verhältnismässig kleinen und jun-

<i>Personalbestand des Reichswirtschaftsministeriums</i>				
Ordentlicher Haushalt	Beamte	beamtete Hilfskräfte	nichtbeamtete Hilfskräfte	Insgesamt
1931	167	40	165	372
1932	163	67	159	389
1933	163	90	181	434

gen, aber leistungsfähigen Beamtenapparats war wesentlich das Verdienst der sachdienlichen Personalpolitik des Ministeriums. Nach dem Beamtenabbau im Zuge der Währungsstabilisierung 1923 war es ihr in jahrelanger sorgfältiger Personalauslese gelungen, einen hinsichtlich seiner juristischen, volkswirtschaftlichen oder sonstigen Vorbildung (zahlreiche Qualitätsassessoren darunter), seiner sozialen Herkunft und hinsichtlich seiner Leistungsbereitschaft recht homogenen Beamtenkörper aufzubauen. Da das gleichzeitige Bestreben der Personalpolitik dahin ging, möglichst Angehörige aller Reichsteile im Ministerium zu vereinen, dass beispielsweise Bayern mit Preussen, Pfälzer mit Oldenburgern und Württemberger mit Badenern kooperierten, waren selbstverständlich fanatische «Partikularisten», auch Aussenseiter und Eigenbrötler nicht gefragt. Es kam vielmehr darauf an, dass man kontaktfähige und -freudige, nicht von Vorurteilen in ihrer Menschenbehandlung gehemmte Leute fand, um kollegiale Zusammenarbeit und damit einen gut funktionierenden Verwaltungsapparat zu gewährleisten.⁸⁵ Die Vorliebe und Vorsorge für junge Mitarbeiter trug viel dazu bei, diesem Ziel näher zu kommen. Schon Hans Schäffer tauschte drei bewährte Ministerialräte gegen neun junge, von ihm ausgelesene Mitarbeiter (Assessoren) aus.⁸⁶ Karl Blessing (der spätere Bundesbankpräsident), Ministerialdirigent Dr. Kurt Daniel, Theobald Keyser (nach dem Krieg Vorstandsmitglied des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau), Dr. Kurt Tornier (jahrzehntelang Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank), Dr. Elmar Michel (Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium), der Botschafter Klaus Curtius, Prof. Dr. Wilhem Lautenbach, der spätere Devisenfachmann Dr. Hans Hartenstein, Dr. Kurt Wolf (nach dem Krieg Präsident der Bayerischen Gemeindebank) u.a.m. erfuhren ihre «Lehre» im Reichswirtschaftsministerium noch unter Schäffer und wurden durch sie in ihrer weiteren beruflichen Laufbahn entscheidend geprägt. Damals entwickelte sich der vorbildliche, kollegiale Geist des Reichswirtschaftsministeriums, der über ein Jahrzehnt und über alle Wirren hinweg dem Hause wesentlich sein Ansehen sicherte. Auch die unterschiedliche politische Gesinnung der Beamtenschaft, zwischen Sozialdemokratie und Demokratischer Volkspartei in der Hauptsache angesiedelt, liess sich kampfflos überbrücken und tat der Kollegialität nicht Abbruch. Erst nach dem Umbruch 1933 stellte sich heraus, dass ein einziger höherer Beamter schon vor Hitlers Machtübernahme der NSDAP beigetreten war, sich aber zunächst sehr genierte, es offen zu bekennen.⁸⁷ Es war der völlig

unpolitische Ministerialrat Dr. Hoppe, von 1923 bis 1944 im Reichswirtschaftsministerium tätig, obendrein ein Anhänger des Antroposophen Steiner. Zur überparteilichen Haltung des Ministeriums trug sicher viel die Persönlichkeit des damaligen langjährigen Staatssekretärs Dr. jur. Ernst Trendelenburg (1882-1945) bei.⁸⁸ Trendelenburg, Mecklenburger, einer angesehenen Gelehrtenfamilie entstammend und aus dem preussischen Verwaltungsdienst hervorgegangen, verkörperte den alten preussischen Beamtentyp, war von loyaler Haltung, wenngleich leicht ungeduldig bei Ansichten, die den eigenen zuwiderliefen. Seine Loyalität und sein hervorragender Sachverstand sicherten von 1922 bis 1932 die Kontinuität der fachlichen Reichswirtschaftsführung und befähigten ihn zugleich, mit Ministern der verschiedensten Parteischattierungen erfolgreich zusammenzuarbeiten, obwohl er kein bequemer, seinen Vorgesetzten zum Munde redender Staatssekretär war. Wenn er längere Zeit den vakanten Posten des Reichswirtschaftsministers wahrnahm, so gleich das, wie Luther berichtet, «durchaus einer Stellvertretung auf Ministerebene». Während des Kabinetts Papen hatte der auf Reformkurs steuernde Reichswirtschaftsminister Warmbold den sonst von ihm geschätzten Staatssekretär am 24.8.1932 in den einstweiligen Ruhestand versetzen lassen, weil dieser noch nach dem Ende der Reparationen an der bisherigen Währungspolitik festhalten wollte. Von 1934 bis 1945 übte Trendelenburg den Vorsitz im Aufsichtsrat der reichseigenen Vereinigten Industrie-Unternehmungen AG (VIAG) aus, dessen Aufsichtsrat er als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums schon seit 1923, seit Gründung der VIAG angehörte.

Mit dem raschen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft und dem wechselnden Konjunkturverlauf wuchsen unaufhörlich die Aufgaben des Reichswirtschaftsministeriums und mussten Organisation und Aufgabenverteilung des Ministeriums ständig den neuen Gegebenheiten und Bedürfnissen angepasst werden. Seit 1926 hatte das neu geschaffene Wirtschaftsressort alle wirtschaftspolitischen Aufgaben des Reiches mit Ausnahme der Agrar-, Ernährungs-, Verkehrs-, Siedlungs- und Sozialpolitik wahrzunehmen.⁸⁹ Der verschiedentlich im Laufe der Jahre veränderte organisatorische Aufbau des Ministeriums führte 1931 zu einer Gliederung in drei Abteilungen. Die Abteilung I (Ministerialdirektor Heintze) war, vereinfacht ausgedrückt, zuständig für das Kartell- und Organisationswesen, die Abteilung II (Ministerialdirektor Posse) für die Handels- und Zollpolitik, und die Abteilung III, unmittelbar Staatssekretär Trendelenburg unterstellt, bearbeitete

Währungsfragen, das Geld-, Bank- und Börsenwesen sowie Verbraucherfragen und Reparationsangelegenheiten.

Von Anbeginn bis zum Sommer 1932, bis zum Hoover-Moratorium und Lausanner Abkommen, zog sich das Reparationsproblem wie ein roter Faden durch die gesamte Arbeit des Ministeriums und machte es unmöglich, auf längere Sicht eine auf allgemeinem Konsens beruhende wirtschaftspolitische Linie festzulegen. Reichswirtschaftsminister Curtius schrieb später richtig: «Schliesslich hat die Reparationspolitik die sonstige Wirtschaftspolitik verdrängt».⁹⁰ Sie wurde zum zentralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Soweit daneben noch Wirtschaftspolitik betrieben werden konnte, war sie ferner eingezwängt in den herrschenden wirtschaftlichen Interessenpartikularismus, den noch der regionale Partikularismus der Länder verstärkte. Mächtige Interessenverbände und die Rücksichtnahme auf das Misstrauen und die Kompetenz der Länder erschwerten nicht minder, die Wirtschaftspolitik – wie von den Regierungen zwar wiederholt versprochen – «sinnvoll einem einheitlichen Leitgedanken unterzuordnen». Da wirtschaftspolitische Massnahmen gewöhnlich nicht ohne Rücksicht auf sozialpolitische Erwägungen zu treffen waren, und es noch verwegener wäre, Sozialpolitik abseits von wirtschaftlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten zu treiben, führte der von den Interessenverbänden ausgetragene Verteilungskampf nicht selten zu einem Gegeneinanderstellen auch der verschiedenen Minister der wirtschaftlichen Ressorts. Ressortkonflikte blieben nicht aus und verbrauchten dann nicht nur bürokratische Energien, sondern drohten auch, die wechselseitige ministerielle Aktivität zu blockieren. Während der Schlussphase der Weimarer Republik bestand eine solche Pattsituation zwischen Landwirtschaftsminister von Braun und Wirtschaftsminister Warmbold, selber erfahrener Landwirt, 1915-1921 ordentlicher Professor für Wirtschaftslehre des Landbaus, jedoch von 1922 bis 1931 Vorstandsmitglied der BASF bzw. der I.G.-Farbenindustrie AG in Ludwigshafen und nicht bereit, den Autarkisierungsbestrebungen der agrarischen Interessenverbände nachzugeben.

Schwäche, eine länderfreundliche Einstellung oder auch bessere Einsicht hinderten die Reichsregierung daran, die gegebenen verfassungsmässigen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Länder als Faktoren der Wirtschaftspolitik auszuschalten. Da das Reichswirtschaftsministerium gewissermassen einer Dame ohne Unterleib glich, ihr der eigene behördliche Unterbau fehlte, war es daher in starkem Masse auf die Kooperation mit den nicht selten von partikularistischen Sonderinteressen geleiteten Wirt-

schaftsministerien der Länder angewiesen. Der traditionsreiche, ausgezeichnete und durch lange, auch praktische Erfahrungen geformte Apparat des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe sowie sein starker provinzieller Unterbau waren der jungen Organisation des Reichswirtschaftsministeriums sogar weit überlegen. Immer wieder wurde es unumgänglich, das preussische Ministerium der Reichspolitik (nicht nur bei der Stützung in Schwierigkeiten geratener Wirtschaftsunternehmen) zu beteiligen oder preussische Beamte zur Lösung von aktuellen Reichsaufgaben heranzuziehen, während auf der anderen Seite die Preussen das Reich erfolgreich daran hinderten, in ihren Tätigkeitsbereich vorzudringen und beispielsweise den wichtigen Kontakt mit den Handels- und Gewerbekammern unmittelbar aufzunehmen.⁹¹ Nach der Bankenkrise 1931 wurde laut Verordnung über die Bankenaufsicht bezeichnenderweise kein Beamter des Reiches, sondern der hochqualifizierte Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Friedrich Ernst, zum Reichskommissar für das Bankgewerbe bestellt und war als solcher dem Reichswirtschaftsminister unterstellt.⁹² Auch im Börsenwesen besass das preussische Wirtschaftsministerium ein so starkes Gewicht, dass im Frühjahr 1932 die Verhandlungen zur Aufhebung der Börsenschliessung für das ganze Reich ausschliesslich vom preussischen Wirtschaftsministerium ausgeführt wurden, ohne dass die fehlende preussische Zuständigkeit ausserhalb Preussens angezweifelt wurde.⁹³

Erst die seit Jahren angestrebte Reichsreform versprach nicht nur den Dualismus zwischen Reich und Ländern zu beseitigen, sondern auch mit der Fusion des Reichs- und preussischen Wirtschaftsministeriums dem Reich den fehlenden regionalen Unterbau einzubringen. Solange es daran mangelte, blieb das Reichswirtschaftsministerium vorwiegend eine auf die Vorbereitung der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung beschränkte und, ausgenommen in Aussenwirtschaftsfragen, von der praktischen Verwaltung nahezu ausgeschlossene Reichszentralbehörde. Einen ersten entscheidenden Schritt zur Fusion der beiden Ministerien bildete die überraschende staatsstreichartige «Reichsexekution gegen Preussen» am 20. Juli 1932. Das preussische Kabinett Braun wurde amtsenthoben, Reichskanzler von Papen durch Notverordnung zum Reichskommissar für das Land Preussen eingesetzt. Die regierungsmüden sozialdemokratischen Minister Preussens waren bereit, auch die Vereinigung der Verwaltungen von Reich und Preussen legalisieren zu helfen. Nachdem die preussischen Ministerien von sogleich eingesetzten Kommissaren übernommen worden waren – das preussische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit von Ministerialdirektor

Dr. Ernst – erfolgte mit dem Ziel der Vereinigung der Reichs- mit den preussischen Ministerien zunächst die sachliche «Gleichschaltung» der Aufgabenbereiche der preussischen Ministerien nach dem Muster der Zuständigkeiten der entsprechenden Reichsministerien.⁹⁴ Aber nicht widerstrebend, sondern «mit grosser Freude und Hingabe» wurde von der höheren Beamtenschaft des preussischen Wirtschaftsministeriums 1932/33 an der «grossen Aufgabe» der Gleichschaltung der preussischen mit den Reichsministerien gearbeitet.⁹⁵

In der Aussenwirtschaftspolitik stiessen die Aktivitäten des Reichswirtschaftsministeriums 1924/1925, seit der wiedergewonnenen Freiheit des Deutschen Reiches zu handelspolitischen Verhandlungen mit dem Ausland sowohl auf kontroverse Standpunkte der süddeutschen Länder und Preussens, die föderalistische Solidarität übten, als auch auf konkurrierende Zuständigkeiten des Auswärtigen Amts. Bei der Entscheidungsfindung auf handelspolitischem Gebiet leistete jedoch der im März 1925 ins Leben gerufene und noch bis 1945 tätig gewesene «Handelspolitische Ausschuss» der Reichsregierung oft vorzügliche Arbeit, die dem Interessenausgleich konkurrierender Ressorts diente und die Beteiligung des Reichswirtschaftsministeriums bei den Handelsvertragsabschlüssen gewährleistete. Der Ausschuss war zur Entlastung des Kabinetts von handelspolitischen Einzel- und Vorentscheidungen geschaffen worden, war anfangs bewusst personell auf die Beauftragten (Ministerialdirektoren) des federführenden Auswärtigen Amts (Ministerialdirektor Ritter), des Reichswirtschaftsministeriums (Ministerialdirektor Posse), des Reichsernährungs- und des Reichsfinanzministeriums beschränkt und fasste seine Entscheidungen mehrheitlich. Zölle und Einfuhrkontingentierungen von Agrarprodukten standen gegen Ende der Weimarer Republik im Mittelpunkt der Beratungen.

Der Stärkung des Einflusses des Reichswirtschaftsministeriums in aussenwirtschaftlichen Fragen diente auch das von ihm, namentlich von Hans Schäffer, initiierte System der Exportkreditversicherung, zuerst 1926 in Deutschland verwirklicht, international bahnbrechend und beispielgebend. Unter starker Beteiligung des Reiches wurden dem Exporteur sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Risiken des Exportgeschäfts abgedeckt. Ein besonderer Teil des von Schäffer angeregten Vertragswerkes über die Exportkreditversicherung bezog sich auf die «Reichs- und Länderbürgschaften» für die damals umfangreichen Russlandgeschäfte.⁹⁶

Auf gewerblichem Sektor setzte das Reichswirtschaftsministerium vor 1933 ebenfalls neue Marksteine; aber alle unternommenen Schritte (so das bis 1970 gültig gebliebene Gaststättengesetz von 1930 mit der Bedürfnisprüfung bei Zulassung im Gaststättengewerbe und das Milchgesetz von 1930) schufen noch kein gesamtwirtschaftlich orientiertes Wirtschaftsrecht mit dem Ziel, an die Stelle der seit 1869 herrschenden Gewerbefreiheit eine andere Wirtschaftsordnung zu etablieren. Es handelte sich bestenfalls um Anstösse, im Zusammenhang mit den verfassungsmässig geforderten strukturpolitischen Funktionen des Staates das Verhältnis von Staat und Wirtschaft neu zu durchdenken. «Eine wirtschaftspolitische Betreuung von ganzen Gewerbebezügen, insbesondere des Handels, die eine eigene organisatorische Einrichtung erfordert hätten, zeichnete sich damals noch nicht ab».⁹⁷

Einen bedeutsamen Wendepunkt in der deutschen Wirtschaftspolitik brachte die durch Verordnung vom 15. Juli 1931 eingeführte Devisenbewirtschaftung, die man damals zwar für eine nur «vorübergehende» Massnahme hielt, aber sich schliesslich als eine Institution von mehr als 25 Jahren Dauer herausstellte.⁹⁸ Mit der Devisenbewirtschaftung wuchs dem Reichswirtschaftsministerium ein sich zunehmend erweiterndes wirtschaftspolitisches Aufgabengebiet zu. Lediglich für diesen Sonderbereich standen ihm auch regional gegliederte Dienststellen zur Verfügung, die gemeinsam von den Landesfinanzämtern und den Reichsbankzweigstellen gebildeten Devisenbewirtschaftungsstellen. Trotz des allgemeinen Abbaus des Personalbestandes bei Reichsministerien wuchs er beim Reichswirtschaftsministerium wegen der krisenbedingten neuen Aufgaben, «insbesondere auf dem Gebiete der Devisenbewirtschaftung, der Bankenaufsicht und der Versicherung für inländische Warenforderungen, sowie dem vermehrten Arbeitsanfall im Zollbüro und bei der Exportkreditversicherung»⁹⁹ Rechnung tragend, bereits 1932 beträchtlich.

Als Anfang der 30er Jahre viele neue Hilfsarbeiter ins Ministerium, damals noch in der Viktoriastrasse 34 in Berlin, am Tiergarten, berufen wurden, herrschte dort noch ungebrochen das alte gute Prinzip, dass man nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, seine Meinung offen gegenüber dem unmittelbaren Vorgesetzten und gegebenenfalls auch bis zum Minister herauf zu vertreten und zu verteidigen. Zu dauernden Meinungsstreitigkeiten zwischen Hilfsarbeitern und ihren Vorgesetzten kam es dennoch nicht. Mit der Verwirklichung des Prinzips der freien Meinungsäusserung innerhalb einer Behörde, recht ungewöhnlich in einer hierarchischen Büro-

kratie, wurde den jungen Mitarbeitern eine charakterliche Erziehung zuteil, schrieb Theo Keyser in seinen Erinnerungen, «wie ich sie im späteren Leben kaum in einer Institution je wieder erlebt habe»,¹⁰⁰ und die sicher nicht ohne positive Nachwirkungen blieb. Keyser machte in gleichem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die Anfang der 30er Jahre im Reichswirtschaftsministerium eingestellten jungen Hilfsarbeiter fast alle später in Wirtschaft und Verwaltung entscheidende Positionen bekleideten, ebenso wie ihre Vorgänger und nicht wenige ihrer Nachfolger, die als Neulinge später unter Schacht ins Reichswirtschaftsministerium kamen, bleibt hinzuzufügen. Junge Beamte, die bis in die 30er Jahre durch die Schule des Reichswirtschaftsministeriums gegangen waren, wurden zu Selbständigkeit und verantwortlichem Handeln erzogen, sie erlangten Selbstbewusstsein und hatten offenbar die Chance, sich zu Persönlichkeiten zu entwickeln.

Wer Anfang der 30er Jahre ins Ministerium kam, lernte noch, dass die damals eingeleiteten dirigistischen Massnahmen nur temporäre Zwangseingriffe und Notlösungen darstellten, auf die verzichtet werden konnte und sollte, sobald die Wirtschaftsgenesung wieder eingetreten war. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, so hiess es in einer Aufzeichnung des Reichswirtschaftsministers für die Regierungserklärung Schleichers, «hat nicht den Zweck, eine dauernde Erweiterung der öffentlichen Wirtschaft herbeizuführen. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand muss ihr natürliches Ende finden, sobald die private Wirtschaft ein genügend grosses Wirtschaftsvolumen erreicht und infolgedessen die Arbeitslosigkeit sich stark vermindert hat».¹⁰¹ Keynesianische Beschäftigungspolitik wurde richtig als Therapie für die Marktwirtschaft und nicht als systemändernde Dauererscheinung verstanden. Solche Einsicht war freilich nach Hitlers Machtantritt weniger zu erwarten. Vergebens kämpfte bereits Reichswirtschaftsminister Warmbold bis unmittelbar vor dem Sturz des Kabinetts Schleicher gegen die von agrarischen Interessenverbänden und Nationalsozialisten propagierte agrarische «Kontingentspolitik»¹⁰² und gegen die drohende Abkehr Deutschlands von der Weltwirtschaft. Als der Reichskanzler am 9. September 1932 eine Delegation der «Grünen Front» empfing, erläuterte Warmbold ihr, dass die Landwirtschaft «günstigstenfalls 20% der industriellen und gewerblichen Erzeugung aufnehmen» könne, durch eine Steigerung der Kaufkraft der Landwirtschaft um 1½ Milliarden nur 600'000 Menschen mehr Beschäftigung finden würden. Andererseits sei bei einer Einfuhrbeschränkung von einer Milliarde mit einem

Exportausfall von zwei Milliarden zu rechnen, der eine Minderbeschäftigung von einer Million Arbeitern nach sich ziehen würde.¹⁰³ In der Vorlage des Wirtschaftsministers zu Schleichers Regierungserklärung wurde dagegen vorsichtiger gesagt: «unsere Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn wir nebeneinander sowohl die Nutzung des heimischen Bodens wie auch die gewerbliche Tätigkeit für den Inlandsmarkt und schliesslich den Warenaustausch für den Inlandsmarkt und schliesslich den Warenaustausch mit dem Auslande in zweckmässigem Verhältnis zueinander pflegen.» Und noch wenige Tage vor dem Rücktritt der Regierung Schleicher erinnerte Warmbold im Haushaltsausschuss des Reichstags daran, bezweifelt von seinen nationalsozialistischen Kritikern, dass ein Sechstel der deutschen Arbeiterschaft für die Ausfuhr beschäftigt sei.¹⁰⁴ Deutschland war zum Export verurteilt.

Weder gute ökonomische Einsichten noch die leichten Erfolgstendenzen in der Wirtschaft vermochten schliesslich die politische Dauerkrise abzustoppen. Einmal auf die schiefe Bahn der Notverordnungen geraten, entwickelte sie, angetrieben von der sich eskalierenden innenpolitischen Konfrontation der Parteien, ihre Eigendynamik, so dass trotz aller realen Aussicht auf eine mittelfristig herbeizuführende wirtschaftliche Stabilisierung im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Systems den Politikern das Schiff aus dem Ruder lief. Die von ihnen eingeleitete quasidiktatorische Regierungsweise zur ökonomischen Krisenbewältigung öffnete sich zudem als Einfallstor für die autoritären und totalitären, auf eine Änderung bzw. Beseitigung der bestehenden Wirtschaftsordnung abzielenden Parteien von links und rechts. Ebenso erwies sich als Grundtäuschung der Regierungen bis 1933, man könnte rein sachbezogene wirtschaftspolitische Krisenbewältigung bei gleichzeitig fortschreitender politischer und sozialer Radikalisierung der Volksmassen betreiben. Die Isolierung der Wirtschaft aus dem gegebenen politischen Umfeld misslang, so dass die Politik unentwegt neue Unruhe in die Wirtschaft hineintrug und bestehende Ansätze zur Besserung wieder zunichte machte.

6. Hugenberg: Der ungewollte Reichswirtschaftsminister

Kaum war Anfang Januar 1933 das Bündnis zwischen Hitler und Papen im Hause des Kölner Bankiers Baron von Schroeder zustande gekommen, kursierte bereits das Gerücht über ein Doppelministerium Wirtschaft und Er-

nährung unter dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Hugenberg, in einer Koalitionsregierung von Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Aus der Ministerialbürokratie wurden entsprechende Hinweise an den Reichsverband der Deutschen Industrie lanciert, um solche Kombinationen mit Hilfe der Industrie zu verhindern.¹⁰⁵ Um die gleiche Zeit hatte Reichskanzler von Schleicher Hugenberg das Reichswirtschaftsministerium verweigert. Ende Januar intervenierte der Reichsverband der Deutschen Industrie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Übertragung des Wirtschaftsministeriums an Hugenberg, gegen eine Umbildung der Regierung Schleicher und versuchte in letzter Minute die Kabinettsbildung vom 30. Januar 1933 zu verhindern. «Man spricht von einem Kampf-Kabinetten Papen-Hitler-Schacht, bei dem Papen die Spitze darstellen soll und Hitler Wehrministerium und Ministerium des Innern erhalten soll, Schacht Finanzministerium, Hugenberg Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium. Ich halte diese Kombination, an der sich keiner der gegenwärtigen Minister beteiligen wird, für äusserst bedenklich und gehe so weit zu befürchten, dass eine derartige Kombination als offene Kampf-ansage gegen den grössten Teil der Bevölkerung angesehen würde», schrieb Geheimrat Kastl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, an den Vorsitzenden Krupp von Bohlen und Halbach am 26. Januar 1933.¹⁰⁶

Geheimrat Alfred Hugenberg, einst Siedlungskommissar im Osten, dann Krupp-Direktor und schliesslich Herrscher über einen weitverschachtelten, gewaltigen Medienkonzern¹⁰⁷, war nachweislich erst am 17. Januar mit Hitler im Kaiserhof in Berlin zusammengetroffen. Nach Goebbels handelte es sich um eine Unterredung, «ohne dabei vorläufig zu einem Ergebnis» gelangt zu sein.¹⁰⁸ Noch war ein Bündnis zwischen Hitler und Hugenberg nicht geschlossen, die wechselseitige Annäherung aber eingeleitet. Die Wahlverwandtschaft deutete sich an, als sich der Gedanke einer neuen «Harzburger Front» zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelm Ende Januar mit der Krise des Kabinetts Schleicher wiederbelebte. Eine erneute Begegnung Hitlers mit Hugenberg am 27. Januar dürfte die Regierungskoalition zwischen NSDAP und DNVP noch nicht nähergebracht haben. Wahrscheinlich zeigte Hugenberg auch bei dieser Begegnung mit Hitler die gleichen glatten äusserlichen Formen, die man an ihm gewohnt war, ein Gesicht, fast wie eine Maske, und präsentierte, offenbar ohne Bewegung, ohne Gefühlsregung seine Forderungen. Wenn er damals bereits Anspruch auf vier Ministerien, zwei Reichs- und zwei preussische



Abb. 3: Arbeitsloser holt «Stempelgeld» beim Arbeitsamt ab.

Ministerien erhob, dürfte Hitler sicherlich Einwände geäußert haben. Schwierigkeiten bereiteten, wie wir von Goebbels wissen, vor allem Personalfragen, angeblich zum grossen Teil unerfüllbare Forderungen.¹⁰⁹ Erst am 20. Januar sagte Hitler Hugenberg die von ihm verlangten Ministerposten zu. Hartnäckige personalpolitische Forderungen hatten die Deutschnationalen schon seit einiger Zeit zum äusserst schwierigen Verhandlungspartner gemacht. Es gehörte zur Taktik namentlich der ultrakonservativen Führungsspitze der Partei, mit gezielten Einflussnahmen auf die Personalpolitik in Staatsbürokratie und Verbänden, durch die versuchte Infiltration von konservativ-reaktionären Gesinnungsgenossen und die Diffamierung Andersdenkender Partei- und Machtpolitik zu betreiben. Bereits zu den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932, als sich die DNVP Hoffnung machte, in die Regierungsverantwortung zu gelangen, liess sich Hugenberg ein umfangreiches Personaldossier über die politische Haltung der leitenden Beamten der Reichsministerien mit knappen Bemerkungen über ihre Brauchbarkeit bzw. ihre Nichtverwendung bei einem Regierungswechsel anfertigen.¹¹⁰ Nach diesen Personallisten sollte die gesamte höhere Beamtenschaft des Büros des Reichspräsidenten (Meissner, Doehle, Geilenberg, Hoyningen-Huene) sofort ausgetauscht werden. Gleiches wurde den höhe-

ren Beamten der Reichskanzlei und der Presseabteilung der Reichsregierung in Aussicht gestellt, wörtlich: «Staatssekretär Dr. Pünder, Zentrum, muss sofort weg; Ministerialdirektor Dr. Zechlin, SPD, muss sofort weg» usw. Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium sollten nach den Vorstellungen der Deutschnationalen nicht nur eine totale Umorganisation durch Vereinigung und Verkleinerung, sondern auch ein teilweise einschneidendes Personalrevirement nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfahren.

Es war der DNVP-Zentrale gelungen, in den Reichsministerien – das Reichsernährungsministerium ausgenommen – einen auskunftswilligen «Vertrauensmann», Informanten, gewöhnlich Mitglieder der DNVP, zu gewinnen, die die politische Haltung der Kollegen, ihr Parteibuch oder ihr Wählerverhalten erkundeten. Im Reichswirtschaftsministerium holte man sich die gewünschten Auskünfte bei dem späteren Hugenberg-Protegé Oberregierungsrat Dr. Franz Willuhn (1885-1979), ein biederer Ostpreusse, kein Intrigant. Er diente mehreren Ministern und Staatssekretären als Adjutant und zuletzt als Reichskabinettsrat unter Reichsminister Lammers. Allerdings trübte parteipolitische Polarisierung auch seinen Blick. Seine Informationen erwiesen sich als oberflächlich, teilweise als falsch. Der damalige Staatssekretär Dr. Trendelenburg erhielt die Charakteristik: «DVP, neigt nach links, muss fort». Ministerialrat Hoppe, Referent für Mittelstandsfragen, bei Hitlers Machtübernahme 1933 einziges Mitglied der NSDAP unter den höheren Beamten des Reichswirtschaftsministeriums, wurde 1932 attestiert, dass er der liberalen Wirtschaftspartei nahestehen würde. Freiherr von Massenbach, Leiter der Personalabteilung, ein agiler Mann, seiner politischen Überzeugung nach wohl eher ein Monarchist und in politischer Selbsttäuschung später sogar Mitglied der SA geworden, erhielt durch Hugenbergs Informanten das aus heutiger Sicht eher anerkennende Prädikat «Republikaner», aber mit dem negativ gemeinten Zusatz: «macht alles, muss raus, jedenfalls sofort aus dem Referat abgelöst werden». Über den bewährten Ministerialdirektor Posse wurde verlautet, dass er wohl seine Wählerstimme der DVP geben würde und daher als «bedenklich» einzustufen sei. Die Ministerialdirektoren Reichardt und Heintze wurden ebenfalls der DVP zugeschrieben, Ministerialdirigent Flach der Staatspartei («am besten wohl raus»).

Nach Überzeugung der Führungsspitze der DNVP galten Beamte jüdischer Herkunft (auch Juden mit konservativer Gesinnung) sowie alle höheren Beamten mit der Neigung, bei Wahlen mit ihrer Stimme für die Sozialdemokratie oder die demokratischen Mittelparteien (Zentrum, Staatspartei,

Deutsche Volkspartei) zu votieren, als politisch verdächtig und sollten möglichst aus ihrem Amt entfernt werden. Noch bevor die Nazis mit ihrem rüden Antisemitismus Wirklichkeit machten, stand bereits ein so hervorragender Mann wie Staatssekretär Dr. Schäffer vom Reichfinanzministerium auf der Abschlusssliste der Deutschnationalen: «Jude, SPD, muss sofort raus».

Bei so viel erwiesener politischer Affinität der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten, soviel gemeinsamer antisemitischer und antidemokratischer Aggressivität, einig in der Ablehnung des Parlamentarismus, dürfte der grundsätzliche politische Brückenschlag zwischen den Führern beider Parteien im Januar 1933 eigentlich kein unüberwindliches Hindernis dargestellt haben. Hugenberg als radikaler Fürsprecher der bürgerlichen Ultrarechten war geradezu prädestiniert, ein Bündnis mit Hitler, dem rigorosen, die Massen mobilisierenden Kleinbürger einzugehen. Viele Ziele, die Hugenberg verfocht, war daher nur Hitler zu verwirklichen imstande. Beide hatten jahrelang für die Instabilität der Weimarer Republik gesorgt und kämpften gegen die Republik für ihren Aufstieg. Doch Hugenberg misstraute stets dem Führer der NSDAP sowie seinen Gefolgsleuten und fürchtete eine NS-Parteidiktatur. Die Kabinettsbildung mit Hitler geschah daher nur unter Widerstreben, gedrängt von dem verhandlungsgewandten, ehrgeizigen Papen. Ehe Hindenburg das «Kabinett der nationalen Konzentration» vereidigte, war mit billigen Ehrenworten und mit Handschlag ein Bündnis zwischen über Kreuz laufenden Hintergedanken gezimmert worden. Einig war man sich nur in dem erklärten Ziel des «gemeinschaftlichen Kampfes gegen den Marxismus». Hugenberg erinnerte Anfang 1933 in einem Schreiben an Hitler daran und sprach auch, als die Liquidation des deutschnationalen Koalitionspartners längst begonnen hatte, von einem «Vertrauensverhältnis» zwischen den Führern von NSDAP und DNVP.¹¹¹

Bereits im Pensionsalter übernahm Hugenberg (1865-1951), weil es die Koalitionsvereinbarungen so wollten und ein schon früher von ihm konzipierter Plan eines für die Gesamtwirtschaft zuständigen «Krisenministeriums» vorsah, mit Hitlers Machtantritt die Leitung von gleich vier Ministerien, des Reichswirtschafts- und des Reichsernährungsministeriums sowie der entsprechenden preussischen Ressorts. Eine einmalige Ämterkumulation in der modernen internationalen Verwaltungsgeschichte bürdete sich ein einzelner Mann auf, ohne seine Grenzen zu sehen. In den vier Ministerien sah man sich das Schauspiel des Macht- und Ministerwechsels jedoch

gelassen und «zunächst beruhigt» an. An Widerstand gegen die neuen Herren wurde nicht gedacht. Hochachtung für die führenden Köpfe der Weimarer Republik hielt sich im Reichswirtschaftsministerium. Die Furcht vor einem Überborden des nationalsozialistischen Radikalismus stand mehr im Vordergrund. Solange die Nationalsozialisten Hugenberg freie Hand liessen, blieben aber die Beamten der Exekutive unter sich. Der neue Minister, der «Weihnachtsmann», wie man ihn im preussischen Wirtschaftsministerium respektlos nannte, trat obendrein nur selten in Erscheinung und wurde kaum gesehen. Seinen Sitz nahm Hugenberg im Reichsernährungsministerium, da sein überwiegendes Interesse der Sanierung der Landwirtschaft galt.¹¹² «Wie dieser Mann, dem ich noch als persönlicher Referent nur vier oder sechs Wochen gedient habe, dessen Arbeitsweise ganz merkwürdig bürokratisch war, der halbe Nächte damit ausfüllte, der auf alte Bogen seine Anmerkungen, seine Korrekturen zu den Entwürfen zu machen und Anweisungen rein schriftlich nach unten zu geben pflegte, was ja nicht an sich Aufgabe des Ministers sein kann, wie der mit diesen Aufgaben einfach fertig werden hätte können, ist mir immer schleierhaft gewesen», erinnerte sich Eberhard Barth.¹¹³ Hugenberg war als Minister überfordert und überlastet, sein Scheitern eigentlich vor auszusehen und vielleicht sogar beabsichtigt. Unmut entstand namentlich im preussischen Wirtschaftsministerium darüber, dass der neue Chef weder zu sehen noch zu erreichen war. Da vieles auch im Reichswirtschaftsministerium liegenblieb, lief sich schliesslich jede echte Ministerialarbeit fest.¹¹⁴ Einen gewissen Vorteil aber besass die Ämterhäufung zunächst für die Beamenschaft. Während die NSDAP einerseits verhinderte, dass die Deutschnationalen den geplanten Marsch durch die Institutionen antraten, blockierte andererseits der Führer der DNVP in seiner Eigenschaft als Multiminister mögliche Absichten der NSDAP, personell in den Wirtschaftsressorts Fuss zu fassen. Dieser, wenn auch kurzfristigen personalpolitischen Pattsituation zwischen den Koalitionspartnern verdankte es wesentlich der überkommene Beamtenkörper der wirtschaftlichen Ressorts, dass er ohne Eingriffe und bei nur geringfügigen Korrekturen (Entlassung von Staatssekretär Schwarzkopf, Schwager von Warmbold und Ersetzung durch den Laien, aber Hugenberg-Vertrauten Bang¹¹⁵) den Machtantritt Hitlers überdauerte.

Von Entfernungen aus dem Amt war in Hugenbergs Personallisten vom April 1933¹¹⁶ nicht mehr die Rede. Sie enthielten aber nach wie vor eine stattliche Anzahl von Namen höherer Beamten, die sich angeblich wegen

ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesinnung verdächtig machten und auf die deshalb, wie es wörtlich hiess, «besonderes Augenmerk zu richten wäre». Zu solchermaßen zu observierenden Personen zählten sämtliche Direktoren und Dirigenten des Reichswirtschaftsministeriums. Posse, Heintze, Reichardt wurden trotz des 30. Januars 1933 nach wie vor der Demokratischen Volkspartei zugeordnet. Flach und Ministerialrat Dr. Josten als «nicht rechtsstehend» verdächtig. Die Ministerialräte Kralik, Ruelberg, Mulert, Reinshagen wurden mit der Staatspartei in Verbindung gebracht, in Ministerialrat Soltau sogar ein Sozialdemokrat vermutet. Das Etikett «Demokrat» erhielten die Oberregierungsräte Landwehr, Lautenbach, Goldmann¹¹⁷, Hoffmann und Pohl. Im preussischen Wirtschaftsministerium fand sich unter den höheren Beamten noch kein einziger Nationalsozialist, kein «Märzgefallener», jedoch wurden 13 Beamte in Hugenberg's streng vertraulicher Personalliste vom April 1933 namhaft gemacht, die Verdacht erregten, weil sie angeblich Juden, Sozialdemokraten, Demokraten waren oder dem Zentrum zugerechnet wurden. Ministerialrat Weichmann, nach dem Krieg Hamburger Bürgermeister, wurde denunziert als «Jude, vom Staatsminist. gekommen, Vertrauter von Braun».

Hugenberg's ministerielle Machtballung bedeutete nicht, dass sich ihm seit Februar 1933 zur dominierenden Figur in der deutschen Wirtschaftspolitik aufzusteigen die Chance eröffnete. Bremsende Gegenkräfte machten sich rasch bemerkbar, rascher als Hugenberg ahnte. Wenn er als Wirtschaftsminister im Kabinett wirtschaftspolitische Vorschläge und Pläne entwickelte und vortrug, dann stiess er anfangs namentlich auf einen in seinen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zunächst unschlüssigen Hitler. Nur im Bereich der Agrarpolitik liess Hitler dem noch unentbehrlichen politischen Partner wenige Monate freie Hand, um die rasche Verwirklichung agrarischer Forderungen (Vollstreckungsschutz, Erhöhung des Zollschatzes, «Fettplan», Kontingentierungen, Erhöhung der Erzeugerpreise und Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse) sogar mit unverkennbar deutschnationaler Note sicherzustellen.¹¹⁸ Während das Papen- und Gereke-Programm mit sichtlichem Erfolg weiterliefen, reduzierte sich die Aktivität von Wirtschafts- und Ernährungsminister Hugenberg während der ersten drei Monate seiner Amtszeit hauptsächlich auf agrarische Interessenpolitik unter weitgehender Vernachlässigung der sonstigen wirtschaftspolitischen Belange, die vordringliche Arbeitsbeschaffungspolitik inbegriffen. Differenzen mit der Industrie waren daher unumgänglich, wenngleich Hu-



Abb. 4: Antijüdische Boykottaktion. SA-Männer versperren den Eingang zu einem jüdischen Geschäft.

genberg prinzipiell den Standpunkt vertrat, dass die Forderungen der Landwirtschaft zu erfüllen seien, «die Industrie aber dabei vor Schaden bewahrt werden» solle. Anlässlich der ersten Besprechung zwischen der Industrie und Hugenberg am 9. Februar 1933 überreichte bereits RDJ-Geschäftsführer Kastl ein ausführliches Aide mémoire, in dem das Prinzip einer exportorientierten Handelspolitik für unverzichtbar erklärt wurde.¹¹⁹ Ebenso wie zu den früheren Regierungen hing die Haltung des Industriellenverbandes auch zum Hitler-Kabinett von den getroffenen wirtschaftspolitischen Massnahmen ab. Bei dem bekannten Treffen führender Industrieller mit Hitler im Hause Görings am 20. Februar 1933 machte erneut Krupp Front gegen eine Umstellung der Aussenhandelsbeziehungen zugunsten einer zunehmenden Autarkiepolitik und beharrte auf der klaren, liberalistischen Trennung zwischen Staat und Wirtschaft. Da es Hitler vor allem darauf ankam, sich der Unterstützung der Industrie zu versichern, sagte er zu wirtschaftlichen Fragen konkret wenig, vor allem nichts von der bereits im Kabinett beschlossenen Erhöhung der agrarischen Zollmauern, umso mehr aber über seine Entschlossenheit, die Macht im Staat gegen Gewerkschaften und Kommunismus zu erobern, und bekannte sich, dankbar quittiert von Krupp, zum «Privateigentum» und zur «Wehrhaftigkeit».

Obwohl Hitler bereits eine allgemeine Konzeption besass, auf welchen



Abb. 5: Dr. rer. pol. Alfred Hugenberg, Reichswirtschaftsminister 30.1.-29. 6.1933.

Glaisen die Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungspolitik auszurichten sei, vermied er nach wie vor aus taktischen Gründen die eindeutige öffentliche Fixierung seiner wirtschaftspolitischen Ambitionen. Er wollte weder riskieren, die ihm gläubig vertrauende Anhängerschaft zu verlieren, noch in Konflikt mit den führenden wirtschaftlichen Interessenverbänden und ihren massiven Forderungen geraten. In der Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Reichsregierung am 2. Februar 1933 hielt Hitler Hugenberg grundsätzlich entgegen: «Reformen können erst dann in Angriff genommen werden, wenn sich das Volk für oder gegen die Regierung entschieden hat.»

Hitlers wirtschaftspolitisches Hauptziel, die Wiederaufrüstung mit der Politik der Arbeitsbeschaffung zu koppeln, stand schon unmittelbar vor seiner Machtübernahme fest und war wenige Tage danach bereits Inhalt seines Gesprächs unter vier Augen mit dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Gereke. «Wir werden das deutsche Volk wieder wehrhaft machen. Wir werden Kasernen und Flugplätze errichten. Wir werden Strassen und Autobahnen unter strategischen Gesichtspunkten bauen. Wir werden die neuesten und modernsten Flugzeuge entwickeln. Alles das hilft, die Arbeitslosigkeit zu lindern ...» sprach Hitler auf Gereke ein – will man ihm Glauben schenken – und liess dessen Einwand nicht gelten, dass Aufrüstung unökonomisch sei und deshalb nicht auf dem Wege der produktiven

Kreditschöpfung finanziert werden dürfte.¹²⁰ Noch im Führerhauptquartier im Mai 1942 behauptete Hitler, dass sich Gereke «von vornherein als sein grimmigster Feind gebärdet» habe.¹²¹ Auch gegenüber Göring widersetzte sich Gereke, ein «standhafter Antinazi» (Brüning), wenig später der Finanzierung der unwirtschaftlichen und denkbar unrentablen Aufrüstung durch Kreditschöpfung¹²², obwohl die grundsätzliche Weichenstellung zum angestrebten Primat der Wiederaufrüstung bereits in der Ministerbesprechung vom 8. Februar erfolgt war. Eine Diskussion um den Bau eines schlesischen Staubeckens (Ottmochau) im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms nahm Hitler zum Anlass, grundsätzlich zu erklären: «Die nächsten fünf Jahre in Deutschland müssten der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes gewidmet sein. Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmassnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes.»¹²³ Nur Reichsarbeitsminister Seldte betonte, Hitlers Prioritätensetzung einschränkend, dass «es neben den rein wehrpolitischen Aufgaben auch noch andere volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten gebe, die man nicht vernachlässigen dürfte».

Zielbewusst unternahm Hitler Anfang März 1933 die nächsten Schritte auf vorgegebenem Wege. In einer Unterredung erklärte Hitler Reichsbankpräsident Luther, dass die Reichsbank bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitwirken müsse. Dann aber, als Luther eine Summe angeben sollte und einen sehr niedrigen Betrag nannte, brach Hitler das Gespräch ab. Am folgenden Tage wurde Luther aufgefordert, von seinem Amt als Reichsbankpräsident zurückzutreten.¹²⁴ Nur wenig später stellte Hitler den vermeintlichen Zauberer der deutschen Wirtschaft, Schacht, die gleiche Frage nach der Unterstützung der Reichsbank bei der Finanzierung eines grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Schacht sagte, dass es unmöglich sei, hierfür «irgendeinen Betrag ziffernmässig anzugeben», versicherte aber, so überliefern es seine Lebenserinnerungen, «dass die Arbeitslosigkeit unter allen Umständen beseitigt werden muss und dass die Reichsbank deshalb so viel zur Verfügung stellen muss, wie notwendig sein wird, um auch den letzten Arbeitslosen von der Strasse zu bringen.»¹²⁵ Luther ging, und Schacht übernahm am 16. März 1933 das Amt des Reichsbankpräsidenten. Bedenken gegen eine milliardenfache Kreditschöpfung, die neue Inflation heraufbeschwören könnte, bestanden offenbar weder bei Schacht noch bei Hitler. Auch kein Wort wurde darüber verlautet, dass Schacht

noch vor einigen Monaten als entschiedener Gegner der von den Nazi-Aktivistinnen vertretenen aktiven Konjunkturpolitik Stellung bezogen hatte. Die Schachtschen Grundsätze von 1932 richteten sich gegen eine Politik der «Investitionen und Aufträge der öffentlichen Hand», die zwar «gut und nützlich» sein können, aber «keine unmittelbare Rente» bringen.¹²⁶ Notstandsarbeiten wie «Gräbenziehen, Sand karren und Wege beschottern», spottete Schacht in seiner Antrittsrede vor dem Reichsbankdirektorium am 7. April 1933, würden auch nicht die «Ankurbelung der Wirtschaft» wesentlich voranbringen.

Nach dem Wechsel im Reichsbankpräsidium hielt Hitler plötzlich inne, die vorgezeichnete Linie der Arbeitsbeschaffungspolitik weiterzuverfolgen und eröffnete die Kabinettsitzung vom 25. März 1933 – das berichtigte Ermächtigungsgesetz war vorangegangen – mit den Sätzen: «Es sei nunmehr notwendig, die gesamte Aktivität des Volkes auf das rein Politische abzulenken, weil die wirtschaftlichen Entschlüsse noch abgewartet werden müssten». Offensichtlich befand sich nichts in der «berühmten» Schublade und legte Hitler auch kein besonderes Gewicht auf die rasche Verkündung von grossen Arbeitsbeschaffungsprogrammen. Vergebens forderte der von Hugenberg diffamierte Arbeitskommissar Gereke, das Kreditvolumen des Schleicher-Sofort-Programms auszuweiten und die Kreditanforderungen der Gemeinden zu erhöhen.¹²⁷ Erst nach der Verhaftung Gerekes und der Überleitung seiner Funktionen auf das Reichsarbeitsministerium wurde daran gedacht, neue wirtschaftliche Entschlüsse zu fassen. Ministerien und Gaue wurden angewiesen, «den Umfang der von Seiten der Behörden zu vergebenden Arbeiten im Rahmen des ‚4-Jahres-Plans der Reichsregierung‘ festzustellen. Hierbei soll zunächst ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten und die Art der Finanzierung alles zusammengestellt werden, was geeignet ist, Arbeit zu schaffen.» Die Vorhaben (keine reinen Wehrmachtsbeschaffungen, auch keine fabrikatorischen Rüstungsvorbereitungen und Subventionen an Privatfirmen) hatten sich zeitlich bis 1936 zu erstrecken, wobei die Planungen für 1933 das «Sofortprogramm» darstellen sollten.¹²⁸ Ein grosses Material an Projekten wurde zusammengetragen, ein Milliarden-Bauprogramm allein vom Heereswaffenamt. Auch Heilsbringer der verschiedensten Art fühlten sich zur Projektmacherei aufgerufen. Ein Dr. Lawaczek wollte elektrische Kleinanlagen zum Zuge bringen, so dass «unsere Buben im Keller den Strom machen». Der Parteiprogrammatiker Dipl.-Ing. Gottfried Feder schlug vor, den Strompreis nach Art des Briefportos zu gestalten und Strom in zehntausenden örtlichen Kleinkraftwerken

erzeugen zu lassen.¹²⁹ Von der Hutindustrie kam das Ansinnen, zumindest die Beamten zu verpflichten, im und ausser Dienst Hüte zu tragen, da im Zuge der Uniformierung des öffentlichen Lebens und der Einführung des «deutschen Grusses» die Nachfrage nach Hüten zurückging. Die meisten vorgeschlagenen Projekte wurden zu Makulatur.

Während der ersten Monate nach der Machtübernahme beschränkte sich Hitler vor der Öffentlichkeit mehr darauf, seinen unbändigen Willen zum Handeln zu bekunden, suchte die Nation zu mobilisieren, Optimismus zu wecken und legte damit zweifelsohne wichtige psychologische Grundlagen für einen kommenden Aufschwung. «Es wird uns schon gelingen, den Produktionsprozess wieder in Gang zu bringen. Wir müssen nur den Mut haben, mit neuen Methoden zu arbeiten. Die alten sind verbraucht und führen zu keinem Ergebnis», kommentierte Goebbels Hitlers Rede zur Eröffnung der Automobilausstellung Anfang Februar 1933, in der Hitler in groben Umrissen seine Gedanken zur «organischen Ankurbelung der deutschen Wirtschaft» entwickelt hatte.¹³⁰ Unentwegt warb er für eine neue Wirtschaftsgesinnung, lockte Arbeiter und Unternehmer und versprach die Freisetzung von schöpferischen Initiativen. Es schien, dass er am marktwirtschaftlichen System festhalten wollte und nicht den verbeamteten Kaufmann oder gar den Kaufmann in Uniform anstrebte. Jedenfalls kam er in seiner Reichstagsrede vom 23. März 1933 den Forderungen der Industrie insofern entgegen, als er die neue Wirtschaftspolitik nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben wissen wollte, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative. Doch selbst in seiner Festrede zum 1. Mai 1933 blieben die von ihm angekündigten Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weitgehende Allgemeinplätze und hielten sich grossenteils im Rahmen der Forderungen vorangegangener Regierungen: die Gesundung der Bauernwirtschaft, Wiederherstellung der Wohnhäuser, Erneuerung des Strassennetzes, Druck auf die Zinssätze und eine Handelspolitik, die Deutschland die Stetigkeit seiner Produktion sichert.¹³¹

Zur Mai-Veranstaltung 1933 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin sollten auch die Beamten des Reichswirtschaftsministeriums in geschlossenem Zuge teilnehmen. Die Bergleute unter ihnen reihten sich mit ihren inzwischen wieder eingeführten schwarzen Bergkitteln in die Marschkolonnen ein. Andere Beamte hatten sich vorsorglich Schirmmützen oder «ähnliche Requisiten» angeschafft, um nicht durch bürgerlichen Habitus aufzufallen. Hugenberg wurde auf dem Mai-Feld nicht gesehen, Reichsbankpräsident

Schacht dagegen mit hohem weissen Kragen und obligatem Hut.¹³² Am 2. Mai folgte das Verbot aller bisherigen Gewerkschaften, schockierend für die Betroffenen, nur rührte sich keine Hand, um für zertretene demokratische Freiheiten zu kämpfen.

Auch im Mai drängte Hitler nicht auf die rasche Verabschiedung von einem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Am 11. und 18. Mai waren zum Thema Arbeitsbeschaffung Chefbesprechungen unter seinem Vorsitz in der Reichskanzlei angesetzt. Hitler erschien nicht. Die Sitzungen mussten verschoben werden. Ohne ihn zu entscheiden, wagten die Kabinettsmitglieder nicht. Erst am 31. Mai kam die Chefbesprechung über Arbeitsbeschaffung zustande. 31 Teilnehmer unterstrichen ihre Bedeutung, darunter Minister, Staatssekretäre, auch Reichsbankpräsident Schacht und schliesslich ein Oberregierungsrat, der sachkundige Wilhelm Lautenbach vom Reichswirtschaftsministerium. Mehrere Arbeitsbeschaffungspläne lagen vor. Verabschiedet wurde nach lebhafter Aussprache das nach dem Staatssekretär im Reichsfinanzministerium benannte «Reinhardt-Programm», das Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums modifizierte und ergänzte.¹³³

Nur Reichswirtschaftsminister Hugenberg stimmte dem «Reinhardt-Programm» nicht zu, sah in ihm ein «Aushilfsmittel für den Augenblick», eine «künstliche Arbeitsbeschaffung», die die «natürlichen Faktoren der Wirtschaft» nicht in Bewegung setzen würde. Auch Schacht versprach sich von dem Programm nur geringe Effizienz und lehnte wegen der Inflationsgefahr vorsorglich jede Geldschöpfung ab. Dem Thema der problematischen Finanzierung der Arbeitsbeschaffung war eine ausdrücklich für die Chefbesprechung entworfene Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums (gez. Hugenberg) gewidmet, die unverkennbar die Handschrift Lautenbachs trug.¹³⁴ Danach würde die Basis einer wirklich produktiven Arbeitsbeschaffung die Schaffung klarer Rentabilitätsgrundlagen sein. Zur Finanzierung käme unter den gegebenen Umständen nur die immer bedenkliche, weil inflatorische Störungen bergende kurzfristige Finanzierungsart in Frage. Da diese Möglichkeit auszuschöpfen bei der Reichsbank ausserordentlich begrenzt war, wurde namentlich zur Unterbindung einer Preisinflation die Ausgabe von steuerlich fundierten Reichskassenscheinen, einer Art Hilfgeld ohne Zwangskurs vorgeschlagen, jedoch mit Annahmewang zum Nennwert für öffentliche Kassen, um den Rückfluss an die Ausgabe-stelle sicherzustellen. Die Kassenscheine spielten bereits in der preussisch-deutschen Kriegsgeschichte eine erhebliche Rolle.

Wie die Abstimmung über das «Reinhardt-Programm» mit der Gegenstimme Hugenberg zeigte, dauerte der neue «Frühling» der «Harzburger Front» kaum drei Monate. Seit Ende April brauchte Hitler, nun sicher der Rückendeckung des Reichsbankpräsidenten und des Kabinetts, keine Rücksicht auf den noch am 30. Januar unentbehrlichen Koalitionspartner mehr zu nehmen. Hugenberg bildete für ihn keine Gefahr mehr. In seinen Augen hatte der Wirtschaftsminister ebenso wie sein Staatssekretär Dr. Bang zudem «vor lauter ‚Leisetreten‘ auf allen Gebieten versagt».¹³⁵ Ohne sich zu widersetzen, bildeten sie seit Ende April rund zwei Monate die erklärte Zielscheibe einer sorgfältig inszenierten nationalsozialistischen Kundgebungs- und Pressekampagne.¹³⁶ Beginnend mit dem Regierungswechsel in Preussen Mitte April 1933 wurde immer wieder gefordert, Hugenberg endlich von seinen Posten abzulösen. Seitdem vollzog sich sein Sturz über Wochen hinweg gewissermassen in Etappen, für die Initiatoren kaum ein Risiko. Man wollte ihn aus dem Amt, an dem er klebte, jagen, um seine Demission aber sollte er selber nachsuchen. Allein gelassen von seinen eigenen Gefolgsleuten und selber ohne akzeptable Alternative zu Hitler, beschränkte sich Hugenberg auf persönliche Proteste, ohne dadurch seinen Sturz aufhalten zu können. Hinter der ihm nachgesagten Sturheit verbarg sich jedenfalls keine Kämpfernote.

Für Göring, neuer preussischer Ministerpräsident, erschien Hugenberg Zugehörigkeit zum preussischen Kabinett schon Anfang Mai nur noch eine Frage von Tagen. In der Sitzung des preussischen Staatsministeriums vom 5. Mai 1933 gab er hinsichtlich der endgültigen «Besetzung» der beiden preussischen Wirtschaftsministerien «davon Kenntnis, dass eine Entscheidung noch nicht habe getroffen werden können. Eine weitere Hinauszögerung erschiene ihm aber nicht tragbar, zumal er aus dem Lande dauernd Eingaben sowohl von Organisationen der NSDAP wie von solchen der Wirtschaft erhalte, die eine baldige Beendigung des Schwebezustandes und eine stärkere Beteiligung der nationalsozialistischen Bewegung auch in den Wirtschaftsministerien forderten.»¹³⁷

Im Verlaufe des Mai erreichte das publizistische Kesseltreiben gegen Hugenberg seinen Höhepunkt.¹³⁸ Gauleiter Meyer, Westfalen Nord: «Wenn Hugenberg in der Wirtschaft nichts leistet, kann es leicht passieren, dass die Wirtschaft über Hugenberg zur Tagesordnung übergeht.» Präsident der Hessischen Handwerkskammer, Müller, 24. Mai: «Die Hessische Handwerkskammer hat Reichsminister Hugenberg das Misstrauen ausgesprochen.» Gauleiter Lohse, Husum: «Die Partei sei nicht verantwortlich

dafür, dass Hugenberg diesen Aufgaben nicht gewachsen sei.» Eine Versammlung in der Hagener Akkumulatorenfabrik, 10. Mai: «Hugenbergs Absetzung gefordert». Hakenkreuzbanner, Mannheim, 24. Mai: «Gegenwärtig geht es in der Hauptsache um die notwendige Eingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftskreislauf. Hierbei erweist sich der Kurs des Reichswirtschaftsministeriums als dauernde Hemmung.» Gaupropagandaleiter Feuser vor dem Kampfbund des gewerblichen Mittelstands in Burg, 28. Mai: «Wir müssen warten, bis das Reichswirtschaftsministerium in nationalsozialistischer Führung liegt und werden dann dem Mittelstand geben, was des Mittelstandes ist.»

Die NS-Publizistik machte Hugenberg zum Saboteur der Wirtschaftsankurbelung, zum Hemmschuh des ständischen Aufbaus der Wirtschaft, zum Vertreter grosskapitalistischer Pläne, der nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft geniessen könne, zum Verräter der Interessen des Mittelstandes, zum Hemmklotz bei der «freien Entfaltung der nationalsozialistischen Idee» und zum Gefahrenmoment für die deutsche Bauernschaft. Der schnauzbärtige deutschnationale Multiminister liess sich zum willkommenen Sündenbock für vor 1933 millionenfach bei gläubigen Hitleranhängern geweckte wirtschaftliche Hoffnungen abstempeln, die zu erfüllen Hitler unmittelbar nach seiner Machtübernahme aber weder sogleich bereit noch dazu überhaupt imstande war. Der allmählichen nationalsozialistischen Umformung der Wirtschaft und vor allem spontanen Eingriffen in die Wirtschaft durch verschiedene nationalsozialistische Machthaber vermochte sich Hugenberg allerdings nur vereinzelt mit sichtlichem Erfolg zu widersetzen.

Anfang März 1933 schlug Ministerialrat Pohl vom Reichswirtschaftsministerium in einem Aktenvermerk vor, der vom Staatssekretär an Hugenberg weitergeleitet wurde, «dass der Herr Reichswirtschaftsminister die Initiative zu der Umbildung des vorl. Reichswirtschaftsrats ergreift, damit sie nicht von anderer Seite mit anderen (nationalsozialistischen, W.A.B.) Tendenzen ergriffen wird. <¹³⁹ Nachdem auf Betreiben Hugenbergs eiligst am 29. März von der Reichsregierung verabschiedeten Gesetz über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat¹⁴⁰, eine wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzentwürfe begutachtende Institution, sollten bis zu 60 Mitglieder vom Reichspräsidenten auf Vorschlag der Reichsregierung zwar ernannt werden, die Richtlinien aber zur personellen Zusammensetzung, die eine Abkehr vom bisher paritätisch besetzten Ständeparlament bedeuteten, lieferte

der Reichswirtschaftsminister mit Schreiben vom 5. April 1933.¹⁴¹ Im März 1934 verschwand der Reichswirtschaftsrat von der Bildfläche.

Auch den ersten nationalsozialistischen Ansturm auf die Berliner Börse blockierte Hugenberg. Bald nach dem 30. Januar 1933 marschierte vor der Berliner Börse ein SA-Sturm mit Fahne auf und verlangte den Rücktritt des gesamten Börsenvorstandes, da bekanntlich zu jeder Börse viele jüdische Mitglieder gehörten, auch im Börsenvorstand sassen. Der Präsident der Börse, Dr. Mosler von der Deutschen Bank, verweigerte den Rücktritt und verwies auf das dafür zuständige preussische Wirtschaftsministerium. Unterdessen informierte von einem Nebenzimmer aus der stellvertretende Staatskommissar der Börse telefonisch den vorgesetzten Ministerialdirektor Dr. Schalfejew vom preussischen Wirtschaftsministerium. Eine Viertelstunde später wurde der Führer des SA-Sturms ans Telefon gerufen und erhielt von der Gauleitung den Befehl, sofort abzumarschieren. Und damit nicht genug. Als einige Wochen danach der Börsenvorstand neu besetzt wurde, waren nach wie vor angesehene jüdische Börsenmitglieder in ihm vertreten. Hugenberg hatte sich inzwischen mit dem makabren Argument im Reichskabinett durchgesetzt, «dass die Juden ja schliesslich irgendwo tätig sein müssten, und da seien sie an der Börse immer noch am besten aufgehoben».¹⁴²

Der von Hitler und Goebbels seit Ende März 1933 vorbereitete Boykott aller jüdischen Geschäfte, am 1. April verhängt und um Mitternacht wieder abgebrochen, liess sich mit Argumenten wirtschaftlicher Vernunft nicht aufhalten.¹⁴³ Vergebens widersetzte sich auch Reichsaussenminister von Neurath aus aussenpolitischen Gründen im Reichskabinett dem Boykott. Die NS-Propaganda brauchte aber ein «imponierendes Schauspiel». Manchem deutschen Geschäftsmann erschien das gewaltsame Vorgehen gegen die jüdische Konkurrenz sogar angenehm. In Sachsen und Bayern forderten im April verschiedene Firmen, jüdische Interessenten bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand auszuschliessen,¹⁴⁴ obwohl ein Schreiben des neu geschaffenen Goebbels-Ministeriums an den Deutschen Industrie- und Handelstag vom Juni 1933 nicht umhin konnte, ausdrücklich zu bestätigen: «Es bestehen ja bekanntlich auch für die Juden keinerlei Ausnahmegesetze auf wirtschaftlichem Gebiete».¹⁴⁵ Von Beamtenstellen usw. waren Juden bereits durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 ausgeschlossen.¹⁴⁶

Zu einem Krisenherd für die Wirtschaft, insbesondere für die Verbraucherversorgung im Einzugsbereich von Warenhäusern, entwickelte sich so-

gleich nach Hitlers Machtübernahme das Warenhausproblem, teilweise mit der Juden- und Arisierungfrage in engem Zusammenhang stehend. Verschiedenste Parteigrößen beriefen sich dabei auf den Parteiprogrammpunkt «Kommunalisierung der Grosswarenhäuser» und versuchten, ihre eigenen und eigenwilligen Vorstellungen durchzuboxen. Im Februar 1933 sprach sich auch der damalige Innenminister Göring in einer Sitzung des preussischen Staatsministeriums «nachdrücklich für eine Besteuerung der Warenhäuser aus, die den Betrieb von Warenhäusern unrentabel mache, weil nur dann die kleinen Gewerbetreibenden, die durch die Warenhäuser bedroht würden, wieder lebensfähig würden».¹⁴⁷ Vizekanzler von Papen wollte die Beschlussfassung darüber dem Reichskabinett vorbehalten. Hugenberg beabsichtigte keine neuen Warenhäuser mehr zuzulassen, vorhandene Werte aber sollten nicht sinnlos zerschlagen werden. Im Monat darauf stellte Staatssekretär Bang vom Reichswirtschaftsministerium im Reichskabinett die Frage, ob dem angeschlagenen, mit 154 Mio. RM verschuldeten Karstadt-Konzern ein weiterer Kredit von anderthalb Mio. RM gegeben werden könnte, wenn nicht, müsste Karstadt am folgenden Tage den Betrieb schliessen. Hitler wollte die Kreditgewährung nicht verantworten, «wenn nicht die Frage der Warenhausbetriebe, die Zehntausende von Geschäften zu Grunde richten, geklärt würde. Der jetzige Zustand sei auf die Dauer nicht zu halten.» Als dann Hugenberg konterte: «Bestehendes dürfte nicht zerschlagen werden», erklärte er sich bezeichnenderweise allen Parteidoktrinen zum Trotz mit der «Darlehnshingabe» einverstanden.¹⁴⁸ Als einige Monate später Hugenberg ebenfalls für eine Unterstützung des in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Warenhauskonzerns Tietz eintrat, verhinderte Hitler zunächst eine Beschlussfassung im Kabinett. Die gleichzeitig laufenden, von untergeordneten Behörden, Kommunen, Parteistellen und mittelständischen Organisationen inszenierten Aktionen unter dem Motto: «Meidet Warenhäuser und Grossfilialbetriebe», wollte er auch nicht unterbinden.

Das noch von Hugenberg unterzeichnete, die privatwirtschaftliche Initiative hemmende Gesetz zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933¹⁴⁹ griff zwar unter neuen Überlegungen tief in die örtliche und strukturelle Entwicklung des Einzelhandels und von Handwerksbetrieben ein, eine Branchenvereinigung sowie eine weltanschauliche Lösung der Warenhausfrage wurde aber durch das Einzelhandelsschutzgesetz nicht bewirkt. Das Reichs- und preussische Wirtschaftsministerium machte das Gewerbe-recht mit seiner Rechtsstaatlichkeit im Vollzug sowie das Einzelhandels-

schutzgesetz und seinen Vollzug zu einem Instrument der allgemeinen Wirtschaftspolitik und benutzte es damit zugleich, um parteipolitische Forderungen in Schranken zu halten.¹⁵⁰ Der «Reichskommissar für den deutschen Mittelstand», Dr. Erich Ernst Wienbeck (1876-1946), noch unter Hugenberg ernannt, gehörte dem Stahlhelm an, wurde nie Mitglied der NSDAP und Anfang 1938 als Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung V (Handwerk, Handel und Gewerbe) des Reichswirtschaftsministeriums in den einstweiligen Wartestand versetzt.

Ende Juni 1933 erklärte Hitler im Reichskabinett, dass er den Rücktritt von Hugenberg nicht verlangt habe, fügte aber tunlichst nicht hinzu, dass er ihm eigentlich höchst willkommen war und deshalb auch nichts getan habe, um ihn zu verhindern. Bereits bei der Vorbereitung der Londoner Weltwirtschaftskonferenz wurde Hugenberg von Hitler offensichtlich desavouiert. Ein auf der am 12. Juni eröffneten Londoner Weltwirtschaftskonferenz von Hugenberg vorgelegtes Memorandum trug zusätzlich dazu bei, den unglücklich agierenden «Konfusionsrat» ins Abseits zu manövrieren.¹⁵¹ In dem Memorandum, das sogleich eine sowjetische Protestnote herausgefordert hatte, beschäftigte sich Hugenberg in der Hauptsache mit Agrarpreisen und forderte, völlig deplaziert, die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien. Als daraufhin die deutsche Delegation das Memorandum als Privatarbeit des Verfassers deklarierte, fühlte sich Hugenberg begreiflicherweise brüskiert, kehrte vorzeitig von der Weltwirtschaftskonferenz zurück, um sich dann prompt in der Kabinettsitzung vom 23. Juni über die erlittene Zurücksetzung zu beschweren. Seiner Forderung nach Entlassung des parteilosen Ministerialdirektors Posse aber widersprach Hitler: «Er sei der Auffassung, dass Ministerialdirektor Posse loyal folgen werde, wenn er eine genaue Marschroute erhalte». Später sei es freilich Hugenberg unbenommen, von seiner Befugnis Gebrauch zu machen, Posse in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Dazu bot sich Hugenberg, im Kabinett inzwischen als unerfreuliche Erscheinung empfunden, keine Gelegenheit mehr.

Nach seiner Abschiedsrede an die Partei sagte Hugenberg: «Wenn Sie die Nachricht in den Zeitungen lesen, dass ich Selbstmord verübt habe, so glauben Sie es nicht». Er kapitulierte. Am 26. / 27. Juni liess er unmittelbar vor der Selbstauflösung seiner Partei dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überbringen und setzte Hitler in einer letzten Unterredung davon in Kenntnis. Hitler wusste bereits, dass sein Koalitionspartner keinen

Boden mehr unter den Füßen hatte und sein Sturz für ihn kein Risiko bedeutete. Mit einer Rückendeckung aus der Wirtschaft, die durch seine Agrarpreis- und Zinspolitik eher beunruhigt war, konnte Hugenberg ohnehin nicht rechnen. Hitlers Toben während seiner letzten Zusammenkunft mit Hugenberg war wohl nur darauf berechnet, Hugenberg durch Drohungen einzuschüchtern, was offensichtlich gelang. Resignierend erklärte Hugenberg Staatssekretär Meissner gegenüber, dass er eine Selbstauflösung der DNVP «für das Beste» halte. Selbst wenn es dazu nicht käme, würde er jedenfalls der Reichsregierung keine Opposition machen. Hugenberg stand weder Hitlers Machtübernahme noch seiner Alleinherrschaft ernstlich im Wege. In die Programmatik der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik aber passte er auf keinen Fall. Hilflos standen zudem die Wirtschaftsressorts unter Hugenberg dem losgelassenen Betätigungsdrang von Wirtschaftskommissionen der NSDAP gegenüber.

7. Wirtschaft noch keine Domäne des Parteibuchs: Intermezzo unter Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt

Schon im Mai 1933, als das Kesseltreiben der NSDAP gegen Hugenberg, gegen «die Geheimräte mit Adernverkalkung», einen Höhepunkt erreicht hatte, wurde im nationalsozialistischen Blätterwald der voraussichtliche Nachfolger Hugенbergs genannt. Wenn es nach diesen Pressemeldungen ging,¹⁵² sollte ein Vertrauter Hitlers, Otto Wagener, seit 1931 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung bei der Reichsleitung der NSDAP und nationalsozialistischer Gegenspieler Hugenberg, seit April 1933 Reichskommissar für die Wirtschaft und «Führer» des Reichswirtschaftsbundes, sofort an die Stelle von Hugenberg berufen werden. Im Juni galten in eingeweihten Kreisen auch der Fabrikant Wilhelm Keppler, seit 1932 im Auftrag Hitlers mit Wirtschaftsfragen beschäftigt und Mitglied der deutschen Delegation auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz sowie Reichspressechef Walther Funk als mögliche Nachfolger Hugenberg im Reichswirtschaftsministerium.¹⁵³ Es lief anders, als vermutet. Zwar wurde Wagener am Abend des 28. Juni zu Hitler in die Reichskanzlei befohlen, musste aber plötzlich warten, weil Göring den Vortritt erhielt. Als dann Wagener in Hitlers Arbeitszimmer kam, fand er seinen «Führer» in grosser Erregung. Göring verlas, von Hitler dazu aufgefordert, Auszüge aus abgehörten Telefonaten von Wageners Mitarbeitern, die ihre Gesprächspartner gedrängt hatten, Wagener als Nachfolger von Hugenberg vorzuschieben. Daraufhin Hit-

ler: «Ich hatte Sie eigentlich kommenlassen, um Ihnen zu sagen, dass ich Sie zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernennen wollte. Nun aber ist das aus!» Mit diesen Worten nahm Wageners politische Karriere ein jähes Ende.¹⁵⁴ Görings geheimes Forschungsamt hatte reibungslos funktioniert, um einen Gegner schlagartig kaltzustellen. Am folgenden Tage machte die Reichspressestelle der NSDAP die knappe Mitteilung, dass vier ehemalige Parteigenossen und Hauptleute a. D. (Cordemann, von Marwitz, Wolff und Zucker) – es waren die Mitarbeiter Wageners – durch telegrafische und telefonische Einwirkung (allerdings ohne Wissen Wageners) auf Gauleiter, Handelskammern, Wirtschaftsunternehmungen usw. versucht hätten, «dem Führer die Freiheit notwendiger Entschliessungen zu rauben». Auf Anordnung Hitlers seien die Betreffenden ihrer Ämter enthoben, aus der Partei ausgeschlossen, in Haft genommen und in ein Konzentrationslager eingeliefert worden.

Noch am gleichen 29. Juni ernannte Reichspräsident von Hindenburg nach einer Unterredung mit Hitler in Neudeck den Generaldirektor der Allianz-Versicherungsgesellschaft, Dr. Kurt Schmitt (1886-1950) zum



Abb. 6: Dr. jur. Kurt Schmitt.
Reichswirtschaftsminister
29.6.1933-30.1.1935,
erkrankt seit 28.6.1934.

Reichswirtschaftsminister. In Personalunion übte er zugleich das Amt des preussischen Wirtschaftsministers aus. Ein Häuflein Nationalsozialisten mit Zellenleiter Amtsrat Lossau, voran eine weissgekleidete Ehrenjungfrau mit Blumenstrauss, begrüßte den neuen Minister im Ministergarten in der

Taubenstrasse und gab der Freude Ausdruck, dass endlich ein Nationalsozialist an der Spitze des Ministeriums stehen würde. Die unmittelbare Vorgeschichte von Schmitts auf Antrag von Hermann Göring, seines mächtigsten Fürsprecher, erfolgter überraschender Ernennung liess sich bisher kaum erhellen. Durch Funk erhielt er 1931 unmittelbaren Kontakt zu Hitler und gehörte seitdem zu den Finanziers der Hitler-Bewegung.¹⁵⁵ Seine Mitgliedschaft in der NSDAP datierte erst seit dem 1. April 1933. Nationalsozialisten und Vertreter der deutschen Wirtschaft verknüpften jedenfalls mit seiner Amtsübernahme verhältnismässig hohe Erwartungen, während die gleichzeitige Ernennung von Gottfried Feder, Ökonomist unter den Parteideologen, zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium eher als Wermutstropfen empfunden wurde. Mit dem Wirtschaftsfachmann und Juristen Schmitt, der bereits in einer vielbeachteten Rede im Mai 1933 dargelegt hatte, dass sich die nationalsozialistische Losung: «Gemeinnutz geht vor Eigennutz» durchaus mit dem Prinzip der Privatwirtschaft vereinigen lasse,¹⁵⁶ war in Rücksicht auf die Wirtschaft gewissermassen der bürger-



Abb. 7: Prof. Dipl.-Ing. Gottfried Feder. Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium 29.6.1933-16.11.1934.

lich-privatwirtschaftliche Flügel der NSDAP zum Zuge gekommen und hatte über die Verfechter kollektivistischer Wirtschaftsprogramme (Otto Wagener) und die Wortführer einer Ausdehnung von Staatsbetrieben (Gottfried Feder) den Sieg davongetragen. Weder Schmitt noch viel weniger Fe-

der aber boten von vorneherein die sichere Gewähr dafür, dass sie den ihnen gestellten schwierigen wirtschaftspolitischen Aufgaben, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Stärkung der Reichsgewalt und der Aufbau einer neuen berufsständischen Organisation der Wirtschaft, tatsächlich gewachsen waren. Schmitt, im Reichswirtschaftsministerium als zugezogener Sachverständiger anlässlich der Bankenkrise 1931 bekannt, war ein vornehmer, zurückhaltender und mit hervorragendem Erscheinungsbild ausgestatteter Mann, aber nicht gerade eine Kämpfernatur. Bereits die als Husarenstückchen bezeichnete Organisationsverordnung vom 30. Juni 1933, durch die die Federführung in der Wirtschaftswerbung und in Ausstellungs- und Messefragen an das robustere Propagandaministerium überging, nahm er ohne Widerrede hin.¹⁵⁷ Für Feder (1883-1941), gelernter Bauingenieur, Gründungsmitglied der NSDAP, Parteiredner und verwundet in «Saalschlachten», seit 1931 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der NSDAP und zerstritten mit anderen Parteigrößen, bedeutete der neue Posten zunächst einmal eine Sinekure, um seine jahrzehntelange finanzielle Misere zu überwinden. «Erst seit meiner Ernennung zum Staatssekretär», schrieb er an Hitler, «vermag ich den finanziellen Verpflichtungen meiner Familie gegenüber nachzukommen und die Schulden abzutragen, die in der Verfolgungszeit angewachsen sind.»

Mitte 1933 bestand in der deutschen Wirtschaft eine Art Führungschaos. Die nationalsozialistische Machtergreifung hatte ebenso wie die Führungsschwäche Hugenberg's eine Fülle von Kommissaren und Unterkommissaren in der Wirtschaft aufkommen lassen, die oft willkürlich personelle Eingriffe vornahmen, «gleichschalteten» und im Geist des Nationalsozialismus «neuordnen» wollten, doch dabei wohl mehr Verwirrung und Unruhe stifteten.¹⁵⁸ Parteigenossen glaubten, die Wirtschaft revolutionieren zu müssen. SA-Männer, von denen Göring sagte, dass er sie nicht zurückhalten könne, verhafteten Vorsitzende und Mitglieder von Handelskammern und zwangen sie, ihre Ämter aufzugeben. Nationalsozialistische Betriebszellen (NSBO) enthoben Vorstandsmitglieder von Banken und Industrieunternehmen ihrer Ämter. Nur auf Denunziationen hin liess der Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen, Martin Mutschmann (1879-1945), den verdienstvollen Präsidenten der Sächsischen Staatsbank, Carl Degenhardt, fast einen Monat in Schutzhaft nehmen und weitere Bankdirektoren verhaften. Es war eine rechtswidrige Freiheitsberaubung, wie Reichsjustizminister Gürtner feststellte. Erst nach Interventionen bei Hitler und Hinden-

burg wurde Degenhardt wieder auf freien Fuss gesetzt, aber zuvor gezwungen, schriftlich auf seine Stellung als Präsident der Sächsischen Staatsbank zu verzichten.¹⁵⁹

Offenbar nicht dem neuen Reichswirtschaftsminister, sondern dem einflussreichen Ruhrindustriellen Fritz Thyssen, langjähriges Parteimitglied, gelang es durch ernsthafte Intervention bei Hitler, die im Ruhrgebiet lautgewordene Absicht abzubremsen, zuverlässige nationalsozialistische Funktionäre an die Stelle alter erfahrener Direktoren zu setzen.¹⁶⁰ In zwei bedeutungsvollen Reden in Reichenhall am 2. Juli und vor den Reichsstatthaltern in Berlin am 6. Juli übte Hitler scharfe Kritik an nationalsozialistischen Gleichschaltungsmethoden in der Wirtschaft, um in ihr eine gewisse Beruhigung herbeizuführen. Vor den Reichsstatthaltern erklärte er, dass man nicht einen guten Wirtschaftler absetzen dürfe, «wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist; zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht. In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggeben».¹⁶¹ Hitler stellte der Wirtschaft und damit auch der Wirtschaftsverwaltung eine Art Freibrief gegen Ein- und Übergriffe der Partei aus, den allerdings weniger Schmitt und Feder, sondern insbesondere später Hjalmar Schacht als Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister für seine Politik soweit und so lange wie nur möglich zu nutzen wusste. Eigenmächtige Eingriffe von Unterführern in die Wirtschaft liessen sich unterbinden. Den noch von Hugenberg eingesetzten Reichskommissaren für die Wirtschaft Otto Wagener und Alfred Möllers entzog Reichswirtschaftsminister Schmitt am 13. Juli die erteilten Vollmachten. Andere Kommissare blieben jedoch im Amt, wurden neu ernannt, gewannen erhöhte Bedeutung oder fristeten nur ein untergeordnetes Dasein. Die Partei konnte die Wirtschaftsbürokratie nicht einer effektiven Kontrolle unterwerfen.¹⁶² Dennoch vermochte Schmitt weder Parteieinfluss in der Wirtschaft auszuschliessen noch die Einheit des zersplitterten Wirtschaftsressorts wiederherzustellen. Es wurde zum Wesenszug des autoritären Führerstaats, dass er sich von wirklicher Verwaltungseinheit innerhalb der Ressorts mehr und mehr entfernte.

Angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen war Hitler bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Unterstützung der Wirtschaft angewiesen und suchte daher seit Mai 1933 ihren Forderungen und Vorstellungen immer wieder zu entsprechen. Ebenso wie in seinen Reden von Anfang Juli, in denen er betonte, dass die Lösung des Arbeitslosenproblems für das Ge-

lingen der Revolution letzten Endes ausschlaggebend sei, unterstrich er im Kabinett am 14. Juli, dass sich alle «Anstrengungen auf die Arbeitsbeschaffung konzentrieren müssten». In der vorangegangenen Kabinettsitzung vom 4. Juli auf die Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs der jüdischen Grossunternehmen Mosse («Berliner Tageblatt»)¹⁶³ und Tietz (Warenhäuser) vom Reichswirtschaftsminister und Staatssekretär Feder aufmerksam gemacht, erklärte Hitler sich trotz der Bedenken Görings sogar einverstanden, den Banken die Sanierung beider Unternehmen zu überlassen.¹⁶⁴ Im ersten Jahr nach Hitlers Machtübernahme stand der Autobahn- und Strassenbau im Vordergrund der aktiven Beschäftigungspolitik der Reichsregierung, während man sich laut Hitlers wiederholten Mahnungen bei der Aufrüstung grösste Zurückhaltung auferlegen sollte.

Problematisch blieb bei allen Erörterungen über die Arbeitsbeschaffung immer wieder die Frage nach den über die von vorneherein unzureichende, für das Reinhardt-Programm bewilligte erste Milliarde hinaus aufzubringenden Geldmitteln, die nötig seien, um alle Arbeitslosen wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Im Frühsommer 1933 wurde deshalb der Kredit- und Konjunkturtheoretiker des Reichswirtschaftsministeriums, der Oberregierungsrat Wilhelm Lautenbach, überraschend zu Hitler geschickt. Als Hitler zu bedenken gab, dass Kreditexpansion doch Inflation sei, erwiderte Lautenbach: «Herr Hitler, Sie sind jetzt der mächtigste Mann in Deutschland. Nur eines können sie nicht: Sie können unter den gegenwärtigen Umständen keine Inflation machen, soviel Sie sich auch anstrengen mögen.» Als Hitler bemerkte, dass die von ihm befragten Bankiers anderer Meinung seien, erhielt er prompt die Antwort: «Herr Hitler, Bankiers sind wie Hefebazillen. Wie diese Alkohol fabrizieren, ohne davon zu wissen, so die Bankiers Kredit, ohne sich darüber klar zu sein.»¹⁶⁵ Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfolgte auch nach Hitlers Machtübernahme nach wie vor durch «Vorfinanzierung» auf Wechselgrundlage.¹⁶⁶ Bis Mitte 1934 erreichte das Volumen der ausgegebenen Arbeitsbeschaffungswechsel eine Höhe von rund zwei Mrd. RM, die aber lediglich zur Initialzündung ausreichten.

Dem Reichswirtschaftsministerium kamen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungspolitik zunächst mehr flankierende Aufgaben zu. Es war an der Stützung und Sanierung von Bankinstituten und gefährdeten Industrieunternehmen beteiligt.¹⁶⁷ Der wirtschaftlichen Sanierung von ganzen Industriebranchen durch Unterbindung von ruinösem Wettbewerb diente zumindest anfangs das Zwangskartellgesetz vom 15. Juli 1933.¹⁶⁸

Es bezeichnete sowohl den Übergang zur staatlichen Wirtschaftslenkung durch das Mittel der Investitionsverbote als auch den Beginn der staatlichen Kartellförderung, um durch Monopolstellung am Markt eine Preisstabilisierung herbeizuführen. Treibende Kräfte bei der Zwangskartellierung und des mit ihr in der Regel verbundenen Verbots der Kapazitätserweiterung waren neben der Wirtschaftsverwaltung oft die Industrie selber, die keine neue Konkurrenz am Markt aufkommen lassen wollte.¹⁶⁹ Während der nur einjährigen Amtszeit von Reichswirtschaftsminister Schmitt erliess das Reichswirtschaftsministerium für fast 30 Wirtschaftszweige Investitionsverbote. Erwähnt seien vor allem die «Marktregelung in der Zementwirtschaft» vom Februar 1934, die Eingriffe in die Papier-, Draht- und Rundfunkindustrie sowie das praktische Verbot der Maschinenverwendung in der Zigarrenindustrie vom Juli 1933, das unmittelbar der Beschaffung von neuen Arbeitsplätzen diene. Die Praxis der Investitionsverbote und der Zwangskartellierung bedeutete nicht nur eine faktische Aufhebung der unternehmerischen Investitionsfreiheit sowie eine Ausschaltung auch der Vorzüge des freien Wettbewerbs, sondern führte letztlich im Interesse einer möglichst reibungslosen Bedarfsdeckung und Produktionssteuerung zu einer weiteren Verstärkung des staatlichen Wirtschaftsdirigismus, wobei den Zwangskartellen die Rolle des verlängerten Arms der staatlichen Wirtschaftsverwaltung zukam. «Der Staat sei Regler, Lenker, Treuhänder und Ausgleich im Reiche der Wirtschaft» forderte, der weiteren Entwicklung vorgreifend, Staatssekretär Feder 1934,¹⁷⁰ während sein Minister den Gegnern staatlicher Reglementierung versicherte: «Der Unternehmer soll nicht den Charakter eines Angestellten erhalten mit beschränkter, durch Richtlinien eingegrenzter beamtenartiger Bindung».¹⁷¹ Eine optimistische Stimungsänderung beim Unternehmertum zu bewirken, setzten sich Reden Hitlers und seines Wirtschaftsministers 1933/34 zum Ziel. Die Wiederherstellung eines dynamischen Unternehmertums in einer funktionierenden, freien Marktwirtschaft versprach keiner, galt doch das Ende des Wirtschaftsliberalismus bei der grossen Masse des deutschen Volks längst als Selbstverständlichkeit.

Im Winter 1933/34 – ein Jahr nach Hitlers Machtübernahme – war das Gespenst der Arbeitslosigkeit noch allgegenwärtig. Die von der Hitler-Regierung eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen bewirkten vom 30. Juni bis 31. Dezember 1933 lediglich ein Absinken der Arbeitslosigkeit um rund 800'000 und erwiesen sich demnach von geringerer Effizienz als das vorangegangene Papen-Schleicher-Programm.¹⁷² Dass das Herabdrücken

der Arbeitslosigkeit überdies vorwiegend mit nicht wirtschaftskonformen Mitteln geschah und daher auch nicht zu einer wesentlichen Erhöhung der Beschäftigung führte, erhellte die gleichzeitige Beschäftigtenstatistik der Krankenkassen. Sie wies eine Beschäftigungszunahme von nur knapp 20'000 Personen aus. Um die Arbeitslosenkurve künstlich zu senken, wurden von allem «eine Menge Leute über den normalen Bedarf in landwirtschaftlichen Betrieben eingestellt». In einer Rede in Dortmund beklagte Reichswirtschaftsminister Schmitt, «dass es ungesund und auf die Dauer unerträglich wäre, wenn man einen Unternehmer, der faktisch nur 3 Arbeiter beschäftigen kann, zwingen würde, 6 Arbeiter zu beschäftigen».¹⁷³ Im Niederlausitzer Braunkohlenrevier wurde versucht, bei vollem Lohnausgleich die 6-Stunden-Schicht einzuführen, um Arbeitsplätze für Arbeitslose bereitzustellen.¹⁷⁴ Der einflussreiche Ruhrindustrielle Albert Voegler vertrat die Auffassung, «dass es besser ist, einen Teil der Leute in normalem Verdienst zu halten als alle zu Hungerlöhnen zu beschäftigen». Hauptsächlich wegen Auftragsmangel wurden von Januar bis März 1933 in Bayern 123 Industriebetriebe ganz oder teilweise stillgelegt und in diesem Zusammenhang 6'319 Arbeiter und Angestellte entlassen. Im gleichen Zeitraum 1934 kam es immerhin noch zu 59 Betriebsstillegungen und 3'959 Entlassungen.¹⁷⁵ Dabei soll nicht übersehen werden, dass die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung stets strukturelle und regionale Unterschiede aufwies und insbesondere Grossstädte noch jahrelang unter hohen Arbeitslosenzahlen zu leiden hatten. Eine deutliche Produktions- und Umsatzbelebung bei weiterem Rückgang der Arbeitslosigkeit und zunehmendem Abbau der Kurzarbeit setzte sich etwa seit dem Frühjahr 1934 ein und ist wesentlich als ein Effekt der 1934 über eine Mrd. RM angestiegenen industriellen Bruttoinvestitionen anzusehen.¹⁷⁶ Die Führungsrolle bei der stimulierten Nachfrage und Produktionsbelebung wurde zunächst von der Automobilindustrie¹⁷⁷ und dem Baugewerbe übernommen.

Die sich langsam aus der Talsohle abhebende Binnenkonjunktur zeitigte andererseits eine von Monat zu Monat mehr und mehr erschreckende aussenwirtschaftliche Kehrseite. An Stelle der bisher im Aussenhandel erzielten zwar rückläufigen Exportüberschüsse ergab sich seit Januar 1934 bis Mitte 1935 trotz allgemein geschrumpfter Aus- und Einfuhr ein Passivum (Importüberschuss) von 449 Mio. RM,¹⁷⁹ das einen entsprechenden Abfluss von Gold und Devisen zur Folge hatte. In einer sich schnell verschärfenden Entwicklung hatte sich der Devisen- und Goldbestand der

140 Aktiengesellschaften (Frankfurter Zeitung)¹⁷⁸

Jahr	Baugewerbe		Kraftfahrzeug industrie		Steinkohlenindustrie	
	Roh- ertrag	Abschrei- bung	Roh- ertrag	Abschrei- bung	Roh- ertrag	Abschrei- bung
1933	100	100	100	100	100	100
1934	248	222	168	132	120	150
1935	363	242	230	198	133	134
1936	457	280	268	238	151	185

Reichsbank von Ende 1932 bis Mitte 1933 bereits von 921 auf 247 Mio. RM verringert.¹⁸⁰ Die Einschränkung des Transfers der Ertragnisse von Vermögensanlagen ausländischer Gläubiger in Deutschland Mitte 1933, mit der ein Ausgleich der deutschen Devisenbilanz erreicht werden sollte, stoppte nur kurzfristig den sich dramatisch zuspitzenden weiteren Devisenabfluss. Ende März 1934 war der Gold- und Devisenbestand der Reichsmark auf 245 Mio. RM und Mitte 1934 schliesslich auf 77 Mio. RM zusammengeschnitten. Eine Bezahlung der notwendigen Rohstoffeinfuhr war ernstlich in Frage gestellt.

Die ungünstige Entwicklung seines Aussenhandels, keine deutsche Besonderheit, war in der Hauptsache auf die verminderte Aufnahmefähigkeit und -Willigkeit der bisherigen deutschen Handelspartner zurückzuführen. In der Folge des Zusammenbruchs der liberalen Weltwirtschaft 1931 kam es mit der Verblockung von Wirtschaftsräumen und dem sich weltweit verstärkenden binnenwirtschaftlichen Nationalismus generell zu einer Schrumpfung des gesamten Welthandels,¹⁸¹ die von Jahr zu Jahr namentlich im noch stärker sinkenden deutschen Aussenhandelsvolumen ihren deutlichen Niederschlag fand. Der deutsche Export wurde durch die verschiedensten von den bisherigen Absatzländern errichteten Handelsschranken, durch Zollerhöhungen, Importverbote, Kontingentierungen, durch wechselseitige Zollkriege, Kampfeinfuhrverbote (Polen) u.a.m. in zunehmendem Umfang erschwert. Darüber hinaus konnten durch Entwertung von Dollar und Pfund sowie der angehängten anderen Währungen die Abwertungsländer mit billigem Geld ihre Exportpreise entsprechend senken, die deutschen Exportpreise unterbieten, so dass sich der deutschen Ausfuhr zusätzliche Barrieren in den Weg stellten. Boykottmassnahmen in Deutschland gegen ausländische Waren trugen ebenfalls nicht wenig zur Vermin-

derung der Aussenhandelsumsätze bei, zumal sie mit Gegenboykotts beantwortet wurden.¹⁸² Im Handelspolitischen Ausschuss wurde am 13. Juli 1933 beschlossen, dass Auswärtiges Amt, Reichswirtschaftsministerium und Reichsernährungsministerium eine gemeinsame Vorlage an den Reichskanzler ausarbeiten, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen werden sollte, «dass die eigenmächtigen Aufforderungen zum Boykott ausländischer Waren durch nachgeordnete Parteiorganisationen aus innerwirtschaftlichen wie aus aussenpolitischen Gründen unterbunden werden müssen». Und schliesslich zeigte sich alsbald infolge des Preisverfalls auf dem Weltmarkt, wegen der Risiken des Exporthandels und der vorteilhaften Preisstabilisierung auf dem Binnenmarkt bei der deutschen Industrie eine ausgesprochene Exportmüdigkeit und -Verdrossenheit. Auch darauf kam in der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 23. Juli 1934 die Rede: «Von ausländischer Seite wird in steigendem Masse der Vorwurf erhoben, dass die deutschen Ausfuhrindustrien die tatsächlich vorhandenen Ausfuhrmöglichkeiten nicht genügend ausnutzen und sich mit Rücksicht auf die Konjunktur des Binnenmarktes vor allem auf das Inlandsgeschäft werfen».

Offensichtlich genügten die getroffenen Massnahmen zur Steigerung des Ausfuhrwillens der Exportindustrien nicht einmal, um ein weiteres Absinken der deutschen Exportkurve aufzuhalten. Seit der Jahreswende 1932/33 hatte Deutschland eine besondere Exportförderung, das sogenannte Zusatzausfuhrverfahren eingeführt. Es stützte die Ausfuhr durch Gewährung von Verlustausgleichen, sofern nach strenger bürokratischer Kontrolle von den Deutschen Exporteuren im Wettbewerb mit Ländern mit entwerteter Währung zu niedrige, d.h. die deutschen Selbstkosten nicht deckende Preise erzielt wurden.¹⁸³ Aufgrund des Gesetzes über Massnahmen zur Förderung des Aussenhandels vom 18. September 1933 konstituierte sich ein der Regierung als Sachverständigenorgan zur Verfügung stehender, kaum wirksam gewordener Aussenhandelsrat, der obendrein nur einmal als Vollversammlung tagte.¹⁸⁴ Seit Anfang 1934 überstürzten sich namentlich durch Initiativen der Hansestädte Bremen und Hamburg und vor dem Hintergrund der «katastrophalen Stimmung in den Aussenhandelskreisen der Hansestädte» die vorgelegten Pläne zur Belebung und Neuordnung des deutschen Aussenhandels. Von dem Amtsleiter der Aussenpolitischen Abteilung der NSDAP-Reichsleitung, dem Lübecker Werner Daitz kam der Vorschlag, ein «Aussenhandelskommissariat» durch Zusammenfassung der an den Aussenhandelsfragen beteiligten Abteilungen der verschiedenen

Ministerien zu schaffen.¹⁸⁵ Reichswirtschaftsminister Schmitt wollte jedoch, «solange nicht die Organisation der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt sei», nichts überstürzen und lehnte die «Person des Herrn Daitz» als Aussenhandelskommissar ab. Dem Daitzchen Plan widersetzten sich sogleich Reichsbankpräsident Schacht, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk und Wirtschaftsbeauftragter Keppler. Der Vorschlag von Daitz lief im Wesentlichen darauf hinaus, dem bereits seit der Stresemann-Zeit bestehenden geheimen «Handelspolitischen Ausschuss»¹⁸⁶, nach Daitz dem «handelspolitischen Kränzchen»¹⁸⁷, einen verantwortlichen Führer als Aussenhandelskommissar vorzusetzen, um dem nationalsozialistischen Führungsprinzip auch im Aussenhandel Geltung zu verschaffen. Trotz des energischen Drängens von Bremer Kreisen scheiterte die Einsetzung des Aussenhandelskommissars am Widerstand der beteiligten und betroffenen Reichsministerien. Staatssekretär Posse machte dem Bürgermeister von Bremen am 31. Mai 1934 in Berlin lediglich das Zugeständnis, dass ein Aussenhandelsamt der deutschen Wirtschaft unter Führung von Dr. Carl Lür geschaffen werden sollte, «das alle privaten und halbamtlichen Organisationen einschliesslich der Aussenhandelsstellen und des Aussenhandelsreferats umfasst».¹⁸⁸ Auch dieser Plan wurde bereits im Juni ohne Gefahr für tot erklärt.¹⁸⁹ Geblieben sind die energischen Appelle namentlich von Reichswirtschaftsminister Schmitt an die Unternehmen, mit Nachdruck Exportgeschäfte zu tätigen, verbunden mit der Drohung, bei einer nicht angemessenen Betätigung im Ausfuhrgeschäft öffentliche Aufträge zu stornieren.¹⁹⁰ «Gerade von diesen Unternehmungen, denen die Möglichkeit eines Ausgleiches niedriger Exportpreise durch erhöhten Inlandsabsatz gegeben ist, muss erwartet werden, dass sie ihre nationale Pflicht erkennen und es als ihre vordringliche Aufgabe ansehen, Auslandsgeschäfte selbst dann zu tätigen, wenn damit für sie gewisse Opfer verbunden sind», heisst es in einem Schreiben Schmitts an den Reichsverband der deutschen Industrie. Eine Garantie dafür, dass durch Exportverluste der deutschen Industrie die deutsche Handelsbilanz dauerhaft ausgeglichen werden könnte, besass auch Schmitt nicht. Die Lösung des Problems sah er letztlich im handelspolitischen Bilateralismus: «Deutschland wird sich darauf einstellen müssen, seinen Bedarf vorzugsweise aus solchen Ländern zu decken, die ihrerseits bereit sind, deutsche Waren als Gegenleistung und zur Abdeckung der Schulden aufzunehmen».¹⁹¹ Zur Verwirklichung des deutschen Bilateralismus, um den Devisenabfluss abzustoppen und den deutschen Rohstoffbedarf oh-

ne Handelsbilanzdefizite zu decken, kam der von Schacht attackierte Schmitt nicht mehr. Ihm war, wie im Reichswirtschaftsministerium damals zu hören, «das Glück beschieden», bei einer Ansprache auf dem Industrie- und Handelstag im Juni 1934 plötzlich ohnmächtig zu werden und lieferte damit den einzigen stichhaltigen und von Hitler anerkannten Grund, um einen Minister von den Pflichten seines Amtes zu entbinden¹⁹². In den 14 Jahren der Weimarer Republik von 1918 bis 1932 haben nicht weniger als 15 Minister nacheinander an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums gestanden, manche von ihnen nur wenige Monate. Unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme schien sich dieser Zustand raschen Ministerwechsels zunächst nicht zu ändern. Im Januar 1935 wurde Schmitt wegen akuter schwerer Herzerkrankung aus dem Amt des Reichswirtschaftsministers entlassen, 1938 übernahm er wieder seinen wohl-dotierten Münchener Vorstandsposten bei der Allianz. Seine Aufgaben als Minister hatten ihn überfordert.



Abb. 8: Dr. phil. Hjalmar Schacht. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt 30.7.1934-26.11.1937.

II. Mit der Partei im Widerstreit (1934-1937).

Die Ära Schacht.

1. Der neu ernannte Minister

Noch vor dem Ausscheiden Schmitts aus dem Reichswirtschaftsministerium sprach Hitler seinen Reichsbankpräsidenten auf die prekäre deutsche Devisenlage an: «Herr Schacht, was würden Sie tun, wenn Sie Wirtschaftsminister wären?» Seine Antwort lautete prompt und einfach: «Ich würde nie mehr kaufen, als ich bezahlen kann, und ich würde möglichst bei den Ländern kaufen, die auch bei mir kaufen.»¹ Damit sagte Schacht eigentlich nichts Neues und nicht mehr, als in den seit 1934 entwickelten, neomerkantilistischen Plänen und Vorschlägen zur künftigen deutschen Aussenhandelspolitik längst zum Ausdruck gebracht. Am 27. Juli 1934 fragte Hitler Schacht, plötzlich nach Bayreuth beordert, in einer kurzen Besprechung während der Festspiele, ob er bereit sei, neben seinem Amt als Reichsbankpräsident für sechs Monate die Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers zu übernehmen. Schon drei Tage danach setzte Hindenburg seine Unterschrift, die letzte amtliche Unterschrift in seinem Leben, unter die Urkunde, die Schacht mit der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums betraute. Sie währte schliesslich bis November 1937. Schachts Einzug ins Reichswirtschaftsministerium sollte vor allem eine Gewähr dafür bieten, dass die «grundsätzliche wirtschaftspolitische Linie der Reichsregierung keine Änderung erfährt».² Man sollte Schacht nicht unterschätzen, schrieben damals die «Basler Nachrichten». «Er ist gedankenreich und zähe, er ist bei aller manchmal peinlichen Anpassungsfähigkeit, die er den verschiedenen Regimes und Machtgruppen wechselnd gezeigt hat, eigenwillig und wirtschaftlich unvertretbaren Konzessionen abgeneigt.»

Der seiner Herkunft nach aus Schleswig-Holstein stammende, religiös erzogene Hjalmar Schacht (1877-1970), in Jugendjahren in Not und Armut aufgewachsen, promovierte 1899 an der Universität Kiel mit einer Dissertation zum Thema «Der theoretische Gehalt des englischen Merkantilismus». Gustav von Schmöller, das Haupt der historischen Schule der Natio-

nalökonomie, der «Kathedersozialisten», hatte ihn in seinem Denken stark beeinflusst. Merkantilistische und wirtschaftsliberale Überzeugungen prägten wohl gleichermaßen seine für pragmatische Lösungen jedoch offene wirtschaftspolitische Grundauffassung. Sein Eintritt in die Dresdner Bank 1903 stellte die Weiche für seinen künftigen Lebensweg als erfolgreicher Bankier. Doch das Wirken in der Öffentlichkeit machte ihn von Anbeginn zu einer umstrittenen Persönlichkeit.³ Kritik verfolgte ihn als Reichswährungskommissar und Reichsbankpräsident (1924-1930), obwohl er 1923 mit Erfolg durch eine Währungsreform die Inflation überwand und an der Schaffung einer stabilen Reichsmarkwährung massgeblichen Anteil hatte. Zwielfichtig zumindest erschien sodann Schachts politisches Verhalten in der tragischen Schlussphase der Weimarer Republik, sein mit Eklat vollzogener Rücktritt bei den Reparations Verhandlungen 1930 und insbesondere seine leicht als Buhlen um die neuen Machthaber verstandenen Hilfestellungen bei Hitlers Weg an die Macht seit 1931. Hitlers Entschlossenheit, sein «Tatwille» und seine starke Wirkung als fanatisierender Massenagitator hatten nachhaltigen Eindruck auf Schacht gemacht. In einer starken, energievollen Staatsführung sah auch er eine unabdingbare Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Seine dennoch vorhandenen Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit einem erkennbar unmoralischen, vor Gewalttaten nicht zurückschreckenden Mann wie Hitler wurden offenbar durch die sich zuspitzende Krise des Weimarer Parteiensystems und die in Gesprächen mit Hitler gewonnene Überzeugung zerstreut, dass Hitler in wichtigen wirtschaftlichen Fragen auf ihn hören würde. Dabei übersah Schacht sicherlich nicht, dass Hitler eine Unterstützung durch ihn, einem erfahrenen Wirtschaftsfachmann mit internationalem Namen, äusserst gelegen kam, überschätzte aber wohl von Anfang an seine Fähigkeit, Hitler in jene Bahnen lenken zu können, die ihm vorschwebten. Als führende Industrielle am 20. Februar 1933 zur Finanzierung von Hitlers Wahlfeldzug ins Palais des Reichstagspräsidenten geladen wurden, war auch Schacht zugegen. Nachdem Göring erklärt hatte, dass die Wahl vom 5. März die letzte sicherlich innerhalb zehn Jahren und voraussichtlich aber in hundert Jahren sei, wandte sich Schacht an die Anwesenden mit dem Bemerkten: «Und nun, meine Herren, an die Kasse!» und schlug die Einrichtung einer «Wahlkasse» vor.

Noch am gleichen Tage, an dem Reichsbankpräsident Hans Luther auf Drängen Hitlers seine Entlassung beim Reichspräsidenten nachgesucht hatte, wählte der Generalrat der Reichsbank, darunter namhafte Bankiers

wie Fritz Dreyse, Franz von Mendelssohn, Franz Urbig, Oskar Wassermann, Robert Pferdmenges, Hans Remshard und Max M. Warburg, Hjalmar Schacht einstimmig zum neuen Präsidenten auf vier Jahre. Trotz einiger Proteste u.a. vom Sparebund und einem telegrafischen Hinweis auf Schachts Beziehungen zur Freimaurerei erfolgte am folgenden 17. März 1933 seine formale Ernennung zum Reichsbankpräsidenten. Überzeugt davon, Bedeutendes leisten zu können und grosse Aufgaben erfüllen zu müssen, übernahm Schacht, einst Mitbegründer der «Deutschen Demokratischen Partei» und nicht der NSDAP angehörend, gern das ihm angetragene Amt. «Nicht aus persönlichem Ehrgeiz, nicht aus Übereinstimmung mit der Nationalsozialistischen Partei, nicht aus Gewinnsucht habe ich mein altes Amt wieder übernommen. Es geschah einzig und allein aus dem brennenden Interesse für die Wohlfahrt der breiten Massen unseres Volkes», schrieb er rückblickend in seinen Erinnerungen.⁴

Wie wenig es Schacht tatsächlich darauf ankam, sich durch das Amt des Reichsbankpräsidenten ein entsprechend hohes Einkommen zu sichern, erfuhr Hitler schon wenig später. Schacht hielt die bisherigen Bezüge des Reichsbankpräsidenten von jährlich 145'000,- RM nebst freier Wohnung und freiem Auto nicht mehr den Zeitverhältnissen angemessen, für überhöht. Auf seine Bitte, die Bezüge neu festzusetzen, machte ihm jedoch der in Geldfragen grosszügige Hitler das in der neuesten Staatsgeschichte freilich seltene Zugeständnis, die Höhe seiner künftigen Besoldung als Reichsbankpräsident nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Laut vertraglicher Regelung vom Dezember 1933 bezog schliesslich Schacht als Reichsbankpräsident – sicher mit ein Ausdruck persönlicher Integrität – ein beträchtlich reduziertes pensionsfähiges Jahresgehalt von nur 36'000,- RM, dazu einen Stellenzuschlag sowie eine Dienstaufwandentschädigung von je 12'000,- RM nebst freier Dienstwohnung, Heizung und Beleuchtung sowie freier Garten- und Autobenutzung⁵, ein insgesamt bescheidenes Salär, gemessen an den Relationen der Einkünfte heutiger Bankpräsidenten und hoher Staatsdiener. Mit der übernommenen Leitung des Reichswirtschaftsministeriums erhöhte sich lediglich seine Dienstaufwandentschädigung. In krassem Unterschied zu der nicht selten hemmungslosen Bereicherung von Hitlers nächsten Paladinen war in Schacht, einem Mann von bürgerlichem Zuschnitt, nicht, wenn man so will, die «Maus zur Hüterin des Specks» gemacht worden. In der Tugend bürgerlicher Sparsamkeit übte sich auch der Wirtschaftspolitiker Schacht nicht zuletzt in Rücksicht auf mögliche In-

flationswirkungen der mit Wechseln finanzierten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Nicht zufällig klagte er wiederholt über die Missachtung des Pfennigs, über den unnötig ausgegebenen Pfennig, der die Gesamtlage erschwere. Obwohl seine Referenten im Reichswirtschaftsministerium in einem Vortrag mit immer neuen Argumenten die Subventionierung eines bedeutenden, in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Unternehmens unterstützten, erklärte er, des Argumentierens überdrüssig, abschliessend: «Nein, nein! Meine Herren, es muss gespart werden, wie unter Friedrich Wilhem I.! Was sage ich? Der ist doch auch Freimaurer gewesen.»⁶ Das Beispiel zeigte auch die grosse Offenheit, mit der Schacht dienstliche Belange zu erörtern pflegte, sowie seine Neigung zum Ironisieren, sein sichtliches Vergnügen daran, Argumente mit witzigen Bemerkungen auszukleiden.

Es war Hitler, der den selbstbewussten und ehrgeizigen Schacht holte, ihn beim Ingangsetzen des deutschen «Wirtschaftswunders» der 30er Jahre machen liess und den «Finanzzauberer», obwohl er ihm zeitlebens misstraute⁷, mit aussergewöhnlicher Rücksichtnahme behandelte. Beleidigte ihn ein Gauleiter, erreichte er gegebenenfalls bei Hitler, dass sich der Gauleiter bei ihm entschuldigen musste. Wilhelm Kube (1887-1943), Gauleiter der Kurmark, kam deshalb zu Schacht und wurde nach einem halbstündigen Gespräch über das Drama «Totila» mit freundlichem Händedruck verabschiedet, «ohne ein Wort der Entschuldigung vorbringen zu können».⁸ Eine Art «Fremdkörper» stellte rein äusserlich die immer in Zivil gekleidete, stattliche Erscheinung Schachts inmitten der uniformierten Führungsriege Hitlers stets dar. Schachts anfängliche Bekundungen der Zuneigung zum Hitler-Regime⁹ und die wiederholten Mahnungen an seine Mitarbeiter, «doch der Partei etwas mehr» entgegenzukommen¹⁰, zeigten andererseits das Bestreben zur Anpassung. Doch beginnend etwa seit Mitte 1934, seit den ihn schockierenden Massenmorden im Zusammenhang mit der sogenannten Röhmrevolte, versuchte Schacht innerhalb des Kabinetts und aus seinem Ressort heraus, «Recht und Gerechtigkeit zu verteidigen, wo immer sich dazu eine Möglichkeit bot».¹¹ Hierbei bewies er erstaunliche Zivilcourage.

Seine erste öffentliche Kritik am Vorgehen der Partei übte er in seiner Königsberger Rede zur Eröffnung der Ostmesse im August 1935. Nachdem er offenbar vorsorglich unmittelbar zuvor von dem grenzenlosen Mut, der staatsmännischen Kühnheit und dem unbeirraren Verantwortungsgefühl Hitlers gesprochen hatte, kam er auf die Ausschreitungen der Partei zu sprechen: «Das sind die Leute, die nächtlicherweise heldenhaft Fenster-

scheiben beschmieren, die jeden Deutschen, der in einem jüdischen Geschäft kauft, als Volksverräter plakatieren, die alle ehemaligen Freimaurer für Lumpen erklären, und die im berechtigten Kampf gegen politisierende Pfarrer und Kapläne nun ihrerseits die Unterscheidung zwischen Religion und Kanzelmissbrauch nicht machen können.»¹² Aus Protest verliess sogleich SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski mit seinen SS-Leuten in lautem Marschschritt den Saal. Gauleiter Erich Koch blieb und hörte von Schacht, der seine Rede unbeirrt zu Ende brachte: «Es ist für die Führung unserer Wirtschaftspolitik unerlässlich, dass das Vertrauen in Deutschland als einen Rechtsstaat unerschüttert bleibt.» «Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang», bemerkte Koch, als Schacht vom Podium zu seinem Platz zurückkam. Mit Ausnahme des vom Propagandaministerium verfügten Verbots der Wiedergabe und Besprechung der Königsberger Rede in der Presse liessen sich weder Hitler noch die Partei zu kritischen Gegenreaktionen hinreissen. Die Danksagung von Staatssekretär Funk vom Propagandaministerium für die überzeugenden und klaren Worte erwies sich allerdings als peinliche Panne.¹³ Hitler gestattete Schacht sogar über die Schwierigkeiten der deutschen Finanz- und Devisenlage auf dem Reichsparteitag in Nürnberg im September 1935 zu referieren. Dort schloss er mit den mahnenden Worten: «Es ist deshalb entscheidend, dass die Methoden des rassen- und kulturpolitischen Kampfes auf gesetzliche Basis gestellt und mit den politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden.»¹⁴ Immer unverkennbarer machte Schacht in seinen Reden auch der folgenden Jahre «Gegendampf» gegen den Kurs des Hitler-Regimes. In seiner Ansprache vor Lehrlingen im Berliner Sportpalast im Mai 1937 verlangte er mit Bibelzitate, gegen herrschende Ungerechtigkeit und Gesetzlosigkeit aufzutreten: «Gerechtigkeit erhöht ein Volk ... Seid aufrecht und fürchtet Euch nicht vor der Wahrheit... Verteidige die Wahrheit bis in den Tod, so wird Gott für Dich streiten ... Wer die Wahrheit kennt und saget sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.»¹⁵ Auch diese in grosser Versammlung den Lehrlingen eingebleuten Bibelzitate dürften den Leuten von brauner Gesinnung schlecht in den Ohren geklungen haben.

Ernsthaft und mutig bemühte sich Schacht seit 1934 immer wieder im Kampf gegen die Partei, die Zügel- und Rechtslosigkeit des Regimes, das er doch selber als «Steigbügelhalter» herauf führen half, abzubauen oder einzudämmen. Seine charakterliche Festigkeit und seine Unnachgiebigkeit gegenüber Parteileuten war imponierend. Den Glauben an Hitler schien er

trotzdem noch nicht verloren zu haben. 1935 deutete er in einem vertrauten Gespräch mit Goerdeler auf das Bild Hitlers und sagte: «Sie irren, das ist ein grosser Mann, er wird das Volk in sein Glück führen.» Wohl noch bis 1936 lebte der eigenwillige Schacht in der falschen Hoffnung, am Ende doch mit seinen eigenen Vorstellungen und Plänen bei Hitler durchzudringen.¹⁶ Sein innerlicher Abfall von Hitler bahnte sich allmählich seit 1937 an. Schacht brachte Carl Goerdeler nun auf den Gedanken, schleunigst mit den führenden Männern des Auslands Fühlung zu gewinnen und vor allem dem Ausland deutlich zu machen, dass es noch ein anderes, besseres Deutschland als das der Hitler-Gefolgschaft gebe.¹⁷ Und schon 1938, nach dem Ausfall Goerdelers, sah der militärische Widerstand in Schacht als Reichsminister und Gegner Hitlers den besonders geeigneten politischen Oppositionsführer.¹⁸ Eingeweihten fiel es sicher nicht schwer, die vollzogene politische Wende Schachts aus Inhalt und Diktion seiner letzten öffentlichen Ansprachen herauszulesen. Auf dem deutschen Bankiertag im Mai 1938 bekannte er, gerichtet gegen aufkommenden Bürokratismus und Schematismus: «Eigeninitiative und Selbstverantwortung sind von jeher Lebenselemente gewesen, und sie sind es heute noch; wer sie aufgibt, gibt sich selbst auf.»¹⁹

2. Das Reichswirtschaftsministerium im Geflecht politischer und staatlicher Organisationen

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt rief Schacht die höheren Beamten des Reichswirtschaftsministeriums zusammen und hob in einer kurzen Ansprache hervor, dass er das Ministerium in einer sehr schwierigen Situation übernommen habe und von seinen Beamten unbedingten Gehorsam und volle Hingabe bei ihrer Arbeit verlange. Mit eindrucksvoller Bestimmtheit und Klarheit verlangte er von ihnen, dass sie sich für die Einhaltung der Gesetze und des Rechts einsetzen, willkürliche Eingriffe der Partei hindern und unbotmässige parteipolitische Einflüsse unbedingt abwehren. Schacht wünschte, dass sein Ministerium ein «Turm des Rechtes» darstellen sollte, versprach aber zugleich, dass sich seine Beamten bei ihrer Amtsführung auf seinen persönlichen Schutz voll verlassen könnten.²⁰

Die Zusicherung der schützenden Hand des Ministers wurde verstanden und hatte Signalwirkung. Allerdings verging während der Schacht-Ära wohl kaum ein Tag ohne Widerstand und Kampf gegen Übergriffe nationalsozialistischer Instanzen, gegen Reichsleiter, Gauleiter oder Gauwirt-

schaftsberater, um geltendes Recht und die Autorität des Ministeriums wiederherzustellen. Seit Hitlers Machtübernahme wurden Entscheidungen des Reichs- und preussischen Wirtschaftsministeriums immer wieder politisch überspielt. Erst der Autorität des mit der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums betrauten Schacht, «der sich niemals Minister» und nur Präsident ansprechen liess, gelang es nicht nur, das Ministerium «in ganz kurzer Zeit in den Griff» zu bekommen²¹, sondern auch in der deutschen Wirtschaft dem Ministerium entscheidenden Einfluss zu verschaffen. Darüber hinaus gab er den Repräsentanten der Wirtschaft wieder Zutrauen und Sicherheit.



Abb. 9: Dr. jur. Hans Ernst Posse.
Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium
3. 7. 1933–6. 2. 1938.

In der Optik des Auslandes wurden anlässlich des Amtsantritts Schachts im Reichswirtschaftsministerium andere, aber nicht weniger bedeutsame Aspekte in den Vordergrund gerückt. Die «Basler Nachrichten» vom 20. August 1934 bezeichneten Schacht zutreffend als deutschen «Wirtschaftsdiktator mit einer Machtfülle, die allein in dem Vertrauen Hitlers ihre Grenze findet». Unter den gegebenen Umständen liessen sich jedoch die divergierenden Interessen von Währungsstabilität und Wirtschaftsbelebung, wie auch die «Basler Nachrichten» einräumten, nur mit diktatorischen Vollmachten «versöhnen». Zweifel, dass Schacht die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen würde, bestanden offenbar auch im Ausland nicht. Die «Basler Nachrichten» bemerkten abschliessend: «Der Reichsbankpräsident war in der Ausführung dessen, was er für erforderlich hielt, stets zäh bis zur Rücksichtslosigkeit ... Jedenfalls hat Hitler in ihm einen Wirt-

schaftsdiktator bestellt, der auf Wunsch ohne Zögern bereit ist, sich im Interesse der Sache unpopulär zu machen – noch mehr als er es ohnehin schon ist.» Schachts «schon sprichwörtlich gewordene Grobheit», die ihn «unbeliebt» machte, war auch in Wien kein Geheimnis. Im Oktober 1934 berichtete der österreichische Gesandte Tauschitz seinem Aussenministerium: «Schacht konnte sich in seiner wenig beneidenswerten Position bisher nur halten, weil man für ihn keinen Nachfolger hat, der einigermaßen Gewähr dafür böte, die deutsche Wirtschaft aus der bekannt ausserordentlich schwierigen Devisenlage herauszuführen.»²²

Von Vorteil, weil dem sich verstärkenden Wirtschaftsdirigismus Rechnung tragend, erwies sich für den neuen Chef des Reichswirtschaftsministeriums sogleich die unmittelbar vor seinem Amtsantritt faktisch verwirklichte Vereinigung des Reichswirtschaftsministeriums (bisheriger Sitz in der Viktoriastrasse in Berlin) mit dem Preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (am Potsdamer Platz), wodurch das Reichsressort an Kompetenz und Durchschlagskraft enorm gewonnen hatte. Anfang Juli 1934 wurden beide Ministerien sachlich miteinander verbunden und räumlich verschmolzen, von den Beamten des Preussischen Wirtschaftsministeriums allerdings so lange wie nur möglich verzögert. Beide zogen in das «Reichshaus für Wirtschaft und Arbeit», das dem Reich gehörende palastartige, einstige Hauptgebäude der während des Bankenkrachs 1931 zusammengebrochenen Diskontogesellschaft (Unter den Linden/Behrenstrasse), das nur eng verschachtelt in ein Labyrinth von Verwaltungsbüros, auch zum Domizil des Reichs- und Preussischen Arbeitsministeriums wurde. Mit der Gleichschaltung und Zusammenlegung beider Wirtschaftsressorts erhielt das Reichswirtschaftsministerium nicht nur die Verfügung über den grossen preussischen Verwaltungsapparat mit seinem Mittel- und Unterbau, sondern es konnte seitdem die Gesetzgebung für ein Sachgebiet auch mit der Bearbeitung der Durchführung miteinander koppeln. Nach der Fusion beider Wirtschaftsressorts gliederte sich das Reichswirtschaftsministerium in acht Abteilungen statt der vier Abteilungen 1931, vermehrte sich die Zahl der planmässigen Beamtenstellen gegenüber 1931 von 167 auf 340 und schnellten die Ausgaben des gesamten Ressorts auf über 260 Mio. RM in die Höhe. Nach der Wehrmacht verfügte das Reichswirtschaftsministerium 1934 über den zweithöchsten Etat aller Reichsressorts, gewiss ein Massstab für den hohen Stellenwert, der damals der Wirtschaft in der Reichspolitik zuerkannt wurde.



Abb. 10: Dr. jur. Albrecht Tettenborn.
»Personalchef« im Reichs-
wirtschaftsministerium
1934–1938.

An der Spitze der Zentralabteilung (Personal, Verwaltung, Recht usw.) des Ministeriums stand der für den «guten Geist» des Hauses unentbehrliche Ministerialdirigent Dr. Albrecht Tettenborn (1882-1957),²³ ein geradezu passionierter, verantwortungsbewusster Personalchef mit sicherem Blick für Menschen und ihre Verwendungsmöglichkeit. «Wo waren Sie aktiv?» oder «Wo haben Sie gedient?», bildeten die von Tettenborn den Bewerbern oft gestellten Fragen. Nicht das Parteibuch, sondern der untadelige Charakter und die fachliche Qualifikation galten als die entscheidenden Kriterien der von Tettenborn bis 1938 unnachsichtig praktizierten Personalpolitik. Die wichtige Abteilung I (Geld, Banken, Börsen, Versicherungen) leitete Ministerialdirektor Johannes Heintze (geb. 1881)²⁴, seit 1920 im Reichswirtschaftsministerium. Im April 1935 wurde er in Abwehr von Angriffen der NSDAP als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes eingesetzt. Zu seiner Abteilung gehörten u.a. sein Nachfolger Otto Schniewind (1887-1970), nach dem Krieg Vorstandsvorsitzender der Kreditanstalt für Wiederaufbau, ferner der Leiter des Börsenkommissariats Friedrich Sperl und der damalige Versicherungsreferent, Ministerialrat Dr. Karl Bernard (1890-1972), 1948 bis 1957 Vorsitzender des Zentralbankrats der Bank Deutscher Länder. Keiner von den neun Ministerialräten der Abteilung gehörte der NSDAP an. Die Handelspolitische Abteilung (II) leitete

seit Ende 1933 als Nachfolger von Staatssekretär Posse der aus alter pomerscher Reederfamilie stammende Ministerialdirektor Otto Sarnow (geb. 1883). 1919 hatte er seine Ministeriallaufbahn im Reichsfinanzministerium begonnen und war von 1928 bis 1938 massgeblich am Abschluss von schwierigen Handelsvertragsverhandlungen beteiligt. Schon vor 1933 gehörte er zum «Klub» der hochkarätigen Experten.

Ohne wesentliche Änderungen wurde die Bergabteilung des Preussischen Wirtschaftsministeriums unter Oberberghauptmann Erich Winnacker²⁵ (geb. 1889) dem Reichswirtschaftsministerium (als Ab. III) einverleibt. Winnacker kam von Thyssen-Bergbau, war ein guter Generaldirektor und Betriebswirt, aber offenbar abweichende Beamtenmeinungen völlig ungewohnt als Ministerialdirektor immer weniger imstande, seinen Standpunkt durchzusetzen und büsste jegliche Autorität ein. An seine Stelle trat sein Rivale, der energische Breslauer Berghauptmann Heinrich Schlattmann (1884-1943).

Noch im Mai 1933 hatten Ministerialdirektor Schalfjew und sein Sparkassenreferent Sperl vom preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit eine Beteiligung der Kreditinstitute an der eingeleiteten Spende der deutschen Wirtschaft zur Finanzierung von SA, SS und Stahlhelm abgelehnt und entsprechende «Anfragen negativ beschieden». Dr. Eduard Schalfjew (1888-1962), geborener Kurländer, eine souveräne Persönlichkeit, gehörte seit 1923 dem preussischen Wirtschaftsministerium an und leitete in kurzem Zwischenspiel im Reichswirtschaftsministerium die Abteilung IV (Elektrizitätswirtschaft und Wirtschaftsorganisation). 1935 quittierte er den Reichsdienst, um bis 1945 als Generaldirektor die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft Dessau zu leiten. Von 1948 bis 1951 war Schalfjew erster Staatssekretär von Ludwig Erhard im Bundeswirtschaftsministerium.

Schacht liess den übernommenen, im Wesentlichen konservativen Personalkörper des Reichswirtschaftsministeriums fast unangetastet, der sich zwar mit den enormen Anforderungen des sich ausweitenden Wirtschaftsdirigismus ständig ausdehnte. Nur einige wenige höhere Beamte holte Schacht selber von ausserhalb heran, zeigte aber an Personalfragen stets ein ausserordentlich starkes Interesse. Mit ihm kamen im August 1934 als eine Art «Braintrust» drei neuernannte Generalreferenten, der hervorragende Karl Blessing (1900-1971), Mitarbeiter Schachts bei der Reichsbank und Bundesbankpräsident 1958-1969, ferner der hochbegabte Rudolf Brinkmann, zuvor Direktoriumsmitglied der Deutschen Golddiskontbank und

später Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, und schliesslich der Vetter von Hermann Göring, Herbert Göring, den der kluge Schacht wohl nur des Namens und der Verwandtschaft wegen mitgebracht hatte. 1938 übernahm Göring leitende Funktionen in der Industrie.

Einer der fachlich hervorragendsten Beamten des Reichswirtschaftsministeriums, dem er schon seit 1924 angehörte, war Staatssekretär Dr. Hans Ernst Posse (1886-1965). Als «bester Sachkenner auf dem Gebiet der Aussenhandels- und der Handelsvertragspolitik» gelobt, parteipolitisch lediglich ein Mitläufer²⁶, blieb er etwas farblos angesichts der überragenden Rolle, die Schacht in der Politik spielte. Wenige Tage nach dem eitlen Gottfried Feder war Posse Anfang Juli 1933 zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium berufen worden. Kurze Zeit war Posse 1934 mit der Vertretung des erkrankten Reichswirtschaftsministers Schmitt beauftragt und von Hitler sogar als möglicher Nachfolger in Erwägung gezogen worden. Schacht begegnete bei seiner Amtsübernahme keinem der beiden Staatssekretäre mit Wohlwollen. Den verunsicherten Posse begrüßte er mit der Frage: «Sind Sie musikalisch?» Arglos antwortete der Befragte: «Ja, sehr.» Darauf Schacht: «Ich überhaupt nicht, aber ich war in Bayreuth.»²⁷ Staatssekretär Feder, schon im April 1934 auf den Posten eines Reichskommissars für das Siedlungswesen abgeschoben und seit Jahren wegen seiner

Abteilungsgliederung des Reichs- und preussischen Wirtschaftsministeriums Mitte 1935.

Zentralabteilung

Abt. I	Geld-, Bank-, Börsenwesen, Versicherungen Aussenhandel,
Abt. II	Rohstoffbewirtschaftung. Handels- und Zollpolitik
Abt. III	Berg-, Hütten-Salinenwesen
Abt. IV	Energiewirtschaft und Wirtschaftsorganisation
Abt. V	Handwerk, Handel und Gewerbe
Abt. VI	Devisenbewirtschaftung
Abt. VII	Wirtschaftsförderung durch Gewerbeaufsicht und Technik. Betriebsschutz.

«Brechung der Zinsknechtschaft» von Schacht verhöhnt, am Assessoren-Mittagstisch des Reichswirtschaftsministeriums «Non-Posse» genannt, erklärte höchst erregt nach dem Verlust der ihm unterstellten Abteilungen Schacht gegenüber: «Herr Präsident, ich darf wohl davon ausgehen, dass meine Kompetenz im Hause durch Ihre Ernennung weder funktionell noch personell angetastet wird.» Darauf Schacht, höflich, aber kaltschnäuzig: «Herr Staatssekretär, ich versichere Ihnen, dass Ihre Kompetenz weder sachlich noch persönlich berührt wird. Ich will mit Ihnen nur nichts zu tun haben.»²⁸ Mitte November wurde Feder in den einstweiligen Ruhestand versetzt und auf Antrag von Schacht die freigewordene Planstelle in eine Direktorenstelle umgewandelt. Sie besetzte er mit einer Persönlichkeit seines Vertrauens, mit Helmuth Wohlthat (1893-1982), einem kundigen und zuverlässigen Mann der Wirtschaft mit sicherem Urteil.²⁹

Auch Wohlthat, bis 1933 im internationalen Ölsaaten- und Speiseölhandel in New York tätig, dann auf Empfehlung von Reichskriegsminister v. Blomberg von Hugenberg und Staatssekretär v. Rohr ins Landwirtschaftsministerium geholt, um die Reichsstelle für Fette und Öle aufzubauen und zu leiten, kam im Sommer 1934 zunächst als Generalreferent Schachts ins Reichswirtschaftsministerium. Seit Dezember 1934 leitete er die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung und neben seinem Hauptamt als Ministerialdirektor der Abteilung Devisenbewirtschaftung im Reichswirtschaftsministerium.

«Ich weiss nicht, wer alles unter uns PG ist. Wir haben keine ,alten Kämpfer. Wohl fast alle kommen aus Familien, die wie unsere einst deutschnational waren oder anderen bürgerlichen Weimarer Parteien nahestanden. Aber das zählt heute nicht mehr gegenüber der uns gemeinsamen Einstellung: Wir haben den Wunsch, dass es mit Deutschland wieder bergauf gehe, und wollen dazu unseren Beitrag leisten», schrieb der junge Assessor Rolf Lahr nach vier Wochen Impressionen im Reichswirtschaftsministerium im Juli 1934³⁰. Von der damals im Ministerium herrschenden hoffnungsvollen, idealistischen Aufbruchstimmung, unabhängig von Parteibüchern und Parteiideologien, berichteten auch andere Zeitgenossen. Wohl in allen Abteilungen wurde mit kaum vorstellbarem Elan gearbeitet und regiert, «echt regiert. Man möchte wirklich jeder Regierung den Schwung wünschen, wie er sich damals gerade auf wirtschaftlichem Gebiet in den ersten Jahren des Nazi-Regimes zeigte», erinnerte sich Theo Keyser.³¹ Über Nacht hatte sich die Szene geändert, von Feierschichten, Stille-

gungen, Krisen im Bergbau keine Rede mehr. «Parteiengerede» im Reichstag war nicht mehr zu hören. Verschwunden war im Beamtendeutsch die stereotype lähmende Formulierung: «Sachlich richtig, aber politisch nicht durchsetzbar.»

Wenn man nach überzeugten Nationalsozialisten unter den höheren Beamten während der Schacht-Ära forscht, liessen sich durch Befragungen und aus den Akten bestenfalls zwei oder drei Namen eruieren. Gottfried Feder gehörte zu ihnen, nur war er als Staatssekretär bereits politisch nahezu bedeutungslos. Die SA-Wache in seinem Vorzimmer und von ihm versuchte Einmischungen in die Personalpolitik des Ministeriums änderten daran nichts. Otto Ohlendorf urteilte vor dem Nürnberger Militärgerichtshof: «Wenn Sie Gottfried Feder kennen würden, dann würden Sie sagen, dass er zu dem Begriff der Herrenrasse nur aus der eigenen Eitelkeit seiner Männlichkeit kam.» Diese Charakteristik könnte auch auf Ohlendorf selber zutreffen. Bei den anderen Namen sind Zweifel angebracht, ob sie einer strengen parteipolitischen Kategorisierung überhaupt standhielten. Der vielen erinnerliche, freundliche Dr. Heinrich Hassmann (geb. 1907), Mitbegründer des NS-Studentenbundes an der Universität München, ein junger «goldgeränderter Uraltpartei-genosse», kam 1933 als bayerischer Regierungsassessor ins Reichswirtschaftsministerium und war vom Sommer 1934 bis 1938 als Personalreferent unter Tettenborn an wichtiger Schaltstelle tätig.³² Eberhard Barth schrieb in seinen Erinnerungen, andere Zeitaussagen lauten ähnlich, dass Hassmann «sich als ein keineswegs wilder, vielmehr überaus gerecht denkender, allezeit ohne Ansehen der früheren politischen Belastungen hilfsbereiter Mann entpuppte», der «alsbald in unsere Gemeinschaft integriert» wurde und «Jahre hindurch ein segensreicher Schutzschirm gegenüber dem Braunen Haus» war. Daneben fungierte Hassmann damals als ein Kontroversen ausräumender Verbindungsmann von Schacht bzw. des Ministeriums zu politischen, auch geheimen Instanzen, so zum «Braunen Haus» in München, zur Gestapo und zu dem Göring direkt unterstellten «Forschungsamt», das auf das Abhören von Telefongesprächen spezialisiert war. Widerstrebend folgte Schacht dem Vortrag über den Inhalt der streng vertraulichen «Braunen Blätter» des «Forschungsamts».

Selbstverständlich wurde seit etwa 1934 auch im Reichswirtschaftsministerium mehr und mehr eine positive politische Einstellung zum nationalsozialistischen Staat gefordert. Bei Neueinstellungen, insbesondere der zahlreichen Assessoren, war die Zugehörigkeit zur Partei oder einer ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände gefordert.

«Dies ergab sich schon daraus, dass bei jeder Beförderung das Büro des Stellvertreters des Führers zustimmend mitwirken musste.»³³ Dennoch gelang es einer grossen Anzahl der aus der Zeit vor 1933 stammenden Beamten und Angestellten, also der erfahrenen älteren Generation, sich der Partei oder einer ihrer Gliederungen bis 1937 /38 und teilweise sogar während der ganzen Hitlerzeit fernzuhalten. Der Badener Dr. Ludwig Imhoff (geb. 1878), seit 1921 im Reichswirtschaftsministerium und noch 1943 zum Ministerialdirigenten befördert, der verdienstvolle Ministerialrat Dr. Josten und der Leiter des Russlandreferats Dr. Mossdorf gehörten zu ihnen. Mossdorf lehnte sogar ab, der NS-Volkswohlfahrt beizutreten. Sogenannte «Märzgefallene» mit NSDAP-Eintrittsdatum unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme fanden sich dagegen unter den jungen, in den Beruf drängenden Assessoren recht zahlreich. Sie wollten dabei sein, auch politisch am Wiederaufbau teilhaben, folgten dem allgemeinen Sog freiwilliger Eingliederung und befanden sich in einer «Vor-Sonnenaufgang-Stimmung», ohne dabei die herrschende Massenhysterie oder gar vorhandene Wurzeln der heraufwachsenden Katastrophe zu erkennen. Wer sich politisch nicht allzu stark engagieren wollte, bevorzugte Gliederungen der NSDAP, in welchen man politisch kaum beansprucht oder gefordert wurde. Nicht wenige meldeten sich bei der Reiter-SS in Düppel, nach dem Kriege nicht als verbrecherische Organisation verurteilt, andere traten in die Reiter-SA ein und wieder andere meinten, ihre parteipolitische Loyalitätsbekundung hinreichend dadurch abzulegen, indem sie fördernde, d.h. lediglich Beitrag zahlende Mitglieder der SS wurden.³⁴

Die zahlreich erfolgten Eintritte in NS-Organisationen stärkten bis 1937 kaum den nur schwachen Einfluss der NSDAP im Reichswirtschaftsministerium, von Parteistellen zwar immer wieder beklagt und kritisiert, auch nicht durch ein gegen Tettenborn und Hassmann 1936 eröffnetes Parteigerichtsverfahren schlagartig zu ändern.³⁵ Unter Schacht rangierte Sachkunde vor dem Parteibuch; Nichtparteiengenossen wurden, sofern tüchtige Fachbeamte, vor Angriffen und Benachteiligungen trotz des sich verschärfenden Parteidrucks in Schutz genommen. Das Resultat dieser Personalpolitik schilderte rückblickend Hans Kehrl: «Und da waren knorrige, selbstbewusste Leute wie der Ministerialrat Hoffmann-Bagienski und viele andere. Die Mehrzahl von ihnen stand dem nationalsozialistischen Regime mindestens skeptisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber. Aber sie hatten ihr Leben dem Dienste am Staat verschrieben.»³⁶ Sogar Beamte mit politischen

«Webfehlern» durften mit der Obhut der Personalabteilung rechnen, wurden, so lange sie in der Dienststelle Hess in mildem Licht erschienen, vor politischen Schwierigkeiten bewahrt. Sofern sie nicht mehr im Reichswirtschaftsministerium zu halten waren, ebnete man ihnen gewöhnlich den Weg in die private Wirtschaft. Ministerialrat Dr. Karl Bernard (1890-1972), ein hochgeschätzter, fürsorglicher Beamter, verliess 1935 das Reichswirtschaftsministerium und wurde Vorstandsmitglied der Frankfurter Hypothekenbank. Der Badener Regierungsrat Flad, ein überzeugter Demokrat, musste ausscheiden und wechselte ins Deutsche Kalisyndikat über. Dr. Walter Strauss, 1949-1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, zog es nach siebenjährigem Dienst im Reichswirtschaftsministerium 1935 vor, freiberuflich tätig zu werden. Opfer seiner politischen Haltung wurde der unermüdliche, scharfsinnige Oberregierungsrat Dr. Hans Hartenstein (1897-1944), Verfasser des wohl besten Kommentars zum Devisenrecht und zuletzt Leiter der Abteilung Kapitalverkehr in der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung.³⁷ Der Württemberger Hartenstein, eine asketische Erscheinung, liberal in seiner Gesinnung, war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und ihr bis zur Auflösung 1933 treu geblieben. Nur mühsam gelang es, trotz Bedenken der Partei die Beförderung des hervorragenden Beamten zum Oberregierungsrat durchzusetzen. Als sich 1937 das Problem der weiteren Beförderung stellte, liess sich der Widerstand der Partei nicht mehr überwinden. Ministerialdirektor Wohlthat konnte nicht umhin, Hartenstein privat nahezu legen, «darüber nachzudenken, ob er in der Industrie tätig werden wollte». Er entschied sich für Schering, wurde von Wohlthat dort empfohlen, doch dem Dienst am Staat innerlich verbunden, war seine höher bezahlte Tätigkeit als Kaufmann von Resignation begleitet.

In Abwehr parteipolitischer Eingriffe, im Widerstreit mit der Partei und nicht im Einklang mit ihr verstärkte sich unter dem Schutzschirm des mutigen, dynamischen Schacht der Gemeinschaftsgeist im Reichswirtschaftsministerium, der nach wie vor auf dem seit der Weimarer Zeit bewusst gepflegten Vertrauensverhältnis zwischen den leitenden Beamten und ihren Mitarbeitern basierte. Dieser «Esprit de corps» schloss freilich nicht starke Spannungen und Konkurrenzsituationen innerhalb des Ministeriums aus. Jeder Einzelne stand zudem bei allem Idealismus und überlieferter Kameradschaftlichkeit tagtäglich unter dem Zwang, obwohl schlecht bezahlt, dennoch Leistung zu erbringen, da er bei Versagen Gefahr lief, aus der Gemeinschaft ausgestossen zu werden³⁸. Der Kampf «um unser politisches

Leben» und das Bestreben, noch «das Beste» aus dem zu machen,³⁹ was von den Machhabern befohlen worden war, wirkte verbindend und erforderte Zusammenarbeit. Unterschiedliche Auffassungen darüber, was jeweils erstrebenswert und möglich war, konnten bei Minister und Staatssekretär sowie unter den Abteilungen nicht ausbleiben. Schachts Führungsstil war dem Zwang zu raschem Reagieren angepasst. Die Verbindung zwischen ihm und seinen Ministerialdirektoren erfolgte direkt von Fall zu Fall. «Ich würde schätzen», erinnerte sich Ministerialdirektor Wohlthat, «dass die Beamten des Reichswirtschaftsministeriums etwa die Hälfte ihrer Zeit auf laufende Konflikte mit verschiedenen Parteiinstanzen verwenden mussten.»⁴⁰ Das Reichswirtschaftsministerium besass nie die Rückenstütze der Partei, der SS oder irgendeiner anderen einflussreichen Organisation. Der eskalierende «Grabenkrieg» mit Gauleitern (Schacht: «Das sind doch Gangster im Grunde.») gipfelte bald darin, dass das Reichswirtschaftsministerium jeden Verkehr mit den Gauleitern Mutschmann (Sachsen), Sauckel (Thüringen), Schwede-Coburg (Pommern) und Sprenger (Hessen-Nassau) abbrach. 1933 hegte Schacht noch den Wunsch um Aufnahme in die SS mit Ehrenrang. Himmler wollte nicht. Seit Mitte 1934 war sein Verhältnis zur SS gespannt. Als er erfuhr, dass einige SS-Leute ihn «Freimaurerschwein Schacht» nannten, erwiderte er spontan: «Die schwarzen Schweine!»⁴¹ Die Reichswirtschaftsminister Schmitt, seit 1933 auch SS-Oberführer, gestellte SS-Ehrenwache musste auf Betreiben Schachts vor dem Ministerbüro wieder abziehen.

Dauernder Konflikt herrschte mit der Deutschen Arbeitsfront und ihrem Führer Robert Ley. Mit aller Energie widersetzte sich Schacht von 1934 bis 1937 den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der DAF. Er verhinderte, dass die Lehrlingsausbildung von den Handels- und Gewerkekammern auf die DAF übertragen wurde.⁴² Brüsk lehnte er auch im persönlichen Gespräch Ley gegenüber ab, die von ihm 1934 angeordnete Entlassung des Geschäftsführers des Deutschen Handwerks- und Gewerbetage Schild rückgängig zu machen. In erbitterter Auseinandersetzung mit der DAF erinnerte Schacht im März 1937 Reichsstatthalter und Oberpräsidenten an ihre Pflicht, für die Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Berufsabschlussprüfungen vor den Industrie- und Handelskammern zu sorgen.⁴³ Im gleichen Jahre verweigerte Schacht demonstrativ seine Teilnahme an der von der DAF organisierten feierlichen Verleihung der goldenen Fahnen an die «nationalsozialistischen Musterbetriebe» durch Hitler. Als dann 1937/ 38 die Rückendeckung Görings ausblieb, waren die

oppositionellen Reichsminister dem Verbandsimperialismus der DAF eindeutig unterlegen.

Bei allen Konflikten zwischen Parteiinstanzen und dem Reichswirtschaftsministerium zeigte sich grundsätzlich die Tendenz, dass die Partei selber Regierungsgewalt, selber Staat werden wollte. Die Parteiinstanzen wollten nicht nur den überkommenen Rechtsstaat mit seinen Rechtsnormen beseitigen, sondern brachten auch durch von ihnen ergriffene Massnahmen ständig ihre Missachtung gegenüber der rechtsgebundenen Tätigkeit der Träger der öffentlichen Gewalt, ihre Verachtung der Verwaltung gegenüber zum Ausdruck.⁴⁴ Eingriffe der Partei als Repräsentantin des nationalsozialistischen «Massnahmenstaates» in die Kompetenzen des Reichswirtschaftsministeriums setzten sich gewöhnlich über rechtlich gesicherte formale Bindungen hinweg. Im anfänglichen Neben- und Gegeneinander von «Massnahmenstaat» und «Normenstaat», von politischer und rechtlicher Ordnung, verstand sich das Reichswirtschaftsministerium unter Schacht, bestrebt, dafür Sorge zu tragen, dass die Grundprinzipien der überlieferten (kapitalistischen) Wirtschaftsordnung erhalten blieben, als Organ und Garant des «Normenstaats» und als sein machtvolles Instrument. Darauf gestützt gelang es der Wirtschaftspolitik Schachts weitgehend, der eigenen Gesetzmässigkeiten und Sachzwängen unterworfenen bzw. gehorchenden Wirtschaft einen autonomen Freiraum zu erhalten, sie zu einer «Insel» normenstaatlicher Schutz- und Förderpolitik zu machen, um damit überhaupt wichtige Rahmenbedingungen für ihre Wiederbelebung zu schaffen.

Fünzig befragte höhere Beamte, die während der Schacht-Ära im Reichswirtschaftsministerium tätig waren, beurteilten die Zeit unter Schacht im Reichswirtschaftsministerium und dessen Leistungen sicher nicht zufällig und bezeichnend für ihr Selbstverständnis positiv, einzelne sogar als sehr positiv.⁴⁵ Einige begründeten ihr Urteil mit dem Hinweis auf die Effizienz der geleisteten Verwaltungsarbeit, auf die gefällten klaren Entscheidungen und vor allem auf den gewährten «Rückhalt bei Angriffen von Parteistellen». Solange Schacht als Fachmann auf wirtschaftlichem Gebiet unentbehrlich war und Hitler auf ihn weder verzichten konnte noch wollte, wurden zumindest von der Staatsspitze aus die unerlässlichen Voraussetzungen für eine optimale Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsverwaltung, nämlich die Anerkennung einheitlicher Rechtsnormen und eine nach wie vor dem Legalitätsprinzip verpflichtete Beamtenschaft nicht in Frage gestellt. In dieser Zeitspanne stemmte sich das Reichswirtschaftsministeri-

um hauptsächlich gegen einseitige Forderungen und durchgesetzte Ausnahmeregelungen von Gauleitern, deren Aktivismus der angestrebten Beruhigung der Wirtschaft zumeist abträglich war. Noch auf dem Parteitag 1937 forderte Rudolf Hess Gau- und Kreisleiter zur «Selbstbeherrschung» gegenüber der Staatsverwaltung auf.⁴⁶ Dabei soll nicht übersehen werden, dass sich schon während der Schacht-Zeit in der Ministerialbürokratie selber die Neigung verstärkte, den Umfang des freien Ermessens auszudehnen, den «Normenstaat» mithin den Methoden und Zielen des «Massnahmenstaats» anzupassen.⁴⁷ Hier Grenzen zu setzen, dazu war im Grunde die Verantwortlichkeit der Wirtschaft berufen.

«Die selbständige Organisation der gewerblichen Wirtschaft ist für mich als Reichswirtschaftsminister eine Notwendigkeit», erklärte Schacht 1936 auf einer Tagung in Dortmund⁴⁸ und führte weiter aus: «Wir brauchen ein solches Instrument zur Durchgabe von Anordnungen an die Wirtschaft und zur geordneten Sammlung von Wünschen der Wirtschaft an die Regierung. Wenn unser neuer Staat die Führung über die Wirtschaft beansprucht, so muss er auch ein Organ haben, durch das er diese Führung verwirklicht.» In seiner Rede kündigte Schacht eine neuerliche Reform der nicht reibungslos als verlängerter Arm des Staates funktionierenden Organisation der gewerblichen Wirtschaft an. Eine Reorganisationsphase im Verbandswesen begann. Vorausgegangen war eine Rationalisierungs- und Konzentrationsphase, die die des «ständischen Neuaufbaus» abgelöst hatte.

Die bei Hitlers Machtübernahme vorhandenen liberalen, auf freiwilligem Zusammenschluss beruhenden Wirtschaftsverbände und wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorgane, in erster Linie als Interessenvertretungen anzusehen, boten kaum die Gewähr für die vom NS-Staat erstrebte Durchdringung der Wirtschaft mit den neuen staatspolitischen Zielsetzungen.⁴⁹ Seit 1933 unternommene Anläufe, eine Neuorganisation der Wirtschaft, meist ohne Wirtschaftsfachleute, zu schaffen, die der staatlichen Wirtschaftsführung als Instrument diente, waren jedoch verschiedentlich fehlgeschlagen oder blieben in den Anfängen stecken. Die NS-Kampfbünde versagten. Unter Hugenberg wurden kommissarische Lösungsversuche insbesondere durch meist als gemässigt anzusehende personelle «Gleichschaltungen» unternommen.⁵⁰ Sehr rasch erkannten Verbände und Kammern, dass es in ihrem Interesse lag und für sie von Vorteil war, wenn sie in ihre Gremien Mitglieder wählten, die in Parteikreisen und in staatlichen Instan-

zen Einfluss und Mitsprachemöglichkeiten besaßen. Handwerk und Industrie erschien seit Mitte 1933 auch die Einführung des Führerprinzips als tragbar, häufig sogar als zu begrüßende Forderung, erhielt doch der Vorstand als Führer unbeschränkte Machtbefugnisse und erfuhr er in seinem Innen- und Aussenverhältnis eine Stärkung. Im Juni 1933 schlossen sich der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Gegenposition zur Arbeitsfront zum «Reichsstand der Deutschen Industrie» zusammen, untergliedert bereits in Gruppen und fachständische Untergruppen.⁵¹ Fritz Thyssen übernahm «in Personalunion mit der Führung der Gruppe Industrie die Führung der industriellen Fachgruppen Eisen und Metall». Entstanden war eine Unternehmerorganisation, die hinter den Schlagworten ständischer Ideen sowohl gegen einen Staatszentrismus gerichtet war als auch marktregelnde Bestrebungen verfolgte. In ähnlicher Weise organisierten sich 1933 sehr rasch vielerlei Interessengruppen unter neuen politischen Vorzeichen, ohne sich als Hilfsorgane des neuen Staates zu verstehen. Eine «Revolution der noch nicht Subventionierten» fand statt, während der sich oft Böcke zu Gärtnern machten und dabei Gremien mit 51 v. H. Nationalsozialisten eher nützlich waren. Von Schacht war 1935 der ironische Stossseufzer zu hören: «Wenn alle diejenigen, die zu Führern ernannt werden, auch wirkliche Führer wären – in welchem Paradiese würden wir leben! Aber die Führer sind spärlich gesät, es sind viel mehr Führerposten als Führer vorhanden.» Theo Keyser beobachtete in der Bergbauabteilung: «Wir wollten eine Rationalisierung des Handels durchführen. Wir hatten aber nicht schnell genug gehandelt, und nach wenigen Wochen trat anstelle des bisherigen Präsidenten des Kohleneinzelhandels ein Reichsführer des gleichen Kohleneinzelhandels auf, der die Interessen in gleicher Weise und mit zusätzlichem politischen Gewicht vertrat. Ähnlich ging es auf allen Gebieten ... Ich erinnere mich, dass wir aus solchen Reihen oft wörtlich die gleichen Eingaben bekamen wie vor dem 30.1.1933, nur mit geändertem Briefkopf.»⁵² Unberufene Elemente, beklagte Reichswirtschaftsminister Schmitt im Juli 1933 im «Völkischen Beobachter», würden Experimente machen, die Wirtschaft stören, sich Einflussphären schaffen und ihre Stellungen ausbauen wollen. Anknüpfend an die von dem Universalisten Othmar Spann (1887-1950) neubelebte ständestaatliche Gesellschaftslehre der deutschen Romantik wurde bis Mitte 1933 versucht, berufsständische Gliederungen zu realisieren. Wirtschaftsdemokratie sollte durch ständische Organisation ersetzt werden. Doch zu allgemeiner Überraschung wurde Spann plötzlich von Robert Ley

verfemt und als einer der bösartigsten Feinde des Dritten Reiches hingestellt.⁵³ Auf dem Nürnberger Parteitag im September 1933 ging man nur mit einigen Floskeln auf den Ständegedanken ein. Eiferer der Partei hatten entdeckt, dass sich das Aufkommen von Selbstverwaltung und von ständischem Eigenleben mit dem unverzichtbaren Führerprinzip nicht vereinbaren lasse.

Um dieser, der staatlichen Wirtschaftspolitik entgegensteuernden Entwicklung der ständisch verfassten Wirtschaftsverbände Einhalt zu gebieten, wurde unter Reichswirtschaftsminister Schmitt das «Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der Wirtschaft»⁵⁴ vom 27. Februar 1934 erlassen. Nur vom Reichswirtschaftsminister genehmigte Zwangsorganisationen der gewerblichen Wirtschaft waren fortan zugelassen, die sich überdies als staatliche Lenkungsinstrumente darbieten sollten. Unter Staatssekretär Feder wurde in der Folgezeit ein stark gefächertes Gruppenschema mit überbetontem Führerprinzip als Organisationsmodell der gewerblichen Wirtschaft aufgebaut, das sich aber in der Praxis als nicht funktionstüchtig und, zudem kritisiert von Grossindustrie und Wehrmacht, als nicht lebensfähig erwies.⁵⁵ Erst Schacht unternahm durch Verordnung vom 27. November 1934⁵⁶ (Aufbauverordnung) einen dauerhaften Lösungsversuch. Er führte die von der Wehrmacht geforderte Pflichtmitgliedschaft in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft ein, blockierte die von NS-DAP-Gruppen erstrebte ständische Durchgliederung der Industrie und «besorgte die Reorganisation der industriellen Selbstverwaltung im Sinne der Grossindustrie» (Esenwein-Rothe). Sie blieb eine Lobby gegenüber dem Ministerium.

Die von Schacht geschaffene Organisation hob sich deutlich von der Vertikalordnung des Reichsnährstands ab, gliederte sich in sieben Reichsgruppen (Industrie, Handel, Handwerk, Banken, Versicherungen, Energiewirtschaft und Fremdenverkehr), war ferner in eine Vielzahl von fachlichen und bezirklichen Gruppen untergliedert und umfasste die gesamte gewerbliche Wirtschaft, um Sammelbecken aller früheren freien Verbände zu sein. Als Krönung, Dachverband der gewerblichen Organisation, trat am 1. April 1935 die unmittelbar dem Reichswirtschaftsministerium unterstellte Reichswirtschaftskammer ins Leben.⁵⁷ Gleichzeitig erhielt sie auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums einen bis 1936 errichteten regionalen Unterbau mit bezirklichen Wirtschaftskammern, in die die schon im August 1934 der Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums unterstellten Industrie- und Handelskammern, die seit 1935 der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers unterstehenden Handwerkskammern und die bezirkli-

chen Organisationen der gewerblichen Wirtschaft integriert wurden. Eine grundlegende Neuerung war dadurch im Kammerwesen kaum eingetreten, doch zeigten sich sehr rasch Missstände durch eine bürokratische Überorganisation und lähmende Reibungen infolge unzulänglicher Kompetenzabgrenzungen zwischen Gruppen und Kammern. Um die Effizienz der gewerblichen Organisation zu verbessern, ordnete Schacht durch Reformerschluss vom 7. Juli 1936 einen grundlegenden Umbau mit dem ausdrücklich erklärten Ziel an: «Auf diese Weise soll die Organisation der gewerblichen Wirtschaft zu einem Instrument werden, das der Durchsetzung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik erfolgreich dienen kann.»

Dazu wurde die gesamte Industrie gewissermassen in den öffentlich-rechtlichen Sektor eingeführt, ihr aber gleichzeitig von Schacht mehr Selbstverwaltung durch Dezentralisierung öffentlich-rechtlicher Funktionen zugesichert. Schacht war kein Freund von staatlicher Bürokratisierung und Zentralisierung und wollte die sich mit dem verstärkenden Wirtschaftsdirigismus erforderliche Mittelinstanz zwischen Staat und Unternehmer nicht einem neuzuschaffenden staatlichen Behördenapparat übertragen, sondern erwartete und verlangte, dass diese Mittlerrolle von der dem Staat untergeordneten Organisation der gewerblichen Wirtschaft übernommen wurde. Die gleiche Absicht unterstrich der grundlegende Erlass vom 12. November 1936:⁵⁸ «Es muss erreicht werden, dass mein Ministerium sich in Zukunft weitgehend auf die Aufstellung allgemeiner wirtschaftspolitischer Richtlinien beschränken kann, während die Ausführung der Weisungen den Gruppen und Kammern in eigener Verantwortung unter meiner Aufsicht obliegt.» Hatte Reichswirtschaftsminister Schmitt mit der Auflösung marktregelnder Verbände gedroht, wurden sie von Schacht, Vorstellungen der Grossindustrie entgegenkommend, nicht nur zugelassen, sondern der «Selbstverwaltung der Wirtschaft» sogar eine Mitverantwortung und Mitsprache bei marktregelnden Massnahmen zugestanden. Auch eine Personalunion zwischen Leitung und Geschäftsführung der Gruppen und Kammern mit denen von marktregelnden Verbänden wurde nicht völlig ausgeschlossen. Mehr als alle anderen vorangegangenen «Gleichschaltungsprozesse» nahm die von Schacht betriebene, zeitlich verzögerte «Gleichschaltung» der gewerblichen Interessenvertretungen auf die Betroffenen Rücksicht. Die Wirtschaft sollte dem unmittelbaren Zugriff der politischen Instanz entzogen bleiben. Andererseits suchten auch Wirtschaftsverbände und Handelskammern zu Zeiten Schachts den nicht immer

erfolgreichen Schutz des Reichswirtschaftsministeriums gegen Aktionen der Partei, hinter der häufig die Autorität der obendrein als Territorialherren auftretenden Gauleiter stand. Jahrelang hatte Schacht den Stettiner Handelskammerpräsidenten gegen die Angriffe von Gauleiter und Oberpräsident Schwede-Coburg in Schutz genommen, der selbst in der Teilnahme Schachts an einer Stettiner Kammertagung eine persönliche Brückierung in seiner «eigenen Gauhauptstadt» erblickte. Im Frühjahr 1939 führte Regierungsrat Schornstein vom Reichswirtschaftsministerium offenbar ahnungslos vertrauliche Gespräche mit dem Hauptgeschäftsführer, ohne Schwede-Coburg zuvor zu unterrichten. Schornstein wurde in Stettin von der SS aufgegriffen und musste mit Zugbegleitung wieder nach Berlin zurückfahren. Funk half nicht.

Von der Erkenntnis geleitet, dass Staat und Wirtschaft zwei unterschiedliche, möglichst zu trennende Komplexe darstellen und politische Kalküle nicht von vornherein und stets mit ökonomischer Rationalität vereinbar sind, vermied es Schacht offensichtlich, die Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung einer vergleichbar straffen Führungsgewalt zu unterwerfen wie sie in der Land- und Ernährungswirtschaft durch die Personalunion von Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft oder in der Deutschen Arbeitsfront Leys gegeben war. An der Spitze der wirtschaftlichen Selbstverwaltung fehlte bezeichnenderweise eine Führung mit absolut autoritärer Macht⁵⁹, ein mit Staatsvollmachten ausgestatteter Diktator. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung war als Instrument mit Doppelcharakter konzipiert, sie sollte Instrument des Staates und zugleich der Wirtschaft sein und verlangte daher für ihr Funktionieren eine beiderseitige Anpassung. Der Staat brauchte die Wirtschaft, insbesondere die Grossindustrie und überliess ihr Betätigungsräume, während die Wirtschaft wusste, was sie an einem Staat hatte, der ihr zu Hochkonjunktur verhalf. «Die Crème der deutschen Industrie in Präsidium und Beirat der Reichsgruppe und die vielen anderen Industriellen, die ich hier sehe», schrieb 1935 der damalige Mitarbeiter der Reichsgruppe Industrie, Rolf Lahr, Jahre später Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, «sind nur zum kleinsten Teil überzeugte Nationalsozialisten. Sie haben – von wenigen spektakulären Ausnahmen abgesehen – den Nationalsozialismus nicht herbeigeführt und stehen ihm mit Vorbehalten gegenüber. Die zunehmende staatliche Wirtschaftsführung ist nicht nach ihrem Geschmack, der totale Staat nicht ihr Fall.»⁶⁰ Die Anerkennung des Führerprinzips sowie

die Pflichtmitgliedschaft stellten indes aus staatlicher Sicht unverzichtbare konstitutive Grundelemente der wirtschaftlichen Selbstverwaltung dar, um mit ihrer Hilfe sämtliche Unternehmungen zu erfassen und den staatlichen Weisungen unterwerfen zu können.⁶¹

Auf diese Weise an die «lange Leine» des Staates gelegt, entwickelte sich die Beziehung zwischen Staatsverwaltung und wirtschaftlicher Selbstverwaltung dennoch nicht zu einem Verhältnis unbedingter Subordination unter die Befehlsgewalt des Staates. Kein Staat konnte in der bisherigen Geschichte die Interessen einer mächtigen privaten Industrie völlig vernachlässigen. «In meinem Dienstbereich», erinnerte sich Ministerialdirektor Wohlthat, Leiter der Abteilung Devisenbewirtschaftung, «wurden wichtige Erlasse meist vorher mit den Leitern der Organisationen der privaten Wirtschaft besprochen.» «In den mir bekannten Bereichen der Handelspolitik, der Aussenhandelsförderung durch Nachrichten- und Auskunftsdienst, des Referats Glas und Keramik und der gelegentlich vertretungsweise betreuten Referate wurden Weisungen und Entscheidungen fast ausnahmslos durch Befragungen und Besprechungen mit den Geschäftsführungen der Wirtschaftsorganisationen und den massgeblichen Wortführern der Wirtschaft vorbereitet», so Ministerialrat Pohlmann. Rund 60 befragte höhere Beamte des einstigen Reichswirtschaftsministeriums bestätigten das weitgehend enge Einvernehmen und die oft gute Zusammenarbeit mit den konsultierten Wirtschaftsverbänden, mit der Industrie und ihren Wortführern bei zu treffenden staatlichen Massnahmen.⁶² Das Reichswirtschaftsministerium suchte unter Schacht das Einvernehmen mit den Verbänden, stimmte sich mit ihnen ab, bemühte sich, «begründeten Wünschen» Rechnung zu tragen oder pflegte geplante Erlasse bezüglich ihrer Durchsetzbarkeit mit den zuständigen Verbänden zu erörtern. Ein zeitweilig gespanntes Verhältnis zu einzelnen Verbänden (so beispielsweise zum Sparkassen- und Giroverband) war in dem erklärten Bestreben nach praktikablem Einvernehmen freilich nicht auszuschliessen. Doch wird man insgesamt bei diesem System der Zusammenarbeit und Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft sicher nicht von dem Klischee einer einseitig zugunsten des stärkeren Staates und zu Lasten der Wirtschaft gewichteten Rollenverteilung ausgehen, noch umgekehrt die ideologisch und parteipolitisch motivierten Vorstellungen des von Monopolen okkupierten Staatsapparats als hilfreiches Erklärungsmodell ansehen können.⁶³ Nicht die Industriewirtschaft, sondern der Staat drängte nach umfassender Organisation, um neue Steue-

rungsaufgaben erfüllen zu können und so funktionsfähig zu bleiben. Der Staatsinterventionismus verstärkte sich. Nur konnten die harten Tatsachen wirtschaftlicher Sachzwänge auch durch politische Machtsprüche nicht ignoriert werden, es sei denn, es gelänge diesen, zugleich gegebene wirtschaftliche Rahmenbedingungen grundlegend zu verändern.

3. Der «Neue Plan». **Aussenhandel und Devisenbewirtschaftung**

Mit dem sich seit der Weltwirtschaftskrise verstärkenden, auf die Binnenkonjunktur gerichteten wirtschaftlichen Nationalismus sowie der gleichzeitigen weltwirtschaftlichen Umformung und Schrumpfung wandelten sich auch die Umgangsformen im gegenseitigen Handelsverkehr. Der Grundsatz vom allseitigen freien und unbeschränkten Handel galt nicht mehr. Mehr und mehr trat an die Stelle der unbeschränkten Meistbegünstigung die beschränkte Begünstigung, die auf Gegenseitigkeit gewährt wurde, oder wurde die Meistbegünstigung mit der Gegenseitigkeit, mit Kontingentsystemen, mit Zöllen und anderen aussenwirtschaftlichen Beschränkungen verquickt. Von den Kontingentverträgen bedurfte es nur noch eines Schrittes, um zur Urform des gegenseitigen Warenaustauschs zu gelangen, zum Kompensationsgeschäft, zum Tausch von Ware gegen Ware. Rohstoff- und kapitalarme Länder beschränkten im Allgemeinen zuerst den Weg des gegenseitigen festen Warenaustausches. Vorausgegangen waren dem kontingentierten Gütertausch gewöhnlich staatliche Eingriffe der Schuldnerländer in den Geld- und Kapitalverkehr mit dem Ausland. Deutschland sowie 14 andere europäische und 7 überseeische Länder waren 1931 gezwungen, eine Devisenbewirtschaftung einzuführen, um den gefährlichen weiteren Abfluss von Gold und Devisen zumindest aufzuhalten. Die bestehenden Schwierigkeiten im Handelsverkehr wurden aber dadurch nicht gemindert, sondern sehr rasch noch vergrößert. Trotz der eingeführten Exporterleichterungen für «zusätzliche Ausfuhr» durch kompliziert zu handhabende Dollarbonds, Spermark, Registermark und Scrips⁶⁴ verwandelte sich der deutsche Ausfuhrüberschuss von 2,87 Mrd. RM im Jahr 1931 in einen Einfuhrüberschuss von 0,21 Mrd. RM im ersten Halbjahr 1934 (1934 Defizit insgesamt: 0,28 Mrd. RM). Bereits knapp ein Jahr nach Hitlers Machtübernahme lastete auf der deutschen Wirtschaft eine schwere Devisenkrise, die sich offenbar nicht auf dem Wege einer notwen-

digen Exportoffensivebewältigen liess. Das schon am 1. Juli 1933 erlassene teilweise Transfermoratorium für Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland musste ungeachtet des Widerstands der Gläubiger und ihrer Treuhänder vom 1. Juli 1934 ab in ein volles Transfermoratorium umgewandelt werden. Es war eine Bankrotterklärung.

Das 1934 hereingebrochene absolute Tief der deutschen Exportkurve zwischen den beiden Weltkriegen hing wesentlich mit dem weitgehenden Verlust der traditionellen deutschen Fertigwarenmärkte in Europa zusammen. Boykott- und Gegenboykottbewegungen trugen mit dazu bei.⁶⁵ Vor diesem Hintergrund war plötzlich 1933 die Sowjetunion zum grössten und gern kreditierten Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse geworden. Schon im April 1933 empfahl deshalb Reichsaussenminister von Neurath dringend die bisher nicht vollzogene Ratifikation des 1931 verlängerten deutsch-sowjetischen Handelsvertrages und erhielt sogleich Hitlers Einverständnis, nur sollte darüber nichts veröffentlicht werden.⁶⁶ Millionengeschäfte wurden seitdem mit der Sowjetunion getätigt, die Nahrungsmittel, darunter – heute unvorstellbar – Butter und Eier nach Deutschland lieferte und vor allem ihre Schulden bis Anfang 1935 mit purem Gold und sonstigem Edelmetall, 1933/34 im Wert von 429 Mio. RM, beglich, die der Hitler-Regierung damals über prekärste Devisenengpässe hinweghalfen.

Je dramatischer sich die deutsche Devisenlage seit dem Frühjahr 1934 zuspitzte, umso mehr wuchs die Reichsbank als Devisen verwaltende und verteilende Instanz im Rahmen der Aussenhandelspolitik in eine diktatorische Position hinein. Um die ansonsten unumgängliche Kündigung von Devisenabkommen zu vermeiden, verlangte sie schon im Mai von den zuständigen Ressorts eine Senkung der Devisenkontingente, den Erlass von Einfuhrverboten für Kolonialwaren (Kaffee, Tee, Tabak, Gewürze) und neue Transfer-Verhandlungen mit Ländern, mit denen Devisenabkommen bestanden.⁶⁷ Ohne Rücksicht auf die steigende Inlandsnachfrage ging es bereits bei den im Frühjahr 1934 laufenden Handelsvertragsverhandlungen darum, die Einfuhr nach Deutschland, soweit entbehrlich, einzuschränken. Verrechnungsabkommen mit Gläubigerländern sollten zumindest suspendiert werden, während sie mit Ländern, die Deutschland einen Handelsbilanzüberschuss garantierten, höchst willkommen waren. Die zu Handelsvertragsverhandlungen nach Südamerika entsandte Delegation unter dem Gesandten Kiep erhielt zur «Hauptaufgabe», «den devisenfreien Bezug von Rohstoffen aus Südamerika zu sichern».

Bereits im Frühsommer begann durch die Reichsbank und im Rahmen des Handelspolitischen Ausschusses die Umsteuerung der deutschen Aussenwirtschaft zum zweiseitigen Verrechnungshandel, für den bezeichnenderweise der Hamburger Bankier und Handelskammerpräsident Hübbe schon 1933 eingetreten war.⁶⁸ Seit Ende Juli 1934 erfolgte die definitive Konzeption von Schachts «Neuem Plan» in Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium, das zunächst mehr einer Einfuhrbewirtschaftung mittels Einfuhrscheinen nach dem Krogmann-Plan zuneigte. Das Modell der Reichsstelle für Fette stand bei der Projektierung des «Neuen Plans» Pate. Die Billigung Hitlers für seinen Plan fand Schacht spätestens in zweitägigen Besprechungen am 24./25. August, zu denen zur Wahrnehmung des Aufrüstungsinteresses die Generäle v. Blomberg und v. Reichenau hinzugezogen worden waren.⁶⁹ Schon im August lief die Anpassung der Aussenwirtschaft an die Grundsätze des «Neuen Plans». Bereits geschlossene Verrechnungsabkommen, zuerst im Jahre 1932 geschehen, blieben davon unberührt. «Es besteht Einverständnis darüber, dass der Warenverkehr aus denjenigen Ländern, mit denen Verrechnungsabkommen bestehen (insbesondere südosteuropäische Länder, Randstaaten und nordische Länder) praktisch von dem neuen Plan nicht betroffen wird» (28. Aug. 1934). Durch «Verordnung über den Warenverkehr» vom 4. September 1934 erfuhr die Öffentlichkeit von der Existenz des «Neuen Plans» und den damit verbundenen Kompetenzerweiterungen des Reichswirtschaftsministers. Nach den Grundsätzen des «Neuen Plans» sollte erstens nur so viel eingeführt werden, wie durch Ausfuhr bezahlt werden konnte, zweitens die Einfuhr nach dem Grade der volkswirtschaftlichen Dringlichkeit erfolgen und drittens bevorzugt von solchen Ländern gekauft werden, die auch bereit waren, deutsche Waren in ausreichendem Masse abzunehmen. Noch deutlicher wurde die Wiedergeburt merkantilistischen Ideenguts in der Forderung der Reichsbank nach zu erzielenden Leistungsbilanzüberschüssen fassbar sowie in Beschlüssen des Handelspolitischen Ausschusses, wie beispielsweise den vom 18. September 1934, der grundlegende Strukturverschiebungen der deutschen Importe verlangte, «da Deutschland bei seiner gegenwärtigen Devisenlage in erster Linie die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten fördern und die entbehrlichen Fertigwaren zurückdrängen muss».

Mit der Durchforstung der deutschen Einfuhren nach notwendigen oder für die Wirtschaft erwünschten Gütern, auch unter «wehrpolitischen Gesichtspunkten», sowie nach entbehrlichen Waren, deren Import zu drosseln,

zu substituieren oder zu unterbinden war, kamen zwangsläufig virulente autarkistische Bestrebungen zum Zuge. Um den Export Südosteuropas nach Deutschland zu diversifizieren und auf diese Weise zu erhöhen, wurde andererseits auf Veranlassung der I.G.-Farbenindustrie der Anbau der Sojabohne in Rumänien und Bulgarien begonnen. Die wegen ihres Fett- und Eiweissgehaltes ernährungswirtschaftlich wertvollen Sojabohnen wurden dann auf dem Verrechnungswege nach Deutschland ausgeführt. Das Diktat der leeren Devisenkassen bestimmte die Aussenhandelspolitik. Insofern sie sich darauf beschränkte, nur noch die möglichst niedrig zu haltende Einfuhr lebensnotwendiger Güter zu sichern, gezielte die multilateralen Handelsbeziehungen des alten Weltmarktes kappte und in ein Gewirr von bilateralen Pendelbeziehungen auflöste und den Weltmarkt dadurch noch mehr in Unordnung brachte, erwies sie sich daher notwendig sowohl als Wegbereiter von autarken Bestrebungen nach grösstmöglicher Eigenversorgung als auch von grossraumwirtschaftlichen Lösungen auf bilateraler Basis. Selbstgenügsam, auf den eigenen Raum beschränkt, wollte und konnte man nicht sein. Das gleichzeitige Bestreben, die Exportmöglichkeiten der Balkanländer zu steigern, um dadurch auch die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten in diese Länder zu erhöhen, war dafür ein Beweis.

In seinen Erinnerungen rechtfertigte Schacht die durch staatliche Aussenhandelslenkung auf die jeweils vorhandenen Zahlungsmöglichkeiten reduzierte, bilateralisierte Einfuhr als unter den damals gegebenen Umständen einzigen Weg zur aussenwirtschaftlichen Belebung und um den deutschen Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu decken.⁷⁰ Dass die Verwirklichung des «Neuen Plans» mit seiner Bürokratisierung der Aussenwirtschaft, weil unrationell und wirtschaftswidrig, Aufruhr und Protest im Ausland auslösen und von den deutschen Exporteuren keinesfalls beifällig aufgenommen werden würde, sah Schacht voraus und argumentierte damals – wie auch seine nächsten Mitarbeiter – für den «Neuen Plan» aus der Position des überzeugten Gegners der Zwangsjacke der Zweiseitigkeit. In einer Ansprache in Weimar am 29. Oktober 1934 sagte er: «Ich erkläre Ihnen, dass ich diesen sogenannten Neuen Plan, den wir eingeführt haben, für etwas Scheussliches halte. Aber es ist ohne dieses Verfahren nicht durchzukommen.»⁷¹

Die naheliegende Abwertung der Reichsmark, als eine mögliche Alternative zur Wiederankurbelung vor allem eines verbilligten deutschen Exports wurde zwar immer wieder vorgeschlagen und von englischer Seite gefordert, stiess aber von Anbeginn auf die entschiedene Ablehnung der

auf Reichsmarkstabilität und insbesondere auf stabile Preise und Löhne im Inland gerichteten Politik der Reichsspitze und insbesondere der Reichsbank.⁷² Eine Devaluation hätte die Kosten der Produktion durch Importverteuerungen und Lohnsteigerungen jedenfalls erhöht. Die folgenden Jahre zeigten zudem, dass die gewaltig belebte Binnenkonjunktur dem Export nur noch verhältnismässig geringen Spielraum liess. Auch hätten für eine von einer Mark-Abwertung begünstigte, rein hypothetische deutsche Exportoffensive insofern die ungünstigsten Voraussetzungen bestanden, als Devisenbewirtschaftung und Transfermoratorium unbedingt aufrecht erhalten werden mussten, solange eine Auslandsverschuldung von rund 19 Mrd. RM (1933) auf Deutschland lastete und der angesichts des Antisemitismus drohende Abfluss geschätzter jüdischer Vermögenswerte von über 10 Mrd. RM verhindert werden sollte. Bei einer Reichsmark, die vom internationalen Devisenverkehr abgekoppelt war und blieb und zudem immer stärker an die Pumpe der Kreditausweitung angeschlossen wurde, gab es nicht mehr die Alternative «Neuer Plan» oder Devaluation, sondern bestenfalls zu der einen Notlösung die Alternative einer anderen. Hitlers öffentliche Stellungnahme gegen eine Abwertung beendete die Diskussion darüber.

Seit dem Wirksamwerden des «Neuen Plans» war der deutsche Export nicht mehr ausfuhr-, sondern einfuhrorientiert. Nicht Verbraucher oder Importeure disponierten über Art und Menge der Einfuhrgüter, sondern staatliche Steuerungsorgane regulierten die Einfuhr und bestimmten das Angebot. Das Bestreben, durch gesteigerten Export mehr Arbeitsplätze zu schaffen, fehlte völlig. Der staatlich dirigierte zweiseitige Warenverkehr mit Verrechnung war teurer und zeitaufwendiger als der traditionelle Freihandel mit gegenläufigem Devisenverkehr, lähmte oft privatwirtschaftliche Initiativen und wurde in Kreisen der deutschen Aussenwirtschaft ebenfalls mehr als notwendiges Übel angesehen. Schachts «Neuem Plan» gingen seit Anfang 1934 nicht wenige, teilweise unmittelbar von Aussenhandelskreisen initiierte «neue Planungen» zur deutschen Aussenwirtschaft voraus (Krogmann-Plan, Menke-Plan, Kessler-Plan, von Engelbrechten-Plan usw.)⁷³, deren Vorschläge bei der erfolgten Neuordnung aber nicht völlig unberücksichtigt blieben. Jedenfalls kam Schacht Forderungen der Exportwirtschaft nach Zulassung von privaten Verrechnungs- und Kompensationsgeschäften, nach einer Beteiligung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung an der Einfuhrplanung und nach kontingentierenden Regelungen im zwischenstaatlichen Warenverkehr entgegen. «In einem Einfuhrausschuss,

der von den branchenmässig gegliederten Reichsstellen die erforderlichen Unterlagen erhielt, wurden in einer bis ins Einzelne gehenden ‚Generalstabsarbeit‘ der notwendige Einfuhrbedarf und die zu erwartende Ausfuhr­gütermenge sowie die sonst zur Verfügung stehenden Devisenbeträge fest­gestellt und danach die notwendigen Weisungen an die Leiter der deutschen Handelsdelegationen erteilt.«⁷⁴ Die Reichsstellen bzw. ihre Vorläufer, die Überwachungsstellen der Wirtschaftsgruppen waren «insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung der internationalen Handelsvereinbarun­gen massgeblich beteiligt», bestätigte Ministerialrat Janke.⁷⁵ Schon 1934 ausgesprochene Warnungen, dass die Kontingentierungshandhabung letztl­ich in die Hände der Grossindustrie fallen würde, blieben zunächst unbe­achtet. Im deutschen Iran-Geschäft besass zeitweilig die Ferrostaal AG., Essen (Gutehoffnungs-Hütte) eine Quasi-Monopolstellung. Anfangs hatten sich an der Einfuhr interessierte Firmen, vom «Pfad der Tugend» abwei­chend, auch an fremde Vertretungen gewandt, «um diese zu einer Interven­tion zu veranlassen». Ein Ostasienexporteur schrieb 1939 an Hitler, es sei Tatsache, «dass mit dem ‚Neuen Plan‘ den Kaufleuten und Industriellen ein Riesengeschenk gemacht worden» sei, «indem ihnen niemand ihren Handel streitig machen kann und sie ihn wie ein Privileg innehaben».⁷⁶

Als Folge der Zerlegung des Welthandels in einen bilateralen Verrech­nungshandel wurde es notwendig, nach kurzer Zeit wieder zu regulierende «Verwaltungsabkommen» zu schliessen, die den «Katalog der auszutau­schenden, für Ein- und Ausfuhr auf beiden Seiten vorgesehenen Güter nach Art und Menge enthielten». Als nachahmenswertes Beispiel galten die im britischen Commonwealth eingeführten Präferenzzölle. «Dass durch eine allgemeine Einführung dieser Wirtschaftspolitik», so rückblickend Ministe­rialdirigent Daniel, «ein erschreckendes Durcheinander in den aussenwirt­schaftlichen Beziehungen zwischen den nationalen Wirtschaftsräumen ent­stehen musste, wurde in Kauf genommen.»⁷⁷ Bei der Durchsetzung des «Neuen Plans» stellten sich daher begreiflicherweise erhebliche Anlauf­schwierigkeiten ein. Durch Steuerung musste eine gravierende Umschich­tung und geographische Umpolung der Importe und Exporte herbeigeführt werden. Immer bestand die Gefahr, dass der fundamentale Satz von der Komplementarität der Produktionsmittel eklatant verletzt wurde. Enorme Reibungsverluste entstanden im Zuge der Bürokratisierung des Güter­tauschs durch Prüf-, Genehmigungs-, Verrechnungs- und Überwachungs­verfahren. Wartezeiten und Hemmungen im buchmässigen Verrechnungs-

verkehr, Schwierigkeiten bei der Währungsabstimmung und bei den Preisfestsetzungen brachten Verluste. Schachts Erklärungen vor dem Nürnberger Parteitag im September 1935, dass sich 83% des deutschen Aussenhandels im Wege des «Naturaltauschs» vollziehe und nur 17% mit freien Devisen abgewickelt werde, wirkte durchaus nicht ermutigend. In seiner Rede vor dem gleichen Parteitag setzte Hitler das Ziel, «das geradezu prähistorisch anmutende Tauschgeschäft wieder in ein freies und modernes Geschäft zu verwandeln.»⁷⁸ Und ein geheimes Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums von Mitte 1936 zog die negative Bilanz: «Die Versuche, aus der Zerstörung des multilateralen Zahlungsverkehrs wenigstens durch zweiseitige Zahlungsabkommen notdürftige Behelfe für den Gütertausch zu schaffen, haben sich nicht bewährt.»⁷⁹

Die anfangs grundsätzliche Ablehnung des Auslandes gegen den deutschen Verrechnungshandel und das keineswegs undurchlässige deutsche Vollmoratorium manifestierten sich sogleich im eingeführten oder angeordneten Zwangsclearing durch Gläubigerländer und einige Passivpartner im Handelsaustausch. Deutsche Handelsbilanzüberschüsse wurden zwangsweise zur Bedienung alter Schulden in Anspruch genommen. Zähe, immer wieder erfinderische und oft um verschiedenste Konzessionen feilschende Verhandlungen waren nötig, um dauernde Konflikte zu vermeiden.⁸⁰ Anfang November 1934 kam daraufhin mit England ein Zahlungsabkommen mit der 55:100-Klausel zugunsten der deutschen Ausfuhr zustande, das die Bedienung der Reparationsanleihen und die Tilgung alter, durch Schachts Vermittlung von der Bank von England zwischenfinanzierter Handelsschulden ermöglichte. Mit Zwangsclearing drohten die für die deutsche Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung (Kautschuk, Zinn, Erdöl) wichtigen Niederlande, mit denen durch Schacht und Hartenstein bis Anfang Dezember 1934 ein den Reise- und Frachtverkehr einbeziehendes Verrechnungsabkommen ausgehandelt wurde, das ebenfalls inkriminierte alte Handelsschulden abdecken sollte. Auch mit Schweden, das vorübergehend gleichfalls mit Zwangsclearing gedroht hatte, mit Belgien, Finnland und dem bedeutenden Gläubigerland Schweiz wurden bis Ende 1934 Warenverrechnungsabkommen vereinbart, die aus der Handelsbilanz einen Aktivsaldo zugunsten Deutschlands, namentlich zur Abtragung alter Schulden, sicherstellten. Der Reiseverkehr von Deutschland nach Belgien wurde erst 1936 wieder aufgenommen. Zum Ausgleich der Zahlungsbilanz mit Italien, dem man Zinstransferierung aus der Dawes- und Young-Anleihe zusicherte, wurde ein Junctim zwischen Reiseverkehrsabkommen und

italienischen Kohlenbestellungen hergestellt. Rigoros lehnte Schacht die «Zusicherung einer Devisenspitze» an Polen, mit dem Kompensationsgeschäfte betrieben wurden, ab. Auch die Zahlungsverpflichtungen gegenüber Polen, darunter für den Korridor-Verkehr jährlich 30 Mio. RM in Devisen, wollte er nur durch eine verstärkte deutsche Warenausfuhr erfüllen. Mit Rumänien lief ein grösseres Kompensationsgeschäft, dessen Ausweitung aber im November 1934 ausgeschlossen wurde, «da Warengeschäfte mit dem Nebenziel einer politischen Einflussnahme in anderen Staaten nach einer Entscheidung des Führers und Reichskanzlers ein für alle Male untersagt sind.» Ein für alle Male?

Eine Instrumentalisierung der Aussenwirtschaft zugunsten aussenpolitischer Ziele hat es während der ersten Jahre nach Hitlers Machtübernahme nicht gegeben und wird aus dem Text der Protokolle des Handelspolitischen Ausschusses auch nicht ersichtlich. Um grosszügig Handelsgeschenke zu verteilen und sich dadurch politische Vorteile zu verschaffen, dazu fehlten während der deutschen Devisen- und Exportkrise dieser Jahre die Mittel. Auch den politisch Verwandten gegenüber kannte die Handelspolitik anfangs keine oder bestenfalls in Kleinigkeiten grosszügige Rücksichten. Zu einem Opfergang der Aussenwirtschaft zugunsten aussenpolitischer Zielsetzungen hätte sich Schacht, dem in allen schwierigen aussenwirtschaftlichen Fragen die letzte Entscheidung ausdrücklich vorbehalten blieb, auch kaum bereit gefunden. «Von meiner Dienststelle aus», so Ministerialdirektor Wohlthat, «konnte ich beobachten, dass die gesamte Aussenhandelspolitik nach seinen Vorstellungen geführt wurde, und dass alle beteiligten Ministerien – auch das Auswärtige Amt – seinen Vorschlägen folgen.»⁸¹ Reichsaussenminister von Neurath war ein auch der Überzeugungskraft Schachts leicht zugänglicher Gentleman. Insbesondere die Devisenbewirtschaftung führte zu einer Aushöhlung der Zuständigkeiten der klassischen handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts bzw. ihrer Nachfolgeeinrichtungen, der überwiegend territorial gegliederten politisch-wirtschaftlichen Abteilungen II bis IV, seit der Reorganisation des Auswärtigen Amts 1936 wieder zu einer Abteilung unter dem weitläufigen Karl Ritter vereint. Wirtschaftsspezialisten des Reichswirtschaftsministeriums standen bis 1937 häufig an der Spitze von Handelsdelegationen vor allem bei schwierigen Verhandlungen und bewiesen zu Zeiten Neuraths, dass Diplomaten in aussenwirtschaftlicher Mission entbehrlich sein konnten.

Nicht die deutsche, damals auf Übereinkommen mit Grossbritannien fixierte Aussenpolitik während der Schacht-Ära, sondern in erster Linie die

in den Donauländern am ehesten durchsetzbaren Zielsetzungen des «Neuen Plans» gaben den Anstoss für die eigentümliche und an sich naheliegende Südostorientierung der späteren deutschen Grossraumpolitik.⁸² Die über begehrte Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte verfügenden Donau- und Balkanländer unterwarfen sich den Regeln des Verrechnungshandels, drohten im Allgemeinen auch nicht bei sehr starkem deutschen Passivsaldo sogleich mit Repressionen und liessen sich durch gewährte Kredite gegebenenfalls zu weiteren Lieferungen anstacheln. Sogar das auf Devisenzuflüsse angewiesene und von britischfranzösischen Finanzgläubigern abhängige Rumänien liess sich von Schacht und Wohlthat in ein Verrechnungsabkommen auf Gegenseitigkeit einbinden und behielt nur seinem Mineralölexport eine Sonderregelung vor. Der im März 1935 von Schacht unterzeichnete deutsch-rumänische Handelsvertrag, ergänzt durch verschiedene vertrauliche und geheime Vereinbarungen, ging von einer deutschen Ausfuhr nach Rumänien von jährlich 50 Mio. RM aus, die sich aber im Interesse des Ausgleichs der beiderseitigen Zahlungsbilanz auf nur 60% der rumänischen Ausfuhr nach Deutschland belaufen sollten.⁸³ Als Schacht im Sommer 1936 in neuntägiger Reise vier Hauptstädte Südosteuropas besuchte, befand sich Deutschland mit allen diesen Ländern im Debetsaldo. Der mit hohen Orden ausgezeichnete, nie in der Diskussion um Worte verlegene Schuldner machte den ärmeren Gläubigern seine Aufwartung und warb um Unterstützung, indem er ihnen zugleich Hilfe zu steigendem Wohlstand versprach. Überall drängte Schacht zu Käufen in Deutschland und offerierte namentlich auch Kriegsgerät. Um Druck auf den griechischen Ministerpräsidenten Metaxas auszuüben, gebrauchte Schacht die diplomatische Finte, dass er für eine Entwertung des griechischen Aktivsaldo «im Falle der Abwertung der Reichsmark keine Gewähr übernehmen könne, und dass er rate, bald zu kaufen».⁸⁴ Bukarest mied Schacht, weil Deutschland auf handelspolitische Massnahmen Rumäniens damals mit einem vorläufigen Einkaufsverbot rumänischer Waren reagierte. Dem ungarischen Ministerpräsidenten v. Daranyi versprach Ministerpräsident Göring einige Monate später, für zusätzliche ungarische Lieferungen von Fett, Schweinen und Mais im Gegenwert ebenfalls Waffen bereitzustellen. Also Kanonen für Butter.⁸⁵ Auch die Fortsetzung der Balkanreise im Herbst 1936 nach der umworbenen Türkei und dem deutschfreundlichen Iran unternahm Schacht wiederum in Länder, deren Handelsbeziehungen sich unter dem «Neuen Plan» besonders günstig, d.h. defizitär für Deutschland

entwickelt hatten. In dem zwischen Deutschland und dem Iran im Oktober 1935 geschlossenen Zahlungsabkommen war vereinbart, dass der Iran deutsche Waffenlieferungen wie bisher in effektiven Devisen zu bezahlen habe. Sich durch Waffengeschäfte Handelsvorteile zu verschaffen, gehörte spätestens seit 1935 zu den auch von Hitler nachdrücklich unterstützten Kalkülen der deutschen Aussenhandelspolitik.

Im Juni 1935 äusserte Hitler wegen der prekären Devisenkrise Reichskriegsminister v. Blomberg gegenüber den Wunsch, «dass die Ausfuhrförderung auch auf dem Waffen- und Munitionsgebiete einen möglichst starken Antrieb» erhalten sollte und stimmte der dazu erforderlichen Aufhebung des den deutschen Waffenexport unterbindenden Kriegsgerätegesetzes von 1927 zu. Die Annullierung geschah im Zusammenhang mit dem Wiedererlangen der deutschen Wehrhoheit durch zuerst geheim erlassenes und schliesslich im November 1935 verkündetes Gesetz.⁸⁷ Auch für die geschäftliche Abwicklung des deutschen Waffenexports wurde ein Selbstverwaltungsorgan der Industrie geschaffen, durch «freien» Zusammenschluss von zunächst 75 Rüstungsfirmen die «Ausfuhrgemeinschaft für Kriegsgerät» – anfangs als Abteilung der Reichsgruppe Industrie – im November 1935 gegründet. Ausser von militärischen Stellen wurde die Tätigkeit der A.G. K. vom Reichswirtschaftsministerium und vom Auswärtigen Amt überwacht und war seit Herbst 1936 an die Weisungen der Vierjahresplan-Organisation Görings gebunden. Der ehemalige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Ernst Trendelenburg, übernahm als Leiter der Reichsgruppe Industrie bis 1938 auch die Leitung der A.G.K. Die mit dem Waffenexport verknüpften Hoffnungen erwiesen sich als übertrieben. Der privatwirtschaftliche Kriegsgeräteexport (Ausfuhrbewilligungen) erbrachte 1936 50,6 Mio. RM (das waren rund ein Prozent der deutschen Gesamtausfuhr), beanspruchte teilweise erhebliche Mittel der Ausfuhrförderung bei Flugzeugen durchschnittlich 35% – und holte obendrein nur einen äusserst minimalen Prozentsatz an freien Devisen herein. Der Schuldner musste namentlich seinen südosteuropäischen Gläubigern Konzessionen machen. Aus der Sicht des A.G.K.-Berichts von 1937 diente auch der Waffenexport dem «Neuen Plan»: «Da die grossen Balkengeschäfte des Jahres 1936 der Festigung bestehender Freundschaften und dem Abbau von Clearingspitzen gedient hatten, konnten bei den Anschlussgeschäften 1937 in der Regel keine verbesserten Bedingungen erzielt werden.»⁸⁸

Seit Einführung des «Neuen Plans» gab es handelspolitische Verhandlungen in Permanenz, waren gegenseitige Interessen zu koordinieren, für

deutsche Wünsche und Schwierigkeiten im Ausland Verständnis geweckt und nicht selten trickreich geworben, sollten Konflikte vermieden werden, war die «Bardevis» gegen die «Warendevis» zu ersetzen und sollte auf diese Weise möglichst die deutsche Zahlungsbilanz ausgeglichen werden. Die zwangsweise Verkoppelung des Aussenhandels mit Transferzugeständnissen wirkte keineswegs exportfördernd. Zuerst wurde in dem Verrechnungsabkommen mit Frankreich vom Juli 1934 eingeräumt, dass die Zinsen auf die Reparationsanleihen voll bedient werden würden, soweit ein deutscher Ausfuhrüberschuss von 15,75% im Handel mit Frankreich die nötige Deckung dafür böte. Bis Ende 1936 liefen die handelspolitischen Verhandlungen mit Frankreich immer wieder auf eine Reduzierung der französischen Ausfuhren nach Deutschland hinaus, damit keine Kürzung des freien Saldos der Reichsbank erfolgte.

Schacht trieb eine von Hitler gebilligte Wirtschaftspolitik, die bis an die Grenzen des Möglichen ging und es sogar zuliess, seit Ende 1934 «das Zeitmass der Aufrüstung» zu verschärfen, ohne dass sich jedoch die deutsche Devisenlage entspannte. Im September 1935 hielt er es deshalb für erforderlich, Hitler darauf aufmerksam zu machen, dass der durch russische Schuldzahlungen in Gold Anfang August auf etwa 104 Mio. RM erhöhte Goldbestand der Reichsbank beträchtlich angegriffen werden und die Reichsbank seitdem weitere Millionenbeträge an Devisen leihweise zur Verteilung bereitstellen musste.⁸⁹ Höchst sensibel habe der Aussenhandel sogleich auf antisemitische («kulturpolitische») Aktionen im Reich reagiert, so dass sich der Deviseneingang verringerte und daher die Goldreserve eingesetzt werden musste, um nicht die Aufrüstung zu verlangsamen. «Wenn wir aus eigener Kraft über die Aufrüstung zu einer Grossmacht werden wollen, so müssen wir während der nächsten Jahre alles vermeiden, was dem Ausland wirtschaftliche Angriffsflächen gegen uns bietet», mahnte Schacht in dem Schreiben an Hitler. Ungeachtet dessen liess Hitler die Nürnberger Judengesetze dem Reichstag zur einstimmigen Annahme vorlegen. Doch Ende September sprach Schacht über die Schwierigkeiten der Devisenlage auch vor den Gauleitern und bat um Disziplin in der Partei. Anschliessend – Schacht war gegangen – hat Hitler in zweieinhalbstündiger Rede auf seine Parteiführer eingehämmert und «sich in ganz ausserordentlich scharfer und ernster Weise vor Schacht gestellt und von den Gauleitern und den Parteiführern in ganz krasser Form schärfste Disziplin verlangt.»⁹⁰ An die Bestimmungen der Devisengesetzgebung wollten sich Parteiorganisationen dennoch nicht halten.

Durch die Fülle aus dem Ausland zurückströmender Reichsbanknoten, die der Reichsbank zur Einlösung in fremder Währung präsentiert wurden, und durch Schwierigkeiten bei den Lebensmitteleinfuhren brauten sich neue Konflikte zusammen. Dauernde Ressortkämpfe zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsernährungsministerium gehörten zur Tagesordnung. Ihren Höhepunkt erreichten sie in dem jeder Anrede und Schlusscourtoisie entbehrenden Schreiben Schachts an Darré vom 24. März 1936. Weitere Devisenzusagen für Lebensmittelimporte lehnte Schacht darin mit der unwirschen Begründung ab: «Ich kann mir weder Devisen aus den Rippen schneiden, noch kann ich sie aus der Luft herunterzaubern ... Von der Devisenseite her ist Unmögliches nicht zu erwarten. Ich bin nämlich kein Dukatenmännchen. Dr. Hjalmar Schacht.»⁹¹ Schon wenige Wochen danach soll Schacht seine Entlassung Hitler angeboten haben, der darauf nicht einging und stattdessen zu einer Arbeitsteilung zwischen Schacht und Göring drängte. Anfang April wurde auf Vorschlag Schachts Göring zum Rohstoff- und Devisenkommissar ernannt.⁹²

Noch war Schacht und sein internationales Ansehen für Hitler unentbehrlich. Auch fiel es Hitler nicht schwer, durch eine Zusage, auf Schachts koloniale Ideen eingehen zu wollen, den widerspenstigen Reichsbankpräsidenten erneut für sich einzunehmen. Obwohl Hitler verboten hatte, in der Öffentlichkeit Kolonialforderungen zu erheben, liess er Schacht ausgerechnet im August 1936, zwei Monate nach Bildung der Volksfrontregierung unter Léon Blum, unter dem Vorwand eines Besuchs des neu ernannten Gouverneurs der Bank von Frankreich, Labeyrie, in kolonialpolitischer Mission nach Paris reisen. Oder ging es in erster Linie darum, Léon Blum zu versichern, dass die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der deutschen Wehrmacht nicht Frankreich herausfordern solle, sondern eine Massnahme zur Abwehr der mit Frankreich verbündeten Sowjetunion darstelle?⁹³ Schacht bemühte sich jedenfalls unter Hinweis auf die deutsche Mangellage an Devisen, Rohstoffen und Nahrungsgütern seine kolonialwirtschaftliche Lieblingsidee in der Annahme, dass ein Sozialist nicht unbedingt ein Kolonialimperialist sein müsse, der Verwirklichung näherzubringen. Mit Léon Blum erörterte er die Möglichkeit, das Kameruner Mandatsgebiet Deutschland zur wirtschaftlichen Erschliessung zu überlassen, ohne auf Ablehnung zu stossen.

Der wirtschaftliche Zugang zu Kolonien blieb Schachts Thema auch in den folgenden Monaten. In seiner Rede zur Hundertjahrfeier des Vereins für Geographie und Statistik in Frankfurt am Main im Dezember 1936

sprach er ungeschminkt von den unüberwindbaren Schwierigkeiten der deutschen Nahrungs- und Rohstoffversorgung, betonte dass durch handelspolitische Abmachungen irgendwelcher Art «eine Sicherung der Daseinserhaltung des deutschen Volkes nicht erfolgen» könne und sah – ungeachtet des inzwischen von Hitler verkündeten, auf Autarkisierung der deutschen Wirtschaft hinauslaufenden «Vierjahresplanes» – als alleinige Alternative: «Die Zuteilung kolonialen Raumes ist die gegebene Lösung der bestehenden Schwierigkeiten.» War Schachts Handelspolitik gescheitert oder zum Scheitern verurteilt?

Während des ersten Jahres der Herrschaft des «Neuen Planes» ging es im Einvernehmen mit Hitler in der Hauptsache darum, durch Einfuhrkontrolle eine Importdrosselung zu erreichen. Kontingentierungen drückten den Import sogar unter das Krisenniveau von 1933. Drastische Einschränkungen erfuhr, ausgehend von den tatsächlichen Werten, die Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln (1928 = 100; 1936 = 30,1) und von Fertigwaren (1936 = 21,9). Insgesamt lag die deutsche Einfuhr wertmässig 1936 70% unter dem Stand von 1928 und der Export rund 60% unter dem 1928 erreichten Niveau. Die Reduktion des deutschen Imports unterbot noch die entsprechenden Vergleichszahlen des Welthandels.⁹⁴ Von den deutschen Importrestriktionen wurden am stärksten traditionell bedeutende Handelspartner betroffen wie Belgien, die Niederlande mit Niederländisch-Indien, Frankreich, auch Italien, die Tschechoslowakei, Polen, Grossbritannien mit seinem Kolonialreich und vor allem die USA (1928 = 100; 1936 = 11,5).

Seit dem Frühjahr 1933 mit der Abwertung des amerikanischen Dollars, der sich verstärkenden Boykottbewegung gegen das nationalsozialistische Deutschland, seinem Ausschluss aus der Meistbegünstigung, die Grundprinzip des amerikanischen Handelskonzepts blieb, befanden sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Deutschland in einer eisigen kritischen Phase.⁹⁵ Das Auslaufen des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages 1935 wurde zumindest von deutscher Seite noch 1936 zum Anlass genommen, um durch Entgegenkommen signalisierende Verhandlungsvorschläge zu einer handelspolitischen Verständigung mit den USA zu gelangen. Verhärtete unterschiedliche Standpunkte, denen Preis- und Zollfragen als Vorwand dienten, schrieben schliesslich einen vertragslosen Zustand fest und liessen nur einen deutscherseits nach dem mit Überpreisen und Preissubventionen operierenden «Inlandskonten-Verfahren» abgewickelten Warenverkehr auf Sparflamme zu.

Fast gleichzeitig mit dem weitgehenden Verlust des amerikanischen Marktes büsste Deutschland auch seine bisherige Rolle als Hauptwarenlieferant der Sowjetunion ein und musste sie obendrein den USA und England überlassen. Obwohl man auch gegenüber der Sowjetunion der Linie des «Neuen Plans» treu blieb, schrumpften seit 1936 rapide die wichtigen sowjetischen Rohstoffeinfuhren, weil es deutscherseits trotz des im April 1935 der Sowjetunion eingeräumten Lieferungskredits von 200 Mio. RM misslang, den deutschen Export nach der Sowjetunion und damit die deutsche Handelsbilanz ihr gegenüber zu aktivieren.⁹⁶ Als ein Erfolg der Handelsdiplomatie des «Neuen Plans» wurde demgegenüber neben der schon erwähnten Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Donauländern die Steigerung der deutschen Importe aus Südamerika verbucht. Der spätere Botschafter Hans Kroll, Teilnehmer an der Südamerikatournee der Handelsdelegation unter dem Gesandten Kiep, urteilte in seinen Lebenserinnerungen: «Die damals, 1934/35, von uns geschlossenen Verträge haben sich hervorragend bewährt, schon in kurzer Zeit zu einer wesentlichen Steigerung und Intensivierung, ja zum Teil zu einer Vervielfachung unseres Warenaustausches mit den Ländern Südamerikas geführt.»⁹⁷ Im Lichte der Statistik betrachtet, ist freilich auch dieses späte Lob der eigenen Leistung einzuschränken. Trotz aller erzielten Steigerungen erreichte der deutsche Südamerika-Handel der dreissiger Jahre nur Bruchteile des bei rund einer Mrd. RM gelegenen Niveaus von 1928. Der Anstieg der Ausfuhr Südamerikas nach Deutschland von 244,3 Mio. RM 1932 auf 299,6 Mio. 1936 und 413 Mio. RM 1938, keine spektakuläre Wundertat, nicht einmal zur Befriedigung des deutschen Baumwollhungers ausreichend, verdiente lediglich durch die gelungene, Washington herausfordernde Ausweitung des deutschen Brasiliengeschäfts Beachtung.⁹⁸ Im Südamerikageschäft ersetzten die ASKI («Ausländersonderkonten für Inlandszahlung»), die Verrechnungen von Gesamteinfuhren mit Gesamtausfuhren ermöglichten, nahezu Clearingverträge. Überseeische Rohstoffländer weigerten sich im Allgemeinen, Verrechnungsabkommen zu schliessen.

Bis Anfang 1936 schien die Praxis des «Neuen Planes» zumindest das Problem des Ausgleichs der deutschen Handelsbilanz gelöst zu haben, die Devisenkrise und den Rohstoffmangel aber vermochte sie nicht zu überwinden. Mehr als zuvor erkannten seitdem die am handelspolitischen Entscheidungsprozess Beteiligten, dass nur durch Exportsteigerung die zur Bezahlung der benötigten ausländischen Rohstoffe und Nahrungsmittel erforder-

derlichen Devisen zu beschaffen seien und das Devisenangebot erhöht werden kann. Auf der ersten Sitzung des von Göring geleiteten und über drei Sitzungen nicht hinausgelangten Gutachterausschusses über Exportfragen am 15. Mai 1936 kamen die zahlreichen Mängel des bisherigen, wesentliche Steigerungsmöglichkeiten nicht zulassenden Exportsystems zur Sprache.⁹⁹ Noch am wenigsten aber konnte hingenommen werden, das System der Ausfuhrförderung auf der schmalen und unsicheren Grundlage einer Finanzierung durch Gewinnmargen bei Bonds- und bei den von Schacht erfundenen Scripsgeschäften aufzubauen.¹⁰⁰ Angesichts des 1935/36 vollendeten Aufbaus der Organisation der gewerblichen Wirtschaft lag der Gedanke nahe, nach dem Vorbild der bei Kartellen unterhaltenen Preisausgleichskassen die zur Exportförderung zu beschaffenden Mittel der Organisation der gewerblichen Wirtschaft selber zu übertragen. Jede Wirtschaftsgruppe stellte seit 1935/36 zur Behauptung und zum Ausbau der deutschen Exportposition aus eigener Kraft erhebliche Geldbeträge in Form einer im Ausland zwar häufig als Dumping diskriminierten Exportumlage bereit, nach einer Aufstellung von 1936 eine Summe von mindestens 700 Mio. RM.¹⁰¹ Bestimmungen des Reichswirtschaftsministeriums vom Juli 1936 wollten in erster Linie durch Einsatz dieser Mittel zusätzlichen deutschen Export ankurbeln.¹⁰² In der Ausfuhrförderungsabgabe besass man endlich ein Instrument, das die Industrie nunmehr zum Export anreizte. Der Erfolg zeigte sich bereits in der um eine halbe Mrd. RM erhöhten Ausfuhr von 1936 und vor allem in der Exportsteigerung von rund 1,2 Mrd. RM im Jahre 1937, volumenmässig der grösste, vom NS-Staat erzielte Exporterfolg. Hitlers Bemerkung in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1937: Ein genügender Einkauf von Lebensmitteln und Rohstoffen «wäre nur denkbar bei einer fortgesetzten und dauernden Steigerung unserer Ausfuhr»,¹⁰³ glich fast einem Exportbefehl. 1937 lautete die wirtschaftspolitische Losung: «Export geht vorläufig allem anderen, auch der Rüstung, voran.»¹⁰⁴ Noch im August 1942 war von Hitler das Lob zu hören: «Schachts grösstes Verdienst war es, dass er unseren Export angekurbelt hat.»¹⁰⁵

Am 30. Januar 1937 verlieh Hitler u.a. dem Nichtparteiengenossen im Kabinett, Schacht, das Goldene Parteiabzeichen. Der spätere Generalgouverneur von Polen, Frank, begrüsst ihn daraufhin: «Nun, Herr Schacht, wie fühlen Sie sich nun, wie geht es Ihnen?» Unbeweglichen Gesichts erwiderte der Ausgezeichnete: «Wenn es uns alten Kämpfern nicht gut geht, wem sollte es dann in Deutschland gut gehen?»¹⁰⁶ Er schickte nicht wie Reichs-

verkehrs- und Reichspostminister Eltz von Rügenach das Goldene Parteiabzeichen an Hitler zurück. 1942 wurde es von Bormann zurückgefordert.

Verglichen mit der Entwicklung der Ausfuhr anderer Exportländer während der dreissiger Jahre zählte Deutschland mit seinen Steigerungsquoten zu den Schlusslichtern¹⁰⁷, so dass eine Überlegenheit des Zweiseitigkeitsprinzips gegenüber dem freien Welthandel nicht erwiesen ist. Doch während einer permanenten nationalen Devisenkrise binnen kürzester Zeit und geltenden theoretischen Lehrmeinungen zum Trotz einen funktionstüchtigen, zur Exportsteigerung fähigen Apparat der Einfuhrüberwachung, der Ausfuhrlenkung, der Ausfuhrförderung und der Devisenbewirtschaftung aus dem Boden gestampft zu haben, darin ist ein anerkennenswerter, die Zeit überdauernder, wohl beispielhafter Erfolg zu erblicken. Seit 1935 lief mehr als die Hälfte des deutschen Aussenhandels durch die verschlungenen Kanäle des Verrechnungsverkehrs. Ende 1937 bestanden mit 27 Ländern Verrechnungsabkommen.¹⁰⁸ Das bilaterale Beispiel machte weltweit Schule. Nicht mehr allein Zöllner kontrollierten Ein- und Ausfuhr. Massgeblich waren an der Ausfuhr Tätigkeit die 1935 an die einzelnen Wirtschaftsgruppen angeschlossenen über 20 Prüfstellen und noch zahlreicheren Vorprüfstellen beteiligt. Ebenfalls über 20 Aussenhandelsstellen, die der gemeinsam dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellten Reichsstelle für den Aussenhandel nachgeordnet waren, versahen den regionalen Informationsdienst für die Exportfirmen ihres Bezirks.¹⁰⁹ Ferner waren in das System der Ein- und Ausfuhr lenkung die in jedem Landesfinanzamtsbezirk 1931 errichteten, insgesamt über 20 Devisenstellen (Landesfinanzämter) eingeschaltet und zugleich zuständig für den Kapitalverkehr. Was den Import von Rohstoffen betraf, so hatten sich die Devisenstellen nach den Anordnungen der lückenlos die Einfuhr regelnden 26 Überwachungsstellen zu richten. Von der nie bei der Wirtschaft restlos durchsetzbaren Devisenablieferung hing die Devisenzuteilung in Form der begehrten «Devisenbescheinigung» ab. So viel Bürokratie im Aussenhandel forderte lähmende Tribute, die Schacht auch in einer Ende 1938 gehaltenen Ansprache nicht in Abrede stellte: «Wie mir erzählt wurde, hat einmal auf einer Ausstellung ein Kaufmann, der Ärger und Humor glücklich zu verbinden wusste, seinen Stand mit den ungefähr 40 Formularen geschmückt, die der Aussenhandelskaufmann heute ausfüllen muss, um ein Geschäft zu tätigen.»¹¹⁰

«Durch einen offensiven Bilateralismus hat die deutsche Handelspolitik

einen Aussenhandelsumfang und ein reales Austauschverhältnis zu ihren Gunsten durchgesetzt», urteilte 1962 Predöhl, «wie sie es wahrscheinlich mit Hilfe einer generellen Abwertung nicht erreicht hätte.»¹¹¹ Ende 1936 von einem Pressevertreter in Ankara gefragt, ob im Hinblick auf die Währungsabwertungen der anderen europäischen Länder auch eine Abwertung der Reichsmark bevorstehe, erwiderte Schacht: «Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Da die Abwertung nicht hinter uns liegt, steht sie uns noch bevor!»¹¹² Obwohl sich die Kluft zwischen den deutschen Inlandspreisen und denen der anderen Länder mehr und mehr vergrösserte, in Frankreich im November 1938 der Preispegel sogar um die Hälfte unter dem deutschen Preisniveau lag¹¹³, galt die Reichsmark-Abwertung nach wie vor als Tabu. Auch an den Argumenten gegen eine Abwertung änderte sich nichts. Eine Abwertung der überhöhten Reichsmark würde die deutschen Auslandsschulden und deren Verzinsung vermehren, während sie sich bei Reichsmark-Stabilität und durch die Devaluationen der anderen buchmässig und bei Tilgungen und Zinsleistungen um Milliarden-Beträge verringerten. Dank der Schuldenpolitik Schachts verminderte sich die deutsche Auslandsverschuldung von 1933 bis Anfang 1938 insgesamt um 9,1 Mrd. RM.¹¹⁴ Bei einer Exportförderung von der Währungsseite her, d.h. durch Abwertung, würden andererseits Milliardenbeträge an Devisen zur Schuldenbedienung durch den Export ohne unmittelbaren Nutzen für die deutsche Volkswirtschaft hereinzuholen sein. So gesehen, hatten Auslandsverschuldung und Devisenkrise zum Teil zum krampfhaften Festhalten an der Reichsmark-Stabilität, zum staatlichen Devisenhandelsmonopol und zur Unterwerfung der Aussenwirtschaft unter das Reglement der Devisenbehörden geführt.

Doch Deutschlands Unfähigkeit, auf freien Waren- und Kapitalmärkten einen Aktivsaldo in der Leistungsbilanz zu erwirtschaften, trieb nicht allein zur Einführung des Systems der zwangsweisen Regulierung des Handels- und Kapitalverkehrs. Eigentlich stand der Ausgleich der Zahlungsbilanz an zweiter Stelle. Vorrangig war die Überwindung der binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auf Vollbeschäftigung, Wachstum und Aufrüstung zielende Binnenwirtschaftspolitik, die bei freiem Handels- und Kapitalverkehr im Sog ständiger Abwertung die Makel neuer Inflationspolitik heraufbeschworen und dokumentiert hätte. In einer Aufzeichnung der Reichsbank von Anfang 1934 ist bereits zu lesen: «Eine Durchführung der Siedlung und Arbeitsbeschaffung ist nur möglich bei langfristiger Fundierung der

Kreditausweitung auf dem Anleihewege. Die langfristige Fundierung kann nur gelingen, wenn keine Markabwertung erfolgt.»¹¹⁵ Eine Abschottung des Binnenmarktes von der Aussenwirtschaft blieb unter den gegebenen Umständen die allein mögliche, aber keineswegs spezifisch nationalsozialistische Reaktion.

Devisenbewirtschaftung, Aussenhandelsdirigismus und Bilateralität sind bezeichnenderweise nicht mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erloschen. Im Gegenteil! Wann und wo dauernde Güter- und Devisenknappheit, Engpässe herrschten, aber bestimmtes Wachstum mit dirigistischen Mitteln und möglicherweise unter politischem Primat vorangetrieben werden sollte, nahmen Staaten immer wieder zur Devisenbewirtschaftung, zur Rationierung von Devisen ihre Zuflucht, wurde der Aussenhandel reglementiert und möglichst in das Prokrustesbett der Zweiseitigkeit gepresst. Auch die nachteiligen Folgen von Zwangsmassnahmen auf dem Gebiet des Aussenhandels, die den Dirigismus auch in der Binnenwirtschaft intensivierte, durch Produktionsumsteuerungen einen Verlust an Exportfähigkeit herbeiführten und marktwirtschaftliche Elemente mehr und mehr eliminierten, wurden in Kauf genommen. Der «Geist von Schacht», wenn man so will, lebte nach dem Zweiten Weltkrieg in den verarmten, den Wiederaufbau einleitenden Volkswirtschaften der partikularistischen europäischen Staatenwelt und wenig später in unterentwickelten Volkswirtschaften vieler Länder der Dritten Welt fort.¹¹⁶ Devisenbewirtschaftung erwies sich in der Praxis nicht nur als Instrument einer protektionistischen, mehr und weniger von Autarkiedenken beeinflussten Aussenwirtschaftspolitik und verschmolz mit ihr, sondern deutete gleichzeitig auf das Bestreben der Regierungen hin, das Mittel der Geldpolitik ausschliesslich – und nicht unbedingt im Sinne von Keynes – im Interesse des nationalen Wirtschaftswachstums einzusetzen.

4. «Nichtarier» in der Wirtschaft und antijüdischer Terror. Das Haavara-Abkommen

Auf eine Anfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zur «Judenfrage» vom 27. Juli 1933 erwiderte Reichswirtschaftsminister Schmitt unter dem 8. September 1933, dass er «eine Unterscheidung zwischen arischen und nicht arischen Firmen innerhalb der Wirtschaft, insbesondere bei dem Eingehen geschäftlicher Beziehungen, nicht für durchführbar halte. Eine solche Unterscheidung mit dem Zwecke einer Boykottierung nicht arischer

Firmen müsste notwendig zu erheblichen Störungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus führen, da ungünstige Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt durch Betriebseinschränkungen der von dem Boykott betroffenen Firmen und nachteilige Folgen für die Lieferanten dieser Firmen und deren Arbeitnehmer unvermeidbar wären.»¹¹⁷ Im Interesse der vordringlichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der neuernannte Reichswirtschaftsminister bereits seit Ende Juni gegen die schlagartig seit Hitlers Machtübernahme einsetzenden wilden und gesteuerten antijüdischen Boykottaktionen innerhalb der Wirtschaft Stellung bezogen. Unmittelbar zuvor konnte Reichspropagandaminister Goebbels nicht umhin, zum Ausdruck zu bringen, «dass keine Veranlassung besteht, gegen eine Firma vorzugehen, solange ihre Inhaber nicht gegen gesetzliche Vorschriften oder gegen die Grundsätze der kaufmännischen Ehre verstossen». Solche Worte waren neu und widersprachen völlig den jahrzehntelangen antisemitischen Hasstiraden der Nationalsozialisten. Profitsüchtige «Blutsauger» seien die Juden, war bisher zu hören. Obwohl Hitlers «Mein Kampf» die Verdammnis des «Ewigen Juden» predigte, wurde plötzlich wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die bereits begonnene Entrechtung und Ausschaltung der Juden zumindest im Bereich der Wirtschaft abgestoppt, aufgehalten und – wie wir wissen – um einige Jahre verzögert. Also kein grundsätzlicher Kurswechsel!

Jahrelange antisemitische Hetzpropaganda hatte bei Ansprechbaren, Unzufriedenen und Benachteiligten ein gefährliches Konfliktpotential gezüchtet, dem sich seit Februar 1933 die Chance auch mit Gewalttat entladen zu können bot. Die Stunde schlug für Spontanaktionen von SA, SS und namentlich der mittelständischen NS-Kampfbünde. Eine grosse Boykottwelle wogte im März 1933 gleichermassen gegen jüdische Firmen, missliebige Unternehmer und Unternehmen und sonstwie «unerwünschte» Betriebsformen.¹¹⁸ Mit Aufzügen, Sprechchören («Juda verrecke!»), Transparenten, Farbtöpfen, Kontrollposten, Schreckschüssen und Tumulten wurden in allen grösseren Städten Geschäfte boykottiert, zur «freiwilligen Schliessung» gezwungen, «arisiert» und so manche unerwünschte Konkurrenz beseitigt. In der grossen offiziellen antisemitischen Boykottwelle vom 1. April 1933 konzentrierten sich die Willkürakte gegen jüdische Betriebe und mit ihnen gleichgesetzte Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte, wobei wirtschaftliche Vernunft keine Rolle spielte. Gegenproteste blieben ohne Erfolgchance. Der Marschstiefel hallte durch das Wirtschaftsleben. Vom Boykott hart bekämpften Betrieben drohte der Ruin oder sie gaben

unter dauerndem Druck in aussichtslos erscheinender Situation auf. Auch in den folgenden Monaten waren örtliche Boykott- und Terrorismassnahmen durch Erlasse und Rundschreiben nicht einzudämmen. Jüdische Händler wurden von Märkten vertrieben, Juden in Einzelaktionen verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Erst im Frühjahr 1934 endeten die Propagandaaktionen der NS-Hago (Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) gegen Warenhäuser zugunsten von Kleinbetrieben.

Im Januar 1933 lebten rund 525'000 Juden in Deutschland (0,7% der Gesamtbevölkerung), davon fast 71% in den Städten.¹¹⁹ Soziologisch gehörte die Mehrzahl der Juden der Mittelschicht an, 61,3% der Juden waren im Juni 1933 im Bereich Handel und Verkehr beschäftigt, 23,1 in der gewerblichen Wirtschaft und 1,7 Prozent im Banken- und Börsenwesen. Obwohl die Juden nur eine kleine Minderheit darstellten, führten nicht etwa Skrupel einer plötzlich erwachenden Humanität, sondern allein wirtschaftliche Argumente, das Bestreben nach Arbeitsplatzsicherung, ein entdecktes Verbraucherinteresse und drohende aussenwirtschaftliche Schwierigkeiten zur «Vertagung» der Judenfrage in der Wirtschaft. Die Abkehr von der Kampfstellung der Partei gegen die Warenhäuser wurde Anfang Juli 1933 eingeleitet, nachdem man an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums das quantitative Ausmass der möglichen Existenz- und Arbeitsplatzvernichtung im Falle eines Zusammenbruchs der Warenhäuser erkannt hatte. Nach zweistündiger erregter Auseinandersetzung mit Hitler setzte Reichswirtschaftsminister Schmitt die Sanierung des nicht-arischen Hermann-Tietz-Konzerns, des zweitgrössten deutschen Warenhausunternehmens durch.¹²⁰ In der Kabinettsitzung vom 4. Juli kapitulierte auch Göring. Bereits drei Tage danach erliess der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, ein vorläufiges Verbot aller Kampfmassnahmen gegen Warenhäuser. Die nationalsozialistische Bewegung dürfe nicht den «Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten in den Warenhäusern und in den von ihnen abhängigen Betrieben die Arbeitsplätze» nehmen. Zur Sanierung des von den Boykottmassnahmen empfindlich getroffenen und dennoch eine Arisierung strikt ablehnenden Hermann-Tietz-Konzerns wurde unter massgeblicher Mitwirkung der dem Reich nahestehenden Akzept- und Kreditbank eine «Hertie-Kaufhaus-Beteiligungs-GmbH» gebildet. Die Parteidogmatik musste den Geboten der wirtschaftlichen Vernunft und sozialer Verantwortung geopfert oder zumindest suspendiert werden.

Auch die vom Reichskabinett am 14. Juli 1933 verabschiedeten «Richtlinien über die Vergebung öffentlicher Aufträge» waren ausdrücklich gegen wirtschaftsschädliche Aktivitäten des «Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand» gerichtet, untersagten dessen Einwirkungen auf öffentliche Auftraggeber und verlangten, dass bei Firmen, «deren Inhaber oder an der Geschäftsführung massgebend beteiligte Personen nicht arischer Abstammung sind», nach dem Grundsatz zu verfahren sei, «dass bei gleichwertigen Angeboten deutschstämmige Firmen zu bevorzugen sind.» Eine einseitige «Bevorzugung deutschstämmiger Firmen», so betonte Reichswirtschaftsminister Schmitt in seinem Begleiterlass vom 19. Juli, sollte ebensowenig erfolgen wie die «Einleitung peinlicher Untersuchungen nach dem deutschstämmigen Charakter einer Firma». Und er fügte entrüstet hinzu: «Wenn, wie uns mitgeteilt worden ist, z.B. der Nachweis verlangt wird, dass in den bisherigen Generalversammlungen einer Aktiengesellschaft die Vertretung der Aktienmehrheit stets in christlichen Händen gewesen sei, und weiter die Ergänzung dieser Erklärung durch einen Nachweis der Arier-Eigenschaft der Grosseitern zweier Aufsichtsratsmitglieder gefordert wird, so dient ein derartiges Vorgehen nicht den vordringlichsten Aufgaben der Arbeitsbeschaffung.»¹²¹

Beim Eindämmen antisemitischer Boykottaktionen Mitte 1933 durch Interventionen des Reichswirtschaftsministeriums lieferte der vordringliche «Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung» neben dem Wunsch nach Stabilisierung und Beruhigung der Wirtschaftsverhältnisse sowie die Absicht, zu der deutschen Wirtschaft nachteiligen «Vergeltungsmassnahmen des Auslandes keinen Anlass zu geben», die Argumente. Nicht ohne Wirkungen blieb seit dem Frühsommer 1933 die von einem jüdischen Weltboykott-Komitee propagierte und organisierte antideutsche, die Rücknahme der Arier-Gesetzgebung fordernde Boykottbewegung, die zuerst in England in Gang kam.¹²² Der deutschen Ein- und Ausfuhr sowie der deutschen Schifffahrt sollte Schaden zugefügt werden. Im Juni 1933 erfuhr das Reichswirtschaftsministerium, dass mehrere grössere Aufträge, die deutsche Firmen aus Marokko, Algier, Tunis, Ägypten und Palästina erhalten hatten, von den Auftraggebern annulliert worden seien. Erhebungen des Auswärtigen Amtes kamen im Herbst 1933 zu dem Ergebnis, dass deutsche Erzeugnisse in etwa 30 Ländern in Europa und Übersee, in Ausmass und Intensität schwankend, boykottiert wurden. Alle ausländischen Passagen auf den deutschen Luxusdampfern «Bremen» und «Europa» waren abbestellt. Von

deutschen agrarischen Interessenten ergriffene Boykottmassnahmen gegen ausländische Agrarprodukte gereichten den an längerfristige Verträge gebundenen deutschen Importeuren zusätzlich zum Nachteil. Nur mühsam liessen sich Boykottaktionen auch gegen ausländische Unternehmen und Firmen mit ausländischen Kapitalbeteiligungen in Deutschland abbremesen, zumal Vergeltungsmassnahmen gegen deutsches Auslandskapital befürchtet wurde. Einer genauen Quantifizierung entzogen sich allerdings die aussenwirtschaftlichen Effekte der Boykottbewegungen, da – wie eine Stellungnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom September 1933 richtig zum Ausdruck brachte – das «Bukett der Handelshemmnisse» so gross sei, «dass es unmöglich ist festzustellen, wie hoch der Boykott-Anteil am Rückgang der deutschen Ausfuhr ist». Doch in der erkennbaren Bereitschaft der Reichsregierung zu einem gewissen Einlenken – auch im Sinne einer positiven Behandlung des Judenproblems – lag ein Erfolg der internationalen Wirtschaftsboykottbewegung. Das im Sommer 1933 unterzeichnete Haavara-Abkommen war ein greifbarer Beweis dafür.

Mit keinem Lande des Erdballs nahmen die deutschen Handelsbeziehungen während der 30er Jahre einen so aussergewöhnlichen und zugleich positiven Verlauf wie ausgerechnet mit Palästina. Nur das damals britische Mandatsgebiet Palästina vermochte seine Einfuhren aus Deutschland zwischen 1932 und 1936 reichlich zu verdoppeln.¹²³ Als Gründe für das Zustandekommen des in jener Zeit die deutsch-palästinensischen Handelsbeziehungen bestimmenden Haavara-Abkommens nannte ein Bestätigungsschreiben des Reichswirtschaftsministeriums vom August 1933: Förderung der Auswanderung deutscher Juden nach Palästina, gleichzeitige Schonung der Devisenbestände der Reichsbank, und Steigerung der deutschen Ausfuhr nach Palästina.¹²⁴

Die Auswanderung (Entfernung) der Juden aus Deutschland – Motto: «Juden raus!» – als Lösung des Judenproblems gehörte von Anbeginn zu Hitlers politischen Programmpunkten. Nach Palästina wurde jedenfalls die jüdische Auswanderung von den deutschen politischen Stellen seit 1933 geduldet und einige Jahre später auch durch eine generelle Führerentscheidung zur Förderung der jüdischen Auswanderung nicht behindert. Andererseits entstanden 1932/33 auch die ersten Zionistischen Konzepte einer langfristig geplanten jüdischen Einwanderung ins Heilige Land. Zur Lösung dieses deutsche und jüdische Interessen tangierenden Migrationsproblems musste ein gangbarer Weg des Vermögenstransfers gefunden werden, um

den Einwanderern das «Vorzeigegeld» in Palästina (1'000 Palästina-Pfund) und möglichst darüber hinausgehende Beträge zu beschaffen, ohne dass die deutsche Devisenbilanz irgendwie belastet wurde. Von der Vorstellung ausgehend, dass mit dem allgemeinen jüdischen Boykott deutscher Waren das devisenstarke Palästina als Markt für das Dritte Reich verloren war, kam, federführend durch das Reichswirtschaftsministerium, ein Transfer-(hebräisch: Haavara-)Abkommen zustande, das den Ankauf deutscher Waren aus dem Reichsmarkguthaben der jüdischen Auswanderer in Deutschland und die Bereitstellung des in Palästina gezahlten Devisenaufkaufpreises für die Auswanderer regelte. Das Haavara-Abkommen ähnelte gewissermassen zeitüblichen Handels- und Verrechnungsabkommen und stellte zugleich mehr dar, ging es doch um Ware und Mensch und noch dazu um Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten, vertrieben wurden. Das Abkommen erleichterte ihnen, obwohl teileignet, materiell ihre «Vertreibung», da die geistigen Väter des Abkommens deutscherseits noch Humanität gelten liessen und nicht nach gegenwärtiger totalitärer Staatspraxis politisch missliebigen Auswanderungswilligen Einkommen und Vermögen nehmen wollten, um sie sodann so lange ins Zuchthaus zu sperren, bis das Ausland sie obendrein gegen Devisen freikaufte. Massgeblich beteiligt am Zustandekommen und der Durchführung des Haavara-Abkommens war seitens des zuständigen Reichswirtschaftsministeriums der schon erwähnte Regierungsrat Dr. Hans Hartenstein. Unerschrocken bemühte er sich unter dem Schutz von Reichswirtschaftsminister Schacht um die Förderung einer geordneten Auswanderung von Juden aus dem nationalsozialistischen Deutschland, wirksam unterstützt von verantwortungsbewussten Beamten seines Ressorts, von Dr. Werner Wilmanns (1935-1937), von Werner Marwede (1935-1939), Walter Utermöhle (1934-1939) u.a.¹²⁵ Auf jüdischer Seite war es jahrelang der bekannte Hamburger Bankier Max Warburg, der sich um die jüdische Auswanderung aus Deutschland, auch der armen Juden, verdient gemacht hat. Nur durch ständige Verhandlungen zwischen den zuständigen Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und den jüdischen Organisationen liess sich das Haavara-Abkommen am Leben erhalten und dem Zwang wechselnder Umstände anpassen. Anlässlich einer Besprechung mit Vertretern interessierter Ministerien und Parteien im grossen Sitzungssaal des Reichswirtschaftsministeriums verschaffte sich Max Warburg als einziger anwesender Jude, den Blick auf ein lebensgrosses Hitler-Bild gerichtet, etwa mit den folgenden Worten Gehör: «Wir Juden in Deutschland denken Tag und Nacht nur darüber nach, wie

wir Ihnen in Ihrem Dritten Reich dazu verhelfen können, einen der wichtigsten Punkte Ihres Parteiprogramms durchzuführen, nämlich die Auswanderung der Juden.» Reichsbankrat Walter Utermöhle erinnerte sich auch, dass damals der bekannte Mannheimer Rechtsanwalt Dr. Rudolf Selig, ein kluger, umsichtiger Mann, fast wöchentlich mit einem Packen von Auswanderungsanträgen zu ihm kam, der Genehmigungstext war bereits korrekt, unter Berücksichtigung der deutschen Bestimmungen, vorgeschrieben, so dass zur Beschleunigung des Verfahrens Utermöhle nur seine Unterschrift darunter zu setzen brauchte!

Auf jüdischer Seite wurde der Transfer von der Paltreu-Haavara, also von der Jewish Agency for Palestine abhängige Gesellschaften, besorgt. Auf die Treuhandkonten der Paltreu bei den Bankhäusern A.E. Wassermann, Berlin oder M.M. Warburg, Hamburg, von den Auswanderern eingezahlte Reichsmarkbeträge, wurden auf Anweisung der Paltreu-Haavara als Gegenwert der nach Palästina exportierten deutschen Waren an die deutschen Exporteure wieder ausgezahlt. Bis Ende 1936 sind im Rahmen des Haavara-Transfers rund 34'700 Juden in Palästina eingewandert (nach der deutschen Statistik 38'418), während der sechsjährigen Wirkungsdauer des Abkommens bis Kriegsausbruch 1939 waren es rund 52'000. Transferiert wurde durch Haavara und Reichsbank ein jüdisches Vermögen von 139,6 Mio. RM bei einem Disagio zu deutschen Gunsten von etwa 20 Prozent.¹²⁶ Die deutschen Exporte nach Palästina wurden nicht durch das Zusatzausfuhrverfahren vom hohen deutschen Preisniveau auf das Weltmarktniveau abgesenkt, sondern mussten durch das genannte Disagio zu Lasten der Auswanderergelder verbilligt werden. Andererseits stellte die Reichsbank aus ihren Devisenbeständen bis 1936 das «Vorzeigegeld» von 1'000 Palästina-Pfund den Auswanderern zur Verfügung. Seit 1936 verlangte das Reichswirtschaftsministerium für bestimmte Exportgüter einer «Negativliste» eine teilweise Bezahlung in Devisen. «Schacht hatte sich im Übrigen damit einverstanden erklärt, dass Devisen, die aus nicht subventionierten Geschäften nach Palästina bei der Reichsbank eingingen, ebenfalls für die Auswanderung zur Verfügung gestellt wurden. Diese Devisen wurden monatlich bei der Reichsbank ermittelt. Die Reichsbank ist bei der Auswertung der einschlägigen Statistiken ausgesprochen grosszügig verfahren.»¹²⁷ Um die Auswanderung zu fördern, empfahl das Reichswirtschaftsministerium, den Übergang jüdischer Unternehmen und Geschäfte in «arische Hände nicht zu stören».

Seit 1937, als sich die deutsche Exportkonjunktur belebte, sich zuneh-

mend deutsche Devisenschwierigkeiten einstellten, die Transfermöglichkeiten enger wurden und sich unabhängig davon der jüdisch-arabische Gegensatz verschärfte und bis in das deutsch-arabische Verhältnis und in die Positionen der von der Auslandsorganisation der NSDAP beeinflussten deutschen Siedler in Jaffa, der württembergischen Templer, spürbar hineinwirkte, kam es mit der rückläufigen jüdischen Auswanderung alsbald mehr und mehr auch zu einer Schrumpfung des Finanz- und Warentransfers. In erster Linie waren es die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, die sich mit Erfolg zunächst allen von der Auslandsorganisation der NSDAP ausgegangenen Verstößen zur Abänderung bzw. Aufhebung des Haavara-Abkommens widersetzen. Uneinigkeit unter den Ressorts kam ihnen dabei entgegen. Aufschieben einer endgültigen Entscheidung erreichten sie noch in einer wichtigen Sitzung vom 22. Januar 1938. Der damalige Oberregierungsrat Dr. Kurt Daniel betonte, dass Haavara auch für die in Palästina lebenden Deutschen wirtschaftlich von Vorteil sei. «Darüber hinaus sei das Haavara-Verfahren die billigste und bequemste Art, Juden zur Auswanderung aus Deutschland zu veranlassen.»¹²⁸

Auf Rassentrennung auch in der Handelspolitik und im Transfersystem lief die von der Auslandsorganisation der NSDAP verfochtene Palästina-Politik seit 1937 hinaus. Statt der «Paltreu» wurde deshalb die Durchführung des Orangen-Abkommens im Herbst 1937 in die Hände der «Tempelbank» gelegt. Die Auslandsorganisation hatte 1937 verlangt, dass die Templer auch die Jaffa-Orangen liefern sollten, während die Parteikanzlei für eine Beteiligung von arabischen Abladern eintrat und alles zum Nachteil der traditionellen jüdischen Lieferanten und der Paltreu geschehen sollte. Um der damals vom Reichswirtschaftsministerium noch nicht von rassischen Überlegungen bestimmten Handelspolitik grundsätzlich zu entsprechen, hatte der Verhandlungsführer Dr. Hubert Müller (später Botschafter der Bundesrepublik) im Sommer 1937 «die Wünsche der deutschen und arabischen Ablader durch eine Diversifikation der Orangengrößen und -arten berücksichtigt, aber der grösste Teil der palästinensischen Orangenausfuhren wurde im Einklang mit dem Ernteanteil für die jüdischen in dem schliesslich zustandegebrachten Abkommen reserviert.»¹²⁹

Schacht war nie ein Freund des Antisemitismus und schützte nicht nur seine Mitarbeiter vor antisemitischen Verleumdungen durch Nazi-Größen¹³⁰, sondern wusste auch die Unterstützung seiner Politik durch jüdische

Bankhäuser des In- und Auslandes zu schätzen. Als ein bekanntes jüdisches Bankhaus «arisiert» wurde und die Besitzer in die Schweiz auswandern wollten, verlangte Schacht ausdrücklich von Reichsbankrat Utermöhle, recht grosszügig zu verfahren, «weil er die wertvolle Verbindung nach der Schweiz aufrechterhalten wolle».¹³¹ Ungezählte Male rettete er jüdische Firmeninhaber während seiner Amtszeit als Reichswirtschaftsminister vor der Enteignung und Erpressungen. Schachts Politik wirkte sich vorwiegend positiv auf die Tätigkeit der Juden in der Wirtschaft aus. Der Kleinkrieg zwischen Partei und Wirtschaftsministerium um die Juden in der Wirtschaft hielt zwar während der gesamten Schacht-Ära an, aber es kam im Ergebnis dieser Konfrontationen nicht dazu, dass wirtschaftliche Judengesetze geschaffen wurden. Erfolgreich kämpfte das Reichswirtschaftsministerium unter Schacht gegen die Ablösung der jüdischen Auslandsvertreter der deutschen Exportfirmen. Von Ende 1935 bis Mitte 1937 ging die Zahl der Arisierungen jüdischer Unternehmen deutlich zurück. An der erpresserischen Arisierung der Simson-Werke in Suhl 1935 durch den thüringischen Gauleiter Sauckel wurde das Reichswirtschaftsministerium bezeichnenderweise nicht beteiligt.¹³²

Mit der Begründung: «Diese Massnahmen stehen im Gegensatz zu der von der Reichsregierung vertretenen Auffassung über die Behandlung von Nichtariern in der gewerblichen Wirtschaft», protestierte Schacht bei Reichsinnenminister Frick in einem Schreiben vom 12. Dezember 1934 gegen den Boykott jüdischer Geschäfte.¹³³ Im März 1935 meldete die Detailistenkammer in Hamburg Bedenken gegen eine Einstellung von arischen Lehrlingen bei jüdischen Geschäftsinhabern an, da eine «Erziehung des Lehrlings im nationalsozialistischen Sinne» von jüdischen Geschäftsinhabern nicht verlangt werden könne. Infolge des bald überall beklagten Mangels an Facharbeitern teilte das Reichswirtschaftsministerium diese Bedenken nicht und hielt an seinem Standpunkt ohne Abstriche bis Ende 1937 fest. Und immer wieder ging es Schacht darum, ungesetzliche Ausschreitungen zu unterbinden. Bis zum Ende der Schacht-Ära bestand im Reichswirtschaftsministerium ein Referat «Abwehr unzulässiger Eingriffe in die Wirtschaft», das «Judenschutzreferat» (unter Ministerialrat Josten, zuletzt unter Ministerialrat Hoppe).¹³⁴ Kritik an Rassen- und Religionspolitik übte Schacht in dem oben zitierten Schreiben an Hitler vom August/September 1935, in dem er warnend feststellte, dass sich seit etwa drei Monaten ausländische Kreise «wie vor den Kopf geschlagen fühlen. Es handelt sich

hierbei nicht allein um Juden, die sich aus dem Geschäft mit Deutschland zu unserem Schaden zurückziehen, sondern vor allem um die Kreise, welche aus der Art und Weise der Auseinandersetzung mit Protestanten, Katholiken, Juden und Freimaurern abträgliche Schlüsse auf die Staatsführung selbst ziehen.

Es ist eine Tatsache, dass sich ein bedeutender Teil des internationalen Handels in Rohstoffen wie z.B. Metalle, Treibstoffe, Baumwolle, Wolle oder auch der Handel in einzelnen Ländern wie Polen, Südosteuropa, Südafrika, Südamerika, Nordamerika zu einem grossen Teil in den Händen der Juden befindet. Unsere deutschen Unterhändler sitzen bei ihren Verhandlungen mit Frankreich, Holland, Amerika und anderen Staaten den Mitgliedern von Freimaurerlogen gegenüber. Die religiösen Fragen und Kämpfe in Deutschland erregen die protestantische und katholische Welt... Wir können z.B. 700'000 Juden mit einem intensiv arbeitenden Kapital, das eine Milliarde weit überschreitet, nur im Laufe eines langen Zeitraums aus Deutschland in andere Länder abschieben. Gegenwärtig ist der Transfer grosser Vermögenswerte völlig unmöglich». Solange Hitler «eine grosse und gefährliche Politik zum Wohle Deutschlands führen muss», erwartete Schacht, dass die Judenfrage u.a. «gesetzmässig, d.h. ohne Anwendung von Gewaltmassnahmen, geregelt» wird.¹³⁵

Die Nürnberger Rassengesetze bewirkten das Gegenteil. Unmittelbar vor und nach ihrem Bekanntwerden flammten neue antijüdische Terroraktionen in Deutschland auf. Wieder wurden Menschen oder auch Behörden angeprangert, die mit Juden Geschäfte tätigten. NS-Organisationen führten Kundenkontrollen und Schilderaktionen durch. «Stürmer»-Schaukästen füllten sich mit Denunziationen. Besonders in Kreisen des Einzelhandels und des Handwerks wurde die Ausschaltung jüdischer Betriebe befürwortet oder mit Genugtuung begrüsst.¹³⁶ Schacht und das Reichswirtschaftsministerium versuchten unentwegt, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. In einem scharfen Schreiben vom 11. September 1935 ersuchte Schacht den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Heintze (Abschriften an Landesregierungen, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten u.a.) «beschleunigt mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, dass diese Massnahmen, z.B. das Aushängen von Schildern, die den Zutritt der Juden in die Kassenräume öffentlicher Sparkassen als unerwünscht bezeichnen, alsbald zurückgenommen werden», wies erneut darauf hin, «dass eine Kündigung der an Nichtarier gegebenen Kredite aus anderen als geschäftlichen Gründen nicht zulässig» sei und erklärte Beschlüsse von Sparkassenvor-

ständen, «nur von Ariern Einlagen entgegenzunehmen und sonstige Einlagen zurückzuzahlen» für völlig unangebracht und mit dem «Aufbauwerk der Reichsregierung» nicht vereinbar.¹³⁷

Obwohl die Nürnberger Gesetze sich auf die «staats- und eherechtliche Seite» des Judenproblems bezogen und damit ein abweichendes Wirtschaftsrecht für Juden noch nicht geschaffen wurde, überstürzten sich seit 1935 in allen Teilen Deutschlands Einzelaktionen, die «der obersten Staatsführung die Lösung dieses Teils der Judenfrage» vorwegnehmen wollten (Schreiben von Justizminister Gürtner vom 14.3.1936). Besonders schikanös und andauernd erwiesen sich Verdikte gegen jüdische Lehrlinge und Lehrherren. Namentlich die Industrie- und Handelskammer Essen wollte seit dem Sommer 1936 die «Ausbildung jüdischer Lehrlinge durch jüdische Lehrherren» nicht mehr zulassen. Auf einen entsprechenden Hinweis des «Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens» teilte Dr. Elmar Michel vom Reichswirtschaftsministerium (später Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard) der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel am 24. Juli 1936 mit, dass seines Erachtens «gegen eine Ausbildung jüdischer Lehrlinge durch jüdische Lehrherren ... keine Bedenken bestehen und ein Übergreifen der Essener Haltung auf andere Handelskammerbezirke zu verhüten» sei.¹³⁸ Auf erneute, sich häufende Widerstände gegen die Zulassung jüdischer Lehrlinge zu den Kaufmannsgehilfenprüfungen reagierte Staatssekretär Posse am 7. August mit einem Erlass an alle Industrie- und Handelskammern und Länderregierungen: «So weit sich bei der gemeinsamen Prüfung von jüdischen und nicht jüdischen Lehrlingen Schwierigkeiten insbesondere im Hinblick darauf ergeben, dass sich die Prüfung der nichtjüdischen Lehrlinge auch auf weltanschauliche Fragen erstreckt, wird es sich empfehlen, für jüdische Lehrlinge besondere Prüfungen abzuhalten, wie es bereits von einzelnen Industrie- und Handelskammern angeregt ist.»¹³⁹ Der Stachel des Antisemitismus bohrte weiter. Im März 1937 verlangte das Reichswirtschaftsministerium vom Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder), dass er seine «ablehnende Haltung gegenüber der Eintragung von Lehrverträgen zwischen deutschen Lehrlingen und jüdischen Lehrherren in die Lehrlingsrolle aufzugeben» habe.¹⁴⁰ Unter dem Druck auch örtlicher Parteistellen konnten die Arbeitsämter immer weniger ihr bisheriges Verfahren beibehalten und arische Lehrlinge in jüdische Betriebe vermitteln. Zuständigkeitskämpfe wurden um die Lehrlingsausbildung ausgetragen, neben der gesetzlichen Lehr-

lingsrolle sogenannte Berufsstammrollen aufgestellt, Tagesstreit um Lehrlingsprüfungen entfacht. Ich «werde keinerlei Konkurrenz in der Befehlsgewalt zulassen», drohte Schacht noch auf der Freisprechungsfeier der Berliner Kammern im Mai 1937.

In Vertretung von Hartenstein unterzeichnete Dr. Daniel am 22. September 1937 einen Erlass, der auswandernden Juden sogar die Überweisung von Studiengeldern «zum Besuch der Schweizer Thora-Lehranstalt und der Talmudhochschule Jeschva ‚Ez Chajim‘ zu Lasten des deutschschweizerischen Reiseverkehrskontos» ermöglichte. Im Januar 1938 reagierte darauf der «Stürmer» mit seitenlanger antisemitischer Polemik. Das Reichswirtschaftsministerium erwiderte daraufhin ein vorübergehendes Verbot des berühmtesten Hetzblattes.¹⁴¹

5. Geld, Kapital, Kreditausweitung

«Die Reichsbank mit ihrer Notenpresse bildet heute die einzig wirklich verfügbare Notreserve für das Kreditsystem der deutschen Wirtschaft. Die sorgfältige Handhabung der Notenpresse ist daher entscheidend für alle Wirtschaftspolitik auf dem Gebiete der Löhne und der Preise sowie der öffentlichen wie der privaten Haushalte», so erläuterte Schacht, offenbar dem Tugendpfad der klassischen Geldtheorie folgend, vor dem Untersuchungsausschuss für das deutsche Bankwesen am 6. September 1933 Grundsätze seiner Währungspolitik und gab einige Wochen danach vor einer ausserordentlichen Generalversammlung der Reichsbank sogar die löbliche Absichtserklärung ab: «Eine direkte Kreditgewährung an das Reich oder andere öffentliche Körperschaften seitens der Reichsbank kommt auch in Zukunft nicht in Frage.»¹⁴² Aus der Perspektive der Ansprachen des Reichsbankpräsidenten aus dem Jahr 1933 stand die deutsche Geld- und Kreditpolitik damals vor der Aufgabe, im Wesentlichen vier vordringliche Probleme in Angriff zu nehmen. Nach wie vor harrte die «Zinsgestaltung», die Regulierung der Zinsen, seit den Brüning'schen Notverordnungen 1931 eingeleitet und von den Nationalsozialisten unter der Losung «Brechung der Zinsknechtschaft» gefordert, einer baldigen, befriedigenden Lösung. Um den wachsenden Kredithunger des Staates zu stillen, stellte sich schon 1933 die Frage nach staatlichen Eingriffen und neuen Kreditverteilungsmechanismen auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Nach wie vor galt es ferner, vorhandene «Mängel in unserem Bankwesen» (Schacht) abzustellen. Eine na-

heliegende Verstärkung der Staatsaufsicht über die Geldinstitute bot sich an, Um- und Neubauten sollten vorgenommen werden, zumal seit der Bankenkrise 1931 der Staat ohnehin in höchst kostspieliger Weise in das Bankwesen verstrickt war und Forderungen nach einer Verstaatlichung des Bankwesens erhoben wurden. Und nicht zuletzt kam es darauf an, die herrschende Kapitalknappheit zu überwinden, dafür das Bankwesen «durch Kreditschöpfung» einzuspannen und die geeignete «Finanzierungsmethode der Aufrüstung» zu finden.

An unkeuschen Anträgen «von allerhand aussenstehenden unverantwortlichen Stellen, die ihre Namen gern mittels der Notenpresse in die Zeitgeschichte eingravieren möchten» (Schacht) hat es 1933/34 nicht gefehlt. Stark an Boden gewannen seit dem Frühjahr 1933 die als Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsbünde, Mittelstandshilfen, Aufbaugemeinschaften usw. in Erscheinung getretenen Ausgleichskassen, bei denen die Finanzierung von Arbeitsvorhaben auf dem Verrechnungswege unter möglicher Ausschaltung von Bargeldzahlungen erfolgte. Was in der Aussenwirtschaft als «Stein der Weisen» galt, sollte im Rahmen der Binnenwirtschaft unterbunden werden, da das auf Kreditgewährung beruhende Verrechnungsgeld «ernste Währungs- und wirtschaftspolitische Gefahren» einschliessen würde. Stellvertretend für den Reichswirtschaftsminister bat Staatssekretär Posse Ende August 1933 die Länderregierungen, die «Abwehr dieser Organisationen mit grösstem Nachdruck» zu fördern. Ebenso sah man in neu aufgekommenem Notgeld eine Gefahr für die Währung. Einige Tage später verbot der «Beauftragte des Führers für Wirtschaftsfragen», Wilhelm Kepler, im Einvernehmen mit der Reichsregierung allen Parteistellen und Parteimitgliedern die Förderung und Unterstützung von Organisationen, «die durch private Geldschöpfung die Krise zu beseitigen und Arbeit zu beschaffen suchen», da die gewisse Anfangserfolge aufweisenden wilden Geldschöpfungsversuche «mit dem Neubau des Geld- und Bankwesens sowie der Kreditpolitik der Reichsbank unvereinbar» seien.¹⁴³ Gleichermassen wie Kommunisten und Sozialisten zeterten nunmehr auch Nationalsozialisten gegen das Schwundgeldsystem nach der Theorie des Schweizer Silvio Gesell, einst «Finanzminister» der Münchener Räteregierung.¹⁴⁴ Auf seine damals nicht wenigen Anhänger wurde die Gestapo angesetzt. Nach Gesell würden die Staatsmänner mit «Schwundgeld» (Indexwährung) Herren der Konjunkturen sein. «Der Staat fabriziert jetzt die Nachfrage, genau wie er Briefmarken fabriziert... Die Nachfrage wird zum Staatsmonopol erhoben!»

Um die Durchsetzung des Primats der Staatsnachfrage ging es ebenfalls während der zwölf Jahre NS-Herrschaft. Private Konsumfinanzierungs-ideen zur Krisenüberwindung lehnte auch Schacht ab. Wie die «Reformer» war er zwar der Überzeugung, dass dazu die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft nicht genügen würden. Er wollte zur Konjunkturbelebung den öffentlichen an die Stelle des privaten Kredits treten lassen, aber von Anbeginn deutliche monetäre Wirkungen vermeiden, die erhebliche Veränderungen des wirtschaftlichen Rechensystems zur Folge gehabt hätten. Was die Entwicklung des Notenumlaufs anbelangte, dessen Anteil sich bis 1937 bei 7 v. H. des Volkseinkommens hielt, so bestätigte Schacht auch durch seine praktizierte Währungspolitik, dass er ein Gegner aller Ideen war, die wirtschaftliche Expansion durch zins sparende Ausgabe von Staatspapiergeld propagierten.¹⁴⁵ Die zusätzliche Staatsnachfrage und ihre Finanzierung aus Defiziten der öffentlichen Hand gestaltete sich zumindest vom volkswirtschaftlichen Standpunkt während der «Aufschwungsjahre» «konjunkturgerecht» und führte bis 1936 – im Vergleich zum verfügbaren Gesamtgüterangebot – sichtlich nicht zu einer unangemessenen Ausweitung der Geldmenge, zu inflationären Aufblähungen. Der Produktionsindex – wenn auch nicht der für Verbrauchsgüter – stieg bis 1937 sogar stärker als der Index des Geldumlaufs.¹⁴⁶ Dabei war inzwischen durch die Aufrüstungspolitik eine «energische Kreditausweitung» (Schacht) vorgenommen worden. Vom Januar 1933 bis März 1937 stieg die gesamte Neuverschuldung des Deutschen Reiches im Inland um 20,6 Mrd. RM (= ca. ein Drittel des Volkseinkommens). Unter den kurzfristigen Schuldtiteln, die die Hauptmasse der Neuverschuldung ausmachten, nahmen die seit 1934 zur geheimen Rüstungsfinanzierung ausgegebenen sog. Mefowechsel den ersten Platz ein.

Der Franzose Jean Pierre Faye fragte mit Recht in seinem brillanten Essay über die «Kritik der narrativen Ökonomie», wann und wie sich der geistige Brückenschlag von den jungen Theoretikern der «Kreditschöpfung», den sog. «Reformern», zu Schacht, den ursprünglichen Antiinflationisten von 1923, Kritiker der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Weimarer Republik und schliesslich nach 1933 Antidepressionist und Zauberer des deutschen «Finanz- und Wirtschaftswunders» vollzogen hat. Doch auf die Frage: «Hat die grundsätzliche Wendung letztlich bei Hjalmar Schacht stattgefunden?» gab Faye die Antwort: «Keineswegs. Seine Aussagen – und darin liegt eben zugleich ihre theoretische Schwäche, ihre rätselhafte Wirksamkeit – bleiben sich selbst in der ganzen Zeit treu.»¹⁴⁷ Dennoch be-

stand eine geistige Verbindungslinie zwischen den Plänen und Programmen der Gewerkschaften, Lautenbachs, Drägers, von Strasser, Gereke und Reinhardt bis hin zur Mefo-Konzeption Schachts, wenngleich sich auch erhebliche Unterschiede in der Instrumentierung, der anfangs notwendigen Tarnungspraxis, des Einsatzes, der grösseren finanziellen Dimensionierung und vor allem durch die Transformation in Hitlers Aufrüstungspolitik aufdrängten. Der Einsatz der «Kreditschöpfung» für die Rüstung war von Anfang an Hitlers Postulat. Er bestimmte auch die finanziellen Grössenordnungen. «Ich habe mich in diesen Jahren nicht mit den Finanzleuten geärgert! Ich habe niemals mit Schacht mich unterhalten darüber, welche Mittel nun endgültig bewilligt werden. Ich habe ihm gesagt: Diese Mittel sind notwendig», so Hitler in seinem ukrainischen Hauptquartier 1942.¹⁴⁸ Schacht versprach Hitler die Finanzierung der Aufrüstung zunächst ohne Begrenzung, soweit Arbeitskräfte und Material vorhanden waren und die Lage des Geld- und Kapitalmarkts es erlaubte.

Im April/Mai 1933 ersann Schacht das geheimnisvolle System der Mefo-Wechsel, bekannte auch stets seine geistige Vaterschaft, nach dem Krieg von Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk mit den Worten bestätigt: Die Mefowechsel «verdanken ihre Entstehung und Konstruktion einem in der Reichsbank, im Wesentlichen von Schacht selbst, ausgearbeiteten Plan.»¹⁴⁹ Was Hitler 1932 in Aussicht genommen hatte, wurde mit Hilfe Schachts rasch Realität. «Die Mefopapiere waren Wechsel, gezogen in der Hauptsache von Heereslieferanten auf eine mit geringem Kapital ausgestattete ‚Metallurgische Forschungsanstalt G. m. b. H.‘ (abgekürzt Mefo), deren Akzeptunterschrift der Reichsbank gegenüber vom Reich garantiert war.» Das ist Schachts Beschreibung des «Papiers», mit dem die Ankurbelung der Produktion gelang und das Kapitalbildung ermöglichte, wozu nach Schacht die Banknotenpresse nicht imstande gewesen wäre. Das Mefo-Papier ähnelte Lautenbachs «Arbeitsbeschaffungswechsel», war ein künstlich hergestellter Finanzwechsel, doch mit den Eigenschaften solider Handelswechsel ausgestattet, verzinslich zu 4 Prozent. Die «Scheinfirma», die gewissermassen eine keynesianische Revolution hervorzauberte, sowie ihre papiernen Scheine waren so gut getarnt – vielleicht auch ein Erfolgsgeheimnis – dass die für das Geld-, Banken- und Börsenwesen zuständige Abteilung I des Reichswirtschaftsministeriums von ihnen erst durch Zufall 1935 erfuhr. Insgesamt wurden für die geheime Rüstungsfinanzierung von 1934 bis März 1938 Mefo-Wechsel im Wert von 12 Mrd. RM in Umlauf gebracht¹⁵⁰ und – sehr zum Erfolg des Schacht-Experiments beitragend –

als geschätzte liquide Geldanlage bis 1937 grossenteils vom «Markt» aufgenommen, so dass kein sprunghafter Anstieg des Wechselbestandes der Reichsbank eintrat und dementsprechend eine inflationäre Aufblähung des Zahlungsmittelumschlufs vermieden werden konnte.

Wahrscheinlich schon im Frühsommer 1933 einigten sich Hitler, die Wehrmachtsführung und Schacht über den finanziellen Rahmen für die im Einzelnen noch zu bestimmenden Aufrüstungsmassnahmen und über den Einsatz der Mefo-Wechsel.¹⁵¹ So häufig Schacht auch betont hatte, «dass man Wirtschaftspolitik nicht nach Theorien machen darf», bei seinen Überlegungen zum Mefo-Konzept liess er sich jedoch von der Theorie leiten, nicht von der der «Reformer» oder von Keynes, sondern er berief sich wiederholt auf die naive Form der Quantitätstheorie des Geldes: «So ist z.B. der Kern jeder Geldtheorie der, dass eine Geldschöpfung ohne Tauschgütervermehrung zur Geldentwertung führen muss.» Oder: «Die klassische nationalökonomische Theorie gestattet eine Geldschöpfung nur dann, wenn die in der Wirtschaft umlaufenden Güter sich bereits vermehrt haben, sie verbietet dagegen eine Produktionsfinanzierung und vor allem eine sprunghafte Kreditausweitung.» Um dieses «Hauptbedenken» gegen die Produktionsfinanzierung durch Kredit zu beseitigen,¹⁵² musste er das freie Spiel der Kräfte ausschalten und verlangte von Hitler offenbar schon im Sommer 1933 ein Festhalten, ein Einfrieren des bisherigen Preis- und Lohnniveaus. Wurde damals auch daran gedacht, mit Terror Preispolitik zu betreiben? «Das habe ich auch Schacht erst klarmachen müssen», brüstete sich Hitler 1941, «dass die erste Ursache des Gleichbleibens unserer Währung das KZ ist; die Währung bleibt, wenn jeder gepackt wird, der mehr fordert! Und dass der neue Verdienst aus dem Wirtschaftskreislauf wieder herausgenommen werden muss.»¹⁵³ Schon 1935 wurden Geschäftsleute wegen wiederholten Verstosses gegen Preisvorschriften in Konzentrationslager eingewiesen.

Mit Ausgabe der Mefo-Wechsel begann bezeichnenderweise die erste Phase des Preisdirigismus im nationalsozialistischen Staat. Am 5. November 1934 ernannte Hitler den Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler zum «Preiskommissar» und betraute ihn mit Aufgaben, «die auch das Verhindern unbegründeter Preiserhöhungen einschlossen».¹⁵⁴ Der Preiskommissar konnte mit seiner Minibehörde (12 Mitarbeiter) kaum mehr als durch Appelle von der Wichtigkeit der Preisdisziplin für ein gesundes Wirtschaftswachstum überzeugen: «Preisdisziplin, nicht Preisdiktat!» Goerde-

ler überliess es den Landesbehörden, tätig zu werden. Im November 1934 griff Göring mit einem Erlass an Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten ein. Es sei «ein Verbrechen, wenn von einzelnen Seiten versucht wird, den privatkapitalistischen Profit über das allgemeine Volkswohl zu stellen. Die Strafe hierfür kann gar nicht hoch genug bemessen werden.» Die Preise stiegen nicht, aber fielen auch nicht. Lautenbach bot hierfür 1936 eine Erklärung: «Wenn der Lohnsatz nicht steigt, so kann sich der Bargeldumlauf nur wenig erhöhen. Die Entwicklung seit 1933 bestätigt das.»¹⁵⁵ Mitte 1935 liefen Goerdelers Vollmachten aus.

Erst im Verlauf des Jahres 1936 machten sich inflationistische Erscheinungen mehr und mehr als zwangsläufige Folge des von gesteigerter Rüstungsproduktion mitgetragenen Wirtschaftswachstums geltend. Schacht erkannte die verborgene Problematik: «Das für Rüstungszwecke bereitgestellte Kreditgeld erzeugt auf dem Wege über Lohn- und Gehaltsauszahlungen eine Nachfrage nach Konsumgütern. Die Rüstungsfabrikanten aber liefern militärische Güter, die zwar erzeugt, aber nicht umgesetzt werden.»¹⁵⁶ Um das dadurch zunehmende «Auseinanderklaffen der Geld- und Güterseite zu verhindern», erkennbar bei freier Verkehrswirtschaft am überstürzten wechselseitigen Anstieg von Löhnen und Preisen, legte Schacht seit 1936 grösstes Gewicht auf Gegendruck, den zu erzeugen dem neuernannten Reichskommissar für die Preisbildung und den Treuhändern der Arbeit¹⁵⁷ oblag. Kräftige Preiserhöhungen für Konsumgüter wäre ein anderer Weg gewesen, um zivile Kaufkraft abzuschöpfen, aber war er für eine Regierung, die dem Volk bessere Zeiten versprochen hatte, gangbar? Rückwirkend auf den 18. Oktober 1936 entschied sie sich für den Preisstopp¹⁵⁸ (für gleichbleibende Erzeugnisse), der den Beginn der noch bis 1948 reichenden, von Mangel und Armut gekennzeichneten Phase der zurückgestauten Inflation in der deutschen Preis- und Lohngeschichte markierte. Der im Herbst 1936 ernannte neue Preiskommissar, mit weitgehenden Machtmitteln ausgestattet – ein starker Mann, wie Schacht es wollte – war damals ein enger Vertrauter Hitlers und Görings, der Gauleiter Josef Wagner (1899-1945). Vor Angriffen aus der Sphäre der NSDAP schützte ihn zusätzlich die Angliederung seiner Behörde an die Vierjahresplanorganisation Görings.

Unter Berufung auf die klassische Theorie des «Zwangssparens» rechtfertigte Schacht seine Eingriffe in den Geld- und Kapitalmarkt, für die er ebenfalls seit dem Sommer 1933 Hitlers Einverständnis besass. «Je weniger

ich verbrauche, umso mehr spare ich, und je mehr ich spare, umso mehr kann ich in die Rüstung hineinbauen», erklärte er im November 1938.¹⁵⁹ «Kanonen statt Butter» könnte man auch sagen. Schachts Absicht war es, die kurzfristigen Rüstungskredite letztlich mit der volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung zu finanzieren und aus dem Kapitalmarkt zu konsolidieren. Um «überschüssige Gelder» vor allem der Rüstung zuzuführen, unterwarf er den Geld- und Kapitalmarkt seit Mitte 1933 staatlicher Kontrolle. Zu den kreditpolitischen Massnahmen zählten «die Zinssenkung, die Anleihestockgesetzgebung, die Bankenüberwachung, die dauernde Geldmarktabschöpfung durch die Solawechsel der Golddiskontbank und als wichtigstes die Emissionskontrolle.»¹⁶⁰

Eigentlich verlief die Bankreform 1933/34 weniger einschneidend, als von Parteikreisen gefordert oder von den ängstlichen Banken befürchtet. Auch die viel erörterte Frage der Verstaatlichung von Banken wurde bald als überflüssig angesehen, organische Fehler in der Struktur des deutschen Kreditwesens vom Untersuchungsausschuss für das deutsche Bankwesen 1934 nicht festgestellt.¹⁶¹ Schacht liess die Bankenenquête auffliegen. Zwei Grossbanken gelang in aller Stille bis 1936 die Reprivatisierung durch Rückkauf der Anteile, die mit der Bankenkrise vom Reich und von der Golddiskontbank übernommen worden waren. Mehrere Millionen Mark Aktien der Dresdner Bank, die sich im Reichsbesitz befanden, wurden im September 1937 an der Börse umgesetzt und gingen in Privathände über.¹⁶² Andere Kreditinstitute blieben auf Staatshilfe angewiesen. Handhaben zur Kontrolle des Geld- und Kapitalmarkts bot das in wesentlichen Bestimmungen noch heute geltende Reichsgesetz über das Kreditwesen vom Dezember 1934.¹⁶³ Es ging dabei nicht nur um eine umfassende gesetzliche Regelung des Bankgeschäfts, sondern um das schwierige Problem der Einbeziehung des Giralgeldes in die staatliche Währungshegemonie, um die kreditpolitischen Mittel der Reichsbank zu erweitern.

Unter das Stichwort der Verstärkung der Reichsaufsicht über den Kreditmarkt könnte auch das «Gesetz über Staatsbanken» vom Oktober 1935 eingereiht werden,¹⁶⁴ nur ging es hierbei vordergründig um die Abwehr von Eingriffen der Partei. Durch Aktionen der Braunschweigerischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Klagges und revoltierender Parteigenossen des Verwaltungsrats war die Stellung des kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung an die Spitze der Braunschweigerischen Staatsbank berufenen Dr. Werner Küchenthal immer unhaltbarer geworden. Das Beispiel des sächsischen Staatsbankpräsidenten Degenhardt drohte sich fast zu

wiederholen.¹⁶⁵ Der geschätzte, von Nazis bedrängte Bankfachmann Küchenthal erhielt jedoch unerwartete Rückendeckung durch den Leiter der zuständigen Abteilung I des Reichswirtschaftsministeriums, durch Dr. Otto Schniewind und seinen Stellvertreter Friedrich Sperl. Schacht stimmte der Absicht zu, im Reichskabinett ein Gesetz über Staatsbanken ein- und durchzubringen, das dem Reichswirtschaftsminister sowohl die Aufsicht über die Staatsbanken übertrug als auch die Befugnis, eine zweckmäßige Gestaltung der Organisation der Staatsbanken vorzunehmen. Der gebilligte Entwurf zu dem Gesetz, eigentlich eine «Lex Küchenthal», erwähnte freilich mit keiner Silbe das Dilemma in der Braunschweigischen Staatsbank, sondern verwies auf die Notwendigkeit der Ausdehnung der Reichsaufsicht für die Erfüllung der dem Reichswirtschaftsministerium obliegenden Aufgaben auf dem Kreditmarkt. Aufgrund einer Verordnung vom 28. September 1934 war bereits die Aufsicht über die Hypothekenbanken und Börsen vom Reichswirtschaftsministerium übernommen worden.¹⁶⁶ Der Entwurf pasierte das Kabinett.

Fortan besass der Reichswirtschaftsminister die Kompetenzen, um eigenmächtig nicht nur in der Braunschweigischen Staatsbank die Organisation, Satzungen und Stellenpläne zu ändern. Er konnte selber die Aufsicht über Staatsbanken übernehmen oder die Wahrnehmung dieser Aufgabe anderen Stellen übertragen. Beschwichtigend wirkte sicher bei den Staatsbanken in Preussen, Bayern und Württemberg usw. die ihnen umgehend gemachte Mitteilung, dass der Reichswirtschaftsminister nicht die Absicht habe, von den Befugnissen des Sondergesetzes ihnen gegenüber sogleich Gebrauch zu machen. Sie blieben der Aufsicht ihrer Länderregierungen unterstellt. Vorerst wollte das Reichswirtschaftsministerium nur in Braunschweig «durchgreifen», um Präsident Küchenthal in seiner Position zu festigen und den Einfluss der Staatsregierung auszuschalten. Dazu bedurfte es aber erst einer sich tumultartig zugespitzten Sondersitzung des Verwaltungsrats der Braunschweigischen Staatsbank. Sie wurde mit der Verlesung einer Verfügung Schachts durch Ministerialdirektor Schniewind beendet, dass nach Massgabe des Gesetzes über Staatsbanken der Verwaltungsrat der Braunschweigischen Staatsbank aufgelöst und seine Mitglieder demnach entlassen seien. Küchenthal blieb bis zum Kriegsende im Amt unbehelligt. Vor allem Querverbindungen des Reichswirtschaftsministeriums zum Gauleiter in Hannover hinderten den braunschweigischen Ministerpräsidenten Klagges, eine Personaländerung in seinem Sinne vorzunehmen.

Von «den schrägen Fürsten aus Berlin» war auf der turbulenten Verwaltungsratssitzung in Braunschweig die Rede. Konflikte mit Gauleiter Heinrich Lohse in Kiel wegen der Landesbank von Schleswig-Holstein schlugen höhere Wogen und brachten Ministerialdirektor Schniewind und Ministerialrat Sperl vom Reichswirtschaftsministerium eine für sie schwerwiegende Anzeige wegen Felonie und staats- sowie parteifeindlicher Umtriebe («Heimtücke-gesetz») ein. Die Verhaftung wurde durch Eingreifen des Reichsjustizministers und seines persönlichen Referenten, Hans von Dohnany, in letzter Minute verhindert. Schacht hatte mit seinem Rücktritt gedroht.¹⁶⁷ Mit Lohse gab es erhebliche Differenzen über die Kreditpolitik der Landesbank und Girozentrale in Kiel. Immer wieder kam es bei der Reorganisation von sanierungsbedürftigen Landes- und Provinzialbanken und ihrer fachgemässen, «Parteigrössen» ausschliessenden Besetzung zu Auseinandersetzungen und Reibungen mit Parteiorganisationen. Viele «braune Gaufürsten» hielten sich dabei an das Motto: «Die Partei befiehlt dem Staat». So war es eine seltene und überraschende Ausnahme, dass Oberpräsident und Gauleiter Josef Wagner von Schlesien, nachdem ihm Ministerialrat Sperl den Zusammenschluss der notleidenden Provinzialbank von Oberschlesien in Ratibor mit der Schlesischen Girozentrale in Breslau aus ernststen wirtschaftlichen Gründen nicht nur als zweckmässige, sondern auch als notwendige Massnahme dargelegt hatte, 1934 sogleich der regionalpolitisch problematischen Vereinigung zustimmte.¹⁶⁸

1935 endete, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, auch ein anderes wichtiges, traditionsreiches Kapitel einzelstaatlicher deutscher Bankgeschichte. Bis dahin bestanden die im Bismarck-Reich ins Leben gerufenen sog. «Privatnotenbanken», die nach wie vor von ihrem Recht auf Notenausgabe Gebrauch machende Bayerische, Badische, Sächsische und Württembergische Notenbank, alles Staatsbanken, die seit den 20er Jahren der Zuständigkeit der jeweiligen Länderfinanzministerien unterstellt waren.¹⁶⁹ Die nationalsozialistische Reichsregierung kündigte nicht nur fristgerecht das Notenausgaberecht dieser Banken auf, sondern bestimmte durch Gesetz vom 18. Dezember 1933, dass die Befugnis zur Notenausgabe mit dem 31. Dezember 1935 erlischt und ein Anspruch auf Entschädigung daraus nicht entstehen würde. Ohne dass sich Widerstand regte, genügte 1933 faktisch ein Federstrich, um den monetären Partikularismus in Deutschland zu beseitigen und mit Ende 1935 das deutsche Geld- und Banknotenwesen definitiv zu vereinheitlichen, wengleich, wie wir heute wissen, für nur knapp 13 Jahre.

Mehr Probleme als die Herstellung der monetären Einheit Deutschlands, die fast wie ein reifer Apfel vom Baume fiel, bereitete damals den Bankenreformern die künftige Verwendung der ihrer Notenausgabe beraubten Staatsbanken. Die gleiche Frage stellte sich seit einiger Zeit auch für die Staatsbanken der Länder, die schon zuvor ihr Notenausgaberecht eingebüsst hatten. Der Zuständigkeit der Länder unterworfenen Staatsbanken bestanden in Preussen, in der Hansestadt Bremen, in Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg. Der Vereinigung der staatlichen Bankinstitute der thüringischen Einzelstaaten verdankte die durch Staatsbankgesetz von 1922 gegründete Thüringische Staatsbank in Weimar ihre Entstehung. Wegen ihrer Abhängigkeit vom Staat eröffneten insbesondere die Staatsbanken nach Hitlers Machtübernahme den neuen nationalsozialistischen Länderregierungen sowie Reichsstatthaltern und Gauleitern ein willkommenes Aktionsfeld, um ältere und neuere Zielsetzungen der NS-Wirtschaftspolitik in Angriff zu nehmen und womöglich zu verwirklichen. Nahe lag es, sie als Instrumente des Wirtschaftsausbaus und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit einzusetzen.

In Stuttgart wollte die Landesregierung die Notenbank zu einer regionalen Wirtschaftsbank ausbauen, durfte aber nur dann mit der Beteiligung der Reichsbank rechnen, wenn sich der württembergische Staat selbst nicht daran beteiligte. Verwundert stellte Ministerpräsident Mergenthaler auf der Sitzung des württembergischen Staatsministeriums vom 11. Januar 1934 fest, «das erscheine ihm ein recht eigentümliches Verhalten. Das nationalsozialistische Prinzip sei doch von jeher die Verstaatlichung der Banken gewesen». Eine Beteiligung von privatem Kapital war der Stuttgarter Regierung auch genehm. Als dann die Erhöhung des Aktienkapitals der Württembergischen Bank von 7 auf 19 Mio. RM vorwiegend mit Hilfe von Mitteln der Girozentrale und der württembergischen Sparkassen geplant war, stiessen die Stuttgarter erneut auf den Widerstand Schachts. Gegen die Umwandlung der ehemaligen Privatnotenbanken in Regionalbanken, wie auch wenig später mit dem aus der Federführung des Reichswirtschaftsministeriums hervorgegangenen Zweiten Änderungsgesetz zum Privatnotenbankgesetz vom 29. Dezember 1934 ausdrücklich angestrebt, hatte der Reichsbankpräsident keine Einwendungen. Entschieden setzte er sich dagegen zur Wehr, dass für die Umwandlung der Staatsbanken der Länder öffentliche Mittel in Anspruch genommen wurden. Sie sollten vielmehr auf privater Grundlage aufgebaut und als Privatbank tätig werden. Die von ihm verfocht-

tene Teilprivatisierung der Staatsbanken widersprach zwar dem Buchstaben des ohnehin seiner inhaltlichen Verbindlichkeit entkleideten Parteiprogramms der NSDAP, liess sich aber mit dem Ausgabenprimat öffentlicher Gelder für die Beschäftigungsprogramme und die Aufrüstungspolitik der Reichsregierung durchaus plausibel rechtfertigen. Daran hindern konnte Schacht freilich nicht die Reichsstatthalter, wenn sie ihre Staatsoder Landesbanken stark unterstützten und die Länder sie zu ihren Vertrauensbanken machten. Der eigenmächtigen Neugründung von Zweigstellen war noch rechtzeitig ein Riegel vorgeschoben worden. Auf Weisung des nationalsozialistischen braunschweigischen Ministerpräsidenten Dietrich Klagges und seines Finanzministers Friedrich Alpers hatte die Braunschweigische Staatsbank 1934 Filialen sogar in grösseren Städten der benachbarten Provinz Hannover eingerichtet. Das Reichswirtschaftsministerium reagierte darauf mit einer Verordnung «über die Gründungssperre der Kreditinstitute» vom 3. Juli 1934. Darin befand sich auch ein Passus, dessen Anwendung es erlaubte, den grössten Teil der Braunschweigischen Staatsbank-Filialen im Raum Hannover wieder zu schliessen.¹⁷⁰

Die Reform, die Modernisierung der auch damals im Unterschied zu den Banken von allen Parteien positiv beurteilten Sparkassen durch neue Mustersatzungen fiel zumeist noch in die Brüning-Zeit bzw. wurde noch vor Hitlers Machtübernahme in Kraft gesetzt (Preussen u.a.). Die Neufassung der Satzungen der Girozentralen erfolgte nach Hitlers Machtübernahme.¹⁷¹ Bei der Reform der grossen und kapitalkräftigen Girozentralen und Verbände handelte es sich um ein umfassendes Programm, um die Neufassung der organisatorischen Bestimmungen, die Neuformung der Kredit- und Liquiditätsrichtlinien, die Begrenzung des Kommunalkredits auf ein notwendiges und vertretbares Ausmass, die Ordnung der Verhältnisse der in Not geratenen Institute in Düsseldorf, Münster und Ratibor, die Zusammenfassung der Sparkassen- und Giroverbände mit den Provinzialverbänden als gemeinsame Träger der neuen «Landesbanken-Girozentralen» und nicht zuletzt die beträchtliche Stärkung der Sparkassendirektoren in ihren Instituten und in der Sparkassen- und Giroorganisation.¹⁷² Dabei bemühte sich die zuständige Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums gleichzeitig, die Besetzung der leitenden Stellen bei den Girozentralen durch führende Nationalsozialisten zu verhindern und möglichst bisher bewährte amtierende Spitzenkräfte in ihren Positionen zu halten. Gegebenenfalls wurden von den Nationalsozialisten hart bedrängte Bankdirektoren an die Spitze

Krisenkredite an	30.6.1933	30.6.1935
	in 1'000 RM	
öffentl.-rechtl. Kreditinstitute	482'888	102'000
Private Banken und Bankiers	395'051	9'562

einer anderen Girozentrale versetzt. Generaldirektor der Mitteldeutschen Landesbank-Girozentrale wurde der in Stettin von den Nationalsozialisten attackierte Landrat Paul Schuster (1933-45), während dem in Magdeburg als Freimaurer angeprangerten Landesbankdirektor Schmidt die Leitung der Landesbank Münster übertragen wurde. Im Unterschied zu Braunschweig (Staatsbank und Landessparkasse unter Dr. Küchenthal) konnte das Reichswirtschaftsministerium in Düsseldorf, Breslau, Hannover und Stettin fast kampflos seine Personalvorstellungen realisieren. Bis ins ostpreussische, von Gauleiter Koch beherrschte Königsberg reichte der Arm des Ministeriums nicht. In Wiesbaden gelang unter dem Schutz des Gauleiters von Hessen-Nassau, Jakob Sprenger (1884 bis 1945), dem NSDAP-Gauamtsleiter Wilhelm Avieny 1933 die nicht mehr revidierbare Selbstinthronisation zum Chef der Nassauischen Landesbank-Girozentrale. Avieny baute sich rasch zu einer der einflussreichsten Figuren in der hessischen Wirtschaft auf. Der versuchte Einbruch der NSDAP in den Deutschen Sparkassen- und Giroverband in München, angeführt vom Münchener Oberbürgermeister Karl Fiehler und von Gauleiter Adolf Wagner von München-Oberbayern, der überraschend zum Ehrenpräsidenten der Sparkassen-Spitzenorganisationen ernannt und von seinem Posten wieder entfernt wurde, liess sich vom Reichswirtschaftsministerium durch personalpolitische Schachzüge abblocken. Nach kommissarischer Leitung durch den Präsidenten der Landesbank Kassel, Staatssekretär a. D. Schwarzkopf und nach Neufassung der Satzungen des Deutschen Spar- und Giroverbandes als auch der Deutschen Girozentrale ernannte Schacht seinen Ministerialdirektor Heintze zum neuen mit viel Geschick seine Stellung bis 1945 behauptenden Präsidenten der Sparkassen-Spitzenorganisationen.¹⁷³

Wichtiger denn je war damals dem Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister, das Vertrauen des Sparers zu seiner Sparkasse und auf die Währungsstabilität zu erhalten und möglichst zu stärken. Wohl kein Bankpräsident spendete dem Sparwillen der Deutschen so viel Lob wie Schacht¹⁷⁴. Doch welches Sparziel wurde den Erstaunliches vollbringenden

Sparern verheissen? KdF-Wagen von Porsche, Schiffsreisen oder Eigenheime? Nur Sparen würde Freiheit und Brot schenken, so Schacht: Sparen sichere Arbeit und Aufrüstung. Dass der Effekt des Sparens physisch und moralisch ein sehr viel grösserer als der des Borgens sei, war nur vor 1933 aus seinem Munde zu hören. «Alle verfügbaren Ersparnisse» würden «auf die Finanzierung der staatspolitischen Notwendigkeiten konzentriert», erklärte er auf dem Allgemeinen Sparkassen- und Kommunalbankentag 1937. Borgen war allein dem Staat erlaubt. Sogar den mit dem Sparkassenwesen seit jeher besonders nahe verbundenen Kommunen war der Zugang zum Kapitalmarkt verwehrt. Auch Ende 1937 machte Schacht den enttäuschten Kommunen keine Hoffnungen: «Einer generellen Aufhebung des Kommunalkreditverbots kann ich aber zur Zeit im Interesse der Gesamtfinanzierungsaufgabe des Staates nicht zustimmen.»¹⁷⁵ Privatkredite durften die Sparkassen nur in Höhe bis zu 1% der Einlagen gewähren (höchstens bis zu 200'000 bzw. 100'000 RM). Dass trotzdem das Ausmass der kurzfristigen Reichsverschuldung längst dem bemerkenswerten Anstieg der Spareinlagen (Ende 1933 bis Ende 1938: 8,46 Mrd. RM) davongelaufen war, durfte Schacht der Öffentlichkeit nicht anvertrauen.

Dem ersten Einbruch führender Nationalsozialisten in die Spitzen der Versicherungsverbände nach 1933 lag eigentlich ein politisches Missverständnis zugrunde. Der bisherige Direktor des Verbandes öffentlich-rechtlicher Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten, ein honorierter einstiger kaiserlicher Oberregierungsrat hegte die ihm auch von den Versicherungsreferenten des Reichswirtschaftsministeriums nicht auszudehende, abwegige Befürchtung, dass der neue Reichswirtschaftsminister Schmitt, Allianzdirektor, nichts Eiligeres zu tun hätte, als die öffentlich-rechtlichen Versicherungen sogleich zu privatisieren.¹⁷⁶ Um das zu verhindern, wollte er einen gestandenen Nationalsozialisten an die Verbandsspitze holen. Die «braunen» Geister, die man rief, kamen. An einem Junitag 1934 «wählte» die Mitgliederversammlung des «Lebensverbandes» einstimmig den damaligen Coburger Oberbürgermeister und späteren Gauleiter Schwede-Coburg zum Verbandsvorsitzenden. Einstimmig wurden ihm auch die beanspruchten Funktionen von Verwaltungsausschuss und Mitgliederversammlung übertragen. Weniger Unruhe bereitete zunächst der Aufstieg des Prokuristen Hans Goebbels, Bruder des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels, zum neuen Generaldirektor der Feuerversicherungsanstalten der Rheinprovinz. Hans Goebbels redete angeblich auch

viel, konnte sich aber im Unterschied zu seinem Bruder nicht durchsetzen. Die vom Gauleiter der Provinz Sachsen, Wilhelm Loeper, betriebene Ernennung eines Parteigenossen zum Generaldirektor der Sächsischen Feuerversicherungsanstalt wurde von Otto Schniewind blockiert. Soweit es dem Reichswirtschaftsministerium insbesondere durch die Zusammenfassung aller Versicherungsunternehmen in der einheitlichen Reichsgruppe «Versicherungen» (unter Allianz-Direktor Eduard Hilgard) gelang, frühere Gegensätze zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Versicherungsunternehmen abzubauen¹⁷⁷, war hierin sicher ein positiver Entwicklungsansatz zu erblicken. Auch in den Wirtschaftsgruppen («Privatversicherungen» unter Colonia-Generaldirektor Dr. Christian Oertel, «Öffentlich-rechtliche Versicherungen» unter Prof. Dr. Riebesell von der Hamburger Feuerkasse) dominierte während der Schacht-Ära die fachliche Legitimation.

«Unter Schacht», so erinnerte sich Ministerialrat Matthes, «war ich vorwiegend damit beschäftigt, Entwürfe für Antwortbriefe von Gauleitern zu fertigen, auch wenn sie nicht das Versicherungsreferat betrafen ... Besonders viel hatte ich mit Schreiben von Gauleiter Schwede-Coburg zu tun. Dieser hatte die fatale Absicht, den Deckungsstock der deutschen Lebensversicherer für den Bau von Ordensburg zu verwenden.»¹⁷⁸ Das lag nicht im Sinne Schachts und war schon gar nicht mit seiner Kapitalmarktpolitik vereinbar. Gesetzliche Grundlage für den Zugriff des Reiches auf das bei den Geldsammelstellen gebildete Geldkapital bildete die erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 9. Februar 1935, wonach Liquiditätsreserven bis zur Hälfte aus Wertpapieren bestehen konnten. Anweisungen des Reichswirtschaftsministers an die Girozentrale, der Reichsgruppe «Versicherungen» an die Privatversicherungen sicherten seitdem die Anlage verfügbarer Einlagen in Schuldverschreibungen des Reiches. Schatzanweisungen wurden hauptsächlich bei Banken abgesetzt, längerfristige Anleihen in «rollendem Verkauf», ohne vorherige Festlegung des Emissionsvolumens, durch Vereinbarungen mit den betreffenden Spitzenorganisationen bei Sparkassen und Versicherungen untergebracht.¹⁷⁹ Damit war zugleich das wichtigste technische Instrumentarium für die spätere Kriegsfinanzierung installiert. Wozu dann noch das Gerede über die Verstaatlichung der Versicherungen?

Bank und Börse, Kreditverkehr und Effektenhandel gehörten seit dem 19. Jahrhundert zu den unentbehrlichen Erscheinungen des modernen, aufstrebenden deutschen Wirtschaftslebens. Durch die Wertpapierspekulation

gerieten die Börsen zwar in politisches Zwielicht, das aber ihre wichtige Vermittlerrolle auf dem Geld- und Kapitalmarkt nicht schmälern konnte. Börsen boten den Markt dafür, dass flüssiges Geld zu langfristigen Anlagen gerinnen konnte und umgekehrt langfristige Effektenanlagen sich wieder zu Geld verflüssigen liessen. Die nach der Bankenkrise restituierten deutschen Börsen, seit 1933 in ihren Funktionen zunehmend beschnitten, erlangten während des wirtschaftlichen Aufschwungs der 30er Jahre niemals mehr jene Bedeutung, die ihnen zu Zeiten eines freien Kapitalverkehrs zugekommen war. Ihre Kapitalkraft war durch die Krise angesichts katastrophal niedriger Notierungen wesentlich verringert, zahlreiche an den Börsen vertretene Bankfirmen waren ausgefallen, jüdische Bankiers und Makler wanderten allmählich ab. Der Terminhandel in Wertpapieren war wegen seines spekulativen Moments seit 1931 verboten, die ausgebauten Devisengesetzgebung lockte nicht mehr das Ausland zur Teilnahme am deutschen Börsenhandel, der Handel mit ausländischen Wertpapieren wurde eingeschränkt, und schliesslich machte sich nach 1933 die Emissionssperre für private Unternehmen bemerkbar. Wie stets bei Emissionssperren und einem auf vorhandene Wertpapiere beschränkten Aktienmarkt zeigten die Kurse für die festverzinslichen Wertpapiere einen ständigen Aufwärtstrend. Doch unter Schacht und den ihm unterstellten Börsenkommissaren (Dr. Neufeld, der als jüdischer Beamter im März 1933 ausschied, danach Dr. Schniewind und von 1935 bis 1937 Ministerialrat Sperl) durfte an der Börse noch «frei» abgestimmt werden, war die «freie Willens- und Kursbildung für die dort gehandelten Werte» (Sperl), wenn man von der «Kurspflege» durch die Reichsbank absieht, gewahrt. Die einschneidende «Börsenbereinigung» von 1934 trug in erster Linie den eingetretenen Schwergewichtsverlagerungen des Börsenverkehrs an den deutschen Börsenplätzen durch Aufhebung und Zusammenlegung benachbarter Börsen zu grösseren Einheiten Rechnung. Die Börsen von Dresden und Magdeburg wurden zur Leipziger Börse gezogen, die Mannheimer Börse mit der von Frankfurt vereint und die Börsen von Düsseldorf, Essen und Köln zur Rheinisch-Westfälischen Börse in Düsseldorf aufgewertet. Überraschend blieb die Stellung der Berliner Börse,¹⁸⁰ ohne freilich noch eine die Wirtschaft steuernde Funktion zu besitzen. «Nachdem durch ergänzende Erlasse in den Jahren 1935 bis 1937 auch für den Börsenfreiverkehr und andere Nebengebiete der Genehmigungszwang eingeführt war, war der offene Kapitalmarkt in vollem Umfange der Lenkung des Reichswirtschaftsministeriums unterstellt.»¹⁸¹ Die

kontrollierende Staatsaufsicht mündete in die Kapitallenkung, um «die sich am Kapitalmarkt ansammelnden Mittel weitestgehend auf die Finanzierung von Rüstung und Vierjahresplan zu konzentrieren.»¹⁸²

Auf Investitionsverbote und Emissionssperre, eine «viel angefeindete Massnahme» (Schacht), folgte 1934 als weiterer ungewöhnlicher Eingriff kreditpolitischen Charakters die keineswegs nur gegen «dividendenhungrige» Aktionäre gerichtete Anleihestockgesetzgebung, Ende 1937 von Göring um weitere drei Jahre verlängert.¹⁸³ Sie zwang die Kapitalgesellschaften, «die Vorteile aus der staatlichen Konjunktur zogen», die ausgeschütteten Dividenden auf höchstens 6 Prozent zu begrenzen und «ihre überdurchschnittlichen Gewinne vor allem zur finanziellen Stärkung und zum Ausbau des Unternehmens zu verwenden». Höhere Dividenden flossen in den Anleihestock der Deutschen Golddiskontbank (bis Ende 1937 etwa 90 Mio. RM) und dienten ihr zunächst als Stütze des «einer ständigen Pflege bedürftigen» Rentenmarkts. «Wir begegnen heute sehr oft der Forderung, dass man die Konjunkturgewinne der Industrie stärker wegsteuern müsse. Es ist aber eine wirtschaftlich weit bessere Politik», rechtfertigte Schacht das seit 1933 verfolgte industriefreundliche Prinzip der industriellen Selbstfinanzierung, «die Überschüsse der Industrie für solche Neuinvestitionen heranzuziehen, statt das Streben der Industrie nach grösster Wirtschaftlichkeit und sparsamster Erzeugung durch falsche Steuerpolitik zu unterbinden.»¹⁸⁴ Der Erfolg dieser die Eigenkapitaldecke der Unternehmen erweiternden Wirtschaftspolitik liess sich in den Geschäftsberichten der Industrie ablesen. Mit steigenden Umsätzen gewannen sie seit 1933 eine zunehmende Liquidität durch zurückbehaltene Gewinne zur Selbstfinanzierung und die sie ebenso begünstigende Abschreibungs- und Investitionspolitik. Auch bei Vornahme verstärkter Investitionen musste nicht unbedingt die Liquidität leiden. Das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 erklärte aus «allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen» sogar die Bildung von stillen Reserven für zulässig.¹⁸⁵ Im Gefolge dieser unternehmensfreundlichen staatlichen Massnahmen und der ständig umsatzsteigernden Wirtschaftsbelebung kam es dann zu der bemerkenswerten Tatsache, dass immer liquider werdende Wirtschaftsbetriebe vor der neuen Aufgabe standen, «wie sie die sich ansammelnden Geldbeträge am besten verwenden sollen.»¹⁸⁶ Die erweiterte Liquidität der Industrie erlaubte vor allem, Bankschulden abzutragen und sogar längerfristige Anleihen zurückzuzahlen, was wiederum zu einer Verflüssigung des Kapitalmarktes beitrug.

Nach dem Verfall des deutschen Kapitalmarkts mit der Bankenkrise 1931 – Anleihen des Reiches und der Länder standen 1932 bei durchschnittlich 63% – spielte sich die volkswirtschaftliche Finanzierung grösstenteils kurzfristig ab. Im Unterschied zur Konjunkturphase während der Weimarer Republik verlief die Bildung von langfristigem Geldkapital im NS-Staat wesentlich langsamer und erreichte auch 1938 nicht den Stand von 1928.¹⁸⁷ Gleiches galt bis 1937 für die Bildung von kurzfristigem Geldkapital, das erst mit der Vermehrung des Geldumlaufs 1938 eine nachhaltige Steigerung erfuhr. Während der Wirtschaftskrise waren die verzinlichen Schatzanweisungen zum eigentlichen Kreditinstrument des Reiches aufgerückt und blieben es bis Ende 1935. In Anbetracht des zunehmend stärkeren Einsatzes kurzfristiger, sich zwar prolongierender Kreditmittel für Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung (Arbeitsbeschaffungs- und Mefowechsel) war es begreiflich, dass es Schacht trotz aller «Pflege des Kapitalmarkts» und des wachsenden Vertrauens in die Aufwärtsbewegung der Wirtschaft immer schwerer fiel, die von Anbeginn beabsichtigte und im Interesse der Währungsstabilität erforderliche Verlagerung der kurzfristigen Finanzierung auf den langfristigen Geldmarkt herbeizuführen. In einer Rede vor Wehrmachtsoffizieren sprach im März 1936 der Schacht-Vertraute Rudolf Brinkmann im Hinblick auf die Wechselfinanzierung «von den gewaltigen Anstrengungen, deren es zweifellos bedarf, um dem Reich die fristgemässe Abdeckung seiner Verbindlichkeiten auch weiterhin zu ermöglichen».¹⁸⁸

Erst 1935 wurde eine Reichsanleihe (Laufzeit 28 Jahre) im Betrag von 1,9 Mio. RM bei Sparkassen, Versicherungen und bei den Zentralinstituten der Spar- und Girokassen untergebracht und auf offenem Markt als Konsolidierungsanleihe für 500 Mio. RM Reichsschatzanweisungen (Laufzeit 7/4 Jahre) zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Beide Wertpapiere wurden mit nur 4½% verzinst. Vorbereitet wurde diese noch völlig unzureichende Konsolidierung durch die «dauernde Geldmarktaberschöpfung durch die Solawechsel der Golddiskontbank» (Schacht). «An diesen Sitzungen des Reichsanleihekonsortiums habe ich ab 1935 teilgenommen. Es ist doch bemerkenswert, dass in diesem Gremium jüdische Bankfirmen und jüdische Persönlichkeiten ihren Aufgaben und Pflichten nachgekommen sind», schrieb Ministerialrat Sperl. Noch bis Ende 1937 setzte Schacht durch, dass die Prospekte für die öffentlich zur Zeichnung angebotenen Reichsanleihen auch von den jüdischen Bankhäusern unterzeichnet wurden. Er suchte nicht die Konfrontation und kassierte (1937 /38 ebenfalls Göring) mit der Sam-

melbüchse an der Berliner Börse Geld- und Scheckbeträge an den Ständen bekannter jüdischer Bankhäuser für das Winterhilfswerk ein.¹⁸⁹

Ihren grössten Erfolg erzielte Schachts Kapitalmarktpolitik mit der 1935 erfolgten Zinssenkung. Trotz zweimaliger Zinssenkungsaktionen in den Jahren 1931/32 wurde die Last von 7 oder 8% Zinsen 1935 als überhöht und als Hemmnis für eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur raschen Gesundung der Wirtschaft angesehen.¹⁹⁰ Sogleich nach Hitlers Machtübernahme wollten daher angesichts der bitteren Enttäuschung weitester Bevölkerungskreise über die drückende Zinslast zahlreicher Parteieninstanzen aus Unkenntnis der wirtschaftlichen Bedeutung des Zinses und unter Berufung auf die nationalsozialistische Parole von der «Brechung der Zinsknechtschaft» auf dem Wege des Zwangs Zinssenkungen durchsetzen. Sie scherten damit aus der von der Reichsbank und dem Bankenkommissar eingeschlagenen, abwartenden Linie einer «organischen» Zinssenkung aus. Beispielsweise musste die Braunschweigische Staatsbank (und Landessparkasse) unter der Einwirkung der Staatsregierung die Zinssätze für Kredite herabsetzen, obwohl dadurch eine unerträgliche und gefährliche Minderung der Ertragslage der Bank eintrat, und obendrein kommunale Kreditnehmer und in Sonderheit der Braunschweigische Staat einseitig bevorzugt wurden. Man lernte nicht einmal aus den Schäden, die sich durch die reglementierte Zinssenkung von 1931 eingestellt hatten. Nicht nur schwere Kursverluste waren die Folge. Reichsbank und Reichswirtschaftsministerium bereitete die Losung von der «Brechung der Zinsknechtschaft» und die Verbreitung einer volkswirtschaftlich vertretbaren Interpretation einige Sorgen. «Keinesfalls aber bedeutet ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘, dass man dem deutschen Sparer keine Zinsen mehr aus seinen Spareinlagen zahlen will», antwortete Schacht 1934 einem amerikanischen Journalisten. Und einem Redakteur des «Angriff» erklärte er im September 1935: «Eine unverzinsliche Anleihe aufzuerlegen kommt nicht in Frage, da sie ja nur eine Zwangsanleihe sein könnte.»¹⁹¹

Die Grundsätze seiner künftigen Kapitalmarktpolitik hatte Schacht, unbeeinflusst von nationalsozialistischer Programmatik, schon 1932 konzipiert und eine Einschränkung des freien Spiels der Kräfte auf dem Kapitalmarkt vorgeschlagen. «Die Zinsgestaltung kann ebensowenig der sogenannten freien Übereinkunft des Marktes überlassen bleiben, wie etwa der Brotpreis oder der Arbeitslohn.»¹⁹² In seiner Politik der Zinsgestaltung ging er nach 1933 jedoch äusserst behutsam vor, leitete eine Pflege steter Kursbefestigung ein und wollte das Reglement möglichst vermeiden, so lange

sich der Kapitalmarkt als noch nicht funktionstüchtig erwies. Sich 1934 ausbreitende Missstimmung in Wirtschaftskreisen über den quälenden Zinsdruck und das Missverhältnis zwischen hohen Zinssätzen und niedrigen Einkommen veranlassten ihn nicht zu hektischer Eile. Er wollte die Konversionsreife des Kapitalmarkts abwarten. Der Anstieg des Kurswertes der festverzinslichen Papiere Anfang 1934 kam bereits einer Senkung des Realzinssatzes gleich. Doch das verbesserte Kursniveau konnte nicht gehalten werden. Da die Kreditinstitute auf eine Senkung des Reichsbankdiskontsatzes nicht oder kaum reagierten, planten Reichsbankpräsident, Reichwirtschaftsminister und Bankenkommissar Dr. Ernst im Juni 1934, das Zinsproblem durch Senkung der Wertpapierzinsen endgültig zu bereinigen.¹⁹³ Da eine natürliche Konversion durch Kurssteigerung nicht möglich war, wurde beschlossen, eine Konversion der hochverzinslichen Anleihen mit Widerspruchsrecht anzubieten. Ende 1934 konnte auf diese Weise eine kleine 7%ige Reichsanleihe von 1929 erfolgreich in eine 4%ige Reichsanleihe konvertiert werden. «Vom Frühjahr 1935 an sind in kurzen Abständen die Zinsen der Pfandbriefe, der öffentlichen Anleihen, der Hypotheken und schliesslich der Industrieobligationen auf einen Satz von 4/4 bis 5% gesenkt worden.»¹⁹⁴ Im Unterschied zu 1931 hat der Markt die Zinssenkung mitgemacht, die Kurse sind nicht gefallen, sondern gestiegen. Die beiden Zinsermässigungsgesetze von 1935¹⁹⁵ erlaubten ebenfalls formal die Ablehnung des Angebots, nur meldete lediglich ein verschwindend geringer Teil der Schuldverschreibungsinhaber Widerspruch an. Damals machte die Runde, dass nur ein Jude widersprochen haben soll. In dem vom Reichsbankenkommissar genehmigten Beschluss des Zentralen Kreditausschusses für die Habenzinsen vom 22. Dezember 1936 galt ein Satz von 3% für Spareinlagen von gesetzlicher Kündigungsfrist.¹⁹⁶

Ebensowenig wie sich Schacht in seiner Aussenhandels- und Binnenwirtschaftspolitik von spezifisch nationalsozialistischer Ideologie und Programmatik leiten liess, folgte er auch in seiner Technik der Kreditausweitung und insgesamt in seiner Kapitalmarktpolitik nicht vorgegebenen nationalsozialistischen Leitlinien. Es wäre daher falsch, den von Schacht eingeschlagenen Weg einer antiliberalistischen, das freie Spiel der Marktkräfte kontrollierenden, lenkenden oder ausschaltenden Lösung der Wirtschaftsprobleme und der deutschen Krisensituation, keineswegs pragmatische Improvisationen, als spezifisch nationalsozialistisch zu klassifizieren.¹⁹⁷ Die wichtige Rolle Hitlers, seiner Disziplinierungsgewalt und gelungenen Massenregie bei der Durchsetzung des Schacht-Experiments

wurde von Schacht andererseits nie verkannt. Aber schon vor Schacht wurden in anderen Staaten verwaltungswirtschaftliche Lösungen, wenn auch mit weniger Erfolg, geprobt und nach ihm hat es ebenfalls nicht an ähnlichen Versuchen gefehlt, von jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Realitäten diktiert. Staatlichen Wirtschaftsdirigismus und Zwangswirtschaft hat es gegeben und wird es auch künftig geben, ohne dass es dazu unbedingt der Droge eines «Führer-Mythos» bzw. der politischen Herrschaft irgendeiner Faschismus-Variante als unerlässlicher Rahmenbedingung bedarf. Daher brauchte eigentlich nicht zu erstaunen, dass Schacht im Sommer 1936 vor Generalstabsoffizieren der Wehrmachtsakademie einen Vortrag über «nationalsozialistische Wirtschaftspolitik» mit den selbsteinschätzenden, zutreffenden, aber mutigen Worten begann: «Meine Herren, um jedem Missverständnis vorzubeugen: Eine nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gibt es ebensowenig wie eine nationalsozialistische Blinddarmoperation. Es gibt nur eine richtige oder eine falsche Wirtschaftspolitik, und über die richtige werde ich Ihnen jetzt vortragen.»¹⁹⁸ Der Weg einer richtigen Wirtschaftspolitik und seine Rationalität, so wäre wohl noch hinzuzufügen, waren nie mit dem Weg, der angeblich von der «Vorsehung» verheissenen traumwandlerischen Sicherheit identisch.

Etwa Mitte 1935 erfuhr Börsenkommissar Sperl an der Berliner Börse erstmalig etwas von den gut getarnten Mefo-Wechseln.¹⁹⁹ Der im Reichswirtschaftsministerium zuständige Referent für Währungsfragen, also Sperl selber, hätte von diesem ausserordentlich wichtigen, die Währungsstabilität möglicherweise beeinflussenden Finanzierungsinstrument Kenntnis haben müssen, war aber auf dem Behördenweg nie informiert worden. In drei von Sperl entworfenen und bearbeiteten Schreiben fragte daraufhin das Reichswirtschaftsministerium unter Umgehung des Staatssekretärs bei der Reichsbank an, auf Grund welcher gesetzlichen Vorschriften die Reichsbank sich für berechtigt halte, die Mefo-Wechsel zu diskontieren, erkundigte sich nach den getroffenen Verabredungen zwischen Reichsfinanzminister und Reichswirtschaftsminister und ob ein Höchstbetrag über die Wechselausgabe vereinbart worden sei. Die Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums kamen einer Stellungnahme gegen die Wechsel gleich. In einem anschliessenden Vortrag bei Schacht brachten Schniewind und Sperl ihre erheblichen Bedenken erneut zum Ausdruck und erreichten, dass Schacht, der zugab, dass es ein Fehler gewesen sei, einen Höchstbetrag für die Ausgabe der Mefo-Wechsel nicht vereinbart zu haben, eine Begrenzung des Betrags

Betrags auf 9 Mrd. RM in Aussicht nahm, ausreichend, um etwa 9 neue Divisionen, keine Angriffsarmee, aufzustellen. Es schien, dass Schacht die Opposition von zwei hohen Beamten des Reichswirtschaftsministeriums gegen die Mefo-Wechsel sehr willkommen war. Seit Ende 1935 wirkte er bremsend auf die Rüstung ein, ihr Tempo liess sich aber nur schwer drosseln. Speer war etwa 1936 Zeuge eines Vortrags von Schacht in der Wohnhalle des Berghofes: «Hitler schrie seinen Wirtschaftsminister offenbar aufs Höchste erregt an, man hörte Schacht entschieden und mit lauter Stimme antworten. Der Dialog wurde von beiden Seiten immer heftiger und brach schliesslich abrupt ab. Wütend kam Hitler auf die Terrasse und verbreitete sich noch lange über seinen widersätzlichen bornierten Minister, der ihm die Aufrüstung verzögere.»²⁰⁰

Bezeichnenderweise wies nicht Schacht, sondern Generaloberst Göring mit Schreiben vom 5. November 1936 den Reichsfinanzminister darauf hin, «dass die Lage des Geldmarktes die baldige erneute Auflegung einer Reichsanleihe möglich und ratsam erscheinen» lasse.²⁰¹ Um eine Abstimmung des Publikums auf dem freien Kapitalmarkt zu vermeiden, entschied man sich wiederum für die 1935 erprobte Begebungstechnik von Reichsanleihen durch «geräuschlosen» und «rollenden Verkauf». Ende November kam eine neue Reichsanleihe in Höhe von 500 Mio. RM auslosbaren, in den Jahren 1943 bis 1948 rückzahlbaren Schatzanweisungen zur Auflegung. «Damit soll», so Schacht, «ein weiterer Teil der aus der Aufrüstung resultierenden kurzfristigen Schuld des Reiches konsolidiert werden.»²⁰² Doch gleichzeitig hatte ihm Hitler die Aufstockung des Betrags der Mefo-wechsel um weitere 3 Mrd. RM abgerungen. Den Anlass der anstehenden Verlängerung seiner Amtsperiode als Reichsbankpräsident im März 1937 nutzte dann Schacht angeblich, um eine Vereinbarung über die Begrenzung des Gesamtumlaufs an Mefo-Wechseln von zwölf Mrd. RM zu treffen und damit die Ausgabe der Wechsel abzustoppen,²⁰³ ein Schritt verzweifelten Mutes (Vocke). Abweichend von Schachts Erinnerungen überliefern die erhaltenen Kabinettsprotokolle, dass er im März 1937 Vortrag über die Finanz- und Währungslage bei Hitler verlangte und erst danach die Wiederbetrauung mit seinem Amt akzeptieren wollte. Bemerkenswert ist auch, dass er am 19. März 1937 seine Ernennung zum Präsidenten der Reichsbankdirektoriums für die Dauer nur eines Jahres erhielt, dagegen am 9. März 1938 seine Amtszeit als Reichsbankpräsident von Hitler auf vier Jahre verlängert wurde. Nicht direkt zu seinem 60. Geburtstag, sondern

Wochen danach, am 17. April 1937, liess Hitler durch seinen Adjutanten Schaub, so die Akten, Schacht ein Spitzweg-Bild überreichen, offenbar eine Fälschung. Über den gefälschten Spitzweg berichtete Schacht ausführlich in seinen Erinnerungen.²⁰⁴ Sollte der Spitzweg eine Geste der Versöhnung sein? Nur der leere Rahmen des gefälschten Spitzweg aber hing in Schachts Arbeitszimmer mit der Inschrift: «Geschenk des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler zu meinem 60. Geburtstag, als Fälschung festgestellt durch ...».

«Die von 1937 an auftretenden Inflationserscheinungen wären durch eine Etatspolitik vermieden worden», schreibt rückblickend Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk in seinen Erinnerungen, wenn die Probleme der Rüstungsfinanzierung nicht von der Einnahme-, sondern auch von der Ausgabenseite her, durch Sparen gelöst worden wären. «Das war aber von 1937 ab bei Hitler nicht mehr zu erreichen.» Schacht hatte damit gerechnet, dass eine forcierte Aufrüstung wirtschaftliche Störungen hervorrufen würde und diese dann die Rüstung automatisch aufhalten, die Bäume also nicht in den Himmel wachsen würden. Störungen stellten sich ein, die Bremswirkung aber blieb aus. Schliesslich erwies sich auch der Versuch, den riesige Rüstungssummen fordernden, hitlerhörigen Reichswehrminister Blomberg zur gemeinsamen Opposition gegen Hitler zu bewegen, als hoffnungslos.²⁰⁵

6. «Wehrwirtschaftspolitik» unter dem Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft

«Schon friedensmässig die Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsproduktion vorzubereiten, ist der Zweck der Wehrwirtschaft»,²⁰⁶ definierte der damalige Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Hans Quecke, frommer Katholik, ein offenbar wirtschaftsbezogenes Tätigkeitsfeld, das vor 1933 kaum dem Namen nach bekannt, im Kriege nicht mehr aktuell und nach dem Kriege in den Verruf bewusster Kriegsvorbereitung geraten ist. Der stets engagierte Heinrich Hunke forderte 1938: Friedenswirtschaft muss «immer Wehrwirtschaft sein oder sie ist keine wahre Volkswirtschaft».²⁰⁷ Mit der Problematik der Kriegswirtschaft hatten sich ernsthafte Ökonomen bereits seit etwa 1910 auseinandergesetzt,²⁰⁸ mit der aus militärischen Überlegungen hervorgegangenen Wehrwirtschaft waren zwischen 1935 und 1939 bestenfalls wirtschaftswissenschaftliche Aussenseiter be-

fasst,²⁰⁹ ohne freilich die Formel zu finden, wie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik die Nachfrage- und Angebotsaspekte bei forcierter Aufrüstung in ausgewogener Weise zu berücksichtigen seien. Vielleicht hat man auch zu wenig Zeit gehabt, darüber und über andere Probleme einer Volkswirtschaft mit integrierter Verteidigungswirtschaft oder einer bereits zur Kriegswirtschaft transformierten Volkswirtschaft ausgiebig nachzudenken. In Hitlers Reden und Monologen sucht man die Vokabel Wehrwirtschaft vergebens, in der schriftlichen Überlieferung Schachts, des Finanztheoretikers, übrigens auch. 1935 klagte er: «Die Wirtschaftspolitik birgt ja die grosse Gefahr in sich, dass sie jedem Dilettanten ein dankbares und leicht zugängliches Betätigungsfeld zu sein scheint.» Und er sagte dann weiter: «Es erinnert mich daran, dass mir einmal unlängst die Broschüre eines grossen Heerführers aus dem Weltkrieg über die Börse in die Hände fiel und ich mich selber nur mit Mühe von dem Wunsche abbringen konnte, eine Broschüre über die strategische Verwendung der Reiterei im Gebirgskriege zu schreiben.»²¹⁰ Die Eingriffe des Militärs in die Wirtschaft konnte Schacht nicht verhindern.

Als er aufgrund des nichtveröffentlichten Reichsverteidigungsgesetzes vom 21. Mai 1935 zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft ernannt wurde, erhielt er die Aufgabe, im Frieden «die wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Kriegsfall zu leiten» (soweit diese nicht bezüglich der Rüstungsindustrie in die Zuständigkeit des Reichskriegsministers fielen) und unter Auswertung der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs «im Mobilmachungsfall alle wirtschaftlichen Kräfte in den Dienst der Kriegführung zu stellen und das Leben des deutschen Volkes wirtschaftlich zu sichern.»²¹¹ Es ging also um kriegswirtschaftliche Vorbereitungen. Die Aufgabe, die deutsche Volkswirtschaft in eine «Wehrwirtschaft», was auch immer darunter verstanden wurde, oder gar in eine Kriegswirtschaft zu verwandeln, war Schacht jedenfalls nicht gestellt. Im Jahre 1935 «habe ich die Gründung der Dienststelle des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft vorgeschlagen», schrieb Ministerialdirektor Wohlthat. «Schacht wurde zum Leiter einer solchen Dienststelle ernannt. Die Ernennung erfolgte, nachdem die politische Krise vorüber war. Da dieses Gebiet als geheime Reichssache behandelt wurde, trat eine gewisse Ordnung der Gedanken bei den Beamten der Ministerien ein, aber die Verwirrung über kriegswirtschaftliche Fragen in der Partei und in der Öffentlichkeit blieb.»²¹² Im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Planungen und Vorbereitungen wurden dem Generalbevollmächtigten das Reichswirtschaftsministerium, das

Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, der Reichsforstmeister, das Reichsarbeitsministerium und der Preiskommissar unterstellt und waren das Reichsfinanzministerium und die Reichsbank an seine Weisungen gebunden. Die ebenfalls unbedingt erforderlich gewesene Einbeziehung des den Transportraum bereitstellenden Reichsverkehrsministeriums scheiterte.²¹³ Schacht delegierte seinen kriegswirtschaftlichen Aufgabenbereich an Ministerialdirektor Wohlthat und einen von diesem geleiteten Führungsstab (Godlewski, Barth, Burandt, Keyser), in den die beteiligten Ressorts höhere Beamte abordneten.

Bei allen zivilen Ressorts, für die die Ankurbelung der Friedenswirtschaft im Vordergrund stand, stiess die ihnen nun zusätzlich aufgebürdete, unproduktive Beschäftigung mit kriegswirtschaftlichen Problemen einer ungewissen, möglichst nicht Realität werdenden Zukunft verständlicherweise auf Desinteresse oder gar Ablehnung. Die daraufhin erfolgte Zusammenfassung der RV.-Sachbearbeiter des Reichswirtschaftsministeriums in einem, dem Staatssekretär unmittelbar unterstellten Referat erleichterte auch nicht die angestrebte Einübung der Ministerialbürokratie in kriegswirtschaftlichen Kategorien und Denküben.²¹⁴ Mannigfaltiger Widerstand regte sich auch in der auf den Frieden eingestellten Wirtschaft gegen kriegswirtschaftliche Vorbereitungen und «Sandkastenspiele», weil sie in der Regel mit Kosten verbunden waren und dem rationellen Rentabilitätsdenken der Wirtschaft grundsätzlich fernlagen. Wer war schon bereit, eine teure Lagerhaltung zu betreiben! Schon im Herbst 1934 war vom Reichswirtschaftsminister, weil mit privater Initiative nicht zu rechnen, «zur Überwindung von Engpässen in der kriegswirtschaftlichen Versorgung» die Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft mbh. (Wifo), ein Tarnunternehmen, gegründet worden. Bis Ende 1937 wurden von ihr 248 Mio. RM für Bauten und Bevorratungen investiert.²¹⁵ Da das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt wohl nicht zu Unrecht befürchtete, dass zivile Dienststellen und Organisationen die kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen auf dem Rüstungssektor nicht mit dem nötigen Nachdruck inszenieren würden, liess sich schliesslich eine Vereinheitlichung der Aufsicht und kriegswirtschaftlichen Betreuung der gesamten gewerblichen Wirtschaft in den Händen des Reichswirtschaftsministeriums nicht durchsetzen. Rüstungsbetriebe (R-Betriebe, Ende 1937 rund 2'800) unterlagen den nach starrem Schema gehandhabten kriegswirtschaftlichen Mobilmachungsmassnahmen (Rüstungsprogramme) der Wehrmacht, die übrigen kriegs- und lebenswichtigen Betriebe (KL-Betriebe) unterstanden dem Aufgabenbereich des

Reichswirtschaftsministeriums, das im Unterschied zur Wehrmacht die Umstellung auf den Kriegsfall nicht bereits in allen Einzelheiten festlegte. Auf diese für Wirtschaft und kriegswirtschaftliche Mobilisierung nachteilige Zweiteilung der Industrie- und Handwerksbetriebe reagierte ein führender Industrieller der Schwerindustrie in einer Aussprache, die an einen im Stahlhof in Düsseldorf gehaltenen Vortrag «Über wehrwirtschaftliche Notwendigkeiten» Anfang März 1939 anschloss, mit der humorigen Aufforderung, «dass es der Wirtschaft selbst einerlei sei, ob sie vom Helm oder vom Zylinderhut regiert würde, aber für eine der beiden Kopfbedeckungen solle man sich schliesslich doch entscheiden».²¹⁶ Eine «Einigung» unter den Obersten Reichsbehörden und damit eine Vereinheitlichung und Koordination der wirtschaftlichen Mobilmachungsmassnahmen kam nicht zustande.

Die gleiche nachteilige Zweiteilung der Wirtschaft spiegelte sich auch in dem Nebeneinander der errichteten Mittelinstanzen wider. Neben den Wehrwirtschaftsinspektionen der Wehrmacht entstanden Ende 1934 bei den jeweils höchsten Behörden am Sitz der Wehrkreiscommandos zunächst recht einflusslose «statistische Abteilungen», später «Aussenstellen des Reichswirtschaftsministeriums für kriegswirtschaftliche Vorbereitungen» (u.a. Auswahl der KL-Betriebe, Kohlebevorratung, Sicherstellung von Arbeitskräften).²¹⁷ Zu den bei den Generalkommandos jährlich veranstalteten «wehrwirtschaftlichen Planspielen» wurden sie zwar seit 1935 hinzugezogen. Bei dieser Gelegenheit führte der Rüstungsinspekteur seinen detaillierten «Rüstungs-Mob-Kalender» vor, während der Leiter der Aussenstelle des Reichswirtschaftsministeriums meist Bevorratungs- und Versorgungsmassnahmen erläuterte, über geheimzuhaltende «Mob-Anforderungen», den Verlauf von Elektrizitätsleitungen u.a.m. berichten durfte. Da sich militärische und zivile Wirtschaft nicht trennen liessen, blieben Zuständigkeitskämpfe nicht aus. Und dabei kam hinzu, dass die «Männer der Wirtschaft» mehr zur Uniform neigten als zu den Zivilisten der Wirtschaftsverwaltung. Unter der Obhut der Wehrmacht versprach man sich mehr Gewähr für eine kontinuierliche Entwicklung und Auslastung der Betriebe.

Als der Reichsverteidigungsreferent im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Burandt, im Sommer 1936 Schacht über kriegswirtschaftliche Vorbereitungen vortrug, ging dieser wie üblich in seinem Arbeitszimmer, die Hände auf dem Rücken gefaltet, auf und ab und hörte schweigend zu. Plötzlich aber blieb er stehen, sah Burandt scharf an und forschte: «Glauben Sie eigentlich selbst, Herr Burandt, dass wir einen Krieg führen können?» Bu-

randt verwies auf die für den Verteidigungsfall, schlechthin jeden Ernstfall unbedingt zu treffenden Vorbereitungen. Darauf Schacht: «Einen solchen Fall zu vermeiden, ist Aufgabe einer klugen Aussenpolitik. Wenn wir aber so weitermachen wie bisher, werden wir nicht nur Grossbritannien, Frankreich und Sowjetrussland, sondern auch die Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Aufrüstung veranlassen, gegen die wir immer nur kleinkarierte Leute bleiben.»²¹⁸ In der raschen Nachrüstung der Grossmächte sah Schacht vielleicht eine Friedenshoffnung, Hitlers Aggressionspläne setzten dagegen auf den nur kurzfristig zu behauptenden deutschen Rüstungsvorsprung. Schacht war ein «leidenschaftlicher Patriot, ein guter Europäer und auch ein Freund der Amerikaner», urteilte sein langjähriger Mitarbeiter, der spätere Bundesbankpräsident, Wilhelm Vocke. Von ihm wissen wir auch, dass Schacht nach dem Ersten Weltkrieg öfter sagte: «Deutschlands Chance besteht darin, neutral zu bleiben.»²¹⁹

Seit 1936 war die deutsche Rüstungsproduktion wahrscheinlich höher und in ihren Produkten zumeist moderner als die der übrigen Mächte.²²⁰ Auch verschlangen die deutschen Militärausgaben seit 1935 einen höheren Anteil am Volkseinkommen als die anderer Staaten, 1937 etwa 10%. Seit 1936 war zwar in Hitlers Plänen der Krieg vorgezeichnet: «Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein». Eine Konkretisierung seines offensiven Denkens durch den Entschluss zum Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei erfolgte aber erst Ende 1937.²²¹ Den bis dahin defensiven militärischen Kalkülen entsprachen im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen die in Zusammenarbeit mit der 6. Abteilung des Generalstabes des Reichskriegsministeriums entworfenen Richtlinien über die Vorbereitung und Durchführung der wirtschaftlichen Räumung. Geplant war die Räumung deutscher Westgebiete.²²² Um Optimismus zu verbreiten, dazu waren die jährlich von Ministerialdirektor Wohlthat vor dem Reichsverteidigungsausschuss²²³ vorgetragenen Berichte über den Stand der kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen nicht angetan. Siegeszuversicht konnten sie nicht vermitteln, eher schon nachdenklich machen. Bis 1937 liess sich der geplante Nahrungsmittelvorrat für den Kriegsfall nicht bereitstellen. Ende 1937 bestand «die nationale Reserve» aus 19'000 t Hafer, 2'000 t Hülsenfrüchten, 1'500 t Butter und einer grösseren Menge Obstpülpe zur Marmeladenherstellung. Dennoch wurde bis Ende 1937 eine beträchtliche Planungsarbeit geleistet, die sich dann mit dem Kriegsausbruch zu trauriger

Wirklichkeit verdichtete. Kein Bereich der künftigen Kriegswirtschaft war in den Planungen ausgespart. Für 180'000 Industriebetriebe wurden kriegswirtschaftliche Produktionserhebungen angestellt, für rund 200 Materialien Wirtschaftspläne aufgestellt, Tanklager wurden errichtet, Kommunen und Grossbetriebe veranlasst, Kohlenvorräte «anzulagern». «Haben Sie Geld mitgebracht», fragte kurz und verletzend der damalige junge Stadtkämmerer von Berlin, Hettlage, den Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums. Theo Keyser antwortete: «Wenn ich Geld hätte, wäre ich nicht zu Ihnen gekommen.» Berlin lagerte Kohlen ein. Bei Magdeburg wurde ein grosses Lager von etwa 500'000 t Koks eingerichtet, aber schon in dem strengen Winter 1937/38 wieder aufgebraucht.²²⁴ 80 Millionen Bezugscheine für den lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung im Kriegsfall waren bereits 1937 bei Landräten, Oberbürgermeistern und entsprechenden Behörden sicher deponiert. Jahrelang vergeblich wurde die Errichtung von Landwirtschaftsämtern gefordert. Wie geplant wurden nach Kriegsausbruch Wirtschaftsämter auch bei den Landräten usw. geschaffen, unter Einbeziehung der Dienststellen der Kreisbauernschaften. Eine Kartei erfasste die Leistungsfähigkeit von 1,6 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben. Andere Karteien gaben über Arbeitspflichtige und über die 1,6 Millionen selbständigen Handwerker Auskunft. Die 1934 geborene Idee vom Aussenhandelskommissar sollte im Kriegsfall verwirklicht werden. Es galt als selbstverständlich, dass im Kriege Löhne, Gehälter und Preise stabil zu halten seien. Der Kriegsfinanzbedarf sollte «in erster Linie durch Kriegssteuern» gedeckt werden. Angstabhebungen bei Kreditinstituten wurden Riegel vorgeschoben.

Angesichts dieser heute unvorstellbaren und kaum mehr zu überschauenden Fülle an kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen fällt es schwer, dem negativen Urteil des «Krisenmanagers» Kehrl zu folgen, dass Schacht «die ihm obliegende Funktion eines Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft fast vollständig ignorierte. Er liess nur durch einen kleinen, nicht voll geeigneten Stab daran arbeiten.»²²⁵ «Von Schacht und Wohlthat hörten wir wenig», bestätigte Referatsleiter Theo Keyser, ohne indes über Mangel an Motivation zu klagen: «Jedenfalls wollte sich keiner dem Vorwurf aussetzen, er wolle nicht echt und wirksam verteidigen.»²²⁶ General Keitel hielt 1937 nach einem Vortrag Wohlthats im Verteidigungsausschuss einen anderen Aspekt für ergänzungsbedürftig. Er dankte Wohlthat für seine klaren und interessanten Ausführungen, um dann hinzuzufügen, dass man bei aller Würdigung des soeben Gehörten nicht die psychologischen Faktoren ver-

gessen dürfe, wie die feste Entschlossenheit, den unbändigen Willen und den unerschütterlichen Glauben, dass mit Mut und Energie alle Schwierigkeiten überwunden werden könnten.²²⁷ Die Konstruktion des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft krankte jedoch mehr daran, dass er nicht die Vollmachten besass, um die grosse Linie, die Abstimmung aller Massnahmen und die richtigen Proportionen der gesamten kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen festzulegen. Seine Weisungen stiessen sogar im eigenen Weisungsbereich auf Widerstand, weil die wirtschaftlichen Ressortminister in Schacht vor allem den konkurrierenden Kollegen sahen.

7. Energie und Rohstoffe. Kämpfe mit Göring

Seit 1918 handelte eine Flut von Gutachten, Programmen, Denkschriften und Abhandlungen über die zweckmässigste Organisation und Verbesserung der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Unmittelbar nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise legte ein Enqueteausschuss des Reichstages unter Aufbietung eines grossen, kostspieligen Untersuchungsapparates einen dickleibigen Bericht über die «Erzeugungs- und Absatzbedingungen» der Elektrizitätswirtschaft vor. Die Regierung Brüning liess vom Statistischen Reichsamte eine neuerliche Untersuchung vornehmen. Weitere Gutachten über die Elektrizitätswirtschaft wurden nach Hitlers Machtübernahme 1933 angefordert und fachten den Papierkrieg an. Ein Reichskommissar für die Elektrizitätswirtschaft war bereits ernannt, sein Briefkopf gedruckt, doch wurde er vom Reichswirtschaftsminister rasch wieder abberufen. Die kartographische Darstellung der deutschen Elektrizitätsversorgungsgebiete glich damals der buntscheckigen Vielfalt einer Deutschlandkarte von 1648. Ängstlich wachte jedes Versorgungsunternehmen über seine «Hoheitsrechte». Doch die ausgetragenen wirtschaftlichen Machtkämpfe liessen den Ruf nach einem Eingreifen des Staats ertönen. Es gab Stimmen, die deshalb für die Elektrizitätswirtschaft eine Art «Reichsbahnlösung», also einer Verstaatlichung das Wort redeten. Andere Gutachten folgten den Schlagworten «Zusammenfassung – Konzentration». Das Gegengutachten von Dr. Bernhard Endrucks zum Gutachten der AG für Deutsche Elektrizitätswirtschaft forderte eine starke zentrale Führung bei einer örtlich und regional möglichst weitgehenden «Selbständigkeit und Beweglichkeit». Die Verbraucherorganisationen verlangten mehr Einfluss der Verbraucher auf die Elektrizitätsunternehmen. Wohl einhellige Ablehnung erntete der Vorschlag

von Staatssekretär Feder, die Strompreise ähnlich dem Briefporto oder den Eisenbahntarifen zu vereinheitlichen. Trotz starker inhaltlicher Differenzen waren sich die Äusserungen und Vorschläge in der Forderung nach einer gesetzlichen Neuordnung der Energiewirtschaft einig. Als ersten Gesichtspunkt für die Neuordnung nannte das Gutachten des Deutschen Gemeindetages weitschauend: «Elektrowirtschaft ist Wirtschaftspolitik grossen Stils und bedarf der Einfügung in die gesamte nationale Wirtschaftspolitik... Das Reich muss vielmehr in Zukunft eine eigene Aufsichtsstelle für die Elektrizitätswirtschaft schaffen, um eine planmässige Führung der Elektropolitik zu sichern.»²²⁸

Bis 1935 war der Einfluss des Reiches auf dem Gebiet der Energiewirtschaft sowie deren private Investitions- und Tarifpolitik relativ gering. Nur über die Beteiligungen der öffentlichen Hand, von Reich, Ländern und Gemeinden an den energiewirtschaftlichen Unternehmen (Elektrizität und Gas) war eine wirksame Mitsprache gewährleistet. Verstärkt wurden die Einflussmöglichkeiten des Reichswirtschaftsministers mit der Gleichschaltung der Länder im Januar 1934, der Bildung der Reichsgruppe «Energiewirtschaft» und der Wirtschaftsgruppen «Elektrizitätsversorgung» und «Gas- und Wasserversorgung», die als ausführende und beratende Organe dem Reichswirtschaftsminister zur Verfügung standen sowie mit der von ihm erlassenen Mitteilungspflichtverordnung vom 30. Juli 1934. Sie auf erlegte der «Reichsgruppe Energiewirtschaft», über alle wichtigen Vorgänge im Energiesektor (Investitionen, Stilllegungen, Tarife) Bericht zu erstatten, so dass wertvolle Erfahrungen gesammelt werden konnten, ohne dass bereits Entscheidungsbefugnisse geschaffen wurden. Unmittelbar nach Erlass der Mitteilungspflichtverordnung beschleunigte Ministerialdirektor Schalfejew trotz oder gerade wegen aufeinanderprallender, die private Initiative hemmender Interessen die schon in der Weimarer Zeit begonnenen Arbeiten am Entwurf eines Energiewirtschaftsgesetzes. «Nach langwierigen und zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzungen mit den beteiligten Stellen gelang es dem Reichswirtschaftsministerium, seinen Gesetzentwurf mit einigen Änderungen durchzusetzen.»²²⁹ Durch das am 13. Dezember 1935 erlassene «Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz)»²³⁰, unterzeichnet von Hitler, Schacht, Frick und Reichskriegsminister Blomberg, wurde die gesamte deutsche Energiewirtschaft der Aufsicht des Reiches, vertreten durch den Reichswirtschaftsminister, unterstellt. Der stark politische, umfassendere Gegenentwurf von Innenministerium und Gemeindetag fand lediglich in der ursprünglichen

vorgesehenen, mehr deklaratorischen Gesetzespräambel seinen Niederschlag. Andere Vorschläge wurden aus zeitbedingten Gründen nicht aufgegriffen. Bei allen erklärten Bestrebungen nach möglichst wirtschaftlicher Produktion, möglichst sozialer Verteilung des Produktionsertrages und möglichst Sicherstellung der Energieversorgung kam es im Kontext des bis heute gültigen Gesetzes in erster Linie darauf an, die Bewegungsfreiheit der Unternehmen, um sich künftigen Entwicklungen offen zu halten, höchst wenig zu beeinträchtigen. Es brachte die Gleichstellung aller Unternehmen vor dem Gesetz, gewährleistete bestehende Eigentumsverhältnisse, führte eine Genehmigungspflicht für Neuanlagen und für Verträge über Energieeinfuhr ein, schuf die allgemeine Anschluss- und Versorgungspflicht der Unternehmen für ein bestimmtes Gebiet, ermächtigte zu einer unbürokratisch gehandhabten Anlagenkontrolle, zu Eingriffen der Energieaufsichtsbehörden in die Tarifpreisgestaltung u.a.m.

In Deutschland gab es Ende 1936 1'592 öffentliche Elektrizitätswerke mit einer Leistungsfähigkeit von 8,8 Mio. kW und 5'240 Elektrizitätswerke industrieller Unternehmungen mit einer Leistungsfähigkeit von 6,3 Mio. kW.

Entwicklung der gesamten Stromerzeugung der deutschen Elektrizitätswirtschaft in Mio. kWh:

1929: 30'661 = 100	1936: 42'487
1933: 25'655	1937: 48'969
1934: 30'662	1938: 55'333 = 180
1935: 36'710	

Der Stromverbrauch je Kopf der Bevölkerung war in Deutschland niedriger als in Grossbritannien, in den USA und vor allem in den Ländern mit grossen ausgebauten Wasserkräften.

An den organisatorischen Formen der Elektrizitätsversorgung und -Wirtschaft wurde bis 1938 kaum etwas geändert. Der etablierte Zentralismus suchte sich nicht in nivellierender Vereinheitlichung zu verwirklichen. Nach Erlass des Energiewirtschaftsgesetzes wirkte insbesondere das Reichswirtschaftsministerium steuernd auf den Ausbau der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen dadurch ein, dass es «auf Lage und Grösse, auf Vordringlichkeit und Zweckmässigkeit von Neu- und Erweiterungsbauten im Wege von Empfehlungen oder Auflagen Einfluss nahm.»²³¹ Andererseits lösten sich in grosser Zahl Elektrizitätsgenossenschaften auf und

schlossen sich grösseren Nachbarn an. «Gemeindenetze werden nur dann aufgegeben, wenn sie völlig abgewirtschaftet und für die Gemeinden eine finanzielle Belastung geworden waren.»²³² Eine fest umrissene, vorausschauende Ausbau- und Versorgungsplanung bestand bis 1938 beim Reichswirtschaftsministerium nicht. Der «Ausbau der deutschen Verbundwirtschaft durch Zusammenschluss der Einzelnetze zu einer Reichssammelschiene», stand 1937 im Mittelpunkt der kriegswirtschaftlichen Energiepolitik.²³³ Engpässe bei der Stromversorgung im Kriegsfall sollten nach diesen Planungen durch Drosseln oder Abschalten des kriegsunwichtigen Bedarfs überwunden werden.

Weitgehend zersplittert waren am Ende der Weimarer Republik das zur Länderhoheit gehörende geltende Bergrecht und die bergrechtlichen Zuständigkeiten. Da das Reich eine Reihe von Vorschriften für die Bergwirtschaft erlassen hatte, liefen ausserdem die Gesetzgebungen auf dem Gebiet der Berghoheit und der Bergwirtschaft auseinander. Diese Zersplitterung des Bergwesens beseitigte auch nicht die «Gleichschaltung» der Länder durch das Reichsgesetz «über den Neuaufbau des Reiches» vom 30. Januar 1934, mit dem die von den Ländern ausgeübte Berghoheit an das Reich überging. Da die erste Verordnung über den Neuaufbau des Reiches vom 2. Februar 1934 die Wahrnehmung der an das Reich gelangten Hoheitsrechte nunmehr den Landesbehörden übertragen hat, wurde der Zustand fortgeschrieben, dass die Berghoheit weiterhin von den Landesbehörden nach eigenen, nicht miteinander abgestimmten Gesichtspunkten wahrgenommen wurde. Erst das Gesetz «zur Überleitung des Bergwesens auf das Reich» vom 28. Februar 1935²³⁴ brachte die Vereinheitlichung des Bergwesens. Es erklärte Berghoheit und Bergwirtschaft zur Reichsangelegenheit und unterstellte das gesamte Bergwesen dem Reichswirtschaftsminister. Kapitalinteressen blieben davon unberührt, nicht dagegen die Fragen und Regelungen der bergbaulichen Wirtschaftsführung. Zur Vollendung der eingeleiteten Reform bedurfte es noch einer einheitlichen Reichsbergverwaltung, deren Spitze im Reichswirtschaftsministerium zu liegen hatte. Durch Vereinigung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit unterstand zwar dem Reichswirtschaftsminister eine besondere Abteilung Bergbau, zur Durchführung seiner Weisungen musste er sich aber der noch bestehenden Landesbergbehörden bedienen, seine Weisungen somit an die entsprechenden Behörden von Preussen, Sachsen, Bayern, Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Baden, Hessen, Württemberg und Schaumburg-Lippe richten. Im Reichswirt-

schaftsministerium war man sich jedoch darüber im Klaren, dass eine sachdienliche Regelung nicht durch eine rasche Reform übers Knie gebrochen werden konnte. Die regionalen Zuständigkeitsbereiche der Bergbehörden mussten «unabhängig von Landesgrenzen auf Grund der geologischen Gegebenheiten gefunden werden».²³⁵ Eine genaue Kenntnis der geologischen Lagerstätten und der Mut, jahrhundertealte Landesgrenzen nicht als unüberwindliche Hindernisse anzusehen, waren hierfür die Voraussetzung.

Um es nicht mehr dem Zufall zu überlassen, wann und wo man eine nutzbare Lagerstätte fand, wurde mit dem Gesetz «über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten» (Lagerstättengesetz) vom 4. Dezember 1934²³⁶ der Reichswirtschaftsminister mit der entsprechenden Durchforschung des Reichsgebiets betraut. Die damals entwickelte Untersuchung und der Aufschluss von Lagerstätten anhand der geophysikalisch nachgewiesenen grösseren Strukturen hat sich, so urteilte Oberberghauptmann Gabel, «insbesondere beim Erdöl und Erdgas bis heute als überaus fruchtbar und vernünftig erwiesen».²³⁷

Erstaunlich rasch wurden nach dem Machtwechsel die während der Weimarer Zeit erlassenen Gesetze für die Kohlen- und für die Kaliwirtschaft, beides grundsätzliche gemeinwirtschaftliche Lösungen einführende Rahmengesetze, durch andere, dem neuen Staat angepasste gesetzliche Regelungen ersetzt.²³⁸ Der Reichskohlen- bzw. Reichskalirat als Spitzen des gemeinwirtschaftlichen Aufbaus wurden nach dem Führerprinzip in ein Kohlen- bzw. Kalisyndikat umgebaut und zugleich die Befugnisse des Reichswirtschaftsministeriums erweitert. Oberbergrat Theo Keyser, daran unmittelbar beteiligt, erinnerte an ein weiteres Motiv: «Um den Einfluss, insbesondere der Deutschen Arbeitsfront unter Ley, in Kohle und Kali abzuwehren, schafften wir kurzerhand die gemeinwirtschaftliche Regelung in Kohle und Kali ab. Die dazu notwendigen Gesetze wurden von uns ausgearbeitet, vom Minister unterschrieben und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht.»²³⁹

Bereits den ersten Vorschlägen, eine deutsche Mineralölindustrie aufzubauen, entwickelt von Prof. L. Ubbelohde, einem führenden deutschen Mineralölwissenschaftler, und Udo Freiherr von la Roche, Direktor der BAMA-MEGUIN AG., stimmte Hitler am 29. Mai 1933 während einer Unterhaltung in der Reichskanzlei zu.²⁴⁰ Gottfried Feder, Mitbegründer der erst im Mai 1933 konstituierten «Deutschen Gesellschaft für Erdölforschung», hatte die Unterredung vermittelt. Die Hitler vorgetragenen Planungen liefen darauf hinaus, «unter Führung des Reiches planmässig und

bei Zollpräferenz eine deutsche Raffinierungs- und Treibstoffindustrie aufzubauen, zunächst dafür ausländisches Rohöl einzukaufen, aber mit Fortschreiten der deutschen Rohölproduktion dazu überzugehen, «immer mehr diese aufzunehmen, was insbesondere für den Kriegsfall wichtig wäre». Keineswegs ein unrealistisches Projekt. Zur finanziellen Führung des Vorhabens erklärte sich die Reichs-Kredit-Gesellschaft AG bereit. Einige Monate beschäftigten sich die verschiedenen Ministerien mit diesem Projekt, ehe es dann jedoch aus kriegswirtschaftlichen Aspekten zugunsten der Kohlehydrierung der I.G.-Farbenindustrie aufgegeben wurde. Noch während seiner Tisch-Monologe im Führerhauptquartier bereute Hitler 1941 den um Monate verzögerten Aufbau der Erzeugungsstätten für synthetisches Benzin und machte das Reichswirtschaftsministerium dafür verantwortlich: «Bei uns im Wirtschaftsministerium war das nicht durchzusetzen. Wir bekommen doch das Benzin von aussen für neun Pfennige, wozu dann jetzt Benzin aus dem Inland für 18 Pfennige? Ich habe ihnen entgegengehalten: Dafür müssen wir an unsere Arbeitslosen soundsoviele Milliarden bezahlen, die wegfallen, wenn die Menschen in den Arbeitsprozess eingereiht werden. Dann sagten sie, die Verfahren seien nicht geklärt... Später habe ich mir die bittersten Vorwürfe gemacht, dass ich damals nicht die ganze Gesellschaft hinausgeworfen habe. Von Feder habe ich mich getrennt, weil er das Verfahren nicht in Angriff genommen hat.»²⁴¹

Schon seit 1932 liefen zwischen den zuständigen Stellen des Reichswirtschaftsministeriums und der I.G. Farbenindustrie Vorverhandlungen wegen der trotz kräftiger staatlicher Hilfeleistung unrentablen Treibstoffhydrierung. Bei den Kontaktgesprächen, nach dem Regierungswechsel fortgesetzt, bewegte man sich auf einem völligen Neuland, da es letztlich um eine Reichsgarantie für den Absatz der Benzinproduktion zu einem kostendeckenden Preis ging. Am 14. Dezember 1933 kam schliesslich der Vertragsabschluss zustande, unterzeichnet von Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk und von Staatssekretär Feder für den Reichswirtschaftsminister sowie von Seiten des Ammoniakwerkes Merseburg von den Vorstandsmitgliedern der I.G. Farben, Dr. Carl Bosch und Dr. Hermann Schmitz.²⁴² Das Ammoniakwerk Merseburg verpflichtete sich, bis Ende 1935 seine Anlagen zur Erzeugung von synthetischem Benzin auf eine Jahresproduktion von 300'000-350'000 Tonnen zu erweitern, während das Reich einen zu erlösenden Vertriebspreis von 25 Pf. je Liter (Gestehungspreis 18,5 Pf.) garantierte. Das Vertragswerk lag Hitler vor. Er ge-

Deutsche Mineralöleinfuhr nach Hauptbezugsländern (in 1'000 t)

<i>Deutsche Mineralöleinfuhr nach Hauptbezugsländern (in 1000 t)</i>					
Herkunft	1932	1934	1935	1936	
USA	760	418	661	796	} 65,7%
Übriges Amerika	799	1716	1721	1939	
Rumänien	127	243	673	896	
Rußland	517	392	401	321	
Sonstige Länder	250	325	311	251	
Insgesamt	2453	3094	3767	4203	

hörte sicher auch um diese Zeit schon zu den treibenden Kräften bei der Herstellung von synthetischem Benzin. Einflussreiche Fürsprecher der Benzinsynthese fanden sich ferner im Reichswehrministerium, in verschiedenen Reichsministerien, unter den höheren Parteiführern, «die eine Aufrüstung und Vorbereitung der Kriegswirtschaft für unerlässlich hielten»²⁴³, und nicht zuletzt in der an der Kohlehydrierung interessierten chemischen Industrie. Durch den Grossindustriellen Vogler wurden Verbindungen zwischen Dr. Carl Krauch, Direktor der I.G. Farben, und dem Luftfahrtministerium geknüpft.

Im September 1933 übersandte Krauch an Staatssekretär Milch eine Denkschrift über die Möglichkeiten der Ausweitung der inländischen Treibstoffproduktion von derzeit 500'000 t auf eine jährliche Kapazität von 1'800'000 t.²⁴⁴ Auch über diese Schritte war Hitler informiert. In der Wolfsschanze erklärte er im Januar 1942: «1933 wurde mir von Vogler der Vorschlag gemacht, im Verlauf von drei Jahren zwei Millionen Tonnen Benzin zu liefern, falls wir uns verpflichten, den Liter zum Preis von so undsoviel Pfennigen abzunehmen. Es wäre das der gesamte Benzinkonsum gewesen, den wir für 1934 gebraucht hätten. Das Wirtschaftsministerium hat das sabotiert. 1933 auf 1934 hätte die I.G.-Farben den Bau der Fabriken finanziert, dabei wären soundso viele hunderttausend Arbeiter dauernd beschäftigt gewesen. Ich habe ein paar Leute rausgeschmissen und dann Keppler eingesetzt, ihm haben sie den Benzin-Halunken von Düsseldorf in den Pelz gesetzt. Damit gingen wieder neun Monate verloren.»²⁴⁵

Als sich 1934 die deutsche Devisenkrise auch zu einer Treibstoffkrise zuspitzte, da der ständig wachsende deutsche Mineralölimport erhöhte Devisenanforderungen nach sich zog, übernahm Reichsbankpräsident Schacht das Reichswirtschaftsministerium, konfrontiert sogleich von der von Par-

teistellen erhobenen und vom Reichswehrministerium unterstützten Forderung nach einem Reichskommissar für Mineralöl, der die Treibstoffkrise bewältigen sollte. «Dies war meiner Ansicht nach der Grund», so Ministerialdirektor Wohlthat, für Schachts «scharfes Vorgehen bei der Gründung der Brabag».²⁴⁶ Kaum war der «Neue Plan» in Gang gebracht, stürzte sich Schacht auf das Problem der Benzinversorgung. Zum 21. September 1934 lud er die Vorstände und Aufsichtsräte der Kohlenwirtschaft ins Reichswirtschaftsministerium zu einer «grundlegenden Besprechung» über die Frage einer «Verbreiterung der deutschen Rohstoffbasis durch verstärkte Heranziehung der Braunkohle» ein. Erst auf der Sitzung enthüllte er, dass es um die Bewältigung der Treibstoffkrise gehe und deshalb beabsichtigt sei, «eine oder mehrere Druckhydrierungsanlagen zu errichten und diese Anlagen vom gesamten deutschen Braunkohlenbergbau finanzieren zu lassen».²⁴⁷ In der Aussprache erhoben die nicht gerade angenehm überraschten Industriellen die verschiedensten, durchaus berechtigten technischen und kaufmännischen Einwände und verneinten schliesslich die Frage, ob die Gründung einer Gesellschaft auf freiwilliger Basis möglich sei. Daraufhin kündigte Schacht, neuen Unwillen hervorrufend, gesetzliche Massnahmen an, die bereits acht Tage danach als «Verordnung über die Errichtung wirtschaftlicher Pflichtgemeinschaften in der Braunkohlenwirtschaft» im Reichsgesetzblatt zu lesen waren.²⁴⁸ Eine Pflichtgemeinschaft der Braunkohlenindustrie und eine von ihr zu finanzierende Braunkohle-Benzin AG. (Brabag) wurden noch im gleichen Jahr gegründet. Mit praktisch unbegrenzten Aufsichts- und Eingriffsrechten ausgestattet, gewährleistete ein Reichskommissar den weitgehenden staatlichen Führungsanspruch in den Unternehmen, die bereits die Verkörperung einer vom Staatsdirigismus gewandelten, die Privatinitiative entmündigende Wirtschaftsauffassung darstellten. Schacht rechtfertigte sein Vorgehen mit dem Hinweis auf Parteibestrebungen, deren Eindringen in die Wirtschaftsführung zu verhindern gewesen seien, was zumindest nach aussen hin auch von Schacht nicht unterbunden wurde. Sein Mitarbeiter, SS-Hauptsturmführer Kranefuss, wurde mit Billigung Hitlers Vorstandsmitglied der Brabag.

Zehn Unternehmungen waren zunächst zur «Pflichtgemeinschaft der Braunkohlenindustrie» zusammengeschlossen.²⁴⁹ Einige Industrielle der Kohlenwirtschaft verweigerten strikt die Mitwirkung, so beispielsweise der (treuhänderische) Verwalter der Thyssenschen Bergbaugesellschaften, Dr. Carl Härle, sowie Generaldirektor Pastor, der die französischen Eigner von

«Terre Rouge» an deutschen Bergwerken vertrat. Lächelnd versagte er Schacht, der sich weder überrascht noch enttäuscht zeigte, unter Hinweis auf die unrentable Kohlehydrierung seine Beteiligung.²⁵⁰ «Bei der Gründung der Brabag sollte ich erreichen», schrieb der als Kaufmann und Angestellter im Reichswirtschaftsministerium bei der Kohlenindustrie eingeführte Wohlthat, «dass die ausländischen Besitzer, die an den deutschen Gesellschaften beteiligt waren, der gesetzlichen Regelung zustimmten, ohne besondere Bedingungen zu stellen».²⁵¹ Im erst 1935 rückgegliederten Saarland kündigten französische Gläubiger bereits 1933/34 Hypotheken. Bei der nicht ohne Schwierigkeiten verlaufenen Rückgliederung der Saar wurden seit 1936 65,6 Mio. RM allein zum Wiederaufbau der Saargruben als zinsloses Darlehen zur Verfügung gestellt.

Zur Finanzierung der Brabag zeichneten die zehn Gründer der Pflichtgemeinschaft insgesamt Aktien in Höhe von 100 Mio. RM, nicht ausreichend um den tatsächlichen, erheblichen Kapitalbedarf zu decken. Ein weiterer Betrag von 120 Mio. RM wurde später durch den genehmigten Verkauf von 6%igen Inhaberschuldverschreibungen aufgebracht. Bereits 1935/36 entstanden die ersten drei grossen Brabag-Werke (Böhlen, Magdeburg, Ruhland/Schwarzheide) und nahmen die Produktion auf. 1937 wurde der Bau des letzten Brabag-Benzinwerks Zeitz in Angriff genommen. Die Erzeugung von Mineralöl aus inländischen Rohstoffen stieg 1936 auf 1,7 Mio. t und im Jahr darauf auf 2,1 Mio. t²⁵², ohne dass sich aber die starke Abhängigkeit Deutschlands von Mineralölimporten – etwa zwei Drittel kamen aus Amerika einschliesslich der USA – verringerte. Blockadesicherheit in der Treibstoffversorgung für den Kriegsfall konnte und wollte Schacht nicht garantieren. Nur anderthalb Jahre akzeptierten Partei und Reichskriegsministerium daher die von Schacht gefundene Lösung und konnte sich andererseits Schacht der «Nebenregierung» des immer vehementer geforderten Treibstoff-Kommissars mit Erfolg erwehren.²⁵³ Ende Dezember 1935 musste er Reichskriegsminister Blomberg darauf hinweisen, dass für die Mehranforderungen der Wehrmacht an Rohstoffen und Mineralöl für 1936 die nötigen Devisen nicht beschafft werden können.²⁵⁴ Eine gleichzeitige Drosselung ausländischer Zufuhrquellen (Russland u.a.) seit Beginn des Jahres 1936 verschärfte die Bevorratung und Mobilmachung der Wehrmacht. Ende 1935 beliefen sich die Mineralöleinlagerungen für den Notfall in den Tanklagern der von Schacht im August 1934 gegründeten «Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft mbh» (Wifo) auf nur knapp 77'000 t

und machten nur einen Bruchteil des Mob-Fall-Bedarfs aus. Die Verfechter einer forcierten Aufrüstung bewusst herauszufordern, bildete offenbar damals ein Kalkül Schachtscher Politik. War er von seiner Unentbehrlichkeit als Fachmann so sehr überzeugt? Schon Anfang März 1936 wiederholte die Wehrmacht ihre Forderung nach einem «Treibstoffkommissar». Am 14. März erfuhr Generalmajor Kesselring aus dem Munde Görings, dass er, Göring, zum «Treibstoffdiktator» ernannt worden sei.²⁵⁵ Es war der erste Schritt zu Görings Aufstieg in der Wirtschaftspolitik. Steine kamen ins Rollen.

Um Devisen einzusparen, lag es seit seinem Amtsantritt im Reichswirtschaftsministerium im Interesse Schachts, die gesamte inländische Rohstoffherzeugung nachdrücklich zu fördern. Viel getan wurde in Richtung auf eine vernünftige Bewirtschaftung der in deutschem Boden liegenden mineralischen Rohstoffe mit dem vom Reichswirtschaftsministerium veranlassten und entworfenen «Phosphoritgesetz» vom 16. Okt. 1934, dem ebenfalls von der Bergabteilung des Ministeriums bearbeiteten «Gesetz zur Erschliessung von Erdöl und anderen Bodenschätzen» (Erdölgesetz) vom 12. Mai 1934 und der von Schacht erlassenen «Verordnung über die Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und anderen Bodenschätzen» (Erdölverordnung) vom 13. Dez. 1934.²⁵⁶ Das Phosphoritgesetz beseitigte bei der Aufsuchung und Gewinnung phosphorhaltiger Mineralien ebenso wie im Erdölbergbau die Nachteile des bisherigen Grundeigentümerbergbaus zugunsten des Staates bzw. des öffentlichen Interesses. Diese gesetzgeberischen Massnahmen, wirksam flankiert und unterstützt vom Zollschatz, der Mineralölausgleichssteuer und den vom Reichswirtschaftsministerium gezahlten Bohrprämien, ermöglichten den bedeutenden Förderanstieg von Erdöl und Erdgas in der Folgezeit (deutsche Erdölförderung bzw. der Bundesrepublik 1934: 314'626 t, 1944: 198'964 t; 1968: 7'982'000). Um den späteren deutschen Kriegsbedarf an Mineralöl zu decken, genügte mithin die Erschliessung der heimischen Vorkommen und bedurfte es nicht des Aufbaus von kostspieligen Hydrierwerken.

In den Rahmen der Förderung der Rohstoffwirtschaft gehörten ebenso die verstärkten Hilfsaktionen für den Nicht-Eisen-Metallbergbau, für die Hüttenwerke im Rheinland, im Harz, in Oberschlesien, für die die Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums federführend war. Teilweise schon seit 1930 erhielt der Nicht-Eisen-Metallbergbau (Blei, Zink, Kupfer) Zuschüsse des Reiches. Es wurden nicht einfach zu berechnende sogenannte «Förderprämien» zur Stützung der weit über den Weltmarktpreisen

liegenden Selbstkosten gezahlt. Dazu kamen «Hüttenlohnprämien», von 1932 bis einschliesslich 1937 an den Metallerzbergbau gewährte Darlehen in Höhe von fast 10 Mio. RM u.a., die in erster Linie auf die Förderung heimischer Blei-Zinkerze steigend wirkten. Auch andere Bereiche der Rohstoffwirtschaft, wieder in Betrieb genommene stillgelegte Erzbergwerke, Kunstfaserproduktionen, Hanf-Cottonisierungsanlagen u.a.m. wurden vom Reichswirtschaftsministerium seit 1934 mit Millionenbeträgen an Darlehen, Zuschüssen und Beihilfen gefördert. Nach einer Zusammenstellung von Ende 1939 verteilte sich eine Darlehenssumme von knapp 135 Mio. RM zur «Förderung und zum Ausbau deutscher Rohstoffwirtschaft» auf 84 verschiedene Empfänger.²⁵⁷ Im Rahmen des Reichswirtschaftsministeriums, war von 1934 bis 1937 der Hüttenfachmann Dr. Puppe als «Rohstoffkommissar» tätig.²⁵⁸

Auf Empfehlung und Vorschlag von Schacht übertrug Hitler am 13. November 1934 ferner seinem Wirtschaftsbeauftragten Wilhelm Keppler (1882-1959), einem an technischen Neuheiten lebhaft interessierten Mann, die Aufgabe, «alle diejenigen wirtschaftlichen Massnahmen durchzuführen, welche in Anbetracht der Devisenlage erforderlich sind, um ausländische Rohstoffe durch solche aus inländischer Erzeugung zu ersetzen».²⁵⁹ Mit diesem Schachzug hatte Schacht einen alten und neuen Gegner auf ein mehr technisch-ingenieurwissenschaftliches Arbeitsfeld abgedrängt. Noch im Sommer 1934 während der Krankheit von Reichswirtschaftsminister Schmitt hatte angeblich Göring Keppler, eigentlich ein Mann ohne Durchsetzungsvermögen, gedrängt, das Reichswirtschaftsministerium zu übernehmen. In den ersten Augusttagen 1934 war Keppler bereits damit beschäftigt, die politische Einstellung der höheren Beamten des Reichswirtschaftsministeriums zu erkunden. Bei dieser Gelegenheit sagte der spröde und ungewandte Keppler zu Dr. Hassmann: «Wissen Sie auch, weshalb wir an diesen politischen Urteilen so interessiert sind?» ... «Nun, wenn morgen früh die Türe zum Reichswirtschaftsministerium sich öffnet, werde ich als Ihr neuer Minister dort eintreten.»²⁶⁰ Es kam anders. Schacht wurde bekanntlich der neue Chef des Ministeriums. Keplers Dienststelle, weder eine staatliche noch parteiamtliche Institution, firmierte als «Der Wirtschaftsbeauftragte des Führers und Reichskanzlers Wilhelm Keppler», darunter: «Sonderaufgabe Deutsche Roh- und Werkstoffe».²⁶¹ Das Reichswirtschaftsministerium entstande einen Verbindungsmann zu der mit Skepsis beobachteten Dienststelle Keppler, die vor allem Anstösse zur Einführung

neuer Roh- und Werkstoffe gab und Verfahren zu ihrer Herstellung förderte. Innovatorische Funktionen im Surrogatbereich, die das private Unternehmertum nicht übernehmen wollte, auch nicht Sache der herkömmlichen staatlichen Wirtschaftsbürokratie waren, wurden einer staatlich finanzierten kleinen Institution aufgeladen, in der Kreativität, Phantasie und ein fanatischer, nicht selten verfehlter Einsatz für neue technische Ideen gefordert wurde. An die Stelle von Rentabilität sollte Autarkie treten. Zahlreiche Impulse in dieser Richtung auf dem Gebiet der synthetischen Fette, der Produktion chemischer Fasern, dem Abbau minderwertiger deutscher Eisenerze u.a.m. gingen seit 1935 von der Dienststelle Keppler aus. Der hektischen Suche nach Ersatzstoffen und abbaufähigen Bodenschätzen, Goldgräberei und -Wäscherei eingeschlossen, wurde zuweilen nur durch Abdrehen des Geldhahns vom Reichswirtschaftsministerium Einhalt geboten. Vieles erinnerte an die vom Merkantilismus angestachelte phantastische Projektemacherei während des 18. Jahrhunderts. Damals war die Goldwäscherei am Oberrhein noch von Erfolg gekrönt. Die bis 1943 betriebene Goldgewinnung zwischen Kehl und Philippsburg brachte nicht einmal die Kosten für das Dieselöl der Baggerschiffe ein.²⁶² Statt Gold und Porzellan wurden Verfahren zur Herstellung von Fettaustauschstoffen, Lederersatz, von Thermoplasten, Holzzucker, Perlon-Folien, zur Produktion von zinnfreien Konservendosen und Milchkannen u.a.m. entdeckt und entwickelt. Bereits 1935 lief bei der I.G.-Farben in Leverkusen, verbunden mit der Fabrikation des synthetischen Kautschuks Buna-N, eine kleine Versuchsanlage für die Herstellung von 250 t / Jahr Buna S an. Anfang 1936 begann der Bau der ersten Versuchsfabrikationsstufe von Buna S in Schkopau bei Merseburg. Auf der deutschen Automobilausstellung im Februar 1936 wurde die Öffentlichkeit mit erprobten Bereifungen und Gummiwaren aus Buna S und N überrascht.²⁶³ Den Autarkiebestrebungen der 30er Jahre kamen auch die schon zuvor entwickelten chemischen Fasern entgegen (Kunstseide u.a.). Bayer produzierte bereits seit Anfang 1934 Cuprama, verbesserte bald darauf deren Eigenschaften zur SK-Faser, der ersten künstlichen Faser, deren Kräuselung der einer feinen Merinowolle angeglichen war und die noch heute in der Kammgarnspinnerei eine bedeutende Rolle spielt.²⁶⁴ Dass Autarkie-Bestrebungen nicht unvermeidlich nur Anstöße zu technischen Fehlleistungen geben müssen, bewies eindrucksvoll der Jahrzehnte anhaltende Siegeszug von Cellulosefasern, deren Herstellung in Deutschland zudem noch vor dem Vierjahresplan angelaufen war.

Seit 1934 drängte das Reichswirtschaftsministerium die Besitzer deut-

scher Eisenerzvorkommen, die Förderung unabhängig vom Eigenbedarf zu steigern. Durchschlagende Erfolge wurden 1935 noch nicht sichtbar. Als daraufhin Mitte 1935 fast gleichzeitig der dem Reichswirtschaftsminister unterstehende Reichsbeauftragte für Eisen und Stahl sowie der Mitarbeiter der Dienststelle Keppler, Paul Pleiger, die Unternehmensführungen aufforderte, Vorschläge zur Steigerung der heimischen Erzförderung auszuarbeiten, gaben die stets um ihre Wettbewerbsfähigkeit besorgten Eisenhüttenwerke in aller Deutlichkeit zu erkennen, dass sie im Reichswirtschaftsministerium bzw. in dessen Bergabteilung den für sie zuständigen Verhandlungspartner erblickten.²⁶⁵ Auch in Fragen der Eisenverhüttung hielt Schacht bis Anfang 1936 alle Fäden in der Hand. Während Schachts demonstrativem Auftritt auf dem Eisenhüttenfest in Düsseldorf im Dezember 1935 liefen bereits die Verhandlungen der rheinisch-westfälischen Hüttenwerke mit Oberberghauptmann Schlattmann um die Grundlagen für einen Erzerzeugungsplan des Reichswirtschaftsministeriums. Die von der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie genannten Produktionsziffern wurden sodann zu den Richtwerten des von der Bergbauabteilung des Ministeriums erarbeiteten Schlattmann-Plans gemacht. Ende Januar 1936 wurde er von Schacht als offizielle Anweisung des Ministeriums in Kraft gesetzt.²⁶⁶ Der Schlattmann-Plan, der auch eine teilweise Klärung von Zuständigkeits- und Verfahrensfragen brachte, sah eine Erhöhung der Eisenerzförderung von 5,3 Mio. t im Jahre 1935 um rund 8,4 Mio. t Erz (Steigerung um 160%) in zwei Stufen vor, obwohl keinerlei finanzielle Hilfe des Staates für die Mehrförderung und -Verhüttung minderwertiger deutscher Eisenerze in Aussicht gestellt worden war. Exporterschwerend sollte sich die Verwendung deutscher Erze nicht auswirken. Für andere, teure, Fe-arme Rohstoffe sollten nach der Auffassung von Schacht nur Bereitschaftsanlagen für den Notfall geschaffen werden.²⁶⁷ Die deutsche Eisenindustrie hielt sich bis 1937 an die Vorgaben des Schlattmann-Plans und führte ihn durch (deutsche Eisenerzförderung 1935: 6,0 Mio. t, 1937: 8,5 Mio. t). Deutschlands Roheisenproduktion lag 1937 mit knapp 16 Mio. t (1970 Bundesrepublik 33,6 Mio. t) nach den USA und vor der Sowjetunion an zweiter Stelle in der Weltproduktion. Gleiches galt für die Stahlerzeugung. Namentlich vom Büro Keppler wurde jedoch der Schlattmann-Plan missbilligt und als unzureichend heftig kritisiert. Die weitgreifenden Rohstoffpläne des Büros Keppler gegen Schachts Widerstand zu verwirklichen, dazu war aber Hitler Anfang 1936 nicht bereit. Der enttäuschte Keppler liess sich dennoch gegenüber Schachts engem Mitarbeiter Reichsbankdirektor Brink-

mann zu der unvorsichtigen Äusserung hinreissen, dass Schacht das Vertrauen Hitlers nicht mehr besitze und der Fortgang von Schacht «eine beim Führer innerlich vollzogene Tatsache» sei, «die auch wenn nicht jetzt, so doch in absehbarer Zeit in die Praxis übersetzt werden würde».²⁶⁸ Schacht, darüber informiert, reagierte in seiner unverkennbaren Handschrift unverzüglich: «Herr Keppler hatte die Dreistigkeit, einem meiner Referenten zu sagen, er möge sich doch nicht von meinen Anweisungen leiten lassen, ich würde sehr bald ‚vom Führer abgesägt werden‘. Meine Antwort war ein Runderlass an alle meine Beamten, worin ich ihnen jeden dienstlichen Verkehr mit Herrn Keppler untersagte, und eine Anweisung an die Pförtner, Herrn Keppler nicht mehr ins Haus zu lassen.»²⁶⁹ Es bestand auch die Anweisung, an Sitzungen, zu denen Keppler erschien, seitens des Ministeriums nicht teilzunehmen. Für die Ministerialbürokratie ein unerträglicher Zustand, der noch dadurch erschwert wurde, da Schacht die Geschäfte des Ministeriums aus der kühlen Distanz seiner Diensträume in der Reichsbank lenkte und die Kontakte zwischen ihm und seinem Staatssekretär auf ein Mindestmass reduziert waren.²⁷⁰

Schacht wollte eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten seiner Politik erzwingen und meinte wohl, die Flucht nach vorn anzutreten, als er während der Devisen- und Rohstoffkrise im Frühjahr 1936, diesmal gedeckt von Reichskriegsminister von Blomberg, Hitler für den Plan einer Art Schiedskommission zur Untersuchung der Rohstoff- und Devisenkrise und ihrer Behebung zu gewinnen. Dass nur Göring als Kommissar oder Schiedsrichter für diese Aufgabe in Betracht kam, war für Schacht ebenso selbstverständlich wie für Hitler. Schacht suchte den breiten Rücken Görings, einer parteipolitisch anerkannten Autorität und überdies Oberbefehlshaber der Luftwaffe, als Schutzschild für unliebsame Massnahmen und gegen lästige Konkurrenten zu benützen, um letztlich doch die Fäden der Wirtschaftspolitik in seiner Hand zu behalten. Auf Antrag von Blomberg und Schacht beauftragte Hitler durch Erlass vom 4. April 1936 Göring «mit der Prüfung und Anordnung aller erforderlichen Massnahmen», um die weitere Aufrüstung durch Verbesserung der Rohstoff- und Devisenlage sicherzustellen. Der Zusatz: «Er kann hierfür alle staatlichen und parteilichen Stellen anweisen und anhören»,²⁷¹ bedeutete nicht nur, dass Görings Funktionen über die Zuständigkeiten des Generalbevollmächtigten der Kriegswirtschaft hinausgingen, sondern dieser auch Görings Weisungen unterworfen wurde. Noch stand aber nicht mit Sicherheit fest, dass eine

Konfrontation zwischen Schacht und dem wirtschaftlichen Laien Göring unvermeidbar war. Es vergingen sogar Wochen, ehe Göring seine neue Aufgabe anging und sich zunächst durch Einberufung von Gutachter-Ausschüssen in drei Sitzungen über Vorschläge zur Lösung der anstehenden Probleme informieren liess.²⁷² «Wir müssen Wege finden zur Steigerung des Imports und zur Steigerung der Rohstoffherzeugung», erklärte er zur Eröffnung der ersten Ausschusssitzung am 15. Mai, um am Schluss das übergeordnete Ziel aller Erörterungen ausdrücklich zu unterstreichen: «Primär ist das politische Muss des gleichen Tempos der Aufrüstung.» In der Unterwerfung der Wirtschaft unter das Diktat der auf einen Eroberungskrieg abzielenden Politik Hitlers sah mithin Göring seine eigentliche, ihm von Hitler gestellte Aufgabe. «Um die beiden Dinge dreht es sich, wenn Deutschland einmal gezwungen ist, zu seinem letzten Freiheitskampf anzutreten: dass das Volk genug zu essen und die Armee genügend Material zum Kämpfen hat», präziserte er den politischen Primat in der Schlussitzung des Ausschusses am 30. Juni. Er fügte hinzu: «Die Vollmacht des Führers hat mich in einen vollkommen neuen Aufgabenkreis hineingezwungen. Erst allmählich bin ich mir darüber klargeworden, dass diese Aufgabe weit über denen steht, die mir bisher durch das Vertrauen des Führers übertragen waren und dass das in diesem Augenblick die Lebensfrage Deutschlands zu sein scheint.» Noch zu treffende und durch weitere Untersuchungen vorzubereitende Massnahmen «auf dem Gebiet der deutschen Roh- und Werkstoffe» und dem des «Exports» stellte Göring in Aussicht und entliess den Ausschuss in die Sommerferien. In seinem Schlusswort dankte Schacht «als Führer der Wirtschaft im Namen aller anwesenden Wirtschaftsführer» Göring für die Art und Weise der von ihm geführten Verhandlungen und setzte das «Gelöbnis» hinzu, «dass wir nichts unversucht seinlassen und uns mit allen Kräften einsetzen werden für das Gelingen des Werkes, für das Sie jetzt die Arbeitsrichtung angegeben haben und dessen Leitung Sie in die Hand genommen haben». Es schien so, als wollte Schacht Göring als vorgesetzte Autorität anerkennen. War der Machtkampf zwischen Göring und Schacht schon im Gange?

Als Anfang Juli die schwelende Aussenwirtschaftskrise mit einem Devisenloch von mehr als einer halben Mrd. RM einem neuen Höhepunkt zueilte, war noch keine Entscheidung über die Generallinie der deutschen Wirtschaftspolitik gefallen.²⁷³ Göring forderte weitere Gutachten an. Der ehemalige Preiskommissar Carl Goerdeler wurde zur Meinungsäusserung aufgefordert.²⁷⁴ Gegen den heftigen Widerstand Schachts ordnete Göring

im August eine Sonderaktion zur Mobilisierung der letzten Reserven an Devisen (ausländischen Wertpapieren, Aussenständen, deutschen Ausländsbeteiligungen) an, die das Devisenloch vorübergehend stopfte, keine Dauerlösung. Später erinnerte sich Hitler: «Auf meine Frage sagte mir Schacht, wir hätten mindestens 1'500 Mio. Devisen im Ausland. Darauf habe ich den Vierjahresplan eingerichtet.»²⁷⁵ Etwa während der zweiten Augushälfte – der Rausch der Olympiade in Berlin war vorüber – verfasste Hitler, von Göring laufend über die Ergebnisse der Gutachtertätigkeit informiert, in scharfer Auseinandersetzung mit der Politik Schachts bzw. des Reichswirtschaftsministeriums eine geheime Vierjahresplan-Denkschrift: «Es ist vor allem nicht die Aufgabe staatlich-wirtschaftlicher Einrichtungen, sich den Kopf über Produktionsmethoden zu zerbrechen. Dies geht das Wirtschaftsministerium gar nichts an ... Die Frage des Kostenpreises dieser Rohstoffe ist ebenfalls gänzlich belanglos, denn es ist immer noch besser, wir erzeugen in Deutschland teurere Reifen und können sie fahren, als wir kaufen theoretisch billige Reifen, für die das Wirtschaftsministerium aber keine Devisen bewilligen kann, die also mithin aus Mangel des Rohstoffes nicht erzeugt werden können und mithin überhaupt auch nicht gefahren werden... Der Einwand, dass wir nicht in der Lage seien, aus dem deutschen Eisenerz mit 26% Gehalt ein ähnliches billiges Roheisen zu erzeugen, wie aus den 45%igen Schwedenerzen usw. ist belanglos, weil uns ja nicht die Frage gestellt ist, was wir lieber tun wollen, sondern nur, was wir tun können. Der Einwand aber, dass in dem Fall die ganzen deutschen Hochöfen umgebaut werden müssten, ist ebenfalls unbeachtlich, und vor allem geht das das Wirtschaftsministerium nichts an ... Ich halte es für notwendig, dass nunmehr mit eiserner Entschlossenheit auf all den Gebieten eine 100%ige Selbstversorgung eintritt, auf denen diese möglich ist... Ich stelle damit folgende Aufgabe:

I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein.»²⁷⁶ Schacht wurde mit Hitlers Weisung zur Autarkisierung und kriegswirtschaftlichen Mobilisierung Anfang September vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne dass er und sein Ministerium den Inhalt und die Tragweite der vollständigen Denkschrift zur Kenntnis erhielten. Vergebens suchte Schacht nach einflussreichen Bundesgenossen für seine grundsätzlichen Bedenken.²⁷⁷ Am 9. September 1936 liess Hitler auf dem Nürnberger Reichsparteitag sein neues Programm zur wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung, den zweiten Vierjahresplan verkünden. Auf Grund der Nürnberger Proklamationen konstatier-

ten kritische britische Pressestimungen, dass sich in Deutschland eine Kriegsmentalität ausbreite.

Bezeichnend für die von Hitler im September 1936 vollzogene Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik war es, dass von Beseitigung der vorhandenen Arbeitslosigkeit kein Wort mehr zu hören war. Der Vierjahresplan sollte nicht dazu dienen, die herrschende Wohnungsnot zu beseitigen oder gar den Deutschen das eigene Automobil in greifbare Nähe zu rücken. Der Entwicklungs- und Wohlstandsrückstand Deutschlands gegenüber den Westmächten war beträchtlich. In Deutschland kamen 1938 auf einen Kraftwagen 44 Einwohner, in Frankreich und Grossbritannien dagegen je 19 und in den USA sogar nur 4 Einwohner. Im Sommer 1935 war zwar die gezählte Arbeitslosigkeit auf 1,7 Millionen gesunken, im Winter 1935/36 aber auf 2,5 Millionen hochgeschnellt. Auch im Winter 1936/37 belief sich die Zahl der erfassten Arbeitssuchenden noch auf knapp zwei Millionen. Noch waren nicht Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur in der Wirtschaft erreicht, noch herrschte Massenarbeitslosigkeit, belief sich die Arbeitslosenquote auf 8,5 v. H. und lag in einigen Industrieräumen sogar bei 12-14 v. H. Von Deutschland als Wohlstandsinsel inmitten einer Weltdepression konnte keine Rede sein. In der Sitzung des Kleinen Ministerrats vom 11. Februar 1937, zu der bezeichnenderweise kein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums geladen war, rechnete Reichsführer SS Himmler noch mit einem Arbeitslosensockel von einer Million; davon seien «nach seinen Schätzungen 50% nicht mehr arbeitsfähig, die anderen 50% arbeitsscheu. Die letzteren müssten in Arbeitslagern untergebracht und ihre Arbeitskraft voll ausgenutzt werden».²⁷⁸ Göring stimmte dem – einer Kehrseite der nationalsozialistischen Beschäftigungspolitik – zu.

Erst im Herbst 1936 nach Ernennung Görings zum «Beauftragten für den Vierjahresplan» durch Verordnung vom 18. Oktober 1936²⁷⁹ konstituierte sich, vorangegangene Arbeitsstäbe ablösend, eine Vierjahresplan-Organisation, bestehend aus sechs Geschäftsgruppen, durch die die wirtschaftspolitische Führung noch mehr kompliziert, zersplittert und letztlich durch endlose Konkurrenzkämpfe gelähmt wurde. Die Geschäftsgruppen «Erzeugung deutscher Roh- und Werkstoffe» (Oberstleutnant Loeb), «Industrielle Fette» (Wilhelm Keppler), «Rohstoffverteilung» (Köhler-Baden) und «Preisüberwachung» (Gauleiter Wagner) waren auf gute Zusammenarbeit mit dem Reichswirtschaftsministerium und dessen nachgeordneten Dienststellen angewiesen, ohne darauf bauen zu können. Auch durch Aushöhlung

Arbeitslose in v. H. der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten in den deutschen Wirtschaftsgebieten

Landesarbeitsamtsbezirk	1932	1936	1937	1938
Ostpreussen	20,1	3,4	3,8	2,9
Schlesien	32,4	13,1	7,4	3,6
Brandenburg	32,3	8,6	4,9	2,5
Pommern	23,7	4,4	3,5	2,0
Nordmark	30,0	8,6	5,5	2,8
Niedersachsen	28,8	3,7	1,6	0,5
Westfalen	33,1	8,6	3,9	1,2
Rheinland	33,8	12,5	7,1	3,2
Hessen	32,7	10,6	5,9	2,7
Mitteldeutschland	31,6	4,9	2,4	1,0
Sachsen	36,4	12,5	6,9	2,9
Bayern	27,3	7,0	3,8	1,8
Südwestdeutschland	22,5	4,5	2,4	1,1
Deutsches Reich	30,8	8,5	4,7	2,2

Beschäftigte nach der Krankenkassenstatistik und Arbeitslose bei den Arbeitsämtern. Beamte und Nichtversicherungspflichtige ausser Ansatz (Institut für Konjunkturforschung)

von Kompetenzen des Reichswirtschaftsministers liess Meinungsstreit sich nicht umgehen, da ihm letztlich die Aufsicht über die Organisation der Wirtschaft blieb. Eine Aufzeichnung des Vierjahresplans, verfasst von Dr.-Ing. Paul Rheinländer, vom Juni 1937 machte auf das «wilde Durcheinander» in der Wirtschaftsführung aufmerksam: «Auf dem Bergbauggebiet beschäftigen sich mit den gleichen Fragen das Büro Keppler, die Bergbehörden, das Reichswirtschaftsministerium, die Geologischen Landesanstalten, die Überwachungsstellen für Eisen und Stahl und unedle Metalle, zahlreiche Wirtschaftsgruppen, die Deutsche Arbeitsfront mit der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau, die Forschungsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, der Wehrwirtschaftsstab und das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe. Dabei sind die vielen örtlichen Instanzen/ die sich wiederum berufen fühlen, in einzelnen Gebieten diese Aufgaben durchzuführen (Vierjahresplan, Abteilung bei den einzelnen Gauleitern, die Ämter für Technik, die örtlichen Instanzen der wissenschaftlichen Fachvereine) noch gar nicht erwähnt.»²⁸⁰

Statt Zusammenarbeit entspann sich seit dem Winter 1936/37 in einem Dschungel von Kompetenzen ein überall hervorbrechender, endlos wu-

chernder und fast den weiteren Wirtschaftsausbau erstickender Zuständigkeitskrieg zwischen den beteiligten Dienststellen. In dem teils stagnierenden, teils rückläufigen Produktionsverlauf im Jahre 1937 spiegelte sich die wesentlich durch den Vierjahresplan hervorgerufene Umstellungskrise der deutschen Wirtschaft wider.²⁸¹ Der eigentliche Kern der Vierjahresplan-Organisation, das stark auf Expansionskurs gehende «Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe» unter dem Luftwaffenoffizier und Vertrauensmann Görings, Fritz Loeb, geriet zuerst in Kollision mit Schacht in seiner Funktion als Generalbevollmächtigter der Wirtschaft.²⁸² Allerdings liess auch er keinen Streit aus, den er haben konnte. Den Überwachungsstellen schärfte er ein, Anweisungen nur von ihm entgegenzunehmen. Wegen der Eingriffe in seinen Zuständigkeitsbereich teilte er im Dezember 1936 Blomberg mit, dass er seine Tätigkeit als Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft nicht weiter ausüben könne. Eine daraufhin vorgenommene Abgrenzung von Zuständigkeiten zwischen dem Generalbevollmächtigten und dem Beauftragten für den Vierjahresplan beendete nicht den beiderseitigen Konflikt. Auf der Festsitzung der Reichswirtschaftskammer anlässlich seines 60. Geburtstages am 22. Januar 1937 griff Schacht in einer Ansprache die von Hitler inaugurierte Wirtschaftspolitik Görings an, ohne freilich Namen zu nennen: «Wenn jemand sagt: die Hauptsache ist, dass Sie produzieren, ob Sie wirtschaftlich produzieren, ist nicht entscheidend, so sage ich Ihnen: Wenn Sie unwirtschaftlich produzieren, so vergeuden Sie die Substanz, die im deutschen Volk vorhanden ist.»²⁸³ Schacht bemühte sich, das Eindringen der politischen Macht in die Wirtschaft aufzuhalten. Das bisherige Nebeneinander von Grosswirtschaft und Parteidiktatur war gefährdet, letztere auf dem Wege, ihren Machtbereich zu vergrössern.

Gesinnungsgenossen, die Göring auf dem eingeschlagenen Weg Hindernisse auftürmen könnten, fand Schacht in der gegen die I.G.-Farben opponierenden chemischen Industrie und in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Göring und sein Arbeitsstab machten verbissene Anstrengungen, um jeden Zweifel bei den Industriellen darüber auszuräumen, dass Einwände gegen die geforderte Mehrförderung von deutschen Erzen Aussicht auf Erfolg hätten. Tatkräftige Unterstützung für seinen Autarkiekurs erhielt Göring vorerst nur durch den Industriellen Hermann Röchling, der Görings Aufmerksamkeit auf den Abbau der südbadischen Doggererze lenkte.²⁸⁴ Schon damals legte Schacht Göring nahe, bei Hitler dahin zu wirken, ihm das Reichswirtschaftsministerium zu übertragen. Mitte Juni 1937 hielt Gö-

ring erneut eine Eisensitzung in Berlin im Haus der Flieger mit Vertretern der Reichsbehörden der NSDAP, der Eisenindustrie und des Kohlenbergbaus ab.²⁸⁵ Die Schwierigkeiten bei der Eisenbeschaffung hatten sich verschärft. Da Göring den Eisenexport nicht ganz drosseln konnte, sah er in den Unternehmern den Sündenbock, weil sie sich passiv gegenüber der Eisengewinnung aus deutschen Erzen verhalten hätten. Dann lüftete er das lange gehütete Geheimnis des geplanten neuen Eisenhüttenwerkes und drohte: «Schon längst wäre es notwendig gewesen, die deutschen Erze zu fördern. Jetzt, in zwölfter Stunde muss es gemacht werden. Wo es nicht geschieht, nehmen wir Ihnen das Erz ab und machen es selbst». Schacht und sein Oberberghauptmann Schlattmann erfuhren erst einige Tage danach vom Salzgitter-Projekt. Hermann Röchling sprach deshalb in Bayreuth am 24. Juli Schacht an:²⁸⁶ Er «müsse jetzt doch diese Sache unterstützen und zwar dadurch, dass er verbilligte Frachten für diese Unternehmungen empfehle». Schacht lehnte sogleich jede Subventionierung ab, «das geschähe jetzt fortdauernd, das sei der Ruin ...». «Ich bin überzeugt», schloss Röchlings Aktenvermerk über das Gespräch mit Schacht, «dass er nichts Wesentliches mehr zu sagen haben wird. «

Anfang Juli hatte Schacht die von Göring unterzeichnete gemeinsame Erklärung erhalten, dass die Aufgaben des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft «in engster gegenseitiger Zusammenarbeit» gelöst würden.²⁸⁷ Der Zuständigkeitskrieg und Meinungsstreit ging weiter, ein dramatisches Geschehen, in dem nicht zuletzt menschliches Engagement aufeinanderprallte. Die Reichswerke «Hermann Göring», über deren Gründungsverhältnisse Schacht bewusst unzureichend informiert wurde, boten reichlich Zündstoff. In einem elf Seiten umfassenden Schreiben an Göring vom 5. August 1937 zog Schacht dann den grundsätzlichen Trennungsstrich zwischen seiner und Görings Wirtschaftsauffassung: «Ich möchte nun ganz klar herausstellen, dass, wenn die Devisen, die uns aus dem Export anfallen, geringer werden, dann selbstverständlich auch die Zufuhr der Rohstoffe nachlassen muss und weitere Lücken in der Versorgung der Bautätigkeit, der Aufrüstung und des Vierjahresplans eintreten müssen ... Bei Ihrem neuen Vorhaben zur Steigerung der inländischen Eisenerzförderung handelt es sich um den Aufwand von vielen Hunderten Millionen, für die bisher keine Deckung vorhanden ist. Die Bereitstellung von Banknoten und Buchgeld bedeutet nicht gleichzeitig die Bereitstellung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln ... Die Knappheit einer ganzen Reihe von Konsumartikeln ist heute schon im täg-

lichen Leben spürbar ... Ich habe vorstehend ausgeführt, dass ich Ihre Devisenpolitik für unrichtig halte und nicht in der Lage bin, sie mitzu verantworten.»²⁸⁸ Aus taktischen Erwägungen täuschte Schacht dennoch eine positive Einstellung zum Vierjahresplan in der Hoffnung vor, ihn doch noch in andere Bahnen lenken zu können. Eine Abschrift des Schreibens ging mit dem Ersuchen, aus dem Amt des Reichswirtschaftsministers entlassen zu werden, an Hitler. Noch wollte sich Hitler, ohne auf Sachfragen der Wirtschaftspolitik einzugehen, offenbar nicht von Schacht trennen und bat ihn in langer Unterredung auf dem Obersalzberg am 11. August dringend, sich in einer Aussprache mit Göring zu verständigen. «Wenn Sie mir nach zwei Monaten wiederholen werden, dass Sie mangels einer einheitlichen Auffassung für die deutsche Wirtschaftspolitik bei Ihrem Entlassungsgesuch beharren, so werde ich Ihrer Bitte entsprechen.»²⁸⁹ Es kursierte die Auffassung, dass Hitler in Rücksicht auf internationale Finanzverhandlungen auf Schacht nicht verzichten wollte. Göring erwiderte Schachts Schreiben am 22. August mit 24 Maschinenseiten²⁹⁰, die freilich dem Konflikt kein Ende bereiteten. Da die Mehrheit der Eisen- und Stahlindustriellen, von Göring telegraphisch unter Druck gesetzt²⁹¹, sich nicht mehr hinter Schacht zu stellen wagte, sah er sich im Kampf gegen die Reichswerke weitgehend auf verlorenem Posten. Schacht resignierte und bestätigte am 26. August in knapper Antwort Göring, «dass in unser beider wirtschaftspolitischer Auffassung grundsätzliche Unterschiede vorhanden sind, die, wie ich hoffe, dem Führer Veranlassung geben werden zu der Entscheidung, die Führung der Wirtschaftspolitik allein in Ihre Hand zu legen».²⁹² Einige Tage später verließ Schacht mit Urlaub das Reichswirtschaftsministerium, um Anfang Oktober nach einer Unterredung mit Hitler erneut und diesmal unter Hinweis auf das Fehlen einer für eine erfolgreiche Führung der deutschen Wirtschaftspolitik erforderlichen einheitlichen Kommandogewalt an seine Entlassung zu erinnern.

Am 6. Oktober 1937 – am Tag der Unterredung mit Hitler – unterzeichnete Schacht ein letztes Mal ein Gesetz als amtierender Wirtschaftsminister, das Gesetz zur Regelung des Walfangs.²⁹³ Angeregt durch Ministerialdirektor Wohlthat, war Schacht, um durch Waltran die deutsche «Fettlücke» zu verringern, wesentlich am Aufbau einer deutschen Walfangflotte beteiligt. Im antarktischen Sommer 1936/37 ging die erste deutsche Walfangexpedition mit dem Fabrikschiff «Jan Wellern» und zwei gecharterten norwegischen Flotten mit ihren Fangbooten in das südliche Eismeer.²⁹⁴ 1937/38 bestand die deutsche Walfangflotte aus sechs Mutterschiffen und 44 Fangdampfern.

Als Schacht der Forderung Hitlers nach einer nochmaligen Aussprache mit Göring am 1. November 1937 nachkam, brach der unversöhnliche Gegensatz erneut hervor. Göring verlangte, dass er Schacht Weisungen geben könne. Schacht daraufhin: «Mir nicht, aber meinem Nachfolger.» Hitler fiel es schwer, sich zu entscheiden. Göring stellte bereits eine Ministerliste auf, wollte aber, wie er dem Hamburger Bürgermeister Krogmann am 5. November anvertraute, «vorerst ohne Minister arbeiten, nur mit Staatssekretären, um die Wirtschaft stärker in seine Hand zu bekommen».²⁹⁵ Am 26. November 1937 erhielt Schacht, der Reichsbankpräsident blieb, die zugesagte Entlassung als geschäftsführender Reichs- und preussischer Wirtschaftsminister von Hitler.

Schacht wollte nicht mehr die Verantwortung für eine Wirtschaftspolitik tragen, die er nicht beeinflussen konnte, noch seinen im Grund konservativen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik und wirtschaftlichem Gleichgewicht entsprach. Später kommentierte die im Allgemeinen gut unterrichtete «Neue Zürcher Zeitung»: «Die Divergenzen in den Auffassungen über die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die zwischen Schacht und den führenden nationalsozialistischen Kreisen bestanden, haben schliesslich, wie es bei der Dynamik des Nationalsozialismus nicht anders zu erwarten war, zu der sukzessiven Ausschaltung Dr. Schachts geführt. Dr. Schacht stimmte im Jahre 1933 mit der nationalsozialistischen Auffassung überein, dass die Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft nur durch eine Kreditausweitung erreicht werden konnte. Der Staat sollte aber, nach seiner Ansicht, nur den Impuls geben, und der Privatwirtschaft wäre es alsdann zugekommen, an Stelle des Staates zu investieren. Es ist ein offenes Geheimnis, dass dieser Plan gescheitert ist ...» Solange Schacht die Zügel der Wirtschaftspolitik in der Hand hielt, die Verletzung ökonomischer Prinzipien, das deficit-spending eingeschlossen, in Grenzen und unter Kontrolle gehalten wurden, Autarkisierungsbestrebungen nicht den Vorrang vor den weltwirtschaftlichen Bindungen besaßen, die Aufrüstung sich den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen und Vollbeschäftigungspolitik nicht auf Konsumeinschränkungen hinauslaufen sollten, wäre es falsch, von einer typisch nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu sprechen. Ohne Zweifel hatte Schacht bis 1936 unter den gegebenen politischen (industriefreundlichen) Rahmenbedingungen der Hitler-Diktatur ein neues, spezifisches Wirtschaftssystem geschaffen, ein konsistentes, funktionierendes System, wenn man den gesamten Komplex der von Schacht ergriffenen wirtschaftspolitischen und institutionellen Massnahmen überschaut. Die Ablehnung des

Wirtschaftsliberalismus, Kreditschöpfung im Stadium brachliegender Produktionsfaktoren, die Verstärkung des Eingriffs- und Einflussesrechts des Staates in der Wirtschaft, Binnenkonjunktur, Bilateralismus und die Devisenzwangswirtschaft, alles keine deutschen Besonderheiten, wurzelten nicht primär in nationalsozialistischen Ideen und stellten schon gar nicht originäre Leistungen der NS-Ideologie dar, kamen aber nationalsozialistischen Vorstellungen von der Wirtschaft entgegen. Von einem Wirtschaftsaufschwung bei gleichbleibenden Löhnen und Preisen träumten sogar schon die Merkantilisten des 18. Jahrhunderts. Der auf dem Privateigentum basierenden und dem Führerprinzip unterworfenen, integrativen nationalistisch-etatistischen Wirtschaftsordnung des Hitler-Staats der 30er Jahre liessen sich aber vor allem die Zwänge der Kriegswirtschaft leichter und rascher als liberalmarktwirtschaftlichen Systemen aufbürden. Im Hintergrund der Kämpfe zwischen Göring und Schacht ging es um die von Hitler befohlene Durchsetzung des Primats der weiterhin durch Geldschöpfung zu finanzierenden Aufrüstung und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung entgegen allen Argumenten der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Verantwortung. Worauf es ankam, drückte Göring in seiner Rede über die Durchführung des Vierjahresplans schon am 17. Dezember 1936 im Preussenhaus, in Berlin mit den Worten aus: «Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen.»²⁹⁶ Görings Erscheinen auf der wirtschaftspolitischen Szene signalisierte nicht nur die seitdem eingeleitete Weichenstellung zur Kriegswirtschaft, sondern trug zugleich typisch nationalsozialistische Elemente in die Wirtschaftspolitik und öffnete sie der NS-Ideologie. Eine staatliche Kommandowirtschaft – nur ein Beispiel – wollte künftig die Richtlinien der Unternehmenspolitik bestimmen. Gegen Kommandos Wünsche oder Einwände zu erheben, war nicht erlaubt. Kommandos mussten befolgt werden. «Das Wort ‚Unmöglich‘ gibt es hier nicht», hatte Hitler am 17. Dezember 1936 Wirtschaftsführern verheissen.

III. «Wir stehen bereits in der Mobilmachung...» (1937-1939)

1. Neuordnung des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministeriums

Ministerialrat Sperl erlebte die Amtsübernahme Görings im Hofe des Reichswirtschaftsministeriums: Staatssekretär Dr. Posse «begrüßte in seiner Ansprache den neuen Chef Göring als Nationalsozialisten. Das Ministerium sei stolz, nun endlich unter der Leitung eines Hitler seit Anfang der Bewegung aufs Engste verbundenen, in wichtigen Aufgaben und hervorragenden Stellungen bewährten alten Parteigenossen zu stehen und unter seiner Führung die Wirtschaft des nationalsozialistischen Deutschland zu lenken. «¹ Macht erzeugte seit jeher Devotismus, ohne dass dieser sich unbedingt auszahlte. Zur allgemeinen Überraschung hatte Hitler am Tage der Entlassung Schachts, schon am 26. November 1937, Göring zum geschäftsführenden Reichswirtschaftsminister mit dem ausdrücklichen Auftrag ernannt, die vielfältigen Dienststellen und Institutionen, die durch den Vierjahresplan entstanden waren, mit den Funktionen des Reichswirtschaftsministers zu vereinen.² Am 26. November hielt sich Göring zu einem Besuch in Hamburg auf und verriet dem Hamburger Bürgermeister Krogmann, «dass er bis zum 15. Januar die Leitung des Wirtschaftsministeriums übernehmen würde, um die Reorganisation herbeizuführen, und dass Staatssekretär Funk das Wirtschaftsministerium übernehmen würde».³ Der Nachfolger war bestimmt, durfte aber sein neues Amt nicht ausüben. Enttäuscht waren Generalmajor Loeb, der Preiskommissar Wagner und der Wirtschaftsbeauftragte Keppler, die sich Hoffnungen auf den Posten des Reichswirtschaftsministers gemacht hatten.

Für das Reichswirtschaftsministerium bedeutete das eigenartige Zwischenspiel Görings einen völligen Umbruch, eine Wende. Monate der Spannung und Unruhe zugleich, von der fast jeder berührt wurde. Ohne dass die Betroffenen unmittelbar an Planung und Durchführung der Neuorganisation beteiligt oder zur Mitsprache aufgefordert wurden, hatte sie für

alle erhebliche Auswirkungen. «Zweck der Neuordnung», hiess es in einer Anweisung Görings vom 31. Januar 1938, «ist die weitestmögliche Verschmelzung der bisher in den Geschäftsgruppen des Vierjahresplans bearbeiteten Sachgebiete mit den im Reichswirtschaftsministerium wahrgenommenen Aufgaben. Dadurch soll in Zukunft jede Möglichkeit von Doppelarbeit und von Reibungen ausgeschaltet werden.»⁴ Die für den Nationalsozialismus typische Polykratie hatte in der Wirtschaftspolitik zu einem Chaos geführt und sollte nun von dem, der es hauptsächlich herangezüchtet hatte, wieder beseitigt werden, indem er die von ihm selber geschaffenen Dienststellen entweder liquidierte oder mit dem Reichswirtschaftsministerium fusionierte. Erst im Januar 1938 waren die eingehenden Besprechungen und Planungen für die Neuorganisation des Reichswirtschaftsministeriums angelaufen, von Görings damaligem Ministerialdirektor Erich Neumann vorbereitet.



Abb. 11: Generalfeldmarschall Hermann Göring, vom 26.11.1937 bis 7.2.1938 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt, eröffnet im Mai 1938 den Baubeginn des Werkes Linz der Reichswerke «Hermann Göring».

In seiner Aufzeichnung über die Organisation der Vierjahresplanämter vom 27. Januar 1938 bot Paul Rheinländer typische Beispiele für das künftig zu vermeidende Verwaltungschaos: «Abgesehen von dem Streit mit anderen staatlichen und parteiamtlichen Dienststellen konnten sich die im 1. Erlass des Ministerpräsidenten Göring über die Durchführung des Vierjahresplanes eingesetzten Geschäftsstellen aber auch untereinander nicht vertragen. Als z.B. die Eisenbewirtschaftung notwendig wurde, teilte das Amt

für deutsche Roh- und Werkstoffe unentwegt für alle begonnenen Bauvorhaben Eisen ohne Festsetzung des benötigten Gewichtes zu und begann immer neue Bauvorhaben, ohne dass die Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung dieses verhindern konnte. Schliesslich mussten die Dringlichkeitsbescheinigungen des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe für ungültig erklärt werden, nachdem sowieso kein Mensch mehr an ihre Bedeutung glaubte. Später stellte das Amt Kontrollnummern für Eisen und Stahl aus, bewilligte jedoch doppelt soviel Eisen wie die Geschäftsstelle Rohstoffverteilung für das Amt bereitgestellt hatte. Daraufhin erklärte das Reichswirtschaftsministerium in einem Rundschreiben an die Industrie 50% der neuen Zuteilungen des Amtes wiederum für ungültig ...

Als später nach Erlass der Verordnung vom 16. September 1937 der Ausbau der Eisenindustrie staatlich gelenkt werden sollte, stürzten sich die Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie, das Reichswirtschaftsministerium, der Generalbevollmächtigte für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung und das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe auf diese neue Aufgabe.»⁵ Der Beamtenapparat der Vierjahresplan-Organisation hatte sich nach Parkinsons Wachstumsgesetz unabhängig nach der zu leistenden Arbeit ausgedehnt und erbrachte letzten Endes bei der doppelten Anzahl von Arbeitskräften bei Weitem nicht die ursprünglich erwarteten Leistungen.⁶ Bei mangelnder Fachkenntnis und Koordination pflegte sich alle Dynamik festzulaufen.

Von der sachlichen Neugliederung des Reichswirtschaftsministeriums blieb nur die Zentralabteilung ausgenommen. Göring bestimmte: «Ich habe die grossen Aufgabengebiete des Reichswirtschaftsministeriums in fünf grosse Gruppen eingeteilt, von denen die eine die Aussenwirtschaft, zwei andere die industrielle Binnenwirtschaft und den Bergbau, eine weitere die Geld- und Kreditangelegenheiten und die letzte die Wirtschaftsorganisation, Sozialpolitik und das Handwerk umfasst.»⁷ Auf diese Weise ergab sich eine zugleich die damalige wirtschaftspolitische Wertordnung widerspiegelnde Neugliederung des Ministeriums in fünf Hauptabteilungen: I. Rohstoffbewirtschaftung, Chemie, Mineralöl; II. Bergbau, Eisenwirtschaft, Energiewirtschaft; III. Wirtschaftsordnung, Gewerbepolizei; IV. Geld- und Kreditwesen; V. Aussenwirtschaft. In Ausführung von Görings Erlass vom 5. Februar 1938 gingen von der Vierjahresplan-Organisation das Aufgabengebiet des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, die Aufgabengebiete «Industrielle Fette», «Erforschung des deutschen Bodens», des Gene-

ralbevollmächtigten für Eisen- und Stahlbewirtschaftung (mit Ausnahme der Kontingentfestsetzung), der Geschäftsgruppe für Aussenhandelsgeschäfte und die Rohstoffverteilung an das Reichs- und Preuss. Wirtschaftsministerium über.⁸ Neben den sonstigen Reichs- und Staatswerken sollte das Reichswirtschaftsministerium künftig auch die bald rasch expandierenden Reichswerke für Erzbergbau und Eisenhütten «Hermann Göring» AG betreuen. Durch Auflösung des fehlkonstruierten Amtes für Roh- und Werkstoffe, die Verlagerung von dessen Führungsfunktionen in das Reichswirtschaftsministerium und der verbliebenen Forschungs-, Entwicklungs- und Planungsaufgaben in die neugegründete, dem Reichswirtschaftsminister zwar unterstellte Reichsstelle für Wirtschaftsausbau änderte sich hier nur wenig an der problematischen Verflechtung von Industrie und Staatsverwaltung. «Die Industrie verstand es», urteilte in seinem Gutachten Dipl.-Ing. Rheinländer, «da aus ihren Reihen meist die besseren Fachleute kamen, dem Amt ihre Meinung einzusuggerieren ... Der Einfluss der I.G. Farbenindustrie ist auch nach aussen bekannt geworden und von aussenstehenden Industriegruppen öffentlich missbilligt worden.» Gegen das Amt wurde der Vorwurf erhoben, dass es als «Werbe- und Verkaufsbüro» der I.G.-Farbenindustrie auftrete. In der Reichsstelle behielt mit Einverständnis von Göring der damalige I.G.-Farben-Direktor Carl Krauch die Abteilung für Forschung und Entwicklung.

Mit der Neuorganisation des Reichswirtschaftsministeriums war ein breites, gründliches Personalrevirement verbunden, das sich fast mit elementarer Kraft vollzog und insbesondere den lange hinausgeschobenen Einbruch von alten Kämpfern der NSDAP in den Personalkörper des Ministeriums brachte. Alle Abteilungsleiter wurden von ihren Ämtern entfernt oder quitierten selber den Staatsdienst. Zusammen mit Staatssekretär Posse sah sich Ministerialdirektor Sarnow in die Dienststelle des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft abgeschoben. Ministerialdirektor Wohlthat, der Kaufmann unter den Wirtschaftsbeamten, kam zur verbliebenen Vierjahresplan-Organisation. Den missliebigen Oberberghauptmann Schlattmann und die Ministerialdirektoren Pohl und Wienbeck liess Göring in den einstweiligen Ruhestand bzw. in andere Dienststellen versetzen. Im Januar 1938 hatte er in Aussicht genommen, Sperl, der als Reichskommissar bei der Berliner Börse den Rang eines Ministerialdirigenten bekleidete, die Leitung der Hauptabteilung Geld- und Kreditwesen zu überlassen. Der Nazi-Gegner Sperl bemühte sich aber schon seit Wochen um einen mög-

lichst einvernehmlichen Absprache in die private Wirtschaft. Es gelang ihm, in den Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Bodencreditbank in Köln überzuwechseln. Sein Amtsvorgänger, Ministerialdirektor Schniewind, war schon im Mai 1937 aus dem Staatsdienst ausgeschieden und erschloss sich abseits von unmittelbarem politischem Druck als Gesellschafter eines Bankhauses in München ein neues Tätigkeitsfeld. Ministerialdirigent Tettenborn wurde nicht nur die Leitung der Personalabteilung genommen, sondern auch gedrängt, aus dem Reichswirtschaftsministerium auszuschcheiden. Nachdem ihm ein Arzt Dienstunfähigkeit bescheinigt hatte, erreichte er im Alter von 56 Jahren seine vorzeitige Pensionierung. Der Marsch der NSDAP durch die Institutionen konnte beginnen.

Neue Leute, die zumeist Schlüsselstellungen in der Vierjahresplan-Organisation innehatten, wurden in Spitzenpositionen des neugegliederten Reichswirtschaftsministeriums gesetzt, darunter zwei Generäle. Görings Vertrauensmann Generalmajor Fritz Loeb (1895-1940), Schöpfer unerreichbarer Planzahlen, wurde Leiter der Hauptabteilung I und der Generalbevollmächtigte für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung, Generalmajor des Heeres Hermann von Hanneken (1890-1981) der Hauptabteilung II. Nur etwa ein halbes Jahr konnte sich Loeb in seinem Amte halten. Seine Zuständigkeiten gingen im Oktober 1938 gossenteils in der Hauptabteilung II auf. Rudolf Schmeer (geb. 1905), ein einstiger Elektromonteur aus Saarbrücken, seit 1925 in der NSDAP, alter Kämpfer und nach 1933 bis zum Hauptdienstleiter der DAF aufgestiegen, erhielt die Leitung der Hauptabteilung III (Wirtschaftsorganisation usw.). Ein Finsterling, der seinem Posten nicht gewachsen war, sollte Einvernehmen zur DAF herstellen. Auch der Major der Kaiserlichen Armee Eberhard von Jagwitz (1887-1945), seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP, überzeugte nicht. Jagwitz kam von der Auslandsorganisation der NSDAP und war als Leiter der Geschäftsgruppe Aussenhandelsgeschäfte des Vierjahresplans an die Spitze der JHauptabteilung V (Aussenwirtschaft) katapultiert worden. Vorsorglich wurde ihm der sacherfahrene, auch aus der Vierjahresplan-Organisation hervorgegangene Dr. Gustav Schlotterer, seit 1923 in der NSDAP, zum Stellvertreter beigegeben. Als ehrgeizig, hitlergläubig und als «leere Hülse» galt der neue Leiter der Personal- und Haushaltsabteilung (Hauptabteilung Z, seit 1939 I), Ministerialdirektor Hans Illgner (1887-1967). Er gehörte seit 1923 der Reichsfinanzverwaltung an, trat 1932 der NSDAP bei und wurde wohl vom Reichsfinanzministerium weggelobt. Seine Entscheidungen bereitete sein persönlicher Referent und späterer Stellvertreter, Dr.

Walter Rollenhagen (1945 Ministerialdirigent) vor und gewann dadurch Einfluss auf eine Personalpolitik, die sich redlich Mühe gab, schützend auch über diejenigen Kräfte die Hand zu halten, die nicht der Partei angehörten oder ihr nur formell beigetreten waren.⁹ Die gesamte Finanzabteilung des Vierjahresplans wurde mit ihrem Chef, dem Hamburger Alt-Pg. Kurt Lange, in die Geld- und Kreditabteilung des Reichswirtschaftsministeriums eingebaut und der verhandlungsgewandte Lange zum Hauptabteilungsleiter (IV) gemacht. Die buntscheckige soziale und politische Herkunft der Hauptabteilungsleiter brachte diesen den Spitznamen «Arbeiter- und Soldatenrat» ein, der nunmehr das Ministerium führen sollte. Göring gab bei der Amtseinführung Funks den grosssprecherischen Kommentar: «Die Tatsache, dass aktive Soldaten in diesem Ministerium tätig sind, zeigt der Welt, dass Deutschland alle seine Kräfte restlos zu einem Ziel zusammenfasst, auf allen Gebieten unabhängig, stark und frei zu werden. «

Bei der Besetzung der Referentenstellen des Ministeriums erhielt der einst Schacht ergebene Reichsbankdirektor Brinkmann weitgehend freie Hand. Mehrere Dutzend Ernennungen waren insgesamt mit der Neuorganisation verbunden. Alle unterzeichnete Göring, ohne dass hierbei – wie sonst üblich – die Partei mitwirkte.¹⁰ Eine ganze Reihe von jüngeren Leuten, teilweise in bunten Uniformen und sehr trinkfest, drang in das Ministe-



Abb. 12: Rudolf Brinkmann,
7.2.1938 bis 13.3.1939
Staatssekretär im Reichs-
wirtschaftsministerium.

rium und veränderte darüber hinaus das gemischte Bild seiner personellen Zusammensetzung ausserordentlich. Kaufleute fanden auch jetzt nur selten den Weg ins Wirtschaftsbeamtentum. Die Rolle, die der Cottbuser Textilfabrikant Hans Kehrl im Reichswirtschaftsministerium zunächst als dem Staatssekretär unterstellter Generalreferent für Sonderaufgaben spielte, war die eines von allen Normen abweichenden, ungewöhnlichen Einzelgängers, der zudem nur ehrenamtlich in Berlin tätig sein wollte.¹¹

Durch Erlass Görings vom 5. Februar 1938 trat «die Umbildung des Reichswirtschaftsministeriums und die Weiterführung des Vierjahresplans» rückwirkend zum 1. Februar in Kraft. Als besondere Organe des Vierjahresplans blieben bestehen: der Reichskommissar für die Preisbildung, die Geschäftsgruppen Arbeitseinsatz, Ernährung, Devisen, Forsten und Verkehr, das Devisenfahndungsamt und «sonstige im Rahmen des Vierjahresplans liegende Sonderaufgaben der Geheimen Staatspolizei». Die Vierjahresplan-Organisation wurde verkleinert, blieb aber übergeordnete Befehlsstelle im Rahmen der Wirtschaftspolitik. Zu einer Zusammenfassung aller wirtschaftspolitischen Kompetenzen im Reichswirtschaftsministerium als einheitlicher Zentrale kam es mit der Neuordnung von Anfang 1938 nicht. Der polykrate Hitler-Staat bewies erneut, wie wenig er zu einer an fachlichen Gesichtspunkten orientierten Neuorganisation etwa im Sinne der Stein-Hardenbergischen Reformen fähig war.

Seit 1938 vermochte es der kleine Beamtenapparat des Vierjahresplans, die Entscheidungen des Reichswirtschaftsministeriums völlig zu beeinflussen. Der überragende Widersacher war verschwunden. Göring, dem dauernde Verwaltungsarbeit im Grunde verhasst war und der auch von Wirtschaftspolitik nichts verstand, erwies sich gewöhnlich nicht als Motor neuer Dynamik. Bereits in seiner Rede über die Aufgaben des Vierjahresplans Ende 1936 bekannte er: «Ausserdem ist die Wirtschaft nicht mein Fach. Aber ich bin bereit, alles einzusetzen, nicht als Fachmann – das sage ich ganz offen –, nicht als grosser Wirtschaftskopf und noch grösserer Unternehmer, aber mit unbändigem Wollen ...»¹² Infolge seiner politischen Durchschlagskraft und seines Durchsetzungsvermögens häufte sich bei ihm eine Fülle von hohen Ämtern in Personalunion, so dass er sich keinem mit der erforderlichen Gründlichkeit widmen konnte und daher von der Leistungsfähigkeit seiner jeweiligen Arbeitsstäbe stark abhängig war. Göring, ein Mann von zwar rascher Auffassungsgabe, aber ungeduldig und

von mangelndem Fleiss, arbeitete selektiv, kümmerte sich nur für Angelegenheiten, die er gerade für wichtig erachtete und liess die Dinge laufen, die ihn nicht sonderlich interessierten. Ministerialdirektor Wohlthat bekam häufig die Entscheidungsunwilligkeit Görings zu spüren. Um dennoch Entscheidungen treffen und Weisungen geben zu können, legte Wohlthat Göring kleine Notizen vor, die dieser mit der Paraphe «Gg.» abzeichnete, ohne dass Wohlthat je danach fragte, ob die Paraphe nur gelesen oder genehmigt bedeutete.¹³ Görings «persönliche Neigung, sich sein Leben möglichst bequem und komfortabel zu gestalten, liess ihm noch weniger Zeit, sich in die ihm völlig fremden Aufgaben hineinzuleben».¹⁴ Sein an sich wohlwollender irischer Biograph quantifizierte in diesem Zusammenhang: «Zwei Drittel seines Lebens nach 1933 verbrachte Göring in Carinhall»¹⁵, seiner neureichen Residenz in der Schorfheide nördlich Berlins.

2. Der neue Reichswirtschaftsminister und sein erster Staatssekretär

Von der «stärksten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Konzentration» sprach Hitler am 4. Febr. 1937. Drei Tage danach, der Umbau des Reichswirtschaftsministeriums war abgeschlossen, führte Ministerpräsident Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan den einstigen Wirtschaftsjournalisten und Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Walther Funk (1890-1960) in das Amt des Reichswirtschaftsministers ein und begrüßte, «dass der Führer in Ihrer Person, Herr Reichsminister Funk, den alten nationalsozialistischen Kameraden und grossen Fachkenner an die Spitze des Ministeriums gestellt hat. Das ist für mich die beste Gewähr enger und erfolgreicher Zusammenarbeit».¹⁶ Diese Worte sollten in den Augen seiner künftigen Mitarbeiter den neuen Minister für sein hohes, mit grosser Verantwortung beladenes Amt legitimieren. Glaubwürdiger und subjektiv ehrlicher klangen Funks Worte auf der Anklagebank im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess: «Ich hatte kein Talent zum Verräter oder Verschwörer, aber ich habe mein Vaterland immer leidenschaftlich geliebt und mein Volk ebenso, und bis zum Ende habe ich versucht, alles Mögliche zu tun, um meinem Lande und Volke zu dienen und nützlich zu sein.»¹⁷ Hitler erinnerte in der Wolfsschanze 1942 daran, dass er hinsichtlich der Autarkie-Bestrebungen «noch soviel treiben» konnte, «wir sind nicht weitergekommen.

Anders geworden ist es mit dem Wirtschaftsministerium, seit Funk da ist». ¹⁸ Funk war der Mann Görings an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums und suchte dessen Rückendeckung. Nie hätte er ganz neue Sachen in Bewegung gesetzt, «ohne dass er gehorcht hätte, ob das genehm ist» (Kehrl), nie gegen Göring opponiert, nie wollte er ein grosser Akteur auf der wirtschaftspolitischen Bühne sein. Als Minister war Funk ein sehr vorsichtiger, vielleicht auch ängstlicher Mann, nicht entscheidungsfreudig, sicher ein guter Zuhörer seiner Beamten, vielleicht auch ihr Berater, aber keineswegs von dem Ehrgeiz besessen, das Ministerium ähnlich wie Schacht in seinen Griff zu bekommen. 1942 bekannte er unter vier Augen Hans Kehrl: «Hier, dieses Ministerium ist mir etwas unheimlich. Durch die Kriegswirtschaft sind wir rein fachlich viel weiter in die Wirtschaft eingedrungen und zum Handeln gezwungen, als das früher der Fall war. Da gibt es diese zahllosen Fachsparten, von denen ich meist wenig oder gar nichts weiss. Die Probleme sind mir nicht transparent. Ich habe meist das Gefühl, dass die Herren, die mir etwas vortragen, sehr viel mehr davon verstehen als ich. Warum soll ich sie also nicht gewähren lassen?» ¹⁹ Ebenso war es Funks Überzeugung, noch im Oktober 1941 zum Ausdruck gebracht, dass die letzte Aufgabe der Wirtschaft darin bestehe, «dem Volke die bestmöglichen Lebensbedingungen zu schaffen.»

Aus Preussisch-Litauen, einer melancholisch gemischten Einsamkeit von Wasser, Wald und Wiesen, stammte Hitlers fünfter, am längsten amtierender Reichswirtschaftsminister. ²⁰ Zur Beschäftigung mit Problemen der Wirtschaft kam er durch sein Studium bei Gustav von Schmöller und Max Sering in Berlin und den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Journalismus, für den er er sich beruflich entschieden hatte. 1920 wurde Funk Chefredakteur des Handelsteils der angesehenen «Berliner Börsenzeitung» und trat 1922 und 1923 durch scharfblickende Analysen der damaligen Wirtschaftszusammenhänge während der Inflationskrise hervor. Schon damals votierte er für die Diktatur: «Wenn die diktatorische Machtanwendung zweckmässiger erscheint, als die parlamentarische, wird eine Regierung, die sich selbst achtet und das Volk liebt, diktatorische Mittel gebrauchen müssen». Vor allem in seinen öffentlichen Reden während der zweiten Hälfte der 20er Jahre näherte er sich in seinen Gedankengängen der nationalsozialistischen Ideologie: «Mit Polen gibt es keine andere Lösung als einen Kampf auf Sein oder Nichtsein, wenn die Polen nicht anerkennen, dass eine aktive Kultur- und Wirtschaftspolitik im Osten die Exi-



Abb. 13: Dr. Walther Funk (vorn rechts), Reichswirtschaftsminister vom 7.2.1938 bis 30.4.1945, mit seiner Frau Luise Funk beim Staatsbesuch in Ankara im Oktober 1938. Freund Horst Walter oberhalb des Blumenstrausses.

stanzfrage für das deutsche Volk bedeutet» (18.12.1928). Funk verfügte über ein Netz von Beziehungen in Industrie und Verbänden, als er Ende 1930 aus der «Berliner Börsenzeitung» wegen seiner «homosexuellen Anlage» (Schacht) entfernt wurde. Kurz darauf trat er der NSDAP bei, um von Hitler als sein Wirtschaftsbeauftragter in die Reichsleitung berufen zu werden. Funk, geschätzt auch wegen seiner gewandten Feder, wurde erfolgreicher Mittelsmann zwischen Hitler und der Grosswirtschaft²¹, 1932 Reichstagsabgeordneter der NSDAP und 1933 erster Staatssekretär in Goebbels' Reichspropagandaministerium.

Wer Funk je persönlich kannte, wusste freilich nicht nur von dessen treuergebenem Vasallenverhältnis zu Hitler zu berichten, sondern entdeckte bald auch andere Eigenschaften, die sich rationaler Erklärung im Allgemeinen entzogen. Schon von seiner Jugend an fiel Funks aussergewöhnlich musikalische Begabung auf. Er war ein faszinierender Klaviervirtuose und errang auch in dieser Rolle Hitlers Bewunderung. Funks Gelüste zu sybaritischen Lebensfreuden, zu erkennen auch an seiner noch im Krieg sich ausdehnenden Leibesfülle, entsprach freilich nicht Hitlers Lebensstil. Und noch viel weniger hatte Funks Umwelt im allgemeinen Verständnis für dessen Neigung, dem Alkohol mehr zuzusprechen, als ihm bekömmlich war. Mit den Schilderungen von Funks alkoholischen Exzessen liesse sich leicht ein Buch füllen. Schon 1932 entdeckte Hitlers damaliger Vertrauter Otto Wa-

gener: «Ich erfuhr später, dass bei Funk solche Trunkenheitsanfälle häufiger seien und dass er als richtiger Quartalssäufer gelte». In einem parlamentarischen System und bei freier Presse hätte ein Funk wahrscheinlich nie die Chance gehabt, über sechs Jahre ein hohes Ministeramt zu bekleiden.

Zur Eröffnung der Frühjahrsmesse in Leipzig am 6. März 1938 hielt Funk seine erste programmatische Rede als Wirtschaftsminister und bezeichnete die Schuldenregulierung und den Kolonialanspruch als Schicksalfragen des deutschen Volkes. Ende März besprach er auf einer Dampferfahrt auf der Donau zwischen Linz und Wien mit Göring angeblich die wirtschaftliche Eingliederung Österreichs in das Reich. Erst im Mai machte Funk wieder in Deutschland von sich reden, sprach in Frankfurt auf dem Reichshandwerkertag, in Weimar vor HJ-Führern und in Berlin vor der Internationalen Handwerker Ausstellung. Nachdem er im Juni/Juli öffentlich zu aussenwirtschaftlichen Fragen Stellung genommen hatte, unternahm er im Herbst 1938 eine Südosteuropareise, in der Auslandspresse als politischer Handlungsreisender Adolf Hitlers verspottet. Am 7. Januar 1939 führte er Wirtschaftsverhandlungen in Rom, während am gleichen Tage in Berlin die mutige Denkschrift der Reichsbank, in der das Reichsbankdirektorium das Abstoppen der übermäßigen Rüstungsausgaben forderte, Hitler überreicht wurde.²³ Als die Öffentlichkeit von Schachts Entlassung als Reichsbankpräsident erfuhr, wurde sie sogleich darüber informiert, dass Hitler am 19. Januar 1939 Reichswirtschaftsminister Funk zum neuen Reichsbankpräsidenten ernannt habe. Ende März leitete Funk die erste Sitzung des Zentralaussschusses der ihres Direktoriums beraubten Reichsbank. Kein Monat verging eigentlich, in dem Funk nicht Schlagzeilen in der deutschen Presse machte und den Eindruck erweckte, als befinde sich die deutsche Wirtschafts- und Währungspolitik in den besten Händen. Über sein Privatleben drang nichts an die Öffentlichkeit.

Als Reichsbankpräsident bezog Funk ein Jahresgehalt von 60'000,- RM zuzüglich Dienstaufwandentschädigungen, etwas mehr also als sein Vorgänger. Die Bezüge als Reichswirtschaftsminister ruhten. Höchste Ansprüche stellte Funk (bzw. seine Frau) an seinen Amtswohnsitz als Reichswirtschaftsminister, seit 1939 eine Villa in Berlin-Wannsee (Am Sandwerder 17-19) – in bester Nachbarschaft neben dem Anwesen der Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink – vom Reich aus der Liquidationsmasse der Arnoldschen Vermögensverwaltung gekauft. Bis August 1939 musste das Reich 1,12 Mio. RM zusätzlich für Umbauten und kostspielige Einrichtun-

gen aufwenden. Weitere Ausgaben entstanden durch die Anlage eines Schwimmbeckens, eines Luftschutzbunkers u. ä. Funk verlangte u.a. die Anschaffung von allein 6 Büffets, 50 Stühlen und silbernen Bestecks für 60 Personen für den Speisesaal. In der Empfangshalle und im Wintergarten boten sich reichlich Polstermöbel an. Ein gediegen eingerichteter Musiksalon durfte nicht fehlen, auch nicht zwei wohltemperierte Keller jeweils für Rot- und Weissweine. Nachdem nun der Reichsfiskus bis 1941 über 1,5 Mio. RM in den Ministerwohnsitz investiert hatte, nahm Funk während der Krise des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1942 plötzlich eine recht ungewöhnliche Vermögenstransaktion vor. Er verkaufte seine Ministeramtswohnung für 470'000 RM an die Reichsbank²⁴, also ein Millionenobjekt, das bereits dem Reich gehörte wiederum an das Reich. Wahrscheinlich glaubte Funk damals, er könnte sein Ministeramt verlieren und besann sich, dass ihn Hitler am 2. August 1940 zum Reichsbankpräsidenten auf Lebenszeit, wenn auch mit der Massgabe ernannt hatte, dass er mit Erreichen des Lebensalters von 65 Jahren aus seinem Amt ausscheidet. Verlor er plötzlich sein Ministeramt, so bestand nun vorerst mit der Metamorphose der Ministervilla in ein Reichsbankpräsidentenheim nicht die Gefahr, dass ihm auch der Sitz am schönen Wannsee genommen wurde. Des Bergerhofs, eines grosszügigen Geschenks der deutschen Wirtschaft zu Funks 50. Geburtstag, war er ohnehin sicher. Später im Spandauer Zuchthaus sprach der weinerliche Funk gern von der Korruption im Dritten Reich, sich wohl ausnehmend, obwohl er bis 1945 stets befürchtete, dass Himmler Dossiers gegen ihn in der Schublade parat hatte. Ahnte er wirklich nicht, dass Korruption in Hitlers Vorstellung vom Zugriffsrecht der Machtausübenden auf materielle Güter gehörte?²⁵ Auch Funk hatte jedenfalls davon Gebrauch gemacht.

Zum neuen Staatssekretär des neuorganisierten Reichswirtschaftsministeriums wurde ein Mann ausersehen, der allein nach damaligem parteipolitischen Ermessen niemals hätte Staatssekretär werden dürfen: Rudolf Brinkmann (1893-1955). Dennoch, und obwohl weder in Brinkmanns Personalakten noch in der erfolgten Presseberichterstattung von herausragenden Leistungen zu lesen war, unterzeichnete Göring im Februar 1938 seine Ernennungsurkunde. Der aus dem Braunschweigischen stammende Bankier gehörte nicht der NSDAP, auch keiner ihrer Gliederungen an, war ein enger Vertrauter und Mitarbeiter Schachts, kam 1934 als sein Generalreferent ins Reichswirtschaftsministerium, verliess, ähnlich wie der Nazigegner

Ministerialdirektor Schniewind, von Schacht über seinen bevorstehenden Rückzug aus dem Reichswirtschaftsministerium informiert, Mitte 1937 das Reichswirtschaftsministerium und wurde Mitglied des Reichsbankdirektoriums. Man weiss nicht, weshalb Brinkmann von seinem Chef Schacht plötzlich gewissermassen zum Feinde überlief oder ob gar Schacht, dessen Wirtschaftsdenken auch ihn prägte, dazu seinen geheimen Segen gab. Auf jeden Fall brauchte man im Reichswirtschaftsministerium neben Funk einen mit den Verhältnissen im Ministerium gut vertrauten Mann, der sich überdies als ein hervorragender Sachkenner in komplizierten Aussenwirtschaftsproblemen ausgewiesen hatte. Brinkmann, ein hochintelligenter, von sich überzeugter Mann, war ideenreich, sogar zu theoretischer Reflexion fähig, kein üblicher Wirtschaftsbeamter, von grosser Arbeitskraft und persönlich ein witziges Original. «Der Minister wird von mir bestens bedient werden», bekannte er optimistisch Kehrl gegenüber.

Nach einem wegen des Krieges abgebrochenen Studium der Staatswissenschaften wurde Brinkmann Soldat, Feldartillerist. Als Gefreiter 1916 schwer verwundet, schickte man ihn nach Hause zurück. «Sie haben miteinander Krieg geführt und ihren Reichtum in eine furchtbare Maschinerie zur Vernichtung von Volk und Reichtum des anderen umgesetzt. Völker bluten zwar, aber sterben nicht. Reichtum ist nur zu schnell verpulvert, und es bedarf der Arbeit von Generationen, ihn wieder zu schaffen», schrieb Brinkmann Ende 1938.²⁷ Wären es Worte Schachts gewesen, hätten Eingeweichte sie richtig als Anklage gegen Hitlers Aufrüstung verstanden. Brinkmann trat in die Reichsbank ein, avancierte, wurde Vorstandsmitglied in Hamburg und rückte zum Direktor der Reichsbanknebenstelle in Aschaffenburg auf. Dort nahm er – aus Langeweile – an Abenden der Freimaurerloge «Schlaraffia» teil. Am 18. Mai 1938 unterzeichnete Brinkmann deshalb in Berlin eine Erklärung für die SS: «Man hat mich dann, als ich im Februar 1933 nach Berlin in den Vorstand der Deutschen Golddiscontbank gerufen wurde, bei meinem Abgang zum ‚Junker‘ der «Schlaraffia» gemacht. Eidesstattlich versicherte er, dass er in der «Schlaraffia» nichts gegen die Hitler-Bewegung getan oder gehört habe. Schon am 20. April 1938 war Brinkmann zum SS-Standartenführer ernannt worden, am 9. November 1938 folgte, fast turnusmässig, die Beförderung zum SS-Hauptsturmführer. Er sollte dauernd an die Leine der SS gelegt werden. Es gelang nicht.

In einer für damalige Verhältnisse glänzenden, zutreffenden Analyse des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft erklärte Brinkmann am 21. Oktober 1938 vor Unternehmern: «Und Sie werden mir weiter entgegenhalten, dass

sich im Schatten dieses staatlichen Vorgehens, das Sie Zwangswirtschaft nennen, unter den Augen desselben Staates das vollzieht, was er gerade verhindern will, nämlich ein Überwuchern der individuellen Initiative durch Verwaltungstätigkeit, eine Be-, vielleicht sogar eine Überbelastung der Wirtschaftsapparatur mit toten Kosten, die Beeinträchtigung einer nach dem Nominaleinkommen möglichen Lebenshaltung durch steigende Abgaben und monopolisierte Preise, ein noch Grösserwerden der Grossen und ein Sterben oder Schlafengehen unter den kleinen und mittleren Existenzen». ²⁸ Hier sprach ein kluger Kopf, der nie in die primitive Schablone des Nationalsozialismus passte. Er glaubte noch Ende 1938 nicht an den Zwang zur Kriegswirtschaft, sondern meinte, dass die Freiheitsbeschränkungen in der Wirtschaft fallen würden, «die Morgenröte der grösseren Freiheit erscheinen wird». Äusserte sich hierin schon ein bedenklicher mangelnder Realitätssinn? Die Konfrontation mit der rauhen Wirklichkeit konnte nicht ausbleiben.

Etwa mit der Entlassung Schachts Anfang 1939 – Funk wurde Reichsbankpräsident, Brinkmann sein Vizepräsident – wurde an Brinkmann ein sonderbarer Verhaltenswandel entdeckt; manisch-depressive und euphorische Phasen wechselten sich offenbar ab. Eine Aktennotiz vom 18. Februar 1939 bemerkte: «Bedauerlicherweise habe Herr Staatssekretär Brinkmann einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten und sei geistig verwirrt... Dieser Zustand der geistigen Verwirrung habe schon einige Wochen vor dem Ausbruch obgelegen». ²⁹ Sonderreferent Hans Kehrl entdeckte offenbar zuerst gefährliche Symptome. Auch um Hitler zu erheitern, erzählte Funk an dessen Tischrunde von den «Tollhausstücken» Brinkmanns. Im Hotel Bristol habe er Putzfrauen und Laufjungen zum festlichen Diner geladen und dann selber mit der Geige aufgespielt. Heringe wurden auf goldenen Tellern serviert. «Neulich stellte er sich vor dem Wirtschaftsministerium Unter den Linden auf, zog aus seiner Aktentasche ein grosses Paket neu gedruckter Geldscheine – die Scheine sind von mir signiert, wie Sie wissen – und verteilte sie an die Passanten: ‚Wer will von den neuen Funken haben?‘« Bald darauf rief Brinkmann die Beamten der Reichsbank zusammen. Wer älter als Fünfzig war, sollte sich auf der linken Seite aufstellen. Dann verkündete Brinkmann, dass alle auf der linken Seite sofort zu entlassen seien, und zwar mit doppelter Pension. Hitler trännten die Augen vor Lachen. ³⁰

Hans Kehrl berichtete auf 11 Seiten von seinen Aktionen, Brinkmann im März 1939 als Staatssekretär aus dem Verkehr zu ziehen. ³¹ Bereits am 13. Februar hatte Funk die Urlaubsvertretung für seinen Staatssekretär geregelt

und sah offenbar noch keinen Grund, sich von ihm trennen zu müssen. Am 20. März war dann Staatssekretär Landfried zum Vertreter Brinkmanns bestimmt worden. Seine Entlassung als Staatssekretär erhielt Brinkmann mit Wirkung vom 1. Mai 1939. Im Monat zuvor war der Staatssekretär, Reichsbankvizepräsident, SS-Oberführer und Preuss. Staatsrat Rudolf Brinkmann nachweislich in seinen Geburtsort Greene geflüchtet, wo er im Gasthaus «Zum goldenen Löwen» bei einem Jugendfreund drei von ihm selber reich möblierte Zimmer bewohnte.³² Nachdem er am 20. April – zu Hitlers Geburtstag – durch unbeherrschtes Verhalten aufgefallen war, wurde er seit Anfang Mai von der Staatspolizei überwacht. Dort, im Gasthaus «Zum goldenen Löwen» verlas am 5. Mai der hinzugezogene, Brinkmann behandelnde Professor Ewald von der Universitätsklinik Göttingen (kein Seelen-Schulze wie bei Kehrl) im Beisein von Gestapo-Beamten «die Erlasse über die Entlassung des Brinkmann aus seinen Ämtern, der Leiter der Staatspolizei das Schreiben des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei³³ und Professor Ewald sodann das Schreiben des Generalfeldmarschalls Göring. Die Erlasse und das Schreiben wurden Brinkmann ausgehändigt. Wider Erwarten nahm er dies verhältnismässig ruhig hin. Er fragte nur mit etwas erregter Stimme, aus welchem Grunde diese Anordnungen getroffen seien.» Ohne Widerstand zu leisten, liess er sich unter Polizeibewachung in eine geschlossene Anstalt in der Hertzschen Privatklinik in Bonn einliefern. Am 9. Mai wurde er verhaftet.

Eine Notiz aus dem Jahre 1943 bestätigte, dass Brinkmann noch krank sei. Krank? Der Eindruck drängt sich auf, dass er seine plötzliche steile Karriere bewusst selber verkürzt hatte, dass er aus der Existenz, die man ihm auf erlegt hatte, wieder ausbrechen wollte. Im Ministerium hatte er den Weg in sein Dienstzimmer zur «Einbahnstrasse» erklärt. Er wollte aus dieser «Einbahnstrasse» heraus, nicht weil er die Stufe seiner Inkompetenz erklimmen hatte, sondern weil er spätestens mit der Entlassung Schachts das politische Geschehen um sich herum schärfer und sich in einer Konfliktsituation sah. Er suchte ihr zu entinnen, schlüpfte in ekstatische Rollen und lebte in einem Zustand furchtbaren Energieverschleisses. Die ausgebrochene Manie steigerte noch seine Flegeleien, zoologischen Kraftausdrücke und Unflätigkeiten, mit denen er um sich zu werfen pflegte. Schachts Abgang von der politischen Bühne aber war einem Brinkmann verwehrt.

«Als ich nicht mehr Minister war, wurde ich zum Minister ernannt; als ich um meine Entlassung bat, wurde ich zurückgehalten, und als ich blei-

ben wollte, wurde ich abgesetzt», soll Schacht Journalisten nach seiner Entlassung als Reichsbankpräsident 1939 gesagt haben. Erblieb Reichsminister ohne Portefeuille bis zu seiner Verabschiedung aus diesem funktionslosen Amt im Januar 1943. Reichskanzlei-Chef Lammers teilte mit Schreiben vom 23. Januar 1943 dem Reichsführer SS Himmler den Vollzug mit: «Die Urkunde ist Reichsminister Dr. Schacht ausgehändigt worden. Das Schreiben, durch das ich Dr. Schacht die Urkunde übersandt habe, übersende ich Ihnen anbei mit der Bitte um Kenntnisnahme und dem Bemerken, dass das Wort ‚zunächst‘ auf ausdrücklichen Wunsch des Führers eingefügt worden ist.»

3. Vom Aussenhandel zur Grossraumwirtschaft

Hitlers Aktionsentschlossenheit kam in einer geheimen Besprechung vor engstem Kreis in der Reichskanzlei am 5. November 1937 zum Ausdruck.³⁴ Wenn man als Ziel der deutschen Politik, so leitete er seine Ausführungen ein, Erhaltung und Vermehrung der Volksmasse ansehe, dann stosse man augenblicklich auf «das Problem des Raumes». Auf dem eingeschlagenen Wege der Autarkie oder «einer gesteigerten Beteiligung an der Weltwirtschaft» sei jedoch «eine zukunftsreiche Lösung der deutschen Frage» nicht zu erwarten. Im Bereich der Rohstoffe würde es nur eine «bedingte» Autarkie geben und auf «dem Gebiet der Lebensmittel sei die Frage der Autarkie mit einem glatten ‚nein‘ zu beantworten.» Es komme daher darauf an, «landwirtschaftlich nutzbaren Raum» und Rohstoff gebiete «im unmittelbaren Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen». Bei der Lösung dieser Raumfrage müsse in jedem Falle die Niederwerfung Österreichs und der Tschechoslowakei am Anfang stehen, betonte er und liess keinen Zweifel, dass er entschlossen sei, schon 1938 loszuschlagen. Mit wirtschaftlichen Argumenten rechtfertigte Hitler seine Expansionspolitik und mit ihr wiederum den Primat der Politik über die Wirtschaft.

Der deutsche Einmarsch in Österreich am 12. März 1938, als «Blumenkrieg» beschrieben, bildete den ersten Schritt, einen grossdeutschen Wirtschaftsraum herzustellen und die deutsche kriegswirtschaftliche Basis zu verbreitern. Hitlers Wirtschaftsbeauftragter Wilhelm Keppler, auf sein neues Amt schon seit 1937 vorbereitet, wurde zum «Reichsbeauftragten für Österreich» ernannt und beteiligte in Fragen des österreichischen «Wirtschaftsanschlusses» an das «Altreich» Mitarbeiter und die entsprechenden

Ressorts des Reichswirtschaftsministeriums.³⁵ Ende März 1938 entstanden in den Hauptabteilungen des Ministeriums für Fragen der «Rückgliederung des Landes Österreich» zuständige «Sonderreferate für die österreichische Wirtschaftsangleichung».³⁶ Zur Ankurbelung der österreichischen Industrie, ein willkommener Adressat für deutsche Auftrags Verlagerungen, erging am 9. April 1938 das «Gesetz zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Lande Österreich»,³⁷ das Fördergarantien bis zu 150 Mio. RM in Aussicht stellte (davon 30 Mio. im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums). Wenn man andererseits an 'die Rohstoff-, Gold- und Devisenvorräte Österreichs denkt, kam die Alpenrepublik keineswegs mit leeren Händen an das Reich. Ein unkontrollierter Warenabfluss ins Reich musste so gleich unterbunden werden. Um zu verhindern, dass deutsche Importe den österreichischen Markt überschwemmen, erliess Reichswirtschaftsminister Funk im September 1938 eine Marktschutzverordnung für die österreichische Wirtschaft³⁸, deren Lockerung seit Ende Oktober bezeichnenderweise dann möglich war, wenn «zwischen den altreichsdeutschen Organisationen und dem zuständigen österreichischen Verband Einvernehmen über die vollständige oder teilweise Aufhebung bestimmter Gebietsschutzmassnahmen» bestand. Auch in Österreich stützte sich die wirtschaftliche Gleichschaltung auf die Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Der Bund der Österreichischen Industriellen und seine Unterverbände mussten bis März 1939 liquidiert werden.

Schon während der in der Presse erwähnten Dampferfahrt Görings und Funks am 25. März 1938 auf der blauen Donau nach Wien verhandelte Göring um die noch im gleichen Jahr vollzogene Eingliederung der Österreichischen Alpinen Montangesellschaft in die Reichswerke Hermann Göring.³⁹ Vielfach wurden Massnahmen der wirtschaftlichen Anpassung und Verflechtung rascher vorgenommen als die endgültige Etablierung der neuen politischen Ordnung. Als der Versicherungsreferent des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. Matthes, Ende März 1938 ins österreichische Finanzministerium, das ehemalige Palais des Prinzen Eugen, mit dem Auftrag kam, den durch Millionenverluste angeschlagenen Wiener «Phoenix», eine weltweit arbeitende Lebensversicherung, zu sanieren und die österreichische Versicherungswirtschaft in das Reich zu integrieren, fand er alle Unterlagen für seine Mission wohlgeordnet vor: «Eine so vollkommene Verwaltung habe ich sonst nicht wieder erlebt.» Im April, noch rechtzeitig vor der Volksabstimmung in Österreich, wurde der «Phoenix» mit einem

Zuschlag von ½ % auf die Prämien der deutschen Lebensversicherer «wieder auf die Beine gestellt.»⁴⁰ Auf österreichischer Seite führte damals Sektionschef Dr. Ludwig Klucki die Verhandlungen. 1940-1943 war er Hauptabteilungsleiter (V) im Reichswirtschaftsministerium.

Auch bezüglich der schwierigen «Überleitung» der von Österreich mit dritten Staaten abgeschlossenen wirtschaftlichen und finanziellen Verträge, Abkommen und Vereinbarungen setzte man auf deutsch-österreichische Kooperation und war im März 1938 im Handelspolitischen Ausschuss einig, dass die Verhandlungen mit den betreffenden Ländern «unter Zuziehung österreichischer Vertreter vorbereitet und geführt werden». Als prekäres internationales Politikum erwies sich besonders die provozierende Ablehnung der Reichsregierung, irgendeine rechtliche Verpflichtung für die österreichische Auslandsverschuldung zu übernehmen. Von Staatssekretär Brinkmann deshalb in London geführte Verhandlungen liefen sich zunächst fest, mündeten aber schliesslich in zwei am 1. Juli 1938 unterzeichnete beiderseitige Kompromiss-Abkommen, in ein deutsch-englisches die österreichischen Anleihen einbeziehendes Transferabkommen und ein Zahlungsabkommen. Der britische Unterstaatssekretär Hudson und weite Kreise des Aussenamtes beurteilten die Juli-Vereinbarungen als «Sieg der Vernunft und der vernünftigen Geister in Deutschland» und hofften damit, die «Friedenspartei» in Kreisen der Reichsbank, des Reichsfinanzministeriums, des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums zu stärken, die «nicht mit dem Gedanken der ökonomischen Autarkie verheiratet sind und immer noch glauben, Deutschlands wirkliches Interesse liege in der Rückkehr zu einem System des freien internationalen Handels».⁴¹

Schachts Bemühungen um die deutsche Aussenwirtschaft trugen durch die gelungene Erhöhung der Aussenhandelsumsätze besonders während des ersten Halbjahres 1937 ihre sichtbaren Früchte.⁴² Sie sind unter der Gunst einer kurzen Konjunkturphase auf dem Weltmarkt gestiegen, mussten aber für einen hohen Einsatz von Fördermitteln (durchschnittlicher Verlustausgleich im März 32,0%) teuer erkaufte werden.

1938 sank trotz aller Gegensteuerung die Ausfuhr um über eine halbe Mrd. RM (Altreich), so dass die Handelsbilanz wieder ins Negative umschlug und die Devisenschwierigkeiten sich verstärkten. Verschiedene Faktoren, aussen- und binnenwirtschaftliche, hatten ausfuhrhemmend gewirkt.⁴³ Ein erneuter Rückschlag in der Weltkonjunktur und die verminderte Kaufkraft von Rohstoff- und Agrarländern drückten weltweit das Auslandsgeschäft. Hausgemachte Probleme traten erschwerend hinzu: der

<i>Deutscher Aussenhandel (Warenverkehr) in Mio. RM</i>			
Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsbilanz
1930	10393	12036	+ 1643
1933	4204	4871	+ 667
1935	4158	4269	+ 111
1936	4218	4770	+ 552
1937	5468	5785 ¹	+ 317
1938 ²	6052	5620	- 432
1939 ³	5207	5630	+ 446

1 Ohne Silber.
2 Mit Österreich; Altreich 5449: 5257.
3 Mit Österreich, Sudetenland und Protektorat.

immer wieder beklagte mangelnde Exportwille der deutschen Industrie, die das «ertragssichere Inland» bevorzugte, die Überbelegung der «Kapazität vieler Industriezweige (z.B. Maschinenbau, Elektroindustrie, Schiffbau) durch dringliche öffentliche Aufträge» (Aufrüstung), die geübte Zurückhaltung beim Rüstungsexport, lange Lieferfristen und Schwierigkeiten bei der Gestellung von Verkehrsmitteln (beispielsweise bei der «Durchführung der Sicherungsmassnahmen an der Westgrenze» im Juli 1938). Etwa mit dem «Anschluss» Österreichs flammten internationale Boykottbewegungen gegen deutsche Waren wieder auf, versteiften sich im Juni 1938 wegen des «Abbaus» jüdischer Auslandsvertreter deutscher Firmen und hatten bei einzelnen Industriezweigen schwere Exportausfälle zur Folge.

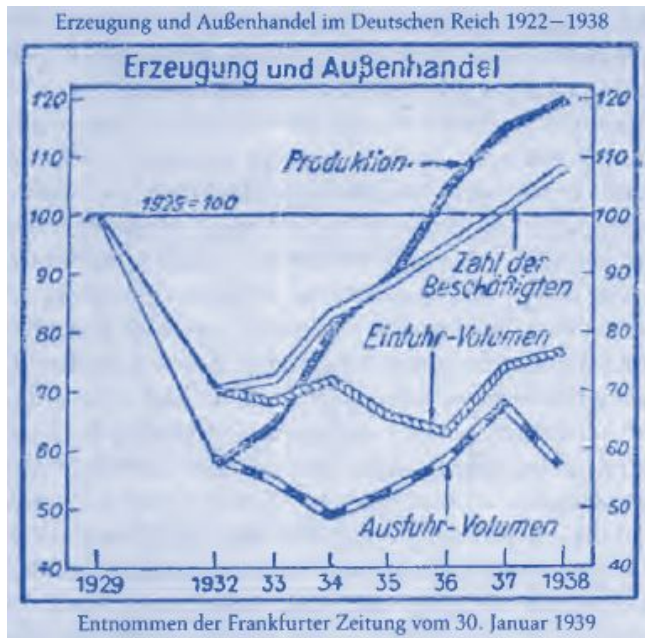
Wiederholt waren das Reichswirtschaftsministerium und die Reichsstelle für Aussenhandel von politischer Seite seit 1935 vergeblich gedrängt worden, die «Entjudung» der Auslandsvertreter deutscher Firmen zu betreiben. Im Frühjahr 1937 unternahm das Aussenhandelsamt der Auslandsorganisation der NSDAP einen erneuten Vorstoss und erwartete, dass auf deutsche Firmen, bei denen die Entjudung ihrer Vertreter «auf Gleichgültigkeit oder gar Böswilligkeit» stossen würde, die Gestapo angesetzt werde. Die nicht auf Eile bedachte Reichsstelle für Aussenhandel schützte 1938 den grossen Arbeitsaufwand zur Erfassung von etwa 150'000 Vertretern deutscher Firmen im Ausland bei 150'000 bis 200'000 Exportfirmen vor und berichtete am 22. November 1938, «dass die Aufgabe – systematisch gesehen – ihrer Lösung bereits sehr nahe ist ...» Eine endgültige Eliminierung jüdischer Auslandsvertreter strebte zum damaligen Zeitpunkt weder

die Reichsstelle noch die an den Argumenten der Schachtschen Judenpolitik festhaltende Exportabteilung des Reichswirtschaftsministeriums an. Sie setzte sich 1938 dafür ein, «dass jüdische Auslandsvertreter vorläufig in solchen Fällen beibehalten werden können, in denen geeignete und eingeführte arische Vertreter nicht zur Verfügung stehen und der Abbau jüdischer Vertreter die Wahrnehmung von Ausfuhrmöglichkeiten erheblich beeinträchtigen oder gar unterbinden würde». Die gleiche Position vertrat Ministerialdirigent Schlotterer noch am 11. März 1939 im Handelspolitischen Ausschuss.

Spätestens im September 1938 stand das deutsche Exportgeschäft unter dem zusätzlichen Druck der von der Sudetenkrise hervorgerufenen politischen Spannungen. In Boykottstaaten wurden von Käufern sudetendeutsche Erzeugnisse plötzlich bevorzugt. Der von Staatssekretär Brinkmann unterzeichnete, an die Industrie gerichtete Erlass vom 5. September 1938: «Ich muss von der deutschen Industrie verlangen, dass sie trotz der grossen Ansprüche des Inlandsmarktes ihre volle Aufmerksamkeit dem Exportgeschäft zuwendet und keine Gelegenheit zur Steigerung der Ausfuhr versäumt», konnte das weitere Absinken der deutschen Ausfuhr nicht abbremsen. Im November 1938 ordnete der Reichswirtschaftsminister an, «dass am Export künftig der unbedingte Vorrang gegenüber allen inländischen Aufträgen, einschliesslich der öffentlichen Aufträge, einzuräumen» sei. Nach der international alarmierenden «Reichskristallnacht» vom 9. November 1938, neuer Höhepunkt antisemitischer Ausschreitungen, nahmen die Boykottaktionen gegen deutsche Exportgüter ein Ausmass an, «das nach den zahlreichen Meldungen deutscher Firmen und Vertretungen im Ausland mit den früher festgestellten Boykottmassnahmen des Auslands kaum zu vergleichen ist». Im Frühjahr 1939 begannen die Boykottwirkungen langsam abzuklingen.

Kommerzielle Hoffnungen der britischen Geschäftswelt hatten die Appeasement-Politik des britischen Premiers Chamberlain gegenüber Hitler in München gestützt, wurden aber im Winter 1938/39 durch Hitlers herausforderndes Auftreten und die antisemitischen Exzesse zerstört. Dennoch erhielt sich britische Gesprächsbereitschaft, um mit Berlin «über Marktanteile zu freundschaftlichen Vereinbarungen zu kommen»,⁴⁴ und sah sich durch Hitlers Bekenntnis zum radikalen Exportwillen bestätigt. In seiner Reichstagsrede am 30. Januar 1939 erhob er den Export, um Ernährung und Rohstoffe «sicherzustellen», zu einer nationalen Aufgabe ersten Ranges neben der verstärkten Eihirchführung des Vierjahresplans.⁴⁵ Obwohl sich wertmässig die deutsche Einfuhr gegenüber 1933 erhöht hatte, war die Ein-

fuhrquote an der enorm gesteigerten Inlandsproduktion gegenüber 1933 stark gefallen. Zur Deckung des rohstoffwirtschaftlichen Fehlbedarfs der deutschen Volkswirtschaft aus sicheren Bezugsquellen wurde eine deutsche Exportoffensive unerlässlich. Wenngleich am deutschen Exportvolumen nicht abzulesen, war sie, alsbald auch publizistisch unterstützt, bereits wenige Monate nach dem «Anschluss» Österreichs in Richtung Südosteuropa



Anmerkung: Dem Einfuhr- und Ausfuhrvolumen liegen die Berechnungen des Statistischen Reichsamts zugrunde, die die Aussenhandelsmengen mit den Durchschnittswerten des Jahres 1928 bewerten.

angelaufen.⁴⁶ Wien sollte nach Funks Vorstellungen hierfür Sammel- und Ausgangspunkt sein.⁴⁷ Südosteuropa, von London bereits als eine Art deutsches «Commonwealth» angesehen, galt der Handelsdiplomatie Funks im Sommer 1938 als Reiseziel. Aus der Sicht der Exportabteilung des Reichswirtschaftsministeriums hat das Münchener Abkommen «eine neue Periode für die deutsche handelspolitische Arbeit mit dem europäischen Südosten eröffnet.» Mit diesem Ereignis «sei der seit Beendigung des Weltkrieges geführte Kampf der europäischen Grossmächte um die wirtschaftliche Vormachtstellung im Südosten eindeutig zugunsten Deutschlands und Italiens abgeschlossen worden. «

Wenn auch nicht unmittelbaren rüstungswirtschaftlichen Gewinn, so brach-

te die Eingliederung der Sudetengebiete dem Deutschen Reich auf mittlere Sicht doch nicht unerhebliche wirtschaftliche Vorteile. Die rasche wirtschaftliche Angleichung, im Auftrage des Reichswirtschaftsministers von Hans Kehrl betrieben, erfolgte seit Oktober 1938 nach dem zuvor in Österreich erprobten Modellfall.⁴⁸ Sonderbeauftragte stellten sogleich Erhebungen über die Betriebe an. Bereits Ende Oktober 1938 sah sich Staatssekretär Brinkmann, wegen der überwiegend tschechischen und jüdischen Leitung der Werke des Vereins für Chemische und Metallurgische Produktion in Aussig veranlasst, obwohl Prag der Sitz der Generaldirektion und der Solvay-Konzern Aktionär war, für die Werke Aussig und Falkenau im Sudetengebiet «eine kommissarische Leitung» zu bestellen. Vorausgegangen war eine Intervention der I.G. Farbenindustrie und der Chemischen Fabrik von Heyden im Reichswirtschaftsministerium vom 21. Oktober 1938, denen es aus verschiedenen Gründen unerlässlich erschien, «die im sudeten-deutschen Gebiet liegenden Fabriken von dem Aussig-Prager Konzern abzutrennen und in rein deutschen Besitz und Verwaltung überzuführen».⁴⁹ Im November begannen in Prag die Verhandlungen um den Erwerb der beiden Fabriken durch I.G. Farben und Heyden. Im gleichen Monat stimmte das Reichswirtschaftsministerium dem «Ausbauplan Sudetenland» der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau zu. Auf sudetendeutscher Braunkohle sollten Vierjahresplan-Werke mit einem Bedarf von 7,1 Mio. Jahrestonnen basieren. Eine Steigerung der Braunkohlenförderung des Sudetenlandes von 16,7 Mio. t auf etwa 30 Mio. t bis 1943 wurde als realistisch angesehen.⁵⁰ Hans Kehrl erhielt den Auftrag, den gesamten sudeten-deutschen Braunkohlenbesitz beschleunigt aufzukaufen. Wiederum eilte der Zugriff auf die wirtschaftlichen Ressourcen der Institutionalisierung der neuen politischen Ordnung voraus. Ausser der «Vergrößerung des Grossdeutschen Wirtschaftsraumes» bedeutete die Angliederung des Sudetenlandes ein weiteres wichtiges Faustpfand, um der deutschen Politik den Zugang zum Südostrum zu sichern und zu verbreitern.

Nach dem «Anschluss» Österreichs und des Sudetenlandes eröffneten sich der deutschen Handelspolitik von ihr bis dahin nicht erhoffte Chancen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas (Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Griechenland). Aus der Perspektive der Exportabteilung des Reichswirtschaftsministeriums schienen um die Jahreswende 1937 /38 «die Möglichkeiten einer Intensivierung des seit 1933 vergrößerten planmässigen Handels mit Südosteuropa im Allgemeinen erschöpft zu sein. Sowohl Jugoslawien wie Rumänien zeigten sich

einer noch stärkeren wirtschaftlichen Anlehnung an Deutschland abgeneigt.» Damals belief sich der deutsche Anteil am Aussenhandel dieser Länder auf 20 bis 30 v. H. Erst Deutschlands Präsenz am Tor nach Südosteuropa bot Handhaben, den vertraglichen Rahmen des Handelsaustausches weiter auszudehnen und die Handelsbeziehungen mehr und mehr zu einer Art Wirtschaftsbindnis auszubauen. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es, schon 1938 unter Hinweis auf die politisch-territoriale Vergrösserung des Deutschen Reiches den deutschen Anteil am Aussenhandel Rumäniens und Jugoslawiens auf 35-40 v. H. anzuheben.⁵¹ Um den deutschen Export in die Agrar- und Rohstoffländer Südosteuropas zu steigern, kam es neben dem vermehrten Export bereits vorhandener Erzeugnisse sehr darauf an, «die Ausfuhr dieser Länder nach Deutschland zu diversifizieren und auf diese Weise zu erhöhen.»⁵² Hierbei gab es durchaus nicht wenige positive Ansätze einer Entwicklungspolitik im modernen Sinne. Die schon erwähnte Ausdehnung des Anbaus der wertvollen Sojabohnen in Rumänien und Bulgarien zählte hierzu. Eine engagierte deutsche Züchterin, Lene Müller, hatte die Sojasamen aus der Mandschurei, bis in die 30er Jahre wichtigster deutscher Sojalieferant, geholt und die Pflanze mit Erfolg züchterisch den Wachstumsbedingungen in Südosteuropa angepasst. Auch der deutscherseits geförderte Anbau von Öl- und Faserpflanzen in Balkanländern verbreiterte deren Exportmöglichkeiten. Mit zunehmender Industrialisierung und Technisierung wuchsen in den Agrarländern die Bedürfnisse sowie die Kapitalkraft, um den gewachsenen Einfuhrbedarf bezahlen zu können. «Exportsteigerung durch Einschaltung in die Industrialisierung der Welt», lautete der Titel einer Schrift des damals einflussreichen Max Ilgner.^{52a} Gelieferte deutsche Investitionsgüter verhalfen Südosteuropa zu wichtigen Industrialisierungsansätzen.

Das Ende März 1939 abgeschlossene deutsch-rumänische Wirtschaftsabkommen, über das seit Februar Ministerialdirektor Wohlthat in Bukarest verhandelt hatte, galt als «Vorbild einer modernen Regelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zweier Staaten innerhalb des Grosswirtschaftsraums».⁵³ Vereinbart war eine Ausdehnung der rumänischen Produktion unter deutscher Kapitalbeteiligung. Im Mai 1939 vom deutschen Gesandten in Bukarest darauf angesprochen, ob Rumänien im Falle seiner Neutralität Deutschland auch mit Mineralöl und Weizen beliefern würde, erwiderte König Carol: «Wir werden dies tun gemäss den bestehenden Verträgen. Aber selbstverständlich müssten auch wir [Deutschland] Wirtschaftsvertrag halten. Wenn wir Rumänien mit den Rüstungslieferungen

jetzt im Stich liessen, so müsse er sich wo anders her eindecken, und das werde gesamte Basis Wirtschaftsabkommens verschieben, das seine Regierung loyal durchführen wolle».⁵⁴ Fast ein halbes Jahr dauerten 1939 die Verhandlungen zwischen Deutschland und Jugoslawien um ein Geheimes Protokoll, in dem kreditierte deutsche Waffenlieferungen gegen zusätzliche jugoslawische Rohstoff- und Holzlieferungen vereinbart wurden. In Bulgarien beteiligten sich deutsche Firmen seit 1938 an der Erschliessung von Blei- und Zinkerzgruben. Die griechische Regierung stimmte im November 1939 der Aufschliessung von Erzgruben durch Krupp-Investitionen zu, sofern diese später über Erzexporte abgedeckt würden. Für Ungarn, das Anfang 1939 weitere Anpassungen an die Bedürfnisse des deutschen Marktes vereinbarte, war das Deutsche Reich seit 1938 unangefochten und in weitem Abstand der wichtigste Handelspartner.⁵⁵

Als ein interessantes und zukunftsreiches Gebiet, dessen Bedeutung noch steige, wenn die Verkehrsverbindungen mit dem Deutschen Reich stärker ausgebaut sein würden, sah die deutsche Handelspolitik die Länder des Nahen Ostens, die Türkei, den Iran und Irak sowie Afghanistan an. Der deutsche «Drang nach Südosten» auf der Linie «Berlin-Bagdad» rief in London allerdings unheilvolle Erinnerungen an die Zeit vor 1914 wach. Der britische Warenkredit von 12 Mio. £ Stg an die Türkei war nur eine britische Massnahme, um der deutschen Handelsexpansion entgegenzuwirken.⁵⁶ Von etwa 15 v. H. im Jahr 1930 ist der deutsche Anteil am türkischen Import bis 1938 auf nahezu 47 v. H. gestiegen. Im Wettlauf mit England erklärte sich Reichswirtschaftsminister Funk bei seinem Besuch in Ankara Anfang Oktober 1938 bereit, der Türkei einen Kredit bis zur Höhe von 150 Mio. RM auf zehn Jahre zu gewähren. Auch dieser Kredit, durch Abkommen vom Januar 1939 vereinbart, sollte in erster Linie zum Kauf von Investitionsgütern in Deutschland für den Ausbau von türkischen Industrieanlagen und Bergwerken (Chromerzen) dienen, da die traditionelle türkische Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf Schwierigkeiten stiess.⁵⁷ Der Reichtum der Türkei an «zum Teil einzigartigen mineralischen Rohstoffen», die einer systematischen Verwertung zugeführt werden sollten, wie deutsche Erkundungsberichte der 30er Jahre wiederholt unterstrichen, machte die Türkei zu einem umworbenen Handelspartner. Auf die wechselseitigen Bedürfnisse waren auch die mit dem Iran und mit Afghanistan geschlossenen Verträge und Abkommen der 30er Jahre zugeschnitten,⁵⁸ ohne dass Schwierigkeiten bei der Exportsteigerung beider Agrarlän-

der auszuschliessen waren. Auch im Gewände des Bilateralismus liess sich durchaus positive Entwicklungspolitik realisieren.

Als einzige NS-Dienststelle versuchte das Aussenpolitische Amt der NSDAP unter Alfred Rosenberg auf die von Delegierten des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums geführten Regierungsverhandlungen mit der Türkei, dem Iran, mit Afghanistan und arabischen Staaten Einfluss zu nehmen, ohne durch Vertreter an den Verhandlungen beteiligt gewesen zu sein. Es war Rosenbergs auch an Hitler herangetragene Absicht, die Anrainerstaaten der Sowjetunion wirtschaftlich und militärisch zu stärken, ihre Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion zu stabilisieren, um zu verhindern, dass sie ins «russische Fahrwasser» abgleiten würden. «Da diese Linie unseren Absichten entsprach», schrieb rückblickend Ministerialdirektor Ter-Nedden, «ergaben sich in unserer Zusammenarbeit keine Komplikationen».⁵⁹ Massiver als Rosenberg suchte ansonsten die Auslandsorganisation der NSDAP, sich auf den Schutz der Interessen auslandsdeutscher Minderheiten berufend, sich in der Aussenhandelspolitik Geltung zu verschaffen. Im April 1938 konzidierte Funk die Errichtung einer «Dienststelle AO im RWM» innerhalb der Hauptabteilung V seines Ministeriums und gestattete die Teilnahme von Referenten des Aussenhandelsamtes der AO an Besprechungen über Handelsfragen. Erörterungen mit den deutschen Verhandlungsdelegationen im Ausland zu führen, war den Vertretern der AO ebenfalls zugestanden worden, ihre Teilnahme an den Verhandlungen mit den ausländischen Delegationen aber schloss der interministerielle Handelspolitische Ausschuss im Juli ausdrücklich aus.

Politischen Einflüssen unterlag mehr und weniger alle Aussenhandelspolitik. Sie machten sich besonders geltend bei marktconträren Eingriffen, bei gewährten «politischen Krediten», bei den von der Politik zu verantwortenden Rüstungsgeschäften oder bei Transaktionen am Rande der Legalität. Ende 1938 bot das iranische Aussenministerium beispielsweise für die Lieferung von Artillerie und 20 Bombenflugzeugen das ungewöhnliche Äquivalent von 600 t Opium an, die sich aufgrund der Genfer Konventionsbestimmungen in Europa gar nicht unterbringen liessen. Auch zeigten sich Exportfirmen der Versuchung gegenüber nicht immun, zum Beispiel über Kompensationsgeschäfte sich eine Quasimonopolstellung im zwischenstaatlichen Handel zu verschaffen. Auf dem iranischen Markt hatte die Ferrostaal AG, Exportfirma der Gutehoffnungshütte Oberhausen, bis 1938/39 eine solche Position inne, die mit dem neu geschlossenen deutsch-

iranischen Waren- und Verrechnungsabkommen⁶⁰ beseitigt wurde. In einer Besprechung mit Ministerialdirektor von Jagwitz forderte 1938 der industriefreundliche Staatssekretär Brinkmann die Vorlage einer Globalgenehmigung für die Firma Otto Wolff für das gesamte Rumäniengeschäft an. Da diese auf die Gewährung einer wettbewerbswirtschaftlich nicht zu verantwortenden Monopolstellung hinauslief, erhoben der zuständige Abteilungsleiter und Länderreferent schwere Bedenken, wurden aber durch formelle Weisung von Jagwitz veranlasst, einen Genehmigungsentwurf auszuarbeiten. Da Abteilungsleiter und Referent eine solche Genehmigung ablehnten, gebrauchten sie das «Ritual» bürokratischer Widersetzlichkeit. Ein paraphenloser Genehmigungsentwurf landete auf dem Schreibtisch des Ministerialdirektors. Unsicher geworden und etwas ratlos fragte von Jagwitz, wie er verfahren solle. Mit leichtem Lächeln riet ihm Ministerialdirigent Landwehr, ein die gute Tradition des Ministeriums verkörpernder Beamter, sein Stück Papier von seinem Tischkalender abzureissen und darauf zu schreiben: Herrn Staatssekretär Brinkmann weisungsgemäss vorgelegt ... Zögernd wurde der Rat befolgt und die Genehmigung nie erteilt.⁶¹

Der Erste Weltkrieg hatte die Rivalitäten zwischen den beiden deutschen Kanonenschmiedern, zwischen Krupp in Essen und Rheinmetall in Düsseldorf nicht begraben. Vom brasilianischen Kriegsministerium Mitte Dezember 1937 neben Ansaldo, Bofors und Schneider-Creusot aufgefordert, binnen Monatsfrist ein versiegeltes Angebot auf Lieferung von mehreren hundert Gebirgsgeschützen, Fliegerabwehrkanonen, Panzerabwehrgeschützen usw. einzureichen, flammte erneut der «Bruderkrieg» zwischen den beiden Firmen auf. Was unter britischen Industriellen längst üblich war, nämlich ausländischen Nachfragern nur ein Angebot zu unterbreiten, liess sich bei der deutschen Industrie nur schwer verwirklichen. Erst mit «dem sanften Druck» des Staates, verkörpert in diesem Falle durch den weltgewandten Botschafter Ritter, wurden Essen und Düsseldorf zur Zusammenarbeit veranlasst, Rheinmetall die Beteiligung an den Lieferungen im Verhältnis 1:1 zugesichert und zum Verzicht auf ein Angebot in Rio gezwungen. Ungeachtet dieses Beispiels musste das Reichswirtschaftsministerium im Jahr darauf den ebenfalls auf brasilianischem Boden ausgetragenen «Bruderkrieg» zwischen Siemens-Schuckert und der AEG in ähnlicher Weise schlichten.⁶² Mit 25% der Einfuhr Brasiliens war Deutschland 1938 zum wichtigsten Lieferanten der südamerikanischen Kaffeerepublik aufgestie-

gen und rief Gegenaktionen vor allem von Washington hervor. Insgesamt ging die deutsche Ausfuhr nach Lateinamerika schon 1938 um rund 4% gegenüber dem Vorjahr zurück und wurde in Berlin vor allem mit der durch starke Verschuldung verminderten Kaufkraft der lateinamerikanischen Länder in Verbindung gebracht. Die USA wollten nicht von Hitler-Deutschland kaufen, waren Gegner des Bilateralismus, wurden schockiert von den Nachrichten über die Judenpogrome in Deutschland und warteten vergebens auf eine Lösung des Problems der hohen deutschen Auslandsverschuldung (in den USA etwa 1,5 Mrd. RM, insgesamt 8-9 Mrd. RM). Unter den deutschen privaten Schuldner waren besonders Siemens, Osram, die AEG, die Vereinigten Stahlwerke und Krupp von Prozessen mit Anleihegläubigern im Ausland betroffen. Auf den vom Reichswirtschaftsministerium zur Berücksichtigung im Zusatzausfuhrverfahren aufgestellten Länderranglisten fanden sich nicht die USA. Im Juli 1939 war sich der Handelspolitische Ausschuss einig, dass «eine allgemeine Regelung unserer Handelsbeziehungen mit Amerika nicht in Frage kommen kann». Nur mit Behelfsmassnahmen wurde der Handel mit den USA notdürftig am Leben erhalten und sogar geringfügig gesteigert. Wichtiger erschienen Reichsbank und Reichswirtschaftsministerium, da Rückgriffe auf deutsche Vermögenswerte in den USA befürchtet wurden, «die eingeleitete Aktion zum Abbau der deutschen Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten» zu beschleunigen. In einer Besprechung in der Reichsbank im Dezember 1939 wurde auch daran erinnert, dass das Reichswirtschaftsministerium «vor Ausbruch dieses Krieges vielen Firmen mit Erfolg geholfen habe, Tarnungen ihrer Vermögensanlagen im Ausland vorzunehmen, um sie vor dem Zugriff der Feindmächte zu schützen».⁶³

«Neben einer steigenden Clearing-Verschuldung bei der Deutschen Verrechnungskasse», so der handelspolitische Lagebericht für 1938, «reichte auch das Bardevisenaufkommen trotz ausserordentlicher Einschränkung bei der Verteilung nicht aus, um die dringendsten laufenden Anforderungen zu erfüllen, obwohl aus den noch vorhandenen Devisenreserven laufend zusätzliche Beträge eingesetzt werden». 600 Mio. RM österreichisches Gold bildeten einen erheblichen Aktivposten in der deutschen Zahlungsbilanz 1938. Allein eine Ausfuhrsteigerung nach Ländern mit Zahlungs- oder Verrechnungsabkommen genügte demnach nicht, um die deutsche Devisenkrise zu überwinden und die Zahlungsbilanz auszugleichen. Umso verständlicher waren die deutschen diplomatischen Schritte Ende März 1939, durch die in London die Überweisung der Golddepots der

<i>Salden der deutschen Zahlungsbilanz⁶⁴</i>	<i>in Mio. RM</i>	
	1938	1939
Warenverkehr	- 319	+ 376
Dienstleistungen	+ 223	+ 117
Kapitalerträge	- 470	- 440
Gold- und Devisenbewegung	- 74	+ 8
Kapitalverkehr und ungeklärter Rest	+ 640	- 61

tschechischen Nationalbank bei der Bank von England⁶⁵ sowie in Paris, Washington und Bern die Freigabe tschechischer Guthaben veranlasst werden sollte.

Auf den Einmarsch deutscher Truppen in die CSR am 14. März 1939 und die Annektion der «Rest-Tschechei» als Protektorat Böhmen und Mähren an das Reich war das Reichswirtschaftsministerium nicht vorbereitet.⁶⁶ Als seinen Bevollmächtigten für alle Wirtschaftsfragen entsandte Funk wenig später nach Prag wiederum den in Angleichungsmassnahmen erprobten Hans Kehrl, seit Mai 1939 Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Reichsprotektor von Böhmen und Mähren. Erneut ging es darum, vor allem den bedeutenden Zuwachs an Wirtschaftskraft und Produktionskapazität deutscher «Ordnung und Planung» zu unterwerfen und für die deutsche Rüstung und den deutschen Warenhunger zu mobilisieren. Görings Idee war es, die bedeutenden Rüstungswerke in Witkowitz, Skoda in Pilsen und die Brüner Waffenwerke für das Reich zu «kassieren». Krupp und Skoda «Schulter an Schulter» war keine Vision mehr. Ausführlich schrieb der deutsche Wirtschaftsjournalist Josef Wunschuh («Deutsche Allgemeine Zeitung») über den wirtschaftlichen Gewinn der Annektion. Deutschlands Grossmachtstellung sei konsolidiert und wirtschaftlich abgerundet. Beutegut und vorhandene Rohstoffreserven «helfen uns, wirtschaftliche Zwischenperioden zu überbrücken und unsere Leistungsreserven zu strecken ... Die Gold- und Devisenbestände der Prager Nationalbank betragen nach ihrem letzten Ausweis 3,4 Milliarden Kr.»⁶⁷

Die wirtschaftliche Eingliederung des Protektorats, von Anbeginn als Selbstverständlichkeit erachtet, vollzog sich in mehreren Etappen und nach Massgabe verschiedener Übergangsregelungen. Nach den Beschlüssen des Handelspolitischen Ausschusses vom 4. April 1939 sollte die Tschechenkronen als Devisen bis 30. Juni verschwinden, war ferner vom Reichswirtschaftsministerium Sorge zu tragen, dass die Exportfähigkeit des Protektors

rats nach der Reichsmarkumstellung im Zahlungsverkehr aufrecht erhalten blieb, und waren Vertreter der Protektoratsregierung, «und zwar in erster Linie die Mitglieder der Wirtschaftspolitischen Abteilung des bisherigen Tschecho-Slowakischen Aussenministeriums als Sachverständige» bei Verhandlungen um die Einbeziehung des Protektorats in den deutschen Verrechnungsverkehr gegebenenfalls hinzuzuziehen. Als dritte und letzte Stufe vollständiger Eingliederung wurde die Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem Protektorat und dem übrigen Reichsgebiet angesehen – am 1. Oktober 1940⁶⁸ geschehen.

Eine erste erkennbare Reaktion Londons auf Hitlers Einmarsch in die CSR bestand darin, dass die geplante Deutschlandreise von Handelsminister Oliver Stanley verschoben wurde. Auch der ventilierte Gedanke an einen Besuch Funks in London schien vergessen. Die Delegation der Federation of British Industries kam am 14. März, Tag des deutschen Einmarschs in die Tschechoslowakei, zu Gesprächen mit der Reichsgruppe Industrie nach Düsseldorf, um aber nach zweitägiger Verhandlung ostentativ abzureisen. Zwischen Dr. Hipp von der Reichsgruppe Industrie und Herren der Federation war diese Besprechung, deutschitalienischem Vorbild ähnlich, schon im Spätsommer 1938 völlig unverbindlich erörtert worden. Konkreter wurde im Winter 1938 /39 verhandelt. Die einflussreichen Dachverbände zweier führender Industriemächte der Welt vereinbarten in Düsseldorf eine zwölf Punkte umfassende, von der Politik nicht unbeeinflusste Erklärung.⁶⁹ Sie bekundeten die Absicht, «die freundschaftlichen Beziehungen» weiter auszubauen, ferner das vitale beiderseitige Interesse an einem profitablen Exporthandel und einer Ausdehnung des Welthandels, über die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Produktionszweigen, die herbeizuführende Unterstützung der eigenen Regierungen beim gemeinsamen Kampf um Absatzmärkte und abschliessend über die Bildung eines ständigen gemeinsamen Ausschusses. Auch in Deutschland gab es damals Stimmen, die internationale Kartelle als Organisationsform zur Regelung der internationalen Markt- und Wettbewerbsverhältnisse nicht ausschlossen. Eine britische Einladung zur ersten Sitzung des gemeinsamen Ausschusses erging nach London, im Juni, wurde aber durch die politischen Ereignisse des Sommers 1939 gegenstandslos. Die britische Presse reagierte auf die Vereinbarungen, weil sie nicht zuletzt das deutsche Devisenbedürfnis anerkannten, überwiegend kritisch.

Dennoch hielten britische Ausgleichsbemühungen vor dem Hintergrund wachsender Rüstungsanstrengungen bis in die Sommermonate 1939 vor al-

lem wohl in der Hoffnung an, der Rüstungswettlauf könnte abgestoppt werden. Wiederum kam der Vorschlag einer Reise Funks nach London zum Vorschein. Im Juni/ Juli 1939 führte Ministerialdirektor Wohlthat als Beauftragter Görings in London eine Reihe von Kontaktgesprächen. Gegenüber Ashton-Gwatkin, Wirtschaftsdirektor im Foreign Office, umriss Wohlthat kurz ein Programm des wirtschaftlichen Ausgleichs, das angeblich in sehr grossem Masse von Reichswirtschaftsminister Funk sowie von deutschen Industriellen und Geschäftsleuten, wahrscheinlich aber auch von Göring und der Armee unterstützt wurde.⁷⁰ Am Rande der internationalen Walfangbesprechungen in London vom 17. bis 22. Juli suchte Wohlthat zum Thema eines wirtschaftlichen Ausgleichs einen offenbar unverbindlichen Gedankenaustausch ferner mit Sir Horace Wilson und R. S. Hudson. Durch Vermittlung des Vize-Präsidenten von General Motors, Mooney, stand er im Kontakt zum amerikanischen Botschafter in London, Joe Kennedy. Vom Leiter des Departments of Overseas Trade, Hudson, erfuhr Wohlthat von der Möglichkeit einer Kapitalhilfe Englands und der USA bei gemeinsamen Entwicklungsprojekten. Indiskretionen über die Gespräche alarmierten sogleich die Presse vieler Hauptstädte Europas. Plötzlich wusste die Presse von einem Angebot einer Anleihe von einer Mrd. £ Stg an Deutschland, also eine Art britisches «Super-Appesement». Auf Hitlers Politik waren die Wohlthat-Gespräche, die zwar in London noch im August als Ansatz für eine britisch-deutsche Verständigung betrachtet wurden, ohne jeden Einfluss. Das Protokoll des Handelspolitischen Ausschusses vom 29. Juli 1939 vermerkte lediglich: «Herr Wohlthat berichtet über eine private Unterhaltung, die er in London mit Herrn Hudson gehabt hat.» Über seinen Bericht an Göring urteilte Wohlthat 1980: Er «hatte den Zweck, ihm einen Überblick zu geben, was politisch und wirtschaftlich möglich zu sein schien, wenn sich die deutsche Politik nach Westen wendete.»⁷¹ Die weltweiten Pressespekulationen über die Wohlthat-Gespräche hatten zumindest den Effekt, die deutsch-sowjetische Annäherung zu beschleunigen.

Im Handelspolitischen Ausschuss berichtete Ministerialdirigent Schlotterer am 11. März 1939, «dass nach eingehender Prüfung des Reichswirtschaftsministeriums die schwebenden Verhandlungen über den Russenkredit in geeigneter Form zum Scheitern gebracht werden müssen, weil die deutsche Wirtschaft wegen ihrer Beanspruchung mit bestimmten inneren Aufgaben nicht in der Lage ist, in den nächsten 1 bis 2 Jahren die erforderlichen Lieferungen in Höhe von 300 Millionen RM zu erfüllen. Erst in letz-

ter Zeit habe sich «durch neu ergangene Weisungen diese Verschärfung der Produktionslage ergeben». Mit den Russen wurde dilatorisch verhandelt, gewiss keine Reaktion darauf, dass tags zuvor eine Stalin-Rede den ersten Wink für eine Neuregelung der deutsch-sowjetischen Beziehungen erteilt hatte. Die dennoch allgemein steigende deutsche Ausfuhr profitierte spätestens ab Mai 1939 von dem vor allem aus der Furcht vor kriegerischen Entwicklungen in Europa belebten Aussenhandel. Mit der Franco-Regierung führte im Mai Ministerialdirektor Wohlthat die mit Beendigung des Bürgerkriegs fälligen Wirtschaftsverhandlungen, vom Reichswirtschaftsministerium seit März zunächst hinausgeschoben. Durch Kriegspsychosen verursachte Angstkäufe trieben die eingegangenen Exportaufträge für die deutsche Wirtschaft weiter in die Höhe. Im Juli wurde das Vormonatsergebnis um 28% übertroffen. Obwohl die ausländische Konkurrenz das Argument gebrauchte, dass kriegerische Konflikte bevorstehen und dann deutsche Firmen nicht mehr lieferfähig sein würden, kam plötzlich im gleichen Monat das Geschäft mit Russland «stärker in Gang ... z.T. sind nach einer Pause von mehreren Jahren die ersten grösseren russischen Bestellungen an deutsche Ausfuhrfirmen vergeben worden (Elektroindustrie, Feinmechanik und Optik, Werkstoffverfeinerung)». Am Abend des 26. Juli besprach ein Beamter der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amts, der Vortragende Legationsrat Julius Schnurre, in Berlin mit zwei sowjetischen Diplomaten die Möglichkeiten auch einer politischen Annäherung. Erstaunlich rasch kamen nun die Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion zum Abschluss. Schnurre informierte am 19. August den Handelspolitischen Ausschuss: «Im Hinblick darauf, dass die Russen einer Wertsicherung der RM zugestimmt haben, können die Verhandlungen über ihre Ausgestaltung zurückgestellt werden». In dem am 19. August 1939 abgeschlossenen Handels- und Kreditabkommen gewährte Deutschland der UdSSR einen 200 Mio. RM-Kredit hauptsächlich für Maschinenkäufe in Deutschland und verpflichtete sich die UdSSR zu Gegenleistungen vor allem in interessanten Rohstoffen im Wert von 180 Mio. RM (darunter zwei Mio. RM Platin). Vier Tage danach unterzeichneten Ribbentrop und Molotow in Moskau den sensationellen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Eine im August 1939 vorgelegte Studie der dem Reichswirtschaftsministerium nachgeordneten Reichsstelle für Wirtschaftsausbau über die «Möglichkeiten einer Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung»⁷² – eine Studie, von der man nicht weiss, ob ihr Gewicht bei Führungsentscheidun-

gen zukam – gelangte zu dem Ergebnis: «Der Grosswirtschaftsraum bestehend aus Grossdeutschland einschliesslich Slowakei, Ungarn, Italien, Spanien sowie den Balkanländern ausser Griechenland kann die wehrwirtschaftliche Blockadesicherheit auch bei den grössten Anstrengungen und unter den günstigsten Voraussetzungen bezüglich der Lieferbereitschaft des Nordraums – ohne wirtschaftlichen Anschluss an Russland – nur in begrenztem Umfang erreichen.» Nach dieser Studie, die die Schaffung und Erhaltung eines europäischen Grosswirtschaftsraumes unter deutscher Führung als politisches und wirtschaftliches Friedens- und Kriegsziel formulierte, stellte «ein tragbares Verhältnis zu Russland» im Interesse der Rohstoff-Sicherung für Deutschland einen Akt ökonomischer Notwendigkeit dar. Es war ein Votum mehr für die deutsche Annäherung an die Sowjetunion. Im Vordergrund stand zwar die Durchsetzung kriegswirtschaftlicher Belange im Grosswirtschaftsraum für den «Mobfall 1942», aber der Verfasser (offenbar über chemische Kampfwaffen informiert) rechnete bereits mit den verfügbaren, ansehnlichen Bodenschätzen Polens «im Besetzungsfalle»⁷³ und vertrat die Meinung, dass die Erwerbung von Französisch-Nordafrika wegen seiner Rohphosphat- und sonstigen bedeutenden Erzvorkommen «in fernerer Zukunft für Italien und Spanien ein lohnendes Ziel sein könnte». Bei Ausfall der skandinavischen Erzlieferungen gab es für ihn nur die erschreckende Alternative einer «Ausnutzung von Polen und der Ukraine» sowie «eine dem Mass des Lieferungsausfalls entsprechende Verlagerung des Schwerpunkts der Kriegführung auf den chemischen Krieg, besonders aus der Luft.»

Bei allen Erörterungen um den Begriff «Grossraumwirtschaft» seit Ende der 30er Jahre in Deutschland ging es letztlich um das Problem der Nahrungs- und Rohstoffsicherung unter kriegsmässigen Versorgungsmassstäben. An die Stelle der nicht realisierbaren nationalwirtschaftlichen Autarkie sollte die des unmittelbar an Deutschland grenzenden, blockadesicheren und das deutsche Wirtschaftspotential ergänzenden Grosswirtschaftsraums treten. Grossraumwirtschaft, wirtschaftliche Blockbildung, bedeutete eine neue vereinheitlichende, den Kriegsfall einkalkulierende Ordnung der Aussenwirtschaft für die Blockländer, um aussenwirtschaftliche Risiken zu mindern und sich aus weltwirtschaftlicher Abhängigkeit zu lösen.⁷⁴ Diese Grossraumwirtschaft war in der Nähe von Hitlers Lebensraumideologie anzusiedeln. Der Lebensraum hatte nach Hitler drei Kriterien zu erfüllen: er sollte Schutz vor Invasionen bieten, den lebensnotwendigen Be-

darf an Nahrungsgütern sichern und eine Versorgung mit kriegswichtigen Rohstoffen gewährleisten.⁷⁵ Ein vom Zwang zusammengehaltener mitteleuropäischer Wirtschaftsblock sollte auf den Resten der alten freien Weltwirtschaft erwachsen und die Voraussetzung für Grossmachtpolitik sein.

4. Völlige Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft

Mit Schreiben vom 28. September 1935 hatte Staatssekretär Posse vom Reichswirtschaftsministerium, gestützt auf Schacht, seinen Kollegen vom Reichspropagandaministerium, Staatssekretär Funk, zur Zurücknahme des Ausschliessungserlasses der jüdischen Kunst- und Antiquitätenhändler aufgefordert.⁷⁶ Einen Tag nach der Entlassung Schachts am 27. November 1937 unterzeichnete Posse unter dem Briefkopf Reichs- und Preussischer Wirtschaftsminister den ersten Erlass, der die Phase der völligen Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft einleitete. Die Überwachungsstellen wurden angewiesen, den «Vorrang» der deutschen Importeure vor den jüdischen Importeuren zu sichern. «Der Grundsatz, dass jüdische Unternehmen hinter deutsche unbedingt zurücktreten müssen, ist auch für die innderdeutsche Bewirtschaftung durchzuführen». Ein ebenfalls von Posse gezeichneter, ergänzender Erlass vom 15. Dezember stellte fest, «dass jüdische Unternehmen am Handel und an der Gütererzeugung auch heute noch in einem Masse beteiligt sind, das der grundsätzlichen Forderung nach einer Ausschaltung des jüdischen Einflusses in der Wirtschaft nicht genügt und auch der tatsächlichen Entwicklung nicht gerecht wird.»⁷⁷ Der Mühlstein des Antisemitismus war damit in Richtung Wirtschaft, das letzte «Reservat» jüdischer Betätigung, ins Rollen gebracht. Die obligate Definition, was ein jüdischer Betrieb sei, lieferte wegen bestehender Zweifel schon am 4. Januar 1938 ein Erlass Görings: «Der Gewerbebetrieb einer Einzelfirma gilt als jüdisch, wenn der Inhaber Jude ist... Der Gewerbebetrieb einer juristischen Person gilt als jüdisch a) wenn sich unter den gesetzlich zur Vertretung berufenen Personen Juden befinden, b) wenn von den Mitgliedern des Aufsichtsrats mehr als ein Viertel Juden sind ...» usw.⁷⁸ Die Industrie- und Handelskammern hatten nun die Entscheidung zu treffen, welcher Betrieb dem definierten Begriff des jüdischen Unternehmens entsprach. Eine schematische Kontingentsauffüllung nach Arisierung der jüdischen Unternehmen lehnte ein Göring-Erlass vom 8. Januar ab⁷⁹: «Die durch Kürzung bei jüdischen Unternehmen geschaffenen Rohstoff- und Devisenreserven sind

also in hohem Masse für bestimmte staats- und wirtschaftspolitisch wichtige Zwecke gebunden». Devisenkrise und die erreichte Vollbeschäftigung beschleunigten den Arisierungsprozess, der in Österreich einen ersten turbulenten Schauplatz fand.

Den radikalen Richtungswechsel in der Judenpolitik des Reichswirtschaftsministeriums bemerkten sehr rasch die Beamten des Referats «Abwehr unzulässiger Eingriffe in die Wirtschaft», des sog. «Judenschutzreferats». Referatsleiter Dr. Hoppe schrieb nach dem Kriege: Er habe auch besonderen Anlass, Tettenborn «dankbar zu sein: Als nach dem Weggang von Schacht die Führung des Referats: Eingriffe in die Wirtschaft, für mich unmöglich geworden war, da die Tendenz nunmehr gerade eine umgekehrte wurde, bat ich Tettenborn um seine Hilfe. Er brachte mich dann in die Personalabteilung ...» In einem anderen persönlichen Brief schrieb Hoppe über seine Tätigkeit im «Judenreferat»: «Ich habe damals sehr viele Juden in meinem Amtszimmer gesprochen und bin zu ihnen meiner Art entsprechend höflich-freundlich und nicht ohne Mitgefühl gewesen. Aber wieviel zu wenig war das! Auch wenn ich ihnen tatsächlich nicht helfen konnte...»⁸⁰ Ebenso wie Hoppe nutzten weitere Beamte des Referats gebotene Gelegenheiten gern, um 1938 in anderen Referaten des Hauses unterzukommen. Anlässlich der Neuorganisation des Reichswirtschaftsministeriums im Januar 1938 wurde zunächst ein Judenreferat, dann eine Abteilung «Judenfragen» innerhalb der Hauptabteilung Schmeer (Wirtschaftsordnung usw.) geschaffen und die Leitung dem SA-Führer Alf Krüger übertragen.⁸¹ Im Verlaufe von rund zwei Jahren fungierte die Abteilung unter Krüger als eine – teilweise auch mässigend wirkende – Schaltzentrale der Arisierung jüdischer Unternehmen und der Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft. Der Mecklenburger Krüger (Jg. 1900), genannt «Judenkrüger», ist selber als Kommentator der Judengesetze hervorgetreten.⁸²

Erschwerungen und Einengungen der wirtschaftlichen Tätigkeit von Juden seit Ende 1937, eine Politik punktueller Diskriminierung, leiteten «die Lösung der Judenfrage auf wirtschaftlichem Gebiet» ein. Auf Antrag des Reichswirtschaftsministers beschloss das Reichskabinett Ende Februar 1938 angesichts der Beseitigung der Arbeitslosigkeit den grundsätzlichen Ausschluss von jüdischen Firmen bei Aufträgen der öffentlichen Hand. Als Ausnahmefälle wurden bestimmte Spezialbetriebe angesehen, «welche – zum Teil auch auf dem Gebiete der Heeresbeschaffungen → oder wegen aussergewöhnlicher Exportleistungen im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht

entbehrt werden könnten.⁸³ Im April ging eine Verordnung Görings «gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe» der grundlegenden «Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens» voraus.⁸⁴ Funk verschärfte im Mai die Definition des nicht jüdischen Gewerbebetriebs und verlangte, «dass auch dem Aufsichtsrat kein jüdisches Mitglied mehr angehört und dass bezüglich des Gesellschaftskapitals eine ¾-Mehrheit der nicht jüdischen Gesellschafter oder Aktionäre vorhanden ist».⁸⁵ Im gleichen Monat erfuhr Dr. Paul Binder von der Dresdner Bank bei einer Unterredung mit dem Referenten der Judenabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. Gotthardt: «Es ist beabsichtigt, innerhalb einer nicht allzu langen Frist sämtliche nichtarischen Geschäfte entweder in arische Hände zu überführen oder zu liquidieren ... Im Übrigen legt das RWM keinen Wert auf forcierte Arisierung.»⁸⁶ Arisierungen warfen Finanzierungsprobleme, Fragen der Wirtschaftsstruktur und der künftigen fachgerechten Betriebsleitung auf. Deshalb wohl widersetzte sich das Reichswirtschaftsministerium der Eile der Partei und vor allem deren Gewinnbeteiligung an Arisierungen, ohne freilich der Arisierungspraxis von Parteistellen Einhalt gebieten zu können. Es war und blieb vorerst Aufgabe der Partei, «eine aktive Arisierungspolitik» zu betreiben. Schon am 28. September 1938 wurde in einer Beiratssitzung der IHK Ulm erklärt: «Geht die Arisierung jüdischer Firmen in derselben Weise wie in den letzten Wochen weiter, so werden in kurzer Zeit im Kammerbezirk keine jüdischen Unternehmungen von nennenswerter Bedeutung mehr zu finden sein».⁸⁷ Demgegenüber hatte eine Anordnung des Führer-Stellvertreters Hess vom 2. September vorsorglich der Partei verboten, der Betätigung von jüdischen Mischlingen «in der Wirtschaft Schwierigkeiten entgegenzusetzen». Juden wurden seit Mitte 1938 zunehmend aus wirtschaftlichen Berufen ausgeschlossen, erhielten Berufsverbote, seit Juni Ausschluss vom Besuch von Börsen und amtlichen Grossmärkten, seit Juli vom Bewachungsgewerbe und Wanderhandel, im August als Heiratsvermittler und Fremdenführer, am 5. November als Wirtschaftsprüfer und vereidigte Bücherrevisoren. Ein vom Leiter der Hauptabteilung IV (Kredite etc.) gezeichneter Erlass vom 14. Juni 1938 gestattete den Sparkassen, von Juden oder jüdischen Firmen Sparguthaben oder sonstige Einlagen anzunehmen, verbot aber die Vergabe von Krediten an Juden oder jüdische Firmen.⁸⁸ Unaufhaltsam machte die wirtschaftliche Eliminierung der Juden Fortschritte. Von der Arisierung waren von März bis November 1938, bis zur «Reichskristallnacht», schät-

Zungsweise 4'000 jüdische Betriebe betroffen, darunter 22 renommierte jüdische Bankhäuser (Bleichröder u. Gebr. Arnold, Warburg, Wassermann).⁸⁹

Nach der von Goebbels inszenierten «Reichskristallnacht» (8./9. November 1938), einem brutalen Exzess entfesselten Rabaukentums mit einer Verbrechensbilanz von rund 7'500 zerstörten jüdischen Geschäften, 20'000 verhafteten Juden u.a.m., gab Hitler am 10. November persönlich in einem Gespräch mit Göring und Goebbels den Befehl, die Juden nun aus der Wirtschaft auszuschliessen.⁹⁰ Die entscheidende Besprechung über die Fortsetzung der Gewalt, den Fortgang der nicht mehr in ihrer Zweckmässigkeit in Frage gestellten Arisierung und über die Konfiskation des gesamten jüdischen Vermögens fand schon zwei Tage danach unter Görings Leitung im Reichsluftfahrtministerium statt.⁹¹ Seit der «Glaswoche» (Funk) ergingen unter massgeblicher Beteiligung des Reichswirtschaftsministers fast alle wesentlichen Arisierungsverordnungen. Die systematische Vertreibung der Juden aus der Wirtschaft mit bürokratischen Mitteln begann. In drei Verordnungen vom 12. November 1938 wurde den deutschen Juden eine Sühnekontribution von einer Mrd. RM auferlegt, die «Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben» angeordnet und den in der «Reichskristallnacht» geschädigten jüdischen Gewerbetreibenden obendrein die «Wiederherstellung des Strassenbildes» befohlen.⁹² Die «Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben», der Vorlage Funks entsprechend, verbot Juden vom 1. Januar 1939 ab, den Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren» sowie den selbständigen Betrieb eines Handwerks, untersagte ihnen die Beteiligung an Messen und Märkten, die jüdische Mitgliedschaft bei Genossenschaften und die Tätigkeit von Juden als Betriebsführer und leitende Angestellte. Vom Reichswirtschaftsminister ergingen weitere entsprechende diskriminierende Durchführungsverordnungen⁹³ und eine Fülle von der Judenabteilung verantwortete Runderlasse, die die Abwicklung der Arisierung, die Verwertung von beschlagnahmten Warenlagern, zu beobachtende, nur eine kurze Schonfrist bedeutende Ausnahmeregelungen vorschrieben und zur Beschleunigung antrieben. Selbst «jüdisch klingende Firmennamen» sollten verschwinden. Ein von Hauptabteilungsleiter Schmeer gezeichneter Erlass vom 18. November 1938 machte die bezeichnende Einschränkung: «Jüdische Grosshandels- und Fabrikationsbetriebe werden durch die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 vorläufig nicht betroffen. Bei der

Durchführung der laufenden Entjudungsgeschäfte ist sorgfältig darauf zu achten, dass deutsche Exportinteressen, soweit irgend möglich, berücksichtigt werden». Solche Betriebe durften auch auf der Leipziger Frühjahrsmesse vertreten sein, doch nach einem Schreiben von Dr. Gotthardt vom 10. Februar 1939, keinesfalls «der bisherige jüdische Inhaber oder jüdische Angestellte des Unternehmens» erscheinen.⁹⁴ Ungeachtet möglicher Versorgungsnachteile für Verbraucher begann die Arisierung beim Einzelhandel und demonstrierte damit das mittelständische Parteiinteresse.⁹⁵ Bei der Entjudung von Warenhäusern, Kaufhäusern usw. behielt sich das Reichswirtschaftsministerium auch in Einzelfällen die Genehmigung vor.⁹⁶ Rohstoffmangel lieferte der Arisierung in einem Erlass des Reichswirtschaftsministers (gez. Krüger) vom 12. Dezember ein willkommenes Argument: «Die gegenwärtige Versorgungslage macht es auf verschiedenen Gebieten der Spinnstoffwirtschaft schwierig, die Industrie ausreichend mit Rohstoffen zu versorgen. Daher erscheint es geboten, jüdische Betriebe grundsätzlich stillzulegen, sofern nicht besonders volkswirtschaftlich bedeutsame Gründe die Fortführung des Unternehmens in nichtjüdischem Besitz gebieten.»⁹⁷

In einer Besprechung mit den Leitern der Devisenstellen am 22. November 1938⁹⁸ wurden als künftig zu beachtende Grundsätze bekräftigt: «Entjudung ist zu fördern und zu beschleunigen; zunächst Einzelhandel und Produktion, zuletzt Ausfuhrhandel mit Rücksicht auf die Ausfuhrbelange ... Inländische Grundstücke in jüdischer Hand sind unerwünscht ...» Im Interesse der stärksten Förderung der jüdischen Auswanderung seien «keine bürokratischen und auswanderungshemmenden Entscheidungen» zu treffen und soll der Palästina-Transfer keine Änderungen erfahren. Man sah auch die erhöhten Schwierigkeiten für die Auswanderung der Hunderttausende unbemittelter Juden, «da die jüngste Entwicklung zum Teil zu einer Verarmung auch bisher vermögender Juden» geführt habe, rechnete aber wie der angesehene jüdische Bankier Max Warburg mit Devisenspenden aus aller Welt. Reiche deutsche Juden konnten nicht mehr zugunsten der ärmeren zu einer Abgabe herangezogen werden.

Auf Grund der Verordnung des zu erfassenden Vermögens von Juden im Deutschen Reich meldeten von über 520'000 Juden nach dem Stand vom 27. April 1938 135'750 deutsche Juden (mit Vermögen über 5'000 RM) ein Nettovermögen von 7,05 Mrd. RM an.⁹⁹ Als liquide und damit für den Zugriff geeignet wurde von den Erfassern das «sonstige Vermögen», 4'881 Mio. RM, zu vermindern noch um die Schuldenlast von 1'408 Mio. RM

angesehen. Den Einsatz des jüdischen Vermögens «im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft» übertrug Göring dem Reichswirtschafts- und Reichsinnenminister. Der erste Durchführungserlass des Reichswirtschaftsministers zum «Einsatz des jüdischen Vermögens» vom 6. Februar 1939¹⁰⁰ erklärte nochmals ausdrücklich «die Durchführung der gesamten Entjudung» bei gutachtlicher Äusserung der Gauleiter der NSDAP als Sache der zuständigen Verwaltungsbehörden, um offensichtlich Willküraktionen von Parteifunktionären zu unterbinden. Die jüdischen Eigentümer von Gewerbebetrieben waren angehalten, einen Veräusserungsvertrag mit dem arischen Erwerber zu schliessen. Gegebenenfalls konnte eine «zwangsweise Abwicklung» der Veräusserung herbeigeführt werden. Zu der in der Regel erheblich unter dem Verkehrswert erzwungenen Abtretung des jüdischen Gewerbevermögens kam die staatliche Vermögenskonfiskation in Form der 20% des Vermögens beanspruchenden «Sühnekontribution». Utilitaristen wie Göring sahen damals in der Arisierung vor allem eine willkommene Möglichkeit zur Finanzierung der Ausrüstung. Nach der von Ministerialrat Krüger vom Reichswirtschaftsministerium geführten Statistik wurden zwischen dem 1. April 1938 und dem 1. April 1939 von 39'532 erfassten jüdischen Betrieben 14'803 liquidiert, 5'976 «entjudet», befanden sich 4'136 am 1. April 1939 im Entjudungs- und ferner 7'127 noch im Überprüfungsverfahren.¹⁰¹ Nicht wenige kapitalkräftige Grossunternehmen bauten im Zuge der Arisierung ihre Position auf dem deutschen Markt bedeutend aus. Die Ausschaltung lästiger jüdischer Konkurrenten stärkte indes nur kurzfristig Teile des Mittelstands. Eine allgemeine Wohlstandsmehrung für die deutsche Bevölkerung, wie in der Parteipropaganda versprochen, war mit der Arisierung nicht eingetreten. Die ebenso sachkundige wie dienstefrige Wirtschaftsverwaltung schulte und bewies erneut ihre Flexibilität beim Überwinden und Überbrücken von wirtschaftlichen Störungen und Engpässen im Zusammenhang mit den Arisierungen im gewerblichen Sektor. Unter den Zwängen der Kriegswirtschaft liessen sich freilich spürbare Versorgungslücken alsbald überdecken.

Am einschneidendsten wurden die ausgeraubten deutschen Juden betroffen, durch Berufsverbote überwiegend und unweigerlich in Armut und Elend verstossen, auf Unterstützung oder Fürsorge angewiesen, weiterhin schutzloses Tleibwild und fast ohne jede Aussicht, durch Auswanderung dem Lande der Judenpogrome zu enttrinnen. Mitte Oktober 1938 riet Ministerialdirektor Schmeer vom Reichswirtschaftsministerium, der dort die Parteiradikalen verkörperte, in einer Besprechung mit Göring: «Man

sollte jüdische Arbeiterkolonnen aufstellen, dann würden die Leute schon von allein auswandern». Schachts humane Ideen von einer Förderung des jüdischen Exodus waren zwar noch innerund ausserhalb des Reichswirtschaftsministeriums virulent, aber besaßen kaum noch eine Chance der Verwirklichung. 1938 war Auswanderung noch bei Einzahlung des gesamten Barvermögens durch Juden bei der Deutschen Golddiskontbank gegen 6%ige Devisenauszahlung und unter Abzug eines 94%igen Reichsmarkgewinns «für besondere Zwecke» möglich. Anfang 1939 besaßen selbst vermögende Juden nach Leistung der ersten Rate der Milliarden-Kontribution und der Reichsfluchtsteuer «kein Barvermögen mehr». Wertpapiere durften sie seit Dezember 1938 wegen befürchteter Kurseinbrüche nicht mehr veräußern; Grundstücke waren des grossen Angebots und der Knappheit liquider Kaufliebhaber wegen nur schwer verkäuflich. «Die Lage wird sich», schloss ein Bericht der Exportabteilung des Reichswirtschaftsministeriums Anfang 1939, «da die Juden nach Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben ohne Verdienst sind und ihr restliches Vermögen aufzehren, weiter verschärfen, sofern nicht die durch Herrn Reichsminister Schacht s. Zt. eingeleiteten Verhandlungen neue Auswanderungsmöglichkeiten eröffnen».¹⁰² Schacht hatte Ende 1938 zuerst mit Hitler über seinen Plan einer geregelten jüdischen Auswanderung und dann in London mit George Rublee (USA), dem Präsidenten des Fragen der jüdischen Auswanderung aus Deutschland bearbeitenden zwischenstaatlichen Komitees, verhandelt. An sie knüpfte Ende Januar 1939 nach Schachts Entlassung Ministerialdirektor Wohlthat, sich der damals sehr begrenzten Möglichkeiten einer jüdischen Auswanderung zwar bewusst, anlässlich des Besuchs Rublees in Berlin an. Nach Zustimmung Görings bestätigte Wohlthat in Form eines praktisch als Vertragsbasis geltenden Briefwechsels das die Auswanderung von 400'000 deutschen Juden regelnde Memorandum Rublees.¹⁰³ Durch Schreiben vom 6. März 1939 an vier Ministerien (darunter das Reichswirtschaftsministerium) bat Wohlthat die «im Memorandum behandelten Massnahmen auf der deutschen Seite vorzubereiten». Die Satzung der deutschen «Stiftung zur Förderung der jüdischen Auswanderung» wurde vom Reichswirtschaftsministerium, das die Federführung beanspruchte, genehmigt. Ende Juli berichtete Wohlthat im Handelspolitischen Ausschuss über seine Besprechungen, «die er in London über die Finanzierung der jüdischen Auswanderer gehabt hat».

Inzwischen wurde der «Juden-Export» im Rahmen der vom Chef der

Sicherheitspolizei geleiteten Reichszentrale für die jüdische Auswanderung unter der Aufsicht der SS organisiert. Wohlthat gehörte dem Ausschuss der Reichszentrale als der «Beauftragte für die Verhandlungen über den Rublee-Plan» an, Oberregierungsrat Gotthardt als Vertreter des Reichswirtschaftsministers. Statt zur Finanzierung der Emigration bestimmte der Reichswirtschaftsminister (gez. Krüger) am 24. August 1939, dass «das durch Juden abgelieferte Silber» angesichts der Devisenlage in vermehrtem Umfange zum Einschmelzen herangezogen wird, «um die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft mit Silber weiterhin sicherzustellen».¹⁰⁴ Im gleichen Monat brachte die Reichswirtschaftskammer ihren Mitgliedern vertraulich zur Kenntnis, dass der Einsatz von Juden in Betrieben «nur gruppenweise zu erfolgen» habe. Verschiedentlich stiess der vom Beauftragten für den Vierjahresplan gebilligte Arbeitseinsatz der Juden auf Schwierigkeiten, «weil die Betriebe Einsprüche durch die Dienststellen der Partei befürchteten».¹⁰⁵ Der Virus des rassistischen Radikalismus sah sich noch nicht an sein Ziel gelangt. Die Ausplünderung, Erniedrigung und Demütigung der Opfer genügte ihm nicht.

5. Hochkonjunktur

Seit dem Sommer 1938 drängten vor allem die Reichsbankdirektoren Hülse und Vocke ihren Präsidenten Schacht, Hitler eine Denkschrift über die inflatorischen Gefahren bei der weiteren Finanzierung einer forcierten Rüstung zu senden. In den ersten Januartagen 1939 wurde sie Hitler übergeben.¹⁰⁶ Abgesehen von den Wirkungen dieser mehrseitigen Denkschrift auf den «Meuterei» witternden Hitler und den eingetretenen personellen Konsequenzen, verdient sie insofern besondere Aufmerksamkeit, als sie eine ausgezeichnete zeitgenössische Analyse des damaligen Zustandes der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Seit 1938 steigerte sich die Vollbeschäftigung der deutschen Volkswirtschaft zur Überbeschäftigung. Mit ihr, so die Denkschrift, «ging die Verknappung der Materialien und Arbeitskräfte sowie die Verschlechterung der Qualität einher. Gleichzeitig blieb die Produktion an Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfes relativ zurück, so dass einer erhöhten Lohnsumme ein geringeres Quantum von Verbrauchsgütern gegenüberstand». Seit 1937 hinkte die Verbrauchsgüterproduktion, vom steilen Anstieg der Investitionsgütererzeugung schon 1935 überrundet, der Zunahme der gesamten gewerblichen Produktion mehr und mehr nach.

<i>Index der Gütererzeugung (jeweiliges Reichsgebiet)</i> ¹⁰⁷			
Volumen, 1928 = 100			
Jahr	gewerbliche Produktion	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter gesamt
1933	65,5	44,9	82,9
1935	96,0	102,4	85,6
1937	107,0	128,1	109,0
1938	124,0	140,1	117,0
1939	135,0		127,0

Auch für die Reichswirtschaftskammer gab es keinen Zweifel darüber, dass Ende 1938 das Verbrauchsgüterangebot nicht mehr ausreichte, um die durch den Einkommensanstieg vermehrte «Verbrauchsgüternachfrage in vollem Umfang zu befriedigen», so dass «bei der Konkurrenz um den Erwerb der steigenden Verbrauchsgüterproduktion die weniger kaufkräftigen Verbraucher natürlich den kürzeren ziehen» würden.¹⁰⁸ Einen Teil der effektiven privaten Nachfrage schalteten Preissteigerungen und verbrauchslenkende Massnahmen aus.¹⁰⁹

Trotz gewisser Verknappungserscheinungen¹¹⁰ und eingengter Konsumwahl lagen in nahezu jeder Branche des Gross- und Einzelhandels die Umsätze noch 1938/39 erheblich über dem Stand von 1928 bis 1930. Eine beträchtliche reale Wohlstandsmehrung war gegenüber den Jahren der Weltwirtschaftskrise eingetreten (Pro-Kopf-Volkseinkommen in Kaufkraft von 1938: 1913 = 100; 1928 = 99; 1938 = 125) und machte in Verbindung mit der Konsumstatistik (Pro-Kopf-Mengenverbrauch) deutlich, dass 1938 das durchschnittliche Wohlstandsniveau des deutschen Volkes seinen bis dahin höchsten Stand in der deutschen Geschichte erreicht hat.¹¹¹ Der Verbrauch (Nahrung, Wohnung, Kleidung, Hausrat, Dienstleistungen) stieg von 50,1 Mrd. RM 1933 auf 67,7 Mrd. RM 1938 (Vorjahr 63,7 Mrd.). Der Wert der wenn auch in ihrer Dynamik eingengten Verbrauchsgüterproduktion wurde 1933 auf 18 Mrd. und 1937 auf 30 Mrd. RM beziffert. Ein Konsumverzicht ist statistisch nicht nachweisbar. Die dünne Rohstoffdecke verlangte zwar in der Textilwirtschaft die Aufrechterhaltung der 1933/34 erlassenen Sperrvorschriften, also der Verbote zur Erweiterung der damals unzureichend ausgelasteten Produktionskapazitäten.¹¹² Unter produktionshemmendem Rohstoffmangel litten Teile der Genussmittelindustrie. Der Traum vom baldigen eigenen KdF-Wagen (Volkswagen) wurde bekannt-

lich enttäuscht und nicht minder die Hoffnung Zahlloser auf die eigenen, neuen «vier Wände». Die Leistungen im Wohnungsbau von 1928 bis zu Hitlers Machtübernahme 1933, also in der Hauptsache während der Weltwirtschaftskrise, wurden bezeichnenderweise von denen der Jahre 1933 bis Ende 1937 kaum übertroffen.¹¹³ Schon 1938 musste der Wohnungsbau wegen der Überlastung der Bauwirtschaft mit öffentlichen Bauten und durch den Westwallbau eingeschränkt werden. Das Reichswirtschaftsministerium erliess deshalb einen zeitweiligen Kreditstopp für den Wohnungsbau.¹¹⁴ Es wäre dennoch falsch, die Rolle der privaten Nachfrage bei der Konjunkturbelebung zu unterschätzen.

In der Sitzung des Reichsverteidigungsrats vom 18. November 1938 setzte Göring wirtschaftspolitische Prioritäten: «Vor allem steht die Verstärkung der totalen Rüstung. Sie setzt sich zusammen aus der unmittelbaren Rüstung und der mittelbaren Rüstung, die das Kernstück unserer Wirtschaftspolitik und Verwaltung ist.»¹¹⁵ Der forcierten Aufrüstung im Jahr 1938 entsprach ein Anteil der Wehrmachtausgaben von rund 15 v. H. am Bruttosozialprodukt und knapp 20 v. H. am Volkseinkommen. Nach den Akten des Reichsfinanzministeriums beliefen sich die gesamten Wehrmachtausgaben von 1933 bis 1939 (31.8.) auf 61,893 Mrd. RM und die gleichzeitigen Gesamtausgaben des Deutschen Reiches auf 119,4 Mrd. RM, so dass nach Adam Riese 51,9 v. H. der Ausgaben dieses Zeitraums vom Hitler-Staat für die Aufrüstung aufgewendet worden waren.¹¹⁶ Die bisher aus diesen oder ähnlichen Zahlenbelegen gern gezogene, pauschale Schlussfolgerung, dass mithin Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur im Hitler-Deutschland der 30er Jahre in erster Linie der Aufrüstung zuzuschreiben waren, ist dennoch falsch und versperrt vor allem den Blick für die tatsächlichen Triebkräfte und Faktorenkonstellationen des wirtschaftlichen Aufschwungs. Bereits Sebastian Haffner machte, ohne wahrscheinlich von der Fachwissenschaft besonders beachtet zu werden, darauf aufmerksam, dass das Wirtschaftswunder und das militärische Wunder des Hitler-Staates sich nicht wechselseitig bedingten, dass die grosse Mehrheit der sechs Millionen Arbeitslosen, die Hitler vorgefunden hatte, «ihre Wiederbeschäftigung in ganz normalen zivilen Industrien» fand.¹¹⁷ Da bekanntlich jeder konjunkturelle Aufschwung von einer sich ständig ausweitenden Nachfrage lebte, konnten demzufolge das Bruttosozialprodukt Jahr um Jahr unmittelbar steigende Nachfrageimpulse nur von den jeweiligen Rüstungsmehrausgaben gegenüber dem Vorjahr ausgehen. Wie die Statistik ausweist, spielten zwar beim «Zünden» der Konjunktur zwischen 1933 und

<i>Daten zum wirtschaftlichen Wachstum 1933–1939 (in Mrd. RM)¹¹⁸</i>							
Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Bruttosozialprodukt	58	66	73	81	91	115	129
Volkseinkommen	46,5	52,7	59,1	65,8	73,7	82,1	89,8
Neuanlagen- investitionen	2,7	4,2	7,1	9,8	11,0	15,8	17,0
davon: öffentlich	2,5	3,6	5,7	7,2	8,0	11,2	12,5
Ersatzinvestitionen	4,0	4,5	5,0	5,5	6,0	6,5	
Wehrmachts- Mehrausgaben gegenüber Vorjahr	–	2,2	1,4	4,8	0,7	6,3	

1935 öffentliche Neu- und Ersatzinvestitionen die entscheidende, Wehrmachtsmehrausgaben dieser Jahre dabei aber eine eher untergeordnete Rolle. Die konjunkturelle Belebung setzte in der Produktionsmittelindustrie ein und flutete in die Zone der Einkommensbildung und sodann des Verbrauchs hinüber. Seit 1935 leisteten die an das «Eintopfgericht» staatlicher Kapitallenkung gewöhnten privaten Investitionen einen jährlich an Umfang wachsenden Beitrag zur Erhöhung der Konjunkturwelle, 1937, bei unbedeutenden Rüstungsmehrausgaben, einen sicher etwa gleich grossen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum wie die öffentlichen Investitionen. Mit dem Vorrang der Investitionsgüterindustrie hatte sich freilich die seit 1934 herausgebildete Schere zwischen ihr und der Konsumgüterindustrie weiter geöffnet. Schlagschatten einer einseitigen industriellen Vollbeschäftigung wurden erkennbar.

Seit Anfang 1938 hing es dann entscheidend von der staatlichen Wirtschafts- und Nachfragepolitik ab, ob es zu einer Konjunkturaufdümmung kommen würde, bei weitgehend gestoppten Löhnen und Preisen also zu einem Vorantreiben der Mengenkonzunktur. Der befohlene enorme Anstieg der Wehrmachtsausgaben bei gleichzeitigem Investitionsboom liess seit 1938 keine Alternative, liess nicht die Lockerung des Staatseingriffs zu und zwang die Wirtschaft von der Voll- in die Höchstbeschäftigung mit entsprechend spürbaren Kehrseiten. Überanspannungen unter dem Primat der Politik zogen immer mehr Ordnungs- und Lenkungsprobleme nach sich, verstärkten die Staatseingriffe und die kriegswirtschaftliche Durchdringung der Wirtschaft (Pflichtarbeit, Primat der Rüstung vor dem Konsum, Stilllegung von nicht kriegswichtigen Arbeiten, Umschichtung des Arbeitseinsatzes usw.), nahmen der Wirtschaft weiteres eigenständiges Ter-

rain und vor allem die auch von Schacht genährte Hoffnung, dass sich mit Erreichen der Vollbeschäftigung der Staat als Auftraggeber mehr und mehr wieder aus der Wirtschaft zurückziehen würde. Die weitere Aufstockung der Produktion sprach dagegen und machte einen Wirtschaftsombau sichtbar, der Höchstleistungen forderte, eine Investitionsdiktatur etablierte, an die Stelle des Marktes staatspolitische Dringlichkeiten setzte, auf Methoden des Merkantilismus zurückgriff und Störungen im wirtschaftlich-sozialen Gleichgewicht offenbar in Kauf nehmen wollte. Immer mehr machte sich die öffentliche Hand zum Teilhaber des Wirtschaftseinkommens, wurden der Dispositionsfreiheit des Unternehmers Fesseln angelegt, mussten konsumbereite Gelder auf die Investitionsseite verlagert werden, wurde die Wirtschaft mit toten Kosten der Bürokratie überlastet und verschob der Staat ständig die Grenzen von Privat- und Staatswirtschaft zu seinen Gunsten.¹¹⁹ Das Schicksal und Funktionieren der auf «Höchstgeschwindigkeit» gebrachten deutschen Volkswirtschaft hing – ökonomisch gesehen – seit 1938 von der weiteren Beanspruchung der Reichsbank für die staatliche Ausgabenpolitik, dem künftigen Verhältnis der Erzeugung des unproduktiven Kriegsgeräts zu den privat konsumierbaren und produktiven Gütern sowie von der Leistungsfähigkeit staatlicher Wirtschaftslenkung ab.

Bereits 1938 wirksam gehandhabte Instrumente der Wirtschaftssteuerung und Zwangswirtschaft bildeten die Devisenbewirtschaftung, die Kontrolle und Beschränkung der Neueinrichtung von Betrieben, die Eisenkontingentierung, die Lenkung des Arbeitseinsatzes, die Devisen- und Rohstoffzuteilung, die Kontrolle und Bindung von Kosten und Preisen sowie die Kapitallenkung und die Aufstellung von Planzielen. Wirtschaftslenkung schlug sich vor allem in dem von Jahr zu Jahr an Umfang gewachsenen Anordnungswerk der Überwachungsstellen (Reichsstellen) nieder. Je mehr sich Mangerscheinungen bemerkbar machten, umso rascher zog ein Schritt den anderen in Richtung Verwaltungswirtschaft nach sich. «Jede behördliche Planwirtschaft», erklärte Ludwig Erhard 1948 vor Kammervertretern in Stuttgart, «die sich nicht mit der Anweisung grosser wirtschaftspolitischer Mittel begnügt, sondern sich bemüssigt fühlt, den einzelnen Menschen als Produzenten und Konsumenten zu gängeln und unter unmittelbare Befehlsgewalt zu stellen, – solche Planwirtschaft, die zunächst ganz harmlos anmutet, führt Schritt für Schritt in die Zwangswirtschaft bis zu jener grotesken Verzerrung, die wir erlebt haben und für die es im übrigen Europa noch weitere Beispiele gibt».

Der Weg der Warenbewirtschaftung nahm mit dem Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen vom 22. März 1934¹²⁰ seinen Anfang, führte über die Errichtung der ersten Überwachungsstellen zum Gesetz über wirtschaftliche Massnahmen vom 3. Juli 1934¹²¹ und schliesslich zur Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September 1934¹²². Die rechtliche Grundlage der Warenbewirtschaftung im nationalsozialistischen Staat bildete § 1 der Verordnung: «Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, den Verkehr mit Waren zu überwachen und zu regeln, insbesondere Bestimmungen über deren Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch zu treffen». Neuer Plan und Vierjahresplan sowie zahlreiche Sonderaufträge wiesen den Überwachungsstellen eine Schlüsselstellung im gesamten Warenverkehr zu.¹²³ Mängel in der wenig koordinierten Lenkung der Bewirtschaftung, an der ausser den Überwachungsstellen die Devisenstellen, Prüfungsstellen usw. teilhatten, liessen sich nicht vermeiden und wurden immer wieder beklagt. Gefordert wurde die Besetzung dieser Stellen mit «wirtschaftskundigen Männern» und nicht mit Beamten.¹²⁴ Ein schweres Ärgernis bildete die schematische Zuteilung von Rohstoffen, ohne dass man sich darum kümmerte, wofür diese verbraucht wurden. Jungen, tüchtigen Kräften wurde durch bürokratische Devisen- und Rohstoffzuteilungen ein Vorwärtskommen unmöglich gemacht. Nach einer Besprechung mit dem Stab des Stellvertreters des Führers zum Problem der durch Lenkung versperrten Wirtschaftschancen sah sich der Reichswirtschaftsminister am 28. Mai 1938 veranlasst, «nochmals mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, dass bei der Devisen- und Rohstoffzuteilung eine Bindung an Vergleichszahlen nicht besteht». Rohstoff- und Devisenzuteilungen sollten von den Firmen nicht als bequeme und ertragreiche Pfründe angesehen werden.¹²⁵ Bei der ebenfalls schematischen Handhabung der Verwendungsverbote wurde vielfach übersehen, «dass durch die Verwendung eines minderwertigen Rohstoffes unter Umständen die im gleichen Gegenstand enthaltenen, mit Devisen erkauften Rohstoffe vorzeitig vernichtet werden können».¹²⁶ Öffentliche Aufträge und Wirtschaftslenkung machten die Wirtschaft, wie der wirtschaftliche Lagebericht des Berliner Stadtpräsidenten an den Reichswirtschaftsminister vom vierten Quartal 1938 zum Ausdruck brachte, «zu einer Art Eigenbetrieb des Staates, wobei je nach der Art der Produktion die weitere Frage entsteht, ob dieser Eigenbetrieb sich selbst trägt, ob er Zuschuss verlangt oder Erträge abwirft».¹²⁷ Die Leistungsfähigkeit von Betrieben und Arbeitnehmerschaft liess kaum noch eine Steigerung zu.

Eingesetzte Generalbevollmächtigte sollten im Rahmen des Vierjahresplanes nach Dringlichkeiten regelnd in die Wirtschaft eingreifen. Aus einer Rangordnung der privilegierten Bedarfsträger entwickelte sich eine Nachprüfung staatspolitisch wichtiger Vorhaben. Der Ansturm der Aufträge, für die keine Arbeitskräfte und sonstigen Produktionsreserven mehr vorhanden waren, dauerte an. Auch Funk erhielt am 14. Dezember 1938 den Auftrag, für die Leistungssteigerung der Industrie zu sorgen.¹²⁸ Eine Schlüsselrolle kam hierbei, wie bereits ein Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 8. November 1938 herausstellte, der Steigerung der Maschinenproduktion in der bereits stärkstens beanspruchten Maschinenindustrie zu. Von 1938 auf 1939 konnte dennoch der Absatz an Werkzeugmaschinen um fast 10 v. H. erhöht werden.¹²⁹

Neben den Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung trat seit 1937/38 das Problem der Behebung des Arbeitskräftemangels. Reichlich spät kamen deshalb die längst fällig gewesenene einschneidenden Massnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Berufsausbildungswesens, insbesondere die vom Reichswirtschaftsminister (Hauptabteilung Schmeer) erst am 22. Oktober 1938 verfügte Herabsetzung der Lehrzeit von vier Jahren auf eine dreijährige Dauer, um beschleunigt Facharbeiter heranzubilden.¹³⁰ Der Mangel an Facharbeitern in der Metallindustrie erfuhr bis Kriegsausbruch eine fast chaotische Zuspitzung. Die Flut von Arbeitskräfteanforderungen der Privatwirtschaft liess sich von den zuständigen Behörden nicht mehr bewältigen. Das Reichswirtschaftsministerium weigerte sich im Juli 1939, Anträge einzelner Firmen auf Vermittlung von Arbeitskräften überhaupt noch zur Kenntnis zu nehmen.¹³¹

Ähnlich wie die Denkschrift des Reichsbankdirektoriums vom Januar 1939 machte die geheime, an den Beauftragten des Vierjahresplans gerichtete Denkschrift von Preiskommissar Wagner vom 9. Februar 1939 auf die inflationären Gefahren einer weiteren Betätigung der Notenpresse aufmerksam. Durch die Überforderung der Wirtschaft würden die Versorgung mit Verbrauchsgütern allzu stark absinken und die Kosten und Preise in die Höhe treibende ungedeckte Nachfrage vergrössern.¹³² Ziel der Preispolitik der Behörde des Preiskommissars blieb es 1938, trotz Überbeschäftigung «die Preishöhe einem normalen Beschäftigungsstand anzupassen» und tendenziell eine Preissenkung bei den für den Konsumenten wichtigen Gebrauchsartikeln durchzusetzen. Eine volkswirtschaftlich unerwünschte Preishöhe sah der Preiskommissar in der Einrechnung der Exportförderungsumlage in die Kalkulationskosten vieler Betriebe.¹³³ Überall stiessen

die Unternehmen in ihrem Handlungsspielraum auf das immer enger geknüpfte Netz vieler Gebundenheiten. Gab es im Unterschied zu 1913 im Jahr 1939 überhaupt noch einen freien Spielraum des unternehmerischen Handelns? Aus der perpetuierten Wirtschaftslenkung ging ein gewandelter, der «gelenkte Unternehmer» hervor, von dem der Wirtschaftsjournalist Winschuh 1939 behauptete: «Er würde sich wohler in einem freien Kräftefeld ohne Rückendeckung durch die staatliche Konjunkturlenkung fühlen. Er würde eine ‚Vollbeschäftigung minus 10%‘ der Höchstbeschäftigung vorgezogen haben.»¹³⁴

Nach eingehenden Prüfungen kam das Reichswirtschaftsministerium Ende August 1938 zu dem Ergebnis: «Die Durchführung des neuen Planes stösst allein auf der Stein- und Braunkohlenseite auf derart grosse Schwierigkeiten, dass die Abwicklung des neuen Planes innerhalb der Zeit bis Ende 1942 als nicht durchführbar bezeichnet werden muss».¹³⁵ Zur Erfüllung des neuen erweiterten Mineralölplans der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau vom Juli 1938 war bis 1942 eine zusätzliche Kohlenförderung von 28,8 Mio. Jahrestonnen Braunkohle und 17,0 Mio. Jahrestonnen Steinkohle vorgesehen. Wenn man auch berücksichtigt, dass zwischen der Bergabteilung des Ministeriums und der nachgeordneten Reichsstelle für Wirtschaftsausbau nach wie vor Reibungen zur Tagesordnung gehörten, so muss dennoch verwundern, mit welchem Eifer das Ministerium den Planungsutopismus der Reichsstelle auf allen Ebenen nachzuweisen suchte und damit die Mineralölplanung für den Kriegsfall in Frage stellte. Die Berechnung des dafür erforderlichen Eisenbedarfs und der Kosten der Schachtanlagen würden nicht zutreffen, wurde geltend gemacht. Der Kapitalbedarf allein des Stein- und Braunkohlenbergbaus im Rahmen des Vierjahresplans würde auf 2,5 Mrd. RM ansteigen. Da aber «der Anleihemarkt ausschliesslich für Reichsanleihen reserviert sei, und zwar aus wehrpolitischen Gründen, die noch vor dem neuen Plan rangierten, könnten die bisherigen Wege der Finanzierung nicht mehr beschritten werden». Schliesslich war vom Energiefachmann Heesemann (II En.) zu erfahren, «dass die Energieabteilung hinsichtlich des neuen Erzeugungsplanes ausserordentlich schwarz sehe». Der zusätzliche Strombedarf für die Kohleförderung würde nach Ablauf von fünf Jahren etwa 5 Mio. kW betragen. Dazu träten 1,25 Mio. kW für den neuen Mineralölplan und weitere 0,9 Mio. kW für den übrigen Teil des wehrwirtschaftlichen Erzeugungsplanes. Die Leistungsfähigkeit der Lieferwerke würde dazu nicht ausreichen, die Erhö-

hung ihrer Kapazität aber «scheitere vollständig an Personalmangel, ganz abgesehen von dem bestehenden Materialmangel. Der Kohlenbedarf für die Kraftwerke des neuen Planes betrage allein 8 Mio. t, die in dem Erzeugungsplan der Bergabteilung auch noch zu berücksichtigen seien», so der Kritiker Heesemann. Der Steigerung der Kohleförderung, von 1938 auf 1939 im Altreich bei Steinkohlen nicht gelungen, widersetzte sich wohl in erster Linie der Arbeitskräftemangel. «Der Kohlenbergbau ist schon jetzt zu einem Schlüsselpunkt der gesamten Rüstung, des Verkehrs und des Exports geworden», erklärte Göring auf der Sitzung des Reichsverteidigungsrats am 23. Juni 1939 und fügte hinzu: «Wenn hier jetzt nicht die notwendige Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt wird, hört der wichtigste Exportanteil, die Kohlenausfuhr, auf».¹³⁶

Gedrängt vom wachsenden Energiebedarf, vor allem der Rohstoffindustrien des Vierjahresplans, ernannte Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan am 10. Januar 1939 den Essener Oberbürgermeister Just Dillgardt zum Generalbevollmächtigten für die Energiewirtschaft und machte ihm zur Aufgabe, die Stromerzeugung zu steigern, die Leitungsnetze planvoll auszubauen und leistungsunfähige Lieferwerke auszuschalten, ohne ihn aber mit ausreichenden Vollmachten auszustatten.¹³⁷ Dillgardt, der sich zwar auf die Energieabteilung des Ministeriums stützen konnte, war vor allem auf seine persönliche Initiative angewiesen, um Interessenausgleiche zu erzielen und vom Reichswirtschaftsministerium mit Millionen-Zuschüssen geförderte verbundwirtschaftliche Projekte voranzutreiben.

Mit Schreiben vom 16. Juli 1938 hatte Göring den Reichsministern angekündigt, dass «die Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung des Vierjahresplans und der Mobbereitschaft» ihn zwingen, «auf besonders entscheidenden Gebieten sogenannte Generalbevollmächtigte zu ernennen». Generalbevollmächtigte im Bereich des Reichswirtschaftsministeriums waren Carl Krauch «für die Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, von Schiess- und Sprengstoffen sowie für die Erzeugung von chemischen Kampfmitteln» und der auf die Koordinations- und Verteilertätigkeit beschränkte Generalmajor von Hanneken für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung. Zu keiner Zeit konnte der nationalsozialistische Staat namentlich in der Wirtschaft das Neben-, Mit- und Gegeneinander von Ministerial- und Kommissariatsverwaltung entbehren. Überall wo Engpässe, rasch zu bewältigende Problembereiche, Mangelzustände usw. plötzlich auftauchten, wurden ausserhalb des Geschäftsgangs des Fachres-

sorts mit verschiedenen gearteten Vollmachten ausgestattete Kommissare, Bevollmächtigte, Sonderbevollmächtigte usw. eingesetzt, um persönlich mit dem Gewicht ihrer Autorität initiativ zu werden. An den schwierigsten Reibungsstellen der Höchstbeschäftigung und Aufrüstung waren seit Mitte 1937 die verschiedensten Bevollmächtigten, nicht immer eingebaut in die Wirtschaftsverwaltung, mit sehr unterschiedlichem Erfolg tätig und spielten häufig die Rolle von «Einpeitschern»¹³⁸, um in den Betrieben Leistungssteigerungen und Rationalisierungsmassnahmen durchzusetzen oder Rohstoffe zu verteilen und zu mobilisieren. Dillgardt, Direktor Karl Lange, Bevollmächtigter für die Maschinenproduktion, und Reichskohlenkommissar Dr. Lintl hatten leitende Stellen in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung inne. Professor Alfred Bentz als Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung war bei der im Februar 1938 dem Reichswirtschaftsministerium nachgeordneten Reichsstelle für Bodenforschung¹³⁹ beschäftigt, zu deren Aufgaben allerdings nicht die bergbauliche Erschliessung zum Zweck der Förderung von Bodenschätzen gehörte. Ebenfalls aus der Dienststelle des Vierjahresplans ging die dem Reichswirtschaftsminister unterstellte Behörde des Reichskommissars für Altmaterialverwertung hervor. Um das inländische Schrottaufkommen für die Rüstung zu steigern, waren auf Veranlassung Görings 1938 die eisernen Vorgartenzäune zu entfernen. Der mit der NS-Mittelstandsbewegung verbundene Paul Walter, ein Vertrauter Leys, aber fachlich für seine Aufgabe nicht qualifiziert, wurde noch kurz vor Kriegsausbruch von Göring zum Beauftragten für Leistungssteigerung im Bergbau ernannt. Das in Dringlichkeitsbereiche aufgespaltene System der Generalbevollmächtigten, wesensverwandt mit der Kriegszwangswirtschaft und ihr unmittelbar vorangegangen, bot sich noch mehr denn im Kriege als unentbehrliches Steuerungsinstrument der Wirtschaftsdiktatur an.

6. Der Mob-Fall

Da die Kompetenzen des Beauftragten für den Vierjahresplan sich ohnehin über sämtliche Oberste Reichsbehörden und Parteidienststellen erstreckten, wäre es sicher folgerichtig gewesen, die Nachfolge Schachts als Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft auch den Männern des Vierjahresplans zu übertragen.¹⁴⁰ Aber diese wollten sich nicht mit neuen Aufgaben belasten. Und so wurden wiederum dem neuen Reichswirtschafts-

minister Funk, obwohl Göring unterstellt, die überministeriellen und in anderen Ressorts nur schwer durchsetzbaren Aufgaben des Generalbevollmächtigten zugeschoben. Das zweite Reichsverteidigungsgesetz von 1938 übertrug Funk das Amt des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, «die schwächste Position von allen, die ich hatte», wie Funk vor dem Nürnberger Militärgericht gestand.¹⁴¹ Über die Aktivitäten Funks als Generalbevollmächtigter befragt, antwortete sein Stellvertreter, Staatssekretär Posse: «Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft trat eigentlich niemals wirklich in Aktion». Das stimmte. Schon im Februar 1938 machte Funk einen Antrittsbesuch bei Gauleiter und Oberpräsident Schwede-Coburg in Stettin. Als ihn Schwede-Coburg auf die Wehrwirtschaftliche Aussenstelle seines Ministeriums und ihren Leiter Soergel aufmerksam machte, war Desinteresse in Funks Gesicht zu lesen. «An die ungeheure Ahnungslosigkeit und die gänzliche Uninteressiertheit, die bei der Unterhaltung in dem sonst so intelligenten Gesicht von Funk zum Ausdruck kam, denke ich heute noch mit grösster Heiterkeit zurück», schrieb Soergel 1979.¹⁴²

Weil Göring einen neuen Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium haben wollte, und Staatssekretär Posse dann keine Beschäftigung mehr hätte, wurde Posse («ein alter, kranker Mann» – so in Nürnberg zu hören) von Funk auf den geschäftsführenden Posten beim Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft abgestellt. Noch 1938 verlegten Posse und sein Führungsstab (Sarnow, Burandt, Quecke, Eckelmann) ihren Amtssitz aus dem Gebäude des Reichswirtschaftsministeriums in das eines ehemals jüdischen Bankhauses in der Behrenstrasse.¹⁴³ Die weniger sichtbaren, ungewissen organisatorischen und materiellen kriegswirtschaftlichen Vorbereitungsarbeiten standen dort im Vordergrund, über die sich auch der Beauftragte für den Vierjahresplan verhältnismässig wenig kümmerte. In Zusammenarbeit mit der Quartiermeisterabteilung des Generalstabs im OKH waren für die am Einmarsch in Österreich im Frühjahr 1938, ins Sudetenland im Herbst 1938 und in die Tschechoslowakei im Frühjahr 1939 beteiligten Armeen Verwaltungsstäbe aufgestellt worden, für die der Generalbevollmächtigte für den Wirtschaftsbereich Sonderbeauftragte zur Verfügung stellte.¹⁴⁴ Griffbereit waren vorbereitete Weisungen zur Räumung deutscher Grenzgebiete im Westen und Osten für den Kriegsfall. General Thomas, der militärische Gegenspieler, sprach von einem «Versagen der Organisation des ÖBW und seiner Aussenstellen» im Jahr 1938. Es fehlte nicht an dauernden Schwierigkeiten mit dem OKW oder dem Wehrwirt-

schaftsstab, die Zuständigkeiten des Generalbevollmächtigten kürzen wollten, oder mit den zivilen Wirtschaftsressorts, die nicht zu «parieren» gedachten.¹⁴⁵

Vorbereitungen für den «Mob-Fall» wurden vom Führungsstab des Generalbevollmächtigten und ebenfalls von den «wehrwirtschaftlichen» Referenten und Sachbearbeitern im Reichswirtschaftsministerium getroffen. «Die kriegswirtschaftlichen Aufgaben des Reichswirtschaftsministeriums erfordern, dass die wehrwirtschaftlichen, rohstoff- und marktpolitischen Massnahmen des Ministeriums unbedingt nach den gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten (Kriegsbedarf, Arbeitseinsatz usw.) ausgerichtet sind und so einheitlich geführt werden, dass Überschneidungen und Reibungen ausgeschlossen bleiben», verlangte ein Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 29. September 1938. Zur Koordination etablierte sich unter Vorsitz des Leiters der Sonderabteilung (Dr. Michel) ein Ausschuss bestehend aus den Stellvertretern der Hauptabteilungen. Im Ministerium wurden Regelungen für den Verbrauch im Mob-Fall, Fragen der Roh- und Hilfsstoffbevorratung, der Produktionsbelegung, der Stilllegung von Betrieben u.a.m. bearbeitet, dabei die entsprechenden Weisungen des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft berücksichtigt und notwendige Abstimmungen mit den zuständigen Wehrmachtsinstanzen vorgenommen.¹⁴⁶

Für das Wehrbereichskommando Pommern fand im Frühjahr 1938 beim Landratsamt Stargard die erste Probeverteilung aller im Mob-Fall auszugebenden Bezugsscheine (vor allem für Textilien) des Reichswirtschaftsministeriums statt. Der Zeitablauf und die praktische Einsatzfähigkeit der Dienststellen bis zum letzten Gemeindebüro des Kreises wurden kontrolliert.¹⁴⁷ Bei der Vorbereitung der Rationierung in Gestalt des Bezugskartensystems war auch daran gedacht, dass sich wegen der Gefahr von Luftangriffen vor den Kartenverteilungsstellen nicht Schlangen von Wartenden bilden sollten. Hilfspersonal, um den Bezugsberechtigten die Karten in die Wohnung zu bringen, wurde vorsorglich bereitgestellt. Die NS-Volkswohlfahrt weigerte sich bezeichnenderweise, es zu tun.¹⁴⁸ Am 28. November 1938 unterrichtete Ministerialrat Burandt die Kartenausgabestellen, dass der unbedingt abzuwartende Befehl zur Bezugsscheinausgabe den unteren Verwaltungsbehörden auf Veranlassung des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft vom Reichsminister des Inneren über die Dienststellen der allgemeinen Verwaltung «mittels S-Telegramm» zugehen würde.¹⁴⁹

Bis Mai 1939 einigten sich nach langem Tauziehen der Wehrwirtschaftsstab im OKW und der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft über ge-

meinsame «Richtlinien für die Vorbereitung der Wirtschaft auf den Krieg...». Die Einheitlichkeit dieser Vorbereitungen würde «durch einen gemeinsamen vom GBW und OKW (WStb) aufzustellenden ‚Mob-Plan Wirtschaft sichergestellt.‘¹⁵⁰ Auch diesen Richtlinien erging es wie zahlreichen anderen kriegswirtschaftlichen Weisungen zuvor und danach: sie wurden durch veränderte Richtlinien und Fassungen wieder ersetzt, korrigiert, ergänzt oder auch eingeschränkt. Als sich die Kreditinstitute – um ein anderes Beispiel anzuführen – bereits personalmässig auf den Mob-Fall vorbereiteten, erging vom Reichswirtschaftsminister (gez. Dr. Michel) am 4. November 1938 die Weisung: «Ich habe feststellen müssen, dass die von der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe auf gestellten Verzeichnisse der für den Mob-Fall personalmässig vorzubereitenden Kreditinstitute noch einige jüdische oder unter jüdischem Einfluss stehende und auch einige von Ausländern beherrschte Kreditinstitute umfassen. Ich ordne daher an, dass die personalmässigen Vorbereitungen derjenigen Kreditinstitute, bei denen Zweifel nach dieser Richtung bestehen, bis auf Weiteres einzustellen sind».¹⁵¹

Unklarheit zeigte sich besonders über das Ausmass der zivilen Konsumschränkung im Kriege. Auf einer Sitzung des Reichsverteidigungsrates im Sommer 1939 beklagte Funk in seinem Bericht die hohen Textilanforderungen der Wehrmacht, die dem zivilen Sektor kaum etwas übrig liessen. Unwirsch knurrte Göring dazwischen: «Im Kriege will ich keine Zivilisten um mich sehen». «Herr Generalfeldmarschall», entgegnete Funk, «die Rüstungsarbeiter müssen doch wohl bekleidet werden!» Görings Unmut steigerte sich: «Wenn die nichts mehr anzuziehen haben, dann sollen sie sich Säcke umbinden». Mit kläglichlicher Stimme wies Funk darauf hin, dass dafür auch importierte Jute erforderlich sei. Das war zuviel für Göring. Wutentbrannt schrie er, wie schon im Ersten Weltkrieg zu hören: «Dann springen wir dem Feind eben mit dem nackten Arsch ins Gesicht und verbreiten hierdurch Schrecken, wie das schon unsere Vorfahren, die alten Germanen getan haben».¹⁵² Am 30. Juni 1939 erging das Herstellungs- und Verwendungsverbot für 75 baumwollhaltige und 45 leinenhaltige Erzeugnisse.

«Die Zivilbevölkerung kann im Kriege aus der laufenden Erzeugung nur das Existenzminimum erhalten, d.h. nur soviel, wie zur Aufrechterhaltung der physischen Kraft und des Willens zum Durchhalten unbedingt erforderlich ist». Von einer radikalen Drosselung des privaten Verbrauchs im Kriege gingen verbal alle deutschen kriegswirtschaftlichen Planungen im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges aus. Wo aber lag das Minimum an lebens-

notwendiger Gebrauchsgüterversorgung? In der eben zitierten Sitzung über die Kriegsfinanzierung im Rahmen des Führungsstabes des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft am 30. Mai 1939 hiess es ergänzend: «Selbst wenn man die Opferwilligkeit des deutschen Volkes unter der straffen nationalsozialistischen Führung sehr hoch einschätzt, wird man ihm während eines langen Krieges kaum eine grössere Verbrauchseinschränkung zumuten können als die, die es sich während der Brüning'schen Elendszeit im Jahre 1932 hat auferlegen müssen».¹⁵³ Vom Reichswirtschaftsminister war schon am 1. Oktober 1938 für den Kriegsfall angeordnet worden: «Die für die Kriegswirtschaft wichtigen Betriebe werden bis zur äussersten Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden. Andererseits werden Betriebe derjenigen Industriezweige, die nicht dem Sektor der kriegs- und lebenswichtigen Produktion angehören, eingeschränkt oder stillgelegt werden».¹⁵⁴ Das Grosssprecherische gehörte zum Zuge der Zeit. «Ich melde hiermit gehorsamst», so leitete Funk – dem militärischen Stil der Zeit entsprechend – seinen Bericht an Hitler über die getroffenen kriegswirtschaftlichen Vorbereitungsmaßnahmen vom 25. August 1939 ein und brachte – bezeichnend auch für das devote Verhältnis von Funk zu Hitler – zum Ausdruck: «Bei den von mir ausgearbeiteten Vorschlägen hinsichtlich einer rücksichtslosen Abdrosselung jedes nicht lebenswichtigen Konsums und jeder nicht kriegswichtigen öffentlichen Ausgabe und Aufgabe werden wir in der Lage sein, allen an die Finanzen und Wirtschaft zu stellenden Anforderungen ohne irgendwie schwerwiegende Erschütterungen gerecht zu werden.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Ihnen, mein Führer, als der von Ihnen berufene Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft in dieser Stunde diese Meldung und dieses Gelöbnis abzustatten. Heil mein Führer! Walther Funk.»¹⁵⁵

Statt des siegesoptimistischen Gelöbnisses der Kriegsbereitschaft der Wirtschaft sollte Funk eigentlich eine Denkschrift des Führungsstabes des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft an Hitler weiterleiten. Diese Denkschrift kam zu dem Ergebnis, dass die Erzeugung und Vorräte des Deutschen Reiches, sofern auf die eigene Wirtschaft angewiesen, etwa zwei Jahre ausreichen würden, um den gesamten militärischen und zivilen Kriegsbedarf zu decken! Funk lehnte das Ansinnen ab. Unterlagen über die kriegswirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten Deutschlands von General Thomas wurden über Keitel Hitler am 27. August 1939 vorgelegt. Thomas erfuhr, dass Hitler dessen Sorge über die Gefahr eines Weltkrieges in keiner

Weise teile, «insbesondere, da er die Sowjetunion jetzt für sich eingefangen hätte».

Die Auslösung des «Falls Weiss», des Polen-Feldzugs, hatte Hitler am 25. August 1939, 15.02 Uhr befohlen, widerrief aber seinen Angriffsbefehl um 18.15 Uhr.¹⁵⁶ Als neuen Angriffstermin setzte er den 1. September fest. Der am 25. August, 18.30 Uhr befohlene X-Fall für die Wehrwirtschaftsinspektionen sollte jedoch auf den zivilen Bereich in seiner Gesamtheit nicht ausgedehnt werden. Am Samstag, dem 26. August 1939 ordnete Göring fernmündlich an, die vorbereitete Verbrauchsregelung durch Einführung des Kartensystems für Lebensmittel und gewerbliche Erzeugnisse sofort in Kraft treten zu lassen.¹⁵⁷ Auf Rückfrage beistimmte er, dass auch der hierfür vorgesehene Verwaltungsapparat in Bewegung zu setzen sei. Fernschreiber übermittelten die Kennziffer, die in den Mobilmachungsbüchern für das Inkraftsetzen der Verbrauchsregelung vorgesehen war. In der Nacht zum Sonntag, dem 27. August, lief die letzte Vollzugsmeldung ein. Mit der Präzision eines Uhrwerks gelangten am gleichen Sonntag rund 80 Millionen vorbereitete Einheitskarten zur Verteilung an die Bevölkerung. Als am Montag, dem 28. August 1939, die Einzelhandelsgeschäfte öffneten, begann für die Deutschen, von niemand damals vorausgesehen, die rund ein Jahrzehnt dauernde Zeit der Lebensmittelrationierung, des Hungers und Elends. Ein dicker Stapel zahlreicher, für den Kriegsfall vorbereiteter Schubladenverordnungen, Kriegswirtschaftsgesetze usw. kam zum Vorschein und sollte Realität werden. Staatssekretär Posse legte sie am vorangegangenen Sonntag in der Ministervilla am Wannsee Funk zur Unterschrift vor. «Muss ich dies alles unterschreiben?», fragte Funk ängstlich. Er musste. Aus dem Fenster hinausschauend, unterdrückte er nicht die Bemerkung: «Ich sehe mich schon im Wannsee schwimmen».¹⁵⁸ Mit Funks Unterschrift erschienen im Reichsgesetzblatt vom 27. August 1938 die «Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung», die «Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs des deutschen Volkes», dazu vier Durchführungsverordnungen.¹⁵⁹ Am 1. September 1939 wurde das für den Mob-Fall vorbereitete Reichsleistungsgesetz in Kraft gesetzt.¹⁶⁰ Schon am 18. August 1939 hatte die Verordnung über den Warenverkehr, Grundgesetz der Warenbewirtschaftung, ihre für die Kriegszeit gültige Fassung erhalten.¹⁶¹ Aus dem Sauerteig der «gerüsteten Wirtschaft» war nun de jure die Kriegswirtschaft, die «kriegsverpflichtete» Wirtschaft hervorgegangen. Die Kriegsmaschine mit allen ihren Zwängen, wenn auch mit zurückgeschraubtem Tempo lief an.

IV. Wirtschaftskonzeption für einen Blitzkrieg (1939-1942)

1. Veränderungen im kriegswirtschaftlichen Apparat

Von 1937 bis 1942 wurde die deutsche Wirtschaftsgeschichte entscheidend geprägt von dem damals führenden Mann in der Wirtschaftspolitik, von Hermann Göring. Der Ausbau seiner Führungsposition setzte sich seit Kriegsausbruch konsequent fort. Durch Führererlass vom 30. August 1939 wurde der bisherige, vom Chef des OKW geleitete Reichsverteidigungsrat in einen Ministerrat für Reichsverteidigung unter dem Vorsitz von Göring umgewandelt¹ und dadurch die Leitung der Bearbeitung der Landesverteidigung aus den Händen des OKW in die eines sechsköpfigen, von Göring beherrschten Ministerrats (Göring, Funk, Frick, Lammers, Bormann, Keitel) verlagert. Die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren durch Verordnung vom 1. September 1939² schuf in den Wehrkreisen eine weitere Konkurrenzinstanz zur Wehrmacht und, wie sich dann im Verlauf des Krieges zeigte, liess mächtige Antipoden auch gegen allen Wirtschaftszentralismus aufkommen.

Nachdem sich das gesamte Reichswirtschaftsministerium auf Kriegsaufgaben umgestellt hatte, erschien auch der Zeitpunkt für gekommen, den überministeriellen Führungsstab des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, stets den dazugehörigen Ressorts ein Dorn im Auge, aufzulösen und durch eine andere koordinierende Institution zu ersetzen. Funk, für diesen Plan rasch gewonnen, stellte bereits Staatssekretär Posse eine Funktion als Wirtschaftsberater im Generalquartiermeisterstab in Aussicht. Vom existenzbedrohten Führungsstab kam daraufhin der eine Flucht nach vorn bedeutende Gegenvorschlag, diesen mit dem Vierjahresplan zu einer «Obersten Wirtschaftsleitung» mit einem kontinuierlich arbeitenden Führungsapparat zu vereinigen.³ Göring lehnte ab und etablierte eine andere Lösung. Durch Erlass vom 7. Dezember 1939 wurde das Nebeneinander von Vierjahresplan und Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft beseitigt, indem der «Auftrag des GBW auf die Angelegenheiten des Reichswirtschaftsmi-

nisteriums und der Reichsbankbeschränkt» wurde.⁴ Alle überministeriellen Funktionen des GBW gingen an den Beauftragten für den Vierjahresplan. Der Führungsstab wurde aufgelöst und das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung als produktionsstatistische Abteilung dem Statistischen Reichsamt wieder eingegliedert. Die eher beifällig verfolgte Demontage des GBW wurde zu einer wirtschaftspolitischen Machtsteigerung Görings genutzt, der nun die Gesamtlenkung der Wirtschaft übernahm.⁵ Ein reaktiver und erweiterter Generalrat für den Vierjahresplan war als wirkliche Koordinierungsspitze gedacht, so dass man im Dezember 1939 fast den Eindruck gewinnen konnte, als hätte die Neuorganisation eine funktions-tüchtige kriegswirtschaftliche Kommandozentrale hervorgebracht. Weisungen Görings griffen zwar fortwährend in das Getriebe der Wirtschaft ein, stifteten aber durch erteilte Sondervollmachten «immer wieder Wirrwarr» (Thomas) und stiessen sich häufig an den unterschiedlichen Interessenstandpunkten sowohl innerhalb der Wirtschaftsbürokratie als auch der dem Wirtschaftsdiktat widerstrebenden wirtschaftlichen Gruppierungen.

Rückblickend hat sich bei der zu sichernden Elektrizitätsversorgung im Kriege die schon in den Mob-Vorbereitungen vorgesehene und sodann durch Verordnung vom 3. September 1939⁶ erfolgte Gründung des «Reichslastverteilers» (Reichsstelle für Elektrizitätswirtschaft) im Reichswirtschaftsministerium mit Bezirkslastverteilern bei den grossen Gebietsunternehmen der Elektrizitätswirtschaft bewährt. Der Ausbau eines deutschen Grossverbundnetzes – Reichssammelschiene genannt – anfangs überwiegend unter kriegswirtschaftlichen Erfordernissen gesehen, erwies sich schliesslich als technisch-wirtschaftliche Notwendigkeit.⁷ Um die Sicherheit der Versorgung zu gewährleisten, mussten «versorgungshoheitliche» Widerstände der Elektrizitätsunternehmen überwunden werden. Beim deutschen Einmarsch in Holland und Belgien am 10. Mai 1940 hatte bereits der Reichslastverteiler durch entsprechende Anweisungen an Bezirkslastverteiler sichergestellt, dass die 220 kV-Ost-West-Leitung unter Spannung gesetzt wurde, damit gegebenenfalls bei kriegsbedingtem Ausfall westdeutscher Kraftwerke sofort Reservestrom von Mitteldeutschland nach dem Westen geliefert werden konnte. Schwierigkeiten bei der Energieversorgung führten Anfang 1941 zum Rücktritt Dillgardts von seinen Ämtern als Generalbevollmächtigter für die Energiewirtschaft und Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft. Eine neue Lösung des Energieproblems durch Stärkung der Wasserkraftwerke strebte Fritz Todt an. Mit seiner Ernennung

zum Generalinspektor für Wasser und Energie durch Führer-Erlass vom 29. Juli 1941⁸ wurde die Energieabteilung aus dem Reichswirtschaftsministerium zugunsten der Behörde Todts herausgelöst. Durch die Personalunion zwischen Reichslastverteiler (Dr.-Ing. R. Fischer), der kommissarischen Leitung der verbliebenen energiewirtschaftlichen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums und dem stellvertretenden Vorsitz in der als Planungsgruppe eingesetzten Reichsgruppe Energiewirtschaft wurde die nachteilige Kompetenzzersplitterung wieder aufgehoben und gelang es, die Vollmachten des Reichslastverteilers zu erweitern. Andererseits steuerte die Kooperation von Ministerialinstanz, unterstellten Landeswirtschaftsämtern und Reichsgruppe Energiewirtschaft durch gegenseitige Kontrolle einseitigen Stellungnahmen entgegen.⁹

Durch widerstreitende Interessen erwies sich die Kohlewirtschaft demgegenüber als besonders störungsanfälliger Problemkomplex. Eher lähmend wirkten sich hier die Aktivitäten einer sachunkundigen, mit der kompetenten Bergbauabteilung des Reichswirtschaftsministeriums im bürokratischen Kleinkrieg verwickelten Kommissariatsverwaltung aus. Eine Weisung Görings an Funk am 24. November 1939 hatte zur falschen Weichenstellung geführt: «Wiederholt ist mir von den verschiedensten Seiten berichtet worden», so Göring, «dass die Kohlenversorgung unzureichend ist. Es ist mir bekannt, dass ein Teil der Versorgungsschwierigkeiten auf die mangelhaften Transportverhältnisse zurückzuführen ist. Da aber die gleichen Erscheinungen auch schon im Vorjahre zu beobachten waren, halte ich es nun für notwendig, dass mein Beauftragter für die Leistungssteigerung im Bergbau, Pg. Walter, zugleich auch die Versorgung des Inlands mit Kohle und die verantwortliche Leitung der Ein- und Ausfuhr der Kohle übernimmt».¹⁰ Zu diesem Zweck wurde besagtem Walter die Leitung der Reichsstelle für Kohle übertragen und der bisherige Reichsbeauftragte, Direktor Dr. jur. Hans Lintl, zugleich Reichskommissar für die Kohlenverteilung, ein im Weltkrieg 1917 geschaffenes Amt, von Funk seiner Funktionen enthoben. Ein Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 30. April 1940 schuf das Walter übertragene Amt des Reichskohlenkommissars mit der umfassenden Kompetenz, den Kohlenbedarf zu ermitteln und die Förder- und Erzeugungspläne nach vorheriger Abstimmung mit dem Reichswirtschaftsministerium festzulegen. Auch die Fragen der Bewirtschaftung, der Verteilung und des Transportes der Brennstoffe gehörten in seine Zuständigkeit. Nicht in der Lage, die Engpässe in der Kohlenversorgung in

den Griff zu bekommen¹¹, strebte Walter «die totale Beherrschung der Kohlenwirtschaft auch in rein privatwirtschaftlichen Fragen an»¹² und provozierte mehr und mehr durch sein kollektivistisch beeinflusstes, in die unternehmerischen Interessen eingreifendes Vorgehen die Opposition der mächtigen Kohlensyndikate. Durch die damals von Parteidienststellen mündlich und schriftlich verbreitete These: «Der Bergbau ist eine Angelegenheit von Ausländern und Heloten», zog Walter auch den Unwillen der Bergleute auf sich. Dennoch glaubte der allzu grosssprecherische Reichskohlenkommissar, Ende September 1940 die Zwangswirtschaft für Steinkohlen und bis Ende Dezember 1940 die für alle Kohlenarten aufheben zu können. Gleichzeitig eskalierten die Ressortauseinandersetzungen zwischen Reichskohlenkommissar und der Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums einem Höhepunkt zu. Görings Staatssekretär Körner stellte Walter in einer Besprechung am 29. Oktober 1940 zur Rede: «Wenn Walter das ihm bekannte Angebot des Reichswirtschaftsministers, die Bergbau-Abteilung zu übernehmen, ablehne und andererseits an den Vorwürfen gegen die Bergbau-Abteilung festhalte, so müsse er sich angesichts der ebenso eindeutigen Haltung des Reichswirtschaftsministers mit Minister Funk aussprechen.» Widerstrebend ging Walter auf diese Anregung ein.

Angeführt von dem wendigen Generaldirektor der Reichswerke «Hermann Göring», Paul Pleiger, bildeten die Bergbauproduzenten Anfang 1941 eine Einheitsfront gegen Walter und rüsteten sich – bereit, die Verantwortung für die gesamte Kohlenwirtschaft selber zu übernehmen – zum Sturz von Görings Reichskohlenkommissar. Funks Unterstützung wurde zuvor gewonnen. Eine vom Oberberghauptmann veranlasste demonstrative Feier für 568 Bergleute aus dem Reichsgebiet am 11. Januar 1941 in Berlin sorgte für die Abkehr von der bisherigen Diskriminierung des Bergmanns. Göring bezeichnete ihn in seiner Ansprache wegen seiner gefährvollen Tätigkeit als den «ersten Soldaten der Arbeit». Mitte Februar 1941 empfing dann Göring auch eine Delegation der Kohlenindustriellen in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers und des Reichskohlenkommissars. Es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Reichskohlenkommissar, attackiert von Funk, das «Schlachtfeld» freiwillig räumte. Kurz darauf schlossen sich massgebliche Kohlenproduzenten zu einer «Arbeitsgemeinschaft Kohle» zusammen, die sich schliesslich auf Anregung des Reichswirtschaftsministeriums den Namen «Reichsvereinigung Kohle» gab. Mit Erlass vom 3. März 1941 genehmigte Göring als Beauftragter für

den Vierjahresplan nachträglich die gegründete, der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers unterstellte Reichsvereinigung, bestätigte die Präsidiumsmitglieder mit Pleiger als Vorsitzter und enthob Reichskohlenkommissar Walter seiner Ämter¹³. Pleigers Ernennung auch zum Reichsbeauftragten für die Kohlenwirtschaft löste freilich nicht schlagartig zugleich das Problem der Fördersteigerung. Das Abblocken staatlich-kollektivistischer Kommandowirtschaft in den Unternehmen durch unternehmerische Initiativen schloss zudem weder eine staatliche Steuerung der Kohlenwirtschaft von oben aus noch das ständige Heraufschrauben vom Staat geforderter Förderziele.

Die Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums erblickte in der Errichtung einer Reichsbergbehörde ein wesentliches Steuerungsinstrument des Bergbaus. Dazu war erforderlich, dass der regionale Zuständigkeitsbereich der Bergbehörden unabhängig von Landesgrenzen und dem «Hoheitsgebiet» der bisherigen zersplitterten Landesbergbehörden auf Grund der geologischen Gegebenheiten festgelegt wurde. Der erste Entwurf eines entsprechenden Gesetzes über den Aufbau der Reichsbergbehörden (Bergämter, Oberbergämter, Reichswirtschaftsminister) wurde 1940 vorgelegt und fand die Zustimmung aller Ressorts mit Ausnahme des Reichsinnenministers bzw. des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei. Seine Zustimmung machte er davon abhängig, dass die Bergpolizei, obwohl zur Untersuchung von Unglücksfällen im Bergbau spezifische Fachkenntnisse erforderlich sind, den Bergbehörden auszugliedern und, begründet mit dem Totalitätsanspruch der Polizei, der Sicherheitspolizei einzuverleiben sei. Die Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums hat sich dieser Forderung fast zwei Jahre energisch widersetzt, bis sie von der Sicherheitspolizei aufgegeben wurde. So blieb die Bergpolizei die einzige Polizeiformation im NS-Staat, die von Himmler nicht gleichgeschaltet werden konnte. Am 30. September 1942 erschien endlich das «Gesetz über den Aufbau der Reichsbergbehörden»¹⁴. Es teilte das alte Reichsgebiet (ohne Österreich) nach geologischen Gesichtspunkten in die Bezirke von 9 Oberbergämtern ein (Bonn, Breslau, Clausthal, Dortmund, Freiberg i. Sa., Halle, Karlsruhe, München und Saarbrücken). Den Oberbergämtern unterstanden die Bergämter, ohne dass seitens der Spitze der Reichsbergbehörde, beim Reichswirtschaftsministerium/Hauptabteilung «Der Oberberghauptmann», die Absicht bestand, starre, zentralistisch ausgerichtete mittlere und untere Verwaltungsinstrumente zu schaffen.

Ein Kraftzentrum, von dem immer wieder entscheidende Impulse zur

kriegswirtschaftlichen Leistungssteigerung ausgingen, stellte die dem Reichswirtschaftsminister nachgeordnete Reichsstelle für Wirtschaftsausbau dar. Durch Erlass des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 5. Dezember 1939 wurde die Reichsstelle in ein «Reichsamt» umgewandelt und damit nach aussen hin aufgewertet sowie unter die kommissarische Leitung des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, Prof. Dr. Carl Krauch (1887-1968) gestellt. Dergleiche Erlass nannte als Aufgaben des Amtes die Förderung der Forschung und der Entwicklung auf dem Gebiet der industriellen Rohstoffherzeugung und -Verarbeitung, die Vorbereitung der vom Reichswirtschaftsministerium endgültig festzustellenden Planung auf dem Gebiet der industriellen Erzeugung sowie die Steuerung und Betreuung der dafür genehmigten Bauten.¹⁵ Die Dienststelle des Generalbevollmächtigten Chemie bildete zugleich die Hauptabteilung I des Reichsamts. Gemeinsam mit dem Reichswirtschaftsministerium bearbeitete es die Fachgebiete Eisen, NE-Metalle, Holz, Zellstoff, Papier, Steine und Erden, Textilien usw. sowie Erfinder- und Forschungsfragen allgemeiner Art. Es sollte die Verbindung zwischen Hochschul- (Grundlagenforschung) und Industrieforschung (Zweckforschung) herstellen. Als Nicht-Ministerialbehörde besass die in der deutschen Verwaltungsgeschichte aussergewöhnliche Dienststelle des Generalbevollmächtigten Chemie grössere Bewegungsfreiheit in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Durch Krauch (seit 1940 Aufsichtsratsvorsitzender der I.G.-Farben) und einen Teil seiner Mitarbeiter, die Angehörige der Industrie blieben, bestanden engste Verbindungen insbesondere mit der chemischen Industrie.¹⁶ Mitte 1941 wurde die Generalvollmacht des Generalbevollmächtigten-Chemie auf die von Deutschland besetzten und noch zu besetzenden Gebiete sowie mit dem Reich in enger wirtschaftlicher Beziehung stehenden Länder ausgedehnt. Göring erklärte bei Kriegsausbruch den Arbeitsbereich des Generalbevollmächtigten Chemie zum vierten Wehrmachtteil («Wehrmacht-Rohstoff»). Die chemischen Rohstoffprogramme bildeten eine Grundlage der Rüstung. Was an Rüstung des Soldaten «nicht Eisen ist», so hiess es im Kriege, «ist Chemie» – auch der Uniformrock!

Um technische Schwierigkeiten bei der «Umstellung der Produktion auf die Forderungen des Krieges» zu überwinden, ernannte Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan am 23. Februar 1940 Dr.-Ing. Fritz Todt «in seiner Eigenschaft als Leiter des Hauptamtes für Technik zum Generalinspektor für Sonderaufgaben im Vierjahresplan».¹⁷ Todt sollte sich dabei auf das Hauptamt Technik und technisch-wissenschaftliche Vereine stüt-

zen und über einen «Stab von Reise- und Kontroll-Ingenieuren» verfügen, die sich «einen ständigen Überblick über die Auswirkung und Durchsetzung der getroffenen Massnahmen» zu verschaffen hatten. Göring hatte bereits Anfang Februar 1940 den Reichswirtschaftsminister auf die unzulängliche Umstellung der Produktion auf die Kriegserfordernisse hingewiesen. Aufgrund seiner Erfolge bei der Senkung des Kupferverbrauchs in der Munitionsproduktion, wurde Todt durch Führer-Erlass vom 17. März 1940 zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition ernannt und erhielt die besondere Vollmacht, mit Hilfe gebildeter Kommissionen die nicht kriegswichtigen Betriebe nach Arbeitskräften auszukämmen und stillzulegen.¹⁸ Die Vollmachten von Todts Ministerium, das bald in Schwierigkeiten zu den konkurrierenden Rüstungsdienststellen der Wehrmachtteile geriet, blieben insgesamt dennoch sehr begrenzt. Todt bediente sich seit dem Sommer 1940 eines Systems von Ausschüssen, um die Rüstungsindustrie zu kontrollieren. Sein Ministerium hielt er klein (ordentl. Haushalt vier Mio. RM) und suchte die fachliche Zusammenarbeit auch mit dem für die zivile Produktion zuständigen Reichswirtschaftsministerium, ohne mit dessen Kompetenzen zu kollidieren. Todt «fasste seine Tätigkeit mehr in der Art einer Feuerwehr auf», und «griff dort ein, wo sich Engpässe abzeichneten oder ein Rüstungsprogramm besonders forciert werden sollte».¹⁹ Erzielte Erfolge sprachen für ihn.

Nach Kriegsausbruch erwies sich der noch ängstlicher wirkende Funk immer weniger seinem zunehmend vom Vierjahresplan und von der Parteikanzlei abhängigen Amt als Reichswirtschaftsminister gewachsen.²⁰ Weit entfernt, Energie und Stärke zu zeigen oder gar eigene Initiativen zu entwickeln, nahm er in zunehmendem Masse Einbrüche anderer Minister oder Kommissare in seine Zuständigkeiten in Kauf, selbst auf die Gefahr hin, dass sachlich zusammengehörige Komplexe auseinandergerissen wurden. Seinem Staatssekretär Landfried gegenüber gab er resignierend zu verstehen: «Ich bin immer bereit, einen Teil meiner Verantwortung abzugeben, wenn andere sich danach drängen; für mich erstrebe ich keine neuen Verantwortungen.» Sofern in Berlin und wenn nicht durch seine alkoholischen Exzesse in seiner Arbeitsfähigkeit stark eingeschränkt, pflegte er am Vormittag in seinem aufwendigen Dienstzimmer Unter den Linden als Reichswirtschaftsminister zu residieren. Um die Mittagszeit verliess er das Ministerium und übte im nahen Reichsbankgebäude das ihm weit mehr zuzugewandene Amt des Reichsbankpräsidenten aus. Begab sich Funk zum Vortrag

zu Hitler – beobachtete Staatssekretär Landfried mehrfach – dann hatte er, beeindruckt von den von Hitler entwickelten Ideen, trotz mehrstündigem Empfang seine Fragen gar nicht zur Sprache gebracht. Auch später im Führerhauptquartier zeigte sich der hitlergläubige Funk mehr als begeisterter Zuhörer seines Führers. Im Oktober 1941 hatte Hitler seine «Finanztheorie» dem Wirtschaftsminister dargelegt: «Er ist begeistert und sagt, damit wird Deutschland in zehn Jahren die Kriegslast beseitigt haben ohne Erschütterung unserer inneren Kaufkraft.»²¹ Die Erörterung fachlicher Fragen im Ministerium überliess der Minister gern seinen Vertretern bzw. den zuständigen Hauptabteilungsleitern und Referenten entsprechend den ausgegebenen Richtlinien des Vierjahresplans. In seinem Ministerbüro umgab sich Funk mit treuergebenem Anhang. Sein einstiger Fahrer und Freund, Horst Walter, fungierte von 1938 bis 1943 als Leiter des Ministerbüros und wurde als Ministerialrat vergütet. Unentbehrlicher Reisebegleiter war seit 1938 sein Adjutant, Dr. August Schwedler (zuletzt Reichsbankdirektor). Da der misstrauische Funk nie Autogramme zu geben pflegte, verteilte stattdessen auf Reisen sein Adjutant an Autogrammbittsteller mitgeführte Fünfmarkscheine, die Funks Unterschrift als Reichsbankpräsident trugen.

Ranghöchster nächster Mitarbeiter Funks im Reichswirtschaftsministerium war vom 18. März 1939 bis 12. November 1943 Staatssekretär Dr. jur.



Abb. 14: Dr. jur. Friedrich Landfried, vom 20. 3.1939 bis 31.12. 1944 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, jedoch dort seit 12. 11. 1943 ausgeschieden.

Friedrich Walter Landfried (1884-1952). Wenn im Ministerium anwesend, führte Funk mit seinem Staatssekretär täglich Besprechungen, grossenteils unter vier Augen, zeigte dabei aber – wie auch anderen Mitarbeitern gegenüber – eine auffallende Zurückhaltung in allgemein politischen Fragen. Landfried wurde ursprünglich als Vertreter des beurlaubten Staatssekretärs Brinkmann ins Reichswirtschaftsministerium geholt und behielt gleichzeitig bis Ende 1944 sein Amt als Staatssekretär im Preussischen Finanzministerium bei. Als Spross einer angesehenen Heidelberger Fabrikantenfamilie stammte Landfried aus völlig anderem sozialem Milieu als Funk und Brinkmann. Auch andere Persönlichkeitsmerkmale liessen nicht unbedingt von vornherein auf eine Affinität zum Nationalsozialismus schliessen. Landfried war Corps-Student, Berufsoffizier 1912-1920 und brachte es unter Preussens sozialdemokratischem Ministerpräsidenten Braun bis zum Ministerialdirektor im Preussischen Staatsministerium. Anpassung bewies er offenbar, wenngleich ihm im Persönlichen manches Altmodische anhaftete. Den Parteiakten zufolge, verwendete sich 1937 der Preussische Ministerpräsident Göring dafür, dass Landfried die Mitgliedschaft in der NSDAP verliehen wurde, da er angeblich ein besonders wertvoller und nationalsozialistisch zuverlässiger Mitarbeiter gewesen sei. In Landfrieds Reden und Aufsätzen während des Krieges stand das Interesse an der Erhaltung der mittelständischen Betriebe und der künftige europäische Wirtschaftsaufbau im Vordergrund. Landfried suchte sicher noch weniger als Funk die Konfrontation mit Gauleitern. Kam es zu Auseinandersetzungen wie beispielsweise mit dem streitbaren sächsischen Gauleiter Mutschmann wegen zahlreicher rechtswidriger Eingriffe in die Wirtschaft oder mit Reichsorganisationsleiter Dr. Ley wegen der Überführung der gewerkschaftlichen Konsumgenossenschaften in das Eigentum der DAF, dann stand Funk im Vordergrund des Schlagabtauschs, der unter dem politischen Druck Bormanns meist zu seinen Ungunsten ausging.

Hitlers Zornesausbruch zog Funk nachweislich mindestens einmal auf sich. Im September 1940 wurde er in die Reichskanzlei zitiert, schwer von Hitler persönlich abgekanzelt, weil er sich von der Industrie über Göring und Goebbels zu seinem 50. Geburtstag einen Hof in Bayern schenken liess. Weder der Persönliche Referent noch der Minister, sondern die temperamentvolle, einflussreiche Frau Gemahlin, Luise Funk, hatte die Auswahl des eine halbe Million RM kostenden Präsents in die Hand genommen. Sie erwartete auch von der Industrie, dass sie die eine zweite halbe Million kostende Einrichtung des Bergerhofs bei Dietramszell übernahm.

Sicherlich wusste Frau Funk, dass die 15'000-20'000 RM auf dem Bankkonto ihres Mannes dazu niemals ausreichen würden. Hitler wollte Funk den Hof in Bayern keineswegs missgönnen, sondern gab ihm weitere 500'000 RM, ohne dass jedoch die Industrie ihr Geld widersah.²² Funk erblickte dennoch in seinem kostspieligen Anwesen ein Danaer-Geschenk. Wer zwang ihn, es anzunehmen?

In den ersten Kriegshaushalten des Reichswirtschaftsministeriums und der Dienststellen seines Geschäftsbereichs liess sich auch nicht gerade ein Streben nach Sparsamkeit entdecken. Der Krieg blähte die Verwaltung weiter auf und liess trotz Einberufungen zur Wehrmacht die Personalkosten anschwellen (1939: 70,9 Mio.; 1940: 89,8 Mio.; 1941: 108,8 Mio. RM).²³ Insbesondere durch einmalige Ausgaben hat sich das Haushaltsvolumen von 1938 bis 1940 fast verdoppelt (1940: 1,208 Mio. RM). Das Absenken des Etats 1941 auf knapp eine halbe Mrd. RM war hauptsächlich der Übernahme der Ausgaben der unrentablen Reichswerke «Hermann Göring» auf einen anderen Einzelplan zuzuschreiben. Rund 15 Mrd. RM wurden von 1936 bis 1942 in den chemischen Erzeugungsplan investiert und 10,7 Mrd. RM als Verkaufswert für die Erzeugnisse dieser Neuanlagen erzielt. Nur der Krieg rechtfertigte damals den Mitteleinsatz. Grundlegende Veränderungen in der Struktur des Ministeriums sind zwischen 1939 und 1942 kaum erfolgt. Nach dem Stande vom 1. Juli 1941 war das Reichswirtschaftsministerium in seinem Aufbau nach wie vor in fünf Hauptabteilungen gegliedert und umfasste neben einigen besonderen Arbeitsgebieten insgesamt 17 Abteilungen.²⁴ Die 1938 mehr nach politischen als nach sachlichen Gesichtspunkten besetzte Hauptabteilung III (Wirtschaftsorganisation) war ihrer nationalsozialistischen Avantgardisten weitgehend beraubt. Ministerialdirektor Schmeer und Abteilungsleiter Krüger wurden 1939/40 zur Wehrmacht einberufen und kehrten auf ihre Posten nicht mehr zurück. Ein Beamter alten Stils, Ministerialrat Heuser, übernahm die Leitung der Hauptabteilung. Da bis 1940 die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft in der Hauptsache abgeschlossen war, schrumpften die Aufgaben der Judenabteilung zu zwei Referaten (März 1940) und schliesslich zu einem Referat (Dez. 1940) zusammen.²⁵ Obwohl Funk bereits im Zuge der wirtschaftlichen Vorbereitungen zum Russland-Feldzug in die Reihe von Rosenbergs Feinden trat,²⁶ hat sich sein Ministerium nach Beginn des Feldzuges keineswegs aus der Bearbeitung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete der UdSSR herausgehalten.²⁷ Von der Forschung bisher völlig unbeachtet, wurde Ende Dezember 1941 im Reichswirtschaftsministerium eine

Hauptabteilung VI für die neu besetzten Ostgebiete geschaffen, die sich seit Dezember 1943 in reduziertem Umfang als Abteilung 6 «Besetzte Ostgebiete» innerhalb der Hauptabteilung Aussenwirtschaft fortsetzte.

Im Zuge der Neuorganisation der Wirtschaftsverwaltung seit Ende August 1939²⁸ sind die «Wehrwirtschaftlichen Abteilungen» in den Wehrkreisen zu Bezirks Wirtschaftsämtern (seit März 1941 Landeswirtschaftsämter) umgebildet worden. Ihre sachlichen Weisungen sollten sie durch die «Führungsstäbe Wirtschaft» erhalten, welche den preussischen Oberpräsidenten bzw. den Regierungspräsidenten, den ausserpreussischen Landeszentralbehörden sowie einigen Reichsstatthaltern zugeteilt worden sind. Bereits im Rechnungsjahr 1939 wurden fünf Bezirkswirtschaftsämter neu errichtet, im Rechnungsjahr 1940 weitere sechs, bis Mitte 1941 insgesamt 29 sowie eine Anzahl von Nebenstellen.²⁹ Als regionale Mittelbehörden des Reichswirtschaftsministeriums waren sie an die Weisungen des Reichswirtschaftsministers und der anderen an der Wirtschaftslenkung beteiligten zentralen Dienststellen gebunden, insbesondere die der Reichsstellen. Um ihren zwei grossen, viel Kleinarbeit erfordernden Aufgabengebieten, der Förderung der kriegswirtschaftlichen Produktion und der Betreuung der Betriebe (ohne Rüstungsbetriebe der Wehrmacht) sowie der Verteilung der gewerblichen Erzeugnisse an die Verbraucher gerecht zu werden, waren die Landeswirtschaftsämter ferner auf eine einvernehmliche Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Bezirksausgleichstellen für öffentliche Aufträge, sonstigen Verbänden und den bei Landräten und Oberbürgermeistern errichteten Wirtschaftsämtern angewiesen.³⁰ Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft und die Kammern hatten umfassend und unmittelbar die Betriebe zu betreuen, während sich die Reichsstellen hauptsächlich mit der Zuteilung von Rohstoffen und Halbwaren befassten. Kontroversen mit den militärischen Rüstungsinspektionen und den Reichsstatthaltern liessen sich nicht immer einvernehmlich ausräumen. Die Bestellung von Reichsverteidigungskommissaren durch Verordnung vom 1. September 1939³¹ schuf eine weitere konfliktträchtige Dienststelle von zunehmender Bedeutung in den Wehrkreisen zur Steuerung der zivilen Verwaltung und der wirtschaftlichen Mobilmachung. Für den Leiter des Bezirkswirtschaftsamtes Dresden endeten die heftigen Auseinandersetzungen mit dem sächsischen Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Mutschmann mit der «Flucht ins Reichswirtschaftsmini-

sterium» schon im September 1939.³² Auch nach Errichtung der Landeswirtschaftsämter mangelte es der deutschen Wirtschaftsverwaltung an einem klaren, ausgereiften staatlichen Instanzenzug von der obersten über die mittlere bis zur unteren Instanz. Allein als Gegengewicht und Partner zu den Mittelinstanzen anderer Wirtschaftsbehörden (Landesarbeitsamt, Rüstungsinspektor, Nahverkehrsbevollmächtigter, Baubevollmächtigte usw.) erwiesen sich die Landeswirtschaftsämter als unentbehrlich. Ende 1941 wurde in einer Besprechung der Staatssekretäre Landfried, Stuckart und Neumann bereits festgelegt, dass die ursprünglich nur für die Kriegswirtschaft vorgesehenen Landeswirtschaftsämter auch in der Friedenswirtschaft bestehen bleiben sollten.³³

Nachgeordnete kriegswirtschaftliche Lenkungsstellen im Bereich des Reichswirtschaftsministeriums 1941

29 Landwirtschaftsämter mit 314 Planstellen

34 Devisenstellen mit 164 Planstellen

24 Reichsstellen mit rund 5'500 Mitarbeitern

7 Reichsgruppen der Wirtschaft mit 52 Wirtschaftsgruppen und rund
240 Fachgruppen

105 Industrie- und Handelskammern

71 Handwerkskammern

Verstärkt mit Kriegsausbruch hatte sich ein fast erdrückendes Dickicht an Behörden und Organisationen über das Wirtschaftsleben gelegt und neben den eigentlichen Produktionsfluss einen wohl ebenso breiten, aber von den Katarakten der Zuständigkeitsüberschneidungen und Kompetenzstreitigkeiten immer wieder aufgestauten Papierstrom an Formularen, Genehmigungen, Kontrollmeldungen usw. entstehen lassen. Um allen Leerlauf des vielschichtigen Apparates zu vermeiden, entwickelte Ministerialrat Hassmann vom Reichswirtschaftsministerium 1941 das Denkmodell eines «alle Arbeitsströme» zusammenfassenden Mannes an der Spitze, der in Personalunion «den obersten Auftrag der staatlichen Wirtschaftsführung und den obersten Auftrag der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, gegebenenfalls einschliesslich des obersten parteipolitischen Wirtschaftsamtes» verkörpert.³⁴ Hassmanns Modell des omnipotenten Wirtschaftsdiktators blieb Utopie. Widersprach nicht eine zentrale wirtschaftliche Kommando- und Lenkungsstelle dem nationalsozialistischen Führungsstil? Hätte sie nicht Hitlers Machtposition womöglich geschwächt? Seit Januar 1940

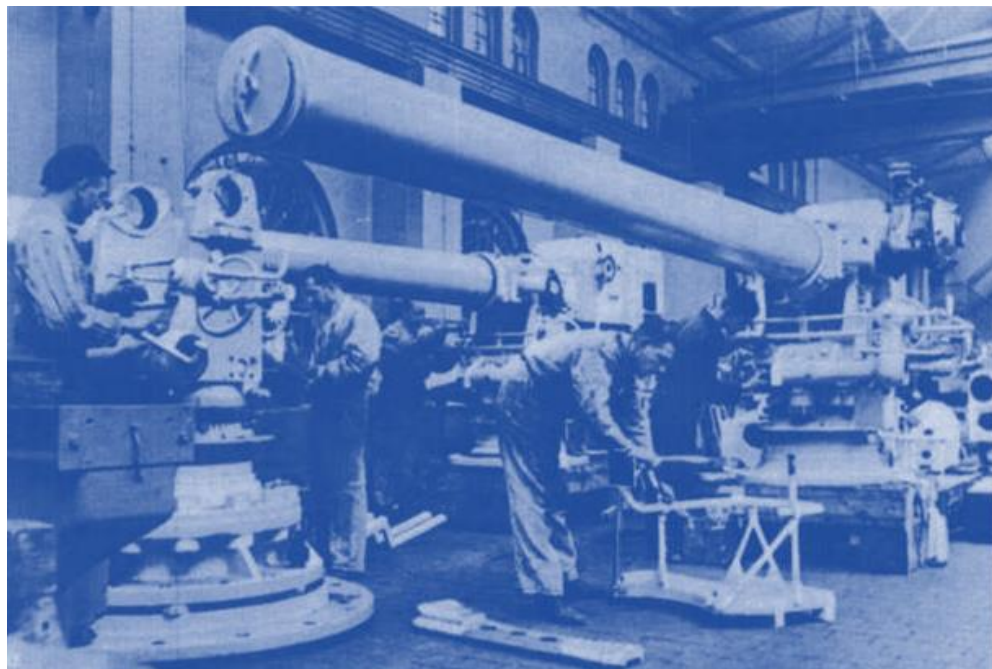
stand zwar Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan an der Spitze der gesamten kriegswirtschaftlichen Organisation und wollte nach den Ausführungen des parteieigenen «Völkischen Beobachters» vom 5. Januar 1940 drei unerlässliche Voraussetzungen einer «siegreichen» Kriegswirtschaft verbürgen:

- «1. Klare Befehlsgewalt und straffste autoritäre Lenkung der gesamten Kriegswirtschaft;
2. laufende engste Zusammenarbeit sämtlicher Stellen, die mit kriegswirtschaftlichen Fragen beschäftigt sind, und zwar in Partei und Staat;
3. Disziplin und verständnisvolle Mitarbeit des ganzen Volkes der Schaffenden sowohl wie der Verbraucher. «

Dennoch errang die Vierjahresplan-Organisation mit Göring als «Befehlshaber» nie die Stellung einer echten wirtschaftspolitischen, alle kriegswirtschaftlichen Kräfte und Quellen zusammenfassenden und koordinierenden Kommandozentrale. Die Verlängerung des Vierjahresplans durch Hitler am 18. Oktober 1940³⁵ und die erneute Beauftragung Görings enthielt nur die besondere Weisung, den Vierjahresplan «den Forderungen des Krieges anzupassen» und war nicht mit einem konkreten Planprogramm verknüpft. Traditionelle und ad hoc geschaffene Organisationsformen liessen eine klare, einheitliche organisatorische Konzeption der deutschen Kriegswirtschaft nicht aufkommen. Darin lag letztlich die innere Logik von Polykratie und Kompetenzchaos.

2. Verzögerte Umstellung auf die Kriegsproduktion

Von Anbeginn war der planmässige Ablauf der wirtschaftlichen Mobilmachung, war ein Grossteil der vorbereiteten Mob-Massnahmen für die Wirtschaft in Frage gestellt bzw. hinfällig, da die am 25. August 1939 befohlene Mobilmachung nicht auf den zivilen Bereich in seiner Gesamtheit ausgedehnt werden sollte.³⁶ Am 3. September befahl dann Hitler die Gesamtmobilmachung der Wirtschaft mit der Einschränkung, dass in der Wirtschaft nur das Dringlichste durchgeführt werden sollte. Dadurch kamen die Mobilmachungsmassnahmen nur langsam in Gang und erhielt sich überall in der Wirtschaft und namentlich im Reichswirtschaftsministerium das Bestreben, die zivile Friedenserzeugung möglichst weitgehend aufrechtzuerhalten. Eine totale Umstellung auf die Kriegswirtschaft fand nicht statt. Nach dem rasch beendeten Polen-Feldzug freute sich auch Funk, in einer



Rede in Wien am 14. Oktober 1939 in die Propaganda vom kurzen und die Bevölkerung kaum belastenden Krieg einzustimmen: «Nun kommt aber im Kriege meist vieles anders als vorgesehen, und in diesem Kriege ist dies in ganz besonderem Masse der Fall, und zwar in einer für Deutschland höchst erfreulichen Weise. Die vorher festgelegten Pläne sind daher jetzt vielfach zu ändern, und zwar in dem Sinne, dass das wirtschaftliche Leben nicht in dem vollen Umfang umgestellt zu werden braucht, wie dies die Mobilmachungspläne vorsahen.»³⁷

Abgesehen von den gestuften Mobilmachungsbefehlen gab es noch eine Reihe von Faktoren und Reibungsflächen, die einer schlagartigen Umstellung der Friedens- auf die totale Kriegswirtschaft bremsend entgegenwirkten. Eine scharfe Zusammenfassung aller kriegswichtigen Aufträge auf einzelne Firmen und wenige Industriezweige bei gleichzeitiger Stilllegung der übrigen Betriebe (Konzentration) hätte zu einem nicht beabsichtigten schnellen Anstieg von Arbeitslosigkeit geführt. Auch waren von den «wehrwirtschaftlichen» Planern nicht alle Vorarbeiten abgeschlossen und sogar ganz übersehen worden, dass man eine realisierbare Verordnung «über die Beihilfen für die Unterstützung stillzulegender Betriebe» zur Hand haben musste.³⁸ Auf der unteren Ebene der zivilen kriegswirtschaftlichen Organisation zeigte sich noch Unfertigkeit, mangelnde Sachkunde über die Papierflut an Kriegswirtschaftsverordnungen weitgehende Unklar-

heit über Befugnisse und Anordnungsgewalten, so dass «ein gewisses Durcheinander eingetreten» war, «nicht zum mindesten dadurch, dass sich besonders die Wirtschaftsgruppen durch unmittelbare Vorschläge beim Reichswirtschaftsministerium durchzusetzen verstanden».³⁹ Die Opelwerke, an denen amerikanisches Kapital massgeblich beteiligt war, weigerten sich, den Betrieb auf die Fabrikation von Kriegsmaterial umzustellen.

Auch in der Verbrauchsbewirtschaftung funktionierte nicht alles reibungslos wie die am 1. September 1939 eingeführte und schon nach etwa zwei Tagen Einlaufzeit funktionierende Benzinrationierung mittels Ausgabe von Tankausweiskarten. Die vorgesehenen Mengen waren zum herkömmlichen Preis an den Tankstellen verfügbar.⁴⁰ Unerträgliche Szenen spielten sich demgegenüber im November 1939 in den Wirtschaftsämtern ab, nachdem in der Presse die Ausgabe der «Reichskleiderkarte» bereits mitgeteilt worden war, die örtlichen Behörden aber über noch keine entsprechenden Anweisungen verfügten.⁴¹ Pannen stellten sich hier und da ein, doch konnten die im geheimen getroffenen kriegswirtschaftlichen Vorbereitungsmaßnahmen den sogenannten «Kriegsstoss», eine wirtschaftliche Desorganisation, wie nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs monatelang zu beobachten war, vermeiden.

Letztlich entschied sich die wirtschaftliche Führung aus politischen und sozialen Gründen für eine möglichst weitgehende Beschäftigung aller Betriebe (Streuung). Sofern sie mit einem kurzen, einem «Blitzkrieg» sicher rechnen konnte, liess sich darin eine durchaus berechtigte Massnahme erblicken. In Wirklichkeit vermischten sich militärischer Illusionismus mit der Scheu vor radikalen Produktionsdrosselungen zugunsten des Hochlaufs der Rüstung. Deshalb und wegen der anfangs nur partiell wirksamen Kriegsmassnahmen von einer «friedensähnlichen» Kriegswirtschaft für den Zeitraum von 1939 bis 1941 oder gar einer «der Friedenswirtschaft sich

*Indexziffern der industriellen Produktion*⁴²

Volumen, 1928 = 100, jeweiliges Reichsgebiet

	Gesamt- produktion	je Kopf der Bevölkerung	Produktions- güter
1939	135	110	141
1940	133	103	143
1941	145	105	163

möglichst angleichenden Kriegswirtschaft zu reden⁴³, wäre aber ebenso irreführend wie falsch. Ein Zustand der Kriegswirtschaft ist dann gegeben, wenn als Primat des Wirtschaftens die Deckung des Militärbedarfs konstituiert ist.⁴⁴ Der Anstieg des bekanntlich nicht alle Kriegsausgaben einschliessenden Wehrmachtsverbrauchs bereits im zweiten Kriegsjahr auf fast die Hälfte des deutschen Volkseinkommens⁴⁵ verdeutlicht das Ausmass der inzwischen erfolgten Umlenkung der Güterströme der Volkswirtschaft und liess eine Orientierung der Wirtschaft auf eine optimale Deckung des zivilen Konsumbedarfs – wie in Friedenszeiten – längst nicht mehr zu.

Nach dem grossen, wieder auszugleichenden Materialverschleiss im Polen-Feldzug ging begreiflicherweise zuerst von militärischer Seite erheblicher Druck aus, «um nachträglich zu einer geordneten und schnellen Mobilmachung der Betriebe des GBW zu kommen und um die Kräfte für die Verstärkung der Rüstungsindustrie freizumachen».⁴⁶ Anfang November 1939 forderte General Thomas Minister Funk auf, durchgreifende Massnahmen für eine Änderung der Kriegswirtschaftsführung einzuleiten. In einer von Staatssekretär Posse (GBW) vorbereiteten Denkschrift wurde dargelegt, dass im Falle eines Zweifrontenkrieges mit entsprechender Blockade die Erzeugung und die Vorräte des Deutschen Reiches, falls nur auf die eigene Wirtschaft angewiesen, etwa zwei Jahre ausreichen würden, um den gesamten militärischen und zivilen Kriegsbedarf zu decken.⁴⁷ General Thomas drängte den Reichswirtschaftsminister, die Denkschrift zu unterschreiben und Hitler vorzulegen. Funk weigerte sich, wollte nicht wie Schacht an einer Denkschrift scheitern oder sich gar «einsperren lassen» und nicht einmal Göring die Denkschrift zustellen. Unter dem Einfluss der leitenden Kräfte im Reichswirtschaftsministerium fiel es Funk wohl auch nicht schwer, den ihm vom Führungsstab GBW vorgelegten Erlass über die «Konzentration der Kräfte» zurückzuweisen.⁴⁸ Das Reichswirtschaftsministerium ging nach dem Prinzip der «Streuung» vor, verteilte die kriegs- und lebenswichtigen Fertigungsprogramme – auch auf die Gefahr geringerer Auslastung hin – auf möglichst alle Betriebe und vermied die Stilllegung unwichtiger Produktionen. «Viele Betriebe hofften, ihre Friedensproduktion zu halten, rechneten mit einem kurzen Krieg und hielten ihre Arbeiter zurück.»⁴⁹

Im November erfolgte ein erneuter Vorstoss der Wehrmacht, der Göring zur Billigung von Richtlinien veranlasste, die den Grund dazu legten, «dass endlich eine Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft zur Durch-

führung kam».⁵⁰ Vor einer Totalisierung der Kriegswirtschaft wich indes auch Göring zurück, «weil die Partei eine starke Beeinträchtigung der Kriegsstimmung befürchtete». Andauernde Klagen der Wehrmacht erregten schliesslich auch Hitlers Missfallen über den langsamen Anlauf der Rüstungsfertigung und hatten die Führer-Befehle vom 29. November zur Folge. Sie ordneten an, «dass die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion mit aller Energie zu betreiben sei». In einer Besprechung mit General Becker äusserte Hitler: «Mit Kühlschränken, Waschmaschinen und landwirtschaftlichen Geräten werden wir England nicht besiegen!»⁵¹ Daraufhin ergangene Richtlinien Görings legten fest, dass Arbeitskräfte und Kapazitäten, die mit der Erzeugung nicht kriegs- und lebenswichtiger Güter beschäftigt seien, freizumachen sind, «soweit sie zur Verstärkung der Rüstung eingesetzt werden können. Der mit dieser Massnahme verbundene Rückgang nicht lebenswichtiger Erzeugung ist in Kauf zu nehmen». Das Reichswirtschaftsministerium sollte – soweit nötig – die Erzeugung von Gütern einschränken oder verbieten. Am Prinzip der Streuung der Auftragsvergabe, um eine Verpflanzung von Arbeitskräften zu vermeiden, wurde – wie von Hitler und den Gauleitern gefordert – festgehalten.

Bereits im Dezember 1939 ergingen vom Reichswirtschaftsministerium Weisungen zu Produktionseinschränkungen und zur Stilllegung von Betrieben und wurde damit ein komplizierter bürokratischer Prozess in Gang gesetzt. Man rechnete mit vielfachen Einsprüchen der betroffenen Firmen «oder von staatlichen oder politischen Stellen» und ordnete vorsorglich die Bildung von Kommissionen zur Überprüfung dieser Einsprüche an. Die von Kommissionen erstellten Gutachten gingen ans Ministerium. An der ausgegebenen Parole der Arbeits- und Auftragssteuerung wurden keine Abstriche gemacht, obwohl die Werke der Textilindustrie kaum noch mit über 40% der Kapazität beschäftigt wurden. Ein kritischer Zeitgenosse schrieb im Dezember 1939 an den Leiter des Bezirkswirtschaftsamtes Düsseldorf: «Mir kommt es in der Textilindustrie so vor, als wenn man in der Rüstungsindustrie Krupp-Rheinmetall und Skoda stilllegt, um dafür hunderte kleiner Maschinenfabriken auf Kanonen umzustellen.»⁵² Viel Beifall erhielt Staatssekretär Landfried – «in Württemberg einen besonders warmen Widerhall» –, als er Ende 1939 vor der Reichswirtschaftskammer versicherte, «durch eine weitgehende Auftragsstreuung auch während des Krieges den mittleren Betrieb in Gang zu halten. Nicht bloss der Staat selbst werde mit

Aufträgen an den Mittelbetrieb herantreten, sondern er habe auch die Grossbetriebe angewiesen, so weit wie möglich Unterlieferungen an die Mittelbetriebe weiterzugeben.»⁵³ Im April/Mai 1940 gingen allmählich die Berichte der Bezirkswirtschaftsämter über die Ergebnisse der «Stilllegungs- und Auskämmaktion» beim Reichswirtschaftsministerium ein. Die seit Juni genauer fassbaren, enttäuschenden Resultate, von General Thomas auf «insgesamt nur etwa 100'000» freigesetzte Arbeitskräfte beziffert, rechtfertigten gewiss nicht den grossen Aufwand an Arbeit aller beteiligten Dienststellen. Das Damoklesschwert der Stilllegung vor Augen, beeilten sich viele Betriebe, eine Umstellung auf unmittelbare und mittelbare Wehrmachts- und sonstige kriegswichtige Fertigungen vorzunehmen, um nicht aus dem Produktionsprozess ausscheiden zu müssen. Auf Vorschlag des zuständigen Referenten des Reichswirtschaftsministeriums erfolgte mit Hilfe des aus Pforzheim stammenden Reichsministers Todt beispielsweise die Umstellung der kriegsunwichtigen Pforzheimer Schmuck- und Uhrenindustrie auf die Herstellung von Zeitzündern für Flakgranaten.⁵⁴

Nach Abschluss des Waffenstillstandes mit Frankreich tauchten erneut Bestrebungen auf, die Verbrauchsgüterproduktion wieder zu Lasten der Wehrmachtfertigung anlaufen zu lassen. Ein Schreiben von Göring an Funk vom 22. Juli 1940 schob dem einen Riegel vor und untersagte, solche Erwägungen in Betracht zu ziehen. Um Arbeitskräfte, Material und Kapazitäten für die Schwerpunktfertigungen bereitzustellen, müssten vielmehr alle «in Gang befindlichen Massnahmen, wie z.B. Auskämmaktion, Stilllegungsaktion usw., voll aufrechterhalten bzw. noch verstärkt werden». Der Reichswirtschaftsminister wurde aufgefordert, dafür zu sorgen, «dass die gesamte Wirtschaftsführung sich eindeutig auf die restlose Befriedigung der Bedürfnisse der Rüstung gegen England einstellt.»⁵⁵ Im August wurde schliesslich die Stilllegung – nicht die Auskämmaktion – endgültig eingestellt, da sich gezeigt hatte, «dass die meisten Metallbetriebe, um deren Arbeiter es in der Hauptsache geht, schon in irgendeiner Form für die Wehrmacht arbeiten».

Verglichen mit dem Beschäftigtenstand vom Juli 1939 (= 100) belief sich der vom Dezember 1940 in der Grundstoffindustrie des Deutschen Reiches auf 99,2 v. H., der der Konstruktionsindustrie auf 109,6 v. H., der der Bauwirtschaft auf 68,3 v. H. und der übrigen Industrien, also im Wesentlichen der Verbrauchsgüterindustrien auf 72,0 v. H. (alles ohne Kriegsgefangene). In Lageberichten der Industrie- und Handelskammern für die Zeit von Mitte Oktober bis November 1940 wiesen verschiedene Bericht-

erstatte darauf hin, «dass die Abziehung weiterer Arbeitskräfte aus Betrieben, die für die zivile Versorgung arbeiten, die Grenze des Tragbaren schon ganz erheblich überschritten hätte». Und in dem Bericht für den folgenden Zeitraum heisst es: «Fast alle Industriezweige müssen zivile Aufträge zurückstellen, da sie nur noch Aufträge annehmen können, die mit Dringlichkeitsstufen ausgestattet sind.»⁵⁶ Arbeitskräftemangel hinderte allgemein die volle Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten. Der nicht unerhebliche Einbruch in die industrielle Produktion im Jahre 1940 gegenüber 1939 war in der Hauptsache auf die Einschränkungen in der Verbrauchsgüterindustrie zurückzuführen und liess sich durch die gegenüber 1939 um knapp 50 v. H. gesteigerte Rüstungsproduktion und den weniger ins Gewicht fallenden Anstieg der Erzeugung der Produktionsmittelindustrie (bei Rückgang der Roheisenerzeugung) nicht wettmachen. Engpässe auf der Rohstoff- und Arbeitskräfte-seite hemmten die Produktionssteigerung und machten 1940 zu einer kritischen Phase der Umstellung auf den Vorrang der Rüstungsendfertigung.

Nach den mit Fragezeichen zu versehenen Berechnungen Wagenführs⁵⁷ erfuhr die Rüstungsproduktion von 1940 auf 1941 kaum eine Steigerung. 865'000 t Munition wurden 1940 und 540'000 t 1941 mit dem Heer abgerechnet. Beachtliche Produktionssteigerungen wurden jedoch gegenüber dem Vorjahr in anderen Fertigungen erzielt (Panzer 239 v. H.; Zugkraftwagen 232 v. H.; Geschütze ab 7,5 cm 129 v. H.; Flak u. Bordwaffen 2004 v. H.; autom. Infanteriewaffen 190 v. H.). Rohstoff- und Arbeitskräftemangel, die dadurch bedingte zeitliche Streckung der Rüstungsprogramme und der noch unmittelbar vor dem Einmarsch in die Sowjetunion gefasste unsinnige Beschluss, die Rüstungsfertigung zu senken⁵⁸, bremsten ihren Hochlauf. Für einen Rüstungsausstoss wie in der Speer-Ära fehlten allerdings noch entscheidende Voraussetzungen.

Mit der von Staatssekretär Landfried im Februar 1941 an die Bezirkswirtschaftsämter gegebenen Weisung, «für eine rücksichtslose Einschränkung aller nicht unbedingt kriegswichtigen Fertigungen Sorge zu tragen», wurde erneut die Axt an den bereits verdünnten Stamm der Verbrauchsgüterindustrie gelegt. Vorausgegangen war ein Geheimerlass Görings an Reichsstatthalter und Gauleiter vom 28. Januar 1941, der forderte, dass alles, was nicht kriegsnotwendig und lebenswichtig war, «abgedrosselt» werden müsse. Künftig sollten u.a. auch beim Reichswirtschaftsministerium eingegangene Einsprüche von Statthaltern bzw. Gauleitern gegen die still-

zulegende oder zu schwächende Industrie ihres Gaues nicht beachtet werden. «Die Lösung der gigantischen Aufgabe, eine gewaltige Kriegsmacht bereitzustellen und eine ihr entsprechende Riesenrüstung durchzuführen, darf nicht aus lokalen Erwägungen, wenn sie auch noch so verständlich sein mögen, beeinträchtigt werden.» Ein Runderlass des Reichswirtschaftsministers (gez. von Hanneken) vom Februar 1941 verlangte, «die in Warenhäusern, Gross- und Einzelhandelsgeschäften angebotenen Waren auf ihre Kriegswichtigkeit hin zu überprüfen und von der Warensseite aus festzustellen, in welchen Betrieben noch kriegsunwichtige Fertigung ausgeübt wird.»⁵⁹ Für seinen Zuständigkeitsbereich erklärte Generalreferent Kehrl im März 1941: «Die kriegswirtschaftlich wichtigen Fertigungen machen – gemessen an der verarbeiteten Gesamtspinnstoffmenge – mehr als 99% der gegenwärtigen Erzeugung in der Textil- und Bekleidungsindustrie aus.» Bis Mai 1941 war es gelungen, den Anteil der Wehrmachtsfertigung, gemessen an der Zahl der Industriebeschäftigten, auf 56,9% anzuheben (55,2% Juni 1940). Die Umschichtung der Beschäftigung zugunsten der Wehrmachtsfertigung vollzog sich aber bezeichnenderweise nicht durch gravierende Einschränkungen der Produktion des zivilen Bedarfs, sondern in der Hauptsache durch Verringerung des Anteils der Wehrmachtsfertigung in der Bau-, Baustoff- und Konsumgüterindustrie um 361'900 Beschäftigte. Das bereits niedrige Niveau der zivilen Konsumgüterproduktion veranlasste Funk während der Sieges euphorie des Herbstes 1941 Hitler die Zusage auf eine baldige Belebung der «Verbraucherproduktion» abzurufen. Es blieb ein leeres Versprechen. Insbesondere durch den kräftigen Anstieg der Erzeugung der Produktionsgüterindustrie⁶⁰ wurde 1941 der Vorkriegsstand der Industrieproduktion nicht unerheblich übertroffen, wenn auch nicht die industrielle Pro-Kopf-Produktion der Vorkriegszeit erreicht.

Einen schweren Arbeitskräfteverlust erlitt die Bau-, Baustoff- und Konsumgüterindustrie, als sich bis Einbruch des Winters 1941 die sowjetische Niederlage nicht erzwingen liess, die Heeresrüstung verstärkt werden musste und fast 300'000 Neueinziehungen zur Wehrmacht befohlen wurden. Im Januar 1942 urteilte General Thomas zustreffend: «Der zivile Sektor ist fast vollkommen erschöpft.»⁶¹ Eine wesentliche Steigerung der Rüstungsproduktion hing seitdem vor allem von vermehrten Zulieferungen für sie und von der rationelleren Auslastung und Erweiterung der Rüstungskapazitäten ab. Unhaltbar war der Zustand des Gegen- und Nebeneinanders planender Stellen. Im Winter 1941/42 wurden statt 5 Mio. Kreuz-

hacken 34 Mio. hergestellt – aber an die Produktion von 20'000 Lokomotiven und 300'000 Güterwagen, die 1942/43 fehlten, nicht gedacht.

3. Verbrauchsdrosselung

Lebensmittelkarten waren mit Wirkung vom 28. August 1939 eingeführt worden und traten am 30. April 1950 in der Bundesrepublik Deutschland ausser Kraft. In der DDR und Berlin wurde weiter rationiert. Nach einem aus dem Ersten Weltkrieg nachgebildeten Verfahren gab es bis Oktober 1939 Bezugsscheine für «Spinnstoffwaren-Schuhwaren». Seit November 1939 galt die Reichskleiderkarte. Von den fünf während des Krieges ausgegebenen Reichskleiderkarten war die letzte bis Dezember 1945 gültig. Zum Erwerb von Schuhen brauchte man Bezugsscheine und später Bezugsmarken. In der Bundesrepublik endete die Schuh- und Spinnstoffrationierung 1948.⁶¹ Als «massgeblicher Urheber der Kleiderkarte» galt ein Mann mit von der Norm abweichender Ministeriallaufbahn, Dr. rer. pol. Friedrich Bauer, einst selbständiger Textilkaufmann, seit 1938 im Reichswirtschaftsministerium und seit 1942 Ministerialdirigent, ständiger Stellvertreter von Hans Kehrl und de facto Leiter der Abteilung II Text. Auf der ersten für die Zeit bis Oktober 1940 vorgesehenen Reichskleiderkarte verfügte der Normalverbraucher über 100 Punkte, auf der zweiten über 150. Für einen Wintermantel benötigte er 120 Punkte, für einen Schlafanzug genügten 45. Das komplizierte System der Reichskleiderkarte, eine bedeutende planerische Leistung, wollte dem zivilen Verbraucher das Recht auf den Bezug einer gewissen Textilmenge verbrieft. Die Bewirtschaftung war sozial gerechter, als in der Mangelwirtschaft Angebot und Nachfrage dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Ein Ausweichen etwa auf Pelzwerk war versperrt. Laut Anordnung der Reichsstelle für Rauchwaren vom 3. September 1939 wurden alle Felle und Pelzwaren im Gross- und Einzelhandel beschlagnahmt; selbst Hasen- und Kaninchenfelle, auch ungefütterte Boas und bestimmte Vogelbälge unterlagen der Konfiskation.⁶² Der Bezugsschein, also eine Bezugsgenehmigung, wurde amtlich definiert als ein «von der zuständigen Lenkungsstelle oder in ihrem Auftrag einem namentlich bezeichneten Berechtigten erteiltes Bewirtschaftungspapier». Mit der zugunsten des Krieges vorgenommenen verwaltungswirtschaftlichen Umverteilung der Gütermengen und demzufolge der Verknappung an zivilen Konsumgütern

entstand faktisch eine zweite Art von Geld, benötigte der Verbraucher einen meist personengebundenen weiteren papiernen, aber sparsamer bemessenen Anteilschein auf das Sozialprodukt, eben diese verschiedenen «Bewirtschaftungspapiere». In der Kriegsmangelwirtschaft war der schmale Weg zur rationierten privaten Bedarfsdeckung mit zahllosem Papier gepflastert. Bereits im ersten Kriegsjahr erlebte man den Widersinn, dass für den Einkauf bezugsscheinfreier Waren sogenannte Stammkarten ausgegeben wurden,⁶³ ebenfalls ein Bezugsnachweis, um Nachfrage zu begrenzen.

Produktionsindices geben zwar keinen genauen Aufschluss über die tatsächliche Versorgung von Konsumenten mit Verbrauchsgütern, bringen aber Umstellungen innerhalb der Kriegswirtschaft tendenziell zum Ausdruck. Der Rückgang der Verbrauchsgütererzeugung seit 1939 wurde deutlicher beim elastischen Bedarf (ohne Nahrungs- und Genussmittel) erkennbar. Je Kopf der Bevölkerung berechnet, lag die Erzeugung an Verbrauchs-

<i>Verbrauchsgütererzeugung</i> ⁶⁴				
Jahr	Volumen, 1928 = 100, Ver- brauchs- güter	jeweiliges Reichsgebiet je Kopf	Verbrauchsgüter des elastischen Bedarfs	je Kopf
1939	127	103	127	103
1940	118	91	112	86
1941	119	86	108	78

gütern des elastischen Bedarfs «1941 nur wenig höher als im Jahr der tiefsten Krise 1932». In Wirklichkeit war die Versorgung der Zivilbevölkerung bis Ende 1941, da die Bedarfsdeckung der Wehrmacht u.a. Vorrang hatte, noch stärker geschrumpft. Auch rangierten damals in der noch nicht korrigierten Statistik unter der Sparte «Verbrauchsgüter» sogar Betriebe der unmittelbaren Rüstungsfertigung, beispielsweise Schokoladenfabriken, die Granaten füllten oder Pianoforte-Fabriken, die Flugzeugteile bauten. Auch Statistiken bargen stets ihre besonderen Geheimnisse.

Hamsterkäufe der Verbraucherschaft verhalfen in den ersten Kriegsmonaten dem Einzelhandel zunächst zu erheblichen Umsatzsteigerungen, bei Wäsche um 45,5%, Bettwaren 44,8%, Möbeln 30-35%, bei Keramik und Glaswaren um 35% gegenüber der Vorjahreshöhe.⁶⁵ Die Lager im Gross-

und Einzelhandel wurden weitgehend geräumt. Warenknappheit, Umsatzrückgänge und Unrentabilität kennzeichneten die Situation des Einzelhandels bereits im Frühjahr 1940. In den Lageberichten der Industrie- und Handelskammern von Juni/Juli 1940 ist zu lesen, dass die Versorgung mit bewirtschafteten Gütern reibungslos verlaufe. «Mangelercheinungen zum Teil recht erheblichen Umfangs zeigten sich jedoch in Berufskleidung, Babywäsche und Kinderstiefeln. Desgleichen ist die Versorgung mit Eisenwaren und Haushaltsgegenständen unzureichend.» Eine Bedarfsdeckung nach Erzeugungsplänen lief stets Gefahr, am «Markt» vorbeizuproduzieren. Im Oktober/November 1940 machten die Lageberichte darauf aufmerksam: «Der Bedarf an warmer Winterkleidung, insbesondere Wintermänteln, warmer Unterwäsche und sonstiger Herren- und Damenoberbekleidung kann nicht in wünschenswertem Umfang befriedigt werden.» In Essen war im Dezember 1940 nur eine 30%ige Deckung der Spinnstoffbezugsrechte zu erreichen. Zunehmende Verknappungen kennzeichneten 1941 trotz Räumung von Lagern die zivile Versorgungslage. Schon im April 1940 drohten nach den Lageberichten des Beauftragten für den Vierjahresplan die ungenügende Schuhversorgung «zu einer politischen Frage erster Ordnung» zu werden. Bis zum 1. Mai 1941 hatte sich in der Stadt Essen ein Stapel von 40'357 Anträgen auf Frauenstrassenschuhe angesammelt, von denen 16'333 als vordringlich anerkannt waren. Nur 1928 Bezugsscheine konnten ausgegeben werden. Inwieweit bayerische Erhebungen in einigen Textilhandelsbetrieben⁶⁶, die 1941 insgesamt einen Umsatzrückgang von rund 25% gegenüber 1938 nachwies, als aussagekräftig anzusehen sind, ist schon deshalb zu bezweifeln, weil inzwischen stillgelegte Handelsbetriebe in die Rechnung einzubeziehen sind.

Dem «rationierten» Verbraucher stand auf der anderen Seite der Konsumdrosselung ein komplizierter, kaum durch- und überschaubarer bürokratischer Apparat gegenüber, der mit Genehmigungen und Verboten tagtäglich operierte, der Herstellungsvorschriften und Verarbeitungsrichtlinien erliess, der kontingentierte, lenkte und verteilte, der Typen «bereinigte» und «beschränkte». Den grössten Teil der bewunderten und begehrten sowie vielen weniger ins Auge fallenden Erzeugnisse, welche die Marktwirtschaft einst hervorgebracht hatte, wurde binnen anderthalb Jahren mit seitenlang aufgelisteten Herstellungsverböten von den Warenmärkten weggefegt. Die Liste V der Erzeugnisse, für die Herstellungs- und Verwendungsverböte 1941 bestanden, nannte einige tausend auf den «Produktionsindex» gesetzte, gebannte Produkte.⁶⁷ Zusammengestrichen wurde das

reiche Angebot der Metallwarenindustrie auf nur wenige, fast an den Fingern aufzählende Erzeugnisse. Verbannt wurden von den «Produktzensoren» fast alle Kautschukwaren und dabei selbst Nabelbinden, Flaschenverschlüsse, Gummiknöpfe, Sockenhalter und Hühneraugenringe nicht vergessen. Endlos war auch die Liste verbotener Kunststoffprodukte. Die Produktion von Hornerzeugnissen wurde auf 50% des Verbrauchs vom Januar bis August 1939 beschränkt, die von Knochenprodukten (Eierbecher, Salatbestecke, Schuhanzieher u.a.) auf 15% des Vorkriegsverbrauchs. Während in der Textilindustrie die Lenkung in Form von positiven Anfertigungsanweisungen erfolgte, ergingen in der Bekleidungsindustrie seit Kriegsbeginn absolute Herstellungs- und Verwendungsverbote und wurden laufend entsprechend der «Deckungslage» korrigiert. Berufskleidung wurde seit Kriegsbeginn genormt und auf acht Typen begrenzt. Lumpenhandel und Lumpensammler galten als besonders kriegswichtig, handwerkliche Webereien nur dann, «wenn die Aufträge an sich staatswichtig sind». In der Baumwollspinnerei und -Weberei waren Anfang 1941 einschneidende Einschränkungen der Kapazitätsausnutzungen angeordnet worden. Verschiedene Zweige der Textilindustrie arbeiteten schon 1941 zu 70 und mehr Prozent für die Wehrmacht. Durch «Auskämmung der Betriebe» war in der Bekleidungsindustrie die Erfüllung der auf die Kleiderkartendeckung abgesenkten Sollerzeugung bereits in Frage gestellt. Die jeweils für den privaten Konsum zur Verfügung stehende Fasermenge bestimmte die Zahl der zur Einlösung freigegebenen Punkte der Reichskleiderkarte. Der größte Teil der Gewebeproduktion entfiel auf die Wehrmacht und sonstige öffentliche und industrielle Bedarfsträger. Über die von den zuständigen Reichsstellen jährlich bzw. vierteljährlich ausgearbeiteten Erzeugungspläne entschied das Reichswirtschaftsministerium (Kehrl) nach Anhörung auch der Partei, der DAF und der NS-Frauenschaft. Im regionalen Rahmen waren an den Erzeugungs-, Umlegungs- und Belegungsplänen die verschiedensten Mittelinstanzen beteiligt bzw. heranzuziehen.

Über die Reichsstelle für Leder lief die Steuerung der Ledererzeugung und der Schuhproduktion. Den nach Kriegsbeginn ausgewählten Grundziffer-Gerbereien (Kapazitätssignatur) waren Höhe und Art der Erzeugung genau vorgeschrieben ebenso wie der Schuhindustrie, der präzise gesagt wurde, welche Art von Schuhen und wie viele Paare der einzelnen Arten erzeugt werden mussten. Heftige Proteste des württembergischen Gauleiters Murr wegen der zu schwachen Belegung der bedeutenden württember-

gischen Lederindustrie führten sogar zur Ablösung des zuständigen Referatsleiters im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Hoffmann-Bagienski. Bereits 1940 erreichte die deutsche Schuhindustrie den Tiefstand ihrer Beschäftigung und Produktion während der Kriegszeit.⁶⁸ Über die Rangeleien zwischen dem Ernährungsministerium und seinen nachgeordneten Stellen mit dem Reichswirtschaftsministerium wegen der Enthäutung der Schlachtschweine zur Ledergewinnung entschied erst ein Machtwort Görings und ermöglichte ein Arrangement für das pockennarbige Schweineleder.⁶⁹

Obwohl der Umsatz im Papierwareneinzelhandel bis 1941 nicht abgesunken war, kam es auch bei der Papierversorgung zu Verknappungserscheinungen. Die Planer übersahen das notwendige starke Anwachsen des Papierbedarfs im Kriege, Resultat der verschärften Bewirtschaftung, der Bürokratisierung und des gestiegenen Bedürfnisses nach privater Kommunikation (Feldpostbriefe u.a.). Eine typisierte Stapelwarenproduktion im Bereich der Porzellangeschirrinindustrie machte gemäss den Anordnungen des Reichswirtschaftsministeriums Mitte 1941 bereits knapp die Hälfte der noch nicht bewirtschafteten Geschirrgesamtproduktion für den zivilen Inlandsbedarf aus.

Erhebliche Versorgungsschwierigkeiten zeigten sich sogleich nach Kriegsausbruch bei Eisenwaren, insbesondere bei dringend benötigtem eisernem Haus- und Küchengeschirr und -gerät. Mangel an Eisen und Vorrang der Rüstung hatten auf Anhieb die zivile Fertigung getroffen. 1938 waren bei bereits erkennbaren Verknappungserscheinungen für die Erzeugnisse des Teiles I der Liste «Handelswaren aus Eisen und Stahl» im Quartalsdurchschnitt 203'315 t Eisen bereitgestellt worden, im dritten Quartal 1940 waren es trotz des vergrösserten Reichsgebiets 41'341 t (= 20%) und im ersten Quartal 1942 nur 27'508 t (= 13,5%).⁷⁰ Der sich kumulierende Bedarfsrückstau verschärfte ständig die Mangelerscheinungen. Auf Drängen des Handels und der Industrie auch nach «einer arbeitseinsatzmässigen Sicherung dieser zivilen Restfertigung» haben Ende 1941 das Reichswirtschaftsministerium zumindest zu der Zusage veranlasst, entsprechende Massnahmen einzuleiten.

Für die Leitung der gesamten Bewirtschaftung von Eisen und Stahl zeichnete der Generalbevollmächtigte für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung, General von Hanneken, verantwortlich. Die Verteilung von Eisen und Stahl erfolgte in der Form von Kontingenten (Vollkontingente, Teilkontingente, Verarbeitungskontingente), die den jeweils bestimmten Kontingentsträgern (Wehrmacht, NSDAP, Vierjahresplan usw.) direkt übertragen

wurden. Industrie und Handwerk bekamen ihre Rohstoffkontingente über die Wirtschaftsgruppen, Fach- und Fachuntergruppen sowie über die Handwerkerinnungen, die eine wirksame Steuerung bei einem Minimalaufwand im Reichswirtschaftsministerium gewährleisten konnten. Für die Versorgung des zivilen Bedarfs verfügte die Reichsgruppe Handel seit 1940 über ein Eisenkontingent (Handelskontingent) und wurde damit dem Handel überlassen, im Rahmen des zugelassenen Warensortiments die für die Versorgung der Bevölkerung nach der jeweiligen Bedarfslage wichtigsten Eisenwaren zu bestellen. Ein Runderlass vom März 1941 sicherte den Landes Wirtschaftsämtern eine Einflussnahme auf die Bestellungen des Handels zu.

Alle Kontingentierungsverfahren konnten sich niemals ganz dem Vorwurf entziehen, «dass Hersteller oder Händler ihre Kontingente auch unter dem Gesichtspunkt einsetzen, wie mit der beschränkten Rohstoffmenge der höchste Umsatz bzw. Gewinn zu erzielen sei».⁷¹ Bei seinem Bestreben, die Bevölkerung mit dem notwendigsten Lebensbedarf zu versorgen, wurde das Reichswirtschaftsministerium von den Firmen wesentlich unterstützt, die auch im Kriege die Friedensfertigung nicht völlig aufgeben wollten. Andererseits konnte seit 1941 auch von einer «Verfemung» der zivilen Produktion, einer Zurückhaltung ihr gegenüber gesprochen werden. Hersteller lehnten es ab, Aufträge für den zivilen Bedarf zu übernehmen, weil sie befürchteten, sie würden einen Entzug von Arbeitskräften und Produktionseinschränkungen nach sich ziehen. Auch nahm die Preispolitik des Preiskommissars nicht Rücksicht auf erforderliche Preiserhöhungen bei lebenswichtigen Verbrauchsgütern und bot daher den Betrieben keine Produktionsanreize. Durch jahrelange Warenverknappungen waren Ende 1941 längst der tatsächliche Bedarf und die effektive Kaufkraft der Zivilbevölkerung der Produktion «davongelaufen». Neue Produktionseinschränkungen, hervorgerufen von einer kaum mehr übersehbaren Zahl dringlicher Sonderregelungen, vergrößerten die Scherenbewegung zwischen Bedarf und Produktion. Für den von Göring im Juni 1941 angeordneten forcierten Ausbau der Leichtmetall- und Mineralölerzeugung war ein zusätzlicher Verbrauch an Kohle zu decken. Diese war nicht vorhanden. Daraufhin gab der Reichsmarschall am 9. September 1941 die geheime Weisung: «Bei dem gegenwärtigen Stand der Kohlenförderung können im Kohlenwirtschaftsjahr 1941/42 der Industrie und den Versorgungsbetrieben die angeforderten Mengen nicht voll zur Verfügung gestellt werden. Von der Gesamtmenge müssen unter allen Umständen das Luftwaffenprogramm, die

Herstellung von Panzerkraftwagen, U-Booten, Leichtmetallen, Treibstoffen und Buna 100%ig beliefert werden.

Da eine Kürzung der für den Hausbrand vorgesehenen Kohlenmenge nicht zu verantworten ist, müssen die sonstigen Industrie- und Versorgungsbetriebe mit den restlichen Mengen auskommen». ⁷² In der deutschen Kriegswirtschaft 1940/41 entstandene Fehlmengen an Kohle (1940: 40 Mio. t) hemmten die Ausweitung der Rüstungsproduktion und trugen neben dem erwähnten Aderlass an Arbeitskräften wesentlich zum Absinken der Verbrauchsgüterproduktion bereits im Winter 1941/42 weit unter das Niveau der Weltwirtschaftskrise bei. Jede «Unterlieferung» der Steinkohlenverbraucher machte sich besonders stark in Kontingentskürzungen bei den weniger wichtigen, also in der Verbrauchsgüterindustrie bemerkbar. In Zentren der Rüstungswirtschaft wurde sie damals mehr als anderwärts ausgedört. Die Versorgungsprobleme, bisher im Grossen und Ganzen befriedigend bewältigt, wuchsen und erfuhren vor allem nicht durch das ergangene Verbot, die besetzten Gebiete mit Verbrauchsgütern zu beliefern, eine angemessene Lösung.

4. Clearingdefizite. Aussenwirtschaft im Grosswirtschaftsraum

Anstatt den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank von etwa 500 bis 600 Mio. RM zur Bevorratung mit strategischen Rohstoffen einzusetzen, meldete Funk Ende August 1939 seinem Führer, dass er «inzwischen alle irgendwie erfassbaren Guthaben der Reichsbank und der gesamten deutschen Wirtschaft im Auslande in völlig unauffälliger Weise in Gold verwandelt» habe. ⁷³ Die relativ geringen deutschen Vorräte an kriegswichtigen, kaum für eine einjährige Kriegsdauer ausreichenden Rohstoffen bei Kriegsausbruch 1939 ⁷⁴ vergrösserten trotzdem nicht die Erfolgchancen einer erneuten alliierten Wirtschaftsblockade Deutschlands. ⁷⁵ Von England mit Neutralen in aller Welt geschlossene «War Trade Agreements» waren auf die Dauer von geringer, in Einzelfällen von deutlich greifbarer Effektivität. Um dem Widerstand der Neutralen gegen die britische Blockadepolitik den Rücken zu stärken, teilten Anfang September 1939 die deutschen Gesandtschaften den Regierungen der «Oslo-Staaten» mit, dass das Deutsche Reich «nötigenfalls bereit und in der Lage sein» würde, «in die bisher von England und Polen bewirkte Kohlenversorgung dieser Länder einzu-

treten.»⁷⁶ Finnland wurden Konzessionen in Aussicht gestellt, wichtigen Handelspartnern neue Verhandlungen über den Warenverkehr angeboten. In hektischer Betriebsamkeit versuchten die verschiedensten deutschen Stellen, «systemlose Warenkäufe» in verschiedenen Ländern, besonders in Belgien, vorzunehmen. Von der Reichsbank wurde eine beschleunigte Devisenbereitstellung erwartet. Nur zögernd gingen die Schweizer auf deutsche Verhandlungsvorschläge ein. Bei den Verhandlungen in Kopenhagen und Stockholm vertraten Dänen und Schweden den vernünftigen Standpunkt: Wenn Deutschland «unsern Handel mit England stört, können wir nach der inneren Struktur unserer Wirtschaft unsere Ausfuhr nach Deutschland nicht im normalen Umfang aufrechterhalten».

Auf den gesamten zwischenstaatlichen Gütertausch wirkte sich Hitlers Einmarsch in Polen zunächst lähmend aus und brachte einen beträchtlichen Rückschlag. Während die meisten anderen Länder ihre Einfuhren jedoch noch im September/Oktober 1939 im Zuge von Vorratskäufen steigern konnten, gingen die deutschen Einfuhren, insbesondere die wichtiger Rohstoffe wie Baumwolle, Kautschuk, Erze usw., infolge der britischen Blockade um einige Hundert Millionen RM zurück (Okt. 1938: 527,5 Mio. RM; Okt. 1939: 271,4 Mio. RM). Andererseits setzte sich der deutsche Ausfuhrückgang vom September im Oktober 1939 nicht fort. Die Auswirkungen der Blockade und Gegenblockade, notwendige Umstellungen der Binnenwirtschaften und Umlagerungen des Aussenhandels bereiteten nach Kriegsausbruch den meisten Volkswirtschaften, auch Deutschland, Schwierigkeiten. Deutschlands Rohstoffeinfuhren aus Drittländern, für die ursprünglich eine Bezahlung zu 50% in Kriegsmaterial und zu 50% in Devisen vorgesehen waren, mussten «via Russland in gebrochenem Transit» erst anlaufen. Waren vor Kriegsausbruch etwa 9 Mio. t schwedische Eisenerze über das erhöhte Bedeutung gewinnende norwegische Narvik und das schwedische Lulea nach Deutschland verschifft worden, so beharrten die Schweden bis Januar 1940 darauf, nicht mehr als 7 Mio. t (Durchschnitt der Jahre 1932-38) zu liefern und verlangten Gegenlieferungen von Eisen, Kohle und Koks. Das Reichswirtschaftsministerium, damals im Handelspolitischen Ausschuss an Stelle des stets durch Abwesenheit «glänzenden» Unterstaatssekretärs von Jagwitz von dem einst von englischen Verhandlungspartnern wegen seiner Sachkunde gelobten und bei ihnen beliebten Ministerialdirigenten Bergemann⁷⁷ vertreten, sollte beschleunigt Möglichkeiten prüfen, um die schwedischen Wünsche zu befriedigen. In Pressburg vereinbarte der geborene Husumer und aus der christlichen Gewerkschafts-

bewegung hervorgegangene Dr. Günther Bergemann (1902-1968) – von 1952 bis 1957 Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium in Bonn – den bisherigen zollfreien Verkehr zwischen der wirtschaftlich stabilen Slowakei sowie dem Protektorat und dem Sudetenland vorläufig aufrechtzuerhalten. In Sofia machte damals Ministerialdirigent Landwehr vom Reichswirtschaftsministerium als Vorsitzender des deutschen Regierungsausschusses den Bulgaren verlockende Zusagen. Die schwierigen deutsch-spanischen Verhandlungen waren Ministerialdirektor Wohlthat anvertraut. Ministerialdirigent Schlotterer von der Aussenhandelsabteilung sondierte im März 1940 die Verhältnisse in der belgischen Hauptstadt für die noch im April geführten deutsch-belgischen Verhandlungen. Schlotterer konstatierte «die Abneigung vieler belgischer Firmen gegen Abschlüsse innerhalb der Kontingente». Eine weitgehende Zurückhaltung ausländischer Importeure und Exporteure gegenüber deutschen Handelspartnern bestimmte bis Mitte 1940 die im Vergleich zum Vorkriegsstand auf ein erheblich niedrigeres Niveau abgesenkte deutsche Einfuhr- und Ausfuhrsituation.

Die Schwerindustrie in dem soeben eroberten Ostoberschlesien in die deutsche Rüstungsproduktion einzubeziehen, war von Hitler bereits am 8. September 1939 angeordnet worden.⁷⁸ Einige Tage danach sandte Wirtschaftsminister Funk seinen Generalreferenten Hans Kehrl gen Osten, um in den während des Polen-Feldzuges besetzten Gebieten wirtschaftliche Belange im Interesse des Reichswirtschaftsministeriums wahrzunehmen.⁷⁹ Beamte des Ministeriums wurden 1939 in die Wirtschaftsabteilungen der Reichsstatthalter der neuen östlichen Reichsgaue, in die Verwaltung der beschlagnahmten polnischen Mineralölwirtschaft im Generalgouvernement u.a. abgeordnet. Konkretere Planungen über die Einbeziehung der eroberten Ostgebiete in die deutsche Kriegswirtschaft lagen im Reichswirtschaftsministerium wohl erst nach der teilweisen Eingliederung dieser Gebiete als Reichsgaue vor.⁸⁰ Die Bergbauabteilung plante im März 1940 eine Erhöhung der Steinkohlenförderung von 44,6 Mio. jato (Ist 1938) auf 58,0 Mio. jato bis 1943 «für das gesamte Ostgebiet, also Ostoberschlesien, Dombrowa, Krakau, Karwin». Die Eisenerzförderung sollte verdoppelt und das Fördersoll der ostoberschlesischen Zinkgruben bis 1942 von 60'000 t auf 80'000 t und das der Bleigruben von 5'500 t auf 8'000 t gesteigert werden. Die bedeutende Schwefelkiesgrube Staszik bei Slupia-Nowa im Generalgouvernement erhielt die Anweisung, ihre Förderung auf 150'000 jato (1938: 80'000) zu bringen.⁸¹ In Lodsch entstand mit der Zellgarn AG Litz-

mannstadt – ein Reichsunternehmen – das grösste, federführend vom Reichswirtschaftsministerium bearbeitete Förderprojekt der deutschen Textilwirtschaft während des Krieges. Seit 1941 deckte die Zellgarn AG den gesamten deutschen Bindegarnbedarf für Mähbinder. Der I.G. Farben erteilte der Reichswirtschaftsminister (gez. von Hanneken) die Erlaubnis zur provisorischen Verwaltung von drei grossen polnischen chemischen Fabriken (Boruta, Wola, Winnica).⁸² Die Eigentumsprobleme zu lösen, übernahm die im Oktober 1939 gegründete, dem Vierjahresplan nachgeordnete Haupttreuhandstelle Ost. Kehrl fungierte auch als Aussenposten Funks im neu errichteten Generalgouvernement, das von Göring im Interesse der deutschen Wirtschaft und Rüstungskraft zur Ausbeutung freigegeben worden war. Soweit der Warenverkehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Generalgouvernement in den Aufzeichnungen der Deutschen Verrechnungskasse ihren ordnungsgemässen Niederschlag fand, schloss er – im Gegensatz zu Kehrl – von Anbeginn bis Kriegsende stets mit einem Negativ-Saldo zu Lasten des Reiches (Ende 1940: 11,3 Mio. RM; Ende 1941: 6,5 Mio. RM). Ende 1940 wurde die I.G. Farben vom Reichswirtschaftsministerium angewiesen, den Ausbau einer vierten Buna-Fabrik in Angriff zu nehmen, für die dann ein Gelände bei Auschwitz ausgewählt wurde. Gegen die Abstellung jüdischer Häftlinge oder ihre Verlegung in Forschungsbetriebe protestierte das Reichsamt für Wirtschaftsausbau vergebens.

In Dänemark und Norwegen folgten ebenfalls abgeordnete Beamte des Reichswirtschaftsministeriums dem Einmarsch deutscher Truppen. Bis zur Ernennung von Gauleiter Terboven als Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete Ende April 1940 war Ministerialdirektor Sarnow in Norwegen als Bevollmächtigter für Wirtschaftsfragen tätig.⁸³ Vergebens bemühte sich Funk seit 1940, die hohen Anforderungen von norwegischen Zahlungsmitteln durch die Wehrmacht, Organisation Todt, Nordag usw. einzudämmen. In den deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen stand seit 1940 ein ausgeprägtes Bestreben des Deutschen Reiches, die wegen ihrer begehrten Agrarüberschüsse unentbehrliche dänische Wirtschaft in die kontinentale Kriegswirtschaft zu integrieren, im Vordergrund. Gegen den dänischen Widerstand wollten aber die auf Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks bedachten deutschen Bevollmächtigten in Kopenhagen den Gedanken einer deutsch-dänischen Wirtschaftsunion nicht durchsetzen.⁸⁴ Widerstand gegen die vom Auswärtigen Amt angeregten und im Herbst 1941 gescheiterten Verhandlungen um eine

«Währungs-Union» mit Dänemark regte sich unmittelbar im Reichswirtschaftsministerium, unterstützt von Funk.⁸⁵ Wenig später standen Reichswirtschaftsministerium und Reichsbank der von der dänischen Regierung gewünschten Aufwertung der Dänen-Krone positiv gegenüber.

In den vorbereiteten Wirtschaftsstäben bzw. -Abteilungen für die Militärverwaltungen in Holland, Belgien und Frankreich fanden sich zahlreiche ehemalige, abgeordnete und zur Wehrmacht eingezogene Beamte des Reichswirtschaftsministeriums und Angehörige von Wirtschaftsorganisationen wieder. Parteiinstanzen hatten auf die Einrichtungen der Militärverwaltungen keinen Einfluss. Es war insgesamt eine recht geschlossene, gutwillige Menschengruppe, stolz auf deutsche Ordnung, Leistung und Verwaltungspräzision.⁸⁶ Teilweise zählte sie zur Führungselite der deutschen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Sachkenner also, umsichtige Ministerialarbeit zu leisten fähig. Wirtschafts- und Finanzberater bei General von Falkenhausen in den Niederlanden war kurze Zeit in Görings Auftrag Ministerialdirektor Wohlthat. Vier Referate der Wirtschaftsabteilung des Militärbefehlshabers General von Falkenhausen (Holland, Belgien) wurden von Vorstandsmitgliedern grosser deutscher Aktiengesellschaften besetzt.⁸⁷ Eines Tages meldete sich dort als Berater für Devisenfragen in der ungem genagerten Uniform eines Oberkriegsverwaltungsrats Dr. Hans Hartenstein, inzwischen Vorstandsmitglied der Schering AG. Oberbergrat Theo Keyser etablierte die Militärverwaltung in Brüssel, ebenso die guten Traditionen des Reichswirtschaftsministeriums verkörpernd wie sein Kollege, Ministerialdirektor Dr. Elmar Michel, der in Paris unter General von Stülpnagel die Wirtschaftsabteilung der Militärverwaltung Frankreich leitete. Wirtschaftliche Ziele der Militärverwaltungen waren der Aufbau der Wirtschaft in den besetzten Gebieten, um sie für die Bedürfnisse der Wehrmacht nutzbar zu machen.⁸⁸ Aufgrund der von Hitler für die Verwaltung der besetzten Westgebiete erlassenen Weisung wurde Staatssekretär Posse, der frühere Staatssekretär des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, zum Wirtschaftsbevollmächtigten beim Generalquartiermeister ernannt. Über den Stab Posse bzw. den Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete liefen seit Anfang Juni die Verbindungsfäden des Reichswirtschaftsministeriums in die besetzten Westgebiete. Wiederum verfuhr man nach dem Grundsatz «die Wirtschaftshoheit folgt der militärischen». Die einheitliche Planung ihrer Wirtschaft übertrug Hitler Mitte Juni 1940 Göring als Beauftragtem für den Vierjahresplan, so dass unter Einbeziehung des OKW und des Reichsministeriums für Bewaffung und Muni-

tion seit 1940 vier mit Weisungsbefugnis über die Wirtschaft ausgestattete oberste Reichsbehörden in den besetzten Westgebieten aktiv wurden und sich gegenseitig behinderten.⁸⁹

Die erste, bis in den Herbst 1940 zu datierende Phase der deutschen Besatzungsherrschaft war durch die «Ausräumung» der grossen Reichtümer dieser Gebiete an Rohstoffen, Vorräten und Produktionsmitteln aller Art und deren Überführung nach Deutschland gekennzeichnet.⁹⁰ Als der Abtransport von Rohstoffen unter dem Göring unterstellten Inspektor für Erfassung und Einsatz von Rohstoffen in Belgien und Frankreich noch lief und Görings Devisenschutzkommandos noch Jagd auf Wertsachen in den Safes französischer Privatbanken machten, setzte bereits eine auf längere Besatzungsdauer eingerichtete Umorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber den Westgebieten ein, angedeutet in dem Bericht von Görings Rohstoff Inspektor vom 13. September 1940: «Von massgebender Stelle – Beauftragter für den Vierjahresplan, Reichswirtschaftsministerium, OKW – sind Befehle ergangen, die einerseits den restlosen Abtransport der Spar- und Mangelgüter anordneten und die andererseits – dieser Befehl wurde später gegeben – das restlose Anlaufen wesentlicher Teile der französischen Industrie zur Erhöhung des Rüstungspotentials aussprachen». Am 7. Oktober – die Hoffnung auf eine Kapitulation Englands und auf ein baldiges Kriegsende im Westen war verschwunden – wies Göring den Reichswirtschaftsminister an, die deutsche Industrie aufzufordern, Aufträge für Fertigungen des zivilen Sektors nach den Westgebieten zu vergeben. «Um die deutsche Industrie zu entlasten und gleichzeitig die in den besetzten Westgebieten vorhandenen Kapazitäten einer zweckmässigen Ausnutzung zuzuführen, sind Zentralauftragsstellen eingesetzt worden, über die die Auftragsvergebung nach den besetzten Gebieten zu erfolgen hat». Ein offenbar zögerndes Verhalten von Teilen der deutschen Industrie veranlasste General von Hanneken (Hauptabteilungsleiter II) am 9. Dezember 1940, die Wirtschaftsorganisation entsprechend den vorangegangenen Willensäusserungen Hitlers und Görings anzuweisen, dass die Auftragsverlagerungen in die besetzten Gebiete (nicht Frankreich allein) «nunmehr auf allen Fachgebieten mit allen Mitteln vorwärtsgetrieben werden». Bis Ende 1940 vergab der deutsche Maschinenbau Aufträge in Höhe von 64,1 Mio. RM (darunter 36,4 Mio. RM Werkzeugmaschinen) in besetzte Gebiete.⁹¹ Klagen über mangelnde Bereitschaft deutscher Unternehmen zur Verlagerung von Aufträgen hielten indes an. Infolge «des energi-

schen Widerstandes der Industrie- und Handelskammer Augsburg» hatte sich das dortige Rüstungskommando bis April 1941 mit der Verlagerung ziviler Fertigungen von Rüstungsbetrieben nicht durchsetzen können.

Anfang 1941 ordnete Hitler an, «auch das unbesetzte Frankreich in stärkerem Masse als bisher für die Zwecke der deutschen Wirtschaft heranzuziehen». Daraufhin erging vom Reichswirtschaftsministerium eine Weisung an Michel als Chef der Wirtschaftsabteilung des Militärbefehlshabers, mit dem französischen Produktionsministerium in diesem Sinne Fühlung aufzunehmen. Bis dahin erfolgte die Verlagerung von Aufträgen ins unbesetzte Frankreich über private französische Unternehmer. Schon im Frühjahr 1941 führten in Paris unter Leitung von Michel die Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und französischen Farbstoffindustrie zu einem Abkommen (Francolor-Abkommen), das für die I.G.-Farben eine Beteiligung von 51% vorsah und den Wunsch der französischen Regierungsvertreter zum Ausdruck brachte, «dass die Vereinbarung über die Höhe der deutschen Beteiligung nicht als Präzedenzfall für spätere ähnliche deutsch-französische Vereinbarungen angesehen werden dürfe».⁹² Grundsätzlich waren deutsche Firmen nur Treuhänder von Werken in den Westgebieten, erhielten aber als Anreiz, um eine möglichst hohe Produktion zu erreichen, die kaum befriedigende Zusicherung, diese nach siegreichem Kriegsende erwerben zu können.⁹³

Von Göring bekam Funk am 22. Juni 1940, schon am Tage des Abschlusses des Waffenstillstands mit Frankreich, den Auftrag, die Vorarbeiten zum «Einbau der in das Reich eingegliederten und der besetzten Gebiete in die grossdeutsche Wirtschaft», ferner auf dem Gebiet der wirtschaftlichen «Auseinandersetzung mit den Feindstaaten» sowie zum «Neuaufbau der von Deutschland geführten Kontinentalen Wirtschaft» und ihren Beziehungen zur Weltwirtschaft aufzunehmen. Einer Besprechung der Chefs der beteiligten Ressorts trug Funk am 22. Juli 1940 seine der Zwangswirtschaft verhafteten Gedankenvorgänge vor. Er befürwortete die Beibehaltung der Preis- und Bewirtschaftungsmethoden, regte an, eine Währungs- und Zollunion von Ländern etwa gleichen Lebensstandards zu erörtern, und meinte, dass Deutschland «jetzt politisch die Macht» besäße, «eine Neuordnung der Wirtschaft entsprechend seinen Bedürfnissen durchzusetzen». Dem Bekenntnis zur Zentralverwaltungswirtschaft entsprach seine Überzeugung, dass man im vergrösserten Wirtschaftsraum «mit einer konjunkturellen Wirtschaft arbeiten» könnte. Mit der zusammenfassenden Bearbei-

tung der zu planenden Nachkriegswirtschaft wurde Schlotterer beauftragt.⁹⁴ Im Reichswirtschaftsministerium wurde ein Referent auf die Erkundung internationaler Kapitalverflechtungen angesetzt. Dem Zugriff auf die Aktienmehrheit der Arbed (Luxemburg) widersetzte sich jedoch der Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens (Friedrich Ernst und Sperl).

Obwohl zumindest die deutsche und italienische Regierung angeblich in ihren Standpunkten «über die zukünftige wirtschaftliche Neugestaltung Europas» übereinstimmten, auch Unterhaltungen darüber zwischen Funk und Botschafter Giannini stattfanden, hatten die Beteiligten bald den ungunstigen Eindruck, man würde zu weit vordringen und das Fell des Bären aufteilen, ehe er erlegt und Hitlers politische Ziele bekannt waren. Im Handelspolitischen Ausschuss bestand am 9. August 1940, im Vorfeld der geplanten Landung in England, Übereinstimmung darüber, «die öffentlichen Erörterungen über die deutschen Pläne für die wirtschaftliche Neugestaltung Europas nach Möglichkeit zu beschränken». Der seit Langem in Aussenhandelsfragen rührige lübbische Gesandte Daitz wurde «nochmals» aufgefordert, im Rahmen der von ihm gegründeten Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Grossraumwirtschaft e. V. nur wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu betreiben und von öffentlicher Propaganda sowie von Kontaktnahmen im Ausland abzusehen. «Eine Zeit der Bejahung und Lebensfreude liegt vor Europa, wenn sich seine Völker dazu aufrufen können, den geschichtlichen Augenblick zu ergreifen», orakelte unbeanstandet Karl Megerle in der Berliner Börsenzeitung. Nach einem Sieg über England, den die aufgestellten «Richtlinien» für die Nachkriegswirtschaft voraussetzten, sollte sich die «deutsche Kapitalbeherrschung ... auf alle wichtigen Schlüsselunternehmungen in Europa erstrecken». Alle diese masslosen Nachkriegsplanungen imperialistischen Grössenwahns, erschreckender teilweise als die berichtigten Kriegszielforderungen aus dem Ersten Weltkrieg und der internationalen Forschung in ihrem inhaltlichen Ausmass nicht bekannt, verschwanden plötzlich seit August 1940 aus der Diskussion.

Zur Vorbereitung der europäischen Grossraumwirtschaft waren im Sommer 1940 die Planungen über den Ausbau eines Zentralclearings für von Deutschland tatsächlich beherrschte Gebiete unter deutscher Führung am weitesten gediehen. Die vom Reichswirtschaftsministerium zur Debatte gestellte Idee einer «Europabank» stiess sogleich auf entschiedene Ablehnung der Reichsbank, Einigkeit aber herrschte über die Errichtung eines Reichsmark-Blocks, den zu vereinbarenden Anschluss an den Lira-Block und über

<i>Deutsche Clearing-Verschuldung 1940-41 in Mio. RM</i>				
	Besetzte Gebiete	Verbündete in Europa	Neutrale in Europa	Übersee
31. 12. 1940:	743,3	186,9	16,2	6,2
31. 12. 1941:	1 882,7	1 015,9	346,3	5,6

die Lenkung des europäischen Warenverkehrs mit Aussereuropa «von Deutschland aus und nach deutschen Interessen». Wirklichkeit wurden die technisch durchführbaren Gedanken des mehrseitigen Verrechnungsverkehrs, monetäre Konsequenz des ohnehin über den Handelspolitischen Ausschuss gesteuerten zwischenstaatlichen Handelsverkehrs im von Deutschland beherrschten Europa. Im September 1940 vereinbarten Deutschland und Italien, dass alle Zahlungen zwischen Italien sowie dem Generalgouvernement Belgien, Holland und Norwegen auch über das deutsch-italienische Clearing laufen sollten. Seitdem wuchs der Kreis der Länder, die ihren mehrseitigen Zahlungsverkehr über die Deutsche Verrechnungskasse in Berlin abwickelten. Die zahlreichen deutschen Gläubiger innerhalb der vom Deutschen Reich beherrschten «europäischen Wirtschaftsgemeinschaft» mussten über ihren Schuldner ihre Guthaben, erzwungene Überziehungskredite, zentral verrechnen und ihre Salden austauschen lassen. Die hohe Gesamtverschuldung der deutschen Verrechnungskasse bei Kriegsausbruch von 411,5 Mio. RM sank bis März 1940 wegen der geschrumpften deutschen Einfuhr auf 269,2 Mio. RM, war aber bis Anfang Juni wieder auf 366,6 Mio. RM aufgelaufen, bis Anfang 1941 auf 987 Mio. RM, um bis Ende 1941 auf 4,1 Mrd. RM hochzuzuschnellen. Den besetzten Gebieten und den europäischen Verbündeten war die Hauptlast aufgebürdet. Signalmarken exportierter Inflation.

Alle in Friedenszeiten angestellten Überlegungen, eine Kriegswirtschaft könnte bei erheblich reduzierten aussenwirtschaftlichen Güterströmen funktionstüchtig bleiben, erwiesen sich schon im ersten Kriegsjahr als unsinnig. Im Juni/Juli 1940 zeigte sich, dass sich der deutsche Import/Export wertmässig wieder dem Friedensniveau näherte, ohne dass freilich der deutsche Warenhunger gestillt worden wäre. Insbesondere durch Kriegsgeschäfte mit der Sowjetunion übertraf die Ausfuhrsteigerung vom Juli die des Vormonats um rund 24%. Erstmals seit 1937 überrundete auch der Anteil des nichtgeförderten Ausfuhrgeschäfts den der geförderten (subventionierten) Ausfuhr. Ausfuhrückgänge im August/September wurden von Oktober bis Dezember reichlich wettgemacht. Wiederum sorgten Rü-

<i>Deutsche Ein- und Ausfuhr 1939-1941 in Mio. RM</i> ⁹⁷				
Jeweiliges Reichsgebiet und Protektorat				
	jeweilige Preise	in Preisen von 1938	jeweilige Preise	in Preisen von 1938
1939	5 207	5 404	5 653	5 841
1940	5 012	4 135	4 868	3 916
1941	6 925	5 088	6 841	4 784

stungsgeschäfte im Dezember 1940 zu einem Ausfuhranstieg von 45% über das Vormonatsergebnis. Ein derart hoher monatlicher Ausfuhrabschluss von 710,6 Mio. RM wurde zudem in der Geschichte des Hitler-Reiches bis dahin nie erzielt. Vom Dezembergeschäft entfielen 30,1% auf die Sowjetunion, 13,4% auf Italien, 12,5% auf Südosteuropa, 6,0% auf Schweden (insgesamt 62,0%). Auch solche Rekordergebnisse sicherten nicht den deutschen Rohstoffbedarf. Der Abzug von Arbeitskräften, die gedrosselte Ausfuhr in die besetzten Gebiete und verminderte Rohstoffzuteilungen gestalteten seit Januar 1941 das Ausfuhrgeschäft rückläufig, ohne dass es wertmäßig unter das Vorkriegsniveau absank.⁹⁶ Im Mai 1941 näherten sich die Abschlüsse wieder einem Rekordergebnis, das allerdings infolge der 1940/41 eingetretenen Preissteigerungen und der sich in der Statistik niederschlagenden Auftragsverlagerungen zu relativieren ist. Der Transithandel durch die Sowjetunion begünstigte bis Juni 1941 insbesondere den deutsch-afghanischen Warenverkehr, der dem deutschen Rohstoffbedarf und dem afghanischen Bestreben nach Entwicklung seiner Wirtschaftskräfte Rechnung trug. An diese positiven Ansätze von Entwicklungspolitik konnte der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Afghanistan in den 50er Jahren anknüpfen. Begleitet von seinem Ministerialdirektor Dr. Reinhardt, besuchte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard Kabul.

Wichtigster deutscher Handelspartner mit vereinbarten Lieferungen von über einer Mrd. RM war von 1940 bis Mitte 1941 die Sowjetunion.⁹⁸ Die im Reichswirtschaftsministerium eingerichtete Geschäftsstelle für den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehr unter Ministerialrat Ter-Nedden unterstrich den Vorrang des Sowjetgeschäfts. Der angestrebten Förderung des wechselseitigen Warenverkehrs zwischen beiden Staaten diente das am 11. Februar 1940 geschlossene Wirtschaftsabkommen, in dem die UdSSR die Lieferung bedeutender Mengen lebenswichtiger Waren (Rohstoffe) an

Deutschland verbindlich zusagte und Deutschland sich zu Lieferungen industrieller Erzeugnisse und Anlagen verpflichtete. Deutscherseits handelte es sich um die Lieferung von selber dringend benötigten industriellen Erzeugnissen, von Bergbauausrüstungen, Lokomobilen und Turbinen, Ausrüstungen für die Erdölindustrie, für elektrische Kraftwerke, für die chemische Industrie, für Stahldrahtwerke, um Schmiede- und Presseneinrichtungen, Schiffe, Metallerzeugnisse und nicht zuletzt um Kriegsmaterial. Nach der deutschen Rüstungsexportstatistik schloss die UdSSR mit Deutschland 1940/41 Waffengeschäfte in Höhe von 300,7 Mio. RM ab. 1940 gingen 40,4% des deutschen Kriegsgeräteexports in die Sowjetunion. Eine bedeutende Ausweitung des Warenverkehrs sah das im Frühjahr 1941 geschlossene, bis August 1942 verlängerte neue Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der UdSSR vor. Bis Februar 1941 waren deutsche Lieferrückstände aufgeholt, seitdem liefen neue auf. Von vereinbarten Maschinenexporten in Höhe von 590 Mio. RM waren bis Juni 1941 Lieferungen über 190 Mio. RM abgewickelt, nachdem deutscherseits schon einige Zeit vor Hitlers Überfall auf die Sowjetunion die deutschen Ausfuhren in die Sowjetunion abgestoppt bzw. aus den verschiedensten Gründen verzögert worden waren. Nach Informationen des Reichswirtschaftsministeriums hatten «die Russen bis Kriegsausbruch absolut ordnungsgemäß ihre Lieferungen durchgeführt».⁹⁹ In Berlin feilschten noch im Mai 1941 bei den Vierteljahres Verhandlungen sowjetische und deutsche Delegierte um die Preise der künftigen wechselseitigen Lieferungen, während bereits seit April der mit der wirtschaftlichen Ausbeutung der noch zu erobernden UdSSR betraute Wirtschaftsstab «Oldenburg», später «Ost», im geheimen aufgestellt war. Im Rahmen dieser Vierjahresplan-Dienststellen erhielt der vom Reichswirtschaftsministerium zur Verfügung gestellte Ministerialdirektor Gustav Schlotterer, ein geborener Oberschwabe, die Leitung der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und übernahm nach Bildung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete unter Rosenberg in Personalunion die Hauptgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Als Verbindungsreferat zu den Behörden in den besetzten Ostgebieten, insbesondere zu Schlotterer, entstand im September 1941 im Reichswirtschaftsministerium zunächst das «Referat für wirtschaftliche Neuordnung der Ostgebiete» unter Ministerialrat Pöhlmann, das vor allem die reichlich eingegangenen Bewerbungen um die zu besetzenden Treuhänderposten im eroberten Ostraum zu bearbeiten hatte.¹⁰⁰ Auf die gewerbliche Politik in den eroberten Gebieten der

Sowjetunion sollte die im Dezember 1941 geschaffene Hauptabteilung besetzte Ostgebiete Einfluss nehmen. Monopolgesellschaften wurden deshalb geschaffen. «Ohne diese vom Reiche im Zusammenwirken mit der Privatwirtschaft vorgenommenen Planungen, Vorbereitungen und Aufbaumassnahmen», urteilte Funk im Sommer 1942, «wären die Reichskommissariate überhaupt nicht in der Lage, die Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten in Gang zu bringen und entsprechend den Erfordernissen des Reiches produktiv und ertragreich zu gestalten».¹⁰¹

Überall in Hitlers Machtbereich in Europa stossen wir auf abgeordnete Mitarbeiter des Reichswirtschaftsministeriums, die als Fachleute in Wirtschaftsfragen eingesetzt sind: in den besetzten Westgebieten 15 höhere Beamte (darunter Dr. Michel), beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete vier, in Oslo beim Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete fünf, in Belgrad beim Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien drei (darunter Dr. Bergemann), in Kopenhagen beim Beauftragten für Wirtschaftsfragen sowie beim Beauftragten für Wirtschaftsfragen in Bukarest je einer, beim Wirtschaftsstab Ost insgesamt 24 höhere Beamte und beim Reichskommissar der Ukraine ein Regierungsrat (Stand Ende 1941). Solche «Einsätze mussten ihre Rückwirkung auf den Arbeitsstil und die Gefühlslage des Hauses haben!» (Hassmann).

Schlagartig reduzierten sich Ein- und Ausfuhr im Juni 1941 mit dem Verlust des Russland-Geschäfts und dem Ausfall der überseeischen Zufuhren. «Die Ausfuhr nach dem Nahen und Fernen Osten sowie nach Lateinamerika, die nach Sperrung der Seewege durch die englische Blockade im Wesentlichen über Russland abgewickelt worden ist, ist zum Erliegen gekommen». General von Hanneken gab als Hauptabteilungsleiter kurz vor dem 22. Juni 1941 noch die siegesbewusste Direktive aus: «Keine Sorge vor dem Ausfall der Rohstofflieferungen über die transsibirische Bahn. In wenigen Monaten ist alles vorbei. Die Sowjetunion ist wie ein Apfel, aussen rot, innen weiss. Glauben Sie mir, meine Herren, wir werden die rote Schale kräftig ankratzen.»¹⁰² Es kam anders. Angesichts der Verknappung an Nichteisen-Metallen erhielt die Reichsstelle für Metalle die Anweisung, mit der Abnahme der Kirchenglocken in Deutschland am 8. November 1941 zu beginnen. Der Ausfall der russischen Paraffinlieferungen verlangte sogleich Einschränkungen in der Kerzenherstellung für den zivilen Bedarf (Not- und Bunkerkerzen). Die Zufuhr von Fetten und Fettrohstoffen aus Übersee (Mandschurei und Japan) versiegte. Seit Abschluss des

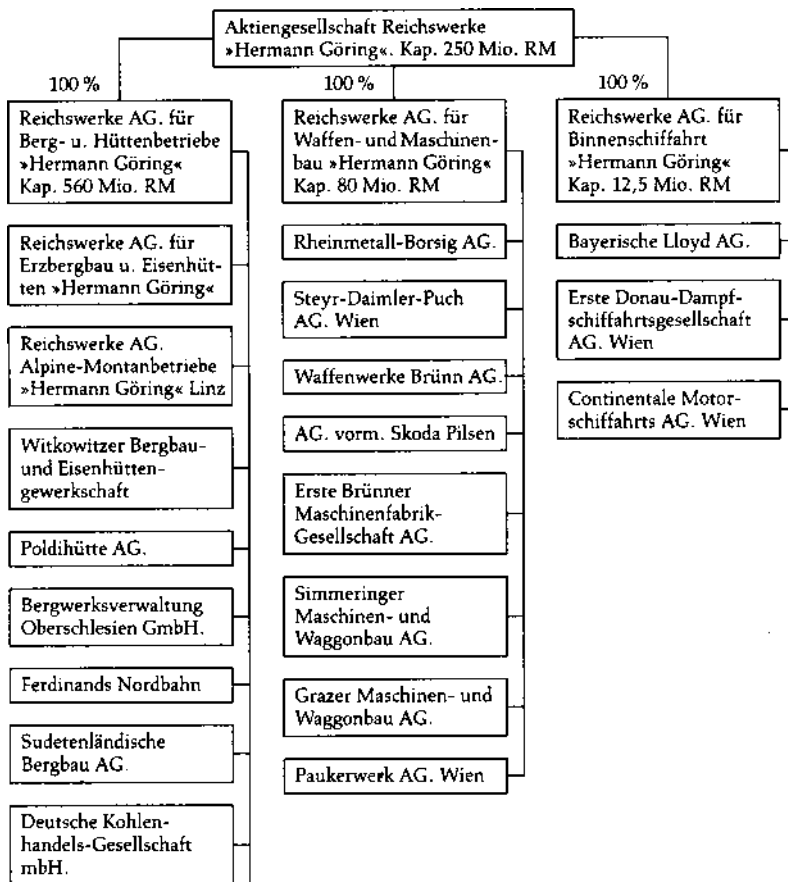
sogenannten Landfried-Abkommens, eines Sondervertrages mit Jugoslawien vom 4. Oktober 1939, unterzeichnet von Staatssekretär Landfried in Belgrad, gewann Jugoslawien als Rohstofflieferant (Kupfer und Blei) für Deutschland zunehmende Bedeutung.¹⁰³ Für deutsches Kriegsgerät wollte Jugoslawien, vereinbart erneut in einem Geheimen Protokoll vom Mai 1940, in erster Linie Metalle und Erze liefern. Den wichtigen Bergbauvorkommen (auch Chrom, Antimon und Molybdän) galt daher das Hauptinteresse der deutschen Wirtschaftsstäbe mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Jugoslawien. Ein guter Freund Görings noch aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, Generalkonsul Franz Neuhausen, stand seit 1941 als Generalbevollmächtigter an der Spitze der serbischen Wirtschaft. Seinem Stab gehörten zeitweilig Günther Bergemann und Theo Keyser vom Reichswirtschaftsministerium an, deren bergbauliche Aktivitäten über Umwegen auch Verbindungen zu den Partisanen bedurften.

Im Oktober 1941 zeigten die deutschen Aussenhandelsumsätze wieder einen wert- und mengenmässigen Anstieg, der aber in den folgenden Monaten nicht mehr anhielt. In den nach wie vor hohen Volumenstand der Einfuhren schlugen sich die umfangreichen Auftragsverlagerungen in besetzte Gebiete und neutrale europäische Länder nieder. Die zwar in erster Linie auf Deckung des Wehrmachtsbedarfs ausgerichtete, umstrukturierte Rohstoffzufuhr erreichte mengenmässig 1941 (1,17 Mio. t) noch annähernd das Niveau von 1938.¹⁰⁴ Spanien und die Türkei wuchsen seit 1941 in die Rolle unentbehrlicher Rohstofflieferanten der deutschen Kriegswirtschaft. Durch die alliierte Blockade war der direkte deutsch-spanische Warenverkehr 1939/40 unterbrochen. Spanien wünschte die Lieferung von Kriegsgerät, Deutschland vor allem die von Quecksilber, Wolfram, Blei, Wolle und Olivenöl. «Handelspolitisch wäre die Lieferung von Kriegsgerät an Spanien zur Zeit besonders erwünscht, weil unsere Bezüge an kriegswichtigen Waren aus Spanien mit handelsüblichen Waren nicht mehr kompensiert werden können», vermerkte eine Vorlage für Reichsaussenminister Ribbentrop von Ende Dezember 1941. Zu jener Zeit war das deutsch-spanische Clearing mit einem deutschen Defizit von 122 Mio. RM verstopft. Mit der Türkei leiteten das am 25. Juli 1940 geschlossene Zahlungs- und Verrechnungsabkommen und schliesslich Hitlers siegreicher Vormarsch in der Sowjetunion den verstärkten Warenaustausch ein. Nach seinen Verhandlungen in Istanbul im Oktober 1941 schrieb der Türkei-Referent des Reichswirtschaftsministeriums Lahn Die Türken «haben mit uns im Juni einen

Nichtangriffs- und Konsultationsvertrag geschlossen, während ihr Bündnis mit Grossbritannien in Kraft bleibt. Uns wie den Engländern verursacht dieses Nebeneinander einige Beschwerden, den Türken jedoch keineswegs, und jetzt leben die drei Beteiligten in einem seltsamen ‚mariage à trois‘, in dem sich die Türken sehr wohl fühlen .. .»¹⁰⁵. Die Alliierten besaßen das absolute Ausfuhrmonopol für türkisches, von der deutschen Kriegswirtschaft dringend benötigtes Chrom. Als Kompensation für Chromlieferungen bot Deutschland Kriegsmaterial und Maschinen an. Heftige diplomatische Wortgefechte wurden daraufhin zwischen dem britischen Botschafter und der türkischen Regierung ausgetragen. Staatspräsident Ismet İnönü löste die Probleme mit dem plausiblen Vorbehalt, dass durch Frankreichs Verschwinden vom politischen Schachbrett als Verbündeter der Türkei diese sich berechtigt fühle, die ursprünglich für Frankreich bestimmten Quantitäten an Chromerzen nunmehr an Deutschland zu liefern.

«Die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Kriege ist gegenwärtig über allen Zweifel erhaben. Sie stellt für die künftige Kriegsführung überhaupt kein Problem mehr dar», erklärte Hans Kehrl noch im September 1940. Solche realitätsfernen Bekundungen von kriegswirtschaftlichem Siegesoptimismus waren Ende 1941 aus dem Reichswirtschaftsministerium nicht mehr zu hören, eher das Gegenteil dessen, allein schon im Hinblick auf das sich anbahnende wirtschaftliche Desaster in Rumänien. Vom Reichswirtschaftsministerium kam der allerdings sogleich beim Auswärtigen Amt auf Ablehnung gestossene Vorschlag, die rumänische Verwaltung weitgehend in deutsche Hände zu überführen und eine Art Wirtschaftsunion mit Rumänien zu errichten. Unmittelbar vor Hitlers Überfall auf die Sowjetunion hatte Funk vor der Wiener Südosteuropa-Gesellschaft noch versichert: «Wir wollen der Welt keineswegs unsere Methode aufzwingen, obwohl sie den Erfolg für sich hat und obwohl wir der Meinung sind, dass sie auch eine gute Grundlage für ein neues Weltwirtschaftssystem bilden könnte». Nicht selten wurde es als Glücksfall im Reichswirtschaftsministerium angesehen, dass von Funk keine starke Kraft ausging.

Als Ergebnis eines Informationsgesprächs mit Ministerialrat Schultze-Schlutius von der Aussenhandelsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums hielt der Wehrmachts-Verbindungsoffizier im Reichswirtschaftsministerium in einer Aufzeichnung vom 17. November 1941 fest, «dass Deutschlands Wirtschaft nicht in genügendem Umfange aus Ländern versorgt werden kann, in denen Wirtschaftsverfall herrscht, abgesehen davon,



Deutsche Bergwerks- u. Hüttenbau GmbH.

Bau AG. «Negrelli»

Buchtal AG. Keramische Betriebe d. Reichswerke «Hermann Göring»

Vertriebs GmbH, der Reichswerke «Hermann Göring»

Wohnungs AG. der Reichswerke «Hermann Göring»

Der aus Reichsmitteln über das Reichswirtschaftsministerium finanzierte Konzern der Reichswerke «Hermann Göring», 1942.

Er dehnte sich bis 1944 noch weiter aus. Die Einzelfirmen waren meist an weiteren Unternehmen beteiligt, beispielsweise Rheinmetall-Borsig an 14, Steyr-Daimler-Puch an 7 und die Skoda-Werke sogar an 20 Unternehmen.

dass der deutsche Führungsanspruch in Europa von den anderen europäischen Ländern auf die Dauer nur in dem Masse anerkannt werden dürfte, als es Deutschland gelingt, Europa durch Einbeziehung der russischen Gebiete in genügendem Umfange mit Gütern zu versorgen, und unabhängig vom Britischen Imperium zu machen.»¹⁰⁶ Die Würfel hierüber waren in der verlorenen Winterschlacht vor Moskau 1941/42 und der damit eingeleiteten Kriegs wende gefallen.

Auf einen raschen militärischen Erfolg waren die Wirtschaftsplanung und die kurzgesteckten ökonomischen Zielsetzungen für den Ostraum ausgerichtet. Als Modell für eine neue Form staatlicher und privatwirtschaftlicher Kooperation wurde im März 1941 die «Kontinentale Öl AG» gegründet, die Deutschland die Stellung einer Grossmacht in der Erdölpolitik verschaffen sollte. Wunschträumen glichen auch die zusammengestellten «Beutelisten». Viele Firmen beteiligte das Reichswirtschaftsministerium an vorausschauenden Planungen. Nicht wenige Unternehmen der Grosswirtschaft glaubten, sich Platzvorteile im eroberten Russland verschaffen zu können.¹⁰⁷ Als Übergangslösung wurden «Ostgesellschaften», Monopolunternehmen für bestimmte Sektoren der Wirtschaft im Ostraum gegründet und eine spätere Privatisierung in Aussicht genommen. In «möglichen Formen einer privatkapitalistischen Planwirtschaft», von Landfried im Frühjahr 1941 angesprochen, sahen Hitler und Funk auch für die eroberten Gebiete keine Dauereinrichtung. Die schon im Krieg begonnene Reprivatisierung von Staatsbetrieben sollte sich nach Kriegsende fortsetzen. Doch im Vordergrund aller Wirtschaftspolitik stand Ende 1941 die sich weiter öffnende Schere zwischen den Anforderungen des Krieges und den tatsächlich zur Verfügung stehenden Ressourcen angesichts der Unmöglichkeit, die ausgefallenen vertraglichen Lieferungen aus der UdSSR zu ersetzen.

V. Die Wirtschaft im totalen Krieg (1942-1945)

1. Gauwirtschaftskammern. Neue Form mit neuem Inhalt?

«Freude haben wir nicht viel dabeigehabt», gestand Funk auf einer Tagung der Reichswirtschaftskammer im Berliner Hotel «Kaiserhof» am 13. Mai 1943 anlässlich der Konstituierung der Gauwirtschaftskammern. Aber es sei «nun einmal so, dass alles, was neu und bahnbrechend ist, im Leben auf Widerstände stösst bei den Kräften, die das Bestehende halten und erhalten wollen... Deshalb haben wir uns auch nicht darüber gewundert, dass soviel Gegnerschaft gegen unsere Arbeit und unseren Plan ins Feld gezogen ist. Aber allen Gewalten zum Trotz haben wir doch die Gauwirtschaftskammern errichtet.» Dann dankte Funk denen, die sich für die Organisation der Gauwirtschaftskammern eingesetzt haben. Er dankte Reichsleiter Martin Bormann und den Gauleitern, Staatssekretär Landfried, Hans Kehrl, Ministerialdirigent Heuser «und vor allem Herrn Ministerialdirigenten Hassmann, der der eigentliche Sachbearbeiter dieser Materie gewesen ist und der unermüdlich gewesen ist, die Widerstände zu beseitigen und die widerstreitenden Meinungen zu besänftigen und zur Einigung zu bringen. «

Im Januar 1940, so begann die Vorgeschichte der Gauwirtschaftskammern, wurde Hassmann von Posen in das Reichswirtschaftsministerium zurückgeholt, um in der Hauptabteilung III das Referat «Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftskammern, deutsche Handelskammern im Ausland, kommunalwirtschaftliche Fragen» zu übernehmen, ein umfangreiches und wichtiges Arbeitsgebiet, «auch wegen der ständig notwendig werdenden Fühlungnahme mit den Gauleitern» politisch etwas brisant.¹ Zur Stärkung der Stellung des Reichswirtschaftsministeriums im regionalen Mittelbereich und seiner Durchsetzungskraft erwartete Staatssekretär Landfried eine Aktivierung der Kammern, die offenbar allein über personelle Einflussnahmen seitens des Ministeriums nicht gelang. Ohne Zweifel war die bisherige Organisation der gewerblichen Wirtschaft in Gruppen

und Kammern, überlastet zudem mit Kriegsaufgaben, zu kompliziert und produzierte Doppelarbeit, Fehlleistungen und Leerlauf. Regionale Gegenströmungen beeinträchtigten zudem den Erfolg der «zentralen, autoritären und einheitlichen Reichswirtschaftspolitik». Im Spätsommer 1940 schälte sich allmählich im Reichswirtschaftsministerium nach Gesprächen mit vielen Persönlichkeiten aus dem staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich der Gedanke einer Reform des Kammersystems in Gestalt von neu-zuschaffenden Einheitskammern heraus, dem Zeitgeist der Vereinheitlichung konform. Es war aber den Initiatoren von Anbeginn wohl auch klar, dass eine Reform im regionalen Mittelbereich ohne Einverständnis und Unterstützung der Gauleitungen der NSDAP kaum Aussicht auf Erfolg hätte und daher eine Anlehnung an sie von vornherein geboten war. Im September 1940 erklärte Hassmann in einer Besprechung mit Hauptgeschäftsführern von Industrie- und Handelskammern, es sei «untragbar, wenn etwa zwischen Gauleitung und Kammern Spannungen bestehen. Die Präsidenten müssen das Vertrauen der Gauleiter besitzen. Auf die engste Fühlungnahme und auf vertrauensvolle Arbeit mit der Partei ist entschiedener Wert zu legen.»² Solche Töne wurden bei den «Gaufürsten» gern gehört. Anfang 1941 entwickelte Reichswirtschaftsminister Funk persönlich den Gedanken der Gauwirtschaftskammern in einer Besprechung mit Gauleitern. Seitdem schien zumindest der Wegfall der bisherigen Kammerorganisation eine beschlossene Sache. In zahlreichen Veranstaltungen und vielen persönlichen Unterredungen wurde 1941 für die Grundsätze der auf Gauebene zu schaffenden neuen Kammerneuorganisation «geworben». Dabei regte sich zahlreicher Widerspruch, laut und weniger hörbar, doch kam von Gauleitern und Gauwirtschaftsberatern bezeichnenderweise kaum Gegenwehr. Scharfe Konturen nahm indes die Neuorganisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, die vor allem wirtschaftliche Selbstverantwortung sein sollte und wirtschaftliche Gruppeninteressen eindämmen wollte, auch noch nicht Ende 1941 im Reichswirtschaftsministerium an.³ Rücksichtnahmen auf die zahlreichen, eher konservativ denkenden ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfer der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, deren Mitarbeit eine funktionstüchtige Kriegswirtschaft nicht entbehren konnte, waren ebenso geboten wie eine sachdienliche Auseinandersetzung mit den massiven Protesten einiger Reichsgruppen. Die Reichsgruppe Handel unter ihrem Leiter Dr. Franz Hayler und Hauptgeschäftsführer Otto Ohlendorf vertrat die Auffassung, dass es aus den verschiedensten Gründen und einiger Konstruktionsfehler wegen zweckmässig sei, die Errichtung der Gauwirtschaftskam-

mern bis Ende des Krieges zu vertagen.⁴ Auch die mächtige Reichsgruppe Industrie unter ihrem Leiter Generaldirektor Zangen und ihrem Hauptgeschäftsführer Dr. Guth sperrte sich, weil sie eine Einbusse in ihrem bisherigen Spielraum befürchtete.

Noch am Tage vor der Veröffentlichung der ersten Gauwirtschaftskammerverordnung am 20. April 1942⁵, für die vorsorglich die Zustimmung von Göring, Frick und des OKW eingeholt worden war, ging per Fernschreiben ein Protest der Parteikanzlei beim Reichswirtschaftsministerium ein. Dennoch veröffentlicht, bestimmte sie die Überführung der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und der bisherigen Wirtschaftskammern (regionale Zusammenfassungen der Wirtschaftsgruppen in einem Wirtschaftsbezirk) in die der unmittelbaren Aufsicht des Reichswirtschaftsministers unterstehenden und sich in ihrem Sprengel mit den Gaugrenzen deckenden Gau Wirtschaftskammern. Laut Durchführungsverordnung vom 20. April wurden mit sofortiger Wirkung 41 Industrie- und Handelskammern aufgelöst, wofür Personalmangel ein zusätzliches Argument lieferte. Die Gau Wirtschaftskammern als Nachfolgeinstitution wurden jedoch nicht schlagartig im ganzen Reichsgebiet errichtet. Ihre Konstituierung verzögerte sich vielmehr, da davon abhängig, «ob der Reichswirtschaftsminister im Benehmen mit den zuständigen Stellen der Partei, des Staates, der Wirtschaft und vor allem mit den zuständigen Gauleitern die Voraussetzung dafür als gegeben erachtet.» Eine langwierige Personalauslese war zu treffen, und monatelange Verhandlungen hatten die mit den Vorbereitungen zum Aufbau der Kammern beauftragten Persönlichkeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium, dem zuständigen Gauleiter, dem Gauwirtschaftsberater (der bedeutendste war Dr. Heinrich Hunke, Berlin) und den Selbstverwaltungsorganen zu führen. Die konstituierende Sitzung der ersten Gauwirtschaftskammer fand im Januar 1943 für Danzig-Westpreussen im Altstädtischen Rathaus in Danzig statt. Wie es ein zwischen dem Leiter der Parteikanzlei, Bormann, und Reichswirtschaftsminister Funk getroffenes Übereinkommen wollte, wurde das Amt des Kammerpräsidenten von dem des Gauwirtschaftsberaters getrennt. Eine Stärkung der Position des Reichswirtschaftsministers war trotzdem nicht gegeben. Nach dem gemeinsamen Erlass zwischen Reichswirtschaftsminister und Leiter der Parteikanzlei vom 11. Dezember 1942 sollten bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten der Gauwirtschaftskammer und dem Gauwirtschaftsberater über die Durchführung zentraler Anweisungen,

«falls eine Einigung nach Vortrag beim Gauleiter nicht zustande kommt, der Reichswirtschaftsminister und der Leiter der Parteikanzlei in gegenseitiger Fühlungnahme eine Klärung der strittigen Fragen herbeiführen».⁶ Die Partei sollte immer dabei sein.

Nach dem Stande vom April 1943 wurden die Aufgaben der aufgelösten insgesamt 111 Industrie- und Handelskammern, 27 Wirtschaftskammern und 71 Handwerkskammern von 41 Gauwirtschaftskammern und 18 Wirtschaftskammern fortgeführt.⁷ Das Wesentliche der Gauwirtschaftskammer-Organisation, die Vereinheitlichung des Instruments der Wirtschaftsführung in einem grösseren politischen Bezirk, dem Gau, schien damit verwirklicht. Ob damit Funk die Gewähr hatte, dass das, was er anordnete auch genau bis zuletzt durchgeführt wurde, stand auf einem anderen Blatt. Erst seit Anfang 1943 wurden in verschiedenen Erlassen die den Gauwirtschaftskammern zweckmässig zu übertragenden Aufgaben näher definiert. In Abgrenzung zu den Aufgabengebieten der Landes Wirtschaftsämter als «staatliche regionale Lenkungsorgane» oblagen «den betriebsnäheren Gauwirtschaftskammern» die Betriebsbetreuung und Betriebsplanung, die Auskäm-, Konzentrations- und Stilllegungsmassnahmen, der Arbeitseinsatz und die Einziehungen zur Wehrmacht, die Verkehrssicherstellung (auch Sicherstellung von Pferdefuhrwerken), die Bewirtschaftung von Hilfsstoffen u.a.m.⁸ Im Zuge der Neugestaltung des öffentlichen Auftragswesens wurden im Mai 1943 die bisherigen Bezirksausgleichstellen für öffentliche Aufträge unter Umbenennung in Auftragslenkungsbüro in die Gauwirtschaftskammern überführt.⁹ Die Gauwirtschaftskammer war ferner im bezirklichen Rüstungsausschuss, im Kriegswirtschaftsstab des Reichsverteidigungskommissars und in dem ihn ebenfalls beratenden Verteidigungsausschuss vertreten.

Besonders problematisch erwies sich die Eingliederung der Handwerksorganisation in die Gauwirtschaftskammern, weil offenbar im Handwerk die «Gleichschaltung» der noch verbliebenen Reste an eigenständiger Selbstverwaltung besonders schmerzlich empfunden wurde. Reichshandwerksmeister Ferdinand Schramm gehörte zu den strikten Gegnern der Kammerreform. Mehrfach erhob der Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Handwerk, Dr. Spitz, gegen geplante Runderlasse zur Neuordnung des stärker in die Gesamtorganisation eingefügten Handwerks, zur Zusammenlegung von Kreishandwerkerschaften, zur Auflösung der bisherigen handwerklichen Spitzenvertretung u.a. lebhaften Widerspruch. Die Wort-

führer des gewerblichen Mittelstands fürchteten um den Verlust der Einheit der bisherigen Organisation des Handwerks und dessen teilweise ständisch fundierte Sonderstellung. Der ins Rollen gebrachten Reform konnten sie aber keine Steine in den Weg legen.

Gemeinsam mit der DAF hatte der Reichshandwerksmeister das Berufserziehungswerk für das deutsche Handwerk geschaffen. In der strittigen Frage der Einordnung des Lehrlingswesens in die DAF gab aber das Reichswirtschaftsministerium auch im Kriege kein Terrain preis. 1942 erliess es die bedeutungsvolle Verordnung über Erziehungsbeihilfen, in der das Lehrverhältnis als Erziehungsverhältnis und die Lehrlingsvergütung als Erziehungsbeihilfe definiert wurde. Dadurch erreichte die Ministerialbürokratie, dass in Schachtscher Tradition der unerwünschte Zugriff der Deutschen Arbeitsfront auf das Lehrverhältnis blockiert wurde. Der dann in der Bundesrepublik geführte Streit der Arbeitsrechtler darüber, ob das Lehrverhältnis ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis sei, ging auf diese Verordnung zurück.¹⁰ Entgegen den aufgetretenen Tendenzen, seit 1938/39 auch «jüdische Mischlinge» in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu beeinträchtigen, vertrat das Reichswirtschaftsministerium im Kriege den gegen weitere Minderheitendiskriminierung gerichteten Standpunkt, sie uneingeschränkt zur Gesellen- und Meisterprüfung zuzulassen und verlangte, den «Jugendlichen bei ihrer Berufsausbildung keine Schwierigkeiten zu bereiten». Als im Juli 1943 ein Schreiben der Parteikanzlei forderte, bei jüdischen Mischlingen 1. Grades den Abschluss von Lehrverträgen «durch geeignete Massnahmen von Fall zu Fall zu verhindern ..., da spätestens nach Kriegsende ein Ausschluss der jüdischen Mischlinge 1. Grades vom Handwerksberuf erfolgen wird», lehnte das Reichswirtschaftsministerium in Stellungnahmen gegenüber Gauwirtschaftskammern und Wirtschaftskammern eine generelle «Regelung der Rechtstellung jüdischer Mischlinge 1. Grades in der Wirtschaft ... einstweilen ab» und hielt an dieser Linie bis Kriegsende fest.¹¹

Eine Synthese von Partei, Staat und Wirtschaft, «wie sie die nationalsozialistische Staatsführung verlangt» (Funk), hat es weder bei den zuständigen zentralen Ressorts noch auf der regionalen Ebene der Gauwirtschaftskammern gegeben. Für die ihnen auferlegte stärkere Hinwendung zu Staat und Partei boten die letzten beiden Kriegsjahre kaum den geeigneten Rahmen. Die Zeit hat gegen die Gauwirtschaftskammern, nicht für sie gearbeitet. Ihr äusserer Aufbau war zwar Anfang 1943 vollzogen, ihre «innere Entwicklung wurde jedoch weitgehend beeinflusst durch personelle und sach-

liche Bindung an das alte Kammerwesen und dessen Tradition, was zwar zweifellos nicht in der Absicht der geistigen Väter der Gauwirtschaftskammer lag, bei dem vorhandenen Zusammenhang zwischen Gauwirtschaftskammer und Handelskammer alter Prägung schlechterdings jedoch nicht zu vermeiden war. Darin mag offenbar ein Grund dafür liegen, dass aus der Gauwirtschaftskammer in den wenigen Jahren ihres Bestehens nicht das geworden ist, was ihre Schöpfer mit ihr vorhatten», urteilte der Reutlinger Kammerpräsident 1947.¹² Bereits im Kriege befriedigte die Lösung des Problems der Mittelinstanzen nicht. Erörterte Umbildungen fanden aber nicht die einheitliche Billigung der Parteikanzlei, des Reichsführers SS, Speers und des Reichswirtschaftsministeriums.

2. Konzentration und Rationalisierung. Kursänderungen im Reichswirtschaftsministerium (1942-1944)

Mit der Winterkatastrophe 1941/42 in Russland, als Hitler bereits die Ahnung einer Niederlage erspüren war, scheiterte die deutsche Blitzkriegstrategie und begann eine neue, von den Zwängen eines gigantischen Massen- und Materialkrieges bestimmte Phase kriegswirtschaftlicher Mobilisierung. Der «totale Krieg» mit seiner permanenten Anspannung und Überspannung aller Kräfte und seiner schonungslosen Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen galt fortan als «Gebot der Stunde», als einzige Alternative, um militärisch wieder die Initiative zurückzugewinnen zu können. Das Göring bereits Anfang 1941 fast unmöglich erschienene, ständig neue Truppen für die Wehrmacht im grössten Umfang aufzustellen und zugleich die Rüstungsproduktion gewaltig zu verstärken, sollte Wirklichkeit werden. Dennoch lag nahe und war notwendig, sich die grundsätzliche Frage vorzulegen, ob das gestellte Ziel überhaupt mit den gegebenen wirtschaftlichen Mitteln erreichbar sein würde. In den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Göring und Rüstungsminister Todt sowie in den zunehmenden Differenzen zwischen Hitler und Todt¹³ klang dieser sich im weiteren Kriegsverlauf eskalierende Ziel-Mittel-Konflikt im Hintergrund an. Er verbarg sich auch hinter der Skepsis im kriegswirtschaftlichen Lagebericht des OKW vom Januar 1942: «Das Ziel, das der Führer festgelegt hat, wird neben der Nichterfüllbarkeit der angeforderten Rohstoffwünsche eingeschränkt durch die Schwierigkeiten, die in der Wirtschaft durch Herausziehung der grossen Zahl von Facharbeitern entstehen.» Bereits durch

Erlass vom 10. Januar 1942 wies der Reichswirtschaftsminister die Landeswirtschaftsämter an, Ausschüsse zu bilden, um die gesamte gewerbliche Kriegswirtschaft personell für Einberufungen zur Wehrmacht zu überprüfen. «Einer besonders sorgfältigen Prüfung bedürfen ferner, wie auch das OKW ausdrücklich anerkannt hat, die Abzüge aus den Betrieben der rohstoffschaffenden und Grundindustrien.»¹⁴ Erlasse zur Freimachung von Kräften der öffentlichen Verwaltung und der Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft folgten wenig später.

Um dem Mangel an Kohle, Energie und Treibstoffen Herr zu werden, versuchte das Reichswirtschaftsministerium, geeignete Massnahmen zu treffen. Die Konsumgüterindustrie sollte «trotz des immer mehr zunehmenden Mangels an allen Waren des täglichen Bedarfs noch weiter eingeschränkt und die Arbeitskräfte in die Rüstungsindustrie überführt werden».¹⁵ Neuordnungs- und Friedensplanungen mussten überall hinter die Kriegsnotwendigkeiten zurückgestellt werden und hatten nur dann Aussicht auf Wiederaufnahme, wie ein Erlass des Reichswirtschaftsministeriums vom März 1942 einräumte, «wenn die Lage des Krieges dies gestattet und die beabsichtigten Massnahmen nötig sind».¹⁶ Dazu gehörte auch, wie Hitler nach einem Vortrag des neuen Rüstungsministers Speer im Februar 1942 bestimmte, «dass die Friedensplanungen und Entwicklungen bei allen Firmen ab sofort eingestellt werden».¹⁷

«Konzentration und Rationalisierung» würden die seit der Jahreswende 1941/42 angelaufene Phase der Kriegswirtschaft kennzeichnen, erklärte Funk im April 1942 vor der Wirtschaftskammer Graz. Die durch Führer-Erlass schon vom 3. Dezember 1941 befohlene grosse Rationalisierungsaktion, die der Reichsgruppe Industrie übertragen worden ist, stellte ein weiteres Mittel dar, um Arbeitskräfte für die Rüstungswirtschaft verfügbar zu machen. Im Januar 1942 beauftragte Funk den Leiter der Reichsgruppe Industrie und Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns, Wilhelm Zangen, die Rationalisierungsmassnahmen für Wehrmachtsfertigungen, «so weit sich dies als notwendig oder zweckmässig erweist, auch auf die übrige Industrieerzeugung auszudehnen». In Fragen der Normung sowie der technischen Rationalisierung und «Leistungsertüchtigung» sollte Zangen Verbindung mit der zuständigen Abteilung «Leistungssteigerung» des Reichswirtschaftsministeriums halten und mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit aufnehmen. Funk erwartete insbesondere Vorschläge für eine Zusammenlegung von Fertigungen und eine Vereinfachung des Typenprogramms der einzelnen Firmen. Die Typenbereinigung hatte ausser der Re-

duzierung der Sortenvielfalt auch das Ziel, die Produktion auf diejenigen Modelle zu beschränken, «die im Rohstoff- und Arbeitsaufwand am günstigsten waren».¹⁸ Erfolge wurden sichtbar. In dieser kriegswirtschaftlich bedingten Rationalisierungsaktion sammelten zahllose Betriebe betriebsorganisatorische Erfahrungen, die ihnen – was nicht übersehen werden sollte – auch in der Wiederaufbauphase der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege zugute kamen.¹⁹ Bereits vor dem Kriege waren vom Reichswirtschaftsministerium und seinem Betriebswirtschaftlichen Referat durch den erstellten und in den Grundstrukturen nach dem Kriege erhalten gebliebenen Kontenrahmen, durch erarbeitete Grundsätze für Buchhaltungsrichtlinien, durch die entwickelte Kostenrechnung und die beschrittenen Wege des betriebswirtschaftlichen Vergleichs unabhängig von weltanschaulichen Zielen wesentliche Anstöße für das kostenorientierte und kostenbewusste Denken der Unternehmungen ausgegangen.²⁰ Die beste Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten durch Zusammenlegung von Fertigungen, durch Vereinheitlichung und Vereinfachung der Formen und Stoffe, durch den rationellsten Einsatz der Arbeitskräfte, durch Leistungslöhne und Leistungspreise sollte – wie Funk verkündete – die Kriegsproduktion beschleunigen.

Dem «unbedingten Vorrang der Rüstung trug die Rangordnung der Fertigungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft» für 1942 Rechnung.²¹ Nur das «Mineralöl-Programm» rangierte noch vor den Schwerpunkt-Programmen der Wehrmacht. Ausserhalb der materiellen Rüstung waren die Grundstoffindustrie, Grundchemie, Giessereiindustrie, einige Maschinenproduktionen, die Zellmehl- und Bastfaser-Programme, einige Erzeugungen bestimmter pharmazeutischer Betriebe, Ausbau und Erhaltung der Energieanlagen, die Durchführung kriegswirtschaftlicher Reparaturen und «Fertigungen mit Sonderausweis des Reichswirtschaftsministers» besonders zu fördern. Für alle anderen Produktionen sollten «die Richtlinien über die Einschränkung der Fertigungen» gelten. Die gewerbliche Wirtschaft «noch mehr als bisher auf die Bedürfnisse einer längeren Kriegsführung einheitlich auszurichten», und damit auf den totalen Krieg umzustellen, war das Ziel des Rangordnungs-Erlasses des Reichswirtschaftsministers vom 27. März 1942. Der Umschichtungsprozess in der deutschen industriellen Struktur, bereits in den drei Kriegsjahren von 1939 bis 1942 gewaltig, setzte sich im Zuge weiterer Stilllegungen, Auskämmungen und der eingeleiteten Rationalisierung fort und griff tief auch in das Gefüge der kleinsten Betriebe ein. Hatte sich der Anteil der für die Wehrmachtfertigung Be-

schäftigten von Juli 1939 bis Juni 1940 sprunghaft von 23,6% auf 55,2% erhöht, um sodann bis Januar 1942 auf 60,7% zu steigen, so war damit der Scheitelpunkt kriegswirtschaftlicher Umstellung und Deformation nicht erreicht. Im Wehrkreis Hamburg (Nordseeküste) wurde bereits im Januar 1942 die eisen- und metallverarbeitende Industrie, in der über die Hälfte der industriell Beschäftigten tätig waren, mit 94,2% für Wehrmachtfertigungen eingesetzt.²² Zahlreiche Industriebranchen einzelner Wehrkreise produzierten damals zu 100% für die Wehrmacht (in Hamburg: Glas, Papier, Feinmechanik und Optik). Von 32 im Reich erfassten industriellen Wirtschaftsgruppen meldeten im Januar 1942 nur 14 (Steine u. Erden, Bau- und Baustoffindustrie, Glasindustrie, keramische Industrie, Papierverarbeitung und Druck, Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie, Lebensmittelindustrie, Brauerei und Mälzerei, Zucker- und Spiritusindustrie, «Sonstige») eine Wehrmachtsquote von weniger als 60%. Aber auch dieser Rest, der sich noch um Exporte und um Zuteilungen für öffentliche Bedarfsträger verringerte, stand nur zum Teil für die zivile Versorgung zur Verfügung. Die deutsche Kriegswirtschaft besass schon vor Speer keine «friedensähnlichen», dem zivilen Verbraucher freundlich zugewandten Merkmale mehr. Knapp zwei Drittel der industriellen Produktion (Kräftebilanz) waren bereits im Januar 1942 für den Wehrmachtsverbrauch von 7,5 Mio. Soldaten requiriert und kaum ein weiteres Drittel verblieb einer Zivilbevölkerung von 75 Mio. Menschen. In Rücksicht auf die gefährdete zivile Versorgung legte noch nach der Schlacht von Stalingrad der sächsische Gauleiter Mutschmann «schärfsten Protest» gegen die Umstellung eines führenden Spinnerei-Unternehmens auf rüstungswirtschaftliche Aufgaben ein. Im Winter 1941/42 beschlagnahmte der hessische Gauleiter Sprenger von Rhein und Ruhr kommende Kohlenkähne in Frankfurt/Main, um die Ladung für seinen Gau zu verwenden. Gauleiter machten sich zu Advokaten des zivilen Verbrauchers.

Deutlicher als die statistische Umstrukturierung der Industriebeschäftigung liess die Maschinenbaustatistik drei im Frühjahr 1942 gefallene, für die weitere kriegswirtschaftliche Entwicklung nachteilige Entscheidungen erkennen: das Abfallen der Werkzeugmaschinenproduktion seit März 1942 (Kriegshöchststand) und die zeitweilige Einschränkung des Lokomotiv- und Landmaschinenbaus. Der Rangordnung der Kriegsbedürfnisse wurde bis Juli 1942 (Juli 1939 = 100) durch eine besonders starke Beschäftigtenvermehrung im Bergbau (110 v. H.), in der Metallindustrie (114,8 v. H.) und der Kraftstoffindustrie (181,6 v. H.) Rechnung getragen. Im Bereich

<i>Maschinenbaustatistik</i>			1936 = 100
	Werkzeug- maschinen	Lokomotiven	Land- maschinen
Januar 1940	171,1	209,0	82,0
Dezember 1941	279,9	461,7	114,8
März 1942	303,8	402,7	119,9
Dezember 1942	271,5	662,6	103,4

der Konstruktionsindustrien steigerte sich der Beschäftigtenstand am stärksten bei der Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie (141,1 v. H.), in der Feinmechanik und Optik (130,6 v. H.) und im Maschinen-Stahl- und Fahrzeugbau (133,3 v. H.). Die stärksten Einbussen an Beschäftigung erlitten bis Juli 1942 die Bauwirtschaft (54,1 v. H.), die Spiritusindustrie (37,6 v. EL), die Lebensmittelindustrie (73,9 v. EL), die Lederindustrie (72,0 v. H.), die Textilindustrie (67,1 v. H.) und die Holzverarbeitende Industrie (25,9 v. H.). Weniger deutlich lässt eine Aufteilung der Gesamtsumme der an die Industriegruppen vom 1. Juli 1940 bis 31. Dezember 1942 gezahlten Beihilfen (insgesamt 60'032'818,- RM)²³ die Schwerpunkte der Stilllegungsaktion, umso mehr aber das Ausmass der «Unternehmer-Arbeitslosigkeit» erkennen.

Die stets viel Ressentiment und Konkurrenzneid aufwirbelnden Auskäm- und Stilllegungs-Kampagnen von 1942 bis 1944 liefen darauf hinaus, Umschichtungen von qualifizierten Arbeitskräften zwischen den einzelnen Industriegruppen zugunsten der Rüstungsfertigungen vorzunehmen,²⁴ Einberufungen von deutschen Arbeitern zur Wehrmacht durch Zuführung von Arbeitskräften aus Handel und Handwerk, von Kriegsgefangenen und Ausländern auszugleichen und namentlich durch Stilllegung grösserer Betriebe Energie, Rohstoffe und Material für die Kriegsproduktion freizusetzen. Der Beschäftigungszuwachs wurde in der Hauptsache wohl durch Arbeitskräfteumsetzungen aus dem Handwerk und Handel erreicht und kam der rüstungswichtigen Grundstoff- und Konstruktionsindustrie zugute. Die typischen Konsumgüterindustrien erfuhren bezeichnenderweise bis Mai 1943 keinen personellen Aderlass. Vor weiteren Abstrichen scheute die Führungsspitze auch zurück. Als Hitler im Juni 1942 Speer darauf hinwies, «dass die Fabrikation von Produkten für die allgemeine Versorgung der Bevölkerung wieder aufgenommen werden muss»,

<i>Industriebeschäftigte im Reich in 1'000</i>					
	Gesamte Industrie	Grundstoff- industrie	Metall- verarb. Industrie	Bau- u. Baustoff-- industrie	Sonstige Industrie
Juli 1939	10 550	2 204	3 481	1 405	3 459
Juni 1940	9 639	2 141	3 619	1 029	2 848
Januar 1942	9 336	2 128	3 916	702	2 589
Juli 1942	9 965	2 337	4 335	749	2 542
Mai 1943	10 879	2 545	5 000	690	2 645 ²⁵

hielt der Rüstungsminister dem jedoch entgegen, «dass eine solche Parole heute alle diejenigen, die bisher mit Missvergnügen den Vorrang der Rüstung in der Produktion befolgt haben, wieder zu neuem Widerstand gegen die jetzige Linie heraus fordert».²⁶ Noch im November 1943 lag bezeichnenderweise der Anteil des Zivilbedarfs und der Ausfuhr an der Industriebeschäftigung im Reichsgebiet bei 40%²⁷, obwohl andererseits seit Januar 1942 die Rüstungsproduktion laut Index eine reichliche Verdoppelung erfahren hatte.

Vor dem Hintergrund der Katastrophenmeldungen von Stalingrad ergriff Goebbels Initiativen, um der Wehrmacht und der Rüstung weitere Kräfte zuzuführen. In seiner Ministerkonferenz vom 4. Januar 1943 verkündete er, dass es um die totale Kriegführung «mit brutalen Mitteln» gehe, die den totalen Einsatz der «gesamten Kräfte und Reserven» und radikale Einschränkungen im zivilen Leben verlange.²⁸ Ein erstes Ergebnis des entsprechenden Goebbelsschen Vorstosses bei Hitler war der «Erlass des Führers über den umfassenden Einsatz der arbeitsfähigen Männer und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung» vom 13. Januar 1943.²⁹ Noch vor Goebbels' spektakulärer Rede im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943 ergingen vom Reichswirtschaftsminister am 30. Januar die ersten Anweisungen zur Stilllegung von Betrieben von Handel und Handwerk und zur Schliessung von Vergnügungsnachtlokalen und Luxusgaststätten. Die übrigen Gaststättenbetriebe sollten überprüft werden. Im März wurden der industrielle Sektor sowie Banken und Versicherungen in die Aktion einbezogen. Zugelassen war unter bestimmten Voraussetzungen die freiwillige Schliessung von Betrieben und die Bildung von Kriegsbetriebsgemeinschaften. Handwerker-Reparaturbetriebe waren von der Stilllegung ausgenommen. Bis zum Jahresende folgte eine Auskämmaktion, die 400'000 Ar-

beitskräfte für kriegswichtige Zwecke freisetzte. Laut Statistik wurde die Zahl der Beschäftigten im Handwerk vom Mai 1942 bis Mai 1944 um 222'000, die in Handel, Banken und Versicherungen um 457'000 reduziert. Gleichzeitig kämten Maschinenhauptkommissionen die Handwerksbetriebe nach freien Maschinen aus. Im April 1943 beeindruckte Speer Hitler mit der ihm vorgelegten Zusammenstellung «der Einsparungen durch Schliessung von Geschäften und Einschränkungen im übrigen Verbrauch».³⁰

Noch hatte die kriegswirtschaftliche Konzentration nicht ihren Abschluss gefunden. Von der im November 1943 beendeten Stilllegungsaktion waren (ohne Teilstilllegungen) 3'193 Industriebetriebe (überwiegend Schmuckwaren- und Parfümeriehersteller) betroffen. Durch Interventionen von politischen Dienststellen und Landeswirtschaftsämtern mussten zahlreiche Stilllegungsbescheide für wichtige Versorgungsbetriebe wieder zurückgenommen werden. Von September 1943 bis Mai 1944 lief ferner eine «Betriebsumsetzungsaktion», bei der 1'696 vorwiegend für den Wehrmachtsverbrauch arbeitende Betriebe mit 221'835 Arbeitskräften stillgelegt wurden, darunter vor allem Betriebe der Textilindustrie, Schallplattenfabriken, Druckereien (auch die berühmte Leipziger Notendruckerei von Breitkopf und Härtel) sowie die Zigarettenfabrik von Reemtsma in Hannover.³¹

Die Bilanz der kriegswirtschaftlichen Konzentrations- und Stilllegungsprozesse liess sich an der Arbeitskräftestatistik von Ende Mai 1944 (Altreich) ablesen. Die Beschäftigung in den Grundstoffindustrien erreichte ihren Höchststand im Kriege, hatte gegenüber Mai 1939 eine Steigerung um 17 Prozent erfahren. In den wichtigen Konstruktionsindustrien war die Beschäftigung im gleichen Zeitraum um 29 Prozent vermehrt worden, auch kein gewaltiger Anstieg, aber trotzdem zumindest ausreichend für die Verdreifachung der Rüstungsendfertigung im Juni/Juli 1944 gegenüber dem Indexstand vom Januar/Februar 1942. Durch Vereinfachungen und Rationalisierungen in der Rüstungsproduktion waren offensichtlich höhere Steigerungseffekte erzielt worden als durch den gleichzeitigen Arbeitskräftezuwachs. Gravierend reduzierte der Abzug von fast 250'000 Arbeitskräften zwischen Mai 1943 und Mai 1944 das Produktionspotential der Konsumgüterindustrie, in der Hauptsache das Resultat von Speers erbitterten Auseinandersetzungen um ihre weitere Einschränkung. Bis Mai 1944 verfügten die «übrigen verarbeitenden Industrien» (Altreich) nur noch über 62 Prozent ihres Arbeitskräftebestandes vom Mai 1939.³² War dieser Opfergang der Verbrauchsgüterindustrie unbedingt notwendig? Hans Kehrl sah sogar

im übermächtigen Drang der Wirtschaft nach Ersatz- und Neuinvestitionen eine Gefahr für die Rüstungsproduktion.³³

Eines der entscheidenden Hemmnisse für die Ausweitung der deutschen Rüstungsproduktion war und blieb die mangelnde und häufig schleppende Versorgung mit Rohstoffen der Grundstoffindustrien. Nie erreichte das von Grundstoffproduktionen erzielte Ist das geplante Soll.³⁴ Trotz grösster Anstrengungen vermochte die Kohlenförderung nicht den angefallenen Bedarf zu decken. Nirgends zeigte sich in der deutschen Kriegswirtschaft materieller Überfluss; überall herrschte Mangel. Anfängliche technische Überlegenheit konnte auf die Dauer nicht materielle Unterlegenheit wettmachen. Quantitäten waren entscheidend, über die die deutsche kriegswirtschaftliche Maschine nicht verfügte. Als Speer am 14./15. April 1942 über Kohlemangel klagte, war Hitler «erstaunt», «dass im Jahre 1942/43 insgesamt nicht mehr Kohle zur Verfügung gestellt wird».³⁵ Nach Weihnachten 1941 machten im Führerhauptquartier noch Hitlers Worte die Runde: «Wenn ich sechs Generäle wie Pleiger hätte, wäre der Krieg längst gewonnen.» Im Januar 1942 war Paul Pleiger, Reichsbeauftragter für die Kohle und Vorsitzter der Reichsvereinigung Kohle auch zum Reichsbeauftragten für die Kohle in den kohlefördernden besetzten Gebieten ernannt worden.³⁶ Schon am 21. April 1942 erhielt der Reichsminister für Bewaffnung und Munition aus dem Reichswirtschaftsministerium die alarmierende Mitteilung, unterzeichnet vom Geheimen Bergrat Pasel, der Stütze der Bergbauabteilung: «Nach meinen Feststellungen ist es nicht möglich, den in den nächsten Jahren auftretenden Kohlenbedarf zu decken.»³⁷ Obwohl auch seitens des Ministeriums bedeutende Leistungen beim risikoreichen Aufschluss der rheinischen Tiefbaubraunkohle erbracht worden waren und 1941 das erste Tiefbauversuchsbergwerk bei Liblar in Betrieb genommen werden konnte, war im deutschen Braunkohlenbergbau die Fördersteigerung von Jahr zu Jahr

<i>Förderung an Steinkohle in Mio. t</i> ³⁸		1938/39	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43	1943/44
Vorkriegs- Deutschland	Soll				250,3	279,5	275,5
	Ist	232,3	233,7	247,4	241,5	264,5	268,3
Angegliederte Gebiete	Ist	8,0	34,0	76,0	76,4	90,1	98,5
Zusammen		240,3	267,7	323,4	317,9	354,6	366,8

zurückgegangen. Im Steinkohlenbergbau fielen die Fördersteigerungen noch geringer aus und blieben erheblich hinter dem Soll zurück. Im August 1942 äusserte Pleiger «schwerwiegende Bedenken» gegenüber Hitler und Speer wegen befohlener verstärkter Kohleanforderungen. Mangelnde Arbeitskräfte und unzureichende Investitionen im Bergbau verschärfen 1943 die Kohlesituation.³⁹ Der deutsche Kohlenbergbau war 1943 an der äussersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt.

Neben der Kohle bildete Eisen das wichtigste Grundprodukt der Rüstungsfertigung. Aufgrund der ungenügenden Versorgung mit Kohle und Energie war die Eisen- und Stahlerzeugung im Winter 1941/42 abgesunken⁴⁰, zeigte aber von März 1942 fast bis Jahresende eine leicht ansteigende Tendenz, ohne dass auch hier die im Eisenplan vorgesehene Erzeugung von 2,65 Mio. t im Monat erreicht wurde⁴¹. Im März 1942 richteten sich Hitlers und Speers Hoffnungen auf eine höhere Stahlproduktion in Lothringen, Luxemburg und Nordfrankreich. Der unwirtschaftliche Doggererzbergbau in Südbaden wurde deshalb stillgelegt.⁴² Wohl jeden Monat drängte seitdem Speer auf eine Erhöhung der Eisenproduktion. Ende Mai 1942 wurde daraufhin der von Hitler geschätzte Hermann Röchling (1872-1955), Vorsitzender der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH in Völklingen/Saar und erfahrener Eisenhüttenmann zum Vorsitz der analog zur Kohlenvereinigung geschaffenen «Reichsvereinigung Eisen» berufen, sowie Alfred Krupp von Bohlen und Halbach und Walter Rohland zu seinen Stellvertretern.⁴³ Für Speer waren die vom Reichswirtschaftsminister vorgesehenen Satzungen der Reichsvereinigung «durchaus parlamentarisch und zu weich», worüber er sich prompt bei Hitler beschwerte. Obwohl mit dem nationalsozialistischen Führerprinzip nicht vereinbar, wurde im Verwaltungsrat der Reichsvereinigung Eisen laut genehmigter Satzung parlamentarisch abgestimmt. Jedes Mitglied hatte eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entschied der Vorsitz. Die Wirtschaft liess sich nicht militärischer Kommandogewalt unterwerfen. Die Sachkenntnis der Wirtschaftler war unentbehrlich. Der bisherige Generalbevollmächtigte für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung im Rahmen des Vierjahresplanes, General von Hanneken, in Personalunion Leiter der Hauptabteilung II im Reichswirtschaftsministerium, wurde im September 1942 als Wehrmachtbefehlshaber nach Dänemark abgeschoben. Ein im Juli 1942 aufgestellter Produktionsplan der Eisenindustrie für das Reichsgebiet und alle besetzten Gebiete, im August Hitler im Führerhauptquartier in Winniza vorgetragen,⁴⁴ genügt

te schon im Winter 1942/43 nicht mehr, um das vorgesehene Munitionsprogramm und die Anforderungen der Marine zu befriedigen. Im März 1943 musste die «Führerreserve» an Eisen verteilt werden und erwies sich eine weitere Steigerung der Eisenerzeugung als unerlässlich. Hitler forderte im April, vom Bedarf ausgehend, «dass die Eisenerzeugung 4 Mill. t im Monat (Kontingentsgewicht) betragen soll». Speer schlug mit Rücksicht auf die Realisierungsmöglichkeiten vor, sie im Laufe des Jahres von 2,65 Mio. t. auf 3,15 Mio. t zu steigern. Trotz des verstärkten Verbrauchs von Schrott und der Erzeugungssteigerungen in den besetzten Gebieten blieben die Planungen Utopie. Die Gesamterzeugung von Rohstahl im Reich und in den besetzten Gebieten kam 1943 auf einen Monatsdurchschnitt von knapp 2,9 Mio. t, die das nur mühsam erreichte Maximum der Eisenerzeugung und die Grenzen des weiteren Rüstungswachstums markierten. .

Von einflussreichen Persönlichkeiten der Industrie war im März 1942 Hitlers Aufmerksamkeit auf die Mängel der bisherigen, einer Produktionssteigerung hinderlichen Kontingentierung von Eisen und sonstigen Metallen gelenkt worden.⁴⁵ Das Problem der Verteilung der Rohstoffe, Materialien und Erzeugnisse, der unbedingte Vorrang der Rüstungswirtschaft und die möglichste Vereinfachung der Kontingentierung wurde auf Drängen von Speer sogleich auf gegriffen.⁴⁶ Im April folgte eine Anordnung Hitlers, «nach der Eisenkontingente nur in der Produktion zu erwartenden Höhe ausgegeben werden dürfen».⁴⁷ Das bisherige Kontrollnummernverfahren hatte sich totgelaufen, weil das Reichswirtschaftsministerium, von den Bedarfsanforderungen ausgehend, mehr Kontrollnummern in Umlauf brachte als Eisen vorhanden war.⁴⁸ Anfang April billigte Hitler auch die Gründung des von Speer vorgeschlagenen «Zentralen Planungsamtes», von dem die Rohstoffzuteilung vorgenommen werden sollte, da nach Meinung Speers der von ihm disqualifizierte «Wirtschaftsminister zu sehr für seine Interessen und weniger um die der Kriegswirtschaft besorgt ist».⁴⁹ Die am 22. April errichtete «Zentrale Planung» – zwar keine Planungsbehörde – entwickelte sich zur wichtigsten Verteilungsinstanz der vorhandenen Rohstoffe an alle Bedarfsträger. Die Sitzungen der Zentralen Planung gestalteten sich zum Kampfplatz um Kontingente. Ein Erlass Funks vom gleichen Tage über die Neuordnung und Vereinfachung der Kontingentierungsverfahren und der Bewirtschaftung ordnete die Überprüfung des gesamten Rohstoffkontingentierungs- und Bewirtschaftungssystems an und beauftragte mit Zustimmung Speers mit dieser Aufgabe seinen unermüdlichen

Generalreferenten Hans Kehrl.⁵⁰ In der neuen Regelung der Eisenbewirtschaftung von Mitte 1942 trat an die Stelle der beseitigten Kontrollnummern eine auf die Rohstofflage abgestimmte Kontingentierung nach einem Schecksystem (Metallscheine). Die Kontingentsträger der Eisenbewirtschaftung (80 reichsdeutsche neben den ausserdeutschen Kontingentsträgern) verfügten über ein Guthabenkonto bei der Eisenverrechnungsstelle. Auf dieses Konto wurden die in der Zentralen Planung festgesetzten Kontingente vom Reichswirtschaftsministerium überwiesen. Die von Kehrl und seinen Mitarbeitern zuerst bei Textilien entwickelten Kontingentierungsgrundsätze wurden auf die Eisenbewirtschaftung übertragen und kamen auch auf die anderen Metallkontingentsträger zur Anwendung. Mit der Rohstoffkontingentierung für eine Anzahl bestimmter Kontingentsträger hatte sich jedoch kein Markt der geschlossenen Nachfrage herausgebildet. Fast von Monat zu Monat änderte sich mit den wechselnden und wachsenden Anforderungen an Kriegsbedarf die Warennachfrage auf diesem Markt.

Einen vorläufigen Abschluss der Entwicklung des Bewirtschaftungssystems brachte der von Funk unterzeichnete Erlass über die «Neuordnung der Bewirtschaftung» vom 25. November 1942.⁵¹ Mit ihm wurde die Warenbewirtschaftung auf die Mangelsituation in der Produktion abgestimmt. Als Koordinationsinstanz dienten die in neue, den Bedürfnissen der Praxis angepasste Lenkungsbereiche gegliederten Reichsstellen. Ihre sachliche Zuständigkeit bzw. die des Reichsbeauftragten sollte sich (unter Einbeziehung der Prüfungsstellen) auf sämtliche Stufen des Warenverkehrs erstrecken, auf Einfuhr, Erfassung, Fertigung, Verbrauch und Ausfuhr. Zur Durchsetzung seiner Entscheidungen in den Betrieben bediente sich der Reichsbeauftragte der entsprechenden Gruppen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, «die er zu seinen Bewirtschaftungsstellen» ernannte. Die neue Organisation des Mangels bestimmte Umfang und Art der Produktion durch Kontingentierung und Herstellungsanweisungen, war nicht mehr konsum-, sondern fertigungsorientiert und konzentrierte die Erzeugung auf genormte Produkttypen, die ein Minimum an Arbeits- und Materialaufwand erforderten. Trotz des Widerstandes von Staatssekretär Landfried und eines grossen Teils der Beamtenschaft des Reichswirtschaftsministeriums konnte Kehrl seine Vorstellungen durchsetzen. Sie minimierten weiter die beengte Konsumwahl und beseitigten vollends die «Souveränität» der unternehmerischen Kontingentsträger. Die zunehmende Auszehrung der deutschen Kriegswirtschaft an Konsumgütern erforder-

te, das wenige Vorhandene auf eine möglichst grosse Zahl von Bedürftigen zu verteilen, die Knappheit zu strecken. Zur ordnungspolitischen Instrumentierung von Armut war Vereinfachung geboten und ist in der Folgezeit die Einführung eines «Universalschecksystems» angestrebt worden.

Gleichzeitig wurde das deutsche Bewirtschaftungssystem in besetzte Länder exportiert. Die Wirtschaftsbürokratie zeigte sich jedenfalls stolz über die Perfektion ihres Instrumentariums und sah keine bessere Alternative zur Bewirtschaftung des Mangels. Am 26. November 1942 unterzeichnete Kehrl einen Erlass des Reichswirtschaftsministers, der die Zuständigkeit der Reichsstellen auf die besetzten niederländischen Gebiete ausdehnte und verlangte, die Angleichung der dortigen Warenbewirtschaftung an das Reich zu vollenden.

3. Die «europäische Wirtschaftsgemeinschaft»

Mangelscheinungen im Reich sollten zu «ungunsten der besetzten Gebiete abgestellt werden», war Hitlers Devise. «Wenn z.B. Fahrräder für Rüstungsarbeiter fehlen, so sei zunächst auf die Fahrräder in Holland, Belgien, Dänemark usw. zurückzugreifen. Für Strassenbahnwagen und andere Dinge gelte dasselbe. Er wünscht, dass dementsprechende Anträge ihm laufend vorgelegt werden», notierte Speer nach der Führer-Konferenz vom 1. Mai 1943.⁵² Je mehr sich – auch infolge der zunehmenden deutschen Clearingverschuldung – die Lieferbereitschaft und das Liefervermögen der verbündeten und neutralen europäischen Länder verringerte, umso stärker versuchte sich die deutsche Kriegswirtschaft aus den besetzten Gebieten zu versorgen. Auf sie entfielen 1943 u.a. 22% der Steinkohleförderung, 47% der Schwefelkiesförderung, 14% der Roheisenerzeugung, 20% der Nickelgewinnung, 40% der Stickstofferzeugung in Speers Rüstungsstatistik.⁵³ Ende 1941 beliefen sich die von der deutschen Industrie in besetzte Gebiete verlagerten Aufträge auf fast 5,5 Mrd. RM.⁵⁴ Die Auftragsverlagerungen, ebenfalls den innerdeutschen Herstellungsverböten und Drosselungsmassnahmen unterworfen, verstärkte sich in den folgenden Jahren. Aufträge über knapp 400 Mio. RM – nicht ganz die Hälfte des Produktionswertes der deutschen Werkzeugmaschinen-Industrie im Jahre 1942 – hatten 707 deutsche Maschinenbauunternehmen, grösstenteils die bedeutendsten und repräsentativsten, bis Ende 1942 in besetzte Gebiete vergeben.⁵⁵ Da der verlagerte

Auftrag «grundsätzlich ein solcher der reichsdeutschen Firma» blieb, erhöhte er deren Ausstoss. Hinter dem Wunder der Produktionssteigerungen in der deutschen Kriegswirtschaft zwischen 1941 und 1944 verbargen sich daher ausser der wirtschaftlichen Organisationsarbeit der Auftragsverlagerung auch die ausgeschöpfte Produktionskraft besetzter Gebiete. Einen keineswegs vollständigen Niederschlag von der Ausbeutung ihres Wirtschaftspotentials boten die sich kumulierenden Zahlenreihen der deutschen Clearingdefizite gegenüber den besetzten Gebieten, Ende 1942 5,3 Mrd., Ende 1943 10,3 Mrd. RM, das waren 73% der von der deutschen Verrechnungskasse verbuchten Clearing-Schuld. 21% der Gesamtschuld waren den Verbündeten aufgebürdet, und 6% liessen sich auf Neutrale abwälzen.

Angesichts der deutschen Schuldenlast war es für Staatssekretär Landfried wohl selbstverständlich, bei seinen gelegentlichen Reisen in besetzte Gebiete deren wirtschaftliche Leistungen nicht nur gebührend zu loben, sondern auch von den kommenden Zukunftschancen im «grosseuropäischen» Wirtschaftsraum und dem sicheren grossdeutschen Markt zu sprechen. In Norwegen, wichtiger deutscher Rohstofflieferant, erwähnte er anlässlich der Eröffnung der dortigen Deutschen Handelskammer auch die an die norwegische Steinindustrie vergebenen erheblichen Aufträge für Werksteine, «die Deutschland während des Krieges noch nicht benötigt, sondern die für die Erstellung von Monumentalbauten nach dem Kriege Verwendung finden sollen». Kartellierungsvereinbarungen waren zwischen der deutschen, norwegischen, schwedischen und finnischen Papier- und Zellstoffindustrie getroffen worden. Der Protektoratswirtschaft versprach Landfried auf einer Veranstaltung deutscher Wirtschaftler in Prag «ein wirtschaftliches Hinterland von 80 Millionen Konsumenten». Vor der Deutschen Handelskammer in Brüssel würdigte er die Bedeutung der Deutschen Handelskammern im Ausland als Kontaktorgane zwischen der deutschen und ausländischen Wirtschaft und ging ausführlicher auf die Auftrags Verlagerung ein, von «einer gehässigen Feindpropaganda» als Ausplünderung hingestellt. Landfried nannte es «ein erstes erfreuliches Zeichen europäischer Zusammenarbeit, dass die deutschen Ingenieure und Werkmeister, die mithalfen, die zerstörten Industrieanlagen und damit die Auftragsverlagerung in Gang zu bringen, ihre wertvollsten Erfahrungen, zum Teil auch ihre Patente und geschützten Verfahren mitbrachten». Nach Frankreich (8,5 Mrd. RM) war und blieb Belgien bis Kriegsende Deutschlands grösster Clearing-Gläubiger (rd. 5 Mrd. RM).

Kein Gegenstand öffentlicher Reden war die von Göring befohlene Kapitalverflechtung zwischen Deutschland und den besetzten Gebieten. Trotz der eingesetzten deutschen Kommissare misslang jedoch bei den drei niederländischen Weltkonzernen Philipps, Unilever und Shell das Einbringen deutscher Kapitalbeteiligungen. Bei der Allgemeinen Kunztside Unie wurde über Aktienkäufe am offenen Markt die Majorität des Stammkapitals in deutschen Besitz gebracht. Deutsche Grossbanken wurden veranlasst, einen «Bankenstützpunkt» in den Niederlanden zu errichten. Vor allem wurde der deutsche Einfluss auf holländische Grossunternehmen mit Hilfe der Arisierung durchgesetzt. In Belgien machte die erstrebte Kapitaldurchdringung kaum Fortschritte, scheiterte am Widerstand der belgischen Grossbanken und nicht zuletzt an der Zurückhaltung des deutschen Militärbefehlshabers. Zur Konzeption eines Plans über die Neuordnung der belgischen Energiewirtschaft sah er sich zumindest durch das Reichswirtschaftsministerium veranlasst.^{55a} Das Kapital wollte dem politischen Diktat nicht gehorchen.

Der bisherige Verlauf des Krieges habe erwiesen, erklärte Staatssekretär Landfried im September 1942 in einem Interview der spanischen Zeitung «Pueblo», «wie notwendig die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist, die allein den Zweck hat, alle Wirtschaftskräfte Europas und des ihm zur Verfügung stehenden Raumes voll zu erschliessen». Noch konkreter wurde der Staatssekretär in einem Vortrag in der Aula der Universität des heimischen Heidelberg im Dezember 1942: «Es gebe in diesem totalen Kriege keine nationalen Wirtschaftsprobleme mehr auf dem europäischen Kontinent, sondern nur noch eine europäische Wirtschaft, die einheitlich danach auszurichten sei, wie sie die grössten Leistungen im Schicksalskampf des Kontinents hervorbringen könne.» Auch das war mehr Wunschbild, nicht Wirklichkeit.

Als Gegenthese zur alliierten Propaganda von der deutschen Ausplünderung Europas machte die deutsche Auslandspropaganda die «Bildung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft» 1942/43 zu einem ihrer Schwerpunkte.⁵⁶ Vor der Auslandspresse stellte Goebbels am 13. März 1943 Leitsätze zur «Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft» auf und versicherte, dass die harten deutschen Massnahmen nur für die Kriegsdauer gelten, dass nationale Individualitäten nicht ausgelöscht werden würden und Deutschland sogar demokratische Regierungen künftig dulden wolle. Das Reich erwartete und forderte wirtschaftliche Leistungen für die Kriegführung und stellte dafür Konzessionen in der Nachkriegszeit in Aussicht.

<i>Deutscher Aussenhandel in Mio. RM, jeweiliger Preisstand</i>		
Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1942	8 692	7 560
1943	8 258	8 588

Eigentlich sprachen nur Vertreter des Reichswirtschafts- und Reichspropagandaministeriums von der «Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft»; Ribbentrop unternahm keine Initiativen, verliess sich mehr auf politischen Druck. Als 1942 wegen der hohen deutschen Clearing-Schuld der Handelsverkehr mit Spanien stockte, wurde im Handelspolitischen Ausschuss der Standpunkt vertreten: «Die kriegswichtigen Rohstoffe, die Spanien zu liefern in der Lage ist, seien für die deutsche Kriegführung dringend benötigt und müssten von Spanien aufgrund der zugesagten weitgehenden Unterstützung als Beitrag zum Kampf gegen den Bolschewismus geliefert werden, auch wenn sie nicht sofort durch deutsche Gegenlieferungen kompensiert werden könnten.»⁵⁷

Die Bilanz einer Kriegswirtschaftspolitik, die in starkem Masse auf aussenwirtschaftliche Zuflüsse zurückgriff, zog Funk in einem Schreiben an den Chef der Reichskanzlei Lammers vom 13. Juli 1944, in dem er darauf hinwies, «dass die Leistungen der besetzten Gebiete bis zum Ende des Jahres 1943 in Geldwert etwa 66 Milliarden RM betragen haben und dass hiervon allein Frankreich eine Leistung von über 30 Milliarden aufgebracht hat. Unter den verbündeten Ländern, die insgesamt nur etwa 6 Milliarden geleistet haben, steht die italienische Leistung mit 2,3 Milliarden bei Weitem an der Spitze; eine Zahl, die sich im letzten Halbjahr noch wesentlich erhöht hat. Unter den südosteuropäischen Ländern hat Kroatien trotz aller dort vorhandenen Schwierigkeiten immerhin nahezu dasselbe geleistet wie Bulgarien und Rumänien. Die ungarische Leistung von etwa 1 Milliarde bis Ende 1943 wird sich aufgrund der nunmehr dort ergriffenen wirtschaftspolitischen und -organisatorischen Massnahmen ebenfalls wesentlich erhöhen.»

Ein mit der Vorkriegszeit vergleichbarer Überblick über den Umfang der deutschen Ein- und Ausfuhr lässt sich wegen der seit 1939 eingetretenen starken Preisveränderungen kaum gewinnen. Nach dem jeweiligen Preisstand erreichten der deutsche Import 1942 und der deutsche Export sogar erst 1943 ihr höchstes Niveau. Der Geldschleier täuscht. Von Preissteige-

rungen, mit den Treibsätzen der Kriegsinflation in die Höhe gedrückt, waren besonders die Nahrungsgüterimporte aus Südosteuropa betroffen. Nach Mitteilung von Ministerialdirigent Schultze-Schlutius vom Reichswirtschaftsministerium waren die deutschen Ausführpreise nach Kroatien, dem Kunaverfall angepasst, auf das Zehnfache gesteigert worden, «aber die kroatischen Ausführpreise zum Teil wesentlich mehr gestiegen ... Von dem Mehrerlös für deutsche Ausführwaren werden in Deutschland 60-80% abgeschöpft».⁵⁸

Nach dem vom Reichswirtschaftsministerium für 1942 auf gestellten Exportplan belief sich der «aus kriegswirtschaftlichen Gründen unentbehrliche Einfuhrbedarf» aus allein 12 verbündeten und neutralen Ländern auf 5,1 Mrd. RM. Zuzüglich sonstiger Zahlungsverpflichtungen wäre zum Ausgleich der Zahlungsbilanz nach diesen Ländern eine deutsche Gesamtausfuhr von 7,6 Mrd. RM erforderlich gewesen, die aber zu weniger als 50% durch Ausfuhrfertigungen bzw. -güter gedeckt waren.⁵⁹ Um den Importbefehl zu erfüllen, mangelte es mehr und mehr am Exportvermögen, an Kohle, Eisen, Arbeitskräften und Fertigungskapazitäten. Geübt im Verhandeln über Clearing-Schulden, versuchte man sie zu verringern, indem man sie auf andere Konten verlagerte, Schatzanweisungen des Reiches anbot, langfristige Investitionen und Lizenzen offerierte und mit Anzahlungen guten Willen vortäuschte. Doch die Ungeduld der Gläubiger liess sich auf Dauer so nicht besänftigen. Der Strom der Einfuhr drohte wegen der versiegenden Ausfuhr zu verebben. Um ihn dennoch zu beleben, bedurfte es zunehmend des Einsatzes von Gold und Kriegswaffen. Sie sollten den Handel blockierende Clearing-Spitzen und -Schulden abbauen. Gold war nötig, um aus Portugal und Spanien das für die deutsche Rüstung unverzichtbare Wolfram zu bekommen. Die Hergabe von etwa 112 Mio. RM in Gold oder von Panzern, panzerbrechenden Waffen, Flugzeugen und Kraftwagen verlangte der bedrängte rumänische Bundesgenosse im Herbst 1943 zur Bezahlung seiner Agrarexporte nach Deutschland.⁶⁰ Die Ungarn forderten schon 1942 eine Verzinsung der deutschen Clearing-Schuld, soweit sie über 100 Mio. RM hinausging. Die Deutschen verschafften sich in Budapest Kredit, da sie Produkte verkauften, die sie gar nicht besaßen, indem sie Nachkriegslieferungen vereinbarten. Bulgarien wurden 1943 22 Mio. RM in Devisen überwiesen. Der Slowakei einen weiteren Betrag in Gold zu überlassen, schlug Ministerialdirigent Bergemann am 23. Oktober 1942 im Handelspolitischen Ausschuss vor. Am 15. Januar 1943 kam es in Bern zum Abbruch der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen sei-

tens der Eidgenössischen Regierung. Erst im Oktober wurde ein neues Übereinkommen mit Vor- und Nachteilen für beide Seiten vereinbart. Für zusätzliche Kupfer- und Chromlieferungen aus der Türkei war Hitler im April 1942 bereit, «weitgehendst Beutewaffen zur Verfügung zu stellen».⁶¹ Fast die Hälfte des deutschen Kriegsgeräteexports war 1942 für Rumänien bestimmt. Auch der Slowakei konnten Waffenlieferungen nicht abgeschlagen werden.⁶² Umso erstaunter ist man angesichts der vielfältigen, durch alliierte Blockademassnahmen noch verschärften Schwierigkeiten des deutschen Aussenhandels, dass es insbesondere der deutschen Handelspolitik gelang, 1942/43 die Einfuhr von kriegswichtigen Rohstoffen noch zu steigern.⁶³

<i>Kriegswichtige Einfuhren 1943</i>					
Ware		Deutsche Erzeugung	Einfuhr	Gesamtversorgung	Anteil der Einfuhr in %
Eisenerze	1000 t	11 260	10 023	21 283	47,1
Manganerz	1000 t	–	198	198	100,0
Kupfer	1000 t	72	59	131	45,0
Bauxit	1000 t	–	1 599	1 599	100,0
Chrom	t	48	30 459	30 507	99,8
Wolfram	t	447	1406	1 853	75,9
Mineralöl	1000 t	6 985	2 730	9 715	28,1

Solche Statistiken regten und regen auch weiterhin die hypothetische Frage an, was wäre wohl geschehen, wenn Verbündete und Neutrale plötzlich ihre gesamten kriegswichtigen Rohstoffexporte nach Deutschland abgestoppt hätten? Wäre der Zweite Weltkrieg dann ebenso schlagartig beendet worden, wie er begonnen hatte? Fragen, auf die es viele Antworten gibt! Schweden und die Slowakei lieferten das wichtige Eisenerz, die Türkei das Chromerz. Wolfram wurde zuletzt per Flugzeug von der Iberischen Halbinsel nach Deutschland eingeflogen. Nur mühsam liess sich den widerspenstigen, ängstlichen Rumänen das Mineralöl abtrotzen. Gegenüber der hartnäckig verhandelnden Schweiz hatte eine grundsätzliche «Führerentscheidung» die Vermeidung des Abbruchs der Wirtschaftsbeziehungen befohlen. Eine kaum vorstellbare Rarität in der internationalen Handelsgeschichte bildeten die mit Ungarn geschlossenen «Zukunftsgeschäfte». In der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 25. Februar 1944 er-

klärte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, ohne auf mögliche Kompetenzen Speers Rücksicht zu nehmen: «Die Nachkriegsbestellungen im zivilen Sektor können nach Ansicht des Reichswirtschaftsministeriums so gefördert werden, dass dem ungarischen Wunsch auf Auftragsvergebung im Werte von 200 Millionen RM voll entsprochen werden kann.» Ein vor dem Konkurs stehendes Unternehmen verpflichtete sich zu Lieferungen in Höhe des verlorenen Kapitals seines Gläubigers, so könnte man heute die Dinge sehen. Für Funk hatte sich jedenfalls «die europäische Wirtschaftsgemeinschaft» bereits bewährt. Er sah in ihr eine befriedigende Dauerlösung für das Nachkriegseuropa (so u.a. in seiner Königsberger Rede vom 29. Juni 1944).

4. Entmachtung des Reichswirtschaftsministeriums

«Mit Rücksicht auf die durch die Erfordernisse des Krieges gebotene strafere Zusammenfassung und den einheitlichen Einsatz aller wirtschaftlichen Kräfte», so hieß es einleitend in dem «Erlass des Führers über die Konzentration der Kriegswirtschaft» vom 2. September 1943⁶⁴, «bestimme ich für die Dauer des Krieges: § 1 Der Reichswirtschaftsminister ist zuständig für die grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fragen der deutschen Wirtschaft. §2 Die Zuständigkeiten des Reichswirtschaftsministers auf dem Gebiete der Rohstoffe und der Produktion in Industrie und Handwerk gehen auf den Reichsminister für Bewaffnung und Munition über.» Der Erlass nahm dem Reichswirtschaftsministerium seine gesamten Produktionsaufgaben (Erzeugungsplanung, Rohstoffbeschaffung und Produktionslenkung), im Wesentlichen die bisherige Hauptabteilung II mit den Abteilungen Bergbau, Eisen- und Metallwirtschaft, Mineralöl, Chemie, Textilien und Sonstige Industrie, die im Ministerium Speer (seit September 1943 Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion) als Planungsamt, Rohstoffamt und Produktionsamt zusammengefasst wurden. Mit dieser Amputation verlor das Reichswirtschaftsministerium 170 Mitarbeiter rund $\frac{1}{14}$ der 2'398 Köpfe umfassenden Gesamtbelegschaft⁶⁵, quantitativ gesehen eigentlich kein schwerwiegender Aderlass. Doch erschwerend für die weitere Arbeit des Ministeriums wirkte sich seine nun noch stärkere Abhängigkeit von anderen Obersten Reichsbehörden aus. Andererseits stellte die einheitliche Unterstellung der gesamten gewerblichen Produktion und damit vor allem der für die Rüstungsproduktion wichtigen Grundstoff- und Zulieferindustrie unter das Speer-Ministerium eine längst fällig gewesene,

den Kriegserfordernissen Rechnung tragende «Frontbegradigung» dar. Seit Jahren erwies sich die Doppelgleisigkeit bei der zentralen Steuerung der Rüstungsproduktion und der Zuliefer-Industrien als ein Hemmnis, sie nahtlos aufeinander abzustimmen. Auch in der Folgezeit misslang übrigens – nicht zuletzt wegen der durch den alliierten Bombenkrieg verursachten Produktionsausfälle – die reibungslose Koordination von Rüstungs- und Zuliefer-Produktion. In seinem Befehl zur «Steigerung der Zulieferungs-Industrie» vom 6. Dezember 1943 betonte Hitler ausdrücklich, dass «bereits heute Fertigungs-Reserven vorhanden» seien, «die nicht ausgenützt werden können, da die Zulieferungs-Industrie und die Eisenerzeugung zunächst nicht die hierzu notwendige Produktion aufweist».

Es entsprach der Mentalität von Funk, der Amputation seines Ministeriums eher mit Gleichmut zu begegnen. Er bot Speer sogar an, das gesamte Ministerium zu übernehmen, aber dieser winkte ab. Dennoch hatte der Führer-Erlass vom 2. September nach Speers Erinnerung erhebliche Widerstände zu überwinden, obwohl Hitler mit Speers «Übernahme der gesamten Produktion vom Wirtschaftsministerium» schon am 28. Juni «einverstanden» war.⁶⁶ Speer und Funk hatten das «Gesetzeswerk» wie auch zahlreiche andere Erlasse gemeinsam entworfen. In einer Sitzung im Reichskabinettsaal am 26. August hielt Funk «mit Geist und Humor» seine eigene Grabrede, nur war Hitler ohne Görings binnen weniger Tage eingeholtes Einverständnis nicht bereit, den Erlass zu unterzeichnen. Im Hintergrund versuchten offenbar Bormann und einige Gauleiter die Umstellung zu verhindern. Das Reichswirtschaftsministerium wollte seine Politik im Einvernehmen mit den Gauleitern durchsetzen, bei Speer war eine solche Absicht nicht erkennbar. Sicher spielten noch andere Momente eine Rolle, dass sich führende Kreise der Partei und wahrscheinlich auch der SS dem Machtzuwachs Speers widersetzten. Er galt als ein Mann, der sich an den Interessen der Grossindustrie orientierte, auf eine einvernehmliche Zusammenarbeit mit ihr setzte und dabei mittelständische Belange in den Hintergrund drängte. Auch nahm sein Kampf um die weitere Aushöhlung des zivilen Sektors keine Rücksicht auf die Volksstimmung. «Zum erstenmal kann jetzt auch die deutsche Industrie in vollem Umfang der Vorteile der grosstechnischen Fabrikation, des Fliessbandes und der Zerlegung der Fertigungsprozesse teilhaftig werden», kommentierte die «Berliner Börsenzeitung» den wirtschaftlichen Machtwechsel. Bormann, Himmler und die Gauleiter standen dagegen in der mittelständischen Tradition der NSDAP und sahen sich im

Kriege in ihrer teilweise antikapitalistischen und konzernfeindlichen Haltung eher bestätigt. In einem Schreiben an Gauleiter Sauckel vom 14. März 1942 bezeichnete es Bormann als «erfreulich», «dass die Gustloff-Werke die in der Rüstungsindustrie bestehende Konjunktur nicht egozentrisch ausnutzen, um sich im Osten festzusetzen ... Die Politik der Grosskonzerne zeigt jetzt die Tendenz, bei den augenblicklichen Verhältnissen ihren Machtbereich auszudehnen und oft geschickt mit volkstumpolitischen Erwägungen im Osten zu verknüpfen.» Bormann verwies auch auf die seinen Gedanken entsprechende Absicht des Reichsführers SS, «in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums durch eine Anordnung Rechnung zu tragen, in der sichergestellt wird, dass selbständige und sesshafte Unternehmer Konzernen und Filialbetrieben aus dem Altreich grundsätzlich vorzuziehen sind».⁶⁷ Es ging um die Industriensiedlung in den angegliederten östlichen Reichsgauen, für die das Reichswirtschaftsministerium im Einklang mit den dortigen Gauleitern Gewerbeaufbaustellen (Danzig, Königsberg, Posen, Reichenberg) errichtet hatte. Die unter Funk und seinem Staatssekretär Landfried wieder stärker betonte Mittelstandspolitik des Reichswirtschaftsministeriums kam den Vorstellungen von Gauleitern deutlich entgegen. Wurde Funk auf Übergriffe, Fehler, Härten und unverständliche Massnahmen im Sommer 1943 aufmerksam gemacht, ging er jedoch Erörterungen mit den Worten gewöhnlich aus dem Wege: «Der Führer wird alles in Ordnung bringen, wenn er sich dafür freimachen kann.»

Ein besonders enge Arbeitsverhältnis bestand seit Jahren zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Reichsgruppe Handel, namentlich zwischen Funk, Landfried und dem ehrenamtlichen Leiter der Reichsgruppe, Dr. Franz Hayler. Nicht selten begleitete Hayler den Reichswirtschaftsminister auf seinen Reisen, befand sich in seiner Nähe. Anlässlich einer Besprechung Haylers im Reichswirtschaftsministerium im Oktober 1943 über die künftige Zusammenarbeit zwischen Handel und Ministerium unterbreitete Landfried, Gegner des Konzentrationserlasses, Funk den Vorschlag, Hayler ins Ministerium zu berufen und zum Stellvertreter des Ministers zu machen. Als Funk daraufhin erwiderte, er, Landfried, sei bereits sein Stellvertreter, erklärte Landfried, «er könne die Aufgaben nicht weiter durchführen, und er bitte dann eben um seinen Rücktritt ...»⁶⁸ Am 19. November 1943 ist Staatssekretär Landfried «in vollem Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister aus seinem Amt ausgeschieden». Hitler hat am gleichen Tage den Bayern Dr. Franz Hayler (1900-1972) mit der Füh-

zung der Geschäfte des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium beauftragt. Seine Ernennung zum Staatssekretär folgte am 30. Januar 1944. Hayler, Mitinhaber des bekannten Lebensmittelgeschäfts Florian Silberbauer in München-Schwabing, promovierter Staatswissenschaftler, empfahl sich sowohl durch seine langjährige praktische Tätigkeit an der Spitze der Selbstverwaltungsorganisation des Handels als auch durch seine bis 1923 zurückliegende Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus (Blutorden-Träger, NSDAP-Mitglied seit 1931, SS seit 1933, zuletzt Ehrenrang als Gruppenführer) für sein Amt an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums. Als «Kaufmann in Uniform» war er ein temperamentvoller politischer Mensch, der Wirtschaft nie von Politik trennte und stets auch den Handel als Instrument der Politik sah. Er stellte die für die 30er Jahre kühne These auf, dass kaufmännisches Disponieren Strategie sei und zeigte den Kaufmann Arm in Arm mit Clausewitz.

Haylers und Ohlendorfs Eintritt ins Reichswirtschaftsministerium besass eine längere Vorgeschichte, in der – da beide höhere SS-Führer – der Schatten Heinrich Himmlers unvermeidlich auftauchen musste. Auf der Suche nach Bundesgenossen zur Stärkung der Position des Reichswirtschaftsministeriums knüpfte Staatssekretär Landfried schon im Sommer 1942 Kontakte zu dem aus Russland zurückgekehrten Otto Ohlendorf an. Von ihm als Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Handel und Chef des SD-Inland war seit Jahren Eingeweihten bekannt, dass er in seinem Selbstverständnis eines kritisch-belehrenden «Gralsritters des Nationalsozialismus» (Himmler) als ein entschiedener Gegner der Machtausweitung der Grosskonzerne, der kollektivistischen Bestrebungen von Leys DAF, einer Schwächung und Diffamierung des Mittelstandes und der Ausschaltung der Privatinitiative hervorgetreten war.⁶⁹ Zweimal hatte der bei Himmler in Ungnade gefallene, zwiespältige Ohlendorf den «Osteinsatz» abgelehnt, dann gehorchte er der Heydrich-Order und liess 90'000 Juden am Schwarzen Meer ermorden. Den Glauben, Vorkämpfer einer echten nationalsozialistischen Revolution zu sein, hat Ohlendorf wohl nie verloren.

Als Ohlendorf 1942 im Reichswirtschaftsministerium verhandelte, standen Minister und Staatssekretär vor der schwierigen Aufgabe, das Ministerium aus einer kritischen Situation herausmanövrieren zu müssen. In diese Suche nach Lösungsalternativen platzte obendrein die im Ministerium Aufsehen erregende Nachricht von der Verhaftung des Oberregierungsrats Dr. Arvid Harnack (Neffe des grossen Theologen) und seiner amerikanischen

Ehefrau im September während eines Urlaubs in Ostpreussen.⁷⁰ Ministerialrat Hassmann war mit Harnack, dem Referenten in der Aussenwirtschafts-
abteilung, befreundet, ohne zu wissen oder zu ahnen, dass der die technisch-
ökonomischen Leistungen in der Sowjetunion – ihre Planwirtschaft – be-
wundernde Harnack der grossangelegten kommunistischen Spionageorga-
nisation der Roten Kapelle angehörte. Im Casino des Ministeriums oder in
der historischen Bierwirtschaft Baartz in der Dorotheenstrasse assen Har-
nack und Hassmann häufig zu Mittag, spazierten dann kurz in den Tiergar-
ten und kamen am Brandenburger Tor an einem klapprigen Bücherwagen
vorbei, der einer alten Frau gehörte. Harnack griff nach diesem und jenem
Buch, legte es zurück oder erwarb es. Der Bücherkarren diente als «toter
Briefkasten» für Harnacks Spionagekassiber. Nachrichten über Deutsch-
lands aussenpolitische Situation und den Stand der Kriegsproduktion
konnte er sich im Reichswirtschaftsministerium beschaffen. Umfassend
war Harnack, der zeitweilig zu den streng vertraulichen Sitzungen des Han-
delspolitischen Ausschusses hinzugezogen wurde⁷¹, rein dienstlich über das
deutsch-amerikanische Verhältnis informiert. Im Ministerium wurde nur im
Flüsterton über seine Verhaftung gesprochen. Funk darauf angesprochen,
hülltesich in tiefes Schweigen. Schon der Verdacht der Mitwisserschaft
konnte lebensgefährlich sein, ebenso wie eine Verbreitung der Nachricht
von der Hinrichtung des Ehepaares. Von Fritz Dietlof Graf von der
Schulenburg erfuhren Hassmann und vielleicht auch andere im Reichswirt-
schaftsministerium zuerst von der Verhaftung Harnacks. Möglichkeiten der
Hilfe wurden besprochen und eingeleitet. Vergebens!

Auf Anfordern einer obersten Reichsinstanz war der eben erwähnte Graf
Schulenberg im November 1941 von der Ostfront zurückbeordert worden
und erhielt in einer Reihe von Sonderaufträgen wesentliche Einblicke in die
Struktur der immer unübersichtlicher gewordenen Reichsverwaltung und in
die dem Gang der Entwicklung meist nur widerwillig und reserviert fol-
gende Ministerialbürokratie. 1942 nahm er einen Auftrag von Minister
Funk an, den Aufbau und die Arbeitsweise der Reichsstellen zu untersu-
chen. Schulenburgs Erkenntnisse flossen in Goerdelers Reformpläne ein:
«Die Mängel des bestehenden Verwaltungsaufbaus werden vor allem in ei-
nem unklaren Durcheinander von Sondervollmachten und Sonderverant-
wortlichkeiten ohne Rücksicht auf den bestehenden Zukunftsaufbau er-
blickt, sowie in einer zu starken Zentralisation, ausgedrückt in der Erledi-
gung minderwichtiger Verwaltungsgeschäfte durch zentrale Reichsbehör-

den. Die einst so stolze Verwaltung ist ein Haufen von sinnlos ausführenden Maschinen und Maschinchen geworden ...»⁷² Die Hauptanliegen des im August 1944 hingerichteten Grafen Schulenburg, die Säuberung der Verwaltung von korrupten, unfähigen Parteielementen und die Stärkung der regionalen Selbstverwaltungsorgane blieben wohl nicht ohne Einfluss auf Ohlendorfs Reformplan der Wirtschaftsverwaltung von Ende 1944.

Seit Monaten war Funk und Landfried 1942 das Ausscheiden des Hauptabteilungsleiters II, General von Hanneken, aus dem Reichswirtschaftsministerium bekannt, aber es geschah nichts für seine Nachfolge. Die sachlichen Differenzen zwischen Landfried und Kehrl⁷³ veranlassten Funk zunächst zur Parteinahme für seinen Staatssekretär, der auch interimistisch die vakant gewordene Leitung der Hauptabteilung II übernahm. Erst im Oktober kam es zu einem neuen Gespräch zwischen Ohlendorf und Landfried, der beabsichtigte, Funk vorzuschlagen, Ohlendorf «alle Grundsatzfragen und damit die gesamten wirtschaftspolitischen Fragen des RWM zu übertragen im Range eines Unterstaatssekretärs, und zwar über den Hauptabteilungen des RWM stehend als Vertreter Landfrieds». Durch Schreiben vom 16. Oktober 1942 holte Ohlendorf, dessen Auffassungen gegen eine Verlagerung von Hoheitsaufgaben auf Wirtschaftsführer auch von Funk geteilt wurden, die Zustimmung Himmlers für seinen Eintritt ins Reichswirtschaftsministerium ein. Himmler verweigerte sie ihm telefonisch mit der Begründung: «1. Während des Krieges ist eine grundsätzliche Änderung unserer total kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich.» 2. Jedes Versagen der Wirtschaft könnte auf den Amtschef des Reichssicherheitshauptamtes, «der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium würde ... bzw. auf die SS abgeschoben» werden. Himmlers Vorschlag war, «einen irgendwie persönlich anständigen Mann, sei es Kehrl oder sei es Hayler, an diese Stelle hinzubringen, der, ohne grundsätzliche Fragen zu stark anzuhängen, als treuer Gefolgsmann von Funk und damit des Reichsmarschalls seine Aufgabe darin sieht, wenigstens die grössten Schweinereien in der Wirtschaft zu verbinden». Nach der Aktenüberlieferung wurde erst Ende November 1942 Hans Kehrl, der sich weiterhin mit Erfolg weigerte, als Beamter in den Staatsdienst einzutreten und sich der Hierarchie einzufügen, zum Leiter der wichtigen Hauptabteilung II bestellt,⁷⁴ ein Fehlgriff, wie alsbald von verschiedensten oppositionellen Seiten zu hören war. Die Schliessungsaktion seit Januar 1943 brachte Kehrl sogleich in die Schusslinie. Offenbar informiert von Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg



Abb. 16: Dr. rer. pol. Franz Hayler, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium vom 16.11.1943 bis 8.5.1945.

schrieb Carl Goerdeler in seiner für die Generalität bestimmten Denkschrift vom 26. März 1943: «Es ist ein offenes Geheimnis, dass z.B. der Herr Reichswirtschaftsminister viele Massnahmen, die auf seinem Gebiete durch einen verkrachten Textilindustriellen getroffen werden, wie z.B. die Geschäftsschliessungen, nicht billigt. Aber da die Partei dahintersteht, wagt selbst dieser alte Parteimann nichts dagegen zu tun. Und jener Industrielle vertritt den perversen Standpunkt, dass das deutsche Volk erst dann seine Kräfte für den Krieg voll einsetzen würde, wenn niemand mehr etwas zu verlieren hätte.»⁷⁵ Etwa um die gleiche Zeit und im Zusammenhang mit der Schliessungsaktion kühlte sich auch das Verhältnis Himmlers zu Kehrl ab, der zwar «mit Temperament und Ideen an seine Arbeit» gehen, aber «das Leben doch nur mit kaltem Verstand und mechanisch» ansehen würde.⁷⁶ Noch im Zuchthaus Landsberg verurteilte Ohlendorf 1951 «die kapitalistisch-technische, mechanisierte Ratio-Wirtschaft» von Speer und Kehrl. Letzterer, «der eigentliche Vater der deutschen Kriegswirtschaftsgestalt», strebte angeblich «die amerikanische Wirtschaftsorganisation an – und die bolschewistische Unbefangenheit gegenüber den Menschen in der Wirtschaft (Unternehmer, Angestellter, Arbeiter) und den Forderungen der Menschen (der Verbraucher) an die Wirtschaft».⁷⁷ Für Ohlendorf war Kehrl ein «Totengräber» der deutschen Wirtschaft.

Nach Hitlers Konzentrations-Erlass vom 2. September 1943 vergingen wiederum Wochen und Monate, ehe im Reichswirtschaftsministerium personelle und organisatorische Konsequenzen gezogen wurden, als wollte man dort erst abwarten, welche Ansprüche von Seiten des Speer-Ministeriums noch gestellt werden würden. Schon im Juli/August war Kehrl zu Speer übergewechselt und beriet mit Speer und seinen Amtschefs, welche Teile aus dem Reichswirtschaftsministerium herauszuberechnen und wie sie zu «verdauen» seien. Es entstand der Eindruck, als sei das Reichswirtschaftsministerium «ein zur Ausplünderung freigegebener Selbstbedienungsladen» (Stoffregen). Erst der Erlass Speers «über die Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft» vom 29. Oktober 1943 bot eine detailliertere Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Reichswirtschaftsministerium und Speer-Ministerium, ohne dass damit der Schlusspunkt in der Kompetenzverteilung gesetzt war. Noch unter Staatssekretär Landfried erfolgte am 3. November in Rücksicht auf die neu geordnete Zuständigkeit die erste Neufassung des Geschäftsverteilungsplans des Ministeriums. Unmittelbar unterstellte sich der Staatssekretär das wichtige Referat «Grundsätzliche Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik und Mitwirkung bei grundsätzlichen Massnahmen anderer Ressorts von wirtschaftspolitischer Auswirkung» und wollte demnach die im Führer-Erlass vom 2. September hervor gehobene Grundsatzkompetenz des Reichswirtschaftsministeriums in der Wirtschaftspolitik selber wahrnehmen. Die neu konzipierte Hauptabteilung II übernahm der bisherige Leiter der Sonderabteilung, Ministerialdirigent Dr. Johannes Fischer. Nichts an der von Landfried vorgenommenen Neuorganisation des Ministeriums deutete auf Einflussnahmen Himmlers oder der SS, nichts auf einzuhaltende Absprachen in diese Richtung hin oder gar auf das bevorstehende Personalrevirement.⁷⁸ Zwei Wochen danach übernahmen dann Hayler und Ohlendorf die Amtsgeschäfte im Reichswirtschaftsministerium. War Funk ohne Wissen Landfrieds eigene Wege gegangen? Kam er «durch ein taktisches Spiel» Himmler in einer Entscheidung zuvor?, wie Ohlendorf in Nürnberg aussagte. Ein internes Gespräch zwischen Funk, Hayler und Ohlendorf in der Bibliothek der Ministervilla am Wannsee im Herbst 1943 ist vom Funk-Adjutanten Höfler bezeugt. Erst mit Himmlers Unterstützung hätte Funk nach anderer Version «volle Zustimmung» von Hitler erhalten, Hayler zum neuen Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium zu machen. Funk wollte auch Ohlendorf haben, der sich danach mit grossen Bedenken zu Himmler begab, um ihm sein Einverständnis abzurufen. Im Zimmer Himmlers traf er unerwartet

Hayler, der das Einverständnis des Reichsführers SS bereits ohne Wissen Ohlendorfs eingeholt hatte.⁷⁹ Funk schien übergücklich, berichtete Ohlendorf seiner Frau am 3. Dezember, dass er «nun sogar beide hatte». Einem schwachen Minister bot sich die Chance, Last und Verantwortung auf breitere Schultern abzuwälzen. Für Funk war Ohlendorf «ein ungewöhnlich klarer Kopf», der «seine Gedanken überaus eindrucksvoll zum Ausdruck bringen konnte».

Wer nach symbolträchtigen Ereignissen in der Geschichte sucht, der sah sicherlich im gleichzeitigen Führungswechsel an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums und der Zerstörung des Dienstgebäudes Unter den Linden/Behrenstrasse bei einem schweren Luftangriff am Abend des 22. November 1943 auf Berlin keine zufällige Duplizität, sondern vielmehr den Anfang vom Ende einer ehrwürdigen Institution der deutschen Wirtschaftspolitik. Es war der Beginn einer schweren Zeit, einer Odyssee, die im Chaos mündete. Das Hauptgebäude des Reichswirtschaftsministeriums brannte aus. Der Ministerialapparat fand Unterkommen im gewaltigen Bau des nachgeordneten Statistischen Reichsamts in der Neuen Königstrasse 27-37, am Alexanderplatz mitten im Herzen von Berlin. Mehr als zuvor diktierte fortan der Bombenkrieg die tägliche Ministerialarbeit. In der Neuorganisation des Ministeriums, wie sie sich im Kriegsgeschäftsverteilungsplan vom 15. Dezember 1943 niederschlug, spiegelte sich auf den ersten Blick die gekappte Zuständigkeit des in fünf Hauptabteilungen zusammengeschrumpften Reichswirtschaftsministeriums wider. In ihrer Substanz erhalten geblieben sind die Hauptabteilung I (Personal- und Verwaltungsabteilung) unter Ministerialdirektor Hans Illgner, SS-Oberführer im Stab des Reichsführers SS, die Hauptabteilung III (Aussenwirtschaft) unter Dr. Franz Kirchfeld, Nachfolger des SS-Sturmabführers Eberhard von Jagwitz, die Hauptabteilung IV (Geld-, Bank-, Börsen- und Versicherungswesen) unter Dr. Joachim Riehle, einem aus dem Reichswirtschaftsministerium hervorgegangenen Bankfachmann sowie die Hauptabteilung «Der Oberberghauptmann». Neuformiert wurde unter Einbeziehung von Bestandteilen der einstigen Hauptabteilung II eine neue Hauptabteilung II «Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bewirtschaftung, Versorgung der Bevölkerung) unter Ministerialdirektor und SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf. Neu war die Ausdehnung des territorialen Geltungsbereichs des Reichswirtschaftsministeriums, dem Speer-Ministerium gleichgestellt, auch auf die besetzten Gebiete⁸⁰. Ein bedeutungsvolles Novum stellte die zentrale Zusammenfassung der «grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik im

Reich und im europäischen Raum» sowie der grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fragen der Industrie, des Binnenhandels, des Aussenhandels, des Handwerks sowie der Geldwirtschaft und Währungspolitik in der Abteilung 1 (Hauptabteilung II) unter Ohlendorf dar. In der Wahrnehmung dieser Grundsatzkompetenz lag ohne Zweifel eine Aufwertung des Ministeriums, auch eine mögliche Herausforderung an das Speer-Ministerium, sofern durchsetzbar. Ausgewiesene Sachkenner versammelte Ohlendorf deshalb in der Grundsatzabteilung um sich, ohne dass Parteimitgliedschaft Bedingung war. Die Ministerialräte Josten und Quecke waren keine Nationalsozialisten. Ohlendorf holte ferner den ideenreichen Wilhelm Lautenbach, «von Schacht wegen zu selbständiger Meinung und frechen Mundwerks» aus dem Reichswirtschaftsministerium entfernt (Hayler), im Januar 1944 als Ministerialrat in seine Grundsatzabteilung. Dennoch sollte in der künftigen Wirtschaftspolitik das weltanschauliche Element wieder stärker zur Geltung kommen. Wirtschaftspolitik, so wollten es Hayler und Ohlendorf, sollte sich nicht «in Produktionsziffern und Planziffern erschöpft sehen», sondern müsste auf der nationalsozialistischen «Weltanschauung als ihren einzigen Pfeilern ruhen».⁸¹ Im Vordergrund der Arbeit des Ministeriums stand jedoch in den letzten beiden Kriegsjahren die ihm verbliebene Verantwortung für den gesamten Bereich der zivilen Versorgung. Dazu kamen Aussenwirtschaftsfragen und insbesondere die Bemühungen, die Inflation in den besetzten Ländern in ihren Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft abzuschwächen.⁸² In seinem Entscheidungsrahmen nunmehr stark abhängig von anderen Obersten Reichsbehörden – bei der Bereitstellung ziviler Versorgungsgüter vom Speer-Ministerium, in Fragen der Wirtschaftspropaganda vom Goebbels-Ministerium, bei Devisen-Angelegenheiten von der Reichsbank und den Vierjahresplan-Relikten, in Aussenwirtschaftsfragen – namentlich vom Speer-Ministerium und vom Auswärtigen Amt – drängte sich im Ministerium freilich ständig die Frage auf, ob das Reichswirtschaftsministerium vielleicht doch noch eine weitere Reduzierung erfahren würde, aufgelöst und ganz mit dem Rüstungsministerium zusammengelegt werden könnte. Bei einem Betriebsappell am 9. August 1944 riet Staatssekretär Hayler, der unermüdlich die letztverantwortliche Führungsrolle des Ministeriums in der Wirtschaftsverwaltung zu betonen pflegte, seinen Mitarbeitern lediglich: «Wenn also Debatten über Auflösung des Ministeriums auf Sie zukommen, so bitte ich Sie, sich nicht mit ihnen zu befassen.» Eingaben bei Speers Arbeitsstab für den totalen Kriegseinsatz schlugen vor, das Reichswirtschaftsministerium «für Kriegs-

dauer zu suspendieren». Vor allem von Hayler hing es ab, inwieweit sich das Reichswirtschaftsministerium – auch in Opposition gegen den allmächtigen Rüstungsminister – neu zu organisieren und zu behaupten vermochte. In der Schlussphase des Dritten Reiches «war der Staatssekretär Dr. Hayler praktisch unser Minister» (Schneider). Die Frontstellung gegen Speer war von Anfang an eindeutig. Dem u. k. gestellten Oberregierungsrat Goetze erklärte Hayler am 6. Februar 1944: «Herr Dr. Goetze, ich habe Sie von den Preussen zurückholen lassen. Der Speer hat unser Haus ausgeblutet. Sogar die Telefone haben seine Leute mitgenommen. Ihre Aufgabe ist klar. Sie haben das verlorene Terrain zurückzuerobern.»

Von der Sorge, im Produktionsbereich funktionslos zu werden, waren allerdings weniger die zahlreichen Mittelinstanzen des Ministeriums betroffen. Dort hatte der Konzentrationserlass Hitlers vom 2. September 1943 zu keinen grundumstürzenden Änderungen geführt, blieb das Nebeneinander von «reinen» Rüstungsbetrieben, Ende August 1943 9'000 an der Zahl, und den von den Mittelinstanzen des Reichswirtschaftsministeriums betreuten Betrieben in alsbald noch grösserem Durcheinander erhalten. Zunächst hatte Speer eine «Umbetreuung» dieser ca. 95'000, überwiegend für die Rüstung eingesetzten Betriebe der Funkschen Mitgift, ihre Unterordnung unter die regionalen Rüstungsdienststellen angeordnet. Am 27. April 1944 gab er aber die Weisung, dass Umbetreuungen vom Produktionsamt gesteuerter Betriebe bis auf Weiteres nicht vorzunehmen seien und alle «Textil-, Bekleidungs- und Ausrüstungs-, Leder-, Schuhe-, Holzverarbeitungs-, Papierverarbeitungs-, Druck-, Glas- (ohne techn. Glas), Keramik- (ohne techn. Keramik), Tabakverarbeitungs-Betriebe» in ihrer bisherigen Betreuung bleiben sollten.⁸³ Ein Teil der Konsumgüterindustrie unterstand demnach Rüstungsdienststellen, ein anderer Teil wurde weiterhin von den Landeswirtschaftsämtern betreut. Die Klagen über Hemmungen des Produktionsablaufs durch Überorganisation und Papierkrieg verstummten daher nicht. Das Kontingentswesen wurde nicht einfacher. «In grossen Betrieben», so berichtete die Reichswirtschaftskammer, den Erfolg aller ergriffenen Konzentrations- und Vereinfachungsmaßnahmen eigentlich in Frage stellend, «sind Papiereinsparer eingesetzt worden; um tatsächlich Papier zu sparen, sei es aber notwendig, die Papierflut von oben einzudämmen». Auch nach der Entmachtung des Reichswirtschaftsministeriums blieb Bewirtschaftung ein Irrgarten von Systemen und Bestimmungen,

Kriegswirtschaft ein Dickicht bürokratischer Verfilzung. Für die Betriebe wurde die Kontingentsbuchhaltung wichtiger als die Finanzbuchhaltung und waren die Mitarbeiter, welche «Verbindungen» knüpfen und halten konnten, Gold wert.

5. Anstrengungen gegen und für die zivile Versorgung

Rohstoffbeschaffung, Versorgung der Zivilbevölkerung und Bereitstellung von Ausfuhrsgütern im erforderlichen Umfang stellten nach dem Urteil der Reichswirtschaftskammer bereits prekäre Engpässe in der deutschen Kriegswirtschaft dar, als neue Schwierigkeiten seit Herbst 1943 verschärfend hinzutraten – ausser dem Arbeitskräftemangel, dem nie gelösten Schlüsselproblem der deutschen Kriegswirtschaft seit 1939 – der zunehmend fehlende Transportraum «und der allmählich bedrohlichere Ausmasse annehmende Umfang der Fliegerschäden».⁸⁴ Nach den überlieferten, mit Vorsicht zu bewertenden Indexberechnungen betrug der Rückgang der Verbrauchsgütermengen je Kopf der Bevölkerung von 1938 bis 1941 rund 22 v. H. Sieht man von dem bis 1943 relativ konstant gebliebenen Nahrungs- und Genussmittelverbrauch ab und betrachtet nur die Erzeugung aller anderen Konsumgüter, also die des sog. elastischen Bedarfs, dann liess sich hier schon bis 1941 ein scharfer Produktionseinbruch um knapp ein Drittel je Kopf der Bevölkerung beobachten.⁸⁵ Folgen wir dem Index der gesamten Verbrauchsgütererzeugung, dann wurde von 1941 auf 1942 die Produktion um 10% zurückgeschraubt, wodurch sich rechnerisch die Versorgung je Kopf der Bevölkerung gegenüber 1938 insgesamt um rd. ein Drittel verminderte.⁸⁶ Infolge der relativen Konstanz der verteilten Nahrungs- und Genussgütermengen wurden aber von der Erzeugungsdrosselung wiederum die Konsumgüter des elastischen Bedarfs am stärksten betroffen, so dass davon nur noch etwa die Hälfte des Vorkriegsniveaus je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stand. Zur realistischen Beurteilung von Indexziffern ist nicht nur zu berücksichtigen, dass von Jahr zu Jahr ein grösseres Gebiet mit grösserer Bevölkerung (1943: 85 Mio.) zu versorgen war, sondern ein ständig steigender Anteil (1943 etwa ein Drittel) der Verbrauchsgütererzeugung von den militärischen Formationen in Anspruch genommen wurde, noch bis 1944 nicht unbedeutende Mengen in den Export flossen⁸⁷ und sich dadurch der Anteil der Zivilbevölkerung weiter reduzierte. 1943 dürfte rechnerisch nicht viel mehr als ein Drittel des Vor-

kriegsstandes, eher weniger, an Konsumgütern des elastischen Bedarfs pro Kopf der Zivilbevölkerung gekommen sein. Aber Anteile dieses Drittels erreichten nicht jeden zivilen Verbraucher. Wertvergleiche dürften das erhebliche Ausmass der Konsumreduktion noch deutlicher machen. Der Kleidungsverbrauch belief sich 1938 im damaligen Deutschen Reich je Quartal auf 2,63 Mrd. RM, während im dritten Quartal 1943 für nur 0,67 Mrd. RM Erzeugnisse (Umsatzwerte der Bekleidungs- und Lederindustrie ohne Handwerk) für den öffentlichen und privaten Bedarf (ohne Wehrmacht und Ausfuhr) verfügbar waren. Noch drastischer war der Hausrats- und Möbelverbrauch gekappt worden: 1938: 2,73 Mrd. RM je Quartal (entsprechender Einzelhandelsumsatz 1937: 1,1 Mrd.), dagegen im dritten Quartal 1943 0,26 Mrd. RM Holz- und Glasprodukte (ohne Metallwaren!). Trotz Geschäftsstillegungen traten weitere Umsatzschrumpfungen ein, die Teile des Handels in Existenzschwierigkeiten brachten.

Von 1941 bis 1944 sank das Absatzvolumen der keramischen Industrie um 28 v. H. vor allem wegen der starken Drosselung der Erzeugnisse der Sanitärkeramik und der Wand- und Bodenplattenherstellung.⁸⁸ Die Fensterglasproduktion reichte wegen Rohstoff- und Kohlenmangels 1943 nicht mehr aus, um die schweren Luftkriegsschäden zu beseitigen. War kein Glas vorhanden, wurde Strohplatte und Ölpapier als Fensterscheibenersatz ausgegeben. Hohlglas (Konservengläser usw.) waren seit 1943 nur gegen Entlohnung im Haushaltspass erhältlich. «Wenn auch in den letzten Monaten eine Steigerung der Möbelfertigung zu verzeichnen ist, so reichen die zur Verfügung stehenden Mengen immer noch nicht aus, um den dringenden Bedarf für Fliegergeschädigte, Kriegsversehrte und andere Personen, die freien Wohnraum nachweisen können, zu decken», stellte Kehrl in seinem Wirtschafts Lagebericht vom 12. Mai 1943 fest.⁸⁹ Die Herstellung von Bürsten und Besen kam wegen mangelnder Rohstoffzufuhren 1943 fast zum Erliegen. Soweit hergestelltes Pelzwerk nicht für die Wehrmacht oder andere öffentliche Bedarfsträger bestimmt war, wurde es für den Export verwendet. Nur für die Ausfuhr liefen einige zugelassene Spielwarenfertigungen. «Die Erzeugung von Uhren ist gegenüber der Vorkriegszeit auf einen verschwindenden Bruchteil zurückgegangen», so Kehrl im Mai 1943. Ungeachtet zahlreicher entgegenstehender Anregungen hielt er 1943 das erlassene Verbot des Absatzes von Glühlampen «an Haushaltungen und Behörden einstweilen aufrecht». Besonders einschneidend machte sich die Stillegungsaktion bei der in scharfer Materialkonkurrenz zur Rüstungswirt-

schaft stehenden Eisen verarbeitenden Verbrauchsgüterindustrie bemerkbar. Zwei Anordnungen der Reichsstelle für technische Erzeugnisse führten 1943 «eine reichseinheitliche Bezugschein- bzw. Bezugsmarkenpflicht für Öfen und Herde, sowie für Haushaltsgeräte aus Eisen und Metall, insbesondere Bratpfannen, Eimer, Kochtöpfe, Wannen, Kessel usw.» ein. Seit Kriegsbeginn hatte sich die Haushaltswarenversorgung zugespitzt, und wurde obendrein die geringe Neuproduktion grossenteils durch öffentliche Bedarfsträger «für ihren Sonderbedarf» abgesaugt. War 1938 der Eisenbedarf für Haushaltswaren «noch auf 340'000 t im Quartal eingesetzt» worden, so betrug er im 3. Quartal 1942 für das inzwischen grössere Reichsgebiet nur noch 37'000 t, d.h. 11% des Vorkriegsstandes. Eine Nachfrage von Millionen t Eisen war zurückgestaut. «Zu dem normalen Bedarf», erläuterte Kehrl in der Sitzung der Zentralen Planung am 4. September 1942, «kommt der sehr erhebliche Bedarf, der sich ergibt durch Errichtung neuer Haushaltungen, durch Evakuierungen, Fliegerschäden und Ähnliches». Untersuchungen in einigen Gebieten hätten echte Notstände vereinzelt aufgedeckt: «... aus Thüringen z.B. wird berichtet, dass Haushaltungen da sind, die mit Konservenbüchsen und Heringsbüchsen kochen, dass kinderreiche Familien abwechselnd Kaffee trinken, weil keine Tassen da sind ...»⁹⁰ Klagen über Mangel an Esslöffeln und Näpfen rissen seit 1941/42 nicht ab.

Bis Mai 1943 war die Fertigung von Körperpflegemitteln «im Wesentlichen eingestellt. Gedeckt wird nur noch der Bedarf der Wehrmacht, der Bedarf für Kinder- und Krankenpflege, der Bedarf an Zahnpflegemitteln und einigen wenigen Spezialerzeugnissen für besondere Zwecke.» Schlechte Seifen-Surrogate (Rif- und Tonseifen) gelangten an die Zivilbevölkerung zur Verteilung. Mürrische Unzufriedenheit hatte unter den Frauen das Anfang März 1943 vom Reichswirtschaftsminister verfügte Verbot zur Anfertigung von Dauerwellen ausgelöst und wurde deshalb Ende des Monats wieder zurückgenommen. Hitler äusserte sich scharf «gegen unnötige Beunruhigungen der Bevölkerung» durch derartige Verbote und fand – wie Speer notierte – «dass z.B. ein Ausbleiben der Haarfärbemittel und verschiedener anderer zur Schönheitspflege notwendigen Gegenstände besser wäre als ein Verbot von deren Anwendung».⁹¹ Seit Juli 1942 erfolgte die Zuteilung von Papier durch Papierschecks, ohne dass selbst der Wehrmachtbedarf voll gedeckt werden konnte. «Beim Papier sind wir auf ein Sechstel des Vorkriegsstandes zurückgegangen», erläuterte

Staatssekretär Landfried in der Sitzung der Zentralen Planung am 28. Juni 1942. «Hier sind vordringlich die Ernährungswirtschaft, der Wehrmachtsbedarf, die Pulverherstellung, besondere technische Zwecke, Landkarten, Kondensatorpapier usw. Daneben liegt der stärkste Papierbedarf bei der Presse.»⁹² Einschränkungen der Druckerzeugnisse boten in der Folgezeit weitere Einsparmöglichkeiten.

Nie konnte im Kriege das Problem der hinreichenden Schuhversorgung gelöst werden; dabei war der durchschnittliche deutsche Pro-Kopf-Verbrauch von 2,2 Paar Leder- und Hausschuhen im Vorkriegsjahr recht bescheiden. Kriegsgefangene Russen mussten bereits 1942 barfuss in metallverarbeitenden Betrieben arbeiten. In der Schuhproduktion überwog seit 1943 bei Weitem das Ersatzschuhwerk, mit Holzsohle und Stoffoberteil. Die Lebensdauer solcher Schuhe belief sich auf wenige Monate. Normalverbraucher unter der Zivilbevölkerung hatten wenig Aussicht auf die Zuteilung von einem Paar Lederschuhen. Entschlossen, das Schautragen von «Luxus» zu unterbinden, verkündete Hans Kehrl in der Sitzung der Zentralen Planung am 4. September 1942: «Es wird deswegen auch sämtliches Schuhwerk, das gegenwärtig noch frei ist, bezugsscheinpflichtig gemacht werden, damit nicht Holzschuhe und solche Sachen von den Damen auf dem Kurfürstendamm [in Berlin] nur zum Klappern getragen werden.» Klapperten bezugsscheinpflichtige Holzsandalen etwa nicht? Im Jahr darauf berichtete Kehrl, dass die wegen des schlechten Sohlenmaterials notwendigen eisernen Schuhbeschläge im Interesse der Eisenersparnis von ihm «vor einiger Zeit verkürzt» worden seien, «weil sich gezeigt hat, dass nur hinten das Eisen abgelaufen wird». Die Zentrale Planung erwies sich letzten Endes auf allen Gebieten als verplante Armut.

Ab August 1943 mussten die Textilzuteilungen für den zivilen Bedarf allein noch den Ausgebombten vorbehalten bleiben (Kleiderkartensperre), ohne dass deren Bedarf nur entfernt gedeckt werden konnte.⁹³ Seit Ende 1941 hatte sich die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Bekleidung und Wäsche wegen der schwierigen Rohstofflage ständig verschärft. Lieber für einige Zeit, als sein ganzes Leben lang in Lumpen herumlaufen, argumentierte Goebbels. Der Krieg «bescherte» den Deutschen insgesamt fünf Ausgaben von Reichskleiderkarten. Die dritte Kleiderkarte mit 120 Punkten, ausgegeben im Herbst 1941 und vorgesehen für die Zeit bis Ende 1942, war noch bis Ende 1944 gültig, die im Januar 1943 ausgegebene Kleiderkarte, 100 Punkte für Männer und Frauen, sogar noch bis Ende 1945. Mitte 1944 bei Ausgabe der fünften und letzten Reichskleiderkarte reichte das Textil

aufkommen nicht mehr aus, um Männer und Frauen ab 18 Jahren mit Spinnstoffwaren zu versorgen. Nur Burschen und Mädchen von 15 bis 18 Jahren erhielten eine Kleiderkarte mit 80 Punkten. Ab August 1944 fielen auch Zusatzkleiderkarten für Trauerkleidung gänzlich fort. Stattdessen wurden auf Antrag nächster Angehöriger Bezugsscheine über ein Paar Strümpfe für Frauen oder eine Krawatte und einen Trauerflor für Männer ausgegeben⁹⁴. Schon Ende 1943 klagte der Textilhandel, «wo die letzten Reserven der Ausweichlager dem Verkauf zugeführt werden, weil durch die Punktaberschöpfung die Wiederbeschaffungsmöglichkeit erheblich geschmälert ist. Man könne im Durchschnitt damit rechnen, dass 50-60% der Firmen dadurch in Punktschulden geraten sind und zunächst keine Einkaufsmöglichkeit mehr haben.»⁹⁵

Die Kleiderkartenplanung basierte auf einem Rohstoffaufkommen, «das erst nach einigen Monaten realisierbar war».⁹⁶ Rückgrat der deutschen Spinnstoffwirtschaft bildete die schon vor dem Kriege von Hans Kehrl angekurbelte Zellwolle- und Kunstseidenproduktion, die bis 1942 eine ständige Aufwärtsentwicklung zeigte. Seitdem machte sich eine Verknappung der Vorprodukte bemerkbar. Die Herstellung von Milchwolle aus Kasein

Produktion von Zellwolle und Kunstseide in t (ohne besetzte Gebiete)

1936	92 300	1942	410 250
1939	279 700	1943	410 000
1940	317 000	1944	363 600
1941	383 700		

«als vollwertiger Ersatz» für Schafwolle musste 1943 aus ernährungswirtschaftlichen Gründen eingestellt werden. Rapide schrumpfte seit 1939 die Wolle- und Baumwollverarbeitung, so dass in den letzten Kriegsjahren auf die restlose Umstellung aller Textilien auf kochfeste Zellwolle oder andere Fasern hingearbeitet werden musste. Zellwollgespinste waren vom Gewicht her beträchtlich schwerer als solche aus Naturfasern, so dass die 1943 nur um 14% geringere Textilrohstoffverarbeitung gegenüber 1939 nicht als Beweis für eine fast «friedensähnliche» Bekleidungserzeugung angesehen werden kann. Von 84 hergestellten lebenswichtigen Produkten der Bekleidungsindustrie kamen 1943 54 in nur so geringen Stückzahlen für den zivilen Bedarf auf den «Markt», dass auf je 1'000 Einwohner nur zwei Stücke und weniger verfügbar waren. In höchsten Stückzahlen wurden Taghemden für Männer hergestellt, doch nur 2,9 Mio. Stück für etwa 25 Mio. männli-

che Verbraucher.⁹⁷ Bemerkenswerte Leistungssteigerungen wurden trotzdem in der Textilindustrie bis zu den Auskämmaktionen vollbracht. Rohstoffknappheit und eine verminderte Leistungsfähigkeit der angesetzten angelernten Arbeitskräfte hatten dann seit 1942/43 einen fühlbaren Rückgang in der gesamten Verbrauchsgüterproduktion zur Folge. Der Übergang zur genormten Massenproduktion und vorgenommene Betriebszusammenlegungen brachten keinen Ausgleich. Auf Schritt und Tritt dokumentierte sich Kriegswirtschaft als Mangelwirtschaft, ohne dass die von ihr favorisierte Kriegsproduktion je einen Überfluss an Waffen und Munition hervorbrachte. Im Zweiten Weltkrieg wurde schliesslich der private Konsum noch gründlicher beschränkt als im Ersten.

Verhältnismässig gut wurde bis 1943 für das «Wohl» des Rauchers gesorgt. Die Zigarettenproduktion, wenn man von den Gewichtsverkleinerungen absieht, lag erheblich über dem Friedensstand. «Die Höhe der Produktion ist auf Grund ausreichender Reservebildung der Reichsindustrie in der Vorkriegszeit sowie einer Mobilisierung aller europäischen Reserven während des Krieges möglich geworden.» Kehrl hoffte im Mai 1943, sie «mindestens noch für die nächsten beiden Jahre» zu halten, obwohl sich seit April 1943 wegen erhöhter Wehrmachtslieferungen merkliche Versorgungsverschlechterungen einstellten. Im Januar 1944 wurde eine reichseinheitliche Raucherkarte eingeführt, die die zuvor ausgegebenen Tabakkontrollkarten ablöste. Überall symbolisierten Bezugsscheine die Hoffnungen und Leiden des Konsumenten, waren Ausdruck einer Teil- oder Vollbewirtschaftung. Um eine rasche Notversorgung sicherzustellen, war in der Regel eine Totalbewirtschaftung vom Hersteller bis zum Endverbraucher mit Bezugsscheinen erforderlich. Auch bei der Ausgabe von Bezugsscheinen gab es Varianten. «Die perfektteste Regelung bestand in einem Rücklauf aller Bezugsscheine an die Reichsstelle zur sachlichen Nachkontrolle und statistischen Nachkontrolle» (R. Aengeneyndt).

Seit Oktober 1943 lag die Lenkung der Produktion des Grossteils an Verbrauchsgütern bei dem im Speer-Ministerium geschaffenen Produktionsamt, damals als «Amt zur Ausplünderung» bezeichnet, weil die qualifizierten Arbeitskräfte der Zweige der Konsumgüterindustrie besonders stark zur Umsetzung in die Rüstungsindustrie herangezogen werden sollten. Als Befehlsstelle für die Erzeugung von Zellstoff-, Papier- und Textilrohstoffen fungierte das Rohstoffamt unter Kehrl. Für Konsumgüter im Bereich Fein-

Bescheinigungen über Bezugsrechte für gewerbliche Erzeugnisse Bezugs-scheine für Spinnstoffwaren-Schuhwaren; Reichskleiderkarten; Schuhbe-zugscheine; Sonder-Bezugscheine für Fliegergeschädigte; Bezugscheine für Haushaltsgeräte, Herde und Öfen; RTE-Marken (Reichsstelle für tech-nische Erzeugnisse); Fliegergeschädig ten-Einkaufsausweise; Bezugs mar-ken für Taschen-, Armbanduhren und Wecker; Bezugscheine für Radioge-räte; Bezugscheine über Fahrräder und Fahrradbereifung; Möbel-Bezug-scheine bzw. -Bezugsmarken; Tankausweiskarten; Treibgas-Kontingents-marken; Motorenölscheine; Reifenkarte; Kraftstoffmarken; Petroleum-Be-rechtigungsscheine; Bezugsausweise für eine Haushaltskerze; Raucherkon-trollausweise und Raucherkarten; Reichsseifenkarten, Zusatzseifenkarten A bis L; Bezugsmarken «WU» und «Fe»; Verschmutzungszulagen; Bezug-scheine aller Art.

mechanik und Optik sowie Eisen-, Blech- und Metallwaren wurde das Rüs-tungslieferungsamt zuständig. Es traf nicht zu, wenn Speer behauptete, dass das Reichswirtschaftsministerium fortan nur eine bloße Verteilerrolle der vom Rüstungsministerium «festgelegten Produktion von Verbrauchs-gütern an die Bevölkerung» geblieben wäre.⁹⁸ Die Festlegung der Ver-brauchsgüterproduktion geschah in enger Abstimmung zwischen Reichs-wirtschaftsministerium und Reichsstellen sowie dem Planungs- und Pro-duktionsamt des Speer-Ministeriums. Nach dem gemeinsamen Erlass des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion vom 29. Oktober 1943 sollten die «Bedarfsanforderun-gen des Reichswirtschaftsministers für den allgemeinen zivilen Verbrauch und die Ausfuhr» durch die Reichsstellen wahrgenommen werden. In ihrem Bereich erfolgte auch «die Ermittlung und Festsetzung des zu befriedigen-den Bedarfs durch die Reichsstellen, die den Bedarf mit der Möglichkeit der Bereitstellung der entsprechenden Rohstoffe in Übereinstimmung bring-en» sollten. Dieser Aufgabe trug besonders die 1943 im Planungsamt unter der Leitung des Reichsbeauftragten Dr. von Engelberg gebildete Planungs-gruppe «Verschiedener Fertigungen von Haushalts- und Wirtschaftswaren» Rechnung, zuständig im Wesentlichen für die Erzeugnisse der Reichsstel-len Zellstoff und Papier, Technische Erzeugnisse, Glas, Keramik und Holz-verarbeitung sowie Tabak. Diese Koordinationstätigkeit zur Planung von Herstellung und Verteilung von Konsumgütern für den Bedarf eingetretener

oder zu erwartender Fliegenschäden erwies sich als sehr wirksam, wurde immer mehr intensiviert, im Instrumentarium verfeinert und «dauerte bis in die letzten Apriltage 1945 an».⁹⁹ Die Reichsstellen unterstanden weiterhin der Dienstaufsicht des Reichswirtschaftsministers und waren an seine Weisungen bezüglich der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Verbrauchsgütern gebunden. In Angelegenheiten der Produktion hatten sie, wie der Erlass über die künftigen Aufgaben der Reichsstellen vom 29. Oktober 1943 bestimmte, mit den zuständigen Ämtern des Speer-Ministeriums zusammenzuarbeiten. Solche Zuständigkeitsüberschneidungen zwischen Speer-Ministerium und Reichswirtschaftsministerium führten freilich bei den nachgeordneten Dienststellen zu einer beträchtlichen Kompetenzunsicherheit. Eine Quelle neuer Konflikte wurden sie offenbar nicht. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsstelle und Planungsamt oder bei einer vom Rüstungsminister verfügten Herabsetzung der für den Bereich des Reichswirtschaftsministers vorgeschlagenen Produktionen sollte die Zentrale Planung entscheiden bzw. angerufen werden können.

Neben Reichsstellen und Wirtschaftsgruppen bestanden im Kriege (VO über Gemeinschaftswerke in der gewerblichen Wirtschaft vom 4. September 1939) als der Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums unterstellte Instrumente der Planung und Lenkung die Reichsvereinigungen (Bastfaser, chemische Fasern, Gemeinschaft Schuhe, Textilveredelung, Kohle, Eisen). Es waren Zusammenschlüsse von Industrien mit unbeschränkter Weisungsgewalt gegenüber den Mitgliedsfirmen. Da sie ausser marktregelnden Funktionen vor allem die Aufgabe hatten, die Gesamtleistungsebene der Firmen zu heben, war ihr Kartellcharakter umstritten.¹⁰⁰

Seit April 1942 bestand die «Zentrale Planung» als Zentralinstanz der deutschen Kriegswirtschaft für die Verteilung der vorhandenen Rohstoffe «auf alle Bedarfsträger». Diesem obersten wirtschaftlichen Entscheidungsgremium gehörten anfangs ausser Speer als Beauftragte Görings Generalfeldmarschall Milch und Staatssekretär Körner an. Hinzugezogen wurden zu Sitzungen der Zentralen Planung seit 1942 auch Staatssekretär Landfried sowie die Hauptabteilungsleiter der Industrieabteilung des Reichswirtschaftsministeriums (von Hanneken u. Kehrl). Erstmals in der Sitzung vom 15. September 1943 erschien Funk, verhielt sich bemerkenswert wortkarg und fragte nur kurz, wofür die Empfänger das zugeteilte Eisen brauchen würden. Funks im September 1943 erfolgte Berufung zum ständigen Mit-

glied in die Zentrale Planung, um dort die Zuständigkeiten seines entmachteten Ressorts wahrzunehmen, stellte teilweise wohl eine persönliche Aufwertung des Reichswirtschaftsministers dar, da die notwendige Kooperation mit dem Reichswirtschaftsministerium eigentlich bereits zuvor hergestellt war und seitdem auch kaum über Funk persönlich lief. Sein Interesse an den Verhandlungen der Zentralen Planung galt zwar vornehmlich der Zuteilung von entsprechenden Rohstoffen für die Verbrauchsgüterwirtschaft und den Export, nur nahm er selber an den Sitzungen selten teil, liess sich durch Staatssekretär Hayler oder durch Ohlendorf und Fachreferenten vertreten.¹⁰¹ Als bequemer Verhandlungspartner trat Funk jedenfalls bei seinen gelegentlichen Auftritten in Sitzungen der Zentralen Planung nicht generell in Erscheinung. Er wandte sich gegen Zwangsrekrutierungen ausländischer Arbeiter, kämpfte «um ein paar tausend Tonnen» Eisen für die Verbrauchsgüterindustrie und stritt gegen die Ausschaltung der Landeswirtschaftsämter und Wirtschaftsämter bei der Treibstoffverteilung. 30. Juni 1944: eine bezeichnende Episode; Funk zu Speer: «Von oben können Sie auch nicht alles regeln. Oben ist leider sehr oft kein Leben. Das Leben ist unten.» Speer: «Oben ist das Leben immer angenehmer als unten.»

Nach Wagenführs Indexberechnungen des Speer-Ministeriums hielt sich die Verbrauchsgütererzeugung 1944 knapp auf dem Niveau von 1942. Andere Statistiken weisen bedeutende Produktionsrückgänge nach und belegen sie bereits für 1943.¹⁰² Vor allem liess sich ein weiteres Abfallen der für die dringendsten Lebensbedürfnisse der Menschen notwendigen Produktionen (Schuhe, Bekleidung, Textilien, Möbel, Hausrat u.a.) nicht verhindern. In seinem Jahresbericht für 1944 nannte Speer dafür Mangel an Rohstoffen als allgemeine Ursache. «Dass auch hier durch die Fliegerangriffe die Bedürfnisse zu einer Höhe anwachsen», fügte er hinzu, «die mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr ausgeglichen werden konnten, kann die Leistung dieses Teiles der Kriegsproduktion nicht schmälern».¹⁰³ Dass die zivile Versorgungswirtschaft von ihm zielstrebig abgedrosselt wurde, erwähnte er nicht.

Dem Absturz des Verbrauchsgüterangebots sollten das Kriegsaufgabenprogramm, Verbilligungen und Vereinfachungen in der Fertigung, die Leistungen der besetzten, verbündeten und neutralen Länder, die stärkere Heranziehung des Handwerks – insbesondere zu Reparaturarbeiten – und die Sicherstellung einer raschen Notversorgung entgegenwirken. Im Juni 1942

hatte Hitler mit Speer unter Vorbehalt vereinbart, dass eine Aktion zur Herstellung von Verbrauchsgütern «in einigen Monaten anzulaufen hat und dann nur mit ausländischen Arbeitskräften und – soweit es die Transport- und Kohlenlage zulässt».¹⁰⁴ Hitler ahnte offenbar begangene Versäumnisse. Die grundlegende Erkenntnis, dass bei einem längerfristigen Kriege eine optimale Versorgung des militärischen Sektors nur möglich auf der Grundlage einer gut funktionierenden «zivilen» Wirtschaft sei, fand bei Speer kaum Resonanz. Er zog Notlösungen vor. Durch «Verordnung über die Bereitstellung versorgungswichtiger Waren» vom 16. Oktober 1942 kam das Kriegsaufgabenprogramm in Gang, das auf die Herstellung einiger weniger, dringend benötigter Gebrauchsgüter konzentriert war. Die Fertigung weiterer Gebrauchs- bzw. Verbrauchsgüter wurde verboten.¹⁰⁵ Beispiele für den Erfolg produktionssteigernder Massnahmen waren der Anstieg der Flachglasproduktion 1943 von etwa 4 Millionen m² monatlich auf über 6 Millionen, der Dachpappenerzeugung von monatlich etwa 14 Millionen m² in den ersten Kriegsjahren auf 18 Millionen m² Anfang 1944 oder die Konzentration auf den Bau von Bettgestellen in holzsparender, schlichter Bauweise (monatlich 400'000 Stück) seit 1943 bei gleichzeitiger Einstellung der Produktion von Schlafzimmern und Küchen.¹⁰⁶ Im Zuge der Umstellung auf materialsparende, einfache Massenproduktion entstand jedoch viel minderwertige und überteuerte Konsumware.¹⁰⁷ Bei rasch abgekühltem Pressglas stieg beispielsweise der Bruch nahezu auf 40%. Trotz der Verknappungserscheinungen blieben Verbraucher mitunter wählerisch und kauften nicht unbesehen, sofern die Qualität der Ware zu Beanstandungen Anlass gab. Ende 1943 wurden 10'000 Zellwoldecken für Ausgebombte nach Berlin geliefert. Nach mehr als zwei Monaten lagen die kaum wärmenden Textilien «nahezu unangetastet» in den Geschäften. Dieses Beispiel dürfte indirekt auch ein Beleg für das gute Funktionieren von Verwandtschafts-, Freundschafts- und Nachbarschaftshilfe sein.

Bedeutende Leistungen zur Deckung des deutschen Konsumgüterbedarfs wurden von den besetzten, befreundeten und neutralen Ländern erbracht und gefordert. Kein besetztes Land, zumal ihm sogleich mit der militärischen Eroberung die Vorräte abgesogen und ausgeräumt wurden, erwies sich aber als Fass ohne Boden. Doch der deutsche Warenhunger verlangte nach immer mehr Einkaufserfolgen, trieb dadurch die Preise in die Höhe und liess 1941/1942 den Schwarzen Markt üppigst ins Kraut schießen. Chefs deutscher Dienststellen stritten sich um den Rang eines «Königs

des Schwarzen Marktes». ¹⁰⁸ Die schwarze Wirtschaft überwucherte den bewirtschafteten weissen Markt. Verbote fruchteten nicht, solange auch deutschen Dienststellen nicht die strikte Befolgung auferlegt war. Ein entsprechender Befehl Görings erging im März 1943 für die besetzten Westgebiete und leitete mit der gleichzeitig vorgenommenen Straffung der Warenbewirtschaftung eine dritte Phase deutscher Wirtschaftspolitik in den besetzten Westgebieten ein, um deren Kriegsleistungen zu erhöhen. Die Auftragsverlagerung geschah fortan zentral gesteuert und überwacht über die zuständigen Stellen im Reich. Die Erfolge der Einbeziehung der besetzten Westgebiete in das System der deutschen Bewirtschaftung schlugen sich von 1943 bis Anfang 1944 in den von Deutschland bezogenen grösseren Gütermengen vor allem zu billigeren Preisen nieder. «Bei Möbeln liefert Frankreich heute bereits das 7- bis 8fache gegenüber der Zeit der Blüte des Schwarzen Markts.» Von der belgischen Gesamtproduktion von 31'000 t textilen Rohstoffen wurden 26'000 t dem deutschen Markt zugeführt und verblieben nur 5'000 t der belgischen Wirtschaft. «Bei Möbeln beträgt der Anteil der Auftragsverlagerung an der insgesamt im Reich zur Verteilung gelangenden Menge bereits 30%, bei Keramik knapp 20%, bei Flachglas sollen ebenfalls 20%, bei Wirtschaftsglas 15% und bei Flaschen und Bürsten 40% erreicht werden.» ¹⁰⁹ Freilich durften die französischen und belgischen Auftragsunternehmen nicht Luxusgüter herstellen, sondern mussten sich dem Standard der primitiven deutschen Einheitsprodukte anpassen. Damit die französische und belgische Verbrauchsgüterproduktion ungestört für die deutsche Bevölkerung arbeiten konnte, setzte sich Funk im November 1943 in der Zentralen Planung dafür ein, dass die ausländischen Arbeiter im Ausland verblieben und nicht durch Zwangsrekrutierungen nach Deutschland verschleppt würden. ¹¹⁰ Im Sommer 1943 hatte sich Dr. Elmar Michel, Leiter der Wirtschaftsabteilung beim Militärbefehlshaber in Frankreich und Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, mit Erfolg einem Befehl Görings widersetzt, «wonach zum Ausgleich für die in Deutschland angerichteten Bombenschäden der französischen Zivilbevölkerung in dem vom Militärbefehlshaber Frankreich verwalteten Gebiet alle zum Leben nicht unbedingt notwendigen Konsumgüter wegzunehmen und ins Reich zu schaffen seien». ¹¹¹ Gegen Ende der Besatzungszeit nahm wieder die den Schwarzen Markt anheizende Tendenz zu, da verschiedene Dienststellen und Beauftragte deutscher fliegergeschädigter Gaue in «wilden Aktionen» die besetzten Westgebiete nach Konsumgütern «abgrasten». Gleichzeitig verstärkte sich der aktive Widerstand

der Bevölkerung, die deutsche Warenentnahmen gewaltsam zu verhindern suchte.

Seit dem Herbst 1943 stürzte sich der deutsche Warenhunger auf das besetzte Italien, um dort Konsumware herauszukehren. «So wurden bis Anfang März 1944 für 10-12 Millionen RM Lederwaren, insbesondere Koffer und Einkaufstaschen erworben. Die Gemeinschaft Schuhe hat für schätzungsweise 40 Mill. RM Schuhe erstanden. Davon ist ein beträchtlicher Teil bereits versandt und in Deutschland eingetroffen. Im Bereich der Reichsstelle für technische Erzeugnisse betrug das Einkaufsvolumen Anfang März etwa 4 Mill. RM. Besonders günstig sind die Erfolge bei Spinnstoffwaren. Hier wurden für mehr als 300 Mill. RM Waren gekauft. Schon vor Anfang März waren 30% dieser Mengen im Reich eingetroffen.»¹¹² So lauteten damals «Siegesmeldungen» an der «Versorgungsfrent». Im Januar 1944 sondierten Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums die Einkaufsmöglichkeiten in Belgien «für die Versorgung Fliegergeschädigter». Militärbefehlshaber, General Alexander von Falkenhausen (1878-1966) – als bald auf Drängen Speers von seinem Posten abgelöst – zeigte sich reserviert und wies «nachdrücklich darauf hin, dass man sich durch die Schaufenster nicht täuschen lassen dürfe. Wenn heute noch in der Hauptstadt die Läden gefüllt seien, dann gehe dies auf den Befehl des Reichsmarschalls zurück, dass der deutsche Soldat im Gegensatz zu der Armut des Ostens im Westen noch erträgliche Lebensverhältnisse vorfinden soll. Der Militärbefehlshaber erwägt gerade im Augenblick, diesen falschen Eindruck durch drastische Massnahmen zu unterbinden, um auch diese Quelle für die falsche Meinungsbildung abzugraben.»

Um Konsumgüter und Arbeitsleistungen aus den besetzten Ostgebieten herauszuholen, musste sogenannte «Prämienware», 1942 dauerndes Gesprächsthema im Reichswirtschaftsministerium, von deutscher Seite bereitgestellt werden. «Im Generalgouvernement ist das Prinzip angewendet worden», berichtete Kehrl in der Sitzung der Zentralen Planung am 15. September 1943: «25% bekommen die Leute in Textilien, Naturalien in Kochtöpfen usw. angedient, die übrigen 75% in Zloty. Ein ähnliches Verfahren ist für die Ukraine geplant. Ich habe für diesen Zweck Textilwaren zur Verfügung gestellt, z.B. Kopftücher, die merkwürdigerweise am gesuchtesten sind .. ,»¹¹³. Armut zwang zum Naturaltausch. Kehrl hoffte im Frühjahr 1943 die angespannte deutsche Textilrohstoffversorgung durch Lieferungen von Wolle, Flachs, Hanf und sogar Baumwolle aus den eroberten russischen Gebieten zu entlasten.

Das Stammkapital von einer Million RM der zu diesem Zweck gegründeten Ostfaster GmbH. (Sitz Berlin und zwei Tochtergesellschaften in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine) war von den Textilgruppen der gewerblichen Wirtschaft aufgebracht worden. Seide führte die deutsche Kriegswirtschaft aus Italien ein, Hanf aus Ungarn und Kroatien. «Für die Herstellung von Möbeln wurde mit dem Instrument der sogenannten Auftragsverlagerung, die von Leitbetrieben der Wirtschaftsgruppe veranlasst wurde, das gesamte deutscher Besetzung oder Einflussnahme unterliegende Ausland in Anspruch genommen.» Gleiches galt für sich bietende Importmöglichkeiten aus dem befreundeten und neutralen Ausland. «Nach Schweden wurde bereits 1941 der grösste Auftrag für Arbeitsdienstbaracken vergeben, der je erteilt wurde. Ähnliches galt für den Import von Behelfsheimen».¹¹⁴ 1942 deckten die aus Schweden gelieferten 50'000 t Kunstseidenzellstoffe 40% des deutschen Bedarfs. Schwedisches Spinnstoffpapier war unentbehrlich für die Herstellung von Erntebindegarn und Papiersäcken.¹¹⁵ Ende 1943 sollte die Schweiz gedrängt werden, ihre Lieferung von Radioapparaten zu erhöhen. Zu den Wirtschaftsverhandlungen in Bern im Februar 1944 erhielt die deutsche Delegation die Direktive: «Bei Schuhen müssten wir statt 500 t 2'000 t fordern». Seit dem Frühjahr 1944 wurden grössere Auftragsverlagerungen für Eisenkurzwaren in Italien untergebracht. Zur Bezahlung der Aufträge forderte der «Rukstab», Vertretung des Speer-Ministeriums, in scharfer Form von der italienischen Staatsbank die Gewährung von Krediten. Utopisch erwies sich schon seit 1941 die Vorstellung, dass die Wirtschaft besetzter Gebiete nur für nichtmilitärischen Bedarf arbeiten und alles Kriegsgerät allein im Reich produziert werden sollte. Je länger der Krieg dauerte, die Rüstung alle Regungen des wirtschaftlichen Lebens überwucherte und akuter Gütermangel den kriegswirtschaftlichen Alltag in Europa bestimmte, umso dünner floss auch aus besetzten und verbündeten Ländern das Rinnsal der zivilen Erzeugung. Für den Zivilisten wurde grundsätzlich weniger gesorgt als für den Soldaten und für die Ausländer weniger als für die Deutschen.

Die mit Eifer betriebene Stilllegungsaktion im handwerklichen Bereich während des Frühjahrs 1943 drohte, die «Ausführung lebenswichtiger Reparaturen», auch diese Grenze der notwendigen Rücksichtnahme auf die Substanzerhaltung vorhandener ziviler Gebrauchsgüter zu überschreiten. Erst ein in Eile konzipierter, von Staatssekretär Landfried am 22. Mai 1943 gezeichneter Erlass stoppte die Schliessung von Reparaturbetrieben des Handwerks, verwies auf die Bedeutung der Reparaturwirtschaft und forder-

te «die nachträgliche Aufhebung von Schliessungsbescheiden», so sehr an sich «unerwünscht». ¹¹⁶ Ein beigefügtes Verzeichnis «der für die Instandhaltung und Reparatur in Betracht kommenden» etwa hundert Waren und Warengruppen sollte die Auswahl der von der Schliessung ausgenommenen Handwerksbetriebe erleichtern. Liess sich Geschehenes noch rückgängig machen? An Stelle der mangelnden Neuerzeugung sollten Instandhaltungen Bedürfnisse befriedigen. Wer aber nichts besass, konnte auch nichts instandsetzen lassen. ¹¹⁷

Die Bewirtschaftung des Mangels durch das Reichswirtschaftsministerium war, solange noch Substanz vorhanden, gewiss keine leichte, aber eine rational lösbare und von der staatlichen Wirtschaftsführung auch gelöste Aufgabe. Die «Kunst» der Bewirtschaftung bestand darin, den auftretenden Bedarf, der allerdings im Kriege, insbesondere bei einem Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, nach Art und Umfang schwer vorausschätzbar war und sich teilweise sprunghaft ändern konnte, mit den Herstellungs- und Importmöglichkeiten in Einklang zu halten. Verfügbare Lagerpolster konnten diese Aufgabe durch «Abschöpfen von Lagerware» wesentlich erleichtern. Es kam also letztlich darauf an, den Verbraucher, sofern ein Unterangebot gegeben war, am Kaufen zu hindern und überdies zu gewährleisten, dass er und der Warenproduzent sich daran hielten und nicht versuchen würden, die Bewirtschaftung zu durchbrechen. In der Sprache der damaligen Zeit ausgedrückt: «Die Grundpfeiler jeder Warenbewirtschaftung sind die Disziplin des Volkes und die pflichtgetreue Erfüllung aller Bewirtschaftungsanweisungen durch die zu ihrer Ausführung bestellten Dienststellen.» ¹¹⁸ Faktisch wurde der Mangel selber zum Steuerungsmittel. Durch Kontingentierung und Rationierung musste die «legitimierte» Nachfrage auf das verknappte Angebot heruntergeschraubt werden. Fielen schliesslich mehr und mehr Versorgungsgüter aus, dann schrumpfte entsprechend das Tätigkeitsfeld der Bewirtschaftung. Wenn es keine Waren mehr gab, liess sich auch nichts zuteilen und waren die Bewirtschafteter arbeitslos. Etwa seit dem Sommer 1943 lief in Deutschland die Bewirtschaftung gewerblicher Erzeugnisse für den zivilen Bedarf in der Hauptsache auf die Sicherstellung einer zudem raschen Notversorgung hinaus. Der Bewirtschaftung stellte sich fortan mehr denn je die Aufgabe, das noch begrenzt verfügbare Warenangebot, die Güterknappheit, möglichst gerecht und zweckmässig zu verteilen, um die Lage der tatsächlich Notleidenden erträglicher zu gestalten. Sie auszumachen, fiel seit 1943 nicht mehr schwer. Es waren die Opfer

des Bombenkrieges, 1943 bei 4,5 Mio. Obdachlosen 2,5 Mio. «Totalgeschädigte», die den weitaus grössten Teil ihres Hab und Guts verloren hatten. Moderne Kriege mehrten die Mangelerscheinungen, aber halfen nie, Mangel zu überwinden. Mit den gewaltigen Zerstörungen und Schäden durch den massierten alliierten Bombenkrieg gegen deutsche Städte erhielt die Ausstattung der Fliegergeschädigten mit dringendstem Bedarf absoluten Vorrang und entfiel zwangsläufig, da die gedrosselte Verbrauchsgüterproduktion hierfür nicht mehr ausreichte, die Versorgung der übrigen Bevölkerung mit Neu- und Ersatzbedarf an gewerblichen Erzeugnissen. Die Bewirtschaftung von gewerblichen Konsumgütern wurde bis auf wenige Ausnahmen (u.a. Tabak, Seife, Jugend- und Arbeitskleidung und die nie bezugs-scheinpflchtigen Särge) mit der Fliegerschadenregelung identisch. Sie konfrontierte Reichswirtschaftsministerium und Reichsstellen mit einer völlig neuen, in den wehrwirtschaftlichen Planungen der Vorkriegszeit nicht einmal geahnten Situation. Die Güterströme mussten nach den Luftkriegsschädenmeldungen der vorangegangenen Nacht dirigiert werden, auch dem Exodus der Geschädigten auf das umliegende Land folgen und duldeten keine nach Tagen oder Wochen bemessenen Lieferfristen. Wirtschaftsbehörden mussten logistische Massarbeit leisten. Dass den Geschädigten die vollständige Wiederbeschaffung des Verlorenen bei der vorhandenen dünnen Warendecke nicht zugesichert werden konnte, stand von vornherein fest. «Nach dem Siege wird es eine der ersten Aufgaben der nationalsozialistischen Staatsführung sein, den Fliegergeschädigten das voll zu ersetzen, was sie bei feindlichen Luftangriffen verloren haben», vertröstete ein Aufruf des Reichswirtschaftsministeriums vom November 1943. Wer Hab und Gut durch den Luftkrieg verloren hatte, musste sich seit 1943 sogar eingehend über das möglicherweise in seinem Luftschutzgepäck Gerettete befragen lassen, um es auf seine Schadensausstattung «in Anrechnung zu bringen». 1941/42 bereitete die grosszügige «Regulierung der durch Fliegerschäden entstandenen Verluste an gewerblichen Erzeugnissen noch keine ernsthaften Schwierigkeiten».¹¹⁹ Auf einem Erfahrungsaustausch norddeutscher Landeswirtschaftsämter über Massnahmen «zur Bekämpfung von Fliegerschäden» berichtete der Bremer Vertreter: «Die Versorgung der geschädigten Bevölkerung mit lebenswichtigen Verbrauchsgütern, insbesondere mit Spinnstoffen und Schuhware, ist im Allgemeinen reibungslos möglich gewesen. Personen, die nur notdürftig bekleidet ihre zerstörten Wohnstätten verlassen müssen, werden zunächst von der NSV betreut...» Vielfach habe

720/11. Belle
 Gemeindeverwaltung
 der Hansestadt Hamburg
 Sozialverwaltung
 Hamburg, den 26. 7. 1943
 Mollatow 259/3175

Betreuungskarte für Fliegergeschädigte

Ich *Walter Mollatow* (geb. am *11. 11. 1909*)
 hierher wohnhaft: *Lappetalles 112*
 Volkst. *Preußische*, Staatszugeh. *DDR*
 keine Ehefrau: *Frau Mollatow*, geb.: *7. 2. 1919*
 keine Kinder: männlich: *2* weiblich: *1*
 (Jahr) (Jahr)
 Alter der Kinder: männlich: *2* Jahre, weiblich: *2* Jahre

und folgende weitere Haushaltsmitglieder (Zahl und Name):
Walter Mollatow, geb. Mollatow

haben bei dem Fliegerangriff am: *26. 7. 43*
 (Name): *Sach-, Dingschäden erlitten* — die Wohnung räumen müssen.
 (Nichtzutreffendes streichen)
 (Unterschrift des Geschädigten)

Aufgenommen:
 Sozialverwaltung, Kreisdienststelle
Mollatow
 (Unterschrift)

Ungültig ab: 26. 7. 43

Alle Behörden und Parteidienststellen werden gebeten, durch Fliegergeschädigte
 betroffene Personen zu beraten und zu unterstützen.

100 X 5" Betreuungskarte für Fliegergeschädigte 100 000 1. 42 2-024

Abb. 18: Fliegerschadensausweis, ausgestellt nach dem schweren Luftangriff auf Hamburg am 25.7.1943.

sich sogar gezeigt, dass die Geschädigten die Entschädigung in Geld sowie besonders in Mobilien und Hausrat wegen ihrer beengten Unterbringung nur zurückhaltend in Anspruch nahmen.¹²⁰ Das war im Januar 1942.

Schlagartig änderte sich das Bild nachsichtiger Hilfe 1943. Bezugs-

rechte für Fliegergeschädigte mussten mehr und mehr begrenzt werden, weil für ihre Einlösung sonst keine Waren vorhanden wären. Wiederholt ermahnte das Reichswirtschaftsministerium seine nachgeordneten Dienststellen, die Kontingente nicht eigenmächtig zu überschreiten und die Bezugsberechtigungen an Fliegergeschädigte streng zu beachten. Da die Erlasse dennoch «nicht überall mit der notwendigen Sorgfalt beachtet» wurden, weil dringende Hilfe geboten, auch das Vertrauen in Staat und Partei gefährdet schien, richtete Goebbels als Vorsitzender des interministeriellen Luftkriegsschädenaussschusses am 18. Oktober 1943 ein Mahnschreiben an die Reichsverteidigungskommissare: «Die Dienststellen, die an die Fliegergeschädigten in unververtretbaren Ausmassen Fl.-Bezugsrechte ausgegeben haben oder noch ausgeben, müssen sich darüber klar sein, dass sie damit den Fliegergeschädigten selbst, insgesamt gesehen, den schlechtesten Dienst erweisen».¹²¹ Dabei gewährleisteten die Bezugsrechte nicht einmal eine lebensnotwendige Mindestausstattung. Im April 1944 erhielt nur «jede zweite fliegergeschädigte Familie eine Bratpfanne, nur jede dritte eine Wanne, nur jede fünfte einen Waschtopf. Kochgelegenheiten einschliesslich der Doppelkochplatten und zweiflammigen Gaskocher können nur an etwa die Hälfte der totalgeschädigten Haushaltungen verausgabt werden. Bei Eimern erhält im Schnitt der geschädigte Haushalt 1 Eimer, bei Kochtöpfen konnte die Zuteilung jetzt auf knappe drei Töpfe, darunter einen kleinen Topf für das Kleinkind, gesteigert werden. Diese Entwicklung ist unbefriedigend, im Augenblick aber unabänderlich.»¹²² Bis zum Sommer 1943 war es durch Produktionsanstrengungen leidlich gelungen, im Möbelbereich einen Ausgleich zwischen dem Bedarf der Fl.-Geschädigten und der Produktion herzustellen. Doch die schweren Grossangriffe auf Hamburg im Juli 1943 – rund 275 '000 zerstörte bzw. schwer beschädigte Wohnungen und 900'000 Obdachlose und Vermisste (geschätzt)¹²³ – warfen wieder die Möbelplanungen über den Haufen. Die Anforderungen von Hamburg waren so gross, dass die gesamte deutsche Möbelversorgung nahezu ein Jahr ausschliesslich für die Belieferung Hamburgs eingesetzt werden müsste. Damals fiel im Reichswirtschaftsministerium der Entschluss, sich nur noch auf den Bau von einfachen Betten zu verlegen. Als dann im Frühjahr 1944 der Hochlauf der Bettgestellfertigung gelang, fehlte es an Einlege- und Auflagematratzen, an Bettzeug und sogar an Strohsäcken. Anfang 1943 machte der Bedarf der Ausgebombten etwa 30% der zivilen Verbrauchsgüterversorgung aus, um jedoch bis Mitte 1944 bereits auf 90%



Abb. 17: Opfer des Bombenkriegs auf der Suche nach Habe.

anzusteigen.¹²³ Im Wettlauf mit den Zerstörungen des Bombenkrieges blieb die deutsche Verbrauchsgüterproduktion immer hoffnungsloser hinter den an sie gestellten Anforderungen zurück. In 42 grösseren deutschen Städten («Wiederaufbaustädte») wurden bis Mai 19'441,7 Mio. schwer bzw. total zerstörte Wohnungen ermittelt. 1943 wurden im Monatsdurchschnitt 15'000 Wohngebäude vom Bombenkrieg vernichtet, 1944 anfangs monatlich 9'500. Der Verlust an Wohnungen bis Kriegsende wurde für das Reichsgebiet in den Grenzen von 1937 auf mehr als 4 Mio. geschätzt.¹²⁴ Über 12 Mio. Ausgebombte waren mit immer schwieriger zu beschaffendem Notbedarf auszustatten.

Vor diesem Hintergrund wird der Widerstand von Bormann unterstützter Gauleiter gegen weitere Stilllegungen von Konsumgüterindustrien verständlicher. Die Gauleiter als «Wächter» der Volksstimmung fürchteten nicht nur den Popularitätsverlust ihrer Partei. Je mehr und länger der Bombenkrieg tobte, umso unruhiger und nervöser wurde die Bevölkerung und immer schwerer fiel ihr, Entbehrungen und Mehrarbeit zu ertragen. Die Menschen erwiesen sich ausserstande, «das zu leisten, was sie im vorigen Jahr bei grösserer Ruhe noch leisten» konnten.¹²⁵ Dennoch drohte Speer im Oktober 1943 in seiner Rede vor Gauleitern: «Ich werde daher Stilllegungen, soweit nicht die Gaue innerhalb von vierzehn Tagen meiner Aufforde-

<i>Gesamtproduktion von Gebrauchsgütern 1943 und 1944 in Mio. Stück (für öffentlichen und zivilen Bedarf)</i>			
	1943	1944	insgesamt
Bratpfannen	1,150	1,218	2,368
Eimer	10,350	10,357	20,707
Kochtöpfe	20,200	13,620	33,820
Decken	30,500	23,000	32,800
Lederstrassenschuhe	54,000	26,640	80,640
Bettstellen	1,091	1,900	2,991
Wäsche- und Kleiderschränke	0,410	0,265	0,675

rung nachkommen, selbst aussprechen. Und ich kann ihnen versichern, dass ich gewillt bin, die Autorität des Reiches durchzusetzen, koste es was es wolle!»¹²⁶ Stoffbespannungen und Holzplatten für Flugzeuge oder Kleidung und Holzbetten für Notleidende waren die Alternative.

Auch ohne aus dem Überfluss schöpfen zu können, war das Reichswirtschaftsministerium in Absprache mit den vom Interministeriellen Luftkriegsschädenaussschuss koordinierten Hilfsmassnahmen¹²⁷ an bedeutenden, humanitären Hilfeleistungen beteiligt, um die Not der von den feindlichen Terrorangriffen betroffenen Zivilbevölkerung zu lindern. Soforthilfe musste organisiert und dazu am «Schadensort» der Handel schnell und sinnvoll reorganisiert werden. In Köln waren deshalb 6 Möbelwagen zu fahrbaren Verkaufsläden für Nahrungsmittel und Hausrat umgebaut worden, die sich nach den Grossangriffen auf das Stadtgebiet im Juni/Juli 1943 «ausserordentlich bewährt» hatten.¹²⁸ Das Kölner Beispiel wurde zum anregenden Vorbild eines vom Reichswirtschaftsministerium aufgezogenen, noch grösser dimensionierten Hilfsprojekts. Im März 1944 rollte der erste sogenannte «Reichsstellenhilfszug» unmittelbar nach dem Bombenangriff auf Offenbach bis in die betroffene Stadt hinein. Der Zug bestand aus 25 Güterwagen, beladen mit unentbehrlichen gewerblichen Erzeugnissen, mit Drahtrollglas, Dachpappe, Kerzen, Eimern, Werkzeugen, Öfen, Schlafdecken, Bekleidung u.a.m., Notbedarf für tausende Obdachlose.¹²⁹ Wenig später wurde ein «Reichsstellenhilfszug» binnen 15 Stunden nach Frankfurt am Main dirigiert und ebenfalls wie in Offenbach in nur 8 Stunden entladen. Da das Beladen eines Zuges ungefähr 8 Tage dauerte, wurden bald zwei und mehr Züge auf Abruf bereitgehalten. Das Optimum an rascher

Hilfe war nur durch eine vorzügliche Zusammenarbeit zwischen Behörden (Reichsstellen), privatem Handelsapparat und den Verkehrsträgern möglich. Für die Bestückung der «Reichsstellenhilfszüge» mit dem dringlichsten Erstbedarf nach Grossangriffen und die Beschaffung der einschlägigen Artikel sorgten Warenhäuser (AWAG., vormals Wertheim, Berlin; Karstadt, Berlin; Kämmer u. Ernst, Erfurt; Hermann Eichler, Schwerin; Karl Reichel, Münchberg)¹³⁰, die auch das Verkaufs- und Versorgungspersonal stellten. Ende 1944 befanden sich fünf «Reichsstellenhilfszüge» im Einsatz. Um sie vor Fliegerangriffen zu schützen, wurden sie in Reichsbahn-Tunneln (Walschleben, Wasungen, Plane, Bad Kleisen, Bayreuth) beladen, abgestellt und von dort jeweils telefonisch oder durch Fernschreiben zum Schadensort beordert. Neben den motorisierten Hilfszügen stellten Einrichtung und Einsatz der «Reichsstellenhilfszüge» die erfolgreichste Bewirtschaftungs- und Versorgungssofortmassnahme dar, die im Kriege von den Behörden zugunsten Ausgebombter getroffen worden war.

Ein beschleunigtes Reagieren auf «Grossschadens-Fälle» setzte eine möglichst rasche und detaillierte Kenntnis vom Schadensumfang voraus. Durch das Reichswirtschaftsministerium wurde deshalb ein besonderes Verfahren entwickelt, das nach dem Terrorangriff umgehend über Umfang, Art und Grösse der Schäden unterrichtete, so dass in kürzester Frist darüber eine Übersicht vorlag, was am Schadensort am notwendigsten gebraucht wurde. Vielfach stimmten sich noch am Tage des Grossangriffs Beauftragte der Reichsstellen an Ort und Stelle mit den zuständigen Vertretern des Landeswirtschaftsamtes und örtlichen Dienststellen über den Umfang des Erstbedarfs ab. Eine vom Reichswirtschaftsminister veranlasste Fliegerschaden-Verbraucheranalyse wollte 1944 auch die gerettete Kleidung Totalgeschädigter repräsentativ ermitteln. Ausschliessliches Ziel aller vom Reichswirtschaftsministerium und von den Reichsstellen ergriffenen Massnahmen war es, wie eine Aufzeichnung über die Kriegsarbeit des Ministeriums vom August 1944 betonte, «so schnell und so viel wie möglich Hilfe zu leisten, damit die Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten nicht gefährdet werden». Es ging darum, den Menschen die elementare Lebensgrundlage zu erhalten, die Grundsubstanz für eine Fortexistenz. Das weitere Absinken der zivilen Konsumgüterproduktion setzte jedoch dem Umfang der Hilfe immer engere Grenzen.

6. Zusammenbruch

Die militärischen Katastrophen im Westen und Osten hatten vor allem Speer und Goebbels in der Überzeugung bestärkt, dass Deutschland den Krieg nicht total genug führe. Speer wollte die Rüstungsproduktion weiter steigern, brauchte mehr Menschen und Material und schlug deshalb am 23. Juli in Hitlers Feldquartier Rastenburg in Anwesenheit Funks Goebbels zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz vor. Er meinte, Goebbels sei der beste Mann, um weitere Einschränkungen im Reich durchzusetzen. «Du wolltest nicht Goebbels stärken, sondern alle Folgen des totalen Kriegseinsatzes ihm in die Schuhe schieben. Der Missmut der Leute über die Versorgungsschwierigkeiten sollte sich gegen ihn richten», unterstellte Funk seinem Zellengenossen Speer nicht ganz zu Unrecht bei einem rückblickenden Gespräch im Spandauer Gefängnis.¹³¹ Am 25. Juli 1944, wenige Tage nach dem missglückten Attentat auf Hitler, wurde ein zweites Mal der totale Krieg proklamiert, um letzte Reserven aus dem Boden zu stampfen. Goebbels übernahm als «Reichsbevollmächtigter» die Aufgabe, den «gesamten Staatsapparat» personell auszukämmen, um ein Höchstmass an Kräften für Wehrmacht und Rüstung freizumachen. Vor der drohenden Niederlage wurden in aller Hektik zahllose Mobilisierungsmassnahmen vorgeschlagen, die nicht selten jeder Vernunft entbehrten und obendrein das Austragen von machtpolitischen Rivalitäten begünstigten. Der in Kehrls Planungsamt ausgekochte Vorschlag, das Reichswirtschaftsministerium für die Kriegsdauer zu suspendieren, gehörte dazu. Eine Oberste Reichsbehörde, die die «Versorgungsinteressen des deutschen Volkes vertritt»,¹³² war offenbar lästig.

Lange Einsparungslisten, die eigenen und andere Geschäftsbereiche betreffend, entstanden auch im Reichswirtschaftsministerium. Der Ist-Bestand des Ministeriums von etwa 950 Fach-, Schreib- und Hilfskräften (ohne technisches Personal), schon erheblich unter dem Sollbestand von rund 1'700 Kräften, sollte um 30% reduziert werden. Aufgelöst wurde das Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen; der Auflösung überantwortet wurden das Reichsamt für Wirtschaftsausbau und das Reichsaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Das betriebliche Rechnungswesen sollte eingeschränkt und Statistik eingespart werden. «Die Statistik», so äusserte sich Hayler in seinem Schreiben an Goebbels vom 4. August 1944 kritisch, «dient häufig auch heute noch, zumal sie meistens nachhinkt und nicht Grundlage kriegswichtiger Entscheidungen ist, der Erstellung von Erfolgs-

meldungen». War das auch ein Seitenhieb auf die Erfolgsstatistiken Speers? Dagegen trat Hayler entschieden für die Erhaltung lebensnotwendiger Handwerks- und Handelsbetriebe ein. Unbedingt zu erhaltende Handelsbetriebe waren schon Anfang 1944 als sogenannte «Listenbetriebe» erfasst worden. Nachdem «die Neuanschaffungen in normalen Fällen der Zivilbevölkerung nicht mehr zugestanden werden können», forderte er, dass «Reparaturmöglichkeiten in erhöhtem Umfang geschaffen werden». Das Drängen Haylers wurde zunächst überhört. Erst der weiter zunehmende Reparaturüberhang veranlasste Speer und Funk zu einem Lösungsversuch im Stil der herkömmlichen Verwaltungspraxis. Durch gemeinsamen Erlass vom 4. Dezember 1944 ernannten sie an die Stelle des seit 1943 amtierenden Sonderbeauftragten für Instandhaltung und Reparatur, Hans Heck (zugleich Reichskommissar für Altmaterialverwertung), einen «Beauftragten für Instandhaltung und Wiederinstandsetzung». Der neue Kommissar, Dr. Ing. Josef Hörtreiter, gab zumindest Ende Januar 1945 zu erkennen, dass er seine «erste Aufgabe ... in der Verbesserung der Reparaturmöglichkeiten für die Verbraucher» sehen würde.¹³³ Bot sich für ihn mehr als zu dieser Absichtsbekundung überhaupt Gelegenheit?

Seit August lief eine Überprüfung der Wirtschaftsverwaltung und ihrer Lenkungsbereiche. Ein Gesamtplan auch für die Vereinfachung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft wurde erarbeitet. Am 18. Oktober erörterte Oberregierungsrat von Schmöller die von ihm fertiggestellte umfangreiche Denkschrift zur Vereinfachung der Wirtschaftsverwaltung in langer Besprechung mit Ohlendorf und händigte ihm das dicke Opus aus.¹³⁴ Einige Monate später erläuterte Hayler, dass die erstrebte Neuordnung und Vereinfachung auf die «Schaffung eines Hauptwirtschaftsamtes in den Reichsverteidigungsbezirken» und ihm gegenüberstehend auf eine «Konzentration sämtlicher regionaler Aufgaben der Selbstverwaltung der Wirtschaft in der Gauwirtschaftskammer» abziele. Beseitigt werden sollte vor allem die Zersplitterung in der Zentrale, der Apparat Speers also verschwinden. Trotz vielfacher Bekundungen, Einsparungen vornehmen zu wollen, lag der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums 1944 (391,3 Mio. RM) nur um 11,8 Mio. RM unter dem des Vorjahres und waren vor allem keine Abstriche an den Personalkosten erkennbar.¹³⁵ Noch Anfang 1945 bemühte sich Staatssekretär Hayler, dem Vorbild anderer nicht nachstehend, das Ministerium vor Einziehungen oder Einreihungen in den Volkssturm zu schützen. Er rief deshalb den Sonder-Volkssturm des Ministeriums ins Leben

und erreichte auch, dass unentbehrliche Mitarbeiter der Reichsstellen nur in das zweite Aufgebot des Volkssturms eingegliedert wurden. Im Grunewald und am Wannsee machte der Volkssturm des Ministeriums Schiessversuche und übte das Lied «Seht Ihr im Osten das Morgenrot». Die Sowjetarmee stand bereits vor Frankfurt an der Oder östlich von Berlin (Martini). Makabres vermischte sich mit ernsthaften Anliegen. Die Sorge um die Aufrechterhaltung der «Versorgungswirtschaft» stand beim letzten Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums bis in die Apriltage 1945 im Vordergrund. «Es gibt eben in Mittelund Westeuropa eine Untergrenze der Lebenshaltung und Lebensführung, die man sehr tief ansetzen kann, die man aber nicht ungestraft unterschreiten darf», bekannte er in einem Vortrag im Januar 1945.

Je näher die alliierten Armeen auf die Reichsgrenzen vorstießen, umso stärker schrumpfte die Wirtschafts- und Versorgungsbasis der deutschen Kriegswirtschaft. Güterlieferungen aus den besetzten und neutralen Ländern fielen nach und nach aus. Es sei ein «Gebot der Stunde», schrieb Funk noch am 22. Februar 1944 an Goebbels, «seitens der zuständigen amtlichen Stellen alle Schritte zu unternehmen, um die angespannte Aussenwirtschaftslage zu meistern, und dabei auch alle privaten Beziehungen auszunutzen, die zum Ziele führen können.»¹³⁶ Die künftige Beteiligung von Vertretern der Privatwirtschaft «bei allen handelspolitischen Verhandlungen» war seit Januar 1944 auch im Handelspolitischen Ausschuss beschlossene Sache.¹³⁷ Private Beziehungen zu einflussreichen Banken des fremden Staates sollten «im Interesse einer Verbesserung des Verhandlungsergebnisses ausgenützt» werden. Die staatliche Wirtschaftsbürokratie bedurfte dringend der Unterstützung privater Wirtschaftler. Sie sei jedoch nicht für alle Vertragsstaaten notwendig, wie Funk im Februar zu verstehen gab (beispielsweise nicht in Ungarn oder Kroatien). Auch sollte nach Meinung des Reichswirtschaftsministers der «Einsatz privater Wirtschaftler ... – wenn überhaupt – einige Zeit vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen erfolgen.» Seit dem Frühjahr 1944 bemühte sich das Reichswirtschaftsministerium um eine engere Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in Aussenhandelsfragen,¹³⁸ gab Zukunftsmodelle in Auftrag, betonte aber zugleich «die Notwendigkeit, unsere Aussenwirtschaft einheitlicher auszurichten und weiter zu intensivieren. «

Die Zeit und mit ihr die Alliierten arbeiteten gegen die deutschen Absichten. Unter amerikanischem Druck kündigte Schweden im Mai 1944 die Einstellung der für Deutschland kriegswichtigen Kugellagerexporte an. Zu-

erst entzog sich die Türkei ihrer Verpflichtung, Chromerz zu liefern, dann brach sie die Beziehungen zu Deutschland ab. Bulgarien machte Differenzen. Immer unsicherer wurden auch die deutschen Ausführleistungen. Noch am 26. Juni 1944 angesichts des drohenden Zusammenbruchs der deutschen Aussenwirtschaft wusste Hitler in seiner gespenstischen Rede auf dem Platter-Hof keine andere Antwort auf den deutschen Rohstoffmangel als bei Kriegsausbruch 1939: «Wenn ein Staat uns kein Wolfram liefern will, dann liefert er uns keins. Der blosse Druck eines anderen Staates genügt, und wir kommen in grösste Sorgen. Wenn ein anderer uns kein Nickel geben will, der blosse Druck eines Staates genügt, und wir haben grösste Nickelsorgen. Wenn ein anderer Staat uns die Chromzufuhr sperrt, dann haben wir Sorgen um den Chrom, wegen Molybdän usw. Meine Herren, es ist genauso wichtig, diese absolut unentbehrlichen Stoffe in – ich möchte jetzt nicht sagen – den Reichsbesitz, sondern in den Machtbereich der deutschen Nation zu bringen, in den Machtbereich, als es notwendig ist, sich die notwendigen Getreideflächen, Rübenflächen, Kartoffelflächen usw. zu sichern.» Entsprechend diesem Hitler-Zitat sind auch alle deutschen Äusserungen über eine «europäische Wirtschaftsgemeinschaft» zu interpretieren. Seit August 1944 waren deutsche Käufe auf der Iberischen Halbinsel unterbunden. Um möglichen Konflikten mit der Sowjetunion zu entgehen und wegen der Befürchtung in Stockholm, russische U-Boote würden Schiffe auch in schwedischen Hoheitsgewässern angreifen, wurde im September die schwedische Schifffahrt nach Deutschland eingestellt. Bulgarien brach im gleichen Monat die Beziehungen zu Deutschland ab. Seit Ende Oktober beförderte die Reichsbahn keine Exportgüter mehr nach Ungarn. Der schwedische Geschäftsträger in Berlin erklärte am 11. Dezember im Auswärtigen Amt im Auftrage seiner Regierung, «dass man schwedischerseits im Hinblick auf die unklare Lage gegenwärtig nicht imstande sei, zu der Frage des schwedisch-deutschen Warenverkehrs im Jahre 1945 Stellung zu nehmen».¹³⁹ Im März 1945 stellte die Schweiz den Transitverkehr mit Deutschland ein.

Bis November 1944 waren aus dem Generalgouvernement (deutsche Clearing-Schuld am 31.10.1944: 5,5 Mio. RM) die wichtigsten Wirtschaftsgüter abtransportiert und war das «System der Sicherungsbetriebe», die zur Aufrechterhaltung des unbedingt notwendigen Wirtschaftslebens erforderlich waren, in Gang gesetzt. Bei der Verlegung der grossen Textilfabrik Posnanski in Lods nach Deutschland erklärten sich von rund 2'100 polnischen Arbeitern nur 18 freiwillig bereit, mit dem Betrieb nach Deutsch-

land zu übersiedeln. Ein eindeutiges Votum gegen Hitler-Deutschland. Als Ende 1944 die deutsche Aussenhandelstätigkeit fast vollständig zum Erliegen kam, war die deutsche Clearing-Schuld innerhalb und ausserhalb der Deutschen Verrechnungskasse auf 30,7 Mrd. RM angewachsen.¹⁴⁰ Auf mindestens 600 Mrd. RM schätzte Funk im Januar 1945 die von Deutschland, den besetzten und befreundeten Ländern von 1941 bis 1943 insgesamt erzielten wirtschaftlichen Leistungen. Den grössten Teil dessen verschlang der Moloch des Krieges. Für Funk war die von ihm anlässlich seines letzten grossen propagandistischen Auftritts gezogene Leistungsbilanz der «neuen europäischen Wirtschaftsordnung» jedenfalls positiv.¹⁴⁰ Deutschland habe in den besetzten Ländern Arbeitslosigkeit und Klassenkampf beseitigt, Währung und Preise stabilisiert, den Schutz des Privateigentums und die Versorgung der Zivilbevölkerung gewährleistet. «Im Bewusstsein seiner europäischen Verantwortung und Aufgabe hatte das nationalsozialistische Deutschland von 1941 bis 1943 eine neue Ordnung in Europa eingeleitet, die bereits weitgehend Realität geworden war und die sich überaus erfolgreich auszuwirken begann». Wollte Funk mit diesem grossen propagandistischen Paukenschlag nur Abschied von der politischen Bühne nehmen? Oder glaubte er, seine Beschwörungen deutscher Besatzungszeit könnten die von Hitlers Herrschaft befreiten Länder gegen ihre Befreier aufwiegen?

Sein Ministerialdirektor Ohlendorf, der einzige NS-Ideologe, der je eine einflussreiche Position im Reichswirtschaftsministerium innehatte, suchte ebenfalls nach «leuchtenden» Kriegs- bzw. Friedenszielen. Fest verankert in der Rassenideologie der SS, entwickelte er die Vision einer auf Rassebewusstsein basierenden europäischen Union, in der die einzelstaatliche Souveränität zugunsten einer europäischen rassischen Gemeinschaft und die einzelstaatliche «Wirtschaftsautarkie» zugunsten eines innereuropäischen Wirtschaftsausgleichs aufgehoben werden sollte. Eine Unterordnung unter eine zentrale Führungsmacht im herkömmlichen Sinne lehnte er in der von ihm erstrebten europäischen Völkergemeinschaft ebenso wie im nationalen Rahmen ab, in dem dem Staat nur Ordo-Funktionen zur Sicherung der Freiheit der artbewussten deutschen Menschen zukommen sollten. Ohlendorf leistete sich stets den Luxus der besonderen Meinung.¹⁴¹ Die freie Wirtschaft der klassischen Nationalökonomie war freilich auch für ihn «ein für alle Mal tot»; an ihre Stelle sollte eine «neue Freiheit» des Wirtschaftenden zum Staat treten und keineswegs die Organisationsformen,

«die gerade von keinem anderen als von Reichsminister Speer als Kriegsercheinungen herausgestellt worden sind ..., die nur als reaktionär bezeichnet werden» könnten. Hatte Ohlendorf, der niedersächsische Bauernsohn, nicht Hitlers Loblied auf die Massenproduktion in der Platterhof-Rede angenommen? Keinen aktiven Wirtschaftler würde ferner der Staat künftig «zum Träger von Hoheitsfunktionen machen ..., auch keinen aktiven Beamten zu führenden Wirtschaftlern», so wollte es Ohlendorf seit Langem. Auch den Industriemanager wollte er – der in seinem volkswirtschaftlichen Denken stark von Jens Jessen beeinflusste Apostel einer nationalsozialistischen Mittelstandsideologie – nicht, ebensowenig wie den politischen Unternehmer, für den «das Eigentum nicht das Wesentliche» sei und dem es lediglich auf «die Verwaltung von Kapazitäten» ankomme. Ohlendorf meinte es ernst damit, ohne etwa arbeiterfreundlich zu sein. So sehr ihm seit Langem viele Erscheinungsformen des Dritten Reiches zuwider waren, er die Kluft zwischen Ideologie und Wirklichkeit erkannte und Vorbehalte gegen die Kriegswirtschaft formulierte, in seinen Zukunftsplänen konnte er sich dennoch nicht vorstellen, dass Deutschland etwas anderes sein könne als die Domäne der NSDAP und das Reich Adolf Hitlers.¹⁴² Seine Kritik am bestehenden Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft diente dem Problem, wie künftig beim «Neuaufbau» nationalsozialistische Herrschaft als Mittelweg zwischen Liberalismus und Sozialismus aufrechtzuerhalten und eine rationale, funktionstüchtige (auch verwissenschaftlichte) Wirtschaftspolitik bei klarer, einfacher Lenkung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung zu verbinden sei.¹⁴³ Eine schlüssige, auf einheitlichen Prinzipien aufbauende Lösung dieses Problems hat er nicht gefunden. Sie war noch weniger von den namhaften Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft (Karl Blessing, Max Ilgner, Philipp F. Reemtsma, Rudolf Stahl, Ludwig Erhard, Otto Donner, Hero Moeller u.a.m.) zu erwarten, die ihm in den letzten Kriegsmonaten Denkschriften und Entwürfe und Anregungen zum Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft lieferten und ein langsames Abkoppeln vom Nationalsozialismus einleiteten. Ludwig Erhard hatte durch die Reichsgruppe Industrie (Hauptgeschäftsführer Karl Guth war sein Schwager) mittelbare Unterstützung zur Begründung eines «Instituts für Industrieforschung» erhalten. Es gab weder eine Wirtschaftstheorie noch eine Wirtschaftspolitik, die insgesamt als spezifisch nationalsozialistisch bezeichnet werden könnten. Die hochgradige ideologische Irrationalität des Nationalsozialismus liess sich mit ökonomischer Rationalität nie zu einem dauerhaften System verschmelzen.

Bereits die in Ohlendorfs Reformplan der Wirtschaftsverwaltung vorgesehene Unabhängigkeit der Gauwirtschaftskammern von den Gauleitungen zog die Gegnerschaft Bormanns auf ihn. Auch ein Nationalsozialismus ohne Bormann, Ley, Goebbels, Himmler und Speer, die Ohlendorf in den Untergang des NS-Regimes schuldhaft verstrickt sah, wäre im Unterschied zum Kaiserreich während der Schlussphase zu grundlegender, sich dem Pluralismus öffnender Reform unfähig gewesen. Vor dem Hintergrund des rassistisch-imperialistischen Ordnungskonzepts des Nationalsozialismus besass die am Ende des Dritten Reiches ausgetragene Kontroverse zwischen Marktwirtschaftlern und Planwirtschaftlern (Kehrl) kaum mehr als akademischen Charakter.

Mitte 1944, als sich der baldige Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftsgefüges mit zunehmender Deutlichkeit absehen liess, zeigte sich die Struktur des deutschen Industriepotentials im Ergebnis langjähriger Stilllegungs- und Konzentrationsprozesse, eingepresst in die Zwangsjacke der Rüstung, extrem kriegswirtschaftlich deformiert. Verglichen mit 1936 war in den Grundstoffindustrien die Beschäftigtenzahl (Altreich) um 70 Prozent und in den ganz überwiegend für die Rüstungsendfertigung arbeitenden Konstruktionsindustrien sogar um 90 Prozent gesteigert worden. Demgegenüber boten die Daten der devastierten Konsumgüterindustrien ein Bild, das die Lähmungserscheinungen während der Weltwirtschaftskrise noch übertraf. Das Beschäftigtenpotential war in der Bauwirtschaft gegenüber 1936 um 73 Prozent reduziert worden, das der sonstigen verarbeitenden Industrie um 26 Prozent. Eingriffe von SS-Dienststellen in die Wirtschaft mehrten sich (Sudetenland u.a.). Rohstoffkontingente wurden durch die SS beschlagnahmt, Arbeitskräfte, insbesondere Häftlinge, abgezogen und Umstufungen der bisherigen Dringlichkeitsstufenvorgenommen. Dervom Reichsamt für Wirtschaftsausbau betriebenen Ölschieferforschungsgesellschaft wies Generalplaner Kehrl als Arbeitskräfte für Schwerstarbeit ungeeignete KZ-Häftlinge zu. Der SS unterstand das Häftlingslager, eine Stätte von Not und Elend mehr.^{143a} Die Kriegszwangswirtschaft erreichte ihre brutalste Ausformung.

Produktionseinbrüche entstanden durch Luftangriffe auf Industrieanlagen und infolge des Verlustes der von den Sowjettruppen eroberten deutschen Ostprovinzen. Das unter den alliierten Bombardements verfallende Verkehrssystem verursachte weitere Arbeitsausfallzeiten und Leistungsrückgänge.¹⁴⁵ Seit Juni 1944 entwickelten sich Stein- und Braunkohlenförderung rückläufig. Fehlender Treibstoff zwang zur verstärkten Umstellung auf leistungsschwache Holzgeneratorfahrzeuge.¹⁴⁶

<i>Produktion Grossdeutschland und besetzte Gebiete, Monatsdurchschnitte¹⁴⁴</i>				
Erzeugnis	Juli 1944	August 1944	Januar 1945	Abfall seit Juli
Steinkohle (Mill, t)	26,3	22,6	11,8	- 55,2 v.H.
Braunkohle (Mill, t)	22,5	22,0	17,5	-22,3 v.H.
Roheisen (1'000 t)	2 107	1 514	544	- 74,2 v.H.
Stickstoff (1'000 t N)	78,0	52,5	12,9	- 83,5 v.H.
synth. Fettsäure (t)	1 697	1 508	–	–
Zellwolle (1'000 t)	27,1	24,8	9,9	- 63,5 v.H.
Eiserne Öfen (1'000 Stück)	102	63	40	- 60,8 v.H.

Wegen der stark schrumpfenden Grundstoffproduktion verlangte Hitler, dass ihm jeweils am Monatsende «nachts» die Erzeugungshöhe telefonisch mitgeteilt wurde.¹⁴⁷ Ändern konnte er nichts. Seine Produktionsbefehle waren nicht durchführbar. Beispielsweise sank der Umsatz der A- und C-Betriebe im Kammerbezirk Mannheim von Ende Juli bis Ende November 1944 um 65% und arbeitete im Konsumgüterbereich nur noch die Holzverarbeitung. Allein durch Improvisationen liessen sich Produktionen bei zunehmendem Verkehrschaos¹⁴⁸ noch aufrechterhalten. Hierzu gehörte auch, dass Belegschaften auf Stroh schliefen, wenn Strohsäcke fehlten, aus benachbarten Küchen gepflegt wurden, solange keine Kucheneinrichtung eingetroffen war, ohne Spinde, Tische und Stühle auskommen mussten, wenn «die Engpass-Erzeugnisse» der Verbrauchsgüterindustrie nicht vorhanden waren. Von Mitte bis Ende 1944 wurde vom Reichswirtschaftsministerium «die Zuteilung an Doppelbetten und Spinden um mehr als 50%, die Zuteilung an Decken und Strohsäcken um 60% gekürzt». Bei RTE-Erzeugnissen konnten im Dezember im Schnitt nur zwei Drittel bereitgestellt werden. Auf der 62. Sitzung der Zentralen Planung am 5. Dezember 1944 waren zur Erörterung der weiteren Drosselung der Textilversorgung, obwohl «ein gesteigerter Bedarf der Wehrmacht und der zivilen Bevölkerung» bestand, als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Hayler, Ohlendorf und der Industrielle Josef Neckermann zugegen.¹⁴⁹ Laut Plan war das Rohstoffaufkommen auf rund 60% geschrumpft. Für die Wehrmacht wurden 16'000 moto vorgesehen, für das zivile Auflagenprogramm nur 3'650 moto bei einem Produktionsrückstand von 96'000 t. Planzahlen! Von Mitte 1944 bis Februar 1945 ging die Verbrauchsgüterproduktion des elastischen Bedarfs um fast zwei Drittel zurück,¹⁵⁰ sank auf etwa 10 v. H.

von 1938. Dabei stieg der Notbedarf ins Unermessliche. Von Juli 1944 bis einschliesslich Januar 1945 eskalierten die Totalschäden an Wohngebäuden infolge des verschärften Bombenkriegs auf den Höchststand von 25057 im Monatsdurchschnitt. Mit 17 Millionen Evakuierten rechnete Goebbels im März 1945.

Je grösserer Mangel an Verbrauchsgütern herrschte, umso komplizierter und vielgestaltiger entwickelte sich eigenartigerweise die Bewirtschaftung des Endverbrauchers. Zahllose Sonderbestimmungen, Bezugsschein-Untergliederungen und Ausnahmeregelungen wurden getroffen. Die Laufzeit der Bezugskarten wurde drastisch herabgesetzt oder auch verlängert. Immer schärfere Bewirtschaftungsvorschriften kamen heraus und durften zum Nachteil der Berechtigten zudem nicht veröffentlicht werden. Dennoch wucherte die Statistik.¹⁵¹

Seit dem Herbst 1944 – unter alliierter Luftherrschaft – erreichten die knappen Zuteilungen an gewerblichen Erzeugnissen «nur noch vereinzelt die Bestimmungsorte» in West- und Süddeutschland, zwischen Düsseldorf und Stuttgart. Auch die nun angestrebte «Bezirksautarkie» half nicht viel weiter. Verstärkt aufgebaute Reichsstellenhilfszüge linderten wohl nur in einzelnen Fällen erste Not. Auf seiner Reise durch die Westgaue erfuhr Staatssekretär Hayler Anfang November 1944, dass in Köln ein nicht gedeckter «ausserordentlich hoher Sargbedarf» bestand, dass zehntausende Hitler-Jungen keine geeignete Kleidung und kein Schuhwerk besaßen. Mit Strohwischen schützten Jugendliche ihre Füße gegen Kälte und Nässe. Zur Versorgung der Westgaue erging am 13. November 1944 vom Reichswirtschaftsministerium (gez. Koelfen) die Weisung, 720 Eisenbahnwaggons mit lebensnotwendigen gewerblichen Gütern bereitzustellen.¹⁵² Aus dem notleidenden Stuttgart wurde Ende November berichtet, «dass in Kürze 20-30% der Arbeitskräfte nicht mehr eingesetzt werden könnten», wenn die Textilzuteilungen nicht erhöht werden würden. Mangel an Fensterpappe, Dachpappe und Verdunkelungspapier wurde zur Dauererscheinung.

Wie auch immer die Entwicklung der Industriestruktur während des Krieges beeinflusst wurde, stets verlief sie zuungunsten der Konsumgüterindustrie, zum Nachteil des «Kleinkrams», wie Speer sich auszudrücken pflegte. Er meinte damit die bis 1944 produzierten 32 verbliebenen, bezugsscheinpflichtigen Spinnstoffartikel, die 21 Positionen der Schuhstatistik und die hergestellten 129 Artikel für «Fliegergeschädigte». Ende 1944 fielen auch Klein- und Mittelbetriebe für diese Produktionen aus. Seit Mitte 1944 lautete nicht mehr die Losung Konzentration auf leistungsstarke Rest-

betriebe, sondern Streuung der Rüstungsfertigung auf zahlreiche kleine und kleinste Produktionsstätten und gleichzeitige Mobilisierung der Heimarbeit.¹⁵³ In vielen hunderten Betrieben, auch in den Kellern von Grossstädten lief das Jägerprogramm des letzten Kriegsjahres ab. Hunderte mittelständische Betriebe der Gebrauchsgüterindustrie wurden beispielsweise im wenigluftkriegsgefährdeten Schwarzwald mit sichtlichem Erfolg in die Rüstungsproduktion eingespannt. Von 314 Betrieben des Kammerbezirks Villingen konnten 155 ihren Umsatz von 1938 bis einschliesslich 1944 teilweise beträchtlich steigern. Der Gesamtumsatz dieser Betriebe stieg von 102 Mio. RM auf 171 Mio., also um 67 v. H., während sich die Beschäftigtenzahl nur etwa um 60 v. H. vermehrte.¹⁵⁴ Ende 1944 war die industrielle Produktion von Betten stillgelegt worden, «weil die Betriebe in mehreren Schichten für die Fertigung von Munitionspackgefässen» liefen. Statt eiserner Haushaltsgeräte wurden «Panzerfaust» und «Panzerschreck» produziert. Die bekannten Schuhfabriken bei Pirmasens (Pfalz) wurden im November 1944 nur zu 20% ihrer Kapazität ausgelastet, in vereinzelten Betrieben bis 30%. Es wurde produziert, bis die Lagervorräte verbraucht waren. In den Betrieben von Industrie, Handel und Handwerk wurden während des Krieges enorme Arbeitsleistungen vollbracht, die einer besseren Sache wert gewesen wären. Nun näherte sich die Wirtschaftsmaschinerie mehr und mehr dem Stillstand und häuften sich zugleich die Elendsbilder des kriegsbedingten Pauperismus.

Bereits im August 1944 waren vom Reichskohlenbeauftragten drastische Einschränkungen bei Industriekohle und Hausbrand angekündigt worden, obwohl in den teilweise zerstörten Städten statt einer Minderung eine Erhöhung im Verbrauch eingetreten war, «denn durch das Wohnen der einzelnen Familien in den Kellern, Lauben, Behelfsheimen und sonstigen Wohngelegenheiten lässt sich wegen der unterschiedlichen Bauweise ein grösserer Verbrauch an Kohle feststellen».¹⁵⁵ Der Reichskohlenbeauftragte erwartete, dass die städtische Bevölkerung «ganz besonders» auf die Verwendung von Tannenzapfen und dergl. als Heizmaterial aufmerksam zu machen sei.

Es kam im Inferno der letzten Kriegsmonate schlimmer als vorausgesehen. Ein Fernschreiben Speers vom 26. Januar 1945 kündigte die bevorstehende wirtschaftliche Katastrophe an: «Die bestehenden Transportschwierigkeiten haben dazu geführt, dass zahlreiche Betriebe infolge Kohlenmangel ganz oder teilweise stillgelegt werden mussten. Es ist z. Zt. nicht möglich, diesen Betrieben ausreichend Kohle zuzuführen, um sie alle wieder in

Betrieb zu nehmen.» Nach Süd- und Südwestdeutschland waren bei einem Normalbedarf von 1,1 Mio. t Kohle im Januar 1945 nur 158'000 t geliefert worden. Selbst die wichtigsten Betriebe, auch Kraftwerke, konnten nicht mehr ausreichend mit Kohle versorgt werden. «Für den Hausbrand wird für den Monat Februar nur eine Menge von 30% eines Monatszwölf-tels in Kohle und 10% in Koks vorgesehen», lautete das Ergebnis einer Besprechung der Reichskohlenstelle mit süddeutschen Landeswirtschafts-ämtern in Würzburg. Wegen des Kohlenausfalls musste der grösste Teil der Konsumgüterindustrie im Januar/Februar 1945 stillgelegt werden. Zum «Auslaufen» kommende Betriebe wurden angewiesen, «die zum Schutz der Anlagen und der in Bearbeitung befindlichen Güter notwendigen Massnahmen unverzüglich zu treffen». Ende Februar 1945 stand fest, dass auch das Führernotprogramm, aufgestellt zur Überbrückung der Zeit, bis Schlesien und die Ruhr wieder voll für die Rüstung arbeiten würden (!), «kohlenmässig nicht annähernd durchzuhalten» sei. Von der Reichsstelle Kohle erhielten die Landeswirtschaftsämter die Auflage, lediglich mechanische Webereien und Spinnereien wegen der Fertigung von Verbandsmull mit Kohlen zu versorgen.¹⁵⁶ Mitte März brach die deutsche Steinkohlen-versorgung fast völlig zusammen. Relativ gut versorgt waren mit Braunkohle nur die den Revieren benachbarten Gebiete.¹⁵⁷ Aus München kam am 16. März der Notruf: «Die Bestände beim Münchener Kohlenhandel sind bis auf geringe Mengen Koks und Anthrazit, die in diesen Tagen noch für die Versorgung von Lazaretten, Krankenhäusern, Heimen und Gärtnereien abgefahren werden, völlig erschöpft.»¹⁵⁸

Mit einigem Erstaunen ist immer wieder zu beobachten, dass der Apparat der Bewirtschaftung – auch die anderen Abteilungen des Reichswirtschaftsministeriums – trotz der schweren Luftbombardements und zeitweiliger Ausfälle intakt blieben und bis in die letzten Kriegsmonate arbeiteten. Siegesbewusstsein, das zu besonderer Aktivität motivieren könnte, war freilich nicht zu spüren. Trotzdem herrschte auch auf verlorenem Posten eine Art Pflichtbewusstsein. «Ich selbst wohnte schon seit Ende 1943 in meinem Büro», erinnerte sich Ministerialdirigent Dr. Martini von der in einem Gebäude in der Taubenstrasse untergebrachten Geld- und Kreditabteilung, «und schlief entweder auf dem Sofa meines Dienstzimmers oder im Luftschutzkeller. Die Stimmung wurde immer gedrückter, was nach aussen allerdings nicht zum Ausdruck kommen durfte. Ein mittlerer Beamter erhängte sich im Bodenraum des Amtsgebäudes und wurde dort nach Tagen nach einem Luftangriff» gefunden.¹⁵⁹

Staatssekretär Hayler wohnte getrennt von seiner Familie in Berlin-Dahlem zur Untermiete. Referate, die während der Nacht Luftschutzdienst hatten, arbeiteten bis gegen 23 Uhr. Bei einem Tagesangriff am 19. Mai 1944 kamen durch einen Bombentreffer im bereits bombengeschädigten Hauptgebäude des Ministeriums am Alexanderplatz, obwohl seine Schutzräume bunkerartig abgesichert waren, über 60 Menschen ums Leben, darunter 21 Angehörige des Ministeriums. Viele wurden verletzt. Die Bombe war schräg durch den Fahrstuhlschacht eingeschlagen, fiel in den Keller und detonierte dort. Nach dieser Tragödie stellte sich im Ministerium umso mehr die Frage nach dem Sinn aller Opfer und machte sich Angst breit. Dennoch fand sich nach schweren Angriffen ein Grossteil der Mitarbeiter des Ministeriums an seinem Arbeitsplatz ein und ging die Arbeit weiter. «In dieser Zeit bekamen wir nicht viel Schlaf. Regelmässig mussten wir wegen der dringenden Arbeiten bei der Fliegerschadensregelung Überstunden machen, so dass wir häufig noch im Ministerium vom Alarm überrascht wurden und dann erst spät, nach Beendigung des Alarms und nach Auflösung der Menschenmengen an den Innenstadt-U-Bahnhöfen, nach Hause kamen.»¹⁶⁰ Die Wirtschaftsbürokratie entwickelte Notformen des Überlebens. Wahrscheinlich gehörte hierzu auch, im Oktober 1944 zu mahnen, nunmehr die Kartellbereinigung, im Mai 1943 angeordnet, bis zum 31. Dezember 1944 beschleunigt abzuschliessen.¹⁶⁰ Dennoch gab es bei Kriegsende einige hundert Kartelle. Noch im November 1944 wurde das Anschriftenverzeichnis der im Rahmen der nicht mehr vorhandenen Ausfuhrwirtschaft tätigen 30 Prüfungs- und 63 Vorprüfstellen auf den neuesten Stand gebracht und gedruckt. Der Kartellfachmann Dr. Theodor Eschenburg leitete damals die Vorprüfstelle für die Schnitz- und Formerstoffe verarbeitenden Industrien. Aufgestaute Enttäuschung und Verbitterung über den Missbrauch der Exekutive durch Entscheidungen nationalsozialistischer Führungsgruppen lähmten in den letzten Kriegsmonaten nicht das jahrelange Bestreben der Beamtenschaft nach Selbstbehauptung. Im Reichswirtschaftsministerium gab es eine Art Fronde gegen die Tendenzen der weiteren politischen Radikalisierung und die befohlene wirtschaftliche Selbstzerstörung.

Am 24. September 1944 notierte Oberregierungsrat Schneider in sein geheimes Tagebuch: «Vor 10 Tagen Führerverlautbarung durch Bormann mitgeteilt, ‚verbrannte Erde‘ schaffen. Bezug auf Gneisenau. Dort sollte man nachlesen. Alle Ressorts einig, dass die Linie unmöglich ... Praktisch werden sich auch nicht die Menschen finden, um den Befehl durchzuführen. Kein Bauer vernichtet seinen Hof und sein Vieh, kein Arbeiter seinen

Betrieb.»¹⁶¹ Speer gelang es, den Zerstörungsbefehl abzuwehren und zunächst in Schlesien das Schlimmste zu verhindern.¹⁶² Eine zum Zerstörungsbefehl Bormanns kontroverse Haltung bezogen auch die bis Kriegsende gültig gebliebenen Richtlinien des Reichswirtschaftsministers (entworfen in der Ohlendorf-Abteilung) vom 14. September 1944 über das wirtschaftliche Leben in den vom Feind bedrohten Gebieten: «Solange die Bevölkerung am Ort verbleibt, muss auch das wirtschaftliche Leben in dem notwendigen Umfange weitergehen. Die Fortsetzung bestimmter Produktionszweige, die Einbringung der Ernte und nicht zuletzt die Versorgung der Bevölkerung erfordern, dass Handel, Geldverkehr und sonstige versorgungswichtige Gewerbezweige grundsätzlich aufrechterhalten werden.» Der Lebensfaden sollte nicht ab reißen. Zerstörungen von Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung waren in den Richtlinien nicht vorgesehen. Auch nach der alliierten Besetzung waren Verbrauchsgüter vorhanden. Für Staatssekretär Hayler kam es im Januar 1945 darauf an, «die jetzt anhebende und allgemeiner werdende Notlage in unserer Kriegsversorgung ohne Schäden» zu überwinden. Vorschlägen, in den privaten Besitz als letzter Reserve umfassend einzugreifen, widersetzte sich das Reichswirtschaftsministerium immer wieder energisch. Die Begründung, «es würde in dieser Zeit so viel Privateigentum vernichtet, dass es nicht mehr darauf ankäme», das verbleibende zu konfiszieren, wurde nicht akzeptiert. Gegenargumente lieferte auch das vom NS-Parteiprogramm bejahte Privateigentum.

Um schwere Notstände bei der Kriegsversorgung zu beheben, um Ausgebombte, Millionen Evakuierte, Schanzarbeiter und Volkssturm mit dringendstem Bedarf auszustatten, war spätestens seit Dezember 1944 nur der Rückgriff auf noch vorhandene Reserven möglich. Schon in seinem Protestschreiben vom 29. September 1944 an Gauleiter Hanke machte Funk auf die Notlage aufmerksam: «Die Textilanforderungen der Wehrmacht sind infolge der letzten Ereignisse enorm gewachsen und werden dazu führen, dass bereits in den nächsten Wochen, von Säuglings- und Kinderbekleidung abgesehen, die gesamte Produktionskapazität der deutschen Textil- und Bekleidungswirtschaft lediglich für die Ausführung der Textilaufträge der Wehrmacht eingesetzt werden muss.» Die sonstige Textilversorgung könnte nur noch aus Lagerbeständen vorgenommen werden.¹⁶³ Hayler erwähnte in seinem Vortrag in Feldafing im Januar 1945¹⁶⁴ ausser der «Abschöpfung der Vorräte in Handel und Industrie» und «Heranziehung der Ausweichlager» als Einsatzreserve die Verwendung «notleidend

gewordener Ausfuhrwaren im Heimatbereich», die Ausschöpfung von Warenvorräten stillgelegter Betriebe, eine beabsichtigte begrenzte Beschlagnahmeaktion nicht benötigter Kleiderschränke in Hotels für Ausgebombte und Flüchtlinge, verschiedene Massnahmen, um die Nachbarschaftshilfe zu aktivieren und den «Opferwillen des Volkes» durch Sammlungen zu mobilisieren sowie die zu intensivierende Nutzung von Gebrauchsgütern und den Ausbau des Tauschwesens. Hayler beanspruchte deshalb für sein Ministerium «die Erfassung aller Lager und Bestände, auch derjenigen der öffentlichen Bedarfsträger einschliesslich Wehrmacht und OT.» Die aus «Gaupatriotismus» sich gegen Kriegsende häufenden Einzelbeschaffungsaktionen von Gauleitern und Reichsverteidigungskommissaren, Eingriffe in die Bestände der Reichslager oder Verfügungen über Handelsvorräte lehnte das Reichswirtschaftsministerium entschieden ab, weil solche «Sonderzuteilungen» in die zu dünn gewordene Versorgungsdecke sichtbare Löcher reissen und deren Häufung sie ganz zum Zerreißen bringen würden. Seit Juli 1944 kam es deshalb wiederholt zu Auseinandersetzungen namentlich mit dem Gauleiter von Schlesien, Hanke, der Textilbestände des Bergbaus für Schanzarbeiter, ohne dass das zuständige Landeswirtschaftsamt das Ministerium davon unterrichtete, ausgeschlachtet und Spinnstoffbestände beim Einzelhandel zur Ausstattung von Ausweichkrankenhäusern beschlagnahmt hatte.¹⁶⁵ Spinnstoffwaren jeder Art seien «in keiner Weise als Material oder Gerät zur Erstellung von Verteidigungsanlagen anzusehen», protestierte Funk. «Wie man z.B. auch Damenstrümpfe als derartiges Material ansehen kann», sei ihm «völlig unverständlich», wollte aber dennoch die höchst unerfreuliche Angelegenheit «in einer persönlichen Aussprache» bereinigen. Hanke, kurze Zeit Amtsnachfolger Funks im Reichspropagandaministerium, scherte sich nicht um diese Gravamina, suchte wohl auch nicht die «Unterhaltung» mit Funk und machte sich neuerlicher Eingriffe in das mürbere Netz der Bewirtschaftung schuldig. Warum auch nicht? Wohl auf Vorschlag Speers räumte Hitler am 28. November 1944 den Gauleitern im Ruhrgebiet ein Beschlagnahmerecht ein, «durch das sie auf alle im Gebiet befindlichen Lagerbestände im Handel, des Handwerks und der Energieversorgung zurückgreifen können».¹⁶⁶ Anlässlich der Besprechung über die Ausrüstung des Volkssturms und die dafür geplante Spinnstoff Sammlung bei Goebbels am 8. Dezember 1944 suchten dennoch Funk und Hayler die Unterstützung von Goebbels und Bormann, um alle «eigenmächtigen» Massnahmen, um Sonderaktionen von Gauleitern, die Eingriffe in Produktion und Verteilung darstellen würden, zu unterbinden

gandistisch gelenkten Spinnstoff Sammlung («Volksofper») zugeschlagen werden. Aus dem teilweise überraschend hohen Ergebnis dieser Sammlung wurde «ein gewisser Prozentsatz des Aufkommens den Gauen in Form der gesammelten Uniformen und der sonstigen zur Einkleidung und Ausrüstung des Volkssturms erfassten Gegenstände zur Verfügung gestellt.» Uniformen waren den Volksofpernsammlern reichlich in die Hände gedrückt worden.¹⁶⁸ Und es war nicht schwer zu erraten warum!

«Hier kann man nicht helfen, auch Reichsminister Speer kann dies nicht», war das Ergebnis einer Rücksprache mit Reichswirtschaftsminister Funk am 1. November 1944 über die Bitte des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Sauckel, vor Anbruch des Winters den ausländischen Arbeitern (über 7 Mio. einschliesslich Kriegsgefangene) «das Notwendigste an Spinnstoffen und an Schuhwerk» bereitzustellen.¹⁶⁹ Seit 1942 behauptete das Reichswirtschaftsministerium die problematische Versorgung der ausländischen Arbeitskräfte im Reich mit Kleidung und Schuhwerk als seinen Aufgabenbereich, liess besondere Ostarbeiterkleidung entwickeln und produzieren, schaltete in die Verteilung die Zentrallagergemeinschaft für Bekleidung GmbH in Berlin ein, eine auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums geschaffene, kriegsbedingte Erfassungs- und Verteilungsgesellschaft und blockierte die Absicht von Gauleiter Sauckel, «die Durchführung der Ostarbeiterversorgung mit Bekleidung Parteidienststellen in die Hände zu spielen».¹⁷⁰ Private Handelsfirmen wurden 1943 zu «Auslieferungsstellen für Ostarbeiterbekleidung» bestellt, sicher keine einfach zu lösende Aufgabe, da die rassistische Propaganda vom «Untermenschen» auch die herangeschafften Arbeitskräfte aus den Ostgebieten diffamierte. Trotzdem hat Funk im Sommer 1943 «im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS es abgelehnt, ein von verschiedenen Seiten angeregtes ausdrückliches Verbot des Betretens deutscher Geschäfte durch Ostarbeiter bzw. -arbeiterinnen auszusprechen.»¹⁷¹ 1941 machte der Reichswirtschaftsminister den realitätsfernen Vorschlag, «ausländische Arbeiter nur dann ins Reich einreisen zu lassen, wenn sie über einen Mindestbestand an Kleidung verfügen.»¹⁷² Im Dezember 1944 – der Gegenvorschlag liess sich nicht unterbreiten – blieb nur noch die Möglichkeit, den recht erheblichen Tauschhandel unter ausländischen Arbeitskräften, deren Selbsthilfe zu legitimieren und die Einrichtung von Plätzen für diesen Tauschhandel einzuleiten.¹⁷³

Je mehr im Laufe des Krieges die Kauf- und Bedarfsdeckungsmöglichkeiten absanken, umso eher versuchte auch der deutsche Geld- und Warenbesitzer die Marktbewirtschaftung zu durchbrechen, um auf Tausch und

schwarzen Wegen ohne Rücksicht auf den Preis seinen Warenhunger zu befriedigen. Sogleich bei Kriegsausbruch setzte eine Flucht in Sachwerte ein.

Gestattet war der organisierte Tausch von gebrauchten und ungebrauchten Waren in Form des Ringtauschverfahrens und der Warentauschzentralen in grösseren Städten. Wurde in den ersten Kriegsjahren der verbotene Tausch- und Schleichhandel in jeder Form von den meisten Verbrauchern noch verpönt und abgelehnt, so galt seit 1943/44 in weitesten Kreisen die Parole «Alles tauscht mit allem». Ohlendorfs geheimer SD-Bericht vermerkte im Januar 1944: «Im Wesentlichen haben sich drei Formen einer Versorgung ausserhalb der offiziellen Zuteilungen herausgebildet. Einmal der Tausch von rechtmässig zustehenden verknappten Waren gegen entsprechende andere Waren unter Volksgenossen (z.B. Raucherkarte gegen Brotmarken). Zum anderen ist es der Tauschhandel von verknappten oder rationierten Waren innerhalb bestimmter Gruppen von Geschäftsleuten (Fleischer und Konfektionsgeschäftsinhaber, Spirituosenhändler und Tabakwarenhändler). Als Drittes kommt die bevorzugte Gewährung von Leistungen gegen Lieferung von verknappten oder bezugsbeschränkten Waren, vor allem im Verhältnis zwischen Handwerkern und Privatkunden hinzu».

Mit den drakonischsten Strafen, auch der Androhung der Todesstrafe, war die nationalsozialistische Preisstopppolitik nur im Grossen und Ganzen imstande, die Einhaltung der Vorschriften durchzusetzen und den Schwarzhandel zu unterdrücken. Beim Preiskommissar schätzte man den Anteil der Schwarzmarktgeschäfte an der Gesamtversorgung auf weniger als 2%¹⁷⁴, ohne es exakt belegen zu können. Das ist sicher für die letzten Kriegsjahre bei unzureichender Versorgungslage, wegen der nunmehr jeder Währungsverantwortung entbehrenden Kriegsfinanzierung und des immer brüchiger gewordenen Deckmantels des Inflationsrückstaus zu niedrig gegriffen. Anlässlich der bereits von Goebbels im Januar 1942 wegen aufgedeckter Schieberskandale angestossenen Kampfkaktion gegen Tausch- und Schleichhandel gab der Reichswirtschaftsminister seiner ernsten Besorgnis über die Entwicklung der verbotenen Märkte Ausdruck. Die daraufhin erfolgte Verschärfung der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 durch die im Reichswirtschaftsministerium entworfene Ergänzungsverordnung vom 26. März 1942¹⁷⁵ sollte «den Tauschhandel zwischen Gewerbetreibenden (auch landwirtschaftlichen Erzeugern) unter sich und mit Verbrauchern sowie Bestechungen aller Art», weil sie zur Erlangung von

Mangelwaren häufiger geworden seien, sowie den Tauschhandel im Handwerk, Handel und Industrie treffen. Nur Geschäfte zwischen Verbrauchern, also von Haushalt zu Haushalt, blieben straffrei. Dem Schwarzhandel war dennoch nicht beizukommen. Ausgeklammert wurde von der Schleich- und Tauschhandelsbekämpfung im August 1944 – bereits eine teilweise Kapitulation vor den gegebenen Tatsachen – der Letztverbraucher mit den «für seinen eigenen Bedarf in bescheidenem Rahmen erworbenen Warenmengen.»¹⁷⁶ Mit der ausführlichen Durchführungsordnung zur Bekämpfung des Schleich- und Tauschhandels vom 13. Dezember 1944,¹⁷⁷ die zum Grossangriff gegen die Versorgungsquellen des Schwarzen Marktes aufrief, liess sich freilich der rapide ausweitende, auch Amtspersonen einbeziehende Schleich- und Schwarzhandel in der Not und im Chaos der letzten Kriegsmomente nicht mehr eindämmen. Ein Heer von unbestechlichen Kontrollbeamten konnte nicht mehr auf die Beine gestellt werden. Wer nach Stehen in langen Schlangen in Geschäften nichts bekam und sich nicht mit der Bewirtschaftung abfinden wollte, suchte den Weg zu ihrer Alternative, zum Schwarzen Markt.

Dem Zusammenbruch der Wirtschaft ging die Auflösung des Reiches als Wirtschaftseinheit, die «Verinselung» von grösseren «autarkisierten» Versorgungsräumen, die sich selbst überlassen wurden, voraus. Die Zentralgewalt lockerte sich, war wegen der mehr und mehr abgebrochenen Kommunikation, des Reiseverkehrs und der Nachrichtenverbindungen sowie wegen des Zwangs zu rascher Improvisation nicht imstande, die Fäden weiterhin in der Hand zu halten. Analog zur Ernennung von regionalen «Rüstungsbevollmächtigten» im Speer-Bereich wurden von Dezember 1944 bis April 1945, wenn auch anfangs mit Vorbehalten, verschiedene «Sonderbeauftragte des Reichswirtschaftsministers» für die Versorgung der Bevölkerung einzelner Reichsteile ernannt. Für das Rhein-Ruhr-Gebiet (Münster, Düsseldorf, Köln) wurde am 13. Dezember 1944 Ministerialrat Gotthardt zum Sonderbeauftragten eingesetzt und «ermächtigt im Rahmen gewisser, ihm zur Verfügung gestellter Sonderkontingente selbständig Entscheidungen zu treffen und Zuteilungen vorzunehmen» sowie zur Behebung besonderer Notstände auf die Bestände der Landeswirtschaftsämter zurückzugreifen.¹⁷⁸ Anfang Februar 1945 wurde für zu ergreifende Notmassnahmen in den Gauen Moselland, Westmark, Hessen, Baden und Württemberg ebenfalls ein Sonderbeauftragter ernannt, die Disposition über Reichsstellenlager ihm jedoch nicht eingeräumt. Ende März 1945 übernahm Ministerialdirigent Koelfen vom Reichswirtschaftsministerium,

der bereits mit dem Einsatzstab des Ministeriums im Kurhaus in Bad Salzungen domizilierte, die Funktion eines Sonderbeauftragten des Reichswirtschaftsministers für den mitteldeutschen Raum (Hannover, Kassel, Magdeburg, Weimar) und der bayerische Ministerialdirektor Dr. Siebert für Süddeutschland (Fürth, München). Damals herrschte im Reichswirtschaftsministerium in Berlin, als die Versorgung schon unter das erträgliche Existenzminimum abgesunken war,¹⁷⁹ nach wie vor die Vorstellung, die noch vorhandenen und abzuschöpfenden Vorräte (Decken, Strohsäcke, Kochgelegenheiten) möglichst sozial gerecht in Einklang mit ausgegebenen Bezugsrechten zu verteilen. Goebbels notierte in sein Tagebuch: «Zugute kommt uns allerdings der an sich luxuriöse Wohnungsstandard, den wir vor dem Kriege gehalten haben.» Im Ernennungserlass für den Sonderbeauftragten des Reichswirtschaftsministers für die Alpen- und Donau-reichsgaue (Wien, Linz, Salzburg) vom 5. April 1945 wurde ausdrücklich betont, dass es geraten erscheine, «einzelne Aufgabengebiete, die bisher mit ihrem Schwergewicht in der Zentralinstanz gelegen haben, zu dezentralisieren.» Die wirtschaftliche Zentralgewalt hörte Anfang April 1945 auf zu bestehen.

Im Februar 1945 begann die Fluchtbewegung (Verlagerung) der 1942/43 in Kleinstädte der östlichen Mark Brandenburg (östlich Berlins) ausgewichenen Reichsstellen (Januar 1944: 22) in den weniger frontnahen mitteldeutschen Raum. Nur Himmler als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Weichsel konnte Verlegungsbefehle geben. Wer sich ohne sie gen Westen absetzte, dem hatte er den unverzüglichen Tod angedroht. Der Streit zwischen Himmler, Hayler und Ohlendorf wegen der SS-Eigenbetriebe, vom Reichsführer SS im Dezember damit beendet, dass er Hayler sein Vertrauen entzog,¹⁸⁰ schien offenbar vergessen. Hayler und Ohlendorf wollten eine weitere Ausdehnung des SS-Konzerns im In- und Ausland nicht mehr dulden. Den Reichsbeauftragten eröffnete Staatssekretär Hayler Mitte Februar, «dass der Reichsführer SS auf seinen Antrag hin die Verlegung der Ausweichbüros» der Reichsstellen genehmigt und Hayler persönlich verantwortlich gemacht habe, «dass durch die Verlegung kein politischer Ärger entsteht.» Zur Flucht der Arbeitsstäbe von etwa 20 Reichsstellen mussten alle möglichen Wege der Tarnung eingeschlagen werden.¹⁸¹ Die wichtige Reichsstelle Chemie, zuständig für die Versorgung der Wehrmacht, der Rüstungsindustrie und der Zivilbevölkerung mit chemischen Erzeugnissen, wurde von Spremberg/Niederlausitz nach Bernburg verlegt

(darunter Hauptabteilungsleiter Dr. Lauritz Lauritzen, 1966-1974 Bundesminister für Wohnungsbau und Städtebau und für Verkehr), die Reichsstelle Textilwirtschaft von Forst und Guben u.a. nach Mühlhausen, die Reichsstelle für Mineralöl aus der Gegend von Senftenberg nach Hildburghausen, die Reichsstelle Tabak und Kaffee mit den Arbeitsstäben der Produktionsausschüsse Zigarre, Zigarette und Rauchtabak von Lübben/Spreevald nach Nordhausen/Harz usw.

Es war die erklärte Absicht von Hayler, «dass der Versorgungsapparat von Erschütterungen freigehalten wird und der überbezirkliche Ausgleich gesichert bleibt». Unter Hinweis auf den Luftangriff auf Berlin vom 3. Februar 1945, der die verantwortlichen Berliner Versorgungsdienststellen mehrere Tage nahezu «lahmgelegt hatte», teilte Hayler dem Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, am 8. Februar mit, dass er mit Speer vereinbart habe, «die für die Produktionslenkung und -Verteilung verantwortlichen Abteilungen des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion und des Reichswirtschaftsministeriums nebst den nachgeordneten zentralen Stellen aus Berlin nach Mitteldeutschland zu verlagern». Hitler verlangte hierzu eine Stellungnahme des Reichsverteidigungskommissars von Berlin, also von Goebbels. Da «die Reichshauptstadt nicht als bedroht zu erachten» sei, hatte Hitler am 8. Februar angeordnet, dass nur Arbeitsstäbe verlegt werden durften, Berlin Sitz der Reichsregierung bleibe und es «Ehrenpflicht» der Ressortchefs sei, «von Berlin aus ihren Geschäftsbereich zu lenken». Reguläre Ministerialarbeit war aber nicht mehr möglich. Am 19. Februar schickte Funk einen Amtsboten in die Reichskanzlei und drängte Lammers, nachdem die zustimmende Stellungnahme von Goebbels vorlag, «nunmehr baldmöglichst die Zustimmung des Führers herbeizuführen. Als Aufnahmeort für den Arbeitsstab des Ministeriums habe ich Salzungen in Thüringen vorgesehen.»¹⁸² Ein neuer Führerbefehl erlaubte die «Auflockerung der Obersten Reichsbehörden», um sie ausserhalb Berlins «möglichst arbeitsfähig zu machen».

Ohne Abschied von Hitler zu nehmen, flüchtete Funk Ende Februar gen Thüringen. In der Abenddämmerung des 28. Februar verliess der «Einsatzstab Thüringen des Reichswirtschaftsministeriums» mit einem zweistöckigen Berliner BVG-Bus die Trümmerwüste Berlins.¹⁸³ In Bad Salzungen etablierte sich der «Arbeitsstab Versorgung» des Reichswirtschaftsministeriums unter Ministerialdirigent Koelfen, andere Abteilungen folgten. «Es gab noch nie so viel Arbeit wie gerade jetzt», schrieb der «Völkische Beobachter», das NS-Parteiorgan am 1. März 1945:

«Wir überwinden den Mangel durch unseren Leistungswillen». Im modernen Hotel «Elefant» in Weimar, wo Funk zunächst «abgestiegen» war, machte Ministerialdirigent Martini seinen Minister eindringlich auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Riesenbestände an Wertpapieren im Giro-sammeldepot der Reichsbank nach dem Westen zu verlagern. Die Reichsbank war dagegen. Müde entschied Funk: «Wenn zwei Stellen entgegengesetzte Ansichten vertreten, ist es das Beste, gar nichts zu machen.»¹⁸⁴ Sinnvoll gearbeitet wurde in den Ausweichquartieren kaum noch. Man dachte an die ungewisse Zukunft. «Alle Gespräche drehten sich darum, warum es so kommen musste» (Nau). «Als ich mit meinen Geldvorräten und dem Rest meiner Devisen unter die Erde nach Thüringen geflüchtet war», so Funk, erlebte er bei einem Besuch bei Sauckel ein erregtes Gespräch mit Himmler, in dem der thüringische Gauleiter dem Reichsführer SS in eindeutiger Weise vorwarf, dass er der Zerstörer der deutschen Verwaltungseinheit und der Disziplin im Reiche sei.¹⁸⁵ Goebbels sah mehr in Funk einen Sündenbock. Anfang April bereute er, dass er ihm erlaubt habe, mit seinem verbliebenen Machtbereich ins anscheinend sichere Thüringen auszuweichen. In seinem Tagebuch vermerkte Goebbels: «Eine traurige Nachricht kommt über UP aus Mühlhausen in Thüringen. Dort sind in den Salzbergwerken unsere gesamten Goldreserven in Höhe von Hundert Tonnen und dazu noch ungeheure Kunstschatze, u.a. die Nofretete in die Hand der Amerikaner gefallen. Ich habe immer dagegen plädiert, dass Gold und die Kunstschatze von Berlin weggebracht würden; aber Funk hat sich trotz meiner Einwendungen nicht eines Besseren belehren lassen. Wahrscheinlich ist er von seinen Mitarbeitern und Beratern beschwatzt worden, die sich am liebsten in eine scheinbar gesicherte Provinz, d.h. Thüringen absetzen wollten. Nun haben sie in einer sträflichen Pflichtvergessenheit die wertvollsten Besitztümer des deutschen Volkes in die Hand des Feindes fallenlassen.»¹⁸⁶ Nur gut, dass Funk sich in diesem Falle einmal durchgesetzt hatte! Oder wollte Goebbels die Schätze gar den Sowjets anbieten? Die Reichsbahn zeigte keinen Eifer mehr, um die Gold- und Kunstschatze nach Berlin zurückzutransportieren. Goebbels am 9. April: «Wenn ich der Führer wäre, dann wüsste ich, was jetzt zu tun ist. Aber ich nehme an, dass die Verantwortlichen in keiner Weise zur Rechenschaft gezogen werden. In Deutschland kann man ja machen, was man will.»

Vom Februar bis Juli 1945, also über das Kriegsende hinaus, dauerte der schrittweise Zerfall des Reichswirtschaftsministeriums, zunächst an den

verschiedenen Stationen der Fluchtwege seiner Mitarbeiter abzulesen. Ende März erreichte im Berliner Doppelstockbus ein Teil der Geld- und Kreditabteilung des Ministeriums Witzenhausen (Hessen). Vor Ostern, als sich die amerikanischen Truppen Thüringen näherten, begann für die dortigen Splitter des Ministeriums eine erneute abenteuerliche Flucht auf vielen Umwegen. Ein Führerbefehl besagte, dass sich die Arbeitsstäbe vom Feinde nicht einfach «überrollen» lassen durften. Einige zogen – zumeist im Schutze der Dunkelheit – gen Süden nach Bayern, darunter auch Funk. Einen Grund, um eine Unterredung bei Hitler nachzusuchen und dann Monate zu warten, bis Bormann ihn vorliess, sah er offenbar nicht mehr. Im März hatte Funk Speer noch gefragt: «Wir haben doch noch eine besondere Waffe, nicht wahr? Eine Waffe, die alles wendet?» Andere Angehörige des Ministeriums erhielten einen Marschbefehl zum «Meldekopf» Derenburg bei Halberstadt. Dort trennten sich wieder die Wege. Als Ziele neuer Marschbefehle durften nur das Reichswirtschaftsministerium in Berlin oder der Arbeitsstab des Ministeriums im Süden oder Norden (Hamburg) genannt werden. Viele versuchten, sich dennoch zu ihren Familienangehörigen durchzuschlagen. Eine Gruppe von etwa einem Dutzend Mitarbeitern unter dem Tabakreferenten Dr. Herbert Weyher gelangte im April von Halberstadt über Lauenburg bis in ein Dorf nördlich von Hamburg. Unter dem Datum des 22. April 1945 wurde die Stenotypistin Ursula Eckert in Schmalfeld bei Kaltenkirchen mit Dienstsiegel des Ministeriums im «Hinblick auf die derzeitigen Verhältnisse» vorläufig bis zum 31. Juli 1945 beurlaubt. Sollte sie «bis zum 31. Juli 1945 keine anderslautende Nachricht erhalten, gilt der Urlaub bis auf Weiteres verlängert». Urlaub vom Krieg nehmen? Am 27. Juli 1945 wurden ihr das letzte Mal ihre Monatsbezüge in Höhe von 140,- RM ausgezahlt.¹⁸⁷

Von Thüringen war der Leiter des Textilreferats Goetze nach Berlin ins Reichswirtschaftsministerium zurückgekehrt,¹⁸⁸ wo noch Hayler und Ohlendorf die «Stellung» hielten. Am 20. April fuhr Goetze per S-Bahn von Bahnhof Wannsee bis Bahnhof Alexanderplatz, letzter Aufenthalt im Ministerium in der Königsstrasse. Noch am gleichen Tage wurden ihm die Panzersperren in Richtung Hamburg geöffnet. Wenige Tage später organisierte er die Verteilung einiger grosser Textillager an den Hamburger Handel und berichtete Anfang Mai nach Eutin Ohlendorf über getroffene Versorgungsmassnahmen. Unter schweren Verlusten zog sich am 25. April die Panzerdivision «Müncheberg» vom Alexanderplatz zum Halleschen Tor zurück. An den Häuserwänden die Aufschrift: «Die Stunde vor Sonnenauf-

gang ist die dunkelste Stunde.»¹⁸⁹ Erst am 21. April morgens wurde durch Führer-Anweisung «Tusnelda» ausgelöst, das Code-Wort für den Befehl, dass alle Führungsstäbe der Ministerien Berlin zu verlassen haben. Von Berlin kommend, war Ohlendorf am 23. April im mecklenburgischen Schwerin von Staatssekretär Hayler, der sich nach Süddeutschland absetzte, mit der Leitung des Stabes Nord des Reichswirtschaftsministeriums beauftragt worden. Der Südstab suchte Zuflucht in Oberbayern. Am 4. Mai tauchten plötzlich Funk und Lammers, auf eigene Initiative nach Süddeutschland entwichen, im Haus des Automobilkonstruktors Porsche in Zell am See auf und liehen sich für ihre weitere Flucht ein Radiogerät für den Kurzwellenempfang. Ministerialrat Quecke überliess kurz vor Kriegsende seinen Dienstwagen einer Widerstandsgruppe, wurde vor den oberbayerischen Gauleiter zitiert und unmittelbar danach erschossen in einem Wald südlich von München entdeckt.¹⁹⁰

In Hitlers Politischem Testament vom 29. April wurde eigentlich Funk als Wirtschaftsminister benannt. Auf Wunsch von Grossadmiral Dönitz, designierter Nachfolger Hitlers, übernahm dann Speer zögernd und vorübergehend das Amt eines Ministers für Wirtschaft und Produktion in der Flensburger 23-Tage-Regierung von Dönitz. Als eigentlicher Leiter des Wirtschaftsressorts, mit 14 Mitarbeitern besetzt, fungierte der zum Zivilisten gewordene Otto Ohlendorf,¹⁹¹ nunmehr sich offenbar mit Speer einig in der Notwendigkeit einer Reform des Systems. Beide hofften, sich auch den Besatzungsmächten andienen zu können. «Denkschriften ins Leere» ersetzten die aktive Regierungspolitik vom 9. bis 23. Mai 1945. Noch einen Tag vor der Verhaftung der Dönitz-Regierung legte das Wirtschaftsressort unter Ohlendorf einen Katalog von «Sofortmassnahmen auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft» vor.¹⁹² Speer hatte am 15. Mai gebeten, ihn «von den Geschäften des Reichswirtschafts- und Produktionsministers zu entbinden, da er über keinerlei Kenntnisse auf dem Gebiet der Geldwirtschaft, des Kredits und der Währung verfüge».¹⁹³

Als mit dem Ende des Dritten Reiches Geschichte in Zukunft umschlug, zeigte sich, dass die politische Zäsur des Jahres 1945 nicht einer wirtschaftlichen Diskontinuität gleichkam. Im Grunde brach auch nicht die Geschichte des Reichswirtschaftsministeriums sogleich mit Kriegsende, mit Verschwinden der Institution ab und war nicht mit dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft besiegelt. Kontinuität lebte unter veränderten Raum-Zeit-Bedingungen in der Rechtsordnung und in individualisierter

Realität, im Denken und Handeln von einflussreichen Menschen fort, die durch die Schule des Reichswirtschaftsministeriums gegangen waren und von seinen positiven Traditionen geprägt wurden. Das Erbe des Ministeriums lässt sich nicht einfach als *quantité négligeable* abtun. Kontinuität erhielt sich seit Kriegsende in alter und neuer Gestalt. Noch im Juli 1945 sammelte das volkswirtschaftliche Referat des Reichswirtschaftsministeriums verstreute Materialien über Konzernverflechtungen der Industrie und meinte, dass der «Neuaufbau» der deutschen Industrie «analog» zu den Aufgaben erfolgen werde, die das Reichswirtschaftsministerium dem Referat vor der Kapitulation gestellt hatte.¹⁹⁴ Umfangreiche Berichte und Denkschriften verfassten Beamte des Reichswirtschaftsministeriums nach Kriegsende in den Internierungslagern der Westalliierten, im Ministerial Collecting Center in Fürstentagen, in Hessisch-Lichtenau und anderswo¹⁹⁵, lieferten wenig später dann Unterlagen für den Marshall-Plan, zum Aufbau der Wirtschaft in der Bizone und leisteten Vordenkerarbeit. Auch überdauerte ein Grossteil der vom Reichswirtschaftsministerium verantwortlich geschaffenen Wirtschaftsgesetzgebung (ebenso wie zunächst die zahllosen Bewirtschaftungsbestimmungen) das Kriegsende und wurde von den Besatzungsmächten nicht weggefegt. Die Ration blieb vorerst wesentlicher Inhalt des Lebens der Konsumenten. Missbrauch der Staatsgewalt liess Mangel andauern. Später, in der konsolidierten Bundesrepublik Deutschland, schrieb man den 1945 erreichten Regelstand teilweise zur Rechtskontinuität fort,¹⁹⁶ um ihn in den 60er Jahren in Anpassung an veränderte Gegebenheiten zu novellieren. Wichtiger war, dass plötzlich die unwirtschaftliche Konsumbeschränkung neuem Wohlstand wich und sich nun häufig Persönlichkeiten an den Schalthebeln der Konjunktur¹⁹⁷ fanden, die vor 1945 zugleich Gegenspieler nationalsozialistischer Führungsgruppen und Vollstrecker ihrer Entscheidungen waren.

Die Kontinuität namentlich der mit dem Reichswirtschaftsministerium verbundenen Personen der Zeitgeschichte, die Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik wesentlich mitgestalteten, ist eindrucksvoll und unübersehbar, wenn man den Blick dafür hat. Leute, die nur ihr Fähnlein nach dem Wind hängten? Dr. Otto Schniewind (1887-1970), einer der grossen Männer der deutschen Finanzgeschichte der ersten Jahrhunderthälfte, stand auf der Geheimen Kabinettsliste Goerdelers als Reichswirtschaftsminister¹⁹⁸, wurde nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und überlebte das Kriegsende. Beteiligt am Widerstand gegen Hitler waren Reichsbankpräsident Schacht und Ministerialdirigent Friedrich Sperl. Sie wurden nach dem 20.

Juli festgenommen und wie Schniewind zeitweilig im Konzentrationslager Ravensbrück in Haft gehalten. Auch ihr Überleben glich einem Wunder. Schniewind übernahm als Chef die deutsche Marshall-Plan-Behörde und war Mitbegründer der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Jahre 1948. Zehn Jahre hatte er den Präsidentenstuhl im Verwaltungsrat besetzt. Der Stellvertreter des Deutschen Beraters für den Marshall-Plan und ab 1950 Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt a. Main war Dr. Herbert Martini, zuletzt Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium. Vorstandsmitglied Dr. Otto Rieck war sein «alter und neuer» Kollege. Ministerialdirektor Wohlthat, aus Ostasien zurückgekehrt, gehörte im Dezember 1951 zu den Gründern der Farbenfabriken Bayer AG. Bankkommissar Dr. Friedrich Ernst (1889-1960), ein Vertreter der guten preussischen Beamtentradition, hatte 1948 wesentlichen Anteil an der Einführung der Westmark-Währung in Berlin und leitete als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Berliner Zentralbank die Geschicke der Finanzen in Berlin.¹⁹⁹ Dr. Karl Bernard und Karl Blessing, die das Reichswirtschaftsministerium noch in guten Zeiten miterlebt hatten, standen an der Spitze der Bank Deutscher Länder bzw. der Bundesbank.

Im gleichen Zuge wie die Namen Schniewind und Ernst ist Eduard Schalfjew zu nennen, gewissermassen der Doyen unter den 9 Bonner Staatssekretären mit einer im Reichswirtschaftsministerium verwurzelten Vergangenheit. Schalfjew war von 1949 bis 1951 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Ihre Ministeriallaufbahn im Reichswirtschaftsministerium begannen ebenfalls Dr. jur. Walter Strauss, 1949 bis 1963 Staatssekretär im Bundesministerium für Justiz, Dr. Günther Bergemann, 1952 bis 1957 Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Rolf Lahr, 1961 bis 1969 Staatssekretär im Auswärtigen Amt sowie seine Nachfolger im Amt des 2. Staatssekretärs, Dr. Günther Harkort 1969-1970 und Hans-Georg Sachs 1972-1975, ferner Dr. Fritz Neef, persönlicher Referent Adenauers und 1963 bis 1968 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dj-Josef Rust, 1955 bis 1959 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und der von Gauleiter Schwede-Coburg verfolgte Dr. Johannes Schornstein, 1965-1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau. Lange Zeit mit dem Reichswirtschaftsministerium verbunden waren: Dr. Carl-Gisbert Schultze-Schlutius, Wirtschafts- und Finanzsenator der Freien und Hanse-

stadt Hamburg, und die saarländischen Minister Julius von Lutz und Dr. Norbert Brinkmann.

Sucht man bei den folgenden 17 Ministerialdirektoren nach gemeinsamen Kriterien, so stösst man ebenfalls in ihrer Laufbahn auf die Reichswirtschaftsverwaltung: Dr. Elmar Michel (Bundeswirtschaftsministerium), Dr. Hermann Reinhardt (Bundeswirtschaftsministerium), Dr. Rudolf Baetzgen (Bundeswirtschaftsministerium), Alexander Freiherr von Süßkind-Schwendi (Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes bzw. Bundesschatzministerium), Dr. Wilhelm Ter-Nedden (Bundesverkehrsministerium), Dr. Herbert Neupert (Bundesverkehrsministerium), Dr. Hans-Ludwig Hoffmann-Bagienski (Bundeswirtschaftsministerium), Dr. Wilhelm Rentrop (Bundesverteidigungsministerium), Dr. Dr. Joachim von Spindler (Bundesfinanzministerium), Dr. Karl Schubert (Bundesverkehrsministerium), Dr. Hans Rannow (Bundesfinanzministerium), Karl-Ulrich Hagelberg (Bundesinnenministerium), Norbert Kaps (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung), Dr. Gerhard Woratz (Bundeswirtschaftsministerium), Heinz Wichmann (Bundesverteidigungsministerium), Dr. Adolf Kleine (Land Hessen) und Dr. Karl Bernhard Zee-Heräus (Land Hessen). Auch für Dr. Eberhard Barth, Senatspräsident am Bundesverwaltungsgericht in München, für Heinrich Kalkstein, Präsident des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen sowie für die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland: Hans Carl Graf von Hardenberg, Hans-Joachim Mangold, Dr. Carl Müller-Graaf, Dr. Hubert Müller-Roschach, Dr. Franz Joseph Neumann, Dr. Gustav von Schmöller und Dr. Karl Wilde bedeutete die Reichswirtschaftsverwaltung eine nicht unwichtige Station in ihrer Lebenskarriere. Gleiches galt für zahlreiche Persönlichkeiten, die in der freien Wirtschaft an verantwortlicher Stelle zu Rang und Ansehen gelangten. Stellvertretend für sie seien genannt: Hans Birnbaum (Vorstandsmitglied der Salzgitter AG), Dr. Hans Röver (Vorstandsmitglied der Preussag), Dr. h.c. Friedrich Sperl (Gesellschafter und Leiter der Geschäftsführung der Firma Telefonbau und Normalzeit Lehner u. Co.), Dr. Gerhard Schröder (Vorstandsvorsitzender von Klöckner), Dr. Helmut Fabricius (Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Freudenberg u. Co), Dr. Gottfried Matthes (Generaldirektor der Versicherungsgruppe Hannover), Dr. Kurt Wolf (Präsident der Bayerischen Gemeindebank), Dr. Kurt Tornier (Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank), Dietrich Wilhelm von Menges (Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte und vorher

Ferrostahl AG), Prof. Dr. Joachim Zahn (Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG), Dr. Hans Feith (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG.), Dr. Wilhelm Hartmann (Vorstandsvorsitzender der Iduna-Vereinigte Lebensversicherung), Theo Keyser (Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Bergbau und geschäftsführendes Vorstandsmitglied Unternehmensverband Ruhrbergbau), Dr. Wolfgang Hipp (Stellvert. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages), Bergrat Werner Dubusc (Vorstand der Klöckner-Bergbau Victor-Ickern), Dr. Wolfgang Goedecke (Vorstandsmitglied der Rheinischen Hypothekenbank Mannheim), Dr. Karl Gier (Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfäl. Boden-Credit-Bank), Dr. Heinrich Stoffregen (Vorstand der Pintsch Bamag AG.), Waldemar Ludwig (Teilhaber der Aussenhandelsbank Schacht u. Co. Düsseldorf).

Diese noch unvollständige Liste der Namen von Repräsentanten der aus dem Reichswirtschaftsministerium hervorgegangenen, von bürgerlichen Idealen geprägten Führungselite, die inner- und ausserhalb der Ministerialbürokratie, in den Vorstandsetagen von Banken, Versicherungsgesellschaften und grossen Industrieunternehmen oder in den Geschäftsführungen von Verbänden, Kammern und sonstigen Interessenvertretungen führende Positionen innehatte und Weichen im Nachkriegsdeutschland stellte, liess sich seitenlang fortsetzen. Ausgesprochene Parteikarrieristen der NS-Zeit fanden sich nicht darunter. In der Wirtschaftsverwaltung kam der kurzlebige NS-Staat bei der Neubildung eines nationalsozialistischen Beamtenkorps über Ansätze nie hinaus.²⁰⁰ Gemeinsam aber war den Beamten des Ministeriums die Sachkenntnis im Umgang mit wirtschaftlichen Sachzwängen und die Fähigkeit, gegebenenfalls sachfremde Eingriffe abzuwehren. Dabei beherrschte der Staat als Hort des konventionellen Rechts und die Betonung der Rechtsstaatlichkeit ihr Denken. Nicht die Machtstaatstradition²⁰¹ setzte sich über diese Elite 1945 fort, nicht der Ständestaat, sondern vom Nationalsozialismus diffamierte bürgerlich-liberale Traditionsstränge. Für kein anderes Reichsministerium lässt sich zudem eine vergleichbare Kontinuität von Führungseliten wie für das Reichswirtschaftsministerium nachweisen, als sollte damit die in ihrer ökonomischen Eigengesetzlichkeit begründete Sonderstellung der Wirtschaft unterstrichen werden. Doch kein «Machtkartell» stellte diese Kontinuität her, die allerdings nicht ungebrochene Identität bedeutete.

VI. Quellennachweise und Anmerkungen

Das vorliegende Buch basiert grossenteils auf unveröffentlichtem Quellenmaterial. Herangezogen wurden Akten aus folgenden Archiven: Bundesarchiv, Koblenz (= BA. Koblenz); Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg; Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn; Zentrales Staatsarchiv der DDR, Potsdam; Geheimes Staatsarchiv, Preussischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem; Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München; Staatsarchiv Bremen; Berlin Document Center; Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart-Hohenheim; Stadtarchiv Frankfurt am Main. Gute Vorarbeit bei der Archivdurchsicht leistete in Bonn und Koblenz der Hubatsch-Schüler Helmut Schulze, Bonn.

Trotz der an sich nicht ungünstigen Quellenlage wäre das vorliegende Buch sicher nicht zustande gekommen, wenn es nicht gelungen wäre, eine grosse Befragungsaktion mit schematisiertem Fragebogen bei weit über hundert Mitarbeitern des ehemaligen Reichswirtschaftsministeriums und seiner nachgeordneten Dienststellen erfolgreich durchzuführen. Namentlich im Zusammenhang mit dieser Aktion wurden dem Verfasser eine Fülle von schriftlichen Aufzeichnungen aller Art, Handakten aus der NS-Zeit, Erinnerungsschriften, Tagebücher, Expertisen und persönliche Korrespondenzen zur Verfügung gestellt, ergaben sich sachdienliche Gespräche und Mitteilungen, wurde unentbehrliche Hilfe bei der Quelleninterpretation geboten und der personale Hintergrund erhellt. Dieser freundlichen Hilfsbereitschaft führender Persönlichkeiten der einstigen Reichswirtschaftsverwaltung – bei zeitgeschichtlichen Untersuchungen eine seltene Ausnahme – ist wesentlich das Entstehen dieses Buches zuzuschreiben. Ihnen allen – viele sind in den Anmerkungen namentlich genannt – sei hiermit herzlich gedankt. Unermüdliche Hilfe und Förderung widmeten der Arbeit von Anfang bis zum Abschluss – lange nächtliche Telefonate inbegriffen – Ministerialrat a. D. Dr. Wolfgang Schneider und Ministerialdirigent a. D. Dr. Heinrich Hassmann, denen daher meine besondere Danksagung gebührt.

Willi A. Boelcke

I. Der Umbruch (Seite 1-76)

- 1 Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Reichswirtschaftsministerium Nr. 11379-11454, 11355-11358, 11684-11690, Rechnungshof Nr. 1860; Adelheid von Saldern: Hermann Dietrich, ein Staatsmann der Weimarer Republik. Boppard 1966. S. 179 f.
- 2 Zitiert nach Eckhard Wandel: Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen 1886-1967. Stuttgart 1974. S. 226.
- 3 Wilhelm Grotkopp: Die grosse Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32. Düsseldorf 1954. S. 51-52.
- 4 BA. Koblenz. R 43 I Nr. 1275.
- 5 Karl Erich Born: Die deutsche Bankenkrise 1931. München 1967. S. 178f.
- 6 Willi A. Boelcke: Zur internationalen Goldpolitik des NS-Staates. Ein Beitrag zur deutschen Währungs- und Aussenwirtschaftspolitik 1933-1945. In: Manfred Funke (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Düsseldorf 1976. S. 294-295.
- 7 Vgl. Andreas Predöhl: Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Reinbeck 1970. S. 20-26.
- 8 Grotkopp: Die grosse Krise, S. 29-31; Gerhard Stavenhagen: Geschichte der Wirtschaftstheorie. Göttingen ⁴1969. S. 558-584.
- 9 Friedrich A. von Hayek: Geldtheorie und Konjunkturtheorie. Wien, Leipzig 1929; ders.: Preise und Produktion. Wien 1931.
- 10 L. J. Zimmerman: Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftstheorie. Köln 1954. S. 212-213; G. Bombach u.a. (Hg.): Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Berlin, Heidelberg, New York 1976. S. 48-51.
- 11 Wilhelm Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion. Tübingen 1952. Hrsg. von Wolfgang Stützel. S. 129 (1931).
- 12 Lautenbach war der Meinung, dass in vorangegangenen Krisen regelmässig der Bausektor die Wirtschaft wieder in Bewegung gebracht hatte.
- 13 WieAnm. 11, S. 132-133.
- 14 Bombach u.a.: Keynesianismus I, S. 66-67.
- 15 Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion, S. 133.
- 16 WieAnm. 14, S. 74.
- 17 Albert Hahn: Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits. ³1930.
- 18 Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion. S. 144-145 u. 166.
- 19 Bombach u.a.: Keynesianismus I, S. 75 f.
- 20 John Maynard Keynes: The General Theory of Employment, Interest and Money. London 1936, erschien im gleichen Jahr in deutscher Übersetzung.
- 21 Wilhelm Röpke: Vorwort zu Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion, S. IX.
- 22 Ebda., S. 166
- 23 Ludwig Erhard: Wirtschaftsbelebung von der Verbraucherseite. In: Der deutsche Ökonomist. 50. Jg. (1932), Nr. 40, S. 1323-1325. Erhard war der Nürnberger Gruppe der Reformen zuzurechnen.
- 24 In: Deutsche Geldpolitik, 1941, S. 276f.
- 25 Grotkopp: Die grosse Krise, S. 53-57.
- 26 Vgl. Willi A. Boelcke: Liberalismus. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. 13. Lief. S. 45-46.
- 27 Friedrich v. Wieser: Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft. GdS. I. Tübingen 1914. S. 281 f.
- 28 Moritz J. Bonn: Der Neue Plan als Grundlage der Wirtschaftspolitik. München, Leipzig 1930. S. 231.
- 29 Ders.: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens. München 1953. S. 318-321; John Maynard Keynes: Politik und Wirtschaft. Tübingen, Zürich 1956. S. 235-236.
- 30 Fritz Blauch: «Kapitalistische Planwirtschaft». In: Schmöllers Jb. 1970. S. 43-64; Friedrich Meyer zu Schwabedissen: Arbeitslosigkeit und Wirtschaftspolitik. München 1931; Paul Schröder: Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch den Plankapitalismus. Jena 1932; Roderich v. Ungern-Sternberg: Die Planung als Ordnungsprinzip der deutschen Industriewirtschaft. Stuttgart 1932.
- 31 Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion, S. 155.
- 32 Henning Köhler: Arbeitsdienst in Deutschland. Berlin 1967; Karl Schiller: Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland. Berlin 1936. S. 58.

- 33 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium der Wirtschaft, Nr. 265.
- 34 In der Kommission waren vertreten das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium, die Reichsbeschaffungsressorts, die Reichsbahn, der Reichssparkommissar, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die grösseren Länder und die kommunalen Spitzenorganisationen.
- 35 BA. Koblenz, R 43 1 / 925.
- 35a v. Saldern: Dietrich, S. 170-178.
- 36 Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion. S. X (Einführung von Röpke) u. S. 129-136; Heinrich Brüning: Memoiren 1918-1934. Stuttgart 1970. S. 503-504; Bombach u.a.: Keynesianismus I, S. 82-83.
- 37 Brüning: Memoiren, S. 572.
- 38 BA. Koblenz. R 43 1/2045. – In der Ressortbesprechung waren anwesend: fünf Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, je vier des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsverkehrsministeriums, zwei des Reichsfinanzministeriums, und je ein Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichspostministeriums, der Reichsbank und des Reichskommissars für das Bankgewerbe.
- 39 Bericht des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Drucksache 380. 1920/32; Bombach u.a.: Keynesianismus I, S. 100-101; u. II, S. 177-192.
- 40 BA Koblenz, R 43 1/2045.
- 41 Hans Luther: Vor dem Abgrund, 1930-1933. Berlin 1964. S. 255 f.
- 42 BA Koblenz, R 43 1/2045.
- 43 Zitiert nach Helmut J. Schorr: Adam Stegerwald. Recklinghausen 1966. S. 241.
- 44 BA Koblenz, R 43 1/2045.
- 45 Henning Köhler. Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen. In: Vjh. f. Zeitgeschichte. 1969. S. 286; Jürgen Stelzner: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung 1933-1936, Tübingen Diss. 1976. S. 44-45.
- 46 In seinen Memoiren behauptet Brüning (S. 572), dass es für 1932 um Arbeitsbeschaffungswechsel in Höhe von 800 Mio. RM ging, die sich aber aktenmässig nicht verifizieren liessen.
- 47 BA. Koblenz, R 43 1/2045.
- 48 BA. – Militärarchiv RH 8/v. 1004.
- 49 BA. Koblenz, R 43 1/2045.
- 50 Luther: Vor dem Abgrund, S. 261-262; Hermann Pünder: Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932. Stuttgart 1961. S. 142.
- 51 Stelzner: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung, S. 46-47.
- 52 Walther Hubatsch: Entstehung und Entwicklung des Reichswirtschaftsministeriums 1880-1933. Berlin 1978. S. 44 (Aufsatz von Rüstow: Der «Papen-Plan» 1932); Niederschrift des Gesprächs von H. Schulze mit Rüstow am 20. Nov. 1971. Archiv B.
- 53 Grotkopp: Die grosse Krise, S. 82; Luther: Vor dem Abgrund, S. 291.
- 54 Hans Hanemann: Wesen und Bedeutung des Steuergutscheines. Berlin 1941; Luther: Vor dem Abgrund, S. 292; Grotkopp: Die grosse Krise, S. 112-115.
- 55 Dieter Petzina: Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik. In: VjfZ. (1967). S. 24; Heinrich Bennecke: Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus 1918-1938. München, Wien 1970. S. 222-229.
- 56 Luther: Vor dem Abgrund, S. 299.
- 57 BA. Koblenz, R 43 1/1275.
- 58 Bombach u.a.: Keynesianismus I, S. 107-108 u. Keynesianismus II (1976), S. 228-246; Stelzner: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung, S. 49-52.
- 59 Vgl. Günther Gereke: Ich war königlich-preussischer Landrat. Berlin-Ost 1970. S. 171-174 u. 189-229.
- 60 Grotkopp: Die grosse Krise, S. 80-81.
- 61 Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion. S. 145; Bracher: Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 664; Faye: Totalitäre Sprachen, 2, S. 812; Grotkopp: Die grosse Krise, S. 38, Anm. 4 u. S. 154-155; Bombach u.a.: Keynesianismus I, S. 83-84.
- 62 Träger der öffentlichen Investitionen waren die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG, die Deutsche Bau- und Bodenbank AG, die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, die Reichs-Kredit-Gesellschaft AG und die Deutsche Siedlungsbank.

	Gemeldete Arbeitslose	Beschäftigte nach Krankenkassenstatistik
31. Dez. 1932	5'772'984	11'983'402
31. März 1933	5'598'855	12'192'696
30. Juni 1933	4'856'942	13'306'896
64	Gottfried Feder: Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken (1933).	
65	Eberhard Jäckel: Hitlers Weltanschauung. Stuttgart 1981. S. 81-86; H. A. Turner Jr.: Hitlers Einstellung zur Wirtschaft und Gesellschaft vor 1933. In: GG. (1976). S. 89-117.	
66	Bombach u.a.: Keynesianismus II, S. 250-251.	
67	Hitlers zweites Buch. Stuttgart 1961. S. 163. – Analog hierzu im Agrarpolitischen Programm der NSDAP von 1930 zum Ausdruck gebracht, dass es Aufgabe der Aussenpolitik sei, dem deutschen Volk den nötigen Lebensraum zu schaffen.	
68	Avraham Barkai: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Köln 1977, S. 31-37.	
69	Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1936. S. 247.	
70	Avraham Barkai: Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, S. 37-41; Bombach u.a.: Keynesianismus I, S. 101-104 u. II, S. 247-269.	
71	Schneider: Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB (1975).	
72	H. A. Turner, Jr.: Hitler aus nächster Nähe. Frankfurt, Berlin, Wien 1978. S. 327 f.	
73	Ebda., S. 327-336.	
74	Ebda., S. 324.	
75	Vgl. Barkai: Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, S. 43-44; Reinhard Neebe: Grossindustrie, Staat und NSDAP, 1930-1933. Göttingen 1981. S. 162-163.	
76	Ursachen und Folgen, Bd. VIII, S. 620 f..	
77	Neebe: Grossindustrie, Staat und NSDAP, S. 133-134.	
78	Hugh R. Knickerbocker: Kommt Europa wieder hoch? Berlin 1932. S. 205.	
79	Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP, abgedr. bei Gottfried Feder: Kampf gegen die Hochfinanz, München ⁶ 1933. S. 371-382.	
80	Turner: Hitler aus nächster Nähe, S. 336.	
81	Hermann Rauschnig: Gespräche mit Hitler. Zürich, Wien, New York 1940. S. 27.	
82	Gespräch H. Schulze mit Senatspräsident Dr. Eberhard Barth am 29. 5. 1969. Archiv B.	
83	Wandel: Schäffer, S. 57-58.	
84	Hubatsch: Entstehung und Entwicklung des Reichswirtschaftsministeriums. S. 18-19 u. 22.	
85	Gespräch H. Schulze mit Ministerialrat Helmut Westphal am 12. 3. 1971. Archiv B.	
86	Wandel: Schäffer, S. 58.	
87	WieAnm. 82.	
88	Wandel: Schäffer, S. 58; Luther: Vor dem Abgrund, S. 53; Hubatsch: Entstehung und Entwicklung des Reichswirtschaftsministeriums, S. 38; Schäffer: Erinnerungen an Ernst Trendelenburg, S. 865 f. Aus persönlichen Gründen beging Trendelenburg mit Frau und Tochter nach dem Einmarsch der Roten Armee am 27. 4. 1945 Selbstmord.	
89	Hans Quecke: Das Reichswirtschaftsministerium. Berlin 1941.	
90	Julius Curtius: Sechs Jahre Minister der deutschen Republik. Heidelberg 1948. S. 36.	
91	Heidegret Klötter: Der Anteil der Länder an der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik 1919-1933. BonnDiss. 1967. S. 84.	
92	Born: Bankenkrise, S. 161-163.	
93	Schreiben von Dr. Herbert Martini an Dr. Wolfgang Schneider vom 15. 10. 1975. Archiv B.	
94	Schreiben von Friedrich Sperl an Dr. Wolfgang Schneider vom 13.11.1975. Archiv B.	
95	Schreiben von Friedrich Sperl an Boelcke vom 14. 2. 1979. Archiv B.	
96	Wandel: Schäffer, S. 72-73.	
97	Der Handel zwischen Gewerberecht und staatlicher Wirtschaftspolitik. Aufzeichnung von Dr. Walter Britsch vom 21. Nov. 1975. Archiv B.	

- 98 Born: Bankenkrise, S. 120–123.
- 99 Vorwort zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums für das Rechnungsjahr 1932.
- 100 Erinnerungen von Theo Keyser. Familienbesitz Keyser.
- 101 BA. Koblenz. R 43 I/1504.
- 102 Pünder: Politik in der Reichskanzlei, S. 149.
- 103 BA. Koblenz, R 43 I/1275.
- 104 Die nationalsozialistische Gegenposition bei H. v. Obwurzler: Selbstversorgung (Autarkie) im Dritten Reich, Berlin 1933. S. 49–50.
- 105 Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP, S. 151. Zur Fehleinschätzung Hugenbergs Bernd Jürgen Wendt: Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933–1939. Düsseldorf 1971. S. 77 f.
- 106 zitiert nach Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP, S. 152.
- 107 Vgl. Heidrun Holzbach: Das »System Hugenberg«. Stuttgart 1981.
- 108 Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. München 1943. S. 243–244.
- 109 Ebd., S. 249.
- 110 BA. Koblenz, Nachlaß Hugenberg Nr. 85.
- 111 BA. Koblenz, Nachlaß Hugenberg Nr. 38, Bd. 1.
- 112 Schreiben von Dr. Herbert Martini an Dr. Wolfgang Schneider vom 27. 1. 1979. Archiv B.
- 113 Wie Anm. 82.
- 114 Erinnerungen von Theo Keyser.
- 115 Dr. jur. Karl Schwartzkopf (1884–1954) war aus der preußischen Verwaltungslaufbahn hervorgegangen und 1924–1932, 1933–1939 und 1946–1950 Generaldirektor der Landeskreditkasse in Kassel.
Dr. jur. Paul Bang (1879–1945), geborener Sachse, war von 1920–1933 in Berlin als deutschnationaler Politiker und Schriftsteller tätig.
- 116 BA. Koblenz, Nachlaß Hugenberg Nr. 85.
- 117 Goldmann wurde, weil Halbjude, zwangspensioniert und nach dem Krieg in Bonn Ministerialdirigent.
- 118 Petzina: Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik, S. 51–55.
- 119 Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP, S. 176–177.
- 120 Gereke: Ich war königlich-preußischer Landrat, S. 156–159.
- 121 Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Bonn 1951. S. 431.
- 122 Gereke: Ich war königlich-preußischer Landrat, S. 234–235.
- 123 BA. Koblenz, R 43 II/536.
- 124 Luther: Vor dem Abgrund, S. 300; Heinz Pentzlin: Hjalmar Schacht. Berlin, Frankfurt/M., Wien 1980. S. 186–187.
- 125 Hjalmar Schacht: 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953. S. 382–383.
- 126 Hjalmar Schacht: Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik. Oldenburg 1932.
- 127 Stelzner: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung, S. 63–69. Aufgrund eines einstimmigen Kabinettsbeschlusses wurde Arbeitskommissar Gereke von SS-Leuten wegen des Verdachts der Veruntreuung von Wahlgeldern u. a. verhaftet. Vgl. Gereke: Ich war königlich-preußischer Landrat, S. 239–256.
- 128 BA. – Militärarchiv Freiburg, RH 8/v. 1004.
- 129 Die Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums auf dem Gebiet der Energiewirtschaft. Aufzeichnung von Dr. Eugen Melchinger vom 27. 4. 1971; Schreiben von MD. Ter-Nedden vom 31. 12. 1981. Archiv B.
- 130 Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, S. 261.
- 131 Paul Nassen: Kapital und Arbeit im Dritten Reich. Hitlers Mai-Programm und seine Durchführung. Berlin 1933.
- 132 Erinnerungen von Theo Keyser.
- 133 Stelzner: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung, S. 71–73.
- 134 BA. Koblenz, R 43 II/536.
- 135 Picker: Hitlers Tischgespräche, S. 278.
- 136 BA. Koblenz, Nachlaß Hugenberg Nr. 144.
- 137 GStA Berlin-Dahlem, Rep. 90 A/41.

- 138 BA. Koblenz, Nachlass Hugenberg Nr. 144 Bd. 4.
 139 Ebda., Nr. 38, Bd. 3.
 140 Verkündet am 5. April 1933. RGBl. 1,1933, S. 165.
 141 PA Bonn. W 2287 (Entwurf zu einem Kabinettsbeschluss).
 142 Aufzeichnung von Dr. Martini vom 25. 2. 1979. Archiv B.
 143 Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, S. 288-292; John Toland: Adolf Hitler. Stuttgart etc. 1977. S. 418-419; Harald Winkel: Boykott und Gegenboykott. In: Hauser-Festschrift. 1980. S. 188f.; Heinrich Uhlig: Die Warenhäuser im Dritten Reich. Köln 1956. S. 77-80.
 144 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, Wirtschaftsminist. Nr. 6730.
 145 Ebda. Nr. 265.
 146 RGBl. I S. 175 – mit zahlreichen Änderungen.
 Nach 1933 erlassene Vorschriften über die Weiterbeschäftigung «nichtarischer» Angestellter wollten jedoch aggressive Erneuerer des Propagandaministeriums bereits Mitte 1933 im Bereich des Wirtschaftsministeriums nicht mehr gelten lassen. Pohlmann: Aussenwirtschaftlicher Nachrichten- und Auskunftsdiens, S. 63.
 147 GStA Berlin-Dahlem, Rep. 90A.
 148 Bundesarchiv R 43 I/1460.
 149 RGBl. 1,1933, S. 262 f.
 150 Der Handel zwischen Gewerberecht und staatlicher Wirtschaftspolitik. Aufzeichnung von Dr. Walter Britsch vom 21. 11. 1975. Archiv B.
 151 Pentzlin: Schacht, S. 177; Gottfried Reinhold Treviranus: Das Ende von Weimar. Düsseldorf 1969. S. 396; Anton Ritthaler: Eine Etappe auf Hitlers Weg zur ungeteilten Macht, Hugengebgs Rücktritt als Reichsminister. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 8 Jg., 1960, S. 193-219; Wendt: Economic Appeasement, S. 149-151.
 152 So beispielsweise «Allgemeine Zeitung» (Nordhausen) vom 26. Mai 1933; «Hamburger Anzeiger» vom 19. Mai 1933 u.a.
 153 Gustav Ortruba: Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus im Spiegel der österreichischen Gesandtschaftsberichte 1933/34. In: Friedrich-Wilhelm Henning (Hg.): Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Berlin 1976, S. 70.
 154 Turner: Hitler aus nächster Nähe, S. III u. 482-483.
 155 Ebda., S. 372-373.
 156 Ortruba: Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus, S. 70-71.
 157 Erinnerungen von Dr. Eberhard Barth; Pohlmann: Aussenwirtschaftlicher Nachrichten- und Auskunftsdiens, S. 67; RGBl. 1,1933, S. 449.
 158 Friedrich Facius: Wirtschaft und Staat. Boppard 1959, S. 144.
 159 BA. Koblenz R 4311/2366.
 160 Ortruba: Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus, S. 68-69.
 161 Domarus: Hitler, Bd. 1, S. 286-287.
 162 Facius: Wirtschaft und Staat, S. 127 Anmerkung, 131-132 u. 144 Anm. – Besonderer Kommissäre konnte der Nationalsozialismus in der Wirtschaft nicht nur wegen gegebenen Notstandssituationen nie entbehren. Vgl. Hans Mommsen: Ausnahmezustand als Herrschaftstechnik des NS-Regime. In: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 30-44.
 163 Vgl. Margret Boveri: Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler. Olten u. Freiburg i. Br. 1965.
 164 BA. Koblenz R 431/1464; zum Warenhausproblem unten S. 119.
 165 Röpke, in: Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion, S. X.
 166 Stelzner: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung, S. 157-167.
 167 Stützungs- und Sanierungsaktionen liefen u.a. für die Firmen Röchling, Schichau (Danzig), Stumm (Saarbrücken), für die Waffenindustrie in Suhl-Zella-Mehlis, für Rheinmetall-Borsig, für die Junkerswerke u.a.m.
 168 RGBl. I S. 488; Roman Baudisch: Errichtungsverbote nach dem Zwangskartellgesetz. Berlin 1938; Otto Hartmann: Die industriellen Investitionsverbote und -gebote im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, Schramberg 1942.
 169 Schreiben von Robert Eppler an W. A. Boelcke vom 30.11.1979. Archiv B.

- 170 Gottfried Feder: Wirtschaftsführung im Dritten Reich. Oldenburg i. O. u. Berlin 1934. S. 27.
- 171 Kurt Schmitt: Die Wirtschaft im Neuen Reich. München 1934. S. 6.
- 172 Arbeitslose 30. Juni 1933: 4'856'942; 31. Dez. 1933: 4'056'055. – Beschäftigte nach Krankenkassenstatistik jeweils 13'306'896 und 13'287'238.
- 173 Otruba: Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus, S. 81.
- 174 GStA. Berlin-Dahlem, Rep. 77 Nr. 36.
- 175 Bayer. Hauptstaatsarchiv München; Wirtschaftsministerium Nr. 3004.
- 176 Zur Investitionsentwicklung in Vorbereitung Willi A. Boelcke: Finanz- und Währungspolitik in Deutschland 1933-1948.
- 177 Hansjoachim Henning: Kraftfahrzeugindustrie und Autobahnbau in der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus 1933 bis 1936. In: Vjsh. f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 65 Bd. (1978). S. 217-242; Stelzner: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung, S. 124-133.
- 178 Nach W. Prion: Das deutsche Finanzwunder, Berlin-Wilmersdorf 1938, S. 33.
- 179 Statistik des deutschen Aussenhandels (in Mio. RM):

Zeit	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (-) oder Ausfuhrüberschuss (+)
1930	10393	12036	+ 1643
1931	6727	9599	+ 2872
1932	4667	5739	+ 1072
1933	4204	4871	+ 667
1934, 1. Halbj.	2300	2086	- 214
2. Halbj.	2151	2081	- 70
1935, 1. Halbj.	2127	1962	- 165
2. Halbj.	2031	2307	+ 276
1963, 1. Halbj.	2111	2244	+ 133
2. Halbj.	2107	2526	+ 419

- 180 Entwicklung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank (in Mio. RM): 31.12.1932: 921; 30.6.1933: 274; 30.12.1933: 395; 30.6.1934: 77; 30.12.1934: 84; 29. 6.1935: 90; 31.12.1935: 88; 30.6.1936: 77; 31.12.1936: 73.
Vgl. Helmuth Wbhlth: Devisenbewirtschaftung und zwischenstaatlicher Zahlungsverkehr. Berlin 1937. S. 4-5.
- 181 Heinrich Rittershausen: Internationale Handels- und Devisenpolitik, Frankfurt a.M.² 1955. S. 482-488; Ferdinand Fried: Wende der Weltwirtschaft. Leipzig 1939. S. 383-416; Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 456 u. 395. Rückgang des Welthandelsumsatzes wertmässig bis 1932 um knapp 60 v. H., bis 1934 um 66 v. H. Davon kamen bis zu 30 v. H. auf die Verbilligung der Ware. Der deutsche Aussenhandelsumsatz ist stärker geschrumpft als der Welthandelsumsatz.
- 182 Näheres unten S. 118.
- 183 Vgl. Wilhelm Strauss: Die Zusatzausfuhr mit Hilfe von Bonds und Scrips. Borna 1935 (Diss. Greifswald).
- 184 RGBC. IS. 743; Hans-Heinrich Volkmann: Aussenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939. In: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Düsseldorf 1975. S. 86; Alexander Pohlmann: Aussenwirtschaftslicher Nachrichten und Auskunftsdienst. 1982. S. 71.
- 185 Staatsarchiv Bremen. 4, 49-11. F. 9; Carl Vincent Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft 1932-1939. Leoni 1976. S. 123-125.
- 186 Es existierte von 1925 bis Ende 1944. Hierzu Joachim Radkau: Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Aussenwirtschaftspolitik 1933-1940. In: GG (1976). S. 35-36.
- 187 Er bestand 1934 formal aus Ministerialdirektor Ritter vom Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Köhler vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Ministerialdirektor Ernst vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Posse vom Reichswirtschaftsministerium und Ministerialdirektor Schalfew vom Preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

In den knapp 100 vertraulichen Verhandlungen des Handelspolitischen Ausschusses ging es von Anfang 1933 bis Mitte 1934 in der Hauptsache um Erzeugnisse der Land- und Ernährungswirtschaft sowie um Handelsvertragskonditionen. Nach aussen hin, im «Verkehr mit Behörden und Privaten durfte der Handelspolitische Ausschuss nicht erwähnt und auf seine Entscheidungen nicht Bezug genommen werden», wie jedem Protokoll des Ausschusses vorangestellt wurde.

- 188 Wie Anm. 185; Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 213.
- 189 Pohlmann: Aussenwirtschaftlicher Nachrichten- und Auskunftsdienst, S. 78-80.
- 190 Volkmann: Aussenhandel und Aufrüstung, S. 88.
- 191 Schmitt: Wirtschaft im neuen Reich, S. 11; zu den Spannungen mit Schacht Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 214 f.
- 192 Schon im April hatte Schmitt angeblich die Kabinettsfrage stellen wollen. Im Juni kam es für ihn zu erneuten Spannungen im Kabinettt. Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 213-217.

II. Mit der Partei im Widerstreit (Seite 77-177)

- 1 Schacht: 76 Jahre meines Lebens, S. 403.
- 2 BA. Koblenz. R 43 11/233.
- 3 Zur Biographie Schachts insbesondere Pentzlin: Hjalmar Schacht.
- 4 Schacht: 76 Jahre meines Lebens, S. 383.
- 5 Wie Anm. 2.
- 6 Erinnerungen von Ministerialdirektor Zee-Heraeus. Archiv B.
- 7 Albert Speer: Erinnerungen, Berlin 1969, S. 213.
- 8 Erinnerungen von Ministerialrat Gottfried Matthes vom 20. Juni 1979. Archiv B.
- 9 Fälschlicherweise wurde dazu auch seine zuweilen antisemitische Schutzmaske gerechnet. Bei der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes 1933 verglich er beispielsweise die von ihm missbilligte Rolle der Münzjuden unter Friedrich dem Grossen mit zeitgenössischen Inflationstheoretikern, ein Hieb gegen «alte Kämpfer» wie Feder u.a.
- 10 Gespräche mit Senatspräsident Dr. Eberhard Barth, Archiv B.
- 11 Schacht: 76 Jahre meines Lebens, S. 407.
- 12 Schacht: Königsberger Rede, Berlin 1935, S. 9; ders.: 76 Jahre meines Lebens, S. 440-443; Pentzlin: Hjalmar Schacht, S. 227-228.
- 13 Pohlmann: Aussenwirtschaftlicher Nachrichten- und Auskunftsdienst, S. 76-77.
- 14 Nach Pentzlin: Hjalmar Schacht, S. 228-229.
- 15 Ansprache des Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsministers Dr. Hjalmar Schacht auf der Einschreibungs- und Freisprechungsfeier der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer zu Berlin. Berlin 1937, S. 12-13.
- 16 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1955, S. 74 u. 81.
- 17 Ebda., S. 153,160,166.
- 18 Ebda., S. 187.
- 19 Schacht: Ansprache auf dem 8. Allgemeinen Deutschen Bankiertag, Berlin 1938, S. 14.
- 20 Schreiben von Friedrich Sperl an W. A. Boelcke vom 28. Febr. 1979; Ansprache von Friedrich Sperl bei der Trauerfeier für Hjalmar Schacht am 9. Juni 1970. Archiv B.
- 21 Gespräche mit Senatspräsident Dr. Eberhard Barth. Archiv B.
- 22 Otruba: Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus, S. 90.
- 23 Schreiben von Dr. Heinrich Hassmann an Boelcke vom 12.9.1979. Archiv B.
Durch seine Personalpolitik geriet Tettenborn in Konflikt mit der Partei, der er mit der Mitgliedsnummer 2642276 angehörte. Vorzeitig pensioniert, erklärte Tettenborn im Dezember 1938 seinen Austritt aus der NSDAP.
- 24 Heintze machte 1940 den Versuch, der NSDAP beizutreten; JMT, Bd. XLI, S. 259.
- 25 Erinnerungen von Theo Keyser. Archiv B.
- 26 Posse, kein «Märzgefallener», stellte am 29. April 1933 über Hitlers Wirtschaftsbe-

- auftragten Keppler einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP. Wegen Mitglieder-sperre wurde er erst im November 1933 in die NSDAP aufgenommen.
- 27 Hans Kehrl: Krisenmanager im Dritten Reich, Düsseldorf 1973, S. 57–58.
- 28 Schacht: 76 Jahre meines Lebens, S. 410; Schreiben von Hassmann 1982, Archiv B.
- 29 Der Geburt nach war Wohlthat Mecklenburger (geb. in Wismar). Als Oberleutnant im 1. Weltkrieg lernte er v. Blomberg kennen. 1920 bis 1929 war er als Prokurist und alleiniger Geschäftsführer der Fa. Franz Hesemann Wwe., Düsseldorf-Neuss, tätig. 1931 machte Wohlthat an der Columbia-Universität New York den Master of Arts an der Faculty of Political Science. Schon damals war er Schacht anlässlich einer Amerika-Reise sehr nützlich. Auf Drängen Görings beantragte Wohlthat erst im Januar 1940 seine Aufnahme in die NSDAP.
- 30 Rolf Lahr: Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974. Hamburg 1981, S. 23.
- 31 Theo Keyser: Erinnerungen, S. 39. u. 41–42. Archiv B.
- 32 Hassmann war seit April 1925 Mitglied der NSDAP. Sein parteipolitischer Aktivismus reichte nur etwa bis 1933. Seit seiner Studienzeit verband ihn eine enge Freundschaft mit Dr. Richard Manasse (1901–1963), der sich als Jude 1936 zur Auswanderung nach Brasilien gezwungen sah. Vgl. Heinrich Hassmann: Gedenkworte für einen Freund. [Hannover 1963.] Personalakten Hassmann.
- 33 Schreiben von Heinrich Hassmann an W. A. Boelcke vom 12. 9. 1979. Archiv B.
- 34 Erinnerungen von Theo Keyser.
- 35 Entnazifizierungsakte Dr. Hassmann. Freundlicherweise zur Einsichtnahme dem Verf. zur Verfügung gestellt.
- 36 Kehrl: Krisenmanager, S. 328. – Der zitierte Hoffmann-Bagienski, ehem. Offizier, war nach Kriegsausbruch einer von zahlreichen Gegnern des NS-Regimes im Reichswirtschaftsministerium.
- 37 Theodor Pfizer: Im Schatten der Zeit 1904–1948. Stuttgart 1979, S. 124–125; Schreiben von H. Wohlthat an W. A. Boelcke vom 21. 7. 1980. Archiv B. – Hartenstein, Sohn des Ludwigsburger Oberbürgermeisters, galt als »preußischer Schwabe«. Er starb im Mai 1944 an einem durch ständige Überanstrengung besonders in der Ministeriumszeit verursachten Magengeschwür. – Hartenstein gab die Schriftenreihe »Systematisches Devisenrecht« heraus (Berlin, bei Joach. Berger).
- 38 Lahr: Zeuge von Fall und Aufstieg, S. 23; Schreiben von Dr. H. Hassmann an Boelcke vom 10. 10. 1979. Archiv B.
- 39 Gespräche mit Senatspräsident Dr. Eberhard Barth. Archiv B.
- 40 Schreiben von H. Wohlthat an Boelcke vom 21. 7. 1980. Archiv B.
- 41 Mitteilung von Dr. Hassmann an den Verf.
- 42 Pentzlin: Schacht, S. 226; Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Sozialpolitik im Dritten Reich. Opladen 1977, S. 91.
- 43 Schreiben von Dr. Hans W. Weber vom 27. Juli 1979. Archiv B. – Schild hatte versucht, die DAF gegen das Ministerium auszuspielen. – Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 127–129.
- 44 Vgl. Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat. Frankfurt/Main u. Köln 1974, S. 76 f.
- 45 Von W. A. Boelcke 1979 vorgenommene Befragung. Von den insgesamt 60 Befragten gab niemand ein negatives Werturteil ab.
- 46 Peter Diehl-Thiele: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945. München 1969.
- 47 Vgl. Fraenkel: Der Doppelstaat, S. 100.
- 48 Deutsche Bergwerks-Zeitung vom 9. 7. 1936. – Zur Neuordnung des Verbandswesens insbesondere Dieter Swatek: Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik. Berlin 1972, S. 137 f.
- 49 Vgl. Quecke: Das Reichswirtschaftsministerium, S. 44 f.
- 50 Facius: Wirtschaft und Staat, S. 144; Harald Winkel: Geschichte der württ. Industrie- und Handelskammern Heilbronn, Reutlingen, Stuttgart/Mittlerer Neckar und Ulm 1933–1980. Stuttgart 1980, S. 6–11; Peter Hüttenberger: Interessenvertretung und Lobbyismus im Dritten Reich. In: Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Stuttgart 1981, S. 444–445.

- 51 Karl Guth: Die Reichsgruppe Industrie. Berlin 1941, S. 22-23; GStA. Berlin-Dahlem. Rep. 77/36.
- 52 Erinnerungen Theo Keyser, S. 40.
- 53 Gespräch mit Senatspräsident Barth. Archiv B.; Werner Krause: Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Berlin-Ost 1969, S. 28-37; Max Frauendorfer: Der ständische Gedanke im Nationalsozialismus. München 1933; Guth: Reichsgruppe Industrie, S. 29.
- 54 RGBl. IS. 185.
- 55 Facius: Wirtschaft und Staat, S. 144; Ingeborg Esenwein-Rothe: Die Wirtschaftsverbände von 1933-1945. Berlin 1965, S. 44-46.
- 56 RGBl. I S. 1194; Esenwein-Rothe: Wirtschaftsverbände, S. 65f.
- 57 Facius: Staat und Wirtschaft, S. 145; Esenwein-Rothe: Wirtschaftsverbände, S. 6-67; Eberhard Barth: Wesen und Aufgaben der Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Hamburg 1939. – Präsidenten der Reichswirtschaftskammer waren Männer der Wirtschaft, zuerst Ewald Hecker, Hannover, und kurz danach Albert Pietzsch, München. Geschäftsführender Stellvertreter wurde zunächst Staatssekretär i. e. R. Dr. jur. Ernst Trendelenburg. In der Reichswirtschaftskammer ging der Deutsche Industrie- und Handelstag auf.
- 58 Fragebogen über die Geschichte des ehem. Reichswirtschaftsministeriums: Wohlthat; Aufzeichnungen von Regierungsdirektor Hans Soergel; Diskussionsinformation zum Fall Schornstein 1982; alles Archiv B.
- 59 Vgl. Hassmann: Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, S. 97.
- 60 Lahr: Zeuge von Fall und Aufstieg, S. 30.
- 61 Hassmann: Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, S. 92-93.
- 62 Befragung von 1979. Archiv B.
- 63 Im Unterschied zu Udo Bernbach: Organisierter Kapitalismus. In: Geschichte und Gesellschaft. 2. Jg. (1976), S. 264-272; Heinrich August Winkler (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Göttingen 1974; Eberhard Czichon: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht. In: Das Argument 47 (1968), S. 168-192.
- 64 Näheres hierzu Kurt Janke: Zweck und Mittel der Ausfuhrlenkung. In: Probleme der gelenkten Wirtschaft. Berlin 1942, S. 114-115. Die Zusatzausfuhr wurde demnach finanziert über deutsche Auslandsbonds, Sperrguthaben, Registerguthaben und Schuldscheine der Deutschen Konversionskasse (Scrips).
- 65 Näheres unten S. 120.
- 66 BA. Koblenz. R 431/1401; ebenso Handelspolitischer Ausschuss vom 8. Mai 1933; Eduard Wüst: Die Finanzierung der deutschen Lieferungen nach Sowjet-Russland in den Jahren 1925 bis 1936. Speyer 1938 (Diss. Mannheim).
- 67 Handelspolit. Ausschuss vom 18. Mai 1934.
- 68 Vgl. Hans Kroll: Lebenserinnerungen eines Botschafters. Köln 1967, S. 76; Radkau: Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite, S. 50-51; Hjalmar Schacht: Notwendigkeiten der deutschen Aussenwirtschaft. Berlin 1934.
- 69 Gespräch mit Wohlthat vom 29. 6. 1979. Archiv B.; Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 217-221; zum Folgenden auch Hans Ernst Posse: Hauptlinien der deutschen Handelspolitik. In: Schacht-Festschrift. Berlin, Leipzig 1937, S. 501-512.
- 70 Schacht: 76 Jahre meines Lebens, S. 415f.
- 71 Zitiert nach H. Flaig: Untersuchungen über den Einfluss des «Neuen Planes» auf den deutschen Aussenhandel und die deutsche Aussenhandelspolitik. Diss. Freiburg 1941, S. 79; Radkau: Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite, S. 39-40.
- 72 Ebda., S. 40-43; Franz Reuter: Schacht. Stuttgart, Berlin 1937, S. 141-146 Schacht: Ansprache auf dem 7. Allgemeinen Sparkassen- und Kommunalbankentag S. 14-15.
- 73 Hierzu besonders die Pläne: Staatsarchiv Bremen. 4, 49-III.F.9; Krogman: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 122-125 u. 209 f.
- 74 Kurt Daniel: Aussenwirtschaft – Rückblick und Ausblick. In: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer. Berlin 1966, S. 121.
- 75 Jgnke: Zweck und Mittel der Ausfuhrlenkung, S. 120.
- 76 Zitiert nach Radkau: Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite, S. 56.
- 77 Wie Anm. 265.
- 78 Domarus: Hitler, Bd. 1, S. 526.

- 79 BA. Koblenz. R 7/3402.
- 80 Hierzu und zum folgenden besonders die Protokolle des Handelspolitischen Ausschusses.
- 81 Schreiben vom 19. Juli 1979. Archiv B.
- 82 Ebenso Radkau: Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite, S. 48.
- 83 BA. Koblenz. R 7 VI/350, Bd. 3.
- 84 PA. Bonn. Handel mit Kriegsgerät Balkan. Bd. 1. Die Berichte über Schachts Balkan-Reise bei Reuter: Schacht, S. 178–179 u. Schacht: Erinnerungen, S. 417–418, sind sehr ergänzungsbedürftig.
- 85 PA. Bonn. Handel mit Kriegsgerät Ungarn. Bd. 1.
- 86 Volkmann: Außenhandel und Aufrüstung, S. 93–94.
- 87 RGBl. I S. 1337; gezeichnet von Hitler, v. Blomberg, v. Bülow und Schacht.
- 88 PA. Bonn. Abt. W. Handel mit Kriegsgerät. Allgemeines; Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Auswärtiges Amt. A. G. K.-Berichte.
- 89 Document Center Berlin-West. Umarbeitung des Entwurfs eines Schreibens vom 14. August 1935. Der Entwurf stammte wahrscheinlich von Ministerialdirektor Wohlthat.
- 90 Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 237; Schacht: 76 Jahre, S. 463–464.
- 91 BA. Koblenz. R 43 II/331; zu den Ressortkonflikten auch Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 235–238. 1935 wurden Bardevisen und Rembourslinien von insgesamt 619,7 Mio. RM verausgabt, davon 435 Mio. für die Wareneinfuhr. 135,1 Mio. RM erhielt das Reichsernährungsministerium.
- 92 Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 266 f.; Pentzlin: Schacht, S. 229.
- 93 Reuter: Schacht, S. 131–132; Schacht: 76 Jahre meines Lebens, S. 477–480; Hjalmar Schacht: Germany's colonial demands. Reprint aus: Foreign Affairs. An American Quarterly Review. 1936/37.
- 94 Statistiken und Berechnungen nach: Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944. München 1949, S. 410–458. Gezahlte Überpreise für Importe minderten zusätzlich das Importvolumen. Die »terms of trade« verliefen zwischen 1933 und 1939 allgemein zuungunsten Deutschlands.
- 95 Radkau: Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite, S. 56–58; Janke: Zweck und Mittel der Ausfuhr lenkung, S. 117; Protokoll des Handelspolitischen Ausschusses vom 28. März 1936.
- 96 Vgl. Reuter: Schacht, S. 179–180. – 1933–1935 Einfuhr aus der Sowjetunion ohne Gold und Silber: 618,8 Mio RM; Ausfuhr in die Sowjetunion 384,8 Mio. RM. 1936–38 Einfuhr aus der Sowjetunion: 191,9 Mio. RM; Ausfuhr in die Sowjetunion: 253,6 Mio. RM.
- 97 Kroll: Lebenserinnerungen, S. 74.
- 98 Vgl. Willi A. Boelcke: Die Waffengeschäfte des Dritten Reiches mit Brasilien. In: Tradition. 1971. H. 3/4, S. 177–200.
- 99 Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 267–275.
- 100 Janke: Zweck und Mittel der Ausfuhr lenkung, S. 118.
- 101 Edelbert Springer: Die Exportsituation im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1944. Maschinenschrift vom Dez. 1971. Archiv von Schmoller. In dieser Aufstellung fehlt der Betrag der Bauindustrie und des Großhandels.
- 102 BA. Koblenz. R 7/VI Nr. 117 u. R 13a/1 Nr. 498.
- 103 Domarus: Hitler, 1. Bd., S. 673.
- 104 Volkmann: Außenhandel und Aufrüstung, S. 98.
- 105 Werner Jochmann (Hg.): Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. München 1982, S. 364.
- 106 Lutz Graf Schwerin von Krosigk: Es geschah in Deutschland. Tübingen, Stuttgart 1952, S. 190.
- 107 Vgl. Rittershausen: Internationale Handels- und Devisenpolitik, S. 495. Von 26 europäischen Staaten erzielten 18 im Unterschied zu Deutschland 1938 wertmäßig einen höheren Export als 1932.
- 108 Argentinien, Bulgarien, Chile, Columbien, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Iran, Italien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Öster-

- reich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Sowjetunion, Spanien, Schweiz, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn, Uruguay. – Das bedeutete nicht, dass der gesamte Handelsverkehr über Verrechnungsabkommen abgewickelt wurde.
- 109 Hierzu besonders die kompetenten Darstellungen von Pohlmann: Aussenwirtschaftlicher Nachrichten- und Auskunftsdienst (1982); Wohlthat: Devisenbewirtschaftung (1938); Quecke: Reichswirtschaftsministerium (1941); RGBI I, 1935, S. 105-114 (Gesetz über Devisenbewirtschaftung).
- 110 Kroll: Weltwirtschaftskrise, S. 496; Schacht: «Finanzwunder» und «Neuer Plan». Berlin 1938, S. 28.
- 111 Predöhl: Ende der Weltwirtschaftskrise, S. 496.
- 112 Kroll: Lebenserinnerungen, S. 99.
- 113 Internationale Preisvergleichsstatistik bei Klaus Klauck: Wandlungen der Aussenhandelsmethoden 1931-1939. Würzburg-Aumühle 1941 (Diss. Frankfurt a.M.), S. 23.
- 114 Reuter: Schacht, S. 147-166; Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 604.
- 115 BA. Koblenz. R 2 Nr. 173.
- 116 Predöhl: Ende der Weltwirtschaftskrise, S. 68; Rüdiger Doebel: Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern. Frankfurt/Main 1968.
- 117 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium Nr. 265.
- 118 Uhlig: Warenhäuser, S. 77-140.
- 119 Statistische Angaben nach Rolf Vogel: Ein Stempel hat gefehlt. München, Zürich 1977, S. 35 f.
- 120 Oben S. 70; Uhlig: Warenhäuser, S. 111-118.
- 121 Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium. Nr. 6730.
- 122 Werner Feilchenfeld u.a.: Haavara-Transfer nach Palästina. Tübingen 1972, S. 18-19; Winkel: Boykott und Gegenboykott, S. 186-199.
- 123 In Mio. RM 1928: 13,8; 1932: 11,4; 1936: 25,2; 1938: 20,0. Demgegenüber Ausfuhr nach Deutschland 1932: 4,9; 1936: 1,6; 1938: 0,9.
- 124 Feilchenfeld u.a.: Haavara-Transfer, S. 28.
- 125 Ebda., S. 26 u. 30; Vogel: Ein Stempel hat gefehlt, S. 48, 134, 142 f. u. 150. Aufzeichnung eines Gesprächs mit Ministerialrat Werner Marwede vom 10.3.1971; Schreiben von Dr. Werner Willmanns vom 10.6.1971; Schreiben von Walter Utermöhle vom 17.12.1979, alles Archiv B.
- 126 Feilchenfeld u.a.: Haavara-Transfer, S. 74 f.
- 127 Schreiben von Dr. Werner Willmanns a. a. O. – Zum Vorteil der jüdischen Auswanderung erfolgte auch das «Clearing» zwischen auswandernden Juden und unter jüdischem Boykott aus dem Ausland zurückwandernden Deutschen. «Wenn z.B. ein Deutscher sein Haus oder Geschäft nicht verkaufen konnte und in Deutschland einen Juden fand, der ähnliche Vermögenswerte besass, so wurde eine derartige Tauschgenehmigung erteilt, bei der keine Seite einen ungerechtfertigten Gewinn machen konnte. Wertdifferenzen wurden meist durch entsprechende Abgaben an die Deutsche Golddiskontbank für Ausfuhrförderungszwecke ausgeglichen.» Schreiben Utermöhle, a. a. O.
- 128 Vogel: Ein Stempel hat gefehlt, S. 48 und Dokumente, S. 151. – Bei der allgemeinen Auswanderung mussten Juden ihr Geldvermögen der Golddiskontbank «andienen» und erhielten dafür Auslandsspermark zum Tageskurs, der von 50 bis 6 Prozent und darunter letztlich gefallen ist.
- 129 Vogel: Ein Stempel hat gefehlt, S. 137; Schreiben von Botschafter Dr. H. Müller-Roschach vom 10. April 1980 an W. A. Boelcke, Archiv B.
- 130 Pentzlin: Schacht, S. 225.
- 131 Schreiben Utermöhle vom 17. Dez. 1979, a. a. O.
- 132 Genschei: Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft, S. 99-104.
- 133 Vogel: Ein Stempel hat gefehlt, S. 75; Schacht: 76 Jahre, S. 446-447.
- 134 Schreiben von Ministerialdirigent Eberhard Beck an W. A. Boelcke. Archiv B.
- 135 Wie oben S. 110.
- 136 Uhlig: Warenhäuser, S. 157-159; v. Saldern: Mittelstand, S. 203-206.
- 137 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, Wirtschaftsministerium Nr. 265.
- 138 BA. Koblenz. R11 Nr. 614.
- 139 Ebda., Nr. 616.

- 140 Ebda., Nr. 615.
- 141 Schreiben von Ministerialdirigent Dr. Kurt Daniel an Boelcke vom 15. 12. 1982. Archiv B.
- 142 Hjalmar Schacht: Nationale Kreditwirtschaft. Berlin 1934, S. 42 u. 51–52.
- 143 GStA. Berlin-Dahlem. Rep. 77/40.
- 144 Vgl. Conrad Schmidt: Geld und »Schwundgeld«-Zauberei. Silvio Gesells Erlösungs-botschaft. Berlin 1924; BA. Militärarchiv Freiburg, RW 45/13.
- 145 Vgl. K. Gerber: Die deutsche Kapitalmarktpolitik seit 1933. Leipzig 1939, S. 54–55.
- 146 Näheres künftig Boelcke: Finanz- und Währungspolitik in Deutschland.
- 147 Jean Pierre Faye: Totalitäre Sprachen. Bd. 2. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977, S. 805–863.
- 148 Jochmann: Hitler. Monologe, S. 345.
- 149 Schwerin von Krosigk: Es geschah in Deutschland, S. 188.
- 150 Willi A. Boelcke: Probleme der Finanzierung von Militärausgaben. In: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Düsseldorf 1975, S. 33.
- 151 Michael Geyer: Militär, Rüstung und Außenpolitik – Aspekte militärischer Revisionspolitik in der Zwischenkriegszeit. In: Manfred Funke (Hrsg.): Hitler Deutschland und die Mächte. Düsseldorf 1976, S. 249 Anm. 50.
- 152 Hjalmar Schacht: Ansprache auf dem 8. Allgemeinen Deutschen Bankiertag zu Berlin, S. 6; ders.: »Finanzwunder« und »Neuer Plan«. Berlin 1938, S. 9–10.
- 153 Jochmann: Hitler. Monologe, S. 88.
- 154 Hans Dichgans: Zur Geschichte des Reichskommissars für die Preisbildung. Düsseldorf 1977, S. 1–2; RGBl. I S. 1201; Ritter Goerdeler, S. 72–73; Gritzbach: Hermann Göring, S. 168–169.
- 155 Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion, S. 95.
- 156 Schacht: »Finanzwunder« und »Neuer Plan«, S. 10.
- 157 Ebda., S. 13.
- 158 Wie Anm. 154. – RGBl. I S. 927 u. 955.
- 159 Schacht: »Finanzwunder« und »Neuer Plan«, S. 11.
- 160 Ebda.
- 161 Hjalmar Schacht: Ansprache auf dem 7. Allgemeinen Sparkassen- und Kommunalbankentag in Essen. Berlin 1937, S. 10.
- 162 Born: Bankenkrise, S. 176–177; Schreiben von Sperl an Boelcke vom 25. 1. 1983. Archiv B.
- 163 RGBl. I S. 1203–1214; Born: Geld und Banken, S. 501; Friedrich W. Dreyse: Reichsbank und Währung. In: Probleme des deutschen Wirtschaftslebens. Berlin, Leipzig 1937, S. 576–578.
- 164 Ausführlicher Willi A. Boelcke: Zum Gesetz über Staatsbanken vom 18. Oktober 1935. Bankhistorisches Archiv. 7. Beiheft. 1982, S. 66–69.
- 165 Vgl. oben S. 68.
- 166 RGBl. I S. 863.
- 167 Schacht: 76 Jahre, S. 406; Eidesstattliche Erklärung von Friedrich Sperl vom 3. 3. 1946. Archiv B.
- 168 Schreiben von Friedrich Sperl an W. A. Boelcke vom 4. Mai 1979. Archiv B. – Gauleiter Josef Wagner wurde 1941 wegen »parteischädigenden Verhaltens« seiner Ämter entkleidet und 1945 von der Gestapo erschossen.
- 169 Ausführlicher Boelcke: Zum Gesetz über Staatsbanken, S. 63–65.
- 170 Schreiben von Friedrich Sperl an W. A. Boelcke vom 23. April 1979. Archiv B.
- 171 RGBl. I 1933, S. 166; 1934, S. 1242; Informationen von Friedrich Sperl.
- 172 Schreiben von Friedrich Sperl an Minister a. D. Dr. Conrad vom 20. 6. 1971. Archiv B.
- 173 Vgl. oben S. 85; Schreiben von Friedrich Sperl an W. A. Boelcke vom 8. April 1980, Archiv B.
- 174 Eine Zitatenauslese hierzu: Schacht in seinen Äußerungen. Berlin 1937, S. 61–64.
- 175 Schacht: Ansprache auf dem 7. Allgemeinen Sparkassen- und Kommunalbankentag, S. 12–13.
- 176 Erinnerungen von Ministerialrat Dr. Gottfried Matthes vom 20. 6. 1979. Archiv B.
- 177 Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 59; Eduard Hilgard: Die deutschen Versi-

- cherungen. In: Probleme des deutschen Wirtschaftslebens. Berlin, Leipzig 1937, S. 359-361; IMT. Bd. XLI, S. 261-262.
- 178 Wie Anm. 176.
- 179 Lutz Graf Schwerin von Krosigk: Wie wurde der Zweite Weltkrieg finanziert? In: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Oldenburg, Hamburg 1953, S. 325.
- 180 Schreiben von Dr. Herbert Martini an Boelcke vom 25.2.1979 und 30.3.1979; Schreiben von Friedrich Sperl an W. A. Boelcke vom 28.11.1979, alles Archiv B.; Akten des Berliner Börsenkommissars, bis 1934 als Staatskommissar dem Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe unterstellt, ab 1934 als Reichskommissar dem Reichswirtschaftsminister, im Zentralen Staatsarchiv der DDR Potsdam. Dort vorwiegend Börsenprospekte für Wertpapiere und Routinematerial. Der wesentliche Teil der Tätigkeit der Börsenkommissare vollzog sich in mündlichen Besprechungen an der Börse.
- 181 Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 42-43.
- 182 Schacht: «Finanzwunder» und «Neuer Plan», S. 13.
- 183 RGBl. 1,1934, S. 1222f.; RGBl. 1,1937, S. 1340-1345; GStA. Berlin-Dahlem, Rep. 90/1672.
- 184 Schacht: Ansprache auf dem 7. Allgemeinen Sparkassen- und Kommunalbankentag, S. 16.
- 185 Gerhard Garrels: Die stillen Reserven im Jahresabschluss der Aktiengesellschaft nach dem Aktiengesetz vom 30. Januar 1937. Quakenbrück 1941. (Diss. Göttingen).
- 186 Prion: Das deutsche Finanzwunder, S. 43.
- 187 Näheres und Belege bei Boelcke: Finanz- und Währungspolitik in Deutschland.
- 188 Rudolf Brinkmann: Wirtschaftspolitik aus nationalsozialistischem Kraftquell. Jena 1939, S. 34.
- 189 Schreiben von Friedrich Sperl an Boelcke vom 28.11.1979, Archiv B.; Schacht: 76 Jahre, S. 446.
- 190 Schacht: Ansprache auf dem 7. Allgemeinen Sparkassen- und Kommunalbankentag, S. 11; Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 43.
- 191 Schacht in seinen Äusserungen, S. 66-67.
- 192 Hjalmar Schacht: Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik. Oldenburg 1932, S. 51.
- 193 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium Nr. 294.
- 194 Wie Anm. 190.
- 195 BA. Koblenz. R11/318; Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 43-44.
- 196 Schreiben von Friedrich Sperl an W. A. Boelcke vom 29.8.1979. Archiv B.
- 197 Gerichtet insbesondere gegen die unzulänglichen Interpretationsversuche von Barkai: Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, S. 9-22.
- 198 Regierungspräsident Wilhelm Burandt: Streiflichter zu den wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen im Reichswirtschaftsministerium zwischen 1933 und 1939. Vortrag von 1973. Ms. Archiv B.
- 199 Schreiben von Friedrich Sperl: «Mefo-Wechsel», Eidesstattliche Erklärung von Dr. Otto Schniewind vom 2. April 1946; Erklärung von Friedrich Sperl vom 3. März 1946, alles Archiv B.; IMT. Bd. XLI, S. 269-270. Datierung von 1936 auf 1935 durch telefonische Mitteilung von F. Sperl korrigiert.
- 200 Speer: Erinnerungen, S. 111.
- 201 BA. / Militärarchiv Freiburg. Wi I F 5/420 Bd. 1.
- 202 BA. Koblenz. R11/318.
- 203 Schacht: 76 Jahre, S. 457.
- 204 Ebenda, S. 424-427.
- 205 Lutz Graf Schwerin von Krosigk: Staatsbankrott. Göttingen etc. 1974, S. 229-232.
- 206 Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 49.
- 207 Heinrich Hunke: Grundzüge der deutschen Volks- und Wehrwirtschaft. Berlin 1938, S. 91; Boelcke: Finanzierung von Militärausgaben, S. 16.
- 208 Boelcke: Rüstungswirtschaft. I: Kriegswirtschaft. In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. 1981, S. 507-509.
- 209 Die Titel nennt Hans-Erich Volkmann: Wirtschaft im Dritten Reich. I. Eine Bibliographie. München 1980, S. 37-41. Die bekanntesten Autoren sind K. Hesse, H. Hunke, A. Lampe und die späteren Generäle Korfes und Thomas.

- 210 Schacht in seinen Äußerungen, S. 121.
- 211 Document EC 259 und 258. »Die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung durch den Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft«. Stand Ende Dezember 1937.
- 212 Schreiben vom 19. 6. 1980 an W. A. Boelcke. Archiv B.
- 213 Regierungspräsident Dr. Wilhelm Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen von 1933 bis 1939. Ms. S. 22–23. Archiv B.
- 214 Ebda., S. 2.
- 215 Die Wifo baute zahlreiche, gegen Luftangriffe gesicherte unterirdische Treibstofflager und verfügte Ende 1937 ferner über Bereitschaftsanlagen für Herstellung von Salpetersäure, Carbidspirit u. a. m.
- 216 Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 5–9; vgl. auch Hans-Erich Volkmann: Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1. Stuttgart 1979, S. 230.
- 217 Ministerialrat Hans Kropf: Das Entstehen der wehrwirtschaftlichen Mittelinstanz des Reichswirtschaftsministeriums. Ms. vom 8. 4. 1970. Aufzeichnung von Ministerialrat Hans Soergel vom 4. 10. 1979, alles Archiv B.
- 218 Wie Anm. 198.
- 219 Wilhelm Vocke: Memoiren, Stuttgart 1973, S. 111 u. 113.
- 220 Alan S. Milward: Hitlers Konzept des Blitzkrieges. In: Probleme des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. Andreas Hillgruber. Köln, Berlin 1967, S. 30.
- 221 Manfred Messerschmidt: Außenpolitik und Kriegsvorbereitung. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, S. 625.
- 222 Wie Anm. 211 und Kropf: Entstehen der wehrwirtschaftlichen Mittelinstanz, a. a. O.
- 223 Der Reichsverteidigungsausschuß setzte sich aus den Vertretern der drei Wehrmachtsteile und aller zivilen Obersten Reichsbehörden zusammen. Den Vorsitz führte der Chef des Wehrmachtamtes. Alle zwei bis drei Monate trat der Ausschuß im Reichswehrministeriums zusammen. Sitzungsprotokolle 404–EC, 405–EC, 406–EC. – Dr. Wilhelm Burandt teilte dem Verf. am 28. 2. 1983 mit, daß die vom Verf. beschriebenen »wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen«... »aus heutiger Sicht – recht polemisch und negativ – also anders dargestellt« seien, als damals vom Führungsstab des GBW getroffen.
- 224 Keyser: Erinnerungen, S. 47.
- 225 Kehrl: Krisenmanager, S. 101.
- 226 Keyser: Erinnerungen, S. 47.
- 227 Wie Anm. 198.
- 228 BA. Koblenz. R 11/1559, S. 10.
- 229 Melchinger: Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, S. 5–6. Archiv B.
- 230 RGBl. I S. 1451–1456; BA. Koblenz R 431/1474.
- 231 Heesemann: Die Charakteristik der Reichssammelschiene, S. 13.
- 232 Wie Anm. 229, S. 11. – Ende 1936 bestanden in Deutschland noch 5142 Elektrizitätsgenossenschaften, die 129 Mio kW Strom an Verbraucher abgaben.
- 233 Wohlthat-Bericht zur Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung.
- 234 RGBl. I S. 315.
- 235 Oberberghauptmann Oskar Gabel: Das Gesetz zur Überleitung des Bergwesens auf das Reich vom 28. 2. 1935 und das Gesetz über den Aufbau der Reichsbergbehörden vom 30. 9. 1942. Ausarbeitung vom 29. 1. 1971. S. 4–5. Archiv B.
- 236 RGBl. I S. 1223–1224.
- 237 Oberberghauptmann Oskar Gabel: Lagerstättenpolitik. Die Entwicklung des Bergrechts 1933–1945. Ausarbeitung vom 9. 2. 1971. S. 6. Archiv B.
- 238 RGBl. I 1933, S. 203–206. BA. Koblenz, R 431/1467.
- 239 Erinnerungen von Theo Keyser, S. 39.
- 240 Wolfgang Birkenfeld: Der synthetische Treibstoff 1933–1945. Göttingen 1964. S. 24–27; GStA. Berlin-Dahlem, Rep. 77/36.
- 241 Jochmann: Hitler. Monologe, S. 137–138. Bei der Entlassung Feders ist auch der Aspekt der verzögerten Treibstoffhydrierung zu sehen. Eine der ersten Amtshand-

- lungen Schachts im Reichswirtschaftsministerium war, Staatssekretär Feder die ihm unterstellten Abteilungen zu nehmen. Dazu gehörte die Abt. III/5 Erdölwirtschaft.
- 242 Birkenfeld: Der synthetische Treibstoff, S. 26-30.
- 243 Schreiben von H. Wohlthat an Boelcke vom 10. 9.1979, Archiv B. Beispielsweise wollte der Reichsstatthalter von Hessen, Sprenger, ein Hydrierwerk der Preussenelektra in Wölfersheim durchsetzen.
- 244 Birkenfeld: Der synthetische Treibstoff, S. 62-63.
- 245 Jochmann: Hitler. Monologe, S. 239.
- 246 Wie Anm. 243.
- 247 Birkenfeld: Der synthetische Treibstoff, S. 37-38.
- 248 RGBI. I S. 863 f. u. Erste Durchführungsverordnung vom 25.10.1934, ebda., S. 1068.
- 249 Birkenfeld: Der synthetische Treibstoff, S. 40.
- 250 Schreiben von Sperl an Boelcke vom 26.4.1982, Archiv B.
- 251 Wie Anm. 243.
- 252 BA. Koblenz. R 25/27; bei Birkenfeld: Der synthetische Treibstoff, S. 219, sind etwas niedrigere Mengen genannt.
- 253 Ebda., S. 53-54.
- 254 IMT.Bd. XXXVI, S. 292.
- 255 Birkenfeld: Der synthetische Treibstoff, S. 80-81.
- 256 Wie Anm. 237, S. 3-5.
- 257 BA. Koblenz. R 2/5157.
- 258 Dieter Petzina: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierteljahresplan. Stuttgart 1968, S. 24, dort «Pupe»; Kehrl: Krisenmanager, S. 57, behauptet, dass die Institution im Reichswirtschaftsministerium geschaffen worden sei; Matthias Riedel: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Göttingen etc. 1973, S. 17-19.
- 259 BA. Koblenz. R 43II/1602.
- 260 Schreiben von Hassmann an Boelcke vom Dez. 1982, Archiv B. – Im Gegensatz zu Riedel: Eisen und Kohle, S. 16-17.
- 261 Kehrl: Krisenmanager, S. 62-65.
- 262 G. Albiez: Rheingold. In: Bad. Heimat. 30. Jg. 1950, S. 127-129.
- 263 Beiträge zur hundertjährigen Firmengeschichte 1863-1963. Hrsg. vom Vorstand der Farbenfabriken Bayer AG. VIII, S. 215-216.
- 264 Beiträge zur hundertjährigen Firmengeschichte, IX, S. 276.
- 265 Riedel: Eisen und Kohle, S. 42-44.
- 266 Ebda., S. 66-68; BA. Koblenz. R. 25/180.
- 267 IMT. Bd. XXVII, S. 140 u. 145.
- 268 DOK. NID-13 841.
- 269 Schacht: 76 Jahre, S. 411; vgl. hierzu auch den Gerüchte um Schacht und Keppler notierenden Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 265-267.
- 270 Tagebuch von Ministerialrat Dr. Wolfgang Schneider 1935-1944. Kopie ArchivB., S. 9; SchreiTen vbh RegierungsratTS Gunter Schagen vom Niarz 1983. Archiv B.
- 271 BA. Koblenz. R 261/35.
- 272 BA. Koblenz. R 26 1/36. Sitzung vom 15.5.1936, 25.5.1936 und 30.6.1936. Die Sitzungen schildert auch Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 267-275.
- 273 Petzina: Autarkiepolitik, S. 45-47.
- 274 Ritter: Goerdeler, S. 80f.
- 275 Jochmann: Hitler. Monologe, S. 344; IMT Bd. XXXVI, S. 574 u. 557f.
- 276 Wilhelm Treue: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936. In: VjZ. (1955), S. 208-210.
- 277 Schacht: 76 Jahre, S. 464; Arthur Schweitzer: Der ursprüngliche Vierjahresplan, in: Jb. f. Nat. u. Stat. (1956), S. 348-350.
- 278 BA. Koblenz. R 43 11/355.
- 279 RGBI. IS. 887.
- 280 BA. Koblenz. R26I/1au. 2.
- 281 Produktionseinbrüche zeigten sich bei der Verbrauchsgüterindustrie in der ersten Jahres-

- hälfte 1937 und 1938, bei der Textilindustrie und Stromabgabe im zweiten und dritten Quartal 1937, während die Eisen- und Kohleerzeugung zeitweilig stagnierte.
- 282 Kehrl: Krisenmanager, S. 101.
- 283 Riedel: Eisen und Kohle, S. 112; zu den Machtstrukturen Arthur Schweizer: Organisierter Kapitalismus und Parteidiktatur 1933 bis 1936. In: Schmöllers Jahrbuch. 1959, S. 73 f.
- 284 T. R. Emessen: Aus Görings Schreibtisch. Ein Dokumentenfund. Berlin 1947, S. 72-79.
- 285 Riedel: Eisen und Kohle, S. 146-151.
- 286 BA. Koblenz, R 25/180.
- 287 Riede: Eisen und Kohle, S. 181.
- 288 Schacht: 76 Jahre, S. 467-469; IMT, Bd. XXXVI, S. 567 ff; Riedel: Eisen und Kohle, S. 189-190
- 289 Schacht: 76 Jahre, S. 470-471.
- 290 IMT, Bd. XXXVI, S. 562 f.
- 291 Emessen: Aus Görings Schreibtisch, S. 81-83.
- 292 Schacht: 76 Jahre, S. 471.
- 293 RGBI. IS. 1097-1099.
- 294 Schreiben von Wohlthat an Boelcke vom 31.10.1979. Archiv B.
- 295 Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 277.
- 296 Dok. NJ-051, S. 10.

III. «Wir stehen heute bereits in der Mobilmachung ...» (Seite 178-232)

- 1 Vogel: Ein Stempel hat gefehlt, S. 84.
- 2 Kehrl: Krisenmanager, S. 109.
- 3 Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 277.
- 4 BA. Koblenz. R 261/2.
- 5 BA. Koblenz. R261/1a.
- 6 Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 39. Archiv B.
- 7 Wie Anm. 4.
- 8 GStA. Berlin-Dahlem. Rep. 151/1660.
- 9 Gespräch mit E. Barth vom 29.5.1969. Archiv B.
- 10 Schreiben von Martini an Boelcke vom 16.3.1979. Archiv B.
- 11 Kehrl: Krisenmanager, S. 113-117.
- 12 Erich Gritzbach (Hg.): Hermann Göring: Reden und Aufsätze. München ⁸1943, S. 273-274; vgl. auch: Erich Gritzbach: Hermann Göring. Werk und Mensch. München ⁹¹⁰1938, S. 159-178; Charles Bewley: Hermann Göring. Göttingen 1956, S. 129-130.
- 13 Gespräch mit Wohlthat am 29.6.1979.
- 14 Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 37.
- 15 Bewley: Göring, S. 141.
- 16 Zitiert nach Oestreich: Walther Funk, S. 100-101.
- 17 IMT. Bd. XIII, S. 150.
- 18 Jochmann: Hitler. Monologe, S. 239.
- 19 Kehrl: Krisenmanager, S. 247.
- 20 Hierzu Paul Oestreich: Walther Funk. München 1940, S. 11-84.
- 21 PS-3936; Hitler aus der Nähe, S. 372-373 u. 389
- 22 Ebda., S. 390.
- 23 Schacht: 76 Jahre, S. 494-497; Vocke: Memoiren, S. 103-110; Krogmann: Es ging um Deutschlands Zukunft, S. 277-278.
- 24 BA. Koblenz. R. 2/21321.
- 25 Albert Speer: Spandauer Tagebuch, Frankfurt a.M. etc. 1975, S. 170-171.

- 26 Kehrl: Krisenmanager, S. 111-112.
- 27 Brinkmann: Wirtschaftspolitik aus nationalsozialistischem Kraftquell, S. 209.
- 28 Ebda., S. 207.
- 29 DC Berlin-West. Brinkmann.
- 30 Speer: Erinnerungen, S. 138-139 u. Befragungen.
- 31 Kehrl: Krisenmanager, S. 145-155.
- 32 Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei an den Reichsführer SS vom 9. Mai 1939.
- 33 Himmler verbot Brinkmann für die Dauer seiner Krankheit das Tragen der SS-Uniform.
- 34 Hossbach-Protokoll, abgedruckt bei Hans-Adolf Jacobsen: 1939-1945. Darmstadt 1959, S. 83-90; ferner Joachim C. Fest: Hitler. Stuttgart etc. 1973, S. 742-745. Anwesend waren die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile und der Aussenminister.
- 35 Kehrl: Krisenmanager im Dritten Reich, S. 118-130, ist mit Vorsicht zu verwerten; zur ökonomischen Komponente des Anschlussprozesses: N. Schausberger: Der Griff nach Österreich. Der Anschluss. Wien 1978, S. 137.
- 36 BA. Koblenz. R5/I.
- 37 RGBL. I S. 373; Näheres Volkmann: NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, S. 323-326.
- 38 RGBL. IS. 1203; BA. Koblenz. R131/243.
- 39 Oben S. 188; Stefan Karner: Die österreichische Alpine Montangesellschaft – Ihre Eingliederung in die Reichswerke Hermann Göring und die deutsche Kriegsrüstung. In: Geschichte des Erzberggebietes. Hg. vom Montanhistorischen Verein f. Österreich. Leoben 1979, S. 113-114. Seit Mai 1938 wurde über den Erwerb von österreichischen Donauschiffahrtsgesellschaften für die Reichswerke verhandelt.
- 40 Erinnerungen von G. Matthes. Archiv B.
- 41 Ausführlicher und Zitate bei Wendt: Economic Appeasement, S. 468-479.
- 42 Volkmann: Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, S. 311-312.
- 43 BA. Koblenz. R7X/385u. 390.
- 44 Wendt: Economic Appeasement, S. 525.
- 45 Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. 2, S. 1052-1053.
- 46 Das mit der Markterkundung Südosteuropas befasste Mitteleuropa-Institut wurde im Okt. 1938 dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt.
- 47 Schreiben von MD. Ter-Nedden vom 19.12.1982. Archiv B.
- 48 Kehrl: Krisenmanager, S. 132-138; Hans-Erich Volkmann: Zur Rüstungsökonomischen Bedeutung und Grossraumwirtschaftlichen Motivation der Eingliederung der Sudetengebiete und Böhmens und Mährens in das Deutsche Reich. In: Studia Historiae Oeconomicae. 14 (1979). Poznan 1980, S. 168-172.
- 49 BA. Koblenz. R 25/50.
- 50 BA. Koblenz. R 711/500.
- 51 Deutschlands Einfuhranteil am rumänischen Aussenhandel stieg 1938 von 28 auf 38%.
- 52 WieAnm. 47.
- 52 a Erschienen Jena 1938. Hierzu vor allem die wichtigen Thesen von Alan S. Milward: The Reichsmark Bloc and the International Economy. In: Der «Führerstaat»: Mythos und Realität, S. 377-413; relativiert von Bernd-Jürgen Wendt: Südosteuropa in der nationalsozialistischen Grossraumwirtschaft, ebda., S. 414-428.
- 53 Josef Koelble: Grundzüge der neuen Deutschen Wirtschaftsordnung. Leipzig 1939, S. 63; Näheres bei Volkmann: NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, S. 344-345.
- 54 Geheimtelegamm vom 6. Mai 1939.
- 55 Die Gesamteinfuhr Ungarns belief sich 1938 auf 410 Mio. Pengö. Davon kamen 171 Mio. aus dem Deutschen Reich.
- 56 Wendt: Economic Appeasement, S. 486f.
- 57 Wilhelm Ter-Nedden: Das deutsch-türkische Kreditabkommen vom 16. Januar 1939. In: Wirtschaftsnachrichten der Südosteuropa-Gesellschaft (1939).
- 58 Willi A. Boelcke: Deutschlands politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Afghanistan bis zum Zweiten Weltkrieg. In: Tradition. 3/4 (1969), S. 179-184; Aufzeichnung von Ter-Nedden vom 19.12.1982. Archiv B.

- 59 Wie Anm. 58.
- 60 Vgl. Möglichkeiten des Handels Deutschland–Iran. Berliner Tageblatt 18. 1. 1939.
- 61 Schreiben von Botschafter Müller-Roschach vom 10. 4. 1980. Archiv B.
- 62 Willi A. Boelcke: Die Waffengeschäfte des Dritten Reiches mit Brasilien. In: Tradition. 3/4 (1971), S. 191–196.
- 63 BA.-Militärarchiv Freiburg. RW 45/13; vgl. auch Joseph Borkin: Die unheilige Allianz der I. G. Farben. Frankfurt/New York 1978, S. 81 f.
- 64 BA. Koblenz. R 7 XII/12.
- 65 Näheres Boelcke: Zur internationalen Goldpolitik des NS-Staates, S. 302–304.
- 66 Kehrl: Krisenmanager, S. 159–170; Volkmann: Zur Rüstungsökonomischen Bedeutung, a. a. O., S. 177–181.
- 67 Josef Vinschuh: Gerüstete Wirtschaft. Berlin 1939, S. 103–106.
- 68 Gustav v. Schmoller: Das Wirtschaftsrecht in Böhmen und Mähren, Brünn etc. 1945, S. 17.
- 69 Ausführlicher bei Wendt: Economic Appeasement, S. 563–585.
- 70 Ebda., S. 605–614; Helmut Metzmaker: Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939. In: VjfZ. 1966, S. 369–412; Fritz Hesse: Das Spiel um Deutschland. München 1953; ders.: Das Vorspiel zum Kriege. Leoni 1979; Schacht: 76 Jahre, S. 482–483; Ausw. Pol. Serie D. Bd. 6. S. 823 f.
- 71 Schreiben von Wohlthat vom 21. 7. 1980, Archiv B.
- 72 BA. Koblenz. R 25/53.
- 73 Schon in einer Ansprache am 8. März 1938 erklärte Hitler in der Reichskanzlei vor Vertretern der Wirtschaft, der NSDAP und der Wehrmacht, daß er die deutsche Herrschaft auf Polen ausdehnen wolle, »um polnische Lieferung landwirtschaftlicher Produkte und Kohle für Deutschland zu sichern«. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann (Hg.): Anatomie des Krieges. Berlin-O. 1969, S. 204–205.
- 74 Vgl. Hans-Erich Volkmann: NS-Außenhandel im »geschlossenen« Kriegswirtschaftsraum (1939–1941). In: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945. Düsseldorf 1977, S. 92–93; Theodor Pütz: Grundlagen der Außenwirtschaftstheorie. Jena 1940, S. 125–126; Klaus Klauk: Wandlungen der Außenhandelsmethoden. 1931–1939. Diss. Frankfurt a. M. 1941, S. 37–38; Achim Bay: Der nationalsozialistische Gedanke der Großraumwirtschaft und seine ideologischen Grundlagen. Diss. Erlangen–Nürnberg 1962.
- 75 Hitler: Mein Kampf, S. 728 f.; Hitlers Zweites Buch, S. 102.
- 76 Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1979, S. 132–133. Auch auf die Intervention Schachts hin geschah nichts.
- 77 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsminist. 6730. – Ministerialdirektor Sarnow erläuterte am 27. Jan. 1938 die beiden grundlegenden Erlasse, mit denen jedoch nicht beabsichtigt sei, »grundlegende Änderungen in der Struktur der gewerblichen Wirtschaft durchzuführen, etwa das Verhältnis von Handel und Industrie zu verschieben oder den Handel aus der Verteilerfunktion auszuschalten«. Zu dieser Phase der Judenvertreibung Adam: Judenpolitik, S. 172–184.
- 78 BA. Koblenz. R 7 IX/207.
- 79 Bayer. Hauptstaatsarchiv. Wirtschaftsminist. 6730.
- 80 Schreiben von Hoppe an Hassmann vom 19. 7. 1965 und 23. 10. 1970. Freundlicherweise von Herrn Hassmann zur Einsicht überlassen. Unter Ministerialdirektor Ohlendorf wurde Hoppe 1943 nahegelegt, sich vorzeitig pensionieren zu lassen und falls er nicht wollte, mit der Zwangspensionierung bedroht.
- 81 Im März 1939 bestand die Abteilung aus drei Referaten: 1. Grundsätzliche Fragen der Betätigung von Juden und Mischlingen in der gewerblichen Wirtschaft: ORR Dr. Gotthardt; 2. Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegenüber den Juden auf das Ausland: RR Humbert; 3. Einzelfälle der Betätigung von Juden in der deutschen Wirtschaft, Überführung jüdischer Gewerbebetriebe in die Hand deutscher Unternehmer, Beschwerden über Versagung der Genehmigung von Veräußerungsgeschäften, an denen Juden beteiligt sind: ORR Müller.
- 82 Alf Krüger: Die Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft. Berlin 1940.
- 83 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 6730. Erlaß vom

1. März 1938. Damit wurde der Kabinettsbeschluss vom 14. Juli 1933 neu gefasst.
Vgl. oben S. 119.
- 84 RGBl. IS. 404u. 414.
- 85 Wie Anm. 83.
- 86 DOK. NI 6906; Helmut Genschei: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttingen 1966, S. 153-159.
- 87 Zitiert nach Winkel: Geschichte der württembergischen Industrie- und Handelskammern, S. 105.
- 88 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 265.
- 89 Genschei: Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft, S. 173-175; über das Schicksal des Hauses Bleichröder s. Fritz Stern: Gold und Eisen. Bismarck und Bleichröder. Frankfurt/Main etc. 1978, S. 662-664.
- 90 IMT, Bd. IX, S. 312 ff.
- 91 Genschei: Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft, S. 180-186.
- 92 RGBl. I, S. 1579, 1580 u. 158.
- 93 RGBl. 1938 I S. 1642 (23. Nov. 1938), S. 1902 (14. Dez. 1938), S. 1709 (VO «über den Einsatz des jüdischen Vermögens» vom 3. Dez. 1938).
- 94 GStA. Berlin-Dahlem. Rep. 151/1658.
- 95 Schnellbrief vom 25. Nov. 1938. – Das Verhalten des Handwerks und des Einzelhandels zur Ausschaltung der jüdischen Konkurrenz bedarf noch genauerer Untersuchung. Vgl. v. Saldern: Mittelstand, S. 206-207.
- 96 Erlasse vom 14. Dez. 1938 (gez. Krüger) und 24. Dez. 1938 (gez. Gotthardt); vgl. Uhlig: Warenhäuser, S. 179-181.
- 97 BA. Koblenz. R 81/76.
- 98 BA. Koblenz. R7IX/221.
- 99 Das Bruttovermögen belief sich auf 8426 Mio. RM, davon 112 Mio. land- und forstwirtschaftliches Vermögen, 2 293 Mio. Grundvermögen, 1177 Mio. Betriebsvermögen u. 4844 sonstiges Vermögen. Angemeldet wurde ferner das Vermögen der nichtjüdischen Ehegatten, das ausländischer und staatenloser Juden. Es belief sich insgesamt auf 667,11 Mio. RM brutto verteilt auf 18036 Personen.
- 100 Wie Anm. 94.
- 101 Krüger a. a. O., S. 44.
- 102 Über den Schacht-Plan von Ende 1938 Vogel: Ein Stempel hat gefehlt, S. 77-78.
- 103 Ebda., S. 82u. 229-280.
- 104 Wie Anm. 94.
- 105 BA. Koblenz. R11/1220.
- 106 Schacht: 76 Jahre, S. 494-495; Vocke: Memoiren, S. 102-110.
- 107 Näheres Boelcke: Finanz- und Währungspolitik in Deutschland.
- 108 Reichswirtschaftskammer: Die Verschuldung Deutschlands. Berlin 1939, S. 35.
- 109 Vgl. Gerald Schmatloch: Die Lenkung des Verbrauchs. Würzburg-Aumühle 1940, S. 54-57, 60 u. 63-69.
- 110 Bei Nahrungs- und Genussmitteln setzte sich die Umschichtung des Verbrauchs zu hochwertigen Produkten fort, zeigte sich aber ein Rückgang des Verbrauchs von Importgütern seit 1932: s. bei Margarine und Speiseöl, Südfrüchten und Kaffee. Versorgungsmängel zeigten sich in der Textilwirtschaft und vor allem bei Luxusgütern.
- 111 Hierzu besonders auch die Angaben bei Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 113-116. Die die Wohlstandssteigerung bestreitenden Aussagen bei Arthur Schweitzer: Die wirtschaftliche Wiederaufrüstung Deutschlands von 1934-1936. In: Zs. f. d. gesamte Staatswissenschaft. 114 Bd. (1958), S. 620-621, bedürfen, weil unzutreffend, dringender Korrektur. Besonders instruktiv sind in diesem Zusammenhang auch die Wirtschaftsrechnungen von 350 repräsentativen Arbeiterhaushaltungen für 1937. Danach machten die Ausgaben für Lebens- und Genussmittel 46,5% aus, für Miete 12,5%, für sonstige Verbrauchsausgaben und Dienstleistungen 30,7% und für Steuern 1,5%. Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 502-504.
- 112 BA. Koblenz. R 8 1/76; Faserstoffverordnung vom 19.7.1934, RGBl. I S. 819-823, Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 290, 327-328, 366, 871-872.
- 113 (Rolf Wagenführ): Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945. Berlin 1954. S. 161.

- 114 Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 556.
 115 Ebda., S. 909.
 116 Nähere Angaben mit authentischen Zahlen bei Boelcke: Finanz- und Währungspolitik in Deutschland.
 117 Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler. München ⁸1978, S. 41.
 118 Vgl. Anm. 116. – Die entsprechenden Angaben bei René Erbe: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie. Zürich 1958, S. 25, sind fehlerhaft, vor allem aber ist es falsch, Wehrmachtsausgaben, die grossenteils ja Verbrauchsausgaben sind, zu den Investitionen zu rechnen. Dadurch sind die konjunkturellen Berechnungen Erbes unbrauchbar.
 119 Auch angesprochen von Brinkmann: Wirtschaftspolitik aus nationalsozialistischem Kraftquell, S. 206-223.
 120 RGBl. I S. 212.
 121 RGBl. IS. 565.
 122 RGBl. IS. 816.
 123 Wolfgang Gähtgens: Die rechtlichen Grundlagen der Warenbewirtschaftung. In: Probleme der gelenkten Wirtschaft, S. 37; ergänzend Petzina: Autarkiepolitik, S. 153-177.
 124 BA. Koblenz. R 25/186.
 125 BA. Koblenz. R 7/654 u. R 81/76.
 126 Wie 124.
 127 Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 880.
 128 Ebda., S. 888.
 129 BA. Koblenz. R13 1/243; Wagenführ: Die deutsche Industrie, S. 20.
 130 BA. Koblenz. R 13 1/243; R11/601.
 131 Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 110.
 132 Dichgans: Geschichte des Reichskommissars für die Preisbildung, S. 7.
 133 BA. Koblenz. R 7 VI/363.
 134 Wünschuh: Gerüstete Wirtschaft, S. 6-7.
 135 BA. Koblenz. R 711/500.
 136 IMT. PS-3787.
 137 Georg Boll: Entstehung und Entwicklung des Verbundbetriebs in der deutschen Elektrizitätswirtschaft bis zum europäischen Verbund. Frankfurt a.M. (o. J.), S. 79-80; Petzina: Autarkiepolitik, S. 120-121.
 138 Wünschuh: Gerüstete Wirtschaft, S. 51.
 139 Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 77-78.
 140 Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 41-42.
 141 IMT, Bd. XIII, S. 119 u. 225.
 142 Aufzeichnungen Soergel vom 4.10.1979. Archiv B.
 143 Aufzeichnung Dr. Schagen vom März 1983. Archiv B.
 144 Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 43.
 145 IMT, Bd. XIII, S. 226 (Aussage Funk); Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 126.
 146 Schreiben von Ministerialrat Knut Howard Winter an Boelcke vom 12.3.1983. Archiv B.
 147 Wie Anm. 142.
 148 Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 18-20.
 149 GStA. Berlin-Dahlem. Rep 120/316.
 150 Soergel: Sammelmappe «Kriegswirtschaft». Archiv B.
 151 Wie Anm. 149.
 152 Burandt: Streiflichter zu den wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen. Archiv B.
 153 IMT, PS-3562.
 154 Wie Anm. 149.
 155 IMT. PS-699.
 155 Wie Anm. 152; zum Folgenden Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 44-45; Georg Thomas: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft. Boppard 1966, S. 11.
 156 Fest: Hitler, S. 815-816; Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 154.

- 157 Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 45-48.
- 158 Wie Anm. 152.
- 159 RGBl. I S. 1495-1517.
- 160 RGBl. IS. 1645.
- 161 RGBl. IS. 1429 u. 1430.
- 162 Elisabeth Wagner (Hrsg.): Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner. München, Wien 1963, S. 106.

IV. Wirtschaftskonzeption für einen Blitzkrieg

(Seite 233-274)

- 1 RGBl. I S. 1539-1540; Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 155; Druck von Protokollen IMT. Bd. XXXI, PS-2852.
- 2 RGBl. IS. 1565-1566.
- 3 Erinnerungen von Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 53-54.
- 4 Petzina: Autarkiepolitik, S. 134-135.
- 5 Ebda., S. 135-136 u. Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 175.
- 6 RGBl. I S. 1607-1608, unterzeichnet von Funk als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft.
- 7 Siegfried Heesemann: Die Charakteristik der Reichssammelschiene. Diss. TU Berlin-Charlottenburg 1959.
- 8 RGBl. I S. 467; Ministerialbl. des Reichswirtschaftsministeriums 1941, S. 314; Boll: Entstehen und Entwicklung des Verbundbetriebs, S. 80.
- 9 Melchinger: Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, S. 10.
- 10 BA. Koblenz. R 711/655. ObenS. 266.
- 11 Vgl. Willi A. Boelcke: Kriegspropaganda 1939-1941. Stuttgart 1966, S. 326, 336, 440, 460, 471, 476, 507, 511, 550, 561.
- 12 Riedel: Eisen und Kohle, S. 273-274.
- 13 Ebda., S. 275-287; Oskar Gabel: Grubensicherheit. Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. Aufzeichnung vom 23.1.1971. Archiv B.
- 14 RGBl. I S. 603-604; Oskar Gabel: Das Gesetz über den Aufbau der Reichsbergbehörden vom 30.9.1942. Aufzeichnung vom 29.1.1971. Archiv B.
- 15 Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 77.
- 16 BA. Koblenz. R 25/100.
- 17 GStA. Berlin-Dahlem. Rep. 151/1660; Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 239; Alan S. Milward: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Stuttgart 1966, S. 56. Bei Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft. Bd. I. Berlin-Ost 1969, S. 119, ist – wie häufig – zu Todts Sonderauftrag der Unsinn einer blühenden Phantasie bzw. der Schlendrian einer oberflächlichen Quellenanalyse zu lesen.
- 18 Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 200 u. 239; Milward: Kriegswirtschaft 1939-1945, S. 56-57. Zur Stilllegungsaktion unten S. 250.
- 19 Schreiben von Dr.-Ing. H. Stoffregen vom 10.3.1983. Archiv B.
- 20 Aussagen von Staatssekretär Landfried in: IMT. Bd. XL, S. 212-215.
- 21 Jochmann: Hitler, Monologe, S. 80.
- 22 Lahr: Zeuge von Fall und Aufstieg, S. 121-122.
- 23 BA. Koblenz. R 2/21290-21300. Haushalt 1938: 613 Mio.; 1939: 992 Mio.; 1940: 1208 Mio.; 1941: 492 Mio. RM.
- 24 Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 65-69.
- 25 Im Dez. 1940 erhielt das Referat III WOS 8 (RR. Dr. von Coelln) die folgende Fassung: Entjudung der Wirtschaft; Durchführung der Entjudungsgesetze; allgemeine Fragen der jüdischen Auswanderung; Abbau jüdischer Auslandsvertreter. Einzelfälle der Entjudung von Gewerbebetrieben; Entjudung des Grundbesitzes. Vgl. Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 60.

- 26 Alexander Dallin: Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945. Düsseldorf 1958, S. 52.
- 27 Falschaussage von Staatssekretär Landfried vor dem Nürnberger Militärgericht, IMT. Bd. XL, S. 215.
- 28 RGBl. IS. 1495 u. S. 2315 (28.11.1939); Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 154-155; Quecke: Reichswirtschaftsministerium, S. 52 u. 70-73.
- 29 Landeswirtschaftsämter bei Oberpräsidenten bzw. Stadtpräsidenten in Berlin, Brandenburg, Breslau, Hannover, Kassel, Kattowitz, Kiel, Königsberg, Magdeburg, Münster, Stettin; bei Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Fürth, Koblenz, Wiesbaden; bei Reichsstatthaltem Bremen, Dresden, Hamburg, Posen, Reichenberg, Saarbrücken, Salzburg, Wien; bei Landeszentralbehörden Karlsruhe, München, Schwerin, Stuttgart, Weimar.
- 30 Festschrift der Industrie- und Handelskammer Wuppertal. Wuppertal. 1956, S. 121-137; Runderlass Nr. 720/39 BWA; Fragebogen Dr.-Ing. Lothar Kayser vom 24. 7. 1979, Archiv B.
- 31 RGBl I S. 1565-1566; Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 155; Peter Hüttenberger: Die Gauleiter, Stuttgart 1969, S. 152 ff.
- 32 Fragebogen Dipl.-Ing. Hans Helmut Gmeiner vom 24.7.1979, Archiv B.
- 33 Schreiben ORR Hüsgen an Schriftleitung der Frankfurter Zeitung vom 20.10.1941. Mappe Soergel. Archiv B.
- 34 Heinrich Hassmann: Die Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. In: Probleme der gelenkten Wirtschaft, S. 99.
- 35 RGBl. IS. 1395.
- 36 Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 154-157.
- 37 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 27.
- 38 Vorstehendes nach den kriegswirtschaftlichen Lageberichten Nr. 1 u. 2 des OKW, gez. General Thomas.
- 39 Bayer. Hauptstaatsarchiv. Wirtschaftsminist. 5843. Führungsstab Wirtschaft im Wehrwirtschaftsbezirk XIII, 3.11.1939.
- 40 Fragebogen Dr. Ludwig Struck von 1979. Archiv B.
- 41 Boelcke: Kriegspropaganda, S. 221, 232, 236.
- 42 Statist. Reichsamts. Die Berechnungen bei Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 28 u. 29 sind problematisch.
- 43 Vgl. Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 25-27.
- 44 Willi A. Boelcke: Kriegsfinanzierung im internationalen Vergleich. In: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, S. 14-15.
- 45 Ebda., S. 56-57.
- 46 Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 173.
- 47 Ebd., S. 11-12; Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S; 44-45. Fehldatierung der Denkschrift und des Geschehens bei Burandt auf den Sommer 1939.
- 48 Burandt: Wehrwirtschaftliche Vorbereitungen, S. 50-51.
- 49 BA. / Militärarchiv Freiburg. RW 19/205.
- 50 Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 173-174.
- 51 Wie Anm. 49; Milward: Kriegswirtschaft, S. 35-36.
- 52 Mappe Soergel. Archiv B.
- 53 Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift. Jg. 1940. Heft 12/13, S. 131.
- 54 Schreiben Stoffregen vom 10.3.1983. Archiv B.
- 55 OKW: Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 11 vom 1.8.1940.
- 56 BA. Koblenz. R11/77.
- 57 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 30.
- 58 Milward: Kriegswirtschaft, S. 43-44.
- 59 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium Nr. 9228.
- 60 Anstieg der Maschineninvestitionen in Mrd. RM 1939: 3,5; 1940: 3,7; 1941: 4,1.
- 61 Hubert Schmitz: Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950. Dargestellt an dem Beispiel des Stadt Essen. Essen 1956, S. 183,194 u. 199; zur Einführung der Kleiderkarte Kehrl: Krisenmanager, S. 181-183.
- 62 Deutscher Reichsanzeiger und Preuss. Staatsanzeiger vom 3.9.1939.
- 63 Heinz Boberach: Meldungen aus dem Reich. Neuwied, Berlin 1965, S. 56.

- 64 Berechnungen des Statist. Reichsamts.
- 65 OKW: Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 2 vom 1.11.1939.
- 66 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 5839.
- 67 Ebda. 9228.
- 68 Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 319.
- 69 Fragebogen Dr. Günter Kersten. 1979. Archiv B.
- 70 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 5839.
- 71 Schreiben von Stoffregen 10.3.1983. Archiv B.
- 72 BA. Koblenz. R 711/502.
- 73 IMT. PS-699.
- 74 Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 146-147.
- 75 Jörg-Johannes Jäger: Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, dargestellt am Beispiel der Stahlindustrie. Berlin 1969, S. 299 f; Boelcke: Wirtschaftskriege, S. 124-125.
- 76 Handelspolit. Ausschuss. 11.9.1939.
- 77 Wendt: Economic Appeasement, S. 303,468,478.
- 78 Waclaw Dlugoborski u. Czeslaw Madajczyk: Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR. In: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, S. 397; Opitz: Europastrategien des deutschen Kapitals Köln 1977.
- 79 Kehrl: Krisenmanager, S. 175f.; Hans-Erich Volkmann: Zwischen Ideologie und Pragmatismus. Zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik im Reichsgau Wartheland. In: Ostmitteleuropa. Stuttgart 1981, S. 422-441.
- 80 Verordnung zur Sicherung des geordneten Aufbaus der eingegliederten Ostgebiete vom 31.1.1940, RGBI. I S. 255 u. vom 23.12.1940, ebda. S. 1653, gemeinsamer Erlass über eine Aufbauverordnung vom 15.7.1941. BA. Koblenz. R 71X/111.
- 81 BA. Koblenz. R 711/613.
- 82 Kehrl: Krisenmanager, S. 176-177; Borkin: Die unheilige Allianz, S. 93-95.
- 83 Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 207-208; Fragebogen Gerhard Berghold. 1979. Archiv B. – Berghold war von 1940 bis Kriegsende in der Wirtschaftsverwaltung des Reichskommissars tätig.
- 84 Harald Winkel: Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Dänemark in den Jahren der Besetzung 1940-1945. In: Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, S. 129; Opitz: Europastrategien, S. 721 f.
- 85 Fragebogen von Waldemar Ludwig vom 19. 7.1979. Archiv B.
- 86 Vgl. Eberhard Jäckel: Frankreich in Hitlers Europa. Stuttgart 1966, S. 64-65.
- 87 Keyser: Erinnerungen, S. 76.
- 88 Jäckel: Frankreich in Hitlers Europa, S. 65; Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 213-224; Opitz: Europastrategien, S. 656-662.
- 89 Ebda. S. 223-224.
- 90 Harald Winkel: Die «Ausbeutung» des besetzten Frankreich. In: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, S. 336 u. 339-346.
- 91 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 9246.
- 92 Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 18.3.1941.
- 93 Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, S. 196.
- 94 Akten Felsch. Archiv B. Druck bei Jean Freymond: Le III^e Reich et la réorganisation économique de l'Europe 1940-1942. Origines et Projets. Leiden, Genf 1974, S. 221-231; Opitz: Europastrategien, S. 682-690, 755-759.
- 95 Inbegriffen Anlagen ausserhalb der Deutschen Verrechnungskasse von 13 Mio. RM 1940 und 862 Mio. 1941. – Positiv gestaltete sich der deutsche Verrechnungssaldo 1941 nur gegenüber Norwegen, Jugoslawien und Finnland. – Hierzu auch Karl Schiller: Meistbegünstigung, Multilateralität und Gegenseitigkeit in der zukünftigen Handelspolitik. In: Weltwirtschaftliches Archiv. 53 (1941) I. S. 370-406.
- 96 1941-Jan.: 543,8 Mio; Febr. 502,8 Mio.; März 543,0 Mio.; Apr. 514,6 Mio.; Mai 696,6 Mio. RM.
- 97 Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums.
- 98 Ferdinand Friedensburg: Die sowjetischen Kriegslieferungen an das Hitlerreich. In: Vjh. zur Wirtschaftsforschung. Jg. 1962. 4. H. S. 333-338; Wolfgang Birkenfeld: Stalin als Wirtschaftspartner Hitlers (1939-1941). In: VSWG 53 (1966), S. 477-510; Volkmann:

- NS-Aussenhandel im «geschlossenen» Kriegswirtschaftsraum, S. 99.
- 99 BA.-Militärarchiv Freiburg. RW 45/15. Bericht des OKW-Verbindungsoffiziers zum Reichswirtschaftsministerium, Oberst Drews.
- 100 Ebda.; vgl. auch IMT. Bd. XL, S. 219 (Aussage Landfried).
- 101 BA. Koblenz. R 43 11/686 a. Hans-Erich Volkmann: Zum Verhältnis von Grosswirtschaft und NS-Regime im Zweiten Weltkrieg. In: Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Göttingen 1981, S. 108 f.
- 102 Fragebogen Bernhard Willée. 1979. Archiv B.
- 103 Vgl. Statistik bei Volkmann: NS-Aussenhandel im «geschlossenen» Kriegswirtschaftsraum, S. 117. Dort auch grundlegende Analysen zur Bedeutung Finnlands, der Schweiz, der Slowakei und der Balkanstaaten für die deutsche Kriegswirtschaft.
- 104 OKW. Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 29. Januar 1942.
- 105 Lehr: Zeuge von Fall und Aufstieg, S. 71.
- 106 BA. Militärarchiv Freiburg. RW 45/15.
- 107 Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4. Stuttgart 1983. S. 140-142.

V. Die Wirtschaft im totalen Krieg (1942-1945)

(Seite 275-350)

- 1 Schreiben von Ministerialdirigent Hoppe an Hassmann vom 3.11.1939 u. Schreiben von Hassmann an Boelcke vom 9.5.1979. Archiv B.
- 2 Zitiert nach Winkel: Geschichte der württembergischen Industrie- und Handelskammern, S. 128.
- 3 Hassmann: Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, S. 100.
- 4 BA. Koblenz. R 7/1011, Heft 1.
- 5 RGBl. IS. 189.
- 6 Winkel: Geschichte der württembergischen Industrie- und Handelskammern, S. 133.
- 7 BA. Koblenz. R11/28.
- 8 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 5845.
- 9 BA. Koblenz. R 81 / 94. – Die Reichsausgleichsstelle für öffentliche Aufträge ging laut Erlass vom 24.1.1943 auf die für den jeweiligen Lenkungsbereich zuständige Lenkungsstelle über.
- 10 Fragebogen Dr. Fritz Herbst vom 12.12.1979. Archiv B.
- 11 BA. Koblenz. R11/617.
- 12 Winkel: Geschichte der württembergischen Industrie- und Handelskammern, S. 147.
- 13 Albert Speer: Erinnerungen. Berlin 1969, S. 211-212; Willi A. Boelcke: Deutschlands Rüstung. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942-1945. Frankfurt am Main 1969, S. 7-8.
- 14 GStA. Berlin-Dahlem. Rep. 120/316.
- 15 OKW: Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 29.
- 16 Rudolf Herbst: Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945. Stuttgart 1982, S. 178.
- 17 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 66.
- 18 Schreiben Stoffregen vom 10.3.1983. Archiv B.
- 19 Boelcke: Industrialisierung im Kammerbezirk Schwarzwald-Baar-Heuberg. In: Zs. f. württ. Landesgeschichte. 1983. S. 303.
- 20 Aufzeichnung von Dr. Richard Meusers vom 19.2.1979. Archiv B. – Grundlegend das u.a. von Johann Fischer (Reichswirtschaftsministerium) herausgegebene Standardwerk: Buchführung und Kostenrechnung. Leipzig ²1940.
- 21 BA. Koblenz. R11/1246.
- 22 Gauwirtschaftskammer Hamburg: Kräftebilanz der Industrie des Wehrkreises X. Hamburg 1943.
- 23 Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam. Reichswirtschaftsministerium 12941.

- 24 Vgl. Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 93.
- 25 Statistik vom Mai 1943 bei Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 159, offenbar teilweise grobe Schätzungen. In Klammern Zahlen des Statist. Reichsamts.
- 26 BA. Koblenz. R 7/2221; Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 142.
- 27 Nach Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 158, berechnet, jedoch ergänzungsbedürftig bezüglich Bauindustrie u.a.
- 28 Willi A. Boelcke: Wollt Ihr den totalen Krieg? Stuttgart 1967, S. 314-315; Herbst: Der Totale Krieg, S. 207-213.
- 29 Willi A. Boelcke: Goebbels und die Kundgebung im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943. Vorgeschichte und Verlauf. In: Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands. Bd. 19 (1970), S. 238-242.
- 30 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 247.
- 31 Ebda., S. 309.
- 32 Herbst: Der Totale Krieg, S. 179.
- 33 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 163. – Reduktion der Werkzeugmaschinenherstellung seit 1940 um 45 v. H.
- 34 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 167.
- 35 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 97.
- 36 Riedel: Eisen und Kohle, S. 298-299.
- 37 BA. Koblenz. R 711/503.
- 38 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 167; Riedel: Eisen und Kohle, S. 340; Akten des Reichswirtschaftsministeriums; Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 279; dort S. 280 Braunkohlenförderung.
- 39 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 170-172.
- 40 Ebda., S. 267, 277, 279-280.
- 41 OKW: Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 30, 31 ff.
- 42 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 76; Gustav Albiez: Eisenerz-Bergbau in Blumberg. 1934-1942. In: Schriften des Vereins f. Geschichte und Naturgeschichte der Baar. 30. Heft (1974), S. 170-200.
- 43 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 76, 106-108, 122.
- 44 Walter Rohland: Bewegte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhüttenmannes. Stuttgart 1978, S. 82 f.
- 45 Kehrl: Krisenmanager, S. 253-255.
- 46 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 70-71.
- 47 Ebda., S. 88.
- 48 Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 365.
- 49 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 93; Speer: Erinnerungen, S. 235-236.
- 50 Kehrl: Krisenmanager, S. 256-259; Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 365-366; Johann Sebastian Geer: Der Markt der geschlossenen Nachfrage. Eine morphologische Studie über die Eisenkontingentierung in Deutschland 1937-1945. Berlin 1961, S. 66-75.
- 51 Kehrl: Krisenmanager, S. 290-292; BA. Koblenz. R11/1179.
- 52 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 252.
- 53 Berechnet nach Stat. Schnellberichten zur Kriegsproduktion (Monatsdurchschnitte).
- 54 Thomas: Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 291.
- 55 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 9246.
- 55a BA. Koblenz. R7IX/153.
- 56 Sonderhefte der Deutschen Volkswirtschaft 29, 33 u. 36 (1942); Funk, Jecht, Woermann, Beisiegel u.a.: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin 1942. Herbst: Der Totale Krieg, S. 247-249.
- 57 Handelspolitischer Ausschuss vom 17.6.1942.
- 58 Handelspolitischer Ausschuss vom 18.1.1944.
- 59 BA. Koblenz. R11/1179.
- 60 Boelcke: Zur internationalen Goldpolitik, S. 306-308.
- 61 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 88-89 u. 210.
- 62 Ebda., S. 303.
- 63 BA. Koblenz. R 7 VI/113,1.
- 64 RGBL. IS. 529f.

- 65 BA. Koblenz. R 2/21305. Die Angaben bei Kehrl: Krisenmanager, S. 284, von Herbst: Der Totale Krieg, S. 256 übernommen, sind falsch. Letzter Geschäftsverteilungsplan der Hauptabteilung II unter Generalreferent Hans Kehrl im Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 9139.
- 66 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 273; Speer: Erinnerungen, S. 287–288.
- 67 Zentral. Staatsarchiv der DDR Potsdam. Gustloff-Werke.
- 68 IMT. Bd. XIII, S. 230.
- 69 Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Gütersloh 1967, S. 217–220; Ritter: Goerdeler, S. 419–420.
- 70 Ritter: Carl Goerdeler, S. 102–103; Heinrich Hassmann: »Wo aber Gefahr ist, ... wächst das Rettende auch«. Persönliche Erinnerungen an Fritz Dietlof Graf von der Schulenburg und Dr. Arvid Harnack. Manuskript vom Winter 1946/47; Axel von Harnack: Arvid und Mildred Harnack. Erinnerungen an ihren Prozeß 1942/43. In: Die Gegenwart. 1941. 1/2, S. 15–18.
- 71 Beispielsweise Sitzung vom 18. 6. 1941, vom 23. 6. 1941 und vom 5. 8. 1941.
- 72 Ritter: Carl Goerdeler, S. 307 f.; Hassmann: »Wo aber Gefahr ist, ...«, S. 34–36.
- 73 Herbst: Der Totale Krieg, S. 267.
- 74 Kehrl: Krisenmanager, S. 283 f.
- 75 Ritter: Carl Goerdeler, S. 580.
- 76 Herbst: Der Totale Krieg, S. 271.
- 77 Schreiben von Ohlendorf an Herbert Taege vom 1. 2. 1951.
- 78 Der These von Herbst (Totaler Krieg, S. 272–273) vermag ich nicht zu folgen.
- 79 Schreiben von Herbert Taege vom 2. 2. 1982. Archiv B.; Herbst: Der Totale Krieg, S. 274.
- 80 Vgl. Herbst: Der Totale Krieg, S. 262 f.
- 81 Vortrag von Hayler vom 18. 1. 1945 in Feldafing.
- 82 Gespräch mit Staatssekretär Hayler vom 17. 11. 1970. Archiv B.
- 83 Sammelmappe Soergel. Archiv B.
- 84 BA. Koblenz. R 3/1594.
- 85 Vgl. oben S. 254.
- 86 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 49.
- 87 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 174; Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 308. 11 % des Absatzes der Keramischen Industrie entfielen noch 1944 auf den Export.
- 88 Ebda.
- 89 BA. Koblenz. R 11/74.
- 90 BA. Koblenz. RL 3/46.
- 91 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 252.
- 92 BA. Koblenz. RL 3/46. Die Reduktion bezieht sich auf den zivilen Papierverbrauch. Vgl. Statist. Handbuch von Deutschland, S. 316–317.
- 93 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 49–50.
- 94 Schmitz: Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter, S. 188.
- 95 BA. Koblenz. R 3/1594.
- 96 Ministerialrat Dr. Friedrich Goetze: Aktivitäten des Reichswirtschaftsministeriums insbesondere während der letzten Kriegsjahre im zivilen Verbrauchersektor. MS. vom 2. 5. 1982. Archiv B.
- 97 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 174–176.
- 98 Albert Speer: Der Sklavenstaat. Meine Auseinandersetzungen mit der SS. Stuttgart 1981, S. 113.
- 99 Schreiben von Robert Aengeneyndt vom 13. 7. 1981. Archiv B.
- 100 Hans-Joachim Weyres-v. Levetzow: Die Deutsche Rüstungswirtschaft von 1942 bis zum Ende des Krieges. München, Diss. 1975, S. 12; Kehrl: Krisenmanager, S. 260; Wiedemann: Neue Formen der Wirtschaftslenkung, insbesondere Reichsvereinigungen. In: Kartell-Rundschau. Bd. 40 (1942), S. 185 f.; Oskar Möhring: Reichsvereinigungen, neue Instrumente der Wirtschaftslenkung. In: Zs. der Akademie für Deutsches Recht (1942), S. 115; Schreiben von Goetze an Boelcke vom 8. 12. 1982. Archiv B.
- 101 Funk erinnerte sich vor dem Nürnberger Militärgericht, daß er zum erstenmal an der Sitzung vom 22. 11. 1943 teilnahm. IMT. Bd. XIII, S. 147.

- 102 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 173 u. Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 307,308,316,317,319,331,333.
- 103 BA. Koblenz. R3/1587.
- 104 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 142.
- 105 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 50.
- 106 Referat von Oberregierungsrat Dr. Wolfgang Schneider: Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Erzeugnissen in Luftnotgebieten. 6.4.1944. Archiv B.
- 107 Handakten Schneider. Archiv B.
- 108 Wie Anm. 106.
- 109 Wie Anm. 106.
- 110 IMT. Bd. XIII, S. 147.
- 111 Aussage von Staatssekretär Paul Körner in Nürnberg. 28.5.1948.
- 112 Wie Anm. 106; Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 308.
- 113 Zum Ruin der Wirtschaft im Generalgouvernement Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 260-270.
- 114 Wie Anm. 99.
- 115 Handelspolit. Ausschuss vom 27.11.1942.
- 116 BA. Koblenz. R11/1180.
- 117 Vgl. unten S. 329.
- 118 Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 2.11.1943. Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 5845.
- 119 Wie Anm. 106.
- 120 GStA Berlin-Dahlem. Rep. 120/316, Heft 2.
- 121 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 5845.
- 122 Wie Anm. 106.
- 123 Dokumente deutscher Kriegsschäden. 1. Beiheft. Bonn 1960, S. 57; 2. Beiheft. Bonn 1962, S. 494.
- 124 Vgl. auch Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 177.
- 125 Hierzu besonders die Lageberichte an den Beauftragten für den Vierjahresplan.
- 126 Speer: Erinnerungen, S. 325; Hüttenberger: Die Gauleiter, S. 183-186.
- 127 Dokumente deutscher Kriegsschäden. Bd. II/1. Bonn 1960, S. 428-445.
- 128 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 5845.
- 129 Wie Anm. 106.
- 130 Handakten Schneider. Archiv B.
- 131 Speer: Spandauer Tagebücher, S. 353-354; Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 398.
- 132 Herbst: Totaler Krieg, S. 344.
- 133 BA. Koblenz. R11/1181.
- 134 Mitteilung von Gustav von Schmöller vom 25.7.1980. Archiv B.
- 135 BA. Koblenz. R 2/21305.
- 136 BA. Koblenz. R 7/3007.
- 137 Sitzung vom 18. Januar 1944.
- 138 Herbst: Totaler Krieg, S. 351 f.
- 139 Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 16.12.1944.
- 140 Die Deutsche Volkswirtschaft Nr. 1 (1945).
- 141 Entwurf eines Affidativs von Hayler zu Ohlendorf; Rede von Ohlendorf im Haus der Deutschen Industriebank am 4. 7.1944. BA. Koblenz R 7/2016.
- 142 Höhe: Orden unter dem Totenkopf, S. 476.
- 143 Vgl. Herbst: Totaler Krieg, S. 448-452.
- 143a Schreiben von Dr. Franz Joseph Neumann vom 13. 6.1983 u. Schreiben von Rechtsanwalt Otthinrich Müller vom 18. 6. 1983. Archiv B.
- 144 Statistische Schnellberichte zur Kriegsproduktion.
- 145 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 91-98.
- 146 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 427.
- 147 Ebda., S. 428.
- 148 Ebda., S. 472.
- 149 BA. Koblenz. R 3/1690; zu Neckermann s. Kehrl: Krisenmanager, S. 240-243.
- 150 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 111-112.
- 151 Dienstreisebericht Salzburg-Nürnberg vom Aug. 1944. Handakten Schneider.

- 152 Ebda.
- 153 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 388.
- 154 Boelcke: Industrialisierung im Kammerbezirk Schwarzwald-Baar-Heuberg, S. 302-303.
- 155 BA. Koblenz. R 711/621.
- 156 Wie 155.
- 157 Wagenführ: Industrie im Kriege, S. 100.
- 158 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 9462.
- 159 Schreiben von Martini an Boelcke vom 5.11.1979. Archiv B.
- 160 Schreiben von Ursula Nau geb. Eckert an Boelcke vom 28. 8.1981. Archiv B.
- 160a Weyres-v. Lewetzow: Die deutsche Rüstungswirtschaft, S. 13-14.
- 161 Tagebuch Schneider, S. 92; Willi A. Boelcke: Hitlers Befehle zur Zerstörung oder Lähmung des deutschen Industriepotentials 1944/45. In: Tradition. 6/1968, S. 301-305; Aussage von Funk in IMT. Bd. XIII, S. 149.
- 162 Rohland: Bewegte Zeiten, S. 100; Speer: Erinnerungen, S. 409f.
- 163 BA. Koblenz. R 43 11/607.
- 164 BA. Koblenz. R 7/2006.
- 165 Wie Anm. 163.
- 166 Boelcke: Deutschlands Rüstung, S. 446.
- 167 Handakten Schneider.
- 168 Vgl. Willi A. Boelcke: Die Macht des Radios. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977, S. 478.
- 169 BA. Koblenz. R 43 11/607.
- 170 Ausarbeitung Goetze vom 2. 5.1982.
- 171 Bayer. Hauptstaatsarchiv München. Wirtschaftsministerium 5845.
- 172 BA. Koblenz. R 43 11/607; Hans Pfahmann: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Darmstadt 1968, S. 198-201.
- 173 Mitteilungsbi. des Reichskommissars für die Preisbildung, II (1944). Nr. 25, S. 158.
- 174 Dichgans: Zur Geschichte des Reichskommissars für die Preisbildung, S. 43.
- 175 BA. Koblenz. R43 II/371b; RGBl. 11942, S. 147-148.
- 176 Wie Anm. 173, S. 157.
- 177 Ebda., S. 155-159.
- 178 GStA. Berlin-Dahlem. Rep. 313 II Nr. 128, Heft 2.
- 179 Joseph Goebbels: Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen. Bergisch Gladbach 1980, S. 80.
- 180 IMT. Bd. XIII, S. 238; Sitzungsprotokoll des Militärgerichtshofs im Ohlendorf-Prozess. Vgl. auch Enno Georg: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS. Stuttgart 1963.
- 181 Ausweichunterkunft. Handakten Schneider.
- 182 Ebda.
- 183 Ausarbeitung von Ursula Nau vom 28.8.1981. Archiv B.
- 184 Aufzeichnung von Martini vom 25.2.1979. Archiv B.
- 185 IMT. Bd. XIII, S. 154.
- 186 Goebbels: Tagebücher 1945, S. 515-516.
- 187 Wie Anm. 183.
- 188 Schreiben von Dr. Goetze an Boelcke vom 25.7.1982. Archiv B.
- 189 Dokumente deutscher Kriegsschäden. 1. Beiheft. Bonn 1960, S. 163; Hans Kehr: Betrachtungen zum Untergang des Dritten Reiches (Selbstdruck 1978).
- 190 Notiz von Dr. Schneider vom 25.1.1983. Archiv B.
- 191 Marlis G. Steiner: Die 23 Tage der Regierung Dönitz. Düsseldorf, Wien 1967, S. 146-147.
- 192 Ebda., S. 270-271.
- 193 Speer: Erinnerungen, S. 500.
* S.350-354.
- 194 Herbst: Totaler Krieg, S. 451.
- 195 Vgl. BA. Koblenz.
- 196 Beispielsweise in der Dampfkesselverordnung RGBl. 11954, S. 440, betr. die Schadensanzeigerverordnung vom 16.6.1944, RGBl. IS. 135.

- 197 Vgl. Hans Mommsen: Beamtentum im Dritten Reich. Stuttgart 1966, S. 15.
- 198 Ritter: Goerdeler, S. 601.
- 199 Dr. Friedrich Ernst. Ansprachen bei dem Empfang des Hauses Delbrück, Schickler und Co. anlässlich des 70. Geburtstages von Herrn Dr. Friedrich Ernst am 13. Juni 1959 (1959).
- 200 Vgl. Mommsen: Beamtentum, S. 14.
- 201 Vgl. Fritz Fischer: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945. Düsseldorf 1979.

VII. Namenregister

- Adenauer, Konrad, 352
AEG, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft 203, 204
Aengeneyndt, Robert 313
Alpers, Friedrich 138
Arbed, 266
Ashton-Gwatkin, F. T. 207
Avieny, Wilhelm 139
AWAG (vormals Wertheim), Warenhaus-Konzern 327
- Bach-Zelewski, Erich v. 81
Baetzgen, Rudolf 353
Barth, Eberhard 39, 52, 89, 151, 353
Bauer, Friedrich 253
Bayer, Farbenfabriken AG 166, 352
Becker, Karl 249
Beutz, Alfred 226
Bergemann, Günther 260, 261, 270, 271, 352
Berghold, Gerhard 378
Bernard, Karl 85, 91, 352
Binder, Paul 212
Birnbaum, Hans 353
Bismarck, Otto Fürst v. 30
Bleichröder Privatbank 213, 374
Blessing, Karl 40, 86, 333, 352
Blomberg, Werner v. 88, 102, 109, 149, 156, 163, 168, 173, 363, 365
Blum, Léon 111
Bofors, Aktiebolaget 203
Bonn, Moritz 11
Bormann, Martin 115, 233, 241, 275, 277, 298, 299, 325, 334, 339, 341, 349
Borsig AG 2
Bosch, Carl 160
Brabag, Braunkohle-Benzin AG 161-163
Braun, Magnus v. 42
Braun, Otto 43, 53, 241
Brauns, Heinrich 14
Breitkopf und Härtel (Fa.) 286
Brinkmann, Norbert 353
Brinkmann, Rudol 86, 87 144, 167, 183, 189 192, 195, 197, 198, 203, 241, 372
Brüning, Heinrich 3, 5, 7, 14-16, 20-25, 34, 56, 155, 357
Brünner Waffenwerke 205
Bülow, Bernhard Wilhelm v. 365
Burandt, Wilhelm 151, 153, 227, 228, 369
- Carol II. v. Rumänien 200
Cassel, Gustav 6
Chamberlain, Neville 197
Cordemann, Hermann 66
Coelln, Carl Günther v. 377
Curtius, Julius 3, 42
Curtius, Klaus 40
- Dahlerus, Birger 232
Daitz, Werner 74, 75, 266
Daniel, Kurt 40, 105, 124, 128
Daranyi, Koloman v. 158
Darré, Walter 111
Degenhardt, Carl 68, 69, 135
Dietrich, Hermann 14, 22
Dillgardt, Just 225, 226, 234
Dönitz, Karl 350
Dohnany, Hans v. 136
Donner, Otto 333
Doehle, Rich. Heinrich 49
Dräger, Heinrich 9, 34, 131
Drexler, Anton 29
Dreyse, Friedrich Wilhelm 27, 79
Dubusc, Werner 354
- Eckelmann, Hermann 227
Eichholtz, Dietrich 376
Eichler, Hermann 327
Eltz v. Rübenach, Paul Freiherr 115
Endrucks, Bernhard 155
Engelberg, Friedrich v. 314
Engelbrechten, Julius-Karl v. 104
Erbe, René 375
Erhard, Ludwig 10, 86, 127, 221, 268, 333, 356
Ernst, Friedrich 43, 44, 146, 266, 352
Eschenburg, Theodor 339
Ewald, Gottfried 192
- Fabricius, Helmut 353
Falkenhausen, Alexander v. 263, 293, 319
Faye, Jean Pierre 130
Feder, Gottfried 29, 30, 34, 36, 57, 67, 71, 87, 88, 96, 155, 159, 160, 362, 369, 370
Feith, Hans 353
Ferrostaal AG 105, 202, 354
Feuser 60
Fichte, Johann Gottlieb 31
Fiehler, Karl 139

- Fischer, Johannes 304, 379
 Fischer, Richard 235
 Flach, Hans 50
 Flad, Wolfgang 91
 Flick, Friedrich 2
 Franco-Bahamonde, Francisco 208
 Frank, Hans 114
 Franz Hesemann Wwe. (Fa.) 363
 Frick, Wilhelm 125, 156, 233, 277
 Fried, Ferdinand (Pseudonym für Friedrich Zimmermann) 32
 Friedländer-Precht, Robert 9
 Friedrich II. v. Preussen 362
 Friedrich Wilhelm I. v. Preussen 80
 Funk, Walther 36, 65, 67, 81, 98, 178, 185-191, 194, 198, 201, 202, 207, 210-212, 222, 223, 227, 229 bis 231, 233, 235, 236, 239-242, 245, 248, 250, 259, 262-266, 270, 272, 274-279, 281, 285, 288-290, 298, 299, 301-305, 310, 315, 316, 328-330, 332, 341, 344, 347-350, 381
 Funk, Luise 188, 189, 241, 242
 Gabel, Oskar 159, 236
 Geilenberg, 49
 Gereke, Günther 14, 28, 53, 55-57, 131, 359
 Gesell, Silvio 129
 Giannini, Amedeo 266
 Gier, Karl 354
 Gheisenau, August Graf Neithardt v. 339
 Godlewski, Kurt 151
 Goebbels, Hans 140
 Goebbels, Joseph 48, 49, 58, 62, 118, 140, 187, 213, 241, 285, 293, 311, 324, 328, 330, 334, 341, 342, 344, 347, 348
 Goedecke, Wolfgang 354
 Goerdeler, Carl 24, 82, 133, 169, 303, 351,
 Göring, Herbert 87
 Göring, Hermann VIII, 54, 56, 60, 63, 65-68, 70, 78, 87, 89, 92, 108, 111, 114, 119, 133, 144, 148, 155, 164f., 168-171, 173-186, 188, 189, 192, 194, 205, 207, 210f., 213, 215, 216, 219, 225-227, 229, 231, 233-236, 238f., 239, 241, 245, 249-251, 257f., 262-264, 271, 277, 280, 293, 298, 315, 318 f., 363
 Goetze, Friedrich 307, 349
 Goldmann, Otto 53, 359
 Goldschmidt, Jakob 34
 Gotthardt, Hermann 212, 214, 217, 345, 373, 374
 Gürtner, Franz 68, 127
 Gustloff-Werke 299
 Gutehoffnungshütte 105, 353
 Guth, Karl 277, 333
 Härle, Carl 162
 Haffner, Sebastian 219
 Hagelberg, Karl-Ulrich 353
 Hahn, Albert 7, 9
 Hanke, Karl 341
 Hanneken, Hermann v. 182, 225, 252, 257, 262, 264, 270, 288, 302, 315
 Hardenberg, Hans Carl Graf v. 353
 Harkort, Günter 352
 Harnack, Arvid 300, 301, 381
 Hartenstein, »Hans 40, 91, 106, 122, 128, 263, 363
 Hartmann, Wilhelm 353
 Hassmann, Heinrich 89, 90, 165, 244, 270, 275, 276, 301, 355, 363
 Hawtrey, Ralph George 7
 Haye, K. Friedrich A. v. 7
 Hayler, Franz 276, 299 f., 302, 304, 306 f., 316, 328-330, 335 f., 338, 340f., 346 f., 350
 Heck, Hans 329
 Hecker, Ewald 364
 Heesemann, Siegfried 224
 Heintze, Johannes 41, 50, 53, 85, 126, 139, 362
 Herle, Jacob 36
 Hertie GmbH 119
 Hess, Rudolf 89, 91, 94, 119, 212
 Hesse, Kurt 368
 Hettlage, Karl M. 154
 Heuser, Georg 242, 275
 Heyden, Chemische Fabrik 199
 Heydrich, Reinhard 216, 300
 Hilgard, Eduard 141
 Hindenburg, Paul v. Beneckendorff und v. 66, 68, 77
 Himmler, Heinrich 92, 171, 189, 192, 193, 237, 280, 298-300, 302-305, 334, 343, 346-348, 372
 Hipp, Wolfgang 206, 354
 Hitler, Adolf VIII, 13, 28-34, 36-38, 40, 46-71, 76-82, 92f., 100, 102-106, 109-112, 114, 117-119, 122, 126, 131-133, 146-150, 152f., 156, 159-162, 167-171, 173-178, 185, 187-189, 191-193, 197, 207, 209, 212, 217, 230, 232, 239-242, 244 f., 248f., 259f., 260, 263-266, 271, 274, 280f., 286-289, 291, 297-299, 304, 307, 310, 317, 328, 331-334, 341, 347, 349-351, 365, 373
 Hobson, John Atkinson 6
 Höfler, Herbert 304
 Hörtreiter, Josef 329
 Hoffmann-Bagienski, Hans-Ludwig 53, 90, 257, 353, 363
 Hoppe, Alfred 41, 50, 125, 211, 373
 Hoyningen-Huene, Oswald Baron v. 49
 Hübbe, Hermann Victor 102
 Hülse, Ernst 217
 Hüsgen, Wolfgang 377
 Hudson, Robert Spears 207
 Hugenberg, Alfred 47-55, 58-65, 88, 94
 Humbert, Hans 374
 Hunke, Heinrich 149, 277, 368
 I. G.-Farbenindustrie 102, 160, 161, 166, 173, 199, 232, 238, 262, 265

Ilgner, Max 200, 333
 Illgner, Hans 182, 305
 Imhoff, Ludwig 90
 Inönü, Ismet 272

Jagwitz, Eberhard y. 182, 203, 260, 305
 Janke, Kurt 105

Josten, Paul 53, 90, 125, 306
 Junkers- Motorenwerke AG 360

Kämmer u. Ernst (Fa.) 327
 Kalkstein, Heinrich 353
 Kaps, Norbert 353
 Karstadt, Warenhaus-Konzern 63, 327
 Kastl, Ludwig 48, 54
 Kehrl, Hans 154, 184, 186, 190, 191, 192, 199,
 205, 252, 253, 256, 261, 262, 272, 275, 286,
 290, 291, 302, 303, 304, 309, 310, 311, 313,
 314, 315, 319, 328, 334, 372, 381
 Keitel, Wilhelm 154, 230, 233
 Kennedy, Joseph 207
 Keppler, Wilhelm 65, 75, 129, 161 166 f., 169,
 171 f., 178, 193, 363, 370
 Kesselring, Albert 164
 Kessler, Philipp 104
 Keynes, John Maynard 7, 8, 10, 12, 46, 132
 Keyser, Theobald 40, 46, 88, 95, 151, 154, 159,
 263, 271, 353
 Kiep, Otto Karl 101, 113
 Kirchfeld, Franz 305
 Klagges, Dietrich 134, 135, 138
 Kleine, Adolf 353
 Klucki, Ludwig 195
 Knickerbocker, Hugh, R. 36
 Koch, Erich 81, 139
 Köhler, Bernhard 33, 34, 37
 Köhler, W 171
 Köhler 361
 Koelfen, Hans 346, 347
 Körner 236, 315
 Korfes, Otto 368
 Kralik, Franz 53
 Kranefuss, Fritz 162
 Krauch, Carl 161, 181, 225, 238
 Krogmann, Carl Vincent 104, 176, 178
 Kroll, Hans 113
 Krüger, Alf 211, 214, 215, 217, 242, 374
 Krupp-Werke 200, 203, 205, 249
 Krupp v. Bohlen und Halbach, Alfried 288
 Krupp v. Bohlen und Halbach, Gustav 48, 54
 Küchenthal, Werner 134, 135, 139
 Kube, Wilhelm 80

Lahr, Rolf 88, 98, 271, 272, 352
 Lammers, Hans-Heinrich 50, 193, 233, 294, 347,
 350
 Lampe, Adolf 368

Landfried, Friedrich Walter 192, 239-241, 244, 249,
 251, 271, 274 f., 275, 292 f., 299, 302, 304, 310,
 315, 320, 377
 Landwehr, Hermann 53, 203, 261
 Lange, Karl 226
 Lange, Kurt 183
 Lauritzen, Lauritz 347
 Lautenbach, Wilhelm 8-10, 13f., 16f., 23, 26, 28, 40,
 53, 59, 70, 131, 133, 306, 356
 Lautz, Julius v. 352b
 Lawaczek, Franz 57
 Lederer, Emil 6
 Ley, Robert 92, 96, 98, 226, 241, 300, 334
 Lintl, Hans 226, 235
 Loeb, Fritz 171, 173, 178, 182
 Loeper, Wilhelm 141
 Lohse, Hinrich 60, 136
 Lossau 66
 Ludwig, Waldemar 354
 Lübbert, Erich 28
 Lüer, Carl 75
 Luther, Hans 15, 20, 25, 27, 28, 41, 56, 78

Manasse, Richard 363
 Mangold, Hans-Joachim 353
 Marwede, Werner 122
 Martini, Herbert 330, 338, 348, 352
 Marwitz, v. 66
 Massenbach, Fritz Freiherr v. 50
 Matthes, Gottfried 141, 194, 353
 Megerle, Karl 266
 Meissner, Otto 49, 65
 Mendelssohn, Franz 79
 Menges, Dietrich Wilhelm v. 353
 Menke, Caspar L. 104
 Mergenthaler, Christian 137
 Metaxas, Joannis 108
 Meyer, Alfred 60
 Meyer zu Schwabedissen, Friedrich 12
 Michel, Elmar 40, 127, 228, 229, 263, 265, 270,
 318, 353
 Milch, Erhard 315
 Mises, Ludwig 7
 Moeller, Hero 333
 Möllers, Alfred 69
 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 208
 Mooney 207
 Mosler, Eduard 62
 Mossdorf, Heinz 90
 Mosse, Verlagshaus 70
 Müller, Hubert 124, 353
 Müller, Lene 200
 Müller, Paul 374
 «Müller 60
 Müller-Graaf, Carl 353
 Mulert, Botho 53
 Murr, Wilhelm 256
 Mutschmann, Martin 68, 92, 241, 243, 283

Nau (geb. Eckert), Ursula 348, 349
 Neckermann, Josef 335
 Neufeld, Hans 142
 Neuhausen, Franz 271
 Neumann, Erich 179, 244
 Neumann, Franz Joseph 353
 Neupert, Herbert 353
 Neurath, Constantin Freiherr v. 62, 100, 107
 Nordhoff, Karl 17

 Oertel, Christian 141
 Ohlendorf, Otto 89, 276, 300, 302-306, 316, 329,
 332-335, 340, 344, 346, 349 f., 373
 Opelwerke 247
 Osram GmbH 204

 Papen, Franz von 24, 25, 26, 27, 28, 29, 41, 43,
 47, 48, 51, 53, 63, 71
 Pasel, Curt 287
 Pastor, Robert 162
 Pferdenges, Robert 79
 Pietzsch, Albert 364
 Philips (Fa.) 293
 Pleiger, Paul 167, 236, 237, 287
 Pless, Hans Heinrich Fürst v. 3
 Pöhlmann, Fritz 269
 Pohl, Wolfgang 53,61,181
 Pohlmann, Alexander 99
 Porsche, Ferdinand 139,350
 Posse, Hans Ernst 41, 44, 50, 53, 64, 75, 87, 127-
 129, 178, 181, 210, 227, 231, 233, 248, 263, 361-
 363
 Predöhl, Andreas 116
 Pünder, Hermann 50
 Puppe, Johann 165,370

 Quecke, Hans 149, 227, 306, 350

 Rannow, Hans 353
 Rauschnig, Hermann 38
 Reemtsma Zigarettenfabriken 286
 Reemtsma, Philipp F. 333
 Reichel, Karl 327
 Reichardt, Wolfgang 50,53
 Reichenau, Walther v. 102
 Reichswerke «Hermann Göring» 174,181, 273
 Reinhardt, Fritz 59, 70,131
 Reinhardt, Hermann 268, 353
 Reinshagen, Adolf 53
 Remshard, Hans 79
 Rentrop, Wilhelm 353
 Renteln, Theodor Adrian von 33, 36, 37
 Rheinländer, Paul 172, 179, 181
 Rheinmetall-Borsig 203, 249, 273, 360
 Ribbentrop, Joachim v. 208, 271
 Riebesell, Paul 141
 Rieck, Otto 352
 Riehle, Joachim 305

 Ritter, Karl 44, 107, 203, 361
 Röchling, Hermann 173,174, 288
 Röchling'sehe Eisen- und Stahlwerke 2
 Röpke, Wilhelm 10
 Röver, Hans 353
 Robertson, Demis H. 7
 Rohland, Walter 288
 Rohr, Hansjoachim v. 88
 Rollenhagen, Walter 183
 Rosenberg, Alfred 202, 242, 269
 Rublee, George 216
 Ruelberg 53
 Rüstow, Hanns-Joachim 26
 Rust, Josef 352

 Sachs, Hans-Georg 352
 Sarnow, Otto 86,181, 227, 262, 373
 Sauckel, Fritz 92,125, 299,343,348
 Schacht, Hjalmar VII, VIII, 34-36, 48, 56 f., 59, 69,
 76-84, 86-88, 91-97, 99, 102f., 106-108, 110f.,
 114, 116f., 122-135, 137-150, 152f., 155f., 161-
 165, 167-170, 173-178, 183, 187, 190, 192 f.,
 195, 197, 211, 216 f., 220, 226, 248, 279, 306,
 351, 354, 362 f., 365, 370, 373
 Schäffer, Hans 3,39,40,44,51
 Schalfjew, Eduard 62, 86, 156,3 52, 361
 Schaub, Julius 149
 Schering AG 91
 Schichau-Werft 2, 360
 Schild, Heinrich 92, 363
 Schlattmann, Heinrich 86, 167, 181
 Schleicher, Kurt v. 28, 29, 46-48,57, 71
 Schlotterer, Gustav 182, 197, 261, 266, 269
 Schmeer, Rudolf 182, 211, 215, 223, 242
 Schmidt 139
 Schmitt, Kurt 66-72, 75-76, 92, 96, 117, 120, 140,
 165, 362
 Schmitz, Hermann 160
 Schmöller, Gustav v. (Grossvater) 77, 186
 Schmöller, Gustav v. (Enkel) 329, 353
 Schneider, Wolfgang 307, 339, 355, 370, 382, 383
 Schneider-Creusot (Fa.) 203
 Schmiewind, Otto 85,135 f., 141 f., 147,182, 189,
 351, 352
 Schnurre, Julius 208
 Scholtz-Klink, Gertrud 188
 Schornstein, Johannes 98, 352
 Schramm, Ferdinand 278
 Schröder, Gerhard 353
 Schroeder, Kurt Freiherr v. 47
 Schröder, Paul 12
 Schubert, Karl 353
 Schulenburg, Fritz Dietlof Graf v. d. 301-303, 381
 Schultze-Schlutius, Carl-Gisbert 272, 295, 352
 Schumpeter, Joseph 7
 Schuster, Paul 139

Schwarzkopf, Karl 52, 139, 359
 Schwede-Coburg, Franz 92, 98, 140, 141, 227, 352
 Schwedler, August 240
 Schwerin-Krosigk, Lutz Graf v. 28, 75, 131, 149, 160
 Seldte, Franz 56
 Selig, Rudolf 123
 Sering, Max 186
 Shell-Konzern 293
 Siebert, Ludwig 346
 Siemens-Schuckert Werke AG 203, 204
 Simson u. Co. 2,125
 Skoda-Werke 205, 249
 Soergel, Hans 227
 Soltau, Willy 53
 Solvay-Konzern 199
 Spann, Othmar 12, 95
 Speer, Albert 147,189, 251, 280, 281, 286, 287-291, 297, 298, 304, 306, 307, 310, 314, 316, 317, 319, 325, 328, 329, 333, 334, 336, 337, 343,347,350
 Sperl, Friedrich 85, 86, 135 f., 142, 144, 147, 178, 181 f., 266,351,353,362
 Spiethoff, Arthur 6
 Spindler, Joachim v. 353
 Sprenger, Jakob 92, 139, 283, 370
 Spitz, Heinrich 278
 Spitzweg, Carl 149
 Stahl, Rudolf 333
 Stalin, Josef W 208
 Stanley, Oliver 206
 Stegerwald, Adam 21
 Steiner, Rudolf 41
 Stoffregen, Heinrich 304
 Strasser, Gregor 31-34,36, 131
 Strauss, Walter 91,352
 Stuckart, Wilhelm 244
 Stülpnagel, Karl Heinrich v. 263
 Stumm Gebr. GmbH. 2,360
 Süßkind-Schwendi, Alexander Freiherr v. 353

 Tauschitz, Stefan 84
 Terboven, Josef 262
 Ter-Nedden, Wilhelm 202, 268, 353
 Tettenborn, Albrecht 85, 89, 90, 182, 211, 362
 Thomas, Georg 227, 230, 234, 248, 250, 252, 368, 377
 Thyssen, Fritz 69, 95
 Thyssen (Fa.) 86, 162
 Tietz, Hermann Warenhäuser 70, 119
 Tomier, Kurt 40, 353
 Todt, Fritz 234 f., 238 f., 250, 262, 280, 376

 Trendelenburg, Ernst 16-18, 23, 41, 50, 109, 358, 364

 Ubbelohde, Eduard Leo 159
 Ungem-Stenberg, Roderich von 12
 Unilever (Fa.) 293
 Urbig, Franz 79
 Utermöhle, Walter 122, 123, 125

 Vereinigte Stahlwerke 204
 Vocke, Wilhelm 148, 152, 217
 Voegler, Albert 72, 161

 Wagenführ, Rolf 251, 316, 377
 Wagemann, Ernst 9,15
 Wagener, Otto 33, 34,36f., 65-67, 69, 188
 Wagner, Adolf 139
 Wagner, Josef 133, 136, 171, 178, 223, 367
 Walter, Horst 240
 Walter, Paul 226, 235
 Warburg, Max M. u. Privatbank 79, 122, 123, 213 f.,
 Warmbold, Hermann (1876-1976) 4, 15, 16, 23-25, 27f., 41f., 46f., 52
 Wassermann, A. E. Privatbank 123, 213
 Wassermann, Oskar 79
 Weichmann, Herbert 53
 Weyher, Herbert 349
 Wichmann, Heinz 353
 Wicksell, Knut 6, 7
 Wienbeck, Ernst 64,181
 Wieser, Friedrich von 11
 Wilde, Karl 353
 Willuhn, Franz 50
 Wilmanns, Werner 122
 Winnacker, Erich 86
 Winschuh, Josef 205
 Witkowitz Berg- und Eisenhüttengewerkschaft 205, 273
 Wohlthat, Helmuth 87, 88, 92, 99, 108, 151,154, 162, 163, 175, 181, 185, 200, 207, 208, 217, 261, 263, 352, 363, 365
 Wolf, Kurt 40,353
 Wolff, Gustav 66
 Wolff, Otto (Fa.) 202
 Woratz, Gerhard 353
 Woytinski, Wladimir 9

 Zahn, Joachim 353
 Zangen, Wilhelm 277, 281
 Zechlin, Walter 50
 Zee-Heräus, Karl Bernhard 353
 Zellgarn AG 262
 Zucker, 66